Das Buch der Stadt Liegnitz





EX LIBRIS
WOJEWÓDZKIEJ
I MIEJSKIEJ
BIBLIOTEKI
PUBLICZNEJ
IM. EMANUELA SMOŁKI
W OPOLU

Städt. Lyceum i. E.
Lehrer-
bibliothek
Kronzburg O./S.

Acc. 505



E 74





Liegnitz, die schlesische Garten- und Ausstellungsstadt
Warmwasserteich mit japanischem Häuschen

Phot. Schumm, Liegnitz

Städt. Lyzeum f. M.
Lehrer-Bibliothek
Landsberg O/W.

Monographien deutscher Städte

Darstellung deutscher Städte und ihrer Arbeit in Wirtschaft, Finanzwesen, Hygiene, Sozialpolitik und Technik

Herausgegeben von

Erwin Stein

Generalsekretär des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V.

Städt. Lyzeum f. M.
Lehrer-Bibliothek
Landsberg O/W.

Band XXII

Liegnitz

1927

Deutscher Kommunal-Verlag G. m. b. H., Berlin-Friedenau

908(438)=30
MONO

1163/XXII

Wojewódzka Biblioteka Publiczna w Opolu

1167 S

DEUTSCHER KOMMUNAL-VERLAG G.M.B.H.
AKT. VEREINIGTE DRUCKEREIEN
BERLIN - FRIEDENAU

ZBIORY ŚLĄSKIE

Die Stadt Liegnitz

Herausgegeben von

Oberbürgermeister Charbonnier, Stadtrat Dr. Elsner,
Erster Bürgermeister a. D. Salomon, Geschäftsführer des Schlesischen Städtetages, Breslau, und Erwin Stein, Berlin-Friedenau, Generalsekretär des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V.

in Verbindung mit:

Studiendirektor Dr. Behlen; Oberleutnant v. Bercken; Stadtfürsorgerin Beck; Kaplan Breitkopf; Oberstudiendirektor, Stadtrat Dr. Buddee; Syndikus Burkert; Gaswerksdirektor Eberle; Ober-Landesbaurat Freystedt; Direktor des Elektrizitätswerkes Frost; Magistrats-Veterinärrat Gerlach; Lehrer und Stadtverordneter Gutsche; Stadtrat Jaensch; Syndikus Dr. Jochmann; Direktor Junge; Geschäftsführer Kirchner; Superintendent Kleinod; Mag.-Oberbaurat Koenig; Hauptschriftleiter Dr. Kraus; Stadtrat Dr. Lehmann; Bürovorsteher Linke; Reg.- und Baurat Loewe; Stadtarzt Dr. Müller; Oberstudienrat Dr. Neumann; Stadtbaurat Oehlmann; Reg.-Rat Pavel; Rabbiner Dr. Peritz; Regierungspräsident Dr. Poeschel; Fabrikbesitzer Pucher; Dr. Rattay; Bürgermeister Dr. Reichert; Dr. Rudolph; Stadtrat Schmidt; Mag.-Syndikus Schwarz; Bankdirektor Selle; Ökonomierat Stämmler; Direktorstellvertreter Stephan; Stadtrat Wagner; Stadtschulrat Dr. Weidemann; Berufsschuldirektor Willenberg; Professor Zum Winkel; Oberstudienrat Professor Dr. Zuchhold.

Mit zahlreichen Abbildungen

1927

Deutscher Kommunal-Verlag G. m. b. H., Berlin-Friedenau

Herausgegeben
im Auftrage des Magiſtrats Liegnitz aus Anlaß
der Deutſchen Gartenbau- und Schleſiſchen
Gewerbeausſtellung zu Liegnitz
1927

Geleitwort

Im Rahmen der von mir geleiteten „Zeitschrift für Kommunalwirtschaft" erschienen vor etwa 13 Jahren Sonderhefte über Düsseldorf, Chemnitz, Posen und Dresden, die später in anderer Form unter dem Gesamttitel „Monographien deutscher Städte" fortgesetzt worden sind. Diese Monographien berücksichtigen Städte wie Berlin, Berlin-Neukölln, Berlin-Wilmersdorf, Frankfurt a. M., Kassel, Magdeburg, Darmstadt, Danzig usw. Jede Monographie behandelt die wesentliche Grundlage der Entwicklung des kommunalen Lebens, die Finanz- und Steuerverhältnisse, Einwohnerzahl und Struktur der Bevölkerung, Grundbesitz- und Bodenverhältnisse, soziale und hygienische Fragen, Armenwesen, öffentliche Fürsorge, die kommunale Technik, kurz alles, was für die Betätigung der Stadtverwaltung überhaupt in Frage kommt. Besonders hervorzuheben sind dabei diejenigen Einrichtungen und Veranstaltungen, die als neue Marksteine auf dem langen Wege der kommunalen Betätigung anzusehen sind, Maßnahmen, die besonders wertvolles und auch für andere Gemeinwesen beachtenswertes Erfahrungsmaterial bieten. Dabei sollen aber auch, natürlich nur kurz, Organisation und Ergebnisse älterer kommunaler Institute und Einrichtungen geschildert werden, damit sich ein vollständiges, abgerundetes Bild von Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik der betreffenden Stadt ergibt.

Nach einer Pause von acht Jahren wurde im Jahre 1923, in der Inflationszeit, die Monographiearbeit fortgesetzt, da wertvolles Material zu erwarten war; ist doch das kommunale Leben sowohl durch den Krieg als auch durch die ersten Nachkriegsjahre stark beeinflußt worden. Der alte Grundsatz, diese Darstellungen nur von durchaus erfahrenen, in der Praxis stehenden Männern schreiben zu lassen, blieb dabei erhalten. Es war zu hoffen, daß die Stadtverwaltungen, die vor dem Kriege ihre Förderung diesem Sammelwerk zuteil werden ließen, nunmehr der Fortsetzungsarbeit die gleiche Förderung nicht versagten. So entstand die Monographie Essen, herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Luther (dem früheren Reichskanzler), und, um auch die kleineren Städte nicht zu vernachlässigen, die Monographie Grünberg, herausgegeben von Oberbürgermeister Finke. Unter den Einwirkungen der Inflation ist zwar die beste buchtechnische Ausgestaltung nicht durchweg gesichert gewesen. Die Verbreitung und Beachtung in den kommunalen Kreisen des In- und Auslandes war aber überaus lebhaft.

Ferner erschien im Jahre 1925 die Monographie Gleiwitz, der sich dann in schneller Folge die Werke über Görlitz, Neisse, Beuthen, Waldenburg, Glogau, Gelsenkirchen und Ludwigshafen anschließen konnten.

Das vorliegende Werk ist Liegnitz gewidmet, der alten schlesischen Piastenstadt. Unter tüchtigen Verwaltungsbeamten, wie den Bürgermeistern Jochmann (1829—1847) und Boeck (1853—1871), den Oberbürgermeistern Oertel (1872—1912), dem Verfasser des bekannten Kommentars zur Städte-Ordnung, und seit 1912 Charbonnier hat die Stadt eine gute wirtschaftliche Entwicklung genommen. Die Stadt der Schlachten wurde zu einer Stadt der Gärten und der Schulen, zu einem Anziehungspunkte für steuerkräftige Rentner und Pensionäre und zum Mittelpunkte industrieller, landwirtschaftlicher und geistiger Arbeit im östlichen Niederschlesien.

Die allgemeine Wirtschaftskrisis nach dem Weltkriege hat zwar diese sich verheißungsvoll anbahnende Entwicklung unterbrochen, aber die letzten Jahre haben auch in Liegnitz wieder Anzeichen neuen wirtschaftlichen und kulturellen Vorwärtsstrebens gebracht. Hinzuweisen ist insbesondere auf die Erschließung des Industriegeländes, die Fertigstellung der Kleinsiedlungen in Weißenrode, Groß-Beckern und in der Gartenvorstadt, das Aufleben der städtischen und privaten Bautätigkeit, die Inbetriebnahme der Umgehungsbahn, des neuzeitlichen Schwimmbades auf der Hegerwiese, des geräumigen Sportplatzes und der zwei neuen Turnhallen, die Durch- und Aufforstung der Waldanlagen, die Erweiterung des Wasserwerkes, die Begründung der Volkshochschule, den Ausbau des Museums, den Bau des Bahnpostamtes, den Umbau des Bahnhofs, die Eröffnung des Krematoriums und die Grundsteinlegung für das große Telegraphen-Zeugamt. Alles ist ein Beweis dafür, daß Liegnitz die Spannkraft, mit der es die schweren Zeiten früherer Jahrhunderte überwunden hat, erhalten geblieben ist, und daß die Stadt nach dem traurigen Ende, mit dem der Weltkrieg und die Revolution den vierten Zeitabschnitt ihrer Entwicklung geschlossen haben, in friedlicher und rastloser Arbeit einem neuen Aufschwunge entgegengeht.

Als Gartenstadt und als Ausstellungsstadt genießt Liegnitz einen alten guten Ruf. Seit 1865 haben nicht weniger als 15 Gartenbau-Ausstellungen in dem vorbildlichen Ausstellungspark stattgefunden, die ein beredtes Zeugnis von dem Vorwärtsstreben des deutschen Gartenbaues auf dem Gebiete des neuzeitlichen städtischen Garten- und Parkwesens ablegten. Die letzte Ausstellung vor dem Kriege, die deutsche Rosen-, Dahlien- und schlesische Gartenbauausstellung, war 1910 und hatte einen ganz besonderen Erfolg. Für 1927 ist der Ausstellungsgedanke erneut aufgenommen worden. Es findet eine deutsche Gartenbau- und schlesische Gewerbe-Ausstellung statt, in welcher der deutsche Gartenbau und die Industrie, der Handel sowie das Handwerk Schlesiens den Lebenswillen der deutschen Wirtschaft bekunden und deutsche Höchstleistungen und Qualitätsarbeiten vorführen werden.

An dieser Stelle gebührt besonderer Dank den Mitarbeitern des Werkes, die ein gutes Gelingen des Buches der Stadt Liegnitz durch ihre opferwillige Mitarbeit gesichert haben, an ihrer Spitze Herrn Oberbürgermeister Charbonnier und Herrn Stadtrat Dr. Elsner.

Inhalts-Verzeichnis

Seite

ALLGEMEINES

Das geschichtliche Liegnitz 13
Von Professor Zum Winkel

Zukunftsaufgaben Liegnitzer Kommunalpolitik 27
Von Oberbürgermeister Charbonnier

Die Liegnitzer Regierung 33
Von Regierungspräsident Dr. Poeschel

Die städtische Verfassung und Verwaltung 43
Von Stadtrat Dr. Elsner

Die Finanzwirtschaft der Stadt Liegnitz 53
Von Bürgermeister Dr. Reichert

Geologische Betrachtungen über Grund und Boden von Liegnitz 57
Von Oberbaurat Freystedt

Liegnitz als Soldatenstadt 66
Von Oberleutnant v. Bercken

Bau und Bild der Liegnitzer Landschaft 71
Von Oberstudienrat Dr. Neumann

STÄDTEBAU, GARTENWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN

Städtisches Bau- und Siedlungswesen der Zukunft 78
Von Stadtbaurat Oehlmann

Die städtischen Park- und Waldparkanlagen 88
Von Ökonomierat Stämmler

Die städtischen Friedhofsanlagen 97
Von Stadtrat Wagner

Der städtische Grund- und Forstbesitz 101
Von Magistratssyndikus Schwarz

Liegnitzer Portale 109
Von Regierungs- und Baurat Loewe

Liegnitzer alte Giebel 114
Von Direktorstellvertreter Stephan

SOZIALE FÜRSORGE

Die Wohlfahrtspflege der Stadt Liegnitz 117
Von Stadtrat Jaensch

Kirchliche und private Wohlfahrtspflege 123
Von Stadtfürsorgerin Beck

Die Gesundheitsfürsorge in der Stadt Liegnitz 129
Von Stadtarzt Dr. med. Müller

Stätten zur Förderung der Körperkultur 137
Von Stadtrat Dr. Lehmann

KULTURELLES LEBEN

Liegnitz die Stadt der Schulen 144
Von Stadtschulrat Dr. Weidemann

Die Ritterakademie und das staatliche Gymnasium Johanneum 150
Von Studiendirektor Stadtrat Dr. Buddee

Die Theaterpflege in Liegnitz 154
Von Stadtrat Jaensch

Musikpflege 159
Von Franz Linke

Das Volksbildungswesen in der Stadt Liegnitz 165
Von Lehrer und Stadtverordneten Gutsche

Liegnitz in der Literatur 168
Von Oberstudienrat Prof. Dr. Zuchhold

Die städtischen Sammlungen 175
Von Professor Zum Winkel

Die evangelischen Kirchen 182
Von Superintendent Kleinod

Die katholischen Stadtkirchen von Liegnitz 190
Von Kaplan Breitkopf

Die jüdische Gemeinde der Stadt Liegnitz 199
Von Rabbiner Dr. Peritz

Das Liegnitzer Zeitungswesen 203
Von Dr. Kraus

WIRTSCHAFT UND VERKEHR

Das Wirtschaftsleben in Liegnitz 207
Von Dr. Jochmann, Syndikus der Industrie- und Handelskammer

Das Handwerk in Liegnitz 211
Von Handwerkskammer-Syndikus Burkert

Die Arbeitsmarktlage in Liegnitz 215
Von Kirchner, Geschäftsführer des Öffentlichen Arbeitsnachweises der Stadt Liegnitz

Das Berufsschulwesen 218
Von Willenberg, Direktor der städtischen Berufsschulen und der Höheren Handelsschule

Das städtische Berufsamt 226
Von Dr. Rattay

Seite

Die Elektrizitätsversorgung Niederschlesiens 233
Von Frost, Direktor des E. W. L.

Das Gaswerk Liegnitz 240
Von Direktor Eberle, Liegnitz

Die Wasserversorgung der Stadt Liegnitz 243
Von Magistratsoberbaurat König

Das Feuerlöschwesen in Liegnitz 247
Von Stadtrat Schmidt

Der Städtische Schlachthof Liegnitz 250
Von Magistratsveterinärrat Gerlach

Städtisches öffentliches chemisches Untersuchungsamt für Nahrungs-, Genußmittel und Gebrauchsgegenstände zu Liegnitz 252
Von Dr. Rudolph

Die Stadt Liegnitz in ihrer Verkehrsbedeutung 255
Von Regierungsrat Pavel

Die Liegnitz-Rawitscher Eisenbahn von ihrer Gründung im Jahre 1897 bis zum Jahre 1927 259

Bank- und Geldwesen in der Stadt Liegnitz 262
Von Bankdirektor Selle

Der Liegnitzer Gemüsebau und die landwirtschaftlichen Lehranstalten in Liegnitz . . 266
Von Studiendirektor Dr. Behlen, Liegnitz

Gemüse-Großhandel und gemüseverarbeitende Industrie 269
Von Pucher, Fabrikbesitzer und Handelsgerichtsrat, Liegnitz

Liegnitzer Gemüse 272
Von Junge, Direktor der Landwirtschaftlichen Gemüseverwertung E. G. m. b. H., Liegnitz

Probleme städtischer Verkehrspolitik 274
Von Stadtrat Dr. Elsner



ALLGEMEINES

Das geschichtliche Liegnitz

Von Professor Zum Winkel.

Liegnitz und die Katzbach, die in tiefliegendem Bette die Stadt durchfließt, haben das gemein, daß sie nicht durch Größe, durch wirtschaftliche Bedeutung hervorragen und dennoch auf dem Erdball, soweit man europäische Geschichte pflegt, bekannt sind. Historische Stätten für jeden, der unsere großen Völkerkämpfe kennt.

Welche Kämpfe mögen sich schon in vorgeschichtlichen Jahrhunderten auf diesem uralten Kulturboden abgespielt haben? — Seit neolithische Funde in den Vorstädten aufgedeckt sind, muß die Besiedlung des unteren Katzbachtales in jenen ältesten Siedlungszeiten des Odertales als wahrscheinlich gelten. In der Bronzezeit sind auf dem hochwasserfreien Ostufer der Katzbach und auf dem Töpferberge nördlich des Schwarzwassers, beide im Bereich der heutigen Vorstädte, Dorfsiedlungen entstanden, deren Urnenfriedhöfe von der Kunstfertigkeit der Bewohner zeugen.

Deren friedliche Kultur scheinen Germanenstämme verdrängt zu haben. An der Straße zur Oder wurden 1925 unweit der zur Katzbach fließenden Weidelache Gräber mit jenen Gesichtsurnen aufgedeckt, die den ersten Germanenschwarm aus den baltischen Gebieten kennzeichnen. Weitere Schwärme folgten, und jahrhundertelang haben kampfesfrohe Germanen auch hier gehaust.

Kulturarme Horden slawischen Stammes ersetzten sie, und von diesen Bewohnern sind an der Koischwitzer Straße zahlreiche Skelette mit den üblichen Schläfenringen gefunden worden.

Ein uralter Handelsweg, die Hohe Straße, durchzog von West nach Ost den Südabhang des Urstromtales, und an der Stelle, wo er die Katzbach kreuzte, entstand ein „Lagerplatz", den die herrschenden Tschechen Legnice nannten. Der Lagerplatz wird zum Marktflecken, geschützt durch eine Zufluchtsburg in Form eines Ringwalls, den man am Rande des morastigen Schwarzwasserbruches anlegte und dem predigende Benediktiner eine Missionskapelle anfügten.



Die Festung Liegnitz zur Zeit Friedrichs des Großen

Endlich begründet der Piast Mifica zur Zeit Kaiser Ottos des Großen den polnischen Staat, der bald hinübergreift auf das linke Oderufer; im Burgwall zu Liegnitz haust ein herzoglicher Kastellan, bis schließlich 1163 durch Barbarossas Eingreifen das Odertal im Umfang des Bistums Breslau den drei Söhnen eines vertriebenen Großherzogs als väterliches Erbe zugesprochen wird, deren ältester, Boleslaw der Hohe, im Burgwall zu Liegnitz sein Schloß erbaut.

Die Residenz wird Kulturzentrum. Plötzlich eine jähe Unterbrechung der verheißungsvollsten Entwicklung. Im Tatareneinfall wird die Stadt ein Opfer der Flammen. Aber in der Geschichte lebt dieses älteste Liegnitz fort, denn auf der Wahlstätter Höhe südöstlich der Stadt wogte die Schlacht, die am 9. April 1241 mit dem Opfertode Herzog Heinrichs des Frommen und seiner Streiter dem Einfall der Asiaten in das Deutsche Reich ein Ziel setzte.

Aus dem Brandschutt blüht höheres Leben. Heinrichs ältester Sohn, Boleslaw II., hat deutsche Bürger zum Wiederaufbau der Stadt nach festem Plane berufen. Schon 1252 kann er seinem Truchseß Radwan als Erbvogt die Verwaltung dieser neuen Deutschenstadt übertragen. Den rechteckigen Ring umschließen die Häuserviertel zwischen geradlinig verlaufenden, rechtwinklig sich kreuzenden Straßen; nur die Niederstadt, der östlichste Stadtteil, scheint Reste der alten Slawensiedlung einverleibt zu haben. Die polnische Legnica (spr. Legnitza) wird zum deutschen Legnitz. Kaufmann und Handwerker wirken frei nach deutschem Recht, in ihren Innungen vereinigt, erhalten sie 1293 alle Rechte der Stadt Breslau, bald kiesen sie Bürgermeister und Rat, während unter des Erbvogts Vorsitz die deutschen



Alt-Liegnitz, Peter-Paul-Kirche mit Ständehaus

Phot. Mertin, Liegnitz

Schöppen Recht sprechen. Allmählich ersetzt man die ältesten Pfahlbauten, die den Befestigungsring bilden, durch starke Ziegelmauern, bewehrt mit etwa 30 Türmen und durchbrochen von vier Toren und einigen Pforten. Das Rathaus, schon 1338 im allgemeinen Stadtbrande vernichtet, wird nach einigen Jahrzehnten massiv neugebaut und 1468 bis auf den Turm vollendet, ein stattlicher gotischer Giebelbau. Stattlicher noch baute die Bürgerschaft ihre gotischen Stadtpfarrkirchen aus. Um 1327 begann der Aufbau der Peterskirche, jetzt Peter-Paul, in Backstein an Stelle des alten Holzkirchleins; man erweitert den Plan zur basilikalen Ausgestaltung, da vernichtet der Stadtbrand die zweite Pfarrkirche zu Liebfrauen. Jetzt muß man auf die Vollendung der Petersbasilika verzichten und beeilt sich, das Gotteshaus für den Gebrauch beider Gemeinden notdürftig fertigzustellen. Als dies geschehen, stellt man auch Liebfrauen wieder her, der ein bauluftiger Pfarrherr, Martin Cromer, 1450—1468 die basilikale Ausgestaltung verleiht, die der Brand von 1822 leider zerstörte.

Die dritte Pfarrkirche war herzoglichen Patronats, die alte Kirche zum Heiligen Grabe, schon vor 1180 erbaut, Amtssitz des bischöflichen Archidiakonus. Ein Domstift wurde ihr 1348 angegliedert, und Herzog Ruprecht ersetzte das schlichte Kirchlein seit 1397 durch eine stattliche Domkirche, die 1425 geweiht wurde.

Zu diesen drei Pfarrkirchen traten zahlreiche Kapellen.

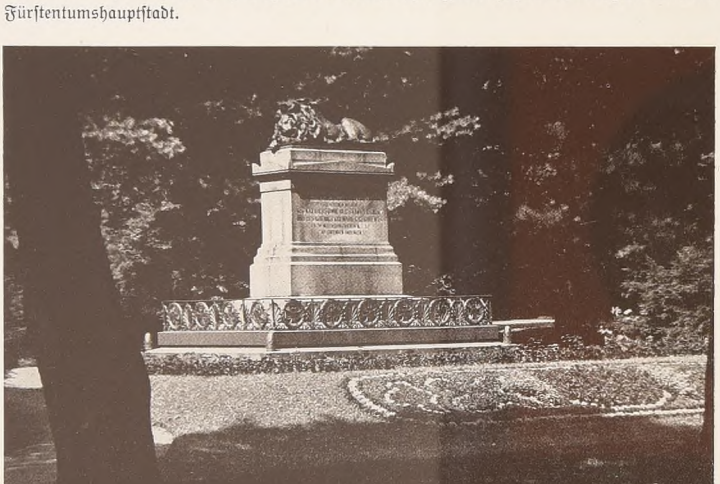
Diesem Reichtum an Gotteshäusern, die größtenteils spurlos verschwunden sind, entsprach, wie die spätere kirchliche Entwicklung zeigte, ein lebhaftes religiöses Leben der Bürgerschaft.

Auf hoher Stufe stand auch der Unterricht. In den Pfarrschulen vom Heiligen Grabe,



Die acht alten Heringsbauden am Ring Phot. Mertin, Liegnitz

von Liebfrauen und St. Peter schulte man die Jugend zum Verständnis und zur Pflege des Gottesdienstes. Höhere Studien traten hinzu, als Bischof Heinrich von Breslau 1308 der Petrischule das seltene Vorrecht verlieh, die „Freien Künste" zu lehren. Da diese Petrischule in dem Städtischen Gymnasium fortbesteht, so ist dieses als die älteste noch bestehende höhere Schule Schlesiens zu betrachten. Das altertümliche, jetzt zum Rathause gezogene Gebäude am Peter-Paul-Platz barg bis 1826 diese Pflanzstätte höherer Bildung in der alten Fürstentumshauptstadt.



Löwendenkmal (1870/71) Phot. Schumm, Liegnitz

Die Stätten des Geschäftsverkehrs bedeckten den Ring. Unter dem Rathause erstreckten sich in zwei Zeilen die Tuchkammern, nach Norden fortgesetzt in den Reichkramen, beide östlich begleitet von den Heringsbauden und von den Brot- und Schuhbänken, über denen man 1491 das Kauf- oder Tanzhaus erbaute, wo sich die Bürgerschaft bei Tänzen und Mummereien, bei den Schauspielen wandernder Künstler von der Arbeit erholte. Rechnen wir die Sonnen- und Hockenbauden der ärmeren Krämer hinzu, so ergibt sich, zumal an Markttagen, ein buntbewegtes Bild auf dem uralten Marktplatz des geschichtlichen Liegnitz. Nur ein Viertel entfernt vom Ringe zogen sich die Fleischbänke

den schmalen Viehmarkt entlang zwischen Burg- und Mittelstraße in zwei Reihen, während der Kuttelhof am Mühlgraben die Abfälle der Schlachtungen der Katzbach zuführte.

Handwerk und Kleingewerbe spielten früh eine bedeutende Rolle. Schon 1353 erzwangen die Zünfte ihre Zulassung zum Rat, und 1454 durchkreuzten sie erfolgreich die hochstrebende Politik der Ratsgeschlechter, die unter des Stadtschreibers Ambrosius Bitschen Führung nach dem Erlöschen der Liegnitzer Piastenlinie unter Ablehnung der Erbfolge der jüngeren Brieger Linie die Stellung einer freien königlichen Stadt erstrebten und den Herzog Johann



Die alte Hauptwache am Ring Phot. Schumm, Liegnitz

1452 bei dem Dorfe Waldau auf der Kriegskoppe entscheidend schlugen. Seit 1453 ziert der böhmische Löwe das Wappen der Stadt. Da brach am 24. Juni 1454 der lange vorbereitete Aufstand aus. Die Zünfte stürmen das Rathaus, verhaften die führenden Patrizier und nehmen die Herzogin-Witwe Hedwig mit ihrem Söhnlein Friedrich I. ins Schloß zu Liegnitz auf. Die Enthauptung des kühnen Stadtschreibers bedeutet das Ende der Patrizierpolitik, während der Liegnitzer Lehnsstreit (1449—1469) noch lange die böhmisch-schlesischen Beziehungen trübt. Auf dem Piastenschlosse aber beginnt neues Leben; den verfallenden Bau stellt Friedrich I. wieder her, sein Sohn Friedrich II. (1488—1547) fügt



Gabeljürge, Zierbrunnen am Ring Phot. Mertin, Liegnitz

das prächtige Torhaus hinzu und erweitert das „Alte Schloß". Als Wien 1529 von den Türken belagert worden ist, eröffnet der Herzog eine Zeit umwälzender Befestigungsbauten. Gegen die weittragenden Geschütze der Türken deckt er die Stadt durch einen haushohen Ringwall um die ganze Stadt, dem die malerischen Vorstädte mit ihren Kirchen — darunter der Dom — seit 1530 in jahrzehntelanger Arbeit geopfert werden.

Inzwischen hat sich innerhalb der Stadt das regste geistige Leben entfaltet. Schon 1522 hatte der Fürst die Reformation eingeführt, 1526 sogar eine evangelische Universität beim Dome begründet. Doch dieser ersten schlesischen Hochschule wirtschaftliches Gedeihen vereitelte der kostspielige Wallbau, ihre wissenschaftliche Arbeit störte religiöse Schwärmerei innerhalb der Bürgerschaft. Nach wenigen Jahren ist sie eingegangen. Friedrich II. aber, um die Zukunft der Reformation inmitten habsburgischer Erblande besorgt, schloß 1537 mit dem evangelischen Kurhause Brandenburg jene Erbverbrüderung, die Schlesiens Zukunft in Norddeutschland verankerte und weltbewegende Kriege zur Folge haben sollte. Das Schloß endlich erweiterte der hochgebildete Herzog Georg Rudolf (1602 bis 1653) um einen Ostflügel über dem Torhause, dem sich bald der Nordflügel anschloß. Ende des 17. Jahrhunderts ist das Piastenschloß vollendet, ein weiträumiger Bau, überragt von zwei mächtigen gotischen Türmen und hochstrebenden, reichverzierten Giebeln, der die ganze Stadt beherrschte.

Inzwischen hat der Dreißigjährige Krieg umgestaltend gewirkt. Als die Kaiserlichen unter Colloredo am 13. Mai 1634 von Arnims Sachsen auf der Siegeshöhe geschlagen waren, unternimmt der kaiserliche Stadtkommandant die Anlage von Außenwerken rings um



Altes Rathaus mit unvollendetem Turm über der Treppe Phot. Schumm, Liegnitz

die Stadt, um welche sich ein breiter, sumpfiger Graben zog, so daß fortan ein dreifacher Festungsring die Stadt umgürtete: die alte gotische Stadtmauer mit Innengraben, der Hauptwall mit Außengraben und die weit vorgeschobenen Außenwerke, deren Glacis noch heute in den Linien der Anlagen vielfach zu erkennen ist.

Damit ist das historische Liegnitz in seinen äußeren Umrissen vollendet; im Innern aber beginnt erst jetzt das bestimmende Element, das Barock, die Herrschaft anzutreten.

Am 21. November 1675 stirbt der letzte, jugendliche Piast. Das angeblich erledigte Lehen der Herzogtümer Liegnitz, Brieg und Wohlau zieht Kaiser Leopold I. ein und eröffnet eine folgerichtig fortschreitende Restauration des Katholizismus in der seit fast anderthalb Jahrhunderten evangelischen Stadt.

Um jedoch das Andenken des alten Piastenhauses zu verewigen, errichtet die Herzogin-Mutter, Luise von Anhalt, 1677 die Fürstengruft im Chore der ehemaligen Franziskanerkirche zu St. Johann, die nach dem Abbruch des Domes zur Hof- und Stiftskirche erhoben worden war, mit dem künstlerischen Beirat Kaspar v. Lohensteins durch den Architekten und Bildhauer Matthias Rauchmüller, das erste der monumentalen Liegnitzer Barockwerke.

Dann folgt die glänzende Reihe jener Ordensbauten, die den katholischen Gottesdienst wieder zu Ehren bringen sollen.



Lindenbuscher Aussichtstürmchen im Sonnenuntergang Phot. Schumm, Liegnitz

Die Bautätigkeit der Orden reizte zur Nachahmung. Als mit Unterstützung der Jesuiten 1708 die Kaiserliche Ritterakademie begründet war, begann der schlesische Adel den Ausbau dieser Hochschule 1709 mit dem Bau einer monumentalen Reitbahn, um später drei Seiten eines großen Vierecks (bis 1738) auszubauen, während die vierte in völlig gleichem Stil 1802 geschlossen wurde. Inzwischen ist neben Peter-Paul durch den Freiherrn v. Hohberg 1717 die alte Erbvogtei durch ein schönes Barockpalais ersetzt worden, und die Stadtgemeinde hat sich entschlossen, das baufällige gotische Rathaus abzubrechen. Dem Palais Hohberg



Glogauer Torturm und Petersturm Phot. Schumm, Liegnitz

gegenüber erhebt sich 1737—1741 das palastähnliche, barocke „Alte Rathaus" mit seinen schöngeschwungenen Freitreppen, dessen Vollendung durch den Einmarsch der Preußen unterbrochen wird.

Die Habsburger haben geerntet, was sie gesät. Wie sie einst Liegnitz trotz des brandenburgischen Erbvertrages Herzog Friedrichs II. an sich rissen, so entreißt der Brandenburger König Friedrich II. trotz der Pragmatischen Sanktion der Erbin des letzten Habsburgers das umstrittene Land. Am 2. Weihnachtstage 1740 rücken die Preußen ein, und die Kabinettspolitik, in große Kriege ausmündend, nimmt alle Werte, alle Einnahmen in Beschlag. Vorbei ist die Pflege friedlicher Kultur, vorbei auch die Bedeutung der alten Feste.

Die Festungswerke verfallen, bis endlich der Große Friedrich ihre Schleifung Ende 1757 anordnet. Damit ist das geschichtliche Liegnitz zum Absterben verurteilt; statt der Wälle entstehen Obstgärten um die düsteren Stadtmauern.

Aber in der Völkergeschichte strahlt der Name der Stadt und ihres Flüßchens heller als jemals. Schon haben die Preußen unter dem Herzog von Bevern im September 1757 ein zweitägiges Artilleriegefecht östlich Liegnitz gegen Karl von Lothringen bestanden, da ziehen sich im August 1760 die Heere Friedrichs und Dauns südlich der Stadt zusammen. Nachdem der König sich einige Zeit im Lager auf der Siegeshöhe gegen die Übermacht gehalten, sieht



Haynauer Torturm Phot. Schumm, Liegnitz

er sich von planmäßiger Einkesselung bedroht, zieht nächtlicherweile ab, lagert nördlich Liegnitz auf den Pfaffendorfer Höhen und wird unvermutet von dem gleichfalls überraschten Laudon angegriffen. Die aufgehende Sonne des 15. August 1760 sieht Friedrich als „Sieger von Liegnitz". Doch 1761 vollzieht sich südlich der Stadt bei Eichholz die Vereinigung der Russen und Österreicher, die dem Helden eine fast unlösbare Aufgabe stellt.

Wenn Liegnitz 1675 den fürstlichen Hofhalt durch den bescheidenen Wirtschaftsbetrieb eines habsburgischen Landeshauptmanns ersetzt sah, so hat ihm Friedrich alle Oberbehörden entzogen, um sie nach dem militärisch wichtigeren Glogau zu verlegen. Liegnitz blieb eine stagnierende Immediatstadt des Kammerbezirks Glogau.

Erst die Franzosenzeit brachte Rettung aus der Versumpfung.

Denn Glogau blieb trotz des Tilsiter Friedens von den Franzosen besetzt. Um der Regierung Niederschlesiens die Freiheit des Handelns wiederzugeben, verlegte sie König Friedrich Wilhelm III. im Frühling 1809 in das Piastenschloß zu Liegnitz und stellte endgültig die geschichtliche Stellung der Stadt als des Kulturzentrums Niederschlesiens wieder her.

Wenige Jahre später wurde Liegnitz die Stätte einer entscheidenden Wendung im Ringen um die Vormacht Europas. Hier faßte Napoleon I., als er am Himmelfahrtstage 1813 eingerückt war, in seinem Quartier am Großen Ringe den Entschluß, jenen Waffenstillstand zu schließen, der den Feinden Zeit verschafft hat, die V. Koalition zu bilden, die ihn einkreisen sollte. Und dann — wenige Kilometer südlich der Stadt stießen am 26. August 1813 nach des Kaisers Abreise Macdonalds Truppen auf Blüchers Freiheitskämpfer. An der Katzbach begann und endete die über der Wütenden Neiße in strömendem Regen tobende Schlacht, die Napoleons Schlesische Armee außer Gefecht setzte.

Mit dieser Großtat des Blücherschen Heeres auf dem Katzbachschlachtfeld endet die Rolle, die dem Liegnitzer Lande in der Geschichte der Völker beschieden war.

Während das neue Liegnitz weit auf die Äcker der Vorfahren, ja auf die Schlachtfelder und die vorgeschichtlichen Siedlungen übergreift, wogt im Innern der Altstadt ein zäher Kampf um — das geschichtliche Liegnitz.

Zukunftsaufgaben Liegnitzer Kommunalpolitik

Von Oberbürgermeister Charbonnier.

In steter und ruhiger Aufwärtsbewegung konnte in der Vorkriegszeit die Arbeit an den kommunalen Aufgaben der Stadt Liegnitz vorwärtsschreiten. Unendlich vielseitig war die Entwicklung der Ziele, reichlicher als heute flossen die Mittel, folgerichtig war der Gang der Gesetzgebung und der Verwaltungsgrundsätze. Der Zusammenbruch hat alles in sein Widerspiel verwandelt. Soziale Forderungen erdrücken die großen Kulturaufgaben, die die deutschen Städte vorbildlich gelöst haben, vernichtet war die Steuerkraft in einer „Stadt der Rentner und Pensionäre", übergroß wuchsen die Lasten, die eine auf die Bedürfnisse der Städte wenig Rücksicht nehmende Gesetzgebung ihnen bedenkenlos auferlegte, widerspruchsvoll, sprunghaft und unsicher wurde die Entwicklung der Verwaltung und ihrer Grundsätze, welche die Städte zum Zusammenschluß und zur Abwehr nötigten. Dazu trat die Tatsache, daß das Reich, gezwungen durch die Lasten des verlorenen Krieges, den Ländern und Städten die Steuerhoheit nahm und ihr finanzielles Rückgrat zerbrach. Das unglückselige Dotationssystem, dessen Ende hoffentlich bald bevorsteht, brachte es mit sich, daß der kommunale Haushalt nur noch zwei bewegliche Steuerarten aufwies: die Grundsteuer und die Gewerbesteuer. Die Beteiligung des preußischen Staates an der Grundsteuer nötigte die Gemeinde zu einer vom Interesse unserer Wirtschaft gesehen zweifellos zu hohen Anspannung der Gewerbesteuer. Den Kampf um ihre Neuorganisation sehen wir heute auf allen Seiten entbrannt. Nach der neuesten Gesetzgebung ist die Gewerbesteuer ihres früheren Charakters als „Realsteuer" entkleidet und zu einer Personalsteuer geworden, die nach allen Kriterien einer solchen zur Veranlagung kommt. Die Städte können diese den altbewährten Grundsatz von Leistung und Gegenleistung verwischende Entwicklung nicht begrüßen. Der Verlust ihrer Finanzhoheit hat die vielgepriesene Selbstverwaltung der Städte zu einem grotesken Zerrbild herabgewürdigt. Sie befinden sich heute auf dem Wege, nach dem Vorbilde der französischen Städte, staatliche Verwaltungsbezirke zu werden. Ihre sich häufende Schuldenlast, die alljährlichen Defizits im Haushalt hindern sie bereits heute an der Erfüllung ihrer wichtigsten kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben. Nur die endliche Durchführung eines verständigen Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Städten kann diese für die Städte so unglückselige Entwicklung aufhalten.

Es ist ohne weiteres klar, daß unter solchen Verhältnissen die Arbeit des Magistrats unermeßlich größer und schwieriger als einst geworden ist, ebenso wie es bei der Stadtverordneten-Versammlung der Fall ist, zumal im preußischen Osten. Mag der Bürger hier ebenso fleißig, ebenso hingebend sein wie in den alten Kulturzentren des deutschen Westens, so fehlt doch oft der unbeirrte, auf keine behördliche Unterstützung wartende Unternehmungsgeist, der allein dem Kulturfortschritt die Bahn bricht. Ist es da nicht eine unabweisbare Pflicht der Staatsbehörden, unter Berücksichtigung dieses empfindlichen Mangels dem Osten eine erhöhte Förderung zuzuwenden, zumal da gerade dieser von der slawischen Begehrlichkeit

am dringendsten bedroht erscheint? — Auf diese Tatsachen ist der Reichstag bei der Bereitstellung der außerordentlichen Mittel in dem „Ostprogramm“ leider nicht genügend eingegangen, denn für Niederschlesien ist hier so gut wie nichts abgefallen. Und doch fehlt es gerade bei uns am Allernötigsten.

In den weiten, noch wenig intensiv bewirtschafteten Niederungen des preußischen Ostens mangelt es an Eisenbahnen, Kanälen und anderen Verkehrslinien, in den Fahrplänen der Reichsbahn befremdet die Vernachlässigung der Belange von Liegnitz und anderer Städte. Liegnitz, die Bezirkshauptstadt von Niederschlesien, besitzt noch keine befriedigende Verbindung mit dem Riesengebirge und seinen Luftkurorten, mit den Pässen, die zu den deutschredenden Teilen der Tschechoslowakei führen und deren Zusammenhang mit dem Deutschtum der Ostmarken vermitteln. Nach langwierigen, der Stadt ungewöhnlich große Opfer auferlegenden Verhandlungen ist es jetzt endlich gelungen, die Deutsche Reichsbahn zum Umbau des Liegnitzer Hauptbahnhofes zu bewegen, der seit mehr als zehn Jahren zum allgemeinen Gespött in unfertigem, den Verkehrsbedürfnissen geradezu hohnsprechendem Zustande dagelegen hat.

Die Stadtgemeinde wird nicht aufhören dürfen, ihre gerechten Ansprüche an Reich und Staat geltend zu machen, mittlerweile aber gut tun, ihre *eigenen* Kräfte und den Unternehmungsgeist ihrer Bürgerschaft unabläßig zu steigern. Wie lange kämpft die Stadt z. B. um die Schaffung besserer Vorflutverhältnisse im Gebiete der Katzbach und des Schwarzwassers! Wie abträglich allen städtischen Belangen war die im Ministerium zäh festgehaltene Auffassung, daß das Liegnitzer Schwarzwasserbruch, dieser Herd einer gerade auch vom sanitären Standpunkt unerträglichen Mückenplage, ein natürliches Staubecken für die Hochwässer dieser beiden Flüsse sei! Jahrzehntelang hat hier der Kampf der Stadt mit den Staatsbehörden gedauert, bis jetzt endlich, vor allem durch die dankenswerte Unterstützung des Leiters unseres staatlichen Kulturbauamts, Regierungs- und Baurat Helmrich, eine der Stadt günstige Auffassung Platz zu gewinnen scheint. Mit großer Bereitwilligkeit beabsichtigen die städtischen Körperschaften, wahrlich nicht geringe Mittel zur Regulierung des Schwarzwasserbruches bereitzustellen, in der Hoffnung, daß Staat und Provinz sich an diesem überaus wichtigen Projekte beteiligen werden. Damit sollen unhaltbar gewordene Mißstände beseitigt werden, die vor den Toren der Stadt auftreten, und deren Beseitigung die Stadt jahrzehntelang gefordert hat. Hoffen wir, daß der von der Provinz geplante Einbau von Stauweihern im Gebiete der Schnellen Deichsa und der Wütenden Neiße, sowie der Ausbau des Unterlaufes der Katzbach bis zur Mündung in die Oder nicht mehr lange auf sich warten lassen! Wo es sich um lebenswichtige Notwendigkeiten einer Stadt handelt, müssen alle widerstrebenden Interessen schweigen.

Nach mancherlei Rückschlägen der letzten Jahre beginnen auch in Liegnitz wieder normale Verhältnisse einzutreten, die eine zielbewußte Arbeit für ihre zukünftige Entwicklung und Ausdehnung fordern. Das Aufblühen zahlreicher Siedlungsbauten an den Grenzen des Stadtkreises, ermöglicht durch eine von der Stadt seit Jahren betriebene, großzügige Bodenpolitik, die Baulustigen Baustellen zu geringem Zins im Erbbaurecht vergeben konnte und im Interesse der Bekämpfung der Wohnungsnot und der Erwerbslosigkeit zahlreiche Wohnstätten schuf, hat die Stadtverwaltung vor die wichtige Aufgabe einer planmäßigen Erweiterung des Stadtgebietes gestellt. Die Frage der *Eingemeindung* ist keine künstlich aufgeworfene, sondern eine zwangsläufig gegebene. Die Streitpunkte, die durch diese Frage

zwischen der städtischen und ländlichen Kommunalverwaltung zu entstehen pflegen, müssen eine gütliche Lösung finden. Daß die Stadt Liegnitz der unmittelbaren Angliederung jener Landgemeinden bedarf, die durch eine fast ununterbrochene Reihe bebauter Grundstücke mit ihr verbunden und Wohnsitz zahlreicher Teile ihrer Arbeiter- und Beamtenschaft sind, wird sicherlich bald allseitig zugegeben werden. Die Schaffung von großzügigen Bebauungs- und Siedlungsplänen, die Aufteilung der benötigten Flächen für Wohnsiedlungen und Industrie, die großzügige Regelung der modernen Verkehrsfragen, die Bereitstellung ausreichender Grünflächen, die Erfüllung notwendiger Aufgaben auf dem Gebiete der Schul-, Wohlfahrts- und der Kulturpflege, alles dies ist nur möglich, wenn der städtischen Entwicklung genügende Flächen zur Verfügung stehen. Es kann kein Zweifel darüber obwalten, daß die Schaffung von Zweckverbänden keine Lösung der hier obwaltenden Schwierigkeiten mit sich bringt. Nur eine planmäßige Eingemeindung der benötigten Gebietsteile kann eine ruhige Weiterarbeit im Sinne gesunder, organischer Entwicklung ermöglichen. Sicher braucht der Bogen nicht überspannt zu werden, aber berechtigten, durch die fortschreitenden Verhältnisse gebotenen Ansprüchen sollte sich kein Landkreis widersetzen.

Auf einen Punkt mag in diesem Zusammenhange noch ganz besonders hingewiesen werden. Die Ausdehnung der städtischen Grünanlagen als Ersatz für den in nächster Umgebung fehlenden Wald muß jetzt planmäßig vor sich gehen. Wenn Liegnitz seinen Grüngürtel planmäßig ausbauen will, so bedarf es einer Fortführung seiner Schattenwege auf dem Gelände seiner Nachbargemarkungen. Wünschenswert ist längst die Anlegung eines Schattenweges zur Verbindung des heranwachsenden Rufferparks mit dem idyllischen Lindenbusch über die Höhe westlich Weißendorf, und in ähnlicher Weise werden Verbindungen mit Barschdorf, beiden Beckern, Pfaffendorf und Boberau-Jacobsdorf außerhalb der bisherigen Verkehrswege zu schaffen sein. Gerade die Differenzierung der Wege nach ihren Zwecken ist heute eine unerläßliche Forderung im Interesse des Verkehrs wie auch dem der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege.

Die Besiedlung schreitet in Liegnitz in der Richtung der ausstrahlenden Straßen ständig fort. Schon entstehen in den benachbarten Landgemeinden Bauten, die es vorausahnen lassen, daß hier Vororte im Werden sind, die unbedingt ebenso planmäßige Bebauungspläne brauchen wie die Stadt, und die planmäßig, unter Berücksichtigung siedlungstechnischer und städtebaulicher Gesichtspunkte mit Liegnitz zu verbinden sind. Es ist nicht abzusehen, wie das Gesamtbild des künftigen Liegnitz sich abrunden soll, wenn diese Landgemeinden Vororte geworden sind, ohne daß Baufluchtlinien, Straßenzüge, Schattenwege vereinbart wurden, ohne daß eine einheitliche Bauordnung für eine Einheit des Stadtbildes bestimmend gewesen ist. Es ist jetzt an der Zeit, organische Zentren am Saume der nach Ausdehnung ringenden Stadt zu schaffen, welche das Gesamtbild einschließlich der nächsten Landgemeinden wohltuend gestalten.

Liegnitz leidet an einem Übermaß von Zentralisation. Seit fast 700 Jahren ist der Ring der Sammelpunkt des Verkehrs. Mag durch die Entwicklung der Südvorstadt mit ihrer Verkehrsader, der Gartenstraße, durch die Herumführung der Autostraßen um die Altstadt eine gewisse Entlastung erzielt sein, so lehrt doch der Augenschein, lehren die Unglücksfälle an gewissen Straßenengen, daß diese Entlastung nicht genügt. Die Leidensgeschichte der Straßenbahn, schwerwiegende Gründe der Verkehrspolizei weisen hin auf die Notwendigkeit

der Dezentralisation, der Schaffung neuer Verkehrs- und Wirtschaftszentren am Saume der Stadt. Ein Irrtum ist es, aus einer solchen Maßregel einen Nachteil für die Altstadt abzuleiten; jede die Entwicklung der Gesamtstadt fördernde Maßregel fördert notwendig auch die Altstadt, die durch den Wechselstrom des Vorortverkehrs befruchtet wird. Dies hat die Entwicklung der Carthausvorstadt bewiesen. Die weitschauende Bodenpolitik der letzten Jahrzehnte hat der Stadtgemeinde besonders im Osten derartige Bodenflächen zur Verfügung gestellt, daß die Schöpfung eines weiteren Wirtschafts- und Verkehrszentrums, südlich der Carthause auf hochwasserfreiem, sehr gesund gelegenem Gelände schon in nächster Zeit durchführbar ist, nachdem Industrie und Kleinsiedlung vorgearbeitet haben. Daß im Süden, Westen, Norden entsprechende Anlagen in gemessener Entfernung vom Ringe entstehen müssen, wird den Bewohnern jener Vorstädte bald einleuchten.

Wenn so der innere Verkehr zergliedert wird, so soll der von außen hereinströmende Verkehr seinen Mittel- und Zielpunkt um so bestimmter in der Innenstadt erhalten. Die „Stadt der Kongresse" besitzt bekanntlich noch keinen Versammlungsraum für Massenveranstaltungen hiesiger Vereine und Körperschaften, die auf starken Zustrom auswärtiger Gäste berechnet sind. Der an sich schon allzu kostspielige Bau einer Stadthalle in den Anlagen des Stadtparkes würde der Innenstadt den Strom der Fremden entziehen, keineswegs aber der Bau eines mächtigen, durch schlichte Würde ausgezeichneten Saales im Rathause, wie er in Köln, in Berlin noch heute zu den größten Bürgerfesten und Kongressen benutzt wird. Der Torso des Neuen Rathauses, der sich seit zwei Jahrzehnten an einem der schönsten Plätze erhebt, ist zweifellos feine einwandfreie Zierde der Stadt und hat sogar Veranlassung gegeben, zwei Gaststätten für die Stadtverwaltung zu erwerben, die naturgemäß niemals den Ansprüchen an ein Dienstgebäude genügen können, während sie für ihren ursprünglichen Zweck leider verloren sind in einer Zeit, die den Ersatz durch Neubauten nicht gestattet. Maßregeln, welche die Zeit der Not erzwang, sollten diese nicht überdauern! Das Anwachsen des Dienstverkehrs, die anzustrebende Heranziehung des Fremdenverkehrs in größerem Maßstabe erfordern gebieterisch die Fortsetzung des Rathausbaues und den Einbau eines umfassenden Saales mit den üblichen Nebenräumen zum Empfang und zur Bewirtung der Gäste.

Nächst der Sorge um die endgültige Sicherung eines durch keinerlei Zersplitterung gefährdeten Geschäftsganges der Stadtverwaltung und einer ungehemmten Entfaltung des Fremdenverkehrs wird die Förderung der besonderen Vorzüge der Stadt unter den Zukunftsaufgaben der Kommunalpolitik an erster Stelle stehen.

Kaum ein anderer Vorzug hat Liegnitz so großen und dauernden Zuzug verschafft wie die außergewöhnlich vielseitige Möglichkeit der Jugendbildung. Soweit nicht die allgemeine Unterrichtsreform diese Vielseitigkeit beschränkt hat, ist sie unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. In die Kämpfe sich kreuzender Kulturbestrebungen auf dem Gebiete des Volksschulwesens einzugreifen, liegt freilich für die Stadtgemeinde kein dringender Anlaß vor, aber die Förderung des Unterrichts durch den weiteren Ausbau des Schulorganismus, durch Errichtung von neuzeitlich eingerichteten Schulbauten in der Peripherie der Stadt im Zusammenhange mit der Bildung neuer Wirtschafts- und Verkehrszentren, die geistige Hebung der minderbemittelten Volksschichten durch eingehendste Fürsorge für die Ausbildung des Nachwuchses wird stets ihre Hauptsorge sein.

Was den höheren Unterricht betrifft, so stellt der Ausbau der in wirtschaftlich günstiger Zeit geschaffenen Schulsysteme nach den Grundsätzen einer von sozialen Gesichtspunkten geleiteten Unterrichtsverwaltung voraussichtlich derartige Anforderungen an den Stadthaushalt, daß eine Teilung des Aufwandes zwischen Stadt und Staat unvermeidlich erscheint. Der gangbarste Weg dürfte hier die Übernahme eines Teiles der höheren Lehranstalten durch die staatliche Unterrichtsverwaltung sein, und die Stadtgemeinde wird nicht versäumen dürfen, diese Übernahme immer von neuem anzuregen. Wenn gar die geschichtliche Entwicklung dahin führte, zwei höhere Schulen gleicher Gattung in den Mauern der Stadt zu unterhalten, so wird diese für eine Mittelstadt undurchführbare einseitige Begünstigung einer bestimmten Kulturströmung möglichst bald zu beseitigen sein.

Nur unter solchen Voraussetzungen wird es möglich sein, die Ausbildung der Jugend in und außer der Schule mit aller Sorgfalt zu fördern, Jugendbewegung und Sport durch Verwaltungsmaßnahmen, durch den Bau von Sportplätzen, Volksbädern und Turnhallen, durch die Errichtung von Jugendheimen, die Anstellung von Pflegern und Sportpersonal zu entwickeln, doch alles dieses unter der zweiten Voraussetzung, daß auch in der Einwohnerschaft die behördliche Förderung ausgiebige Unterstützung findet, denn es ist leider wahr, daß die Vermehrung der kommunalen Aufgaben durch die Kulturentwicklung der Nachkriegszeit keineswegs von einer Verstärkung der Steuerkraft durch die wirtschaftliche Entwicklung dieser schweren Zeit begleitet war.

Wenn die Liegnitzer Universität von 1526 nur noch in der Erinnerung besteht und die Adelshochschule von 1708 lediglich als humanistisches Gymnasium fortblüht, so wird die Stadtgemeinde um so weniger die Pflege höherer Studien aus dem Auge lassen dürfen. Sie wird den Vereinigungen, die sich um die Studien der deutschen Sprache und Literatur, der Geschichte, der Naturwissenschaften, der bildenden und tönenden Künste ernstlich bemühen, wird den höheren Kursen für Handelswissenschaft, Technik und Kunstgewerbe, besonders der Volkshochschule in ihrer großen Vielseitigkeit weitherzige Unterstützung gewähren.

Es wird der Stadtgemeinde als Bezirkshauptstadt endlich eine dankbare Aufgabe bleiben, die Bildungsstätten für weiteste Kreise, die sie in glücklicherer Zeit begründete, trotz der Not der Nachkriegszeit aufrechtzuerhalten und weiter zu entwickeln, das Niederschlesische Museum, die wissenschaftliche Stadtbibliothek und die von ihr schon jetzt größtenteils unterhaltene Volksbücherei. Einer glücklicheren Zukunft freilich bleibt es vorbehalten, ein würdiges, umfassendes Gebäude in vorteilhafter Lage, mit neuzeitlichen Einrichtungen und voller Feuersicherheit für diese Sammlungen zu errichten, deren Bedeutung für Stadt und Regierungsbezirk mit dem Wachstum der Bürgerschaft und ihrer werktätigen, opferfreudigen Teilnahme an diesen Kulturaufgaben sich steigern wird.

In noch höherem Maße wird die Stadtgemeinde auf die Mitwirkung der Einwohnerschaft rechnen müssen bei der Lösung der heute so schwierig gewordenen Theaterfrage, die nicht nur angesichts der Verarmung der Gebildeteren, sondern auch des Wettbewerbs der Lichtspielhäuser den Stadtverwaltungen fast unlösbar erscheinen muß. Nur das unbedingte Eintreten der Kulturfreunde kann den Bühnen die Eigenart eines Volksbildungsmittels erhalten, nur die opferfähige Unterstützung der Kulturarbeit des Stadtorchesters eine leistungsfähige Kapelle verbürgen. Was den Langhausbau von 1842 betrifft, so genügt er so wenig den heutigen Erfordernissen, daß zu den Zukunftsaufgaben der Stadtgemeinde in absehbarer

Zeit auch der Neubau eines Stadttheaters gehören wird, während das heutige Haus z. B. als Börsengebäude an dem uralten Getreidemarkte der Stadt die zweckmäßigste Verwendung finden dürfte.

Wird Liegnitz, trotz des Mangels an natürlichen Bodenschätzen, dank seiner günstigen Verkehrslage ein Industriezentrum werden? — Mag die Umwandlung der alten Beamten- und Rentnerstadt zu einem wesentlich gewerblich gerichteten Gemeinwesen nahe bevorstehen oder nicht, man wird die rechtzeitige Umstellung durch planmäßige Verteilung der Bevölkerung und der erforderlichen Wohlfahrtseinrichtungen nicht versäumen dürfen.

Aber eine alte, im politischen Leben oft bewährte Wahrheit warnt vor dem leichtherzigen Verlassen historischer, alterprobter Grundlagen. Liegnitz ist einmal als Residenz, dann als Bezirkshauptstadt der Sammelpunkt mehr oder minder bemittelter Familien gewesen. Trotz aller Umstellung wird man dieses nicht vergessen, wenn die Zeit der Entwertung erst überwunden ist. Neben den Zukunftsaufgaben wird der Ausbau der alten Vorzüge weiter bestehen müssen. Ehe Krieg und Entwertung die Steuerkraft und Steuerwilligkeit beeinträchtigten, galt Liegnitz im preußischen Osten als einer der begehrenswertesten Wohnsitze. Dieser Ruf ist unbedingt wiederherzustellen, und die Bezirkshauptstadt Niederschlesiens wird ihre Eigenart als Typus ostdeutscher Städtekultur unentwegt fortzubilden haben. Wenn die Stadtverwaltungen als Einrichtungen der Länder zu gelten pflegen, so soll doch der Gesichtspunkt der Zugehörigkeit zum umfassenden deutschen Volksstaate das geistige Leben auch in Liegnitz beherrschen und im umbrandenden Ozean des osteuropäischen Slawentums in unserer Stadt einen unerschütterlichen Hort deutscher Kultur begründen.

Keine Kirchturmpolitik, sondern ein klares, festes Erfassen des Kulturberufes der deutschen Städte, ein entschlossenes Zusammenfassen auseinanderstrebender Interessen zu einem lebensprühenden, widerstandsfrohen Organismus! Das ist die größte der Kulturaufgaben für die Zukunft einer deutschen Stadtgemeinde der Ostmark.

Die Liegnitzer Regierung

Von Regierungspräsident Dr. Poeschel.

Am 25. November 1741, ein knappes Jahr nach dem Einmarsche der preußischen Truppen in Schlesien, erließ König Friedrich II. ein „Notifikationspatent wegen Stiftung zweier zur Wohlfahrt des Landes wohl eingerichteter Kriegs- und Domänenkammern in Niederschlesien in Glogau und Breslau". Das Glogauer Kammerdepartement umfaßte die Fürstentümer Glogau, Wohlau, Liegnitz, Jauer und die Mediatfürstentümer Sagan und Trachenberg, also den heutigen Regierungsbezirk einschließlich der Kreise Schwiebus, Steinau, Wohlau und Militsch, aber ausschließlich der Oberlausitzer Kreise sowie der Kreise Landeshut und Bolkenhain.

Die Glogauer Kammer war im Glogauer Schlosse untergebracht. Zu ihrem Geschäftsbereich gehörte die Sorge für den Unterhalt der Armee, die Finanzverwaltung, insbesondere die Domänenverwaltung — die damals zahlreichen Domänen sind erst nach dem Kriege von 1806/07 größtenteils verkauft worden — und vor allem das Polizeiwesen und die Kommunalaufsicht. Daneben hatte die Kammer eine umfassende Rechtsprechung.

Als im Jahre 1806 Preußen zusammenbrach, wurde auch die Kammer, die sich an der Verteidigung der Festung beteiligt hatte, stark in Mitleidenschaft gezogen. Glogau wurde bombardiert, geplündert und mit Kontributionen belegt. Außerdem hatte die Stadt schwer unter den Quartierlasten zu leiden.

In diesen schweren Zeiten entstand die Notwendigkeit einer Verlegung der Regierung nach Liegnitz. Man wollte sich dadurch nicht nur den kaum noch zu tragenden Lasten und Schwierigkeiten, sondern vor allem auch dem Einfluß der französischen Gouverneure entziehen. Auf Anordnung des Oberpräsidenten vom 11. November 1808 stellte die Regierung Ermittelungen an, in welchen Räumlichkeiten in Liegnitz die Regierung sich am besten unterbringen lasse. Nachdem man zunächst geschwankt hatte, ob man die Regierung im Schloß und die Steuerdirektion, die sogenannte Akzisedirektion, in dem dem Kloster Leubus gehörigen Hause unterbringen solle, oder ob es zweckmäßiger sei, die Regierung in die Räume der Ritterakademie und die Akzisedirektion ins Schloß zu legen, einigte man sich schließlich auf das erste Projekt.

So siedelte denn am 26. und 28. März 1809 die Regierung unter Mitnahme von 9000 Aktenbänden in das ehrwürdige Liegnitzer Piastenschloß über, woselbst am 4. April die erste Sitzung stattfand. Die Regierung nannte sich nunmehr nicht mehr Kriegs- und Domänenkammer, sondern „Niederschlesische Regierung" oder auch „Liegnitzer Regierung von Schlesien". Gleichzeitig wurde eine grundlegende Änderung in der Geschäftstätigkeit der Regierung durchgeführt. Die Regierung hatte fortan die geistlichen, Schul- und Medizinalangelegenheiten, die Zoll- und Akzisesachen zu bearbeiten und die Aufsicht über das Post-, Justiz-, Lotterie-, Bergwerks- und Hüttenwesen zu führen. Die Gerichtsbarkeit wurde ihr genommen. Es wurden überdies vier Deputationen gebildet, gewissermaßen als Unter-

ausschüsse. Dazu traten noch technische Deputationen. Jedes Regierungsmitglied erhielt ein bestimmtes Dezernat.

Weitere Neuordnungen folgten 1815 und 1825.

1815 wurde Schlesien in vier Regierungsbezirke eingeteilt. Dabei mußte der Regierungsbezirk Liegnitz die auch jetzt noch zum Regierungsbezirk Breslau gehörigen Kreise an diesen abgeben. Die Kreise Jauer und Hirschberg wurden der Regierung in Reichenbach zugeteilt, diese Regierung aber 1820 bereits wieder aufgelöst. Auf der anderen Seite kamen die Oberlausitzer Kreise damals zum Regierungsbezirk Liegnitz hinzu.

Besonders schwere Zeiten brachen über die Regierung herein, als im Jahre 1813 die französische Invasion erfolgte. Am 19. Mai 1813 traf aus dem Hauptquartier in Nieder-Moys bei Görlitz ein Befehl des Staatskanzlers Grafen Hardenberg ein, die staatlichen Gelder sofort in Sicherheit zu bringen. Nach der unglücklichen Schlacht bei Bautzen am 20. und 21. Mai entstand für die Regierung eine heikle Lage. Am 26. Mai hörte man bereits von Haynau her Kanonendonner. Am Abend desselben Tages verließ der damalige Präsident, Regierungspräsident von Erdmannsdorff, die Stadt Liegnitz, nachdem alle staatlichen Gelder anordnungsgemäß in Sicherheit gebracht waren, und siedelte zunächst nach Jauer über. Von dort mußte er sich nach Schweidnitz und von dort nach Reichenbach zurückziehen. Die Mitglieder der Regierung und die Bürobeamten waren in alle Himmelsrichtungen zersprengt.

Am 4. Juni 1813 wurde in Koischwitz bei Jauer ein vorläufiger Waffenstillstand geschlossen. Der Regierungspräsident siedelte nach Striegau über, da Liegnitz von den Franzosen besetzt blieb.

Nach Ablauf des Waffenstillstandes am 10. August 1813 ging der Feind weiter zurück. Aber erst nach der Schlacht an der Katzbach am 26. August 1813 war die Lage so weit geklärt, daß die Regierung nach fast 3½ Monate langer unfreiwilliger Abwesenheit wieder am 4. September in das Schloß einziehen konnte.

Große und schwere Aufgaben harrten der Lösung. Es galt, viel Not zu stillen und manche Wunde zu heilen, die der Krieg geschlagen hatte. Dazu kam zu allem Unglück noch ein außerordentlich starkes Hochwasser. Auf den Hilferuf der Regierung leitete das Ministerium bereits am 16. September d. J. eine großzügige Notstandsaktion ein.

Übergehen wir die nun folgenden bangen Jahrzehnte, die mit dem Zollverein, den Einigungskriegen, der Entstehung des Reichs und der Induftrialisierung Deutschlands eine immer stürmischere Entwicklung auf allen Gebieten brachten. Gerade jene Zeit, in welche die eingangs erwähnte Jahrhundertfeier fiel, das Jahr 1909, war die Glanzzeit deutscher Machtstellung, der Höhepunkt in der Geschichte des Deutschen Reiches von 1871.

Aber eben dieses Jahr barg auch die Keime des Zerfalls. Die Einverleibung Bosniens mit Serajewo in den verbündeten Kaiserstaat vertiefte die Kluft, die Mitteleuropa von den Westmächten und der Slawenwelt trennte. Nur ein Jahrfünft — da erzeugte die Bluttat von Serajewo den Weltkrieg.

Eine Überfülle von Aufgaben stellte dieser Kampf um das Dasein des Deutschen Reiches den leitenden Persönlichkeiten Niederschlesiens, den Regierungspräsidenten Günther Freiherr von Seherr-Thoß (1902—1915), Oskar Hergt (1915) und Hans Ukert (1915—1919), die sie mit bedeutend verringerten Arbeitskräften unter großen Schwierigkeiten, zumal auf den Gebieten der Ernährung, des Gewerbes, der Gesundheitspflege und der Schule zu lösen wußten.



Piastenschloß vom Ostturm der St. Johannes-Kirche Phot. Schumm, Liegnitz

Der Krieg ging verloren. An die Stelle des alten Kaisertums trat die junge Deutsche Republik. Fast übergroß waren die Aufgaben, die sie gleich in den ersten Monaten, in den ersten Jahren ihres Bestehens zu bewältigen hatte, und ein aufgezwungener Friede, der Deutschland zu vernichten bestimmt war, steigerte die Schwierigkeiten, statt sie zu beseitigen. Die Demobilmachung, das Zurückströmen der Krieger, das Hereinströmen der Flüchtlinge, die Entlassung der Ersatzkräfte, die zunehmende Wohnungsnot, der Wiederaufbau des Gewerbes, die Umstellung auf die Friedenswirtschaft bei empfindlichstem Mangel an Rohstoffen und steigender Entwertung der Währung, die soziale Zerklüftung — alles dies schuf eine fast hoffnungslose Lage.

Und wie sich die Entwicklung im großen vollzog, so spiegelte sie sich auch wider in den Schwierigkeiten und Kämpfen, die in diesen Zeiten der Regierungsbezirk und die Regierung Liegnitz durchzumachen hatte.

Das war eine Zeit, die gebieterisch das persönliche Eingreifen des Regierungspräsidenten erheischte. Da galt es unermüdlich anzuregen, auszugleichen, vorwärts zu drängen, und zwar mit dem vollen Einsatz der eigenen Persönlichkeit. Es war eine Aufgabe, die weit über den großenteils repräsentativen Charakter der einstigen Schloßherren von Liegnitz hinausgriff, und der sich mein unmittelbarer Vorgänger, Regierungspräsident Robert Büchting (1919—1925), mit voller Seele hingab, bis ihn in Ausübung des Berufes der Tod dahinraffte.

Wenn es eine köstliche Pflicht war, aus den Ruinen des sittlichen, gewerblichen, kulturellen Bestandes des deutschen Volkes neues Leben zu wecken, so mußte freilich auch die Mitarbeit der kommunalen Verbände, ja jedes einzelnen Bewohners unseres niederschlesischen Landes auf das dringendste gefordert werden.

Es ist eine der allgemeinen Entwicklung höchst nachteilige Eigentümlichkeit weiter Kreise des preußischen Ostens, alles Heil von den Behörden zu erwarten und sich über Zurücksetzung zu beklagen, wenn aus Mangel an rechtzeitigem Zugreifen seitens der zunächst beteiligten Gruppen Gelegenheiten versäumt zu sein scheinen. Wem die Persönlichkeit alles gilt, der wird sich auch der eigenen Verantwortlichkeit für das Gedeihen des Ganzen bewußt sein.

Nur wer dieses Bewußtsein hegt, kann die schweren Opfer bringen, die für eine im edelsten Sinne fortschrittliche Kulturpolitik unerläßlich sind. Versagt diese Opferfreudigkeit, so muß die Kommunalverwaltung, Preußens schönste Leistung, versagen. Der Obrigkeitsstaat gehört der Vergangenheit an; auf der freien, entsagungsvollen Mitarbeit jedes Deutschen beruht unsere Zukunft.

Unsere Verfassung ermöglicht nicht nur, sondern verlangt reges Interesse und wirksamste Mitarbeit des einzelnen am Ganzen. In diesem Sinne gewinnt auch die Selbstverwaltung der Kommunen für die Entwicklung unseres staatlichen Lebens ganz besondere Bedeutung. Die Aufsichtsbehörde ist nicht dazu da, die Selbstverwaltung nach Möglichkeit zu beschränken. Sie hat zwar dafür zu sorgen, daß die städtische Verwaltung im geordneten Gange bleibt, aber darüber hinaus will und soll sie helfen und fördern, stützen und anregen, wo immer sie kann. Eine freie, verständnisvolle Entfaltung der Selbstverwaltung liegt nicht nur im Interesse der Gemeinden, sondern auch des Staates selbst. So wird sich ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen der Selbstverwaltung einerseits und der Regierung als staatlicher Aufsichtsinstanz andererseits auch fernerhin ermöglichen lassen. Das gilt in ganz besonderem Maße auch von der Stadt Liegnitz, die ja nun schon so viele Jahrzehnte hindurch in ihren

Mauern die Regierung beherbergt, und bei der daher engste Zusammenarbeit das natürlich Gegebene ist. Tatsächlich haben auch, wie der Chronist vermeldet, Regierung und Stadtverwaltung, Regierungsmitglieder und Bürgerschaft stets im besten Einvernehmen gelebt.

Die Regierung hat es nicht an unverdrossener Anregung und Förderung fehlen lassen, sie sieht ihren Wirkungskreis heute durch das Anwachsen der Bevölkerung von 700 000 (1811) auf 1 220 000 (1926), durch die bedeutende Vermehrung der Kirchen und Schulen, die Steigerung der Zahl der Lehrstellen auf das Fünffache der ursprünglichen Anzahl, die alle Erwartungen übersteigende Zunahme des Verkehrs, insbesondere des Kraftfahrzeugverkehrs, das Aufblühen großer Industriezweige und einer immer vielseitiger arbeitenden Wohlfahrtspflege derart erweitert, daß sie längst das gesamte Schloßgebäude einschließlich mehrerer Anbauten, insbesondere des 1919/20 noch gerade rechtzeitig errichteten sogenannten „Grünen Baues" und der ehemaligen landesherrlichen Gemächer für ihren Dienst einzunehmen genötigt ist.

Und weit gesteckt sind die Grenzen für die Tätigkeit der Regierung fürwahr. Gerade das ist die Eigenart der allgemeinen Staatsverwaltung, daß es kaum ein Gebiet des politischen und wirtschaftlichen Lebens gibt, mit dem sie es nicht zu tun hätte. Die Regierung mit ihren verschiedenen Abteilungen, zu denen in diesem Zusammenhange auch Oberversicherungsamt und Bezirksausschuß gerechnet werden müssen, ist auf diese Weise im Mittelpunkt der staatlichen Betätigung, dem mit Ausnahme der eigentlichen Gerichtsbarkeit nichts fremd ist, was dem Lande Preußen überhaupt an eigener Verwaltung geblieben ist. Diese Vereinheitlichung der vielseitigsten Betätigungen in einer Behörde gibt der Regierung, und ihr allein von allen Behörden, einen universalen Charakter eigener Prägung — der sich z. B. in einer Reihe von Amtsbezeichnungen der Regierungsmitglieder treffend ausdrückt — und hat von jeher auf begabte und pflichtbewußte Männer der verschiedensten Herkunft und Vorbildung eine besondere Anziehungskraft ausgeübt. Auch darf daran erinnert werden, daß zwei bekannte Minister, Westphalen, der Innenminister der preußischen Reaktion nach 1848, und Hergt, der letzte Finanzminister des letzten Königs von Preußen, jetzt Reichsjustizminister, in Liegnitz Regierungspräsidenten gewesen sind. Neue Tätigkeitsgebiete, wie z. B. die Zwangswirtschaft während des Krieges oder die Wohnungsaufsicht, konnten ohne weiteres in den bestehenden Rahmen der Regierung einbezogen werden. Manches der alten Arbeitsgebiete ist in den Hintergrund getreten oder ganz fortgefallen, wie z. B. alles, was mit dem Übergang der Einkommensteuer auf das Reich zusammenhängt; doch findet gerade bei den Reichssteuern eine Mitwirkung des Regierungspräsidenten in manchen Einzelheiten statt. Andere Gebiete, z. B. die Polizeisachen, haben durch neue Einrichtungen, wie die der Schutzpolizei und der Landeskriminalpolizei, eine völlige Umstellung erfahren. So ist ein Arbeitskomplex entstanden, der die scheinbar entgegengesetztesten Dinge in sich vereinigt. Anfangend von der Polizei- und Kommunalaufsicht finden sich dort, um nur einiges herauszuziehen, nebeneinander die Hauszinssteuer und Schulsachen, das Militärversorgungsgericht und die Erwerbslosenfürsorge, Domänen- und Eisenbahnsachen, Meliorationen, Schlichtungsangelegenheiten und Jugendfürsorge, Katasterverwaltung, Aufsicht über Kirchengemeinden, Gewerbe und Stiftungen, wozu noch Arbeiten aus besonderen Einzelanlässen kommen können, wie dem Hochwasser 1926 oder dem Ost- und Sofortprogramm. Und das alles in einem Bezirk, der sich über Hochgebirge, Vorgebirge und Ebene erstreckt und durch seine Vermischung von

Landwirtschaft, Fremdenverkehr und einer Industrie, die nur wenige eigentliche Konzentrationspunkte aufweist und im allgemeinen in die Landschaft, namentlich längs der Flußläufe, eingesprengt ist, der Staatsverwaltung seine besonderen Schwierigkeiten, aber auch seine eigenen Reize bietet. Als Mittelpunkt hierfür, räumlich nicht gerade günstig für den Bezirk gelegen, die Regierung selbst, nominell noch immer auf der alten Regierungsinstruktion vom 23. Oktober 1817 beruhend, tatsächlich jedoch weit über sie hinausgewachsen, besonders nachdem die Verwaltungsreform der 1870er Jahre die alte kollegiale Verfassung bei der größten und wichtigsten Abteilung der Regierung, der des Innern, durchbrochen und an ihre Stelle den allein entscheidenden Regierungspräsidenten gesetzt hat. Gleichzeitig trat der Bezirksausschuß als Verwaltungsgericht und Beschlußbehörde neu und selbständig neben die Regierung, durch Personalunion des Vorsitzenden mit ihr vereinigt, und übernahm besonders in Kommunal- und neuerdings in Wassersachen einen großen Teil ihrer Zuständigkeit. In ähnlicher Weise wurde vor dem Kriege das Oberversicherungsamt und nach ihm das mit diesem verbundene Militärversorgungsgericht errichtet, während die bisherige Forstabteilung 1924 aufgelöst und ihre Zuständigkeit auf die Regierungen Breslau und Frankfurt übertragen wurde.

Ob diese umfassenden Zuständigkeiten der Regierung in Zukunft ungeschmälert bleiben, steht dahin. Da ist die landwirtschaftliche Verwaltung mit eigenen Behörden in den Bereich der allgemeinen Verwaltung nicht unerheblich eingedrungen und will diese ihre Stellung nicht nur nicht aufgeben, sondern noch erweitern. Die junge Reichsfinanzverwaltung hat die Tendenz in sich, im zukünftigen Einheitsstaate des Deutschen Reiches die Rolle einer „allgemeinen Reichsverwaltung" zu übernehmen. Und abgesehen hiervon ist überhaupt noch nicht sicher, daß nicht die preußische Verwaltungsreform die Regierungen zugunsten der Oberpräsidenten ganz aufheben wird. Aber wie dem auch sein mag, eine Stelle, wie sie heute die preußische Provinzialregierung darstellt, wird in der einen oder anderen Gestalt niemals ganz entbehrt werden können.

Die Entwicklung der Regierung hat auch die ehemalige Residenzstadt der Piasten von dem Banne erlöst, dem sie seit der Besitzergreifung durch die friderizianische Verwaltung verfallen war. Infolge des Verlustes sämtlicher Oberbehörden war sie im Begriff, eine stille Landstadt zu werden. Als die Regierung 1809 einzog, zählte Liegnitz 9470 Einwohner einschließlich der Vorstädte. Wenn es heute über 74 000 zählt, wenn es alle Städte des eigentlichen alten Niederschlesiens überflügelt hat, so dürfte zum großen Teil die Übersiedlung der Zentralbehörde Niederschlesiens diesen Aufschwung veranlaßt haben. Es konnte nicht ausbleiben, daß andere Behörden folgten, Verkehrslinien nach allen Richtungen ausgebaut wurden, eine stärkere Garnison einrückte. Um diese Zivil- und Militärbehörde sammelte sich eine für die Steuerkraft der Stadtgemeinde bedeutsame, immer stärker werdende Gruppe der Bevölkerung, die dem Einzelhandel und dem Handwerk neues Leben einflößte, während sich allmählich eine namentlich der Landwirtschaft dienende Industrie entwickelte, welche die Regierung gern förderte. Andererseits ist anzuerkennen, daß die Stadtverwaltung, zumal seit sie aus dem Kreisverbande ausschied, mit voller Entschiedenheit (unter der Führung des Oberbürgermeisters Dr. Oertel) eine Kommunalpolitik regsten wirtschaftlichen und kulturellen Fortschrittes verfolgte, so daß — wie in jener Festsitzung im „Goldenen Saal" hervorgehoben

wurde — „sich die Mitglieder der Regierung dieses Aufblühens ihrer Bezirksstadt stets von Herzen gefreut und ihm ihrerseits manche Anregung entnommen haben".

Wenn es zweifellos ist, daß „die Stadt der Rentner und Pensionäre" durch den Währungsverfall eine unersetzliche Einbuße an Steuerkraft erlitten hat, so ist doch mit Sicherheit zu erwarten, daß es dem oft bewährten gesunden Sinn, der unermüdlichen Arbeitskraft und dem Geiste des Vorwärtsstrebens, der die Bürgerschaft in glücklicheren Zeiten beseelte, gelingen wird, diese wirtschaftliche Schwächung zu einer vorübergehenden zu machen.



Dr. h. c. Ottomar Oertel, Oberbürgermeister von Liegnitz 1872—1912,
Geheimer Regierungsrat, Ehrenbürger der Stadt,
† 1914

Die städtische Verfassung und Verwaltung

Von Stadtrat Dr. Elsner.

Am 28. Januar 1809 wurde in der damals 6093 Einwohner zählenden Stadt Liegnitz die Selbstverwaltung auf Grund der Steinschen Städteordnung eingeführt. Am 23. März 1809 trat die erste Stadtverordneten-Versammlung zusammen, und am 1. Mai desselben Jahres wurde der erste Magistrat nach den neuen Bestimmungen von ihr gewählt. Seitdem bildet das Zusammenwirken zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung die gesetzliche Grundlage, auf der sich die Tätigkeit der städtischen Verwaltung vollzieht. In der Zusammensetzung der Körperschaften haben die im Laufe der Jahre erfolgten Abänderungen der Städteordnung, wie auch die allmähliche Zunahme der städtischen Bevölkerungszahl Veränderungen eintreten lassen. Zählte die erste Stadtverordneten-Versammlung 60 Mitglieder und 20 Stellvertreter, so beträgt seit den Stadtverordnetenwahlen von 1924 die Mitgliederzahl 45. Der erste Magistrat bestand aus 12 Mitgliedern. Darunter befanden sich 4 besoldete Mitglieder: der Bürgermeister, der Stadtsyndikus, der Kämmerer und ein besoldeter Ratmann für Einquartierungssachen. An Stelle des letzteren trat später ein Baurat als besoldetes Magistratsmitglied. 1883 übernimmt der Bürgermeister, der inzwischen seit langem die Amtsbezeichnung „Oberbürgermeister" erhalten hat, selbst das Syndikat, während das Amt des Kämmerers vom 2. Bürgermeister ausgeübt wird. 1888 tritt als neues besoldetes Magistratsmitglied der Stadtschulrat hinzu. Seit 1905 besteht der Magistrat aus 5 besoldeten Mitgliedern: dem Oberbürgermeister, dem 2. Bürgermeister und Kämmerer, dem Stadtbaurat, dem Stadtschulrat und einem besoldeten Stadtrat, dem die Führung der Polizeiverwaltung und des Syndikates obliegt. Die außerordentliche Zunahme der kommunalen Verwaltungsgeschäfte in der Nachkriegszeit ergibt die Notwendigkeit, zwei weitere besoldete Stellen zu schaffen, denen insbesondere die Dezernate der sozialen Fürsorge zufallen. Außer diesen 7 besoldeten Mitgliedern besteht der Magistrat nunmehr aus 12 ehrenamtlichen, die die Amtsgeschäfte der städtischen Betriebe, Wohlfahrtsanstalten und Bildungseinrichtungen untereinander teilen.

Als ursprüngliche städtische Verwaltungszweige bestanden: die Kämmerei, das Syndikat, die Polizeiverwaltung, das Einquartierungswesen, das Bauwesen und das Schulwesen. 1823 kommt die Armendirektion als Verwaltungsbehörde des städtischen Armenwesens der wohltätigen Stiftungen und Hospitäler hinzu. Die ständig wachsende Bevölkerungsziffer der Stadt, die 1874 25 000 überschreitet und bis 1927 etwa 74 500 erreicht, ihr infolge zahlreicher Eingemeindungen immer mehr sich ausdehnendes Gebiet und der vorwärtsstrebende Geist der Bürgerschaft bedingen einen weiteren Ausbau der städtischen Verwaltung.

Die 1905 geschaffene Geschäftsorganisation sieht die Einrichtung von 8 Büros vor: des Zentralbüros, der Armenverwaltung, des Bau- und Baupolizeibüros, des Steuerbüros, der Versicherungs- und Krankenkassenmeldestelle, des Polizeibüros, des Einwohnermeldeamtes und des Gasanstaltsbüros. 1917 sind es durch die Eingliederung der Kassen, Betriebe und

Anstalten in die Verwaltungsorganisation bereits 26 Dienststellen geworden. Kriegs- und Nachkriegszeit stellen die kommunale Verwaltung vor ungeahnte neue Aufgaben. Auf der anderen Seite kommen im Laufe der Jahre Aufgabenkreise wieder in Wegfall. Insbesondere führt die ständig wechselnde Gesetzgebung in der Zeit nach der Staatsumwälzung und während der Geldentwertung dazu, daß die Aufgabengebiete der Verwaltung fortwährenden Veränderungen unterliegen. Diese Veränderungen wirken sich naturgemäß auch in der städtischen Verwaltungsorganisation aus. Neue Dienstzweige gelangen zur Einrichtung, bestehende erleiden Veränderungen in ihren Aufgabenkreisen oder gehen ganz ein. Damit greift erklärlicherweise eine gewisse Unübersichtlichkeit in der Verwaltungsorganisation Platz. Die Dezernate sind nicht mehr scharf nach Sachgebieten voneinander abgegrenzt. Es ist keine Rede mehr davon, daß jedes Dezernat einen geschlossenen Verwaltungszweig darstellt und in einem und demselben Verwaltungszweig auch immer nur ein Dezernent tätig ist. Vielmehr wirkt die Dezernatsverteilung im ganzen außerordentlich buntscheckig und ist für den Außenstehenden ein mehr oder weniger undurchdringliches Geheimnis. So teilen sich beispielsweise nach dem Dezernatsverteilungsplan von 1922 in die Aufgaben der Wohlfahrtspflege 4 verschiedene Magistratsmitglieder, die gleichzeitig auch noch andere Angelegenheiten bearbeiten. Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und der sonstigen wirtschaftlichen Versorgungsmaßnahmen sind gleichfalls 5 verschiedene Dezernenten tätig. Selbst das in der Liegnitzer Verwaltung damals noch wenig entwickelte Gebiet des Verkehrswesens ist auf 2 verschiedene Dezernate verteilt, insofern als ein Magistratsmitglied im Rahmen seines außerdem noch die Friedhofsverwaltung umfassenden Dezernates die allgemeinen Verkehrsangelegenheiten, das andere neben dem Dezernat der Gasanstalt, des Stadttheaters und der Krankenkasse die Eisenbahn- und Straßenbahnangelegenheiten bearbeitet.

Ähnliche Zersplitterungen weist die Büroorganisation auf. Seit der 1922 erfolgten Einführung des tagebuchlosen Geschäftsverkehrs sind die Dienstgeschäfte der städtischen Verwaltung auf 48 selbständige, zum Teil kleine und kleinste Dienststellen verteilt, von denen einige sogar nur mit einem einzigen Beamten besetzt sind. Für die einzelnen Aufgaben der Kriegs- und Notwirtschaft bestehen beispielsweise 6 besondere Dienststellen — eine Handelserlaubnisstelle, eine Ortskohlenstelle, eine Brotmarkenstelle, eine Mehlverteilungsstelle, ein Lebensmittelamt und eine Preisprüfungsstelle — statt eines einheitlichen Kriegswirtschaftsamtes; für die Aufgaben der Wohlfahrtspflege 5 besondere Dienststellen — ein Armenamt, eine Berufsvormundschaft, eine Kriegshinterbliebenen- und Kriegsverletztenfürsorgestelle, ein Kriegsunterstützungsamt und eine Rentenzuschußstelle — statt eines einheitlichen Wohlfahrtsamtes. Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge bilden 2 getrennte Dienststellen. Neben der Steuerverwaltung sind als besondere Dienststellen ein Umsatzsteueramt und eine Gebührenkontrollstelle (Kanalbuchhalterei) vorhanden. In der Wohnungswirtschaft sind 3 Stellen — die Wohnungsfürsorge, der Wohnungsnachweis und das Mieteinigungsamt — tätig. Selbstverständlich stehen auch die verschiedenen Wohlfahrtsanstalten und Bildungseinrichtungen in ziemlicher Selbständigkeit neben den Büros der inneren Verwaltung. Auf der anderen Seite weist die Verwaltungsorganisation ein sogenanntes Zentralbüro auf, das als Abladestelle für alle möglichen Sachen in Anspruch genommen wird, selbst wenn diese mit der allgemeinen Verwaltung nichts zu tun haben und sachlich ganz wo anders hingehören.

Zu dieser dezernatsmäßigen und büroorganisatorischen kommt schließlich noch die räum-

liche Zersplitterung der Verwaltung hinzu. Außer den beiden Rathäusern dienen noch drei sonstige Gebäude, von den Grundstücken der Anstalten und Betriebe ganz abgesehen, der Aufnahme der Geschäftsstellen, wobei sachlich zusammengehörige Verwaltungszweige räumlich nicht selten getrennt sind.



Phot. Foglar, Liegnitz

Durchblick von der Passage auf den Nordflügel des neuen Rathauses

Alle diese Mißstände, die einem reibungslosen und schnellen Arbeiten der Verwaltung außerordentlich hinderlich sein mußten, zwangen naturgemäß zur Abhilfe, zumal die tagebuch-



Neues Rathaus

Phot. Schumm, Liegnitz

Norderker mit Mannschießen-Skulpturen: Schütze, Zieler, böhmischer Löwe



Phot. Schumm, Liegnitz

Neues Rathaus
Erker mit Sinnbildern für das Standesamt

lose Geschäftsführung ohne Nachteil nur durchgeführt werden konnte, wenn die Verwaltung eine streng sachliche Gliederung ihrer Geschäfte aufwies, die jeden Vorgang auch ohne tagebuchmäßige Kontrolle stets an die zuständige Stelle gelangen ließ. Die Reform in der inneren Verwaltungsorganisation wurde planmäßig seit Anfang 1926 in Angriff genommen, nachdem einzelne Dienstzweige für ihren Aufgabenkreis bereits vorher wertvolle Vorarbeiten geleistet hatten. Die erste Maßnahme bildete die Neugliederung der Verwaltung nach sachlichen Gesichtspunkten:

Entsprechend der Zahl der außer dem Magistratsdirigenten vorhandenen hauptamtlichen Magistratsmitglieder ist die gesamte Verwaltung nunmehr in 6 große Arbeitsgebiete zerlegt, von denen jedes einen sachlich geschlossenen und einheitlichen Zweig der kommunalen Verwaltung darstellt und persönlich den Wirkungskreis eines und desselben hauptamtlichen Dezernenten bildet. Damit sind 6 große Dezernate entstanden: Die Haupt- und Polizeiverwaltung, die Finanzverwaltung, die Wohlfahrtsverwaltung, die Bauverwaltung, die Unterrichtsverwaltung und die Verwaltung für Arbeit und Wirtschaft. Die Anführung einzelner Angelegenheiten (wie Konzessionssachen, Beamtenprüfungssachen, Arbeiter- und Tariffragen, Marktpreisfestsetzung) ist aus dem Dezernatsverteilungsplan verschwunden. Die ehrenamtlichen Magistratsmitglieder sind von den ihnen zugeteilten Geschäften der inneren Verwaltung befreit und bleiben lediglich Dezernenten der von ihnen betreuten Anstalten und Betriebe. In der Büroorganisation sind die bestehenden zahlreichen kleinen Dienststellen ihrer sachlichen Zusammengehörigkeit nach zu großen „Stadtämtern" vereinigt. Auf der anderen Seite ist die Hauptverwaltung von allen denjenigen Geschäften entlastet, die mit der allgemeinen Verwaltung nichts zu tun haben. Dafür ist auf der anderen Seite die zentrale Behandlung aller derjenigen Angelegenheiten, die für die Gesamtverwaltung von Bedeutung sind, streng durchgeführt. Dies gilt zunächst für die Organisations- und Personalfragen, welche nur von der Hauptverwaltung einheitlich und nicht von einzelnen Dezernaten oder Stadtämtern für ihr jeweiliges Gebiet bearbeitet werden dürfen; ferner aber auch für die Rechtsangelegenheiten, soweit es sich nicht um ständig in dem Arbeitsgebiet der einzelnen Dienststellen wiederkehrende Rechtssachen handelt, und schließlich für die Beschaffung sämtlicher für Verwaltungszwecke erforderlichen Materialien und Bücher sowie für die Bearbeitung des Nachrichtendienstes. Hinsichtlich der Raumverteilung in den städtischen Verwaltungsgebäuden wird angestrebt, die einzelnen Abteilungen eines Dienstzweiges auch räumlich in demselben Verwaltungsgebäude zusammen unterzubringen. Wohlfahrtsanstalten und Bildungseinrichtungen sind den zuständigen Dienststellen der inneren Verwaltung angegliedert und unterstellt. Die wirtschaftlichen Betriebe dagegen, die zum Teil nach kaufmännischen Grundsätzen aufgezogen sind, bleiben selbständig neben der behördlichen Verwaltung bestehen.

Eine wichtige Aufgabe, die in engem Zusammenhang mit der Reform der inneren Verwaltungsorganisation steht, ist die Reform des Ausschußwesens. Gegenwärtig bestehen in der Verwaltung außer den von der Stadtverordneten-Versammlung gebildeten Ausschüssen 53 gemischte Ausschüsse. Diese auch auf dem Gebiete des Ausschußwesens somit bestehende Neigung zur Spezialisierung führt zu einem jede Einheitlichkeit und Übersicht verwischenden Neben- und Gegeneinanderarbeiten und zu einer kaum mehr tragbaren Belastung für die Zeit und Kraft der in den Ausschüssen tätigen Personen, insbesondere der Ehrenbeamten und Stadtverordneten. Es besteht deshalb die Absicht, die Zahl der Ausschüsse zu vermindern,



Neues Rathaus, Magistratssitzungsfaal

Phot. Schumm, Liegnitz

insbesondere die kleinen Spezialkommissionen zu beseitigen und in enger Anlehnung an die neue Verwaltungsorganisation auch die Ausschüsse auf organischer Grundlage neu zu bilden. Dabei soll den Ausschüssen jeweils die Verwaltung eines einheitlichen Verwaltungszweiges und die Bearbeitung aller zu ihm gehörigen Angelegenheiten obliegen, so daß für die Zukunft die Neubildung von Ausschüssen grundsätzlich ausgeschlossen sein dürfte. Daneben soll die vorberatende Tätigkeit der Ausschüsse auf grundsätzliche Fragen und solche Vorlagen begrenzt werden, die der Beschlußfassung beider städtischer Körperschaften bedürfen, während im übrigen in weitestgehendem Maße Angelegenheiten, die an sich der Beschlußfassung des Magistrats allein oder auch der Stadtverordneten-Versammlung unterliegen würden, auf die Ausschüsse zur endgültigen Entscheidung übertragen werden sollen.

Hand in Hand mit der Durchführung der neuen Verwaltungsorganisation geht die Reform des Aktenwesens, für welche die klare Gliederung der Verwaltung die notwendige Voraussetzung bildet, und die die Einführung einer modernen Schnellheftregistratur mit vertikaler Aktenlagerung zum Ziele hat. Erst wenn nach Durchführung der Reform für jede Dienststelle ein systematisches Aktenverzeichnis aufgestellt ist, wird sich die tagebuchlose Geschäftsführung voll auswirken können.

Die Leistungsfähigkeit einer Verwaltung hängt nicht zum wenigsten von der Zusammensetzung und dem Geist ihres Beamtenkörpers ab. Es ist deshalb selbstverständlich, daß auch die Liegnitzer Verwaltung seit jeher besondere Aufmerksamkeit auf die Regelung der Dienstverhältnisse ihrer Beamten und Angestellten verwendet hat. Jeder Beamte und Angestellte der Stadt, der eine selbständige Sachbearbeiterstelle erlangen will, muß einen besonderen Beamtenlehrgang, der sich auf alle einschlägigen Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltungspraxis erstreckt, zurücklegen und alsdann sich einer Abschlußprüfung vor einem Prüfungsausschuß des Niederschlesischen Städtetages unterziehen. Gehobene Stellen im Büro- und Kassendienst (von Gruppe VII an aufwärts) setzen den Besuch eines neuen Lehrgangs und die Ablegung einer zweiten Prüfung voraus. Aber auch ihren vollausgebildeten Beamten und Angestellten gibt die Stadt bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Möglichkeit zur Fortbildung, indem sie ihrerseits solche Beamte und Angestellte zu Speziallehrgängen ihres besonderen Faches abordnet, andererseits die von der Beamtenschaft selbst getragenen Lehrgänge der Beamtenhochschule weitestgehend fördert. In wirtschaftlicher Beziehung hat die Stadt ihre Beamten nicht nur in ihrer Besoldung den gleichartigen Reichs- und Staatsbeamten gleichgestellt, sondern leistet ihnen darüber hinaus durch eine großzügige Handhabung des Beamtenunterstützungswesens und durch die Einrichtung einer Beamtenkredithilfe jede mögliche Hilfe in besonderen wirtschaftlichen Notlagen. Auch in der Personalpolitik wird allmählich mit den aus der Kriegs- und Nachkriegszeit her bestehenden, nur für die damaligen außergewöhnlichen Verhältnisse berechneten Einrichtungen aufgeräumt. So ist die Stadt zur Zeit dabei, ihre Dauerangestellten, deren Zahl etwa 55 beträgt, in das Beamtenverhältnis zu überführen, so daß in Zukunft grundsätzlich Stellen von dauernder Bedeutung nur wiederum von Beamten bekleidet werden. Wenn die Verwaltung auf der einen Seite bedacht ist, alle ihre Dienststellen so mit Beamten und Angestellten zu besetzen, wie es zur einwandfreien und reibungslosen Erledigung der ihr obliegenden Geschäfte notwendig ist, glaubt sie es doch andererseits der Bürgerschaft schuldig zu sein, auch in Personalausgaben die größte Sparsamkeit walten zu lassen. Gerade der Überprüfung des Stellenplanes auf die Möglichkeit hin, durch organi-

satorische Änderungen Ersparnisse eintreten zu lassen, widmet sie immer und immer wieder ihre größte Aufmerksamkeit, und wenn die Verwaltung zur Zeit insgesamt 312 Beamte und 163 Angestellte zählt — wobei allein 60 Beamte auf die infolge der Verlegung der staatlichen Schutzpolizei aus Liegnitz notwendig gewordene Wiedereinrichtung der kommunalen Exekutivpolizei entfallen —, so bleibt die Stärke ihres gesamten Beamten- und Angestelltenkörpers weit unter dem Durchschnitt der Städte von gleicher Größe und Bedeutung. Sie wird auch weiterhin ihren Stolz darein legen, durch zweckmäßige Gestaltung ihrer Organisation und durch die Qualität ihres Beamtenkörpers mit möglichst geringen Mitteln möglichst große Leistungen zum Besten der Bürgerschaft zu vollbringen.

Die Finanzwirtschaft der Stadt Liegnitz

Von Bürgermeister Dr. Reichert.

Liegnitz hat vor dem Kriege die Politik einer langsam fortschreitenden, aber gesunden Entwicklung verfolgt. Durch möglichste Niedrighaltung der Zuschläge zu den Realsteuern und zur staatlichen Einkommensteuer suchte man den Zuzug nach der Stadt zu fördern. Noch im Jahre 1906 betrug die Einkommensteuer nur 120% und stieg langsam bis zum Jahre 1914 auf 140% der staatlichen Sätze. Ob die Stadtverwaltung recht daran getan hat, die Gewerbesteuer bis nach dem Kriege in der veralteten Form der Zuschläge zu der staatlich veranlagten Gewerbesteuer zu erheben, kann bezweifelt werden, denn das Klassensystem, das der staatlichen Gewerbesteuer damals zugrunde lag, erschwerte eine die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen entsprechende Veranlagung. So ist es gekommen, daß die Gewerbesteuer diejenige der direkten Kommunalsteuern war, die in Liegnitz den geringsten Ertrag abwarf; sie ergab im Jahre 1913 bei 180% des staatlich ermittelten Veranlagungssolls nur einen Ertrag von 163 550,25 M., das ist auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet 2,32 M., im Verhältnis zu dem Gesamtfinanzbedarf nur 9,42%.

Bei der Besteuerung des Grund und Bodens ist man in Liegnitz immer sehr vorsichtig und zurückhaltend gewesen, denn die Grund- und Gebäudesteuer betrug 1913 bei einem Ertrage von 442 907 M. auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet 6,13 M. oder 24,87% des Gesamtfinanzbedarfes. Die in vielen Städten eingeführte Steuer vom gemeinen Wert konnte trotz eines Versuchs des Magistrats in der Vorkriegszeit infolge Widerstandes der Stadtverordnetenversammlung erst nach dem Kriege eingeführt werden. Dagegen gelang es schon frühzeitig, eine Wertzuwachssteuer zu erheben, die viel dazu beitrug, die großzügige Bodenpolitik der Stadtverwaltung bestens zu unterstützen. Es gelang der Stadt schon vor dem Kriege, in ganz kurzer Zeit ihren Besitz innerhalb des Stadtkreises von 225 ha auf 475 ha zu erweitern, also mehr als zu verdoppeln. Wie richtig die Bodenpolitik der Stadt gewesen ist, zeigte sich besonders in den Jahren nach dem Kriege, als es galt, Grund und Boden zu Siedlungszwecken zur Verfügung zu stellen.

Liegnitz konnte ferner die direkten Steuern niedrig halten, weil es in seinem etwa 2000 ha großen Forst und in den Erträgnissen seines übrigen Grundbesitzes sich Einnahmequellen verschafft hatte, die mit 9,44% des Gesamtfinanzbedarfes zur steuerlichen Entlastung der Bürgerschaft wesentlich beitrugen. Daneben vernachlässigte die Stadt keineswegs die indirekten Steuern, die 13,37% des Gesamtfinanzbedarfes ausmachten, und von denen der größte Teil auf die Immobilienumsatzsteuer, Wertzuwachssteuer und die Lustbarkeitssteuer entfielen. Die Überschüsse aus gewerblichen Betrieben stellten 14,79% des Finanzbedarfes dar.

Auch verfolgte die Stadt eine gesunde Anleihepolitik. Wenn auch die Schulden im Laufe der Jahre ständig wuchsen, so wurde dadurch doch der Vermögensstatus der Stadt nicht verschlechtert, sondern ständig verbessert, denn es wurden Werte geschaffen, die nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der kulturellen Entwicklung der Stadt zu dienen bestimmt sind.

Ende 1913 betrug die Gesamtschuld der Stadt 15 321 945 M., während dieser Schuld ein buchmäßiges Vermögen der Stadtgemeinde in Höhe von 37 808 099 M. gegenüberstand.

Der Krieg und die Nachkriegszeit hemmten die in ruhigen Bahnen fortschreitende Entwicklung der Stadt. Die Finanzwirtschaft geriet in Gefahr, und es bedurfte der Anspannung aller Kräfte, um den hoch gesteigerten Anforderungen an die Finanzkraft der Stadt gerecht zu werden, denn der Aufgabenkreis der Stadt war gegenüber dem Friedensstande bedeutend erweitert worden. Besonders trat dies auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege und Kriegsfolgenfürsorge in Erscheinung. Dazu trat in den ersten Jahren nach dem verlorenen Kriege die gewaltige Arbeitslosigkeit, die, abgesehen von den laufenden Erwerbslosenunterstützungen, auch sonst z. B. durch Notstandsarbeiten, Naturalzuwendungen und dergleichen recht bedeutende Ansprüche an den Stadtsäckel stellten. Die gesteigerten Aufgaben erheischten naturgemäß gesteigerte Einnahmen. Dies aber war um so schwerer, als durch die Gesetzgebung des Reiches den Gemeinden die Einkommensteuer genommen war und an ihre Stelle Zuweisungen aus der Reichseinkommensteuer traten. Die Zuweisungen aus dieser Steuer betrugen in manchen Nachkriegsjahren nicht einmal 40% des gesamten steuerlichen Bedarfs, während die Gemeindeeinkommensteuer der Stadt im Jahre 1913 mit 52,34% mehr als die Hälfte des Gesamtfinanzbedarfes darstellte. Hätte man sich auch schließlich mit dem Verlust der Steuerhoheit auf diesem wichtigen Gebiet notgedrungen abfinden müssen, so war es doch für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Finanzen höchst bedenklich, daß die Steueranteile durchweg in entwertetem Gelde überwiesen wurden. Es war überhaupt ein Krebsschaden der städtischen Finanzwirtschaft, daß in der Inflation die Steuern und Gebühren regelmäßig stark entwertet eingingen. Auf Einnahmen aus dem Barvermögen der Stadt konnte je weniger gerechnet werden, je weiter die Geldentwertung fortschritt und das gesamte Barvermögen der Stadt und der zahlreichen Stiftungen, soweit es in Wertpapieren und Hypotheken angelegt war, durch die Geldentwertung völlig verschlungen wurde. Zu allem Unheil wurde in den Inflationsjahren der städtische Forst zu ein Fünftel des Bestandes durch Raupenfraß vernichtet, so daß damals große Waldflächen abgeholzt werden mußten. Der Erlös hieraus fiel leider auch der Inflation zum Opfer. Auf Jahre hinaus muß die Stadt sich nun mit einem Ertrage aus dem Forst zufrieden geben, der hinter dem Ertrage aus der Vorkriegszeit um fast zwei Drittel zurückbleibt. Oftmals ließ sich die städtische Wirtschaft nur durch kurzfristige Wechselkredite, insbesondere zur Beschaffung von Kohlen und Lebensmitteln, und durch Ausgabe von Notgeld aufrechterhalten. Sachwerte hat die Stadt in der Inflationszeit nicht nur insofern geschaffen, als sie sich angelegen sein ließ, den Häuserbau auf stadteigenem Baugelände zu fördern, sondern auch andere bebaute Grundstücke, Wilhelm- und Augusta-Stift, Hotel Prinz Heinrich, Gasthaus zum Brunnen, Spinne, käuflich zu erwerben. Freilich vergrößerte sich dadurch, zahlenmäßig genommen, der Schuldenstand der Stadt recht erheblich. Schon der Finanzbericht 1921 bezifferte die Schuldenlast der Stadt auf mehr als 73 Millionen Mark.

Die Höhe der Schulden gibt aber keinen Vergleichsmaßstab für die Höhe der Verschuldung der Stadt, da in demselben Tempo, als das Geld entwertete, auch das Sachvermögen der Stadt, nach dem Nennbetrag beziffert, stieg; ja man kann sogar ruhig den Grundsatz aufstellen, daß, je größer in der Inflationszeit die Schulden einer Gemeinde gewesen sind, um so besser der gesamte Vermögensstatus der Stadt sich letzten Endes darstellte. Jedenfalls ergab die Goldmarkbilanz der Stadt ohne das Sparkassenvermögen per 31. März 1925 ein Ver-

mögen von 26 553 003 GM, während die Schulden einschließlich eines nach der Stabilisierung aufgenommenen Goldmarkdarlehns von 600 000 GM bis dahin nur auf 2 931 102 GM berechnet wurden. Hierbei sind die Vorkriegsanleihen der Stadt mit 15% ihres Goldmarkwertes, die Hypothekenkapitalien dagegen mit dem nach der Dritten Steuernotverordnung zugelassenen Prozentsatz und das Vermögen in Wertpapieren mit dem Kurswert eingestellt worden. Wie hoch die Stadt durch die Markanleiheschuld belastet ist und wieviel Reichsmark-Vermögen den Schulden gegenübersteht, läßt sich jetzt Ende des Rechnungsjahres 1926 noch nicht genau angeben, weil die gesetzliche Aufwertung noch nicht abgeschlossen und restlos durchgeführt ist.

Nach dem Stande vom 31. März 1926 ergibt sich folgende Zusammenstellung des Vermögens und der Schulden der Stadt:

A. Vermögen	RM	B. Schulden	RM
1. Aufwertungssumme der Hypotheken	50 530	Abteilung I: Hypotheken, Anleihen, Darlehen usw.	4 147 390
2. Inhaberpapiere	584 656	„ II: Ausgabereste	279 318
3. Kassenbestände und Einnahmereste	1 215 486	„ III: Vorschüsse	153 963
4. Mobilien der städtischen Verwaltungen	2 309 812		
5. Immobilienvermögen:			
a) städtische bebaute Grundstücke:			
Rathaus (altes und neues)	451 074		
Verwaltungsgebäude	1 549 181		
Schulgebäude	2 774 013		
zinspflichtige Wohnhäuser	1 447 505		
b) städtische unbebaute Grundstücke:			
Baugelände	3 845 162		
Stadtpark	577 868		
c) werbende Anlagen:			
Gasanstalt	2 034 573		
Wasserwerk mit Kläranlage einschl. Kanalwerk mit Kanalleitungen	2 490 794		
Schlachthof	947 960		
Marstallverwaltung	116 424		
d) Landbesitz	1 110 059		
e) Forstbesitz (wird nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen verwaltet) Taxwert	3 985 670		
f) Gerechtsame	2 907 337		
A.	28 398 104		
B.	4 580 671		4 580 671
Mithin übersteigt das Vermögen die Schulden um	23 817 433		

Den nach der Stabilisierung der Währung aufgenommenen Schulden stehen ebenfalls entsprechende Werte gegenüber, denn es sind aus den Anleihen in erster Linie Wohnungsneubauten finanziert worden. Es darf in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß seit der Stabilisierung die Stadt gegen 500 neue stadteigene Wohnungen mit Hilfe der Zuwendungen aus dem Hauszinssteueraufkommen dem Wohnungsmarkt zugeführt hat.

Daneben hat die Stadt aus Anleihemitteln auch in der Nachkriegszeit großen Grundbesitz erworben. Es darf an den Ankauf des Gutes Neuhof, des Steinbruchgeländes bei Gräben und anderer für die Erweiterung der städtischen Parkanlagen und des städtischen Baugeländes zweckmäßig gelegener Parzellen erinnert werden. Der innerhalb des Stadtkreises und in seiner Nähe gelegene unbebaute Grundbesitz der Stadt ohne Promenaden und Friedhof ist auf 930 ha gestiegen. Das Krematorium, die Leichenhalle, verschiedene wirtschaftliche Baulichkeiten auf dem städtischen Friedhof und Turnhallen sind aus neu aufgenommenen Schulden finanziert worden.

Auch die beiden nach Eintritt der festen Währung bereits abgeschlossen vorliegenden Rechnungsjahre 1924 und 1925 verliefen günstiger, als nach Lage der wirtschaftlichen und steuerlichen Aussichten bei Aufstellung des Etats angenommen werden konnte. Das Rechnungsjahr 1924 schloß zwar im Gegensatz zu der Kassenflüssigkeit anderer Gemeinden bei der Kämmereikasse mit einem Fehlbetrag in Höhe von 26 206,48 RM ab. Die Betriebsverwaltungen brachten dagegen Überschüsse. Die sich bei diesen auch im Rechnungsjahre 1924 zeigende günstige Entwicklung setzte sich auch im Rechnungsjahr 1925 fort. Und auch bei der Kämmereikasse gelang es infolge streng durchgeführter Sparsamkeit, nicht nur große in den Spezialhaushaltsplänen vorgesehene Ausgabenbeträge zu ersparen, sondern auch infolge der Reichssteuerüberweisungen, die höher waren, als bei Aufstellung des Etats angenommen werden konnte, und infolge der höheren Erträgnisse aus den städtischen Steuern einen nicht unerheblichen Bestand in das Rechnungsjahr 1926 hinüberzunehmen und für die infolge der immer noch anhaltenden großen Erwerbslosigkeit notwendig gewordenen Mehrausgaben bereitzustellen.

Auf die günstige Entwicklung der städtischen Finanzen wirkte die gegenwärtig immer noch anhaltende Wirtschaftskrise hemmend ein. Zwar war es möglich, mit den aus dem Jahre 1925 herübergenommenen Überschüssen den Haushaltsplan für 1926, der einen Gesamtausgabenbetrag von 11 917 000 RM ohne Gaswerk vorsieht, in Einnahme und Ausgabe auszugleichen. Die Erwerbslosigkeit — die Zahl der am 1. Oktober 1926 arbeitsuchenden Personen betrug immer noch 4922, davon waren 2636 Unterstützungsempfänger — und die damit in engem Zusammenhang stehenden größeren hohen Aufwendungen in der Wohlfahrtspflege und endlich die erhöhten Kosten für die Einrichtung der kommunalen Polizei erforderten jedoch Ausgaben, die bei Aufstellung des Haushaltsplans 1926 nicht vorgesehen waren. Auch für das Jahr 1927 wird es schwer sein, den Ausgleich in den Einnahmen und Ausgaben des Haushalts zu finden. Aber auch diesen Schwierigkeiten wird die Stadt Herr werden, sobald die gegenwärtige Wirtschaftskrise überwunden sein wird. Daß wir auch etwas zuversichtlicher in die Zukunft schauen dürfen, als es vor etwa einem Jahr der Fall sein konnte, gibt der Stadtverwaltung den Mut, an eine günstige Entwicklung der städtischen Finanzen für die Zukunft zu glauben. Sparsamkeit auf allen Gebieten und weise Vorsicht in der Übernahme neuer Aufgaben wird nach wie vor richtunggebend für die städtischen Körperschaften sein müssen.

Geologische Betrachtungen über Grund und Boden von Liegnitz

Von Oberbaurat Freystedt.

Am Ende der sogenannten Kreidezeit,* vor mehreren Millionen Jahren, hob sich ganz Niederschlesien endgültig aus dem Meere, unter dessen Bedeckung es mit einigen Unterbrechungen seit den ältesten geologischen Zeiten gelegen hatte; es begann die Neuzeit der Erde, deren älterer Teil das Tertiär und jüngerer Teil die Eiszeit sind.

Bis über die Mitte der Tertiärzeit hinaus lag das nunmehrige Festland, das sich von Sachsen über die Lausitz bis in das nordwestliche Oberschlesien und Polen hinein erstreckte, als flachhügeliges Tiefland da, aus dem wohl nur das Gebiet des jetzigen Riesen- und Isergebirges, vielleicht auch des Zobten, sich als niedrige Gebirgszüge heraushoben. Im jüngeren Tertiär, dem Miozän, und zwar besonders zu dessen Anfang, erfolgte nun eine katastrophale Zertrümmerung der Erdkruste. Spalten rissen auf, an denen die Erdschollen, wie Eisschollen beim Eisgang, verschoben, schräg gestellt, übereinander geschoben, in die Tiefe versenkt und in sich verbogen wurden. Vielfach drang in den Spalten, besonders an den Kreuzungsstellen, Lava aus dem Erdinnern hoch, die zu Basalt erstarrte, oft Kuppen oder Decken bildend. In der Folgezeit verwitterte das hochgehobene Gestein wieder, die schroffen Hänge der erhöhten Schollen wurden abgetragen, Flüsse durchfurchten das weichere Gestein und ließen das härtere als Berge scheinbar emporwachsen. Die abgetragenen verwitterten Schuttmassen wurden im fließenden Wasser zu Sand und Ton zerrieben und im tieferen Vorland abgelagert, dessen tiefliegende Flächen von einem ländergroßen Süßwassersee im Norden und Osten angefüllt wurden. Langsam nur ebbte die gebirgsbildende Tätigkeit ab, die noch heute nicht völlig zur Ruhe gekommen ist, wie gelegentliche Erdbeben auch in unserem Gebiete beweisen. Am meisten gehoben wurde die Scholle des Riesen- und Isergebirges. Eine Spalte trennt diese Scholle von der Scholle des Bober-Katzbach-Gebirges, die etwa von Görlitz über Lauban—Liebenthal—Mauer—Verbisdorf—Rudolstadt nach Freiburg verläuft. Weiter wird diese Scholle von einer Spalte begrenzt, die am Sudetenrand von Oberschlesien herkommend von Freiburg über Hohenfriedeberg bis Seichau am Gebirgsrand entlang läuft und sich von hier unauffällig über Röchlitz—Teichmühle westlich Laasig—Kosendau—Nieder-Adelsdorf—Bhf. Thomaswaldau und weiter nordwestwärts bis etwa Lorenzdorf a. Queis fortsetzt. Der Sudetenrandspalte annähernd parallel zieht noch eine Hauptspalte etwa von Wansen — östlich Canth — westlich Neumarkt nach Nordwesten, deren genaue Lage noch durch weitere Tiefbohrungen ermittelt werden muß. Sie trennt die Münsterberg-Haynauer Scholle von der Odertalscholle. In dieser Odertalscholle liegen in einiger Tiefe erdmittelalterliche Gesteine, in der Münsterberg-Haynauer Scholle aber nur uralte, die an vielen Stellen zutage treten, Berge und Hügel bilden oder in wechselnder Tiefe erbohrt sind.

* Der hier gebrachte Artikel ist ein Auszug aus einer Abhandlung des Verfassers „Oberflächengestaltung und Untergrund der Liegnitzer Landschaft".

Diese Scholle hat also zeitweise am höchsten nächst der Riesengebirgsscholle gelegen, denn auf ihr sind alle erdmittelalterlichen Gesteine wieder abgetragen, am tiefsten die Odertalscholle, in der diese jetzt noch in der Tiefe erhalten sind. Die große Bober-Katzbach-Gebirgsscholle ist gekippt; im Südosten liegt sie höher als im Nordwesten: hier sind die jüngsten Kreideschichten erhalten. Noch andere Spalten durchziehen die Bober-Katzbach Scholle; besonders auffällig ist eine, welche vom Schilfberge südlich Seichau — längs der Burgberge — Sachsenmühle oberhalb Nieder Prausnitz über Bhf. Hermsdorf Bad—Grenze Pilgramsdorf-Ullersdorf westnordwestlich weiter verläuft bis westlich Groß-Hartmannsdorf. Nördlich dieser Spalte ist das Schollenstück zeitweise durch Seitendruck aufgebogen und gehoben, so daß es z. B. zwischen Goldberg und Hermsdorf 900 m höher lag als das südliche Stück. Dieser Berg wurde fast restlos wieder abgetragen, und so gelangten viel ältere Schichten nördlich der Spalte zutage, als südlich liegen. Erst in verhältnismäßig später Zeit, bis in die Eiszeit, erfolgte schließlich die Heraushebung des südöstlichen Teils der Scholle; dabei kippte der Ostrand besonders hoch und bildete den imposanten Steilrand, der dem nördlichen Schollenteil fehlt, dafür aber den südlichen von Seichau bis gegen Goldberg heraushebt. Nordöstlich der Sudetenrandspalte wurde die Münsterberg-Haynauer Scholle auch etwas schräg gestellt, und zwar im Südosten höher als im Nordwesten. Daher ragen im Südosten viele Höhen und Berge aus älteren, vormittelalterlichen Gesteinen empor, während sie im Nordwesten fehlen; hier bilden die tertiären Schichten eine mehr oder minder mächtige Decke auf ihnen.

Das westliche Grenzgebiet unserer Betrachtung, der Höhenzug Goldberg—Mönchswald—Moschenberg, liegt auf dem nördlichen, nicht wieder gehobenen Teile der Bober-Katzbach-Gebirgsscholle und besteht im Westen aus erdmittelalterlichen Gesteinen, im Osten aus den Schiefern der Urzeit, die sich weiter östlich ohne Tertiärdecke unter den eiszeitlichen Schichten bis an den Sudetenrandbruch hinziehen. Das südöstliche Grenzgebiet, die Höhen von Tschirnitz—Striegau—Kuhnern—Gränowitz—Mertschütz—Bersdorf, auf der Münsterberg-Haynauer Scholle, ist von tertiären Bildungen umgeben, die größtenteils von eiszeitlichen verhüllt sind, die Höhen selbst bestehen aber im Süden aus Granit, an dessen Nordrand die ihn ursprünglich überlagernden kristallinen Schiefer, als Glimmerschiefer, Glimmerhornfels, phyllitische Schiefer und in Amphibolit umgewandelte Grünschiefer sich anlegen, die in uralte Tonschiefer übergehen, wie wir sie im Bober-Katzbach-Gebirge finden. Die kristalline Umwandlung ist eine Folge der Hitze des glutflüssigen Granits, ursprünglich waren es die gleichen Urschiefer. Weiter nördlich, jenseits der Senke bei Mertschütz-Gränowitz, stehen sie in Verbindung mit kristallinen Schiefern und Granitgneis, die sich zwischen Groß-Wandriß und Nickolstadt und bis an den Rand der Ebene bei Würchwitz und weiter östlich dicht unter der Erdoberfläche bis zum Kretschamberge südlich Klein-Jänowitz hinziehen. Der Granitgneis von Groß-Wandriß und Nickolstadt ist ein etwas älterer Granit als der Striegauer, mit schieferiger Struktur infolge der lagenförmigen Absonderung des Glimmers, der im Granit regellos verteilt ist; er liegt zumeist unter einer ganz dünnen Decke von Tertiär und eiszeitlichen Ablagerungen. Graphitführende Tonschiefer und glimmerhaltige Quarzschiefer stehen ferner dicht unter Tage zwischen Mankelwitz und Tschirskau sowie östlich Tentschel in einem niedrigen, langen, schmalen Höhenzug, dessen Rücken aus einem harten Quarzgang gebildet wird. Solche Quarzmassen liegen noch unter einem Teil der Stadt Jauer.

Nach Quarztrümmern zu urteilen, scheint auch strichweise im Untergrunde des Kieferberges im Südosten von Wahlstatt Quarz anzustehen. Der Tentscheler Zug setzt sich vermutlich in einiger Tiefe nach Nordwesten fort, denn genau in seiner Streichrichtung kommt der Quarz 500 m südlich des Koischwitzer Sees und rund 500 m südlich der Kreuzung der Chaussee Groß-Beckern—Kunitz mit der Bahn auf kleinen Flächen in dichter Bestreuung wieder zutage. Dieser ist das nördlichste bekannte Vorkommen alter Schichten in der Münsterberg-Haynauer Scholle.

Unter den tertiären Gesteinen unseres Gebietes nimmt der Basalt eine Ausnahmestellung insofern ein, als er ein besonders hartes vulkanisches Gestein ist, das der Verwitterung und Abtragung beträchtlichen Widerstand entgegengesetzt hat und daher oft hohe Berge bildet, deren Kuppe aus Basalt besteht, die das daranliegende, unter seinem Schutz erhalten gebliebene Gestein bis zu 60 m überragt. Das Innere dieser Berge wird meistens ebenfalls aus Basalt gebildet, der in einem Schlot aus der Tiefe als Lava emporgequollen ist; seltener liegt der Basalt als mehr oder minder mächtige Decke, übergeflossene Lava, auf älterem Gestein. Schlotkuppen sind z. B. der Wolfsberg, Probsthainer Spitzberg, Grödit-berg, der bereits abgebaute Geiersberg, der Kreuzberg bei Striegau, Decken im wesentlichen der Basalt zwischen Schlaup, Hennersdorf, Herrmannsdorf, Bremberg, der hier auf tertiärem Ton, Sand und einem Braunkohlenflöz liegt, also ziemlich jung ist. Fast abgetragen sind die kleineren Vorkommen, von denen zumeist nur der Schlot oder die Spaltenausfüllung übergeblieben sind, die teilweise noch mit Asche und Bomben und aus der Tiefe mitgerissenen Gesteinsbrocken ausgefüllt sind, z. B. westlich Bhf. Hermsdorf Bad am Knick des Katzbachtals. Abgetragene Schlote sind z. B. der Spitzberg bei Nickolstadt und die Basalte westlich Rosendau im Katzbachtal. Eine besondere Stellung nehmen die Basalte ein, welche auf der Münsterberg-Haynauer Scholle die jüngeren tertiären Ablagerungen durchragen. Offenbar liegt an ihnen das ältere Gestein, wohl eine unterirdische Anhöhe bildend, in geringer Tiefe. Dazu gehören z. B. der Steinberg südlich Nickolstadt und der Rotheberg nordwestlich Nickolstadt, beide nahe dem Granitgneis, ferner die Basalte bei Pohlwitz, Liebenau, Rosenau, Klein-Schweinitz am Katzbachuferhang, Berghäuser, Dohnau, dann nördlich Pohlsdorf und bei Haynau.

Nur zum kleinsten Teile älter, zum größten aber jünger als die Basalte sind nun die weißen, gelben, roten, blauen, grauen, schwarzen, oft auch rotgeflammten fetten und mageren Tone, sandigen Tone, Feinsande und gröberen Quarzsande mit und ohne zu Kaolin verwittertem Feldspat, auch mit oder ohne Glimmer, die Quarzkiese und Kaolin-kiese, und schließlich die Braunkohlenflöze, welche die weichen Gesteine des jüngeren Tertiärs bilden. Diese Schichten, besonders die Tone, treten nun überall dort, wo nicht ältere Gesteine anstehen, entweder unmittelbar oder von nur gering mächtigen noch jüngeren Ablagerungen der Eiszeit überlagert, an die Erdoberfläche. Die Tone sind wasserundurchlässig und bilden deshalb einen flachen Grundwasserhorizont; Brunnen in ihnen sind wenig ergiebig, wenn nicht eine wasserführende Sand- oder Kiesader angeschnitten wird, aus denen dann gelegentlich das Wasser zunächst hochsteigt, um leider oft wieder zu versiegen, denn die Sandschichten bilden meist nur Einlagerungen im Ton ohne Zusammenhang. Bei Tiefbohrungen trifft man eher auf wasserführende Sandschichten, gelegentlich sogar auf eine Ader, die gewissermaßen ein versandetes Flußbett mit vielen Verzweigungen ist und mit Zubringern von Niederschlagswasser in Verbindung steht. Dann führt die Sand-

schicht dauernd reichlich viel artesisches Wasser unter hohem Druck, wie z. B. in der Tiefbohrung auf dem städtischen Wasserwerk in Rudolfsbach, übrigens der tiefsten unserer ganzen Gegend, die bis + 2 m NN hinabgeht. Wie die Sandschichten regellos verteilt sind, so wechselt auch die Farbe und der Sandgehalt des Tons. Eine ganze Anzahl Tiefbohrungen, davon 21 in der Umgegend von Liegnitz, aber leider nicht tief genug, geben uns einigermaßen Aufschluß über die Ausbildung dieser Schichten. Danach folgen von oben nach unten, wobei zu beachten ist, daß die ursprünglich obersten längst wieder abgetragen waren, bevor die Ablagerungen der Eiszeit sie bedeckten, überwiegend tonige Schichten mit schwachen Sandeinlagen, dann kommen ein oder zwei Braunkohlenflöze, die durch schwarzbraunen Braunkohlenton ersetzt sein können oder auch ganz fehlen, und darunter überwiegend sandige Schichten, die oft glimmerreich sind, mit wenig Toneinlagen und gelegentlich noch ein oder zwei Braunkohlenflözen. In unserer Gegend sind die unteren Schichten toniger als anderswo ausgebildet; weiter im Westen, in der Lausitz, führen die unteren sandigen Schichten oft ein höheres und ein tieferes Flöz von großer Mächtigkeit, während die oberen Schichten fehlen; weiter im Norden und Nordosten, von Kohlfurt durch Niederschlesien und im Posenschen, sowie im Südosten bis nach Oberschlesien hinein, sind die unteren überwiegend sandig, die oberen überwiegend tonig ausgebildet mit einem oft recht mächtigen Flöz auf der Grenze. Die untere Stufe gehört zum Obermiozän mit milderem Klima als heute bei uns, die obere zum Unterpliozän mit etwa gleichem Klima. Die Pflanzen und Bäume, welche die Braunkohlen bilden, gehören in dem Grenzflöz zumeist noch zur obermiozänen Flora; in dem Ton darüber aber zeigen sie überwiegend unterpliozänen Charakter. In den oberen Schichten des Tons sind pliozäne Tierreste gefunden, und in einer Tiefbohrung in Lorenzdorf bei Kujau OS. westlich Krappitz sind unter 180 m mächtigen verschiedenfarbigen Tonen mit eingeschalteten Quarzsanden, also Pliozän, Schichten erbohrt, welche nach den in ihr gefundenen zahlreichen Muscheln dem brackischen Obermiozän, Cherientientegel, angehören.

Die Braunkohlen bildeten sich aus einem länderweiten Sumpf, der mit einem Waldmoor bewachsen war, und dessen Untergrund sich langsam senkte, so daß eine Waldschicht oder Torfschicht auf der anderen vermodern konnte, unter günstigen Umständen mehrere Jahrzehntausende lang. Dann sank der Wald in die Tiefe und wurde von Schlamm und Sand Schicht auf Schicht bedeckt, die sich in dem nun unterpliozänen Süßwassersee niederschlugen. Dieser Vorgang hatte während des Obermiozäns besonders im Westen, aber auch im Osten, auf Untiefen und am Rand des Sees, hier und da gelegentlich zur Flözbildung Anlaß gegeben. Er wiederholte sich unter gleichen Bedingungen am Schluß des Miozäns. In lappenförmigen Resten umsäumen die Flöze den Sudetenrand von Oberschlesien bis zur Lausitz und liegen auf der Münsterberg-Haynauer Scholle im Süden auf älterem Gestein in geringer Tiefe, das zumeist tiefgründig verwittert ist und oft Kaolin bildet. Das Niederschlesisch-Posensche Grenzflöz senkt sich allmählich nach Nordosten zu, ein Zeichen, daß sich nach dort hin nachträglich der ganze Untergrund gesenkt hat. Bei uns haben die zur Sudetenrandspalte etwa parallel auf einer Linie liegenden Bohrungen bei Rothkirch, Rudolfsbach und Wahlstatt das Grenzflöz in etwa + 85 NN angetroffen. Knapp 5 km nördlich Rudolfsbach auf Bhf. Liegnitz ist es in + 29 NN, in der Braukommune in + 32 NN angetroffen. Hier ist die Senkung beträchtlich; vielleicht liegt hier eine kleine Verwerfung vor, die bei Rudolfsbach den Grundwasserfluß absperrt. Weiter nordöstlich liegen sie, wenn sie

nicht in der Eiszeit vom Eise hochgepreßt sind, erheblich tiefer, im Posenschen etwa in Höhe des Meeresspiegels. Das überwiegend tonige Pliozän wird bis an 200 m mächtig, ist aber zumeist im obern Pliozän, als der See verlandet war, teilweise wieder abgetragen, so daß eine flachwellige Landschaft vorhanden war, als die Eiszeit anbrach.

Das Herannahen der Eiszeit machte sich zuerst im Gebirge durch Verstärkung der Niederschläge bemerkbar, die viel Schutt aus den Bergen brachte, der sich in der vorhergehenden Periode tiefgründiger Verwitterung gebildet hatte. Dabei waren auch die hier und da vorhandenen goldführenden Erz- und Quarzgänge zerstört, deren Goldgehalt sich am Gebirgsrand niederschlug. Die Goldberger Goldgräberei beruhte auf diesen voreiszeitlichen Ablagerungen, die z. B. südlich Bhf. Hermsdorf Bad an beiden Katzbachufern zutage liegen.

Wir kennen drei Vereisungen, von denen die erste und zweite ganz Schlesien bedeckt haben, während die letzte nur ihre nördlichen Teile erreichte. In der Zwischeneiszeit zwischen der ersten und zweiten Vereisung war in Schlesien das Klima viele Jahrzehntausende wie jetzt. Das von Norden kommende Eis führte am Grunde viel teils im hohen Norden, teils im nördlichen Deutschland, teils auch bei uns abgerissenes und abgeschliffenes Gestein in Blöcken, als Kies, Sand, Mergel, Ton mit und lagerte es am Boden in regellosem Gemenge als Grundmoräne, Geschiebemergel, ab. Bei lange dauerndem Stillstand oder Hin- und Herschwanken des Eisrandes bildete das mitgeschleppte Material am äußersten Rande Endmoränen, langgestreckte hohe Kieshügel oder Blockanhäufungen, auch wurde der Untergrund vor dem Eise hochgepreßt, gefaltet, überkippt und Sand darunter gequetscht. Hinter dem Rande entstand eine kiesige Hügellandschaft, vor ihm aber breiteten sich von den gewaltigen Schmelzwassern mitgeführte Sandmassen aus, alle Täler und Unebenheiten ausfüllend. Weiter ab vom Rand lagerten sich die feineren tonigen Bestandteile in stillen Buchten und Senken ab, Jahresschichten bildend, die Bändertone. Erst beim Rückzuge des Eises spülten die Schmelzwasser von liegen gebliebenen Eisresten, und die Niederschlagswasser, die als gewaltige Hochwasser von den Bergen stürzten, die Täler wieder mehr oder weniger aus.

Ablagerungen von Grundmoränen der ersten Vereisung sind in unserem Gebiete bis jetzt nur im Süden, im Jauerschen, z. B. bei Profen und Hertwigswaldau, bekannt; weiter südlich dagegen häufig. Bildungen der ersten Zwischeneiszeit dagegen erstrecken sich auf der Ebene von Hünern über Wahlstatt und Groß-Wandriß und jenseits des Weidelachetals von Rosenau ab in einiger Tiefe unter jüngeren Bildungen nach Süden. Es sind festgelagerte Kiese und Sande mit wenig nordischem Material und viel einheimischem Schotter aus Milchquarz. Weiter im Süden, z. B. Ingramsdorf, hat man in ihnen Schichten mit Resten von Pflanzen gefunden, wie sie heute in Schlesien leben. Vielleicht gehören hierzu die im Kieferberg und Eichbusch südwestlich Wahlstatt liegenden Kiese und Quarztrümmer, die goldhaltig waren; sie können aber auch voreiszeitlich sein. Möglicherweise gehören auch in die erste Zwischeneiszeit die tiefsten Ablagerungen über Pliozän in einem Bohrloche in Neuvorwerk nördlich Armadebrunn, das in + 158 mm NN angesetzt, bis 140 m weichen Sand, dann bis 137 NN Bänderton, bis 116 NN Geschiebemergel, bis 103 NN wieder Bänderton und bis 98 NN Kies, darunter Pliozän ergab. Der Kies und untere Bänderton unter dem Geschiebemergel gehört dem zurückweichenden Eise der ersten oder dem vorrückenden Eise der zweiten Eiszeit an. Jedenfalls war dort ein Tal, das 60 m unter der jetzigen

Erdoberfläche lag. Die erste Eiszeit und Zwischeneiszeit haben die Oberflächengestaltung unserer Gegend wesentlich beeinflußt. Das ganze Talsystem der Katzbach stammt spätestens aus dieser Zeit. Das Katzbachtal ist im Gebirge damals bis etwa auf die heutige Talsohle ausgewaschen, soweit nicht ihr Lauf im Oberpliozän schon vorgebildet war; nur ihr Unterlauf ist später noch etwas vertieft. Ebenso sind damals die Seitentäler der Katzbach und das Schwarzwassertal entstanden, dieses mit Gefäll nach Westen zur Elbe als „Urstromtal", in dem die Schmelzwasser ihren Weg nahmen, als das Eis die Abflüsse nach Norden sperrte. Denn an vielen Stellen ist in der Talsohle dieser Flüsse oder am Rande in geringer Höhe der Geschiebemergel der zweiten Eiszeit noch in lappenförmigen Resten auf dem Pliozän vorhanden: die Täler waren also da, als das Eis der zweiten Vereisung sie ausfüllte und seine Grundmoräne absetzte.

Der Geschiebemergel der zweiten Eiszeit, die ebenso verlief wie die erste, liegt aber in Resten nicht nur in den Tälern bei Liegnitz, z. B. am Töpferberg in 118 m NN, sondern auch hoch auf den Höhen, im Norden auf Pliozän, im Süden auch auf den erhalten gebliebenen Ablagerungen der ersten Eiszeit und der Zwischeneiszeit; zumeist ist er in sandigen Lehm mit Findlingen verwandelt. Letztere findet man als Verwitterungsrest oder Auswaschungsrückstand an vielen Stellen. Große Veränderungen erlitt die Oberfläche unseres Gebietes beim Abschmelzen des zweiten Eises. Wir müssen uns vorstellen, daß der Eisrand bis in unsere Gegend abgeschmolzen war. Die gewaltigen Sandmengen, welche dabei frei geworden waren, lagerten sich vor dem Eisrand nieder, den Boden höher und höher anfüllend. Von den Bergen führten die Wassermengen Sand in die Täler, aus dem ganzen eisfreien Gebiete strömten weither die Schmelz- und Niederschlagswasser am Eisrande zusammen, Sand mitbringend. Nach Norden war der Abfluß völlig gesperrt. Hoch stieg deshalb die Flut vor dem Eise bis an den Gebirgsrand an, und hoch herauf konnten deshalb die Sande aufgeschüttet werden, die Täler ausfüllend, die Höhen überdeckend. Eine gewaltige Sandebene breitete sich aus als Sohle eines Schmelzwassersees. Die obere Katzbach füllte ihr Tal an, bei Altenberg bis 500 m NN, und floß zeitweise von Schönau nach Nordwest. Die ganze flache Ebene vor dem Gebirgsrande entstand über Berg und Tal hinweg. Nun wich langsam das Eis zurück, preßte auch einmal wieder vor, dann den Untergrund aufquetschend oder eine besonders kiesige steinreiche langgestreckte oder bogenförmige Endmoräne aufschüttend. So bei Koischwitz, wo der See ausgehobelt, davor unter dem Dorfe der Ton hochgepreßt und Sand darunter gedrückt ist. Vielleicht ist in gleicher Richtung weiter nach Westsüdwest vor dem gleichen Eisrand der Tentscheler Höhenzug aufgeschüttet. Eines von vielen Beispielen großer Endmoränen liegt bei Kaiserswaldau, wo die auffälligen hohen Kiesberge vor einem westlich stehenden Eisrande aufgeschüttet wurden. Vielfach wurden solche Bildungen bis zur Unkenntlichkeit wieder verwaschen. Als das Eis später etwa zwischen Wolfersdorf—Kotzenau—Lerchenborn—Eisenmost—Koslitz—Töschwitz die Kieshügel bei einem Stillstand aufschüttete, die Oder und die Sprottau-Saganer Senke aber noch vom Eis verschlossen waren, boten die im Schwarzwassertal und seiner westlichen Fortsetzung zur Elbe abgelagerten Sandmassen den Schmelzwassern keinen unüberwindbaren Widerstand, zumal auch dort der Eisrand sich zurückzog und das Urstromtal reichliches Gefäll nach Westen hatte. Nach und nach wurde das Tal wieder ausgewaschen bis auf seine tertiäre Sohle, dann vertieft und nach Norden ver-

breitert. Je tiefer die Sohle sich dabei legte, oft ruckweise, um so tiefer sank der Spiegel des Schmelzwasserses, bis die Gewässer nur noch das Urstromtal benutzten und die hochliegende ebene Sandsohle trocken lag, und bis schließlich auch die Oder und Katzbach ihre versandeten Täler wieder auswaschen konnten. Eine der ersten Etappen bildete wohl eine in 190—180 m über die Ebene verlaufende Stufe; eine andere in 150—140 m ist schon erheblich jünger. Hielt das Wasser längere Zeit seine Höhe, so bildeten sich die „Brandungskehlen", und wenn es sank, die Stufenböschungen bis an die Terrassen, welche Reste der jeweiligen Sohlen sind. Man könnte nun einwenden, das Urstromtal mit seiner Wasserscheide zwischen Schwarzwasser und Bober in rund 155 m Höhe bei Bhf. Armadebrunn hätte den weiteren Abfluß gehindert. Dem ist aber nicht so, denn es besteht dort und weiterhin nach Westen die heutige Sohle aus später wieder hineingeschwemmten weichen Sanden, auch Bänderton, wie viele Bohrungen beweisen, so z. B. bei Neuvorwerk, wo die Sohle, der Geschiebemergel, in 137 NN liegt. Brückenbauten im nahen Bobertal westlich Armadebrunn, das in den Sand tief eingeschnitten ist, haben bei + 128 NN die feste Sohle noch nicht erreicht. Bei Bärsdorf-Trach liegt das Pliozän erst in + 109 NN. Der Wasserabfluß durch das Urstromtal hörte erst auf, als das Eis im Norden den Fluten einen tieferen Abfluß frei gab. Der lange dauernde Abfluß der hochgeschwollenen, viele Kilometer breiten Oder nach Westen säuberte die versandeten Täler südöstlich und östlich von Liegnitz ruckweise, wie die Sohle des Urstromtals sich vertiefte, und deshalb senken sich die Täler, Stufen, Brandungskehlen und Terrassen strahlenförmig auf die Pforte des Urstromtals bei Liegnitz zu. Zeitweise floß das Wasser zwischen der Stufe in rund 145 m bei Krummlinde—Kuchelberg und der Siegeshöhe, nur einen inselförmigen Rest der Ebene zwischen Fh. Rehberg—Hummel—Panten freilassend, im Süden entsprechend durch die Senke Mertschütz-Groß-Wandriß und längs des Randes Würchwitz-Hünern; in einer späteren Etappe zwischen dem südlichen Inselrand Panten-Hummel und an der Nordseite der Tentscher Höhen entlang. Dann trat allmählich die Gefällsumkehr ein, und die Katzbach floß mit ihren Nebenflüssen zur Oder. Im großen und ganzen war damals unser Gebiet dem heutigen fast gleich, insbesondere bestand nun die weite flache Ebene vor dem Gebirge mit den tiefeingeschnittenen Flüssen. Auch die auf ihr entspringenden Bäche hatten sich beim Eisstillstand und Rückzug ihre Betten eingegraben und deuten mit ihren Stufen und Terrassen das jeweilige Absinken des Urstroms an. Auf der Ebene liegt der Sand stellenweise über 30 m hoch, bei Goldberg sogar bis über 50 m, eine Deltaanschüttung der Katzbach, in den Tälern ist er dagegen mehr oder weniger beseitigt. Ob und wie weit das Urstromtal nachträglich wieder angefüllt ist, ist unbekannt.

An der Neigung der Braunkohlenflöze nach Nordosten nimmt in schwächerem Maße die Oberfläche der Ebene teil. Es ist wahrscheinlich, daß die Senkung nach Nordosten während der Eiszeit anhielt. Dafür spricht, daß alle Flüsse unseres Gebietes nach der Nordost- und Ostseite zu ihren Lauf drängten, so daß flachen westlichen Ufern überall steile Ostufer gegenüberstehen. Nachweislich hat sich das ganze Odertal abwärts beträchtlich gesenkt und ebenso das Gebiet nördlich von uns. Bei Neusalz reichen Sande, die zwischen der zweiten und dritten Vereisung abgelagert sind, bis + 11 NN, der Geschiebemergel der zweiten Eiszeit ist bei — 19 NN noch nicht durchbohrt. Bei Küstrin ist die Oberfläche desselben Sandes bei — 71 NN, die alte Flußsohle in — 77 NN erbohrt. In Berlin reicht die alte Talsohle bis

— 91 m NN. Das beweist das beträchtliche Ausmaß der Senkung des ganzen Gebietes, oder mit anderen Worten, daß es früher zur Zeit der Ablagerung der eiszeitlichen Schichten höher gelegen haben muß, denn sonst müßten dort Meeresablagerungen liegen.

Nach einer langen Zeit mit einem Klima wie heute rückte das Eis zum dritten Male vor, blieb aber im Norden von uns stehen, vielleicht gerade noch die Höhen von Eisenmoost-Kosliz-Töschwitz erreichend, die vor dem älteren Eise aufgeschüttet waren und auf die nun noch einige Kuppen aufgesetzt wurden. Wieder war der Abfluß nach Norden gesperrt, aber das Urstromtal blieb eisfrei und konnte die Schmelzwasser zusammen mit den von Süden kommenden gewaltigen Wassermengen nach Westen zur Elbe abführen. Allerdings dürfte bei uns zunächst ein Stausee bis in gewisse Höhe gestanden haben, solange das Bett des Urstromtals noch nicht ganz wieder ausgewaschen war, und manche Sandreste aus der Abschmelzzeit der zweiten Eiszeit, auch Tonkuppen, sind beim stärkeren Abströmen der Wassermassen beseitigt, während an anderen Stellen die Katzbach Terrassen absetzte und sandbankartige Sandablagerungen in der Talaue gebildet wurden. Vielleicht sind die Stufe und Brandungskehle in rund 145 m erst damals gebildet, sicher aber das feinere Relief der Talaue, denn die widersinnig fallende Brandungskehle an der Südseite des Kaltenhaus-Petersdorfer Höhenzuges beweist, daß damals Oderwasser durch die Roseniger Senke auf das Urstromtal zu geflossen ist. Andererseits erfolgte die Gefällumkehr bei einem Wasserstande von rund 130 bei Liegnitz, wie die Brandungskehlen beiderseits der unteren Katzbach (135—105) zeigen. Das Urstromtal wurde nun zunächst von den Gebirgsflüssen deltaartig mit Kies und dann weithin mit Sanden aus dem Gebirge, zusammen mit Abschmelzsanden aus dem Norden in seinem mittleren Verlaufe hoch angefüllt und die flachen Wasserscheiden zwischen Schwarzwasser, Sprotte und Bober gebildet. In einer etwas späteren Zeit gruben sich die vom Gebirge kommenden Flüsse, die zeitweise sehr viel Wasser führten, ihr eigenes Bett in nördlicher Richtung quer durch das Urstromtal. Die Katzbach aber vertiefte gleichzeitig mit der Oder ihr Bett noch tief unter die heutige Talaue, so z. B. zwischen Schmochwitz und Klein-Schweinitz oberhalb Liegnitz um rund 15 m und 1 km östlich Schubertshof sogar 27 m. Auch unter Liegnitz selbst liegt die pliozäne Talsohle 10—15 m tief, am Steinmarkt sogar 35 m in + 85 NN. Hier ging wohl das Schwarzwasser damals durch. Das übertiefte Bett der Katzbach ist mit Kies und Sand gefüllt, der überwiegend aus Gesteinen des Gebirges besteht, als die Oder ihr Bett wieder auffüllen mußte, weil die räumende Kraft des Wassers infolge verminderter Abflußmengen nachließ.

Die für uns wichtigste Ablagerung der letzten Eiszeit, der Löß, wurde in einiger Entfernung von der Südgrenze des Eises von Staubstürmen während der Höhezeit der Vereisung und ihrer ersten Rückzugsstaffel abgelagert. Es muß in jener Zeit ein im wesentlichen kontinentales Klima geherrscht haben mit langen schneearmen Wintern und kurzen warmen und niederschlagreichen Sommern. Vom Eise her fegten eisige Stürme im Winter die Staubteile aus dem Boden, die größeren Steine mit Windschliff-Flächen bedeckend und die gröberen Bestandteile durch Beseitigen der feineren anreichernd. Deshalb macht z. B. der inselartige Ebenenrest bei Hummel den Eindruck einer Kiesfläche mit Spuren von Löß dazwischen. In feuchten Zeiten schlug der Staub sich nieder und bildete, während das Klima nach und nach besser wurde, sich anhäufend, eine Decke über Berg und Tal, mächtiger im Süden und, durch vom Eise weg wehende Winde behindert, nur schwach im Norden und

Osten. Die ursprüngliche Grenze ist nicht mehr festzustellen, da in der Folgezeit Wind und Wasser den nur dünn abgelagerten Staub wieder abtrugen. Die jetzige Grenze bilden die Höhen südlich längs des Urstromtals, der unteren Katzbach und Oder. Jenseits sind nur vereinzelte Fetzen erhalten, und die Auen selbst sind in den tieferen Lagen lößfrei oder mit umgelagertem sandigen Löß dünn bedeckt, wie z. B. zwischen Katzbach und Weidelache. Der Löß ist, wo er nicht sehr mächtig ist, zu Lößlehm verwittert. Im Gebirge ist er an den Hängen mit Gehängeschutt vermischt und zu einem meist fetten steinigen Lehm geworden.

Erheblich jünger sind die Dünen, welche im Gebiete der mächtigen Talsande des Urstromtals, aber auch der Abschmelzsande auf den Höhen im Norden, von Stürmen zusammengeweht sind zu einer Zeit besonderer Trockenheit, als diese Sande kahl dalagen, während der Lößboden von einem Pflanzenpolster der Steppenflora befestigt war. Im Überschwemmungsgebiet der Flüsse der Lößlandschaft schlugen sich bei Hochwasser die mitgeführten Löß- und Schlammteile nieder, je nachdem als Auelehm oder Schlick; im Schwarzwassertal aber nur weicher Sand, weil die Fluten nur Sand und sehr wenig Löß mitführten. Größere Übertiefungen in der Talsohle, die mit Grundwasser gefüllt waren, blieben als Seen erhalten, flachere aber vertorften oder füllten sich mit Moor und Moorerde; unter den Wiesen des Schwarzwassers aber setzte sich das vom Wasser aus den eisenhaltigen Kiesen und Sanden ausgewaschene und gelöste Eisen unter Einfluß der Humussäure als Raseneisenerz ab. Dann kam der Mensch in hellen Haufen und wühlte mit dem Pflug tieferen und oberen Boden durcheinander, die Ackerkrume schaffend.

Das wertvollste Gut der Liegnitzer Gegend, das wir geologischen Faktoren verdanken, ist unzweifelhaft der fruchtbare Lößboden, der von Osten, Süden und Westen her bis an die Tore der Stadt Liegnitz reicht. Der äußerst feinsandige, bis in ziemliche Tiefe mildlehmige Lößboden enthält nicht nur alle Pflanzennährstoffe in feinstverteilter, leicht auflösbarer Form und reichlichen Mengen, sondern ist auch porös und daher Feuchtigkeit haltend und von unten auffaugend, und leicht zu bearbeiten. Wo er nur in dünner Lage erhalten ist, wurde er durch die Bodenbearbeitung je nachdem mit Geschiebelehm, Ton oder Sand vermischt, diese Böden verbessernd; erstere macht er lockerer, letzteren lehmig. Das sind vor allem die Gemüseböden, und gerade diese liegen bei Liegnitz in buntem Wechsel. Der aus ihm im wesentlichen hervorgegangene Auelehm und Schlickboden ist ebenfalls, wo das Grundwasser nicht zu hoch steht, sehr fruchtbar, sonst geben sie einen vorzüglichen Wiesenboden.

Wo Geschiebemergel zutage tritt, ist er bis tief hinab in Lehm umgewandelt; er ist sehr fruchtbar, aber schwer zu bestellen. Der Ton ist arm an Nährstoffen und Humus, saugt Wasser an und wird zu Brei, bei trockenem Wetter aber wird er hart und reißt. Zum Glück ist er bei uns fast überall entweder von Löß oder Sand überdeckt und ist dann ein ausgezeichneter Gemüseboden. Der Sand gibt nur dann einen landwirtschaftlich brauchbaren Boden ab, wenn er oberflächlich verlehmt ist und das Grundwasser ziemlich flach steht, wie in den Talauen und in den Senken, unter deren Oberfläche der Ton in geringer Tiefe liegt. Aber im oberen Schwarzwassertal und besonders auf den Höhen nördlich von ihm liegt der Sand ohne Lehmbedeckung, auf den Höhen zudem oft oberflächlich verkiest, in solcher Mächtigkeit, daß das Grundwasser tief steht, so daß der durchlässige Sand bis in beträchtliche Tiefe zumeist trocken ist. Hier wächst nur die Kiefer, die Birke und der Ahorn.

Liegnitz als Soldatenstadt

Von Oberleutnant v. Bercken.

Unauslöschlich weist die Chronik der Stadt Liegnitz ein Stück preußisch-deutscher Heeresgeschichte auf. Im Herzen jedes alten Liegnitzers Soldatenfreundes verbindet sich mit dem Begriff „Soldat" das Andenken an die Königs-Grenadiere. Freilich den „Königstiger" gab es erst seit jenem denkwürdigen 8. Januar 1861, an dem das damalige 2. Westpreußische Grenadier-Regiment (Nr. 7) den Namen seines königlichen Chefs erhielt. Lange Jahrzehnte hindurch haben Grenadiere und Bürgerschaft Freud und Leid geteilt. Stolz wie der Grenadier auf seinen Namenszug war der soldatenliebende Bürgersmann auf das Regiment. Doch lange schon zuvor, vor nun fast 200 Jahren, barg Liegnitz Soldaten in seinen Mauern. Wie unter den inneren und äußeren Einflüssen sich Leben und Sein des Staates und der Stadt wechselvoll gestalteten, so war auch die Zahl der Truppen, die sich zu den Liegnitzer Garnisonen zählen können, nicht gering. — —

„Seht, hinter jedem Blumentopf
erscheint ein holder Mädchenkopf,
und jung und alt tritt vor die Türe . . . ."

so mag es schon an jenem warmen Sommertag des Jahres 1742 nach dem Ersten Schlesischen Krieg gewesen sein, da erstmalig eine stolze Truppe in die Wälle und Mauern der Festung einzog: das älteste Kavallerie-Regiment des Königs von Preußen, das Kürassier-Regiment Geßler, stattlich anzuschauen in seinen weißen Kollern und hohen Stulpenstiefeln.

Mitten in das stille, idyllische Dasein des Städtchens war soldatisches Leben und Treiben gedrungen. Stadt und Bürgerschaft mußten große Opfer bringen; doch „wer den Ruhm der preußischen Waffen teilen wollte, mußte ihn auch bezahlen helfen." Kasernen gab es noch nicht; die Soldaten lagen in Bürgerquartieren. Für die Montierungskammern mußte die Stadt ihr Kaufhaus hergeben. Seit 1747 erhob sich davor am Großen Ring eine schöne neue Hauptwache. An den 4 Stadttoren entstanden Torwachthäuser. Das erste Militärhospital lag in der Lazarettstraße. Auf Staatskosten wurden vor den Toren Magazine erbaut. Dort, wo heute die Hauptverkehrsader pulsiert, auf dem Gelände des Hauptbahnhofes, wurde fortan gedrillt und exerziert.

Die ersten Jahre als Garnisonstadt mögen mit ihren Lasten nicht immer sonderlich ergötzlich gewesen sein; Leben und Sitten der Soldaten waren rauher, zumal infolge des vorangegangenen Krieges.

Nur wenige Jahre ist Liegnitz Garnison dieser Reitersmänner gewesen. 1746 rückte das Regiment zum letzten Male ein. Die Stadt bekam ihr erstes Infanterie-Regiment. Ein Jahrzehnt stand hier das Füsilier-Regiment Jung-Dohna Nr. 38. In der Folgezeit sah die Stadt Truppenteile in reichem Wechsel kommen und scheiden. Nach den unendlichen Truppendurchzügen des Siebenjährigen Krieges kam dann nach Liegnitz das Regiment, das bis zum Zusammenbruch des Preußischen Staates 45 Jahre in den verwitterten Mauern

stand, das Infanterie-Regiment 43. Aus den schmuckesten Kerls der beiden Breslauer Stadtkompanien waren Anno 1741 die Leute zur Leibkompanie ausgesucht worden. Unmittelbar nach dem Hubertusburger Frieden zog es in Liegnitz ein im Schmuck des blauen Rockes mit Orangeaufschlägen, weiß die Weste und weiß die Hose. Was Wunder, wenn solch ausgesuchte Leibkompanie nun den Liebreiz der Liegnitzer Frauenzimmer erweckte. Hier mögen die ersten zarten Bande zwischen Soldaten und holder Bürgerschaft geknüpft worden sein, die seitdem das gute Einvernehmen fördern halfen. 1797 umfaßte das Regiment 4459 Köpfe, darunter 1076 dienfttuende Soldaten, die stattliche Zahl von 1033 Unteroffiziers- und Gemeine-Soldaten-Weibern und 1287 (!!) Kindern. Es bildete eine geschlossene Gemeinde für sich. Im Unglücksjahre 1806 ist das Regiment in den Feldzug gerückt, um nicht wiederzukehren. — Dann zogen Rheinbündler und Franzosen ein, und es folgt jene Zeit schmerzlicher Erinnerung an Preußens Niederbruch.

Endlich, nach drei Jahren, am 11. März 1809, durfte die Bürgerschaft wieder eine Truppe, das Schlesische Schützenbataillon des Oberstleutnants v. Puttwitz, begrüßen. Zu einem Festtage sondergleichen gestaltete sich der Einzug. Es wurde alles aufgeboten, um den Tag der Rückkehr preußischer Truppen zu einem eindrucksvollen Ereignis im Leben der Kleinstadt zu erheben: die Schützenbrüder, die Postillione, das berittene Fleischermittel und ein größtenteils uniformiertes Kavalleriekorps aus Bürgern, Glockenläuten, blumenstreuende Kinder, Festmahl und große Illumination. Befreit von dem Druck der fremden Besatzung atmete die Bürgerschaft auf. Es spannen sich engere Beziehungen, hatte man doch den Wert des Heeres schätzen gelernt. Nur wenige Jahre friedlichen Garnisonlebens folgten. Es nahte die Zeit der Befreiungskriege; Liegnitz verlor wieder auf Jahre seine eigentliche Garnison, nur Stämme von Landwehrformation blieben zurück. Dann endlich nach dem zweiten Pariser Frieden kehrten die Truppen, die zur Besatzungsarmee in Frankreich zählten, zurück und zogen in ihre Garnisonen. Jetzt empfing die Stadt zum ersten Male das Regiment, das sie in der Folgezeit behalten sollte, die spätteren Königs-Grenadiere. Am 10. Januar 1819 hielt das Füsilierbataillon seinen Einzug. Zur gleichen Zeit begrüßten Glogau und Schweidnitz das I. und II. Bataillon. In seinen Anfängen 1797 in Ostpreußen neu gebildet, hatte das junge Regiment an den Kämpfen der vergangenen Jahre ruhmreichen Anteil gehabt. Von Anbeginn seines Hierseins bildete sich ein gutes Verhältnis zur Bürgerschaft heraus. Doch sollte auch dieses Regiment in seinen Garnisonen nicht sogleich heimisch werden. In fast stetem Wechsel folgten ihm die Liegnitzer in Gedanken in benachbarte Städte, wie Rawitsch, Glogau, Fraustadt, Posen, Jauer, Hirschberg und Löwenberg; das Füsilierbataillon aber als ältester Bestandteil der Liegnitzer Grenadier-Garnison ist des öfteren für kurze Zeitspannen nach Liegnitz heimgekehrt. Seit 1860 waren dann das I. und II. Bataillon ständig hier beheimatet, während die Füsiliere erst 1882 endgültig zurückkamen. Zwischendurch sah die Stadt zahlreiche Truppenteile für längere oder kürzere Zeitspannen bei sich zu Gaste.

Eine Fülle denkwürdiger Tage verbindet die Stadt mit ihrem Regiment. Großartig gestalteten sich die Manöver des V. Armeekorps 1824. Prinz Wilhelm führte sein Regiment zum ersten Male vor den Augen der Liegnitzer in der großen Parade zwischen Lindenbusch und Gassendorf; nachmittags Korpsmanöver und dann in Liegnitz Manöverleben, Haagfest und Bewirtung der Kompanien in großen Zelten.

Einen Höhepunkt erreichte das Garnisonleben während der Manöver 1835. Schon

wiederholt und stets gern hatte der König die Stadt zu Manövern besucht, und diesmal versammelte sich eine erlauchte Schar von Gästen um ihn, die Liegnitz kaum unterzubringen vermochte. Mit preußischen, österreichischen und russischen Flaggen geschmückt, kennzeichnete das Goldberger Tor die politische Lage. Vom 31. 8.—2. 9. wurde die Stadt festlich erleuchtet. 500 Sänger veranstalteten ein Festkonzert. Umfassende Polizeimaßregeln waren getroffen, fast wie in heutiger Zeit: den Kurzsichtigen und Harthörigen war empfohlen, sich nicht ins Gedränge zu begeben, das Tabakrauchen auf Straßen und Plätzen, das Hazardspielen in den Wirtschaften verboten und — die Polizeistunde auf 10 Uhr festgesetzt.

Die Tage verrauschten. Das äußere Bild der Stadt hatte sich inzwischen verändert. Ihre militärische Bedeutung hatte sie zwar noch nicht eingebüßt. Jedoch gesundheitliche und polizeiliche Belange bewogen, daß die Mauern erniedrigt wurden, um Licht und Luft einzulassen. Das Goldberger Tor wurde erweitert, das Schloß erneuert, der Glogauer Torturm ihm angepaßt.

Mit dem endgültigen Einzuge des I. und II. Bataillons der Grenadiere im Jahre 1860 beginnt das jahrzehntelange harmonische Zusammenleben von Grenadieren und Einwohnern. Ungezählte Tage gemeinsamen Erlebens sind Anlässe zu immer engeren Beziehungen. Die heutigen ältesten Liegnitzer erinnern sich gern jener Zeiten; ist es doch der Abschnitt in der deutschen Geschichte, der den langersehnten Wunsch eines geeinten Deutschen Reiches erfüllen sollte.

Die Kriegserklärung 1866 machte Liegnitz zu einem Heerlager. Es war ein fortwährender Wechsel von Linie, Landwehr und Stäben. Am 19. Mai in der Frühe wird letztes herzliches Lebewohl gewechselt, Goldschmidts Musik erklingt, und, von einer zahllosen Menge im Gleichschritt begleitet, marschiert das Regiment zur Stadt hinaus. Unter allgemeiner Teilnahme geht es großen Tagen entgegen. Die Stadt steht ganz im Zeichen des Krieges. Auch Verwundetentransporte rollen heran, Turn- und Feuerwehrverein helfen bei ihrer Versorgung. Es kommen die herrlichen Waffensiege, die Kunde von Ruhmestaten des Regiments bei Nachod und Skalitz; am 2. August jener denkwürdige Tag, da dem Regiment die höchste Anerkennung seines königlichen Chefs zuteil wird. Mit heißen Augen und schlagendem Herzen vernehmen die Liegnitzer den Bericht von der Parade bei Wichau, wo der König heranreitend das Regiment begrüßt: „Ich will das Regiment dadurch ehren, daß ich meinen Degen ziehe und salutiere."

Unvergeßlich sind die Tage der Rückkehr des Regiments. Am 5. und 8. September treffen die Bataillone ein. Liegnitz strahlt im Schmuck von Kränzen, Fahnen, Teppichen und Willkommensgrüßen; auf der Ehrenpforte prangen die Namen Nachod und Skalitz.

Der knappe Raum verbietet, all die bemerkenswerten Ereignisse gebührend zu erwähnen. Am 6./28. Juni 1867 begeht Liegnitz den Tag des 50jährigen Chefjubiläums König Wilhelms. Niemals waren größere Vorbereitungen getroffen. Die Stadt hat sich in einen Garten mit Laubengängen verwandelt. Allgemeinste Beleuchtung, als der König zur Ritterakademie fährt. In der Frühe des 28. Juni 50 Böllerschüsse und Wecken der Regimentskapelle. Heranbrausender Jubel, als der hohe Chef zur Parade eintrifft. — Unauslöschlich sind die Ereignisse der Jahre 1870—1871. Mit gleicher warmer Teilnahme der Bevölkerung wie vier Jahre zuvor zieht das Regiment in den Feldzug, mit großem Interesse verfolgt auf seinem Siegeszuge nach Weißenburg, Wörth, Sedan, Paris und zum Mont Valérien. Reiche

Liebesgaben und willkommene Sammlungen sind wie vor Jahren in Mähren Beweise dafür, wie sehr die Soldatenstadt das Schicksal ihrer Grenadiere teilt. Zu einem Jubelfest sondergleichen gestaltet sich die Heimkehr.

Im Gegensatz zu den letzten Jahrzehnten war der Stadt in den folgenden Friedensjahren Ruhe und Stetigkeit im Garnisonleben beschieden. Dennoch ist die Zeit reich an großen Erlebnissen. Immer enger wird das Zusammenleben von Militär und Bürgerschaft. Wer aus früheren oder späteren Zeiten erinnert sich nicht all der militärischen frohen Tage, so der Manöver, insbesondere der Kaisermanöver, die stets zum Ehrentag für die Stadt wurden. Unzählige Male haben die Liegnitzer ihr Regiment ausrücken und heimkehren sehen und stets mit gleicher Teilnahme auf dem Marsch durch die Straßen begleitet. Da sind die vielen Paraden und Vorbeimärsche mit ihrem ewig eindrucksvollen Schauspiel, die Konzerte im Schießhaus oder die Sonntagsständchen in der Stadt, die Feste an den vaterländischen Gedenktagen, die Großen Zapfenstreiche und vieles andere mehr, was im Geiste fortlebt. War das Regiment vorübergehend abwesend, dann vermißte man das abendliche Signal, und in Gedanken zogen ihm die Liegnitzer in Barackenlager oder sandigen Tiefen eines Truppenübungsplatzes nach. Der 90. Geburtstag des königlichen Chefs gibt durch sein festliches Gepränge, durch Fackelzug, Zapfenstreich und Wecken der Regimentskapelle, Schulfeiern, Gottesdienst, Paraden, Vereinsfestlichkeiten und Illumination der Stadt einen ganz besonderen Ausdruck ihres soldatischen Sinnes. Der Tag des 70jährigen Chefjubiläums wenige Tage danach am 6. Juni ist in gleicher Weise festlich vorbereitet. Kurz vor dem Gedenktage von Königgrätz spricht der Kaiser dem Magistrat in warmen Worten Dank und Anerkennung für Mühe und Aufwendungen zu seinem Empfange aus. Der herzliche Dank des 90jährigen Kaisers ist den Liegnitzern „allezeit ein kostbares Vermächtnis" gewesen, so berichtet die Chronik.

Eine bedeutsame Veränderung erlebte das Garnisonbild durch Errichtung der Kasernen. Die ständige Last der Einquartierung war schließlich nicht mehr tragbar. Drei geräumige Kasernen entstanden in den Jahren 1874 bis 1882, die endlich dem Regiment ein eigenes Heim boten. Kurz vor dem Weltkriege wurde der vierte Block, die König-Wilhelm-Kaserne, erbaut. Bis zum Jahre 1914 hat die Garnison noch manche Veränderung erfahren. 1894 trat der Stab der 18. Brigade endgültig hinzu, später erfolgte die Verstärkung des Regiments um eine Maschinen-Gewehr-Kompanie, 1913 der verheißungsvolle Bau der inzwischen durch den Versailler Vertrag vernichteten Luftschiffhalle; dann entstand die Funkerkaserne und während des Krieges der Fliegerhorst; schließlich vervollständigt eine große Zahl Verwaltungs- und Baubehörden den Begriff Garnison, wie er von früher bekannt ist.

Mit Stolz und Hoffnung sahen die Liegnitzer in die Zukunft. Die Kriegsfanfaren machten 1914 dem allen ein jähes Ende. Wieder sah die Stadt ihr Regiment unter den Klängen seines Liedes hinausziehen. Zahllose Kriegsformationen folgten. Wieder war Liegnitz ein Heerlager, aber in weit höherem Maße als je zuvor. Mit Anhänglichkeit verfolgt es alle seine Garnisonkinder auf dem langen, beschwerlichen Wege durch vier Jahre, immer wieder seine Opferfreudigkeit beweisend durch Liebesgaben und Sammlungen. Niemals haben dann die Truppen so rasch und fortdauernd gewechselt wie in jenen Jahren. Und wieder hat die Stadt Opfer bringen müssen zur Aufnahme der Tausende von Soldaten, die nicht in den Kasernen Platz fanden. Die eigentliche Garnison bestand wiederum nur aus Ersatzformationen.

Der traurige Kriegsausgang zerstörte die Hoffnung auf einen Jubeleinzug des Regiments und beschloß die Geschichte der alten Garnison und damit die der Liegnitzer Grenadiere. Neugeboren aus ihren Resten wurde, nachdem mancherlei Truppenteile der „vorläufigen Reichswehr" kamen und gingen, der seit 1921 hier in Garnison stehende Stab des II. Bataillons und die 7. und 8. (M.-G.)Kompanie des 8. (Preußischen) Infanterie-Regiments. Der größte Teil der Grenadierkaserne ist anderer Bestimmung verfallen; das alte Garnisonbild hat sich geändert: Wo ist die schöne blaue Uniform, wo sind Namenszug, gelbe Litze und Adlerhelm? Ein Häuflein Asche im Posener Schlosse sind die Reste der stolzen Fahnen. Im altbekannten Straßenbilde aus warmen Sommertagen fehlen die schmucken Grenadiere in ihren weißen Hosen und weißen Handschuhen. Trübe schauen die Fenster auf das veränderte Bild im Kasernenhofe. Vereinsamt sinnt der blaue Briefkasten an der Südkaserne in der Weißenburger Straße seinen Grenadieren nach; er war Zeuge mancher zarten Bande und allzuoft stummer Helfer in der Not, wenn der Hornist bereits geblasen hatte.

Und dennoch, treu ihren Überlieferungen folgt die jetzige Garnison den einstigen Grenadieren auch im Leben der Stadt. Die vor über 150 Jahren geknüpften guten Beziehungen finden auch heute noch mannigfaltigen Ausdruck. Das Grenadierlied hat seinen Klang behalten, Paukenschlag und Marschtritt sind die gleichen geblieben; noch immer ertönen „Locken" und „Zapfenstreich" vom Kasernenhofe her. Unbeirrt erzählt die Katzbach die Geschichte weiter von Freud und Leid aus der Soldatenstadt; Bäume und Sträucher am Haag und im Rufferpark nicken ihre Zustimmung. Wenig bekannt aber als stolze Erinnerungsstätte ist der Ehrensaal in der Grenadierkaserne, nicht nur für den ehemaligen Grenadier, er ist zugleich ein würdiges Andenken an die Geschichte des Garnisonlebens. Mahnend blickt dort aus dem Bilde der allverehrte greise Chef herab: „Gedenket Meiner jederzeit, auch wenn Ich nicht mehr bei Euch bin, wie Ich Meines Regimentes bis zu Meiner letzten Stunde gedenken werde. Seid dessen eingedenk, daß Mein Regiment immer zu den besten der Armee gehören muß, daß jeder künftige Ehrentag des Regiments die beste Feier der Erinnerung an Mich sein wird — und möge Gottes Segen jederzeit bei Meinem Regimente sein."



Phot. Purmann, Bienowitz

Blick von der Peisthöhe über das Urstromtal der Oder bis Leubus

Bau und Bild der Liegnitzer Landschaft

Von Oberstudienrat Dr. Neumann.

Das Katzbachtal, die Wütende Neiße, die Weidelache und das Schwarzwasser geben erheblichen Flächen der Umgegend von Liegnitz das landschaftliche Gepräge. Mit dem Fallen der Hochflächen senkt sich der Talboden der Katzbach nach Nordosten: bei Kroitsch 147 m, bei Liegnitz 120 m, bei Panten etwa 107 m und an der Mündung in die Oder 97 m. So hat die Katzbach von Kroitsch bis zur Kreisgrenze an der Oder bei Kohlhaus (31 km Luftlinie) ein Gefälle von 50 m. Buschreiche Ufer und Wiesen, Wehre und Brücken bieten immer neue Bilder. Wie eindrucksvoll die freie Wiesenlandschaft bei Crayn an der Wütenden Neiße mit den „Dicken Eichen", die mit mächtig ausladenden Kronen als Wahrzeichen urwüchsiger Kraft emporragen!

Unvergängliche Spuren gruben die Gletscher der Eiszeit und ihre Schmelzwasser in die Liegnitzer Landschaft. Rinnen, Mulden und Wannen entstanden nordwestlich und nordöstlich von Liegnitz, vor allem das Schwarzwasserbruch und die Liegnitzer Seen: der Kunitzer mit 97 ha, der Koischwitzer mit 43 ha, der Jeschkendorfer mit 27,5 ha und der von Badelustigen bevorzugte

Pansdorfer mit 24 ha. Der Kunitzer See mit breitem Strand, auf der Dorfseite von weithin leuchtender weißer Häuserreihe schmuck umsäumt, beherbergt seit 1830 auf einer winzigen Insel die größte, 1925 auf 12 000 Köpfe geschätzte Lachmövenkolonie Schlesiens. Große Scharen nordischer Vogelgäste beleben für die Zeit ihrer Rast den See. Nicht minder unterhaltsam und lehrreich ist die Eisfischerei, die besonders in früheren Jahren den Fischreichtum der Liegnitzer Seen bewies.

Von jeher hat die Botaniker und Naturfreunde das bei Kunitz gelegene Grünmoor, die Tschocke, gefesselt, die im Jahre 1923 im Hinblick auf das Vorkommen zahlreicher Sumpfpflanzen geschützt wurde. Zahlreiche ähnliche Vorlandungsgebiete sind als Reste der einst wasserreichen Katzbach-Niederung zu deuten. Schilfumkränzte Wasserarme wurden eingeebnet, und von Eichen- und Sumpfwaldungen blieben nur geringe Bestände. Hier und da erinnern noch Dämme und Schleusen an die Nutzung früherer Fischteiche. Vielfach aber weisen nur Orts- oder Flurnamen, wie Teichhäuser, Fischerende, Großer Teich, auf eine untergegangene Wasserlandschaft hin. Im Gegensatz zu den verlandeten Flächen wurden hart jenseits der nördlichen Kreisgrenze durch Aufstauen von Gewässern die von zahlreichen Vogelarten bevölkerten, stimmungsvollen Fischteiche bei Klein-Reichen und Buchwäldchen geschaffen. Hierher kehrten jahrzehntelang vermißte Vogelarten zurück: Fischadler und Schreiadler und der schwarzbraune Milan stellten sich wieder ein.



Crayner Eichen Phot. Schumm, Liegnitz



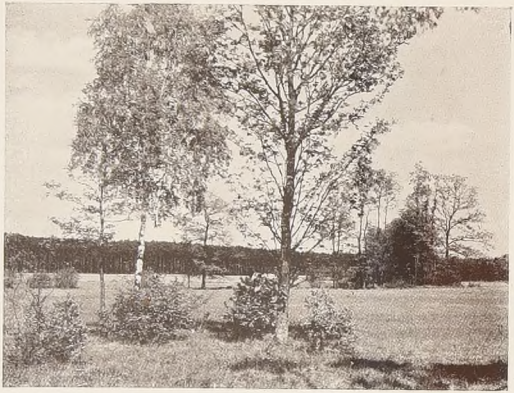
Phot. Purmann, Bienowitz

Rehberge mit dem Denkmal zur Erinnerung an den Sieg
Friedrichs des Großen am 15. August 1760

Nicht minder eigenartige Eindrücke gewährt die Bruchlandschaft des Schwarzwassers, mit deren Trockenlegung 1927 begonnen wurde. Das Liegnitzer Bruch ist der unterste Teil der Schwarzwasser-Niederung, zu der in trägem Lauf aus Wäldern und Wiesen oberhalb Modlau zahlreiche Bäche fließen. Die völlige Trockenlegung dieses 4 km langen, am Wege Rüstern—Pansdorf beginnenden Bruchgebietes steht unmittelbar bevor, nachdem die alte Bruchgenossenschaft im Jahre 1924 in der Schwarzwasserbruch-Entwässerungsgenossenschaft aufgegangen ist.

Zwischen Schwarzwasser und unterer Katzbach schiebt sich keilförmig ein Höhengelände als östliches Randgebiet der Niederschlesischen Heide vor. Hier liegen abseits von dem Lärm der Verkehrsstraßen zwei weitere Naturschutzgebiete: der Peist und das Verlorene Wasser. Alte Eichen, Birken, Eschen mit Kiefern und Lärchen bilden den prächtigen Mischwald des 56 ha umfassenden Schutzgebietes.

An Umfang treten die kleinen Mischwälder vor den ausgedehnten Kiefernbeständen zurück, und in den Feldmarken typischer Heidedörfer wechseln Buchweizenfelder mit Luzernenschlägen ab. Erst südlich der unteren Katzbach breitet sich über Jauer nach Süden und über Neumarkt nach Osten die Kultursteppe mit fruchtbaren Auenböden aus.



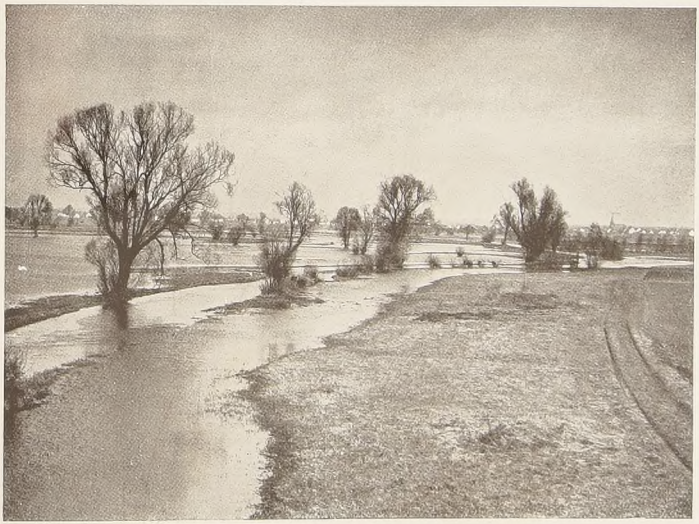
Am Paradiese im Naturschutzgebiete (Peist) Phot. Purmann, Bienowitz



Blick auf das Urstromtal der Oder von den Lindenbuscher Höhen Phot. Schumm, Liegnitz



Birkenhain im Naturschutzgebiete (Peist) Phot. Purmann, Bienowitz



Stadtbruch, Schwarzwasserbruch Phot. Schumm, Liegnitz

Besonderen Anteil an der Mannigfaltigkeit der Liegnitzer Landschaft haben die Höhen nordwestlich der Katzbach, ferner die Ausläufer der Vorberge zwischen Katzbach und Weidelache und der über Großwandriß und Wahlstatt bis Oyas verlaufende Höhenzug. Zahlreich sind hier die Aussichtspunkte, von denen aus bei guter Sicht hinter den Vorbergen der Kamm des Riesengebirges hervortritt.

Neben ergiebiger Getreide- und Rübenwirtschaft sind die Liegnitzer Kräutereien, die sich ausschließlich mit der Aufzucht von Gemüsen befassen, seit alters her weithin berühmt. Schon die ältesten Urkunden der Stadt Liegnitz, in denen die Ackerbürger Kräuter genannt werden, verraten, daß in den Ländereien, in denen noch heute vornehmlich Gemüse- und Gartenbau getrieben wird, schon damals (1318) die alten Gärten gelegen haben: vor dem Haynauer und Breslauer Tor, an der Jauer- und Glogauer Straße, am Bruch und am Schwarzwasser. Die Liegnitzer Zwiebeln beherrschten bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts den deutschen Markt, und in der Umgegend von Liegnitz werden etwa 40—50 000 Zentner Gurken jährlich gebaut. 1910 betrug die Gurkenanbaufläche 5000 Morgen. Wenn Liegnitz bis zum Kriege in Deutschland im Gemüsebau einen der ersten Plätze einnahm und auch heute in hervorragender Weise den Gemüsehandel beeinflußt, so bilden dafür die äußerst fruchtbaren diluvialen Schwemmböden der Katzbach und des Schwarzwassers sowie die eigenartigen klimatischen



Dorfbild aus Hochkirch, alter Kretscham Phot. Schumm, Liegnitz



Kirche in Langenwaldau Phot. Schumm, Liegnitz

Verhältnisse eine natürliche Grundlage. Das feuchte niedrige Gelände ist den Gurken besonders zuträglich. Es kommt hinzu, daß die Bodentemperatur um 2 Grad Celsius wärmer ist als die Luft, und daß die regelmäßigen Überschwemmungen der Katzbach und des Schwarzwassers einen hohen Grundwasserstand bedingen.

Für die Grünlandbewegung und die Tierzucht ist nicht günstig, daß Liegnitz in einer regenarmen Bucht liegt. Im Osten reicht das regenarme Gebiet bis Kunitz, Panten, Bienowitz, im Westen bis Langenwaldau, im Süden bis Scheibsdorf. Im Hinblick auf die geringe Niederschlagsmenge (512 mm durchschnittlich von 1900—1924) sind die Fachorganisationen bemüht, durch eine zweckmäßig angewandte Grünlandwirtschaft, vor allem durch Einführung des Zwischenfruchtbaues eine günstige Fortentwicklung der Tierzucht zu ermöglichen.

So bildet die durch eine große Geschichte geweihte Landschaft mit ihren berühmten Kräutereien und fruchtbaren Auenböden, zwischen Vorbergen, Heide und Oderufer wechselvoll gestaltet, eine freundliche und an Naturmerkwürdigkeiten reiche Umgebung für die alte schöne Gartenstadt Liegnitz.

STÄDTEBAU, GARTENWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN

Städtisches Bau- und Siedlungswesen der Zukunft

Von Stadtbaurat Oehlmann.

Es ist ein besonderes Merkmal unserer Zeit, daß sich unser Tun mehr im Reich des Bewußten abspielt als früher. Nicht etwa, daß die Alten nicht auch des Wertes und Zweckes ihrer Arbeit sich bewußt gewesen wären, aber ihr Arbeiten vollzog sich mehr auf dem Wege praktischer Übung, die auf der Erfahrung von Generationen beruhte, während wir heute die Theorie vielfach über die Tat stellen.

So ist es zu erklären, daß gerade auf dem Gebiete des Städtebaues die Taten der Vorfahren nicht gewürdigt wurden und daß Theorien an Stelle kultureller Taten treten. Theorien, die auf anderem mathematisch und mechanisch-technischem Boden gewachsen, die künstlerische Seite des Städtebaues nicht erkannten und daher auf ihre Methode die alten Städte umwandelten und neue erbauten. Ingenieure und Landmesser planten und formten die notwendigen Stadterweiterungen, und dem Moloch Verkehr wurde so manches wertvolle alte Kulturgut geopfert, weil man seinen Wert nicht erkannte, vielfach schuldhafte Verwahrlosung mit Unschönheit verwechselte und darum leichtherzig aus dem Wege räumte, was bei verständiger Pflege und Erhaltung ein Kleinod im Kranze der Anziehungspunkte der Stadt hätte werden können. Beispiele für diese in der Zeit des Verfalls unserer geistigen Kultur hundertfach vorgekommenen künstlerischen Gewalttaten finden sich wohl in allen Städten. Nur wenige Städte haben bewußt oder auch vielfach unbewußt das Erbe der Väter in unsere Zeit hinübergerettet und sind heute das Wanderziel Tausender kunstbegeisterter Menschen. Denkt man aber auch daran, was für Summen z. B. Rothenburg alljährlich aus seinem Besitz an Dokumenten deutscher Kultur zieht, so begreift man unschwer, wie in jenen vernichteten Kleinodien deutscher Städtebaukunst auch große materielle Werte entschwunden sind.

Heute nun ringt unter dem Drucke eines verlorenen Krieges der deutsche Genius, die deutsche Seele, wieder aufs neue mit dem Gedanken der künstlerischen Kultur und des künstlerischen Städtebaues als Ausdrucksform dieser Kultur. Arm geworden an materiellen Gütern müssen wir wieder lernen, wie es die altpreußische Tradition früher als selbstverständlich erscheinen ließ, mit sparsamsten Mitteln künstlerische Wirkungen zu erzielen, ohne daß dabei doch die heutigen Anforderungen der modernen Hygiene, des Verkehrs und der neu gestalteten sozialen Schichtung übersehen werden dürfen. Aus dem Wirrwarr der Theorien, aus dem öden Schematismus der letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts hat sich bereits noch in Vorkriegszeiten eine große Richtschnur im Städtebau entwickelt, die sich in der Haupt-

sache in die Formel fassen läßt, daß jeder Erscheinungsform des täglichen Lebens der passende Platz auf dem Stadtplan gegeben werden muß. Es muß sich also die Stätte des Erwerbslebens, die Geschäftsstadt, von der Wohnstadt trennen und die Stätte des Vergnügens und der Erholung von der der geistigen Erbauung schon im Stadtplan unterschieden sein. Bei gewachsenen und historisch gewordenen Städten wird sich freilich dieser Unterschied vielfach nicht mehr durchführen lassen. Wie im Mittelalter, wird namentlich noch in Städten, die sich noch nicht sog. Großstädte nennen dürfen, der Geschäftsmann seine Wohnstätte und seine Arbeitsstätte am selben Orte, im selben Hause, haben und die Kirchen und Rathäuser werden von ihrem historischen Platze nicht weichen, aber trotzdem wird eine einsichtige Stadtverwaltung, ein weitblickender Städtebauer, der die Planung der neuen Stadt zu leiten hat, bestrebt sein, diesem Ziele möglichst nahe zu kommen. Mühselig ist die Arbeit, die Bausteine der neuen Stadt zusammenzutragen und sie sorgsam zu schichten. Nicht immer ist der Zweck sofort für jedermann klar erkennbar, und oft wird Mißtrauen und Unverstand, Selbstsucht und Eigenbrötelei versuchen und vielleicht auch zeitweise verstehen, die geraden Wege zum gewollten Ziele zu verbauen. Aber fest und klar muß der Plan so aufgestellt sein, daß letzten Endes der große Gedanke in der Planung doch obsiegt. Die neue Stadt wird dann wieder klar zum Ausdruck bringen, daß und wie sehr sie das Produkt ihrer landschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und strategischen Lage, ihres Klimas und der Rasseeigentümlichkeit ihrer Bewohner ist, und die traurige Einförmigkeit der neuesten Stadtviertel fast aller Städte wird von einer wohltuenden Sonderentwicklung im einzelnen abgelöst werden, so daß jede Stadt wieder ihr besonderes Gesicht, ihre besondere Note erhält, mit der sie nicht nur dem fremden Besucher interessant erscheint, sondern auch, um ein Wort des Aristoteles zu gebrauchen, ihre Bewohner glücklich macht.

Wie lassen sich nun diese Grundsätze auf die Stadtplanung von Liegnitz übertragen?

Liegnitz, im Tale der Katzbach an einer Stelle gelegen, die bereits im grauen Altertum einen Verkehrsknotenpunkt ersten Ranges an der „hohen Straße" bildete, wo der Zug der Kaufleute aus den Mittelmeerländern nach den Nordländern das weite Sumpftal der Katzbach bequem kreuzen konnte, hat orographisch eigentlich keine besonders günstige Stelle. Das Schloß lag am äußersten Rande eines ausgedehnten Sumpfgeländes, der Marktflecken Legnice östlich davon auf einer in den Sumpf vorspringenden sandigen Landzunge. Die mittelalterliche Stadt wurde dann als planmäßige Siedlung südlich und südwestlich des Schlosses angelegt und zeigt alle Merkmale einer Kolonialstadt: Energische gerade Straßen, die auf die Torbauten und damit direkt auf die nach der Stadt führenden Landstraßen zuliefen, sowie rechtwinklige Plätze kennzeichnen diese im Osten fast allgemein anzutreffenden Stadtplanbilder. Bemerkenswert ist die verhältnismäßig große Breite der Straßen und die auffallende Weite der Plätze, die späteren Geschlechtern die Möglichkeit gaben, sie noch mit allerlei öffentlichen Gebäuden zu bestellen, so daß das für Schlesien typische Bild des Ringes entstehen konnte. Auch in Liegnitz hat diese weiträumige Anlage den Bewohnern jahrhundertelang genügt, und nur spärlich lagen Wohnstätten außerhalb der Stadtbefestigung längs der Landstraßen. Erst die nach dem glücklichen Kriege von 1870/71 einsetzende Entwicklung sprengte den Ring, und die sich dehnende Stadt schob ihre Straßenzüge nach dem damals allgemein anerkannten Rechteckschema ins flache Land hinaus, bezeichnenderweise nach Südwesten und Westen, wo genügend Land zur Verfügung stand, aber auch die Vorstadt im Osten jenseits der Katzbach,

die Carthause, zeigte ein ungeahntes Wachstum, während der Norden und Nordosten nicht am allgemeinen Aufschwung teilnahm. Diese Entwicklung gab und gibt noch heute die Richtschnur für die weitere Stadtplanung. Nach Süden und Südwesten dehnt sich die Altstadt, nach Süden und Osten die Carthause. Nicht zufällig ist diese Entwicklung, sondern durch allerlei sonstige Gebilde des Stadtkörpers vorgeschrieben und beeinflußt. Im Norden der Altstadt liegt die Eisenbahn mit ihren sieben großen Verkehrslinien und riegelt bis heute noch infolge der intensiven Zugfolge und weil nur zwei Niveauübergänge den nördlichen Teil des Stadtgebietes mit dem größeren südlichen Teil verbinden, in ziemlichem Ausmaße den Verkehr ab. Im Norden liegen auch die großen Betriebswerke der Stadt, die Gasanstalt und der Schlachthof, sowie der Kleinbahnhof, und neuerdings die Umgehungsbahn. Im Norden liegt aber auch das Tal des Schwarzwassers und sperrt gleichfalls, wie zur Zeit der Schlacht bei Liegnitz den Truppen des Generals de Lascy, dem heutigen Verkehr den Übergang. Dazu tritt die allgemeine Tendenz des Verkehrs, der heute noch wie in Vorzeiten längs der „hohen Straße", also von Westen nach Osten und umgekehrt sich vollzieht. Alles das sind Momente, die dem Städtebauer Fingerzeige und Richtschnur bedeuten.

Im Zeitalter des Automobils, das die alten Landstraßen wieder zu Ehren gebracht und in früher nicht geahnter Weise seine Anforderungen an die Verkehrsflächen stellt, ist es naturgemäß, daß der Verkehr bei einer Stadtplanung in erster Reihe Berücksichtigung finden muß. Zwar nicht wie früher, wo er sich seinen Weg durch die Städte bahnte und rücksichtslos forderte, daß Platz geschaffen würde und alles im Wege Stehende, sei es noch so wertvolles Kulturgut, beseitigt werden müsse, sondern man wird heute ihm Wege weisen, wo er ohne den inneren Stadtkern zu berühren, ungehindert um die Stadt herumgeführt werden kann. Wenn der nunmehr auch bereits gesetzlich festgelegte Gedanke der Schaffung der großen Durchgangsstraßen, die im Eigentum und in der Unterhaltung der großen Kommunalverbände, der Provinzen, stehen, greifbare Gestalt annehmen wird, wird man auch in Liegnitz die Möglichkeiten der Umleitung des Verkehrs in die Tat umsetzen müssen.

Diese Möglichkeiten sind für die Ost-Westrichtung mehrfach gegeben: Einmal werden im Zuge der bereits vorhandenen Logaustraße die Anschlußstrecken, also im Osten über Bergerwiese und über das Weißenroder Gelände bis an die Koischwitzer Chaussee, der Zubringerin von Osten her, und im Westen über die dort das entwicklungsfähige Stadtgebiet in nicht sehr zweckmäßiger Weise einengende Goldberger Bahn bis an die Haynauer Chaussee, der westlichen Zubringerin, bald gebaut werden müssen. Aber auch weiter südlich noch wird sich ein Verkehrsband entwickeln lassen, das vielleicht neben seiner Aufgabe dem Schnellverkehr zu dienen, auch noch anderen Möglichkeiten dienstbar gemacht werden kann, wovon noch zu sprechen sein wird. Weniger günstig liegen die Dinge für den Nord-Südverkehr. Hier wirken hemmend die bereits erwähnten Riegel im Norden der Altstadt und außerdem die ziemlich fortgeschrittene Ausdehnung der bebauten Stadtfläche nach Osten und Westen. Man wird daher in absehbarer Zeit kaum anders können, als bereits vorhandene Straßenstrecken zweckmäßig auszubauen und zu begradigen. Erst der ferneren Zukunft wird es überlassen bleiben müssen, auf zur Zeit noch nicht zum Stadtgebiet gehörigem Gelände die großen Umleitungswege für den Nord-Südverkehr zu bauen.

Im dunklen Schoße der Zukunft ruht aber auch noch ein großes Problem, das vielleicht für unsere Stadt zu einer Lebensfrage ersten Ranges werden kann, die Schaffung einer

Wasserstraßenverbindung von der Elbe zur Oder im Anschluß an den nunmehr seiner Vollendung entgegengehenden Mittellandkanal.

Mag vielleicht auch heute noch bei der Mehrzahl der jetzigen Lebenden dieser Gedanke als Utopie bezeichnet werden, mag man seine Unausführbarkeit mit finanziellen und technischen Gründen zu beweisen suchen, der Kanalbaugedanke marschiert, und die Zukunft wird den heute lebenden Verfechtern dieses Gedankens recht geben. Wie so oft in der Geschichte der Menschheit ein einmal aufgestellter Gedanke seine zündende Kraft erwiesen hat, wird auch hier sich zeigen, daß die einfachste Notwendigkeit der Selbsterhaltung seinen Bau erzwingen wird, soll nicht Schlesien, das heute schon stark vernachlässigte Stiefkind des Staates, gegenüber anderen glücklicheren Landstrichen ganz in den Hintergrund treten. Ist erst einmal der von Bayern energisch durchgeführte Rhein-Main-Donaukanal, der von der Tschechoslowakei ebenso eifrig propagierte Elbe-Donaukanal über Pardubitz gebaut, dann wird der Elbe-Oder-Donaukanal niemals rentabel werden, obwohl die eingehenden Untersuchungen des Arbeitsministeriums der früheren Donaumonarchie seine technische Ausführbarkeit und seine Rentabilität durch die entstehende Verbindung der Balkanländer mit den Nordseehäfen und den westdeutschen Industriegebieten nachgewiesen haben. Unsere Heimatprovinz aber wird dann ihre reichen Bodenschätze aus Oberschlesien und ihre landwirtschaftliche Produktion und ihre verfeinerten Industrieerzeugnisse aus Mittel- und Niederschlesien niemals zu einem Preise auf den westeuropäischen Markt bringen können, daß der Konkurrenz die Spitze geboten werden kann. Man wird also in Schlesien wohl aufmerken müssen, um nicht die günstige Zeit zu verpassen.

Für Liegnitz ist die Frage deshalb besonders bedeutungsvoll, weil die Erwägungen über die Lage des Kanals zu der Stadt eines der wichtigsten Probleme der Zukunft bedeuten würden. Gegenüber Bestrebungen, den Kanal nördlich der Stadt durch fast unbewohntes Heide- und Waldland zu führen und die Stadt mit einem Stichkanal anzuschließen, steht die Forderung, die durch technische Untersuchungen gestützt wird, daß der Kanal unmittelbar an die Stadt herangeführt werden muß. Und wenn im Stadtplan dann die südliche Linie, die durch das Villengelände führen soll, festgelegt werden soll, so ist auch hierbei die Erwägung maßgebend, daß die besten Entwicklungsmöglichkeiten im Südwesten und Osten der Stadt liegen, weil hier die Stadt selbst einen großen Teil des Grund und Bodens im eigenen Besitz hat und daher regelnd und fördernd auf die durch den Kanal gegebene Neugestaltung der Verhältnisse einwirken kann. Unter Verhinderung jeder Bodenspekulation wird man der anziehenden Industrie geräumige Plätze anweisen und die Verkehrsbeziehungen zwischen der alten Stadt und den neuen Industrievierteln großzügig gestalten können. Zur Durchführung dieser Planung aber soll das erwähnte Verkehrsband dienen, das neben dem Kanal auf Seitenstraßen den großen Durchgangsverkehr der Kraftwagen aufnehmen wird.

Wird so durch die bestehenden und die neuen Verkehrslinien gleichsam das Knochengerüst der gesamten Stadtplanung festgelegt, so bedarf es einer geschickten und glücklichen Hand und eines feinen Gefühls für die Erfordernisse der Zeit, um die dazwischen liegenden Flächen so aufzuteilen, daß dem Organismus der Stadt kein Schaden erwächst. Nicht mehr leer und gefühllos schematisch nach Reißbrettlinien darf der Plan entworfen werden, sondern die dem Wohnbedürfnis der Bürger vorbehaltenen Flächen müssen nach künstlerischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten so verteilt werden, daß ein Höchstmaß an für die Bewohner nutzbarem

Raum erzielt wird, während die Verkehrsflächen mit bescheideneren Abmessungen, als bisher nach üblichen Anschauungen ihnen zugemessen waren, sich künftig begnügen müssen. In unserer ärmer gewordenen Wirtschaft hat auch die offizielle Kunst des Stadtgärtners auf den reinen Wohnstraßen keinen Platz mehr, sie muß sich auf die Ausschmückung der großen öffentlichen Plätze und Parkanlagen beschränken. Dafür werden aber an ihrer Stelle die mit Liebe und Verständnis gepflegten Vorgärten dem Passanten von der Wohnkultur der Anwohner zeugen. Gerade in unserer Stadt muß durch die Pflege der Vorgärten und der von der Straße aus sichtbaren Hausgärten viel getan werden, um den alten Ruf der Gartenstadt wieder zu erneuern, nachdem an Stelle der früher in nächster Umgebung der Stadt vorhanden gewesenen Kräutereien Mietshäuser entstanden sind, die sich nicht viel von dem allerorts üblich gewesenen Schema unterscheiden und damit den Charakter der Stadt fast völlig verwischt haben.

Bei der Aufteilung des Stadtplanes für die einzelnen Elemente der städtebaulichen Planung wird man nun ohne weiteres dem Süden und Südwesten des Stadtgebietes den Charakter als ruhiges, geschlossenes Wohngebiet anweisen. Abgesehen davon, daß nach den früheren Bestrebungen der städtischen Körperschaften hier der Platz für die Anlage vornehmer, herrschaftlicher Landhäuser sein sollte, die zum Teil bereits dort entstanden sind, eignet sich auch das leicht bewegte Gelände vorzüglich zur Anlage ruhiger Wohnstraßen, die in schön geschwungener Linienführung über die niedrigen Bodenwellen hinüberführen und dem Anwohner, wie dem ruhig genießenden Spaziergänger durch das Grün der in reicher Fülle den einzelnen Baugrundstücken beigegebenen Gärten und Vorgärten die behagliche Ruhe idyllischen Landlebens ins Herz senken. Daß dabei das erwähnte Verkehrsband als Kanal dieses Gebiet durchziehen wird, daß andererseits nach neuerlichem Plane die kommende große Kampfbahn am Fuße der Siegeshöhe eingerichtet werden soll, ändert nichts an dem Charakter dieses gegen die herrschende Windrichtung durch die auf der Höhe vorgelagerten Parkanlagen geschützten hervorragenden Wohngebietes. Alle diese dem Verkehr dienenden Anlagen sind so eingruppiert, daß sie nicht stören, sondern im Gegenteil zur Bereicherung des Landschaftsbildes beitragen. Auch der Festplatz der künftigen Kampfbahn mit seiner strengen architektonischen Gliederung ist gewissermaßen als Vorhof der weiteren der Erholung dienenden Anlagen aufzufassen.

Wie hier in größerem Maßstabe, wird dann auch in den übrigen Stadtvierteln in kleinerem Umfange die Aufteilung in reine Wohngebiete und in die sonstigen der Arbeit und dem Geschäftsverkehr dienenden Komplexe durchgeführt werden müssen, und damit wird sich dann fast zwangsläufig die Bildung der reinen Geschäftsstadt in der inneren Stadt ergeben. Das ist auch durchaus zu begrüßen, wenn man auf dem Plane die überaus dichte Bebauung der Altstadt ansieht und bedenkt, daß hier noch vielleicht jahrzehntelang Menschen von Kindheit bis zum Greisenalter in Räumen leben müssen, in die das lebenspendende und -weckende Licht der Sonne vielleicht nur in wenigen Tagen des Jahres eindringt. Eine Stadtverwaltung, der es gelingt, das Gespenst der Wohnungsnot und des Wohnungselends zu bannen und die Menschheit und namentlich die Kinder, die das Zukunftskapital deutscher Volkskraft bilden, aus ihren engen Gemächern, aus der Dumpfheit der Höfe und Straßen hinaus zu Sonnenlicht, frischer Luft und grüner Natur zurückzuführen, wird sich ein Ruhmesblatt erwerben, wie sie es sich durch kein Monumentalbauwerk, kein Denkmal oder sonstige Schöpfung schöner

schreiben kann. Ein verheißungsvoller Anfang ist nach dieser Richtung dadurch gemacht, daß eine Siedlung von rund 100 geräumigen Wohnungen von je drei Zimmern, Küche und Bad den beklagenswerten Kriegsopfern als vaterländischer Dank der Stadtgemeinde errichtet wird. Ein Drittel dieser Wohnungen sind im Bau und zum Teil bereits bezogen. Geplant ist auch, eine ähnliche philantropische Anlage für Tuberkulosekranke zu schaffen und damit die wirksamste Waffe im Kampfe gegen diese heimtückische Volksseuche zu schmieden. Auch ein Rentnerheim und ein Altersheim werden ähnlichen Zwecken dienen und dabei Gelegenheit geben, daß die früher vielfach recht wohlhabenden Opfer der unheilvollen Inflation in ihren alten Tagen trotz ihres bescheiden gewordenen Einkommens eine behagliche Wohnstätte haben, ohne daß sie sich, wie jetzt, mühsam unter Ausnutzung ihres von früher überkommenen Mobiliars durch Annahme von Untermietern durchs Leben schlagen müssen. Ergibt sich dabei noch, daß dadurch eine Anzahl größerer Wohnungen frei gemacht werden kann, so ist auch damit wieder anderen Wohnungssuchenden zu helfen und für verhältnismäßig geringe Mittel ein Beitrag zur Lösung der in augenblicklicher Zeit brennendsten und neben dem Erwerbslosenproblem am meisten den Staatsgedanken gefährdenden Wohnungsfrage geliefert. Daß neben diesen speziellen Aufgaben auch die allgemeine Siedlung in den dafür im Stadtplan vorgesehenen Bezirken nicht unterbleiben darf, ist selbstverständlich. Wenn auch die Stadt in der Folgezeit ihre eigene Wohnbautätigkeit wieder mehr oder weniger einschränken wird und sich nur auf die Ausfüllung von Baulücken an Stellen, wo die frühere Bautätigkeit des privaten Bauunternehmers ungünstig geschnittene und damit schwer und unrentabel zu bebauende Baugrundstücke übrig gelassen hat, beschränken wird, so wird sie um so mehr die Tätigkeit gemeinnütziger Bauvereine und auch privater Bauherren durch Hergabe billigen Geldes aus Hauszinssteuermitteln und Übernahme von Zinsbürgschaften und Zinsverbilligungen unterstützen und damit die Voraussetzung für die Belebung des Baumarktes schaffen. Das Baugewerbe ist nicht umsonst ein „Schlüssel"gewerbe genannt. Es belebt und befruchtet neben dem eigentlichen Bauhandwerk und den ihm angeschlossenen verwandten Betrieben fast alle Geschäftszweige des gesamten Wirtschaftslebens. Ein bekanntes Sprichwort: „Hat der Bauer Geld, hat es alle Welt," kann man getrost auch auf die „Bauenden", das Baugewerbe übertragen, ohne nur ein bloßes Wortspiel auszusprechen. Überläßt die Stadt aber künftig dem freien Baugewerbe wieder, wie in alter Zeit, den reinen Wohnungsbau, so darf dies doch niemals wieder, wie in Vorkriegszeiten, unter dem Gesichtspunkt, daß für eine Kunstpolizei kein gesetzlicher Boden vorhanden ist, geschehen, sondern sie muß kraft ihrer Autorität als Hüterin des öffentlichen Wohles auch künftig das Recht haben und nachdrücklichst ausüben, auch das Gesicht der einzelnen Stadtbezirke und der in ihnen entstehenden Bauwerke zu bestimmen. Soweit eine gesetzliche Handhabe dazu nötig ist, bietet sie der § 1 Ziffer 4 Art. 4 des Wohnungsgesetzes von 1918. Aber auch über diese gesetzliche Handhabe hinaus muß der Einfluß des Städtebauers so weit gehen, daß die einzelnen Bauenden ohne Aufgabe ihrer künstlerischen Eigenart sich den großen Gesichtspunkten der Stadtplanung unterordnen und ihre Bauten sich in den Organismus der Stadt zwanglos einfügen. Je restloser dies geschieht, desto mehr werden die neu entstehenden Stadtteile mit der bestehenden Altstadt ein einheitliches Ganze bilden, und das Städtebild, das entsteht, wird so gestaltet sein, daß kein Beschauer ohne nachhaltigen Eindruck es sieht und kein Fremder ohne das Gefühl tiefinnerer Befriedigung, über deren geheimste Ursachen er sich vielleicht nicht einmal klar zu sein braucht, die

Stadt wieder verläßt. Nicht die mehr oder weniger gut gelungene Nachahmung alter künstlerisch hervorragender Stadtbilder, nicht ein einzelnes gut gelungenes Bauwerk wird diesen Eindruck hervorbringen, sondern nur der ruhige, ausgeglichene Zusammenklang aller Faktoren des neuzeitlichen Städtebaues, die Harmonie der Bauten zu ihrer Umgebung, die reizvolle Abwechslung von Stätten brausenden Verkehrs mit ruhigen, friedlichen Erholungsgebieten, kurz der Niederschlag der gesamten, vielfach scheinbar mißtönigen und doch letzten Endes großartigen Melodie unseres heutigen wirtschaftlichen und kulturellen öffentlichen Lebens wird den äußeren Eindruck einer Stadt bestimmen, und wie ein menschliches Antlitz durch das innere Leben vergeistigt und veredelt wird, so wird auch der Kulturstandpunkt der Bewohner einer Stadt seine Runen in das Gesicht dieser Stadt ziehen und dem aufmerksamen Betrachter verraten, wes Geistes Kinder ihre Bürger sind.

Die Bautätigkeit der Stadtgemeinde wird nun in Zukunft wieder zu ihren eigentlichen Aufgaben zurückkehren und durch Schaffung monumentaler Gebäude für die von ihr zu unterhaltenden Anstalten gleichsam die Edelsteine in den Kranz der Schönheiten der Stadt hineinsetzen. Daß diese Monumentalität nicht mehr in der Häufung von mehr oder weniger gut gezeichneten und gelungenen Einzelmotiven bestehen darf, sondern sich durch Form und Gestaltung des gesamten Aufbaues ausdrücken muß, wobei kein Glied und kein Bestandteil des Baues so unwichtig ist, daß es nicht die Hand des Baukünstlers in das Große und Ganze des Baues hineinformen müßte, ist nach heutigen Kunstanschauungen selbstverständlich. Und wenn dann diese so gestalteten Gebäude auf dem Stadtplan an richtiger Stelle stehen, so werden sie durch die Nachbarschaft der privaten Häuser gehoben und entwickeln sich mit ihnen zusammen zu dem schönen Bilde, das geeignet ist, die Liebe zur Heimat wieder neu zu erwecken und zu beleben. In dieser Beziehung hat der verantwortliche Baukünstler einer jeden Stadt eine schwere, aber auch hohe und dankbare Aufgabe zu erfüllen und durchzuführen.

Die Verteilung der städtischen Gebäude auf dem Stadtplan wird sich nun in den weitaus meisten Fällen nach ihrer Zweckbestimmung richten. Kirchen, Schulen und Turnhallen, Bäder und Lesehallen müssen selbstverständlich über das gesamte Stadtgebiet gleichmäßig verteilt werden, soweit sie nicht wie Freibäder an die Örtlichkeit gebunden sind. Nur wenige Gebäude, wie Rathaus, Theater, Konzerthaus, Gerichtsgebäude und andere öffentliche Verwaltungsstellen, haben den Vorzug, einen besonders hervorragenden Platz im Stadtbilde beanspruchen zu dürfen. In den weitaus meisten Fällen wird man bemüht sein, sie möglichst im Zentrum des Verkehrs, in der Altstadt, unterzubringen oder dort an historisch gewordenen Plätzen sie zu belassen, selbst wenn noch so große Erweiterungen und Umbauten nötig werden. So ist nach dieser Richtung in Liegnitz bereits alles so weit vorgezeichnet, daß dem entwerfenden Städtebauer wenig Möglichkeit zur Änderung sich bietet, selbst wenn nicht bereits durch die weise Fürsorge der Väter alles gut vorgearbeitet wäre. Wer will aber sagen, daß nicht die Zukunft über die Bedürfnisse der heutigen Generation hinaus Aufgaben bringt, die der Städtebauer der Zukunft nicht im Stadtinnern wird lösen können, es sei denn, er zerstörte dort Vorhandenes und vernichtete wirtschaftliche Werte. Es sei nur daran erinnert, daß unsere gärende und ringende Zeit noch nicht die Form gefunden hat, um ihrer Kultur äußerlichen Ausdruck zu geben. Wir stehen heute bewundernd vor den Schöpfungen des Mittelalters, vor Kirchen und Rathäusern und bestaunen die Schloß- und Kirchenanlagen des Barock und Rokoko. Selbst der in der Kunst und Kulturgeschichte nicht bewanderte Laie fühlt aus

ihren Mauern den geistigen Inhalt der Zeit, die sie schuf, auf ihn überströmen. Heute fehlt uns noch der Ausdruck der geistigen Kultur unserer Zeit. Noch sind die Ideen ungeklärt. Der religiöse Gedanke, der noch bis ins achtzehnte Jahrhundert Hunderttausende zu begeisterten Opfern an Gut und Leben hinreißen konnte, ist tot, der Machtwille der Fürsten, der ganze Städte neu schuf, ist gebrochen, und selbst der Bürgerstolz der Städter, der sich in dem Gedanken entflammt, seine Stadt vor und über die mehr oder weniger begünstigte Nachbarin gestellt zu sehen und dazu alle Kräfte einsetzt, regt sich heute im Zeitalter materieller Anschauungen nur bei wenigen. Aber diese Zeit wird vorübergehen, und dann werden geistige Kräfte frei werden, deren heiligster Beruf sein wird, dem geistigen Inhalt der Zeit auch äußerlich durch die Schaffung des Domes der Zukunft Ausdruck zu geben. Wie dieses Bauwerk innerlich wie äußerlich aussehen wird, das kann niemand heute sagen und kaum ahnen. Wird es ein amerikanischer Wolkenkratzer sein, der die Silhouette der Stadt als Krone überragt, werden es weite ebenerdige Hallen sein mit offenen Vorplätzen, wie die Foren der antiken Städte? Wer könnte es wagen, auch nur annähernd zu sagen, wie sich dieses Bauwerk der Zukunft gestalten wird. Dem heutigen Städtebauer erwächst nur die Pflicht, diesem Bauwerk oder vielleicht der Summe aller künftigen Bauwerke einen Platz im Stadtbilde offen zu halten, damit es später nicht unter dem Zwange der gegebenen und gewordenen Verhältnisse verkümmern oder vielleicht an der Unmöglichkeit, Gewordenes wieder entfernen zu müssen, überhaupt scheitert. Darum wird in von der Bebauung noch nicht in Anspruch genommenem Gebiete ein Areal vorgesehen werden müssen, das man heute vielleicht noch in das Grüngebiet hineinziehen und zu Schrebergärten ausgestalten kann, das aber später dann den oder die künftigen Tempel der Kultur aufnehmen wird. Voraussetzung für die Lage dieses Areals wird nur sein brauchen, daß es mit der eigentlichen Stadt in bequemer Verbindung liegt und daß später die erforderlichen Verkehrsanlagen für die Beförderung der Menschenmassen unschwer geschaffen werden können.

Wenn nun die begrüßenswerte Entwicklung der Stadt in kommenden Zeiten die Straßenzeilen immer weiter ins offene Land hinausschiebt, so entsteht letzten Endes die Gefahr, daß den Bewohnern der inneren Stadt allmählich der Zusammenhang mit frischer Luft und freier Natur verloren geht. Zwar ist bei uns in Liegnitz diese Gefahr nicht so groß, dank der seit langer Zeit geübten Beschränkung in der Ausnützung der Grundstücke, aber immerhin muß die Stadtplanung dieser Gefahr von vornherein zu begegnen suchen. Neben der in den Außenbezirken grundsätzlich eingeführten offenen Bauweise und der höchstzulässigen Bauweise mit drei Geschossen, die am Rande des Stadtgebietes in die zwei- oder eingeschossige Bauweise übergeht, werden die durch die innere Baulucht geschützten Grünanlagen der Baublöcke und vor allem aber auch der rings die Stadt umschließende Grüngürtel, der sich an geeigneten Stellen durch breite radial gezogene Parkstreifen bis an den Rand der jetzigen Bebauung heranzieht, dafür sorgen, daß mit dem Grün einer kräftigen Vegetation auch die ozonhaltige Waldluft bis in das Stadtinnere dringt. Es ist dabei nicht nötig, daß der Grüngürtel überall als reine Parkanlage, die nur zum Spazierengehen bestimmt ist, angelegt wird. In wirtschaftlich schweren Zeiten wäre das sogar eine Art Verschwendung. Wenn aber Dauerschrebergärten, Sportanlagen und Kinderspielplätze die Parkanlagen durchsetzen, so ist der gleiche Zweck erreicht und dabei Anlagen geschaffen, die zur Förderung der Volksgesundheit

heute, wo der Durchschnittsdeutsche nicht mehr durch die große Volkskraft schaffende Schule des Militärdienstes hindurchgehen braucht, unentbehrlich geworden sind.

Alle Einrichtungen dieser Art innerhalb und in nächster Nähe der Stadt können aber immer nur einen Ersatz für den Aufenthalt in wirklich freier Natur, auf dem Wasser oder im Walde bilden. Da Liegnitz in dieser Beziehung durch seine Lage nicht sehr begünstigt ist und erst große finanzielle und materielle Opfer bringen muß, wie z. B. die bei der Melioration des Stadtbruchs geplante Anlage eines Teiches im Vorderbruch, durch den wiederum ertragreiches Wiesenland verloren geht, so muß auch planmäßig über das eigentliche Stadtgebiet hinaus Anschluß an solche Kraftquellen der Volksgesundheit gesucht werden und durch Einrichtung von billigem Schnellverkehr, sei es durch elektrische Bahnen oder Autoomnibusse, Gelegenheit geschaffen werden, daß wenigstens einmal in der Woche der durch den Frondienst der täglichen Arbeit an Körper und Geist ermattete Städter aufs Land hinaus gelangen kann und dort durch Schwimmen und Baden, Wandern und Bergsteigen wieder die Reserven an Nerven- und Körperkraft auffüllen kann, die er für den heute stärker als je zuvor entbrannten Lebenskampf braucht. Der Wald von Vorderheide, die ozonreichen Vorberge des Bober-Katzbachgebirges und in weiterer Entfernung das gesamte Riesengebirge einerseits, die Seen von Pansdorf, Kunitz, Koischwitz und Jeschkendorf andererseits, sind solche Gesundbrunnen. Wenn auch einzelne von ihnen noch durch den Besitz in Privathand der öffentlichen Benützung mehr oder weniger entzogen sind, so müssen diese Widerstände beseitigt werden. Die Zukunft wird eine hier rechtzeitig einsetzende Fürsorge der Stadtverwaltung mit dem Erfolge lohnen, daß der Gesundheitszustand der Stadt sich hebt und damit sich die Lasten der öffentlichen Wohlfahrtspflege wesentlich herabdrücken lassen.

Ein kurzes Wort sei noch über die Eingemeindungsfrage gesagt.

Das Beispiel unserer größeren Schwesterstadt Breslau zeigt, wie schnell in Fällen, wo eine kurzsichtige Politik hüben und drüben starr an zufälligen Gemeindebezirksgrenzen festhält, es sich rächt, wenn nicht rechtzeitig der wachsenden Stadt Raum zur Entwicklung geschaffen wird. Eine Zusammenballung der Massen in übervölkerten, mit fünf und mehr Geschossen den Grund und Boden übermäßig ausnützenden Häusern an engen Straßen und Höfen schafft hier sehr leicht eine Atmosphäre, die dem Staatsgedanken feindlich gegenüberstehenden Elementen es leicht macht, Agitationsstoff in die Massen hineinzutragen. „Die Wohnungsfrage ist die soziale Frage an sich", ist eines der wahrsten Worte, die je gesprochen worden sind. Darum muß jede Stadtverwaltung rechtzeitig dafür sorgen, daß der wachsenden Stadt Raum zur Entwicklung gegeben wird. Mag auch die heutige Gesetzgebung die Eingemeindungsfrage in einem den Städten ungünstigen Sinne geregelt haben, mag auch die ländliche Nachbargemeinde dem Zuzug der Stadtbevölkerung in ihr Gebiet und dem Aufgeben ihrer Selbständigkeit in die größere Nachbarin aus wirtschaftlichen und oft politischen Gründen widerstreben, auf die Dauer werden sich Gemeindebezirksgrenzen als Sperrschranken nicht aufrechterhalten lassen. Und wenn dann die größere Schwester nicht bloß nimmt, sondern auch ihre kulturellen Errungenschaften hinausträgt, dann ist der Ausgleich zwischen Stadt und Land geschaffen, der dazu dienen soll und muß, viele Hemmsteine zur Herbeiführung der inneren Befriedigung des deutschen Volkes aus dem Wege zu räumen.

So ist schließlich und letzten Endes eine gut gelungene Stadtplanung die nicht, wie früher, ein starres unveränderliches Schema ist, sondern in lebensvollem Schmiegen und Fließen wohl-

gelungene Planbilder schafft, das Mittel, um die hygienischen, sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des heutigen Lebens in künstlerische Form zu bringen. Der Mensch der neueren Stadt wird nicht, wie der jetzt in Groß- und manchen Mittelstädten lebende Mensch, den Zusammenhang mit der Natur verloren haben. Er wird Himmel, Wasser und Erde in ihrer Bedeutung für das Wohlergehen der Menschheit wieder erkennen und dem Ziehen der Wolken, dem Wachsen und Sprießen im Frühling, dem farbenschönen Vergehen der Natur im Herbst nicht mit dem neugierigen Zuschauen eines Unbeteiligten, sondern mit aller inneren Anteilnahme eines Gliedes dieser Natur selbst gegenüberstehen. Dieser selbe Mensch wird aber auch die künstlerischen Gebilde der alten überkommenen Kultur seiner Stadt achten und lieben und die neu entstehenden mitschaffen helfen. Und dann wird die Zeit gekommen sein, wo auch dem dann schaffenden Baukünstler das große Werk gelingen wird, das die Krone und das Ziel der Stadtplanung sein wird, das Werk, in dem die Kultur der Zeit ihren Niederschlag und ihren Ausdruck findet.



Phot. Schumm, Liegnitz

Japanischer Apfelbaum und Diana von Versailles in den städtischen Parkanlagen

Die städtischen Park- und Waldparkanlagen

Von Ökonomierat Stämmler, Parkdirektor i. R.

Von allen Errungenschaften auf dem Gebiete des Städtebaues ist die Anwendung der Gartenkunst zur Verschönerung der Städtebilder erst von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an in Erscheinung getreten, so auch in Liegnitz.

In Schlesien hatten bis in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Gärten und Parkanlagen der Magnaten dominiert, besonders in Oberschlesien, aber auch in Niederschlesien, wie der berühmte Park des als Gartengenie heute noch gefeierten, längst verstorbenen Fürsten Pückler in Muskau beweist.

Die Städte Schlesiens, welche in der Zeit nach dem Siebenjährigen Kriege die Niederlegung der Festungswälle nicht als Baustellen ausgenutzt, sondern zur Schaffung eines Grüngürtels um das innere Stadtgebiet verwendet hatten, erreichten dadurch in der Schaffung öffentlicher Promenaden einen starken Vorsprung. Zu diesen schlesischen Städten zählt auch Liegnitz. Der ehemalige Festungsgürtel umschließt noch fast lückenlos die heutige Altstadt als Grüngürtel. So hieß schon Liegnitz zu Anfang des vorigen Jahrhunderts das Linden-Umgürtete. Damit trat aber auch in Liegnitz zunächst ein Stillstand an dem weiteren Ausbau der öffentlichen Parkanlagen ein.



Kakteengruppe im Palmenhain

Phot. Schumm, Liegnitz

Ein starker Fortschritt setzte erst im Jahre 1857 durch die Hochherzigkeit des Mitbürgers Baumgart ein, der die heute als Rückgrat des Liegnitzer Stadtparkes bewunderte Baumgart-Allee schenkte. Die Baumgart-Allee ist ebenfalls zunächst mit Lindenbäumen bepflanzt, erst später wurde der zweireihigen Lindenallee auf den Außenseiten je eine Reihe von Eichen beigesellt.

Der älteste, äußere Promenadenteil ist der Irrgarten, ein Wäldchen, das im Jahre 1810 bepflanzt wurde. Ältere Einwohner von Liegnitz erinnern sich noch der mächtigen Schwarz-



Palmenhain mit Pergola und Leuchtspringbrunnen Phot. Schumm, Liegnitz

pappeln, von welchen das letzte Riesenexemplar erst vor einem Jahrzehnt dem Zahn der Zeit zum Opfer gefallen ist. Durch den Bau einer Dienstwohnung für den damaligen Stadtgärtner Zorn wurde im Jahre 1855 der Grundstock zur heutigen Stadtgärtnerei gelegt. Die Südseite der Gärtnerwohnung war als Gewächshaus eingerichtet, welches erst im Jahre 1898 bei der Errichtung des Palmenhauses in weitere Wohnräume für den Parkdirektor eingerichtet wurde.

Im Jahre 1863 wurde durch den als Gartenkünstler berühmten Gartendirektor Petzoldt-Muskau ein Plan für die Umwandlung des an der Grünstraße gelegenen sogenannten Schweinemarktes, den jetzigen Haaganlagen, entworfen. Dieser Plan kam bald darauf zur Ausführung. Ebenso entstand nach Petzoldtschem Entwurf der Parkteil zwischen der Baumgart-

Allee und dem Gehölzstreifen, in welchem der damalige Schießstand der Schützengilde lag. Es ist das der Parkteil, in welchem der heutige Palmenhain liegt.

Einen mächtigen Aufschwung erfuhr die Erweiterung des Stadtparkes im Jahre 1880 durch Hinzunahme des Geländes, welches den alten Ausstellungspark westlich der Baumgart-Allee bis zur Luisenstraße bildet.



Sommermittag am Mühlgraben Phot. Schumm, Liegnitz

Im Jahre 1880 fand auf diesem Gelände die erste Niederschlesische Gewerbe-Ausstellung statt, bis dahin wurde die Fläche als Kräuteracker benutzt. Auch hierzu schuf Gartendirektor Petzoldt-Muskau den Plan und übernahm die Oberleitung der Ausführung. Im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts vollzog sich ein Wandel im Westen der Stadt Liegnitz. Es bildete sich zunächst der Kernpunkt der heutigen Villenvorstadt in Form eines Schmuckplatzes, des jetzigen Hindenburg-Platzes, aus. Von diesem Platze aus entwickelte sich strahlenförmig die Bepflanzung der Straßen des neuen Stadtteiles und des älteren Stadtteiles mit Straßenbäumen. Die gesamte Länge der bepflanzten Straßen beträgt 15 km und hat einen Baumbestand von 4000 Stück.

In diese Zeit fiel auch die Anlage des Nordparkes; ein bis dahin wüstes, tiefliegendes



Vorfrühling im Stadtpark

Phot. Schumm, Liegnitz

Gelände wurde durch Aufschüttung von 4—5 m Erde zu einem Park für die Nordseite der Stadt umgewandelt, ebenso die Anlage des von der Regierung gepachteten sogenannten Küchengartens an der Piastenstraße. Besondere Sorgfalt wurde auf die Ausschmückung der öffentlichen Parkanlagen durch reichen Blumenschmuck in Form von Blumen- und Blattpflanzenbeeten verwendet. Durch die Hochherzigkeit eines Mitbürgers, des Kommerzienrats Fedor Beer, konnte im Jahre 1898 ein Palmenhaus errichtet werden, dem sich später ein großes Warmhaus und ein Kalthaus angliederten. Eine reichhaltige Sammlung prächtiger



Phot. Schumm, Liegnitz

Akazienblüte. Dahinter der Giebel des Lyzeums

Palmen und sonstiger tropischer Gewächse, sowie die Anlage eines heizbaren 800 qm großen Teiches bildete sich zu einer Sehenswürdigkeit des Stadtparkes aus. Das Palmenhaus im Winter und der Palmenhain im Sommer bietet Tausenden Besuchern eine angenehme Erholung. Besonderen Reiz verleihen die mächtigen Blätter und Blüten mehrerer Viktoria-Cruciana, die seltenen zierlichen Blüten der heiligen Lotos und farbenprächtige tropische Seerosen dem Warmwasserteich. Ein Leuchtspringbrunnen lockt an warmen Sommerabenden Hunderte von Besuchern in den Palmenhain. Einen weiteren kostbaren Bestand der städtischen Glashäuser bildet die reiche Orchideensammlung.

Seit 1890 haben sich auch die äußeren Anlagen auf dem bewegten Gelände der Siegeshöhe nach und nach zu einem zur Zeit 200 preußische Morgen umfassenden Waldpark entwickelt. Auch hier wurde durch die Stiftung zweier Damen der Stadt eine 30 Morgen große Fläche zur Erweiterung der Siegeshöhe-Waldparkanlagen geschenkt. Der Waldpark ist im Laufe der Jahre durch stete Erweiterungen und sorgsame Pflege zu einer beliebten Erholungsanlage der Liegnitzer Einwohnerschaft herangewachsen.

Was den Blumenschmuck in den inneren Parkanlagen anbelangt, so herrschen die Rosen (niedrige Veredelungen) in bewährten älteren und neueren Sorten, sowie Park- und Kletterrosen und Stauden in reichhaltigster Auswahl vor. Jedoch sind auch die üblichen Gruppenblumen und Blattpflanzen, z. B. Pelargonien, Begonien, Dahlien, Canna, Gladiolen, Hortensien, Fuchsien, Blumenzwiebelgewächse und einjährige Sommerblumen in der reichhaltigsten Auswahl auf den Blumenbeeten und Rabatten vertreten. Einen besonderen Schmuck bildet im Frühjahr das große Sortiment mächtiger winterharter Alpenrosen (Rhododendron), sowie die pontischen und japanischen Azaleen. Große Sorgfalt wird auf die Ausschmückung der Blumenbeete und der Rabatten im Palmenhain verwendet. Am 1. November jeden Jahres beginnt die bis zum 1. März des nächsten Jahres dauernde öffentliche Besuchszeit des Palmenhauses, des Warmhauses und des großen Kalthauses. Der Blütenzauber in den Glashäusern setzt mit der Chrysanthemumblüte ein, von welchen ein reichhaltiges, auserlesenes Sortiment unterhalten wird. Daran schließen sich die Alpenveilchen, Priemeln, die getriebenen Blütensträucher, wie Flieder- und Schneeballbüsche, Spiräen, Forsythien u. a. m. Von Weihnachten an beginnen Hyazinthen, Tulpen, Narzissen, Montbretien, Veilchen, Maiglöckchen usw. ihre duftigen Blüten zu entfalten. Im Warmhause herrschen die fürstlichen Orchideen, die fleischfressenden Nepenthes, die interessanten Anthurien und schließlich die stolzen Amaryllis vor. Den Höhepunkt zeigt die Blütenpracht an der Grotte im Palmenhause.

Aber auch dendrologisch bietet der zirka 400 Morgen große Stadtpark mannigfachste Anregung durch stattliche Exemplare inländischer und ausländischer Laub- und Nadelhölzer in vielen Arten und Abarten.

Eine prächtige Erweiterung erhält zur Zeit der Stadtpark durch die unmittelbar an den alten Stadtpark anschließende sogenannte Bergerwiese, den Glanzpunkt der diesjährigen Deutschen Gartenbau- und Schlesischen Gewerbe-Ausstellung (Gugali). Den Plan zum gesamten Ausstellungsgelände hat der Garteningenieur Gustav Allinger-Berlin entworfen. Die Bergerwiese umfaßt 25 preußische Morgen und wird nach Schluß der Ausstellung mit ihren künstlichen Wasserflächen und ausgedehnten herrlichen Rosenpflanzungen dem Stadtpark einverleibt.

Eine weitere Perle besitzt der Liegnitzer Stadtpark in der zirka 40 preußische Morgen umfassenden großen Spiel- und Sportwiese, dem Haage. Unmittelbar an der Stadt gelegen, bildet der Haag den Platz für Volksfeste, aber auch für tägliches Spiel und Sport. Endlich ist noch eine weitere Durchführung des zweiten Grüngürtels teils geplant, teils schon in der Ausführung begriffen, so daß in Zukunft ein weiter Grüngürtel die ganze Stadt umschließen wird. Liegnitz kann das am Ende des vorigen Jahrhunderts gelegentlich einer Gartenbau-Ausstellung geprägte Prädikat „Die Gartenstadt Schlesiens“ auch fernerhin mit Recht in Anspruch nehmen.



Krematorium mit Leichenhalle — Phot. Foglar, Liegnitz

Die städtischen Friedhofsanlagen

Von Stadtrat Wagner.

Der städtische Simultan-Friedhof liegt an der nördlichen Seite der äußeren Breslauer Straße, sein Haupteingang ist etwa 2 km von der Stadtmitte entfernt. Die südliche und westliche Seite ist heute bereits mit Häuserbauten umschlossen und die nördliche und östliche Seite wird von der Bahnstrecke Liegnitz—Jauer umspannt, so daß eine Erweiterungsmöglichkeit nicht mehr vorhanden ist.

Das gesamte Friedhofsgelände hat eine Größe von etwa 35 ha.

Nach Schließung der im Innern der Stadt gelegenen kirchlichen Friedhöfe legte die Stadt Liegnitz in den Jahren 1820—1822 den heute noch bestehenden Teil I als Friedhof für die beiden christlichen Konfessionen gemeinsam dienend an.

Am 9. September 1822 fand die feierliche Einweihung unter Teilnahme des Magistrats, der Stadtverordneten, Vertretern der Regierung, der Schulen und einer unübersehbaren Menge von Bewohnern der Stadt Liegnitz und der umliegenden Dörfer statt. Es hatten jedoch schon vor der Einweihung eine Anzahl Bestattungen auf dem neuen Gelände stattfinden müssen.

Dieser zuerst angelegte Friedhofsteil hat eine Größe von etwa 30 Morgen. Den Eingang von der Breslauer Straße bildet das schöne Portal mit der Inschrift „Eingang zur Ruhe".

Die Fläche stellt ein leicht verschobenes Rechteck dar, welches regelmäßig aufgeteilt wurde. Diese erste Aufteilung, sowie die Anordnung der Erbbegräbnisse und Grüfte und die einheitliche Bauweise der Eckgrüfte muß als glücklich gelöst bezeichnet werden. Leider ging diese ursprünglich beabsichtigte Gestaltung in späteren Jahrzehnten durch die Zulassung unschöner Gruftbauten und die regellose Einordnung solcher verloren.

In diesem Teil befinden sich die Erbbegräbnisse von alten Liegnitzer Familien, deren Nachkommen zum Teil heute noch in Liegnitz ansässig sind.



Krematorium, Leichenhallen von innen Phot. Foglar, Liegnitz

Dem Wachstum der Stadt entsprechend mußten in der Folgezeit Erweiterungen vorgenommen werden, so 1844 nach Norden zu der Teil II (im Volksmunde Alkove genannt), ferner 1881 nach Osten zu der Teil III und 1898 nach Westen zu der Teil IV.

Diese Erweiterungen sind in der Aufteilung dem zuerst angelegten Teil angepaßt und bilden mit diesem den alten Friedhof.

Die inmitten des alten Friedhofes liegende Friedhofskapelle wurde 1865 erbaut und dürfte eine der schönsten Friedhofskapellen Schlesiens sein.

Herrlicher alter Baumbestand und die hainartig durchpflanzten Grabfelder schaffen trotz der regelmäßigen Aufteilung ein stimmungsvolles Friedhofsbild.

In den Jahren 1910—1913 wurde der neue Friedhof östlich an den alten Friedhof anschließend als Erweiterung angelegt und mit der Belegung des Kriegerehrenfriedhofes auf diesem im April 1915 begonnen.

Die feierliche Einweihung desselben fand am 9. Juli 1916 statt, von diesem Zeitpunkte an wurde auch mit der weiteren Belegung begonnen.

Der neue Friedhof wird von gartenkünstlerischen Gesichtspunkten aus gestaltet und verspricht eine schöne stimmungsvolle Friedhofsanlage zu werden. Die bereits belegten und



Krematorium, Kapelle Phot. Foglar, Liegnitz

abgeschlossenen Felder zeigen schon heute die erwünschte Harmonie, welche nur durch die reichliche Verwendung der Pflanzen erzielt werden kann. Für die Einfriedigung der Familiengrabstellen sind immergrüne Hecken verwendet. Mit dem weiteren Wachstum der heute noch verhältnismäßig jungen Pflanzungen dürfte sich das Bild vervollkommnen.

Der auf dem neuen Friedhofe liegende, eine abgeschlossene Anlage bildende Kriegerehrenfriedhof, ist mit 378 Kriegergräbern belegt. Die Hügel sind einheitlich mit Efeu und Rosen bepflanzt und auch die Denkmäler sind innerhalb der einzelnen Abteilungen einheitlich gestaltet, so daß der erwünschte Charakter des Kriegerfriedhofes in bester Weise erzielt wurde.

Ebenso wirkungsvoll zeigt sich bereits der Waldfriedhof. Der Urnenhain, neben dem

Kriegerehrenfriedhof gelegen, ist im Entstehen. Die um eine geschaffene Teichanlage gruppierten kleinen Urnenfelder mit strenger Denkmalseinpassung werden in wenigen Jahren ein schönes Gesamtbild erstehen lassen.

Die Schaffung des Haupteinganges zum neuen Friedhofe sowie die gärtnerische Ausgestaltung der noch unbelegten Teile und die Ausgestaltung des großen Teiches wird baldmöglichst erfolgen, so daß dann die im großen Rahmen fertiggestellte Friedhofsanlage eine würdige Stätte der Andacht und Erbauung sein wird.

Von sonstigen Bauten und Einrichtungen sind noch zu nennen:

A. Das Krematorium, 1925/26 erbaut im Anschluß an die vorhandene Friedhofskapelle, in Betrieb genommen im Juli 1926. Vorhanden ist ein Einäscherungsofen, System Topf & Söhne-Erfurt, in neuzeitlichster Ausführung, technisch das Vollkommenste, was eine sichere und einwandfreie Feuerbestattung ermöglicht.

B. Die neue Leichenhalle, 1925/26 erbaut im Anschluß an das Krematorium, ein Prachtbau in ovaler Grundform in zwei Geschossen, enthaltend 21 Kabinen zur würdigen Einzelaufbahrung von Särgen, nebst Sezierraum.

Der in der Mitte unter der Kuppel der Leichenhalle liegende Abschiedsraum ist kapellenartig ausgestaltet. Alle Räume sind hygienisch bestens eingerichtet und durch eine besonders eingerichtete Frischluftzuführung und Luftabsaugung kühl zu erhalten.

C. Die städtische Friedhofsgärtnerei mit mehreren Glashäusern ist seit der Übernahme des Grabpflegebetriebes in städtische Regie, d. i. 1916, eingerichtet und ausgebaut worden. Sie liegt inmitten des Friedhofsgeländes und dient zur Heranzucht des zur Grabbepflanzung und Ausgestaltung des Friedhofes erforderlichen Pflanzenmaterials.

D. Der Wirtschaftshof mit Gebäuden, enthaltend zwei Werkwohnungen, Stallung, getrennte Unterkunftsräume für männliche und weibliche Arbeiter mit Wasch- und Kochraum, Geräteschuppen usw.

Das gesamte Friedhofsgelände weist ein zureichendes Wasserleitungsnetz für die Wasserversorgung auf.

Die noch unbelegten Flächen werden als Wiese oder Ackerland genutzt.

Das Verwaltungsbüro befindet sich im Hause Breslauer Straße 143, schrägüber dem Friedhofshaupteingang. Hier werden Auskünfte erteilt und die Bestellungen für die Grabpflege, Grabbepflanzung usw. entgegengenommen. Beamte und Angestellte mit fachlicher Vorbildung und Erfahrung sowie eine große Anzahl eingerichteter Arbeitskräfte gewährleisten beste und preiswerte Erledigung aller Aufträge und die weitere würdige Ausgestaltung und Erhaltung der Grab- und Friedhofsanlagen.

Der städtische Grund- und Forstbesitz

Von Magistratssyndikus Schwarz.

Wie viele andere Städte, so hat auch die Stadt Liegnitz jede Gelegenheit ergriffen, Grundbesitz zu erwerben, in der richtigen Erkenntnis, daß Grund und Boden nicht nur eine gute Kapitalanlage, sondern auch eine Lebensnotwendigkeit für die Fortentwicklung der Stadt ist, denn nur bei erweitertem städtischen Besitz kann ausreichendes Land für Wohnstätten, gewerbliche Anlagen, Sport- und Spielplätze, Parkanlagen, Nutzgärten usw. zur Verfügung gestellt werden.

Hier soll nun keine ins einzelne gehende Darstellung, sondern nur eine kurze Übersicht über den jetzigen Umfang und die Verwendung des bebauten und unbebauten Grundbesitzes der Stadt Liegnitz gegeben werden.

In erster Linie ist der ausgedehnte Besitz an Siedlungs- und Baugelände zu erwähnen, über den die Stadt sowohl im Osten wie im Süden und Westen in reichem Maße verfügt. Am ausbaufähigsten erscheint die im Jahre 1919 von der Stadt selbst in Angriff genommene, in ihrer Entwicklung noch lange nicht abgeschlossene Kleinsiedlung Groß-Beckern. In ihrer Ausdehnungsmöglichkeit etwas eingeengter ist die sogenannte Heimstätten-Siedlung im Südosten der Stadt. Hier hat der Bauverein „Eigenheim" zwischen den in schattiges Grün gebetteten, gern besuchten Deichanlagen der Katzbach und der neu angelegten Kleingartenkolonie eine schmucke Siedlung erstehen lassen, die sich immer mehr zu einem eigenen Stadtteil ausbaut und durch die „Krieger-Ehrung" eine eigene Note erhalten hat. Als kleinere Siedlungen sind noch zu nennen die „Schupofiedlung" und die im Anschluß an diese von der „Gemeinnützigen Siedlungs- und Baugesellschaft" errichteten Bauten an der Roonstraße im Westen der Stadt. Alle diese Siedlungen stehen im Erbbau auf stadteigenem Grund und Boden, eine Ausnahme bildet nur die im Norden gelegene Gartenvorstadt auf dem Töpferberg.

Erbbaugelände wird aber nicht nur an Siedlungsvereine, sondern auch an sonstige Baulustige vergeben. So ist eine stattliche Anzahl sehr schmucker Häuser auf dem städtischen Erbbaugelände an der Bitschenstraße im Süden der Stadt entstanden, die teilweise schon mehr villenähnlichen Charakter aufweisen und sich der Bauweise des Doveviertels durchaus anpassen. Sehr begehrt für Einzelhäuser ist auch das städtische Gelände zwischen der Moltke- und Goldberger Straße im Südwesten der Stadt. Hier hat auch der Liegnitzer Mieterschutzverein auf einem von ihm im Erbbaurecht erworbenen größeren Geländekomplex freundliche Wohnhäuser erstehen lassen, die äußerst sehenswert sind und davon zeugen, was im Wege der Selbsthilfe durch Energie und Zusammenschluß erreicht werden kann.

Von der stattlichen Anzahl der bisher schon geschlossenen Erbbauverträge ist dies nur ein kleiner Ausschnitt. Die lebhafte Nachfrage nach Erbbaugelände beweist jedenfalls, daß diese Vergebungsform von Bauland sich durchaus in der Praxis durchführen läßt und die

von vielen Seiten geäußerten Zweifel — wenigstens soweit Liegnitz in Betracht kommt — unbegründet sind.

Die Stadtgemeinde hat aber nicht nur Gelände zum Bauen vergeben, sie hat auch selbst gebaut. Abgesehen von der schon zuvor erwähnten Kleinsiedlung Groß-Beckern hat die Stadt — um nur zusammenhängende Komplexe herauszugreifen — an der Breslauer Straße und an der Rudolfstraße eine stattliche Zahl von Reihenhäusern errichtet. Die Reihenhäuser in



Städtische Kleinsiedlung Groß-Beckern Phot. Foglar, Liegnitz

der Breslauer Straße bilden insofern eine Sehenswürdigkeit, als hier neuzeitliche Bauformen durch freie Nachbildung Alt-Liegnitzer Barockgiebel eine schöne Abwandlung gefunden haben. Besonders muß hier aber noch auf die von der Haynauer, Grenadier- und Nikolai-Straße eingeschlossene ausgedehnte städtische Häusergruppe hingewiesen werden, die mit ihrer teilweise zurückgebauten Front und dem alten Maulbeerbaumbestand davor einen wirkungsvollen Baublock darstellen.

Der Bestand an städtischen Neubauwohnungen betrug Ende 1926 ausschließlich der Kleinsiedlung Groß-Beckern insgesamt rund 500 Wohnungen, zu denen im Laufe des Jahres 1927 eine weitere große Zahl von jetzt schon im Bau befindlichen Wohnungen hinzukommen wird.

Ein Neubau muß aber noch besonders hervorgehoben werden. Die Stadtgemeinde hat den Helden, die im Weltkriege ihre Gesundheit für das Vaterland geopfert haben, eine besondere Ehrung dadurch zuteil werden lassen, daß sie an der Immelmannstraße eine Kriegersiedlung, die vorhin bereits erwähnte „Krieger-Ehrung" erbaut hat. Das eine Gebäude ist schon bezogen und bietet 16 Familien Unterkunft, ein zweiter Baublock wird im Herbst dieses Jahres fertiggestellt sein und die gleiche Zahl an Wohnungen enthalten. Ein Ehrenhof wird dem Ganzen ein besonders würdiges Aussehen verleihen.

Der Vollständigkeit halber soll auch erwähnt werden, daß die Stadt im „Fliegerhorst" noch 12 langgestreckte, eine große Anzahl von Notwohnungen enthaltende Flachbauten unterhält,



Städtische Kriegersiedlung an der „Krieger-Ehrung" Phot. Mertin, Liegnitz

die eine beredte Sprache dafür sprechen, daß die Wohnungsnot in Liegnitz noch lange nicht behoben ist.

Der Besitz der Stadtgemeinde an Häusern, die in der Vorkriegszeit gebaut sind, ist ungefähr ebenso groß wie der an Neubauten, umfaßt er doch 60 Althäuser mit rund 500 Wohnungen. Allein das ehemalige Wilhelm- und Augustastift enthält 9 Häuser mit rund 100 Wohnungen. Die Anstalt ist von der Stadt nach dem Kriege erworben worden, weil sie wegen Mangel an Mitteln aufgelöst werden mußte; 3 Männer- und 2 Frauenhäuser, mehrere Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude dienen jetzt kinderreichen Familien als Unterkunft. Die zahlreichen Verwaltungs- und Schulgebäude, Wohlfahrtsanstalten und Krankenhäuser, sowie die anderen öffentlichen Zwecken dienenden Gebäude, wie das Schießhaus, Stadttheater, Museum, die Gasthöfe „Zum Brunnen" und „Prinz Heinrich" (jetzt Verwaltungsgebäude), sollen hier nicht näher behandelt werden, da dies über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausgehen würde.

Den größten Teil von Althäusern hat die Stadt, soweit es sich nicht um öffentliche Gebäude handelt, nicht selbst gebaut, sondern aus privater Hand erworben. Der Ankauf dieser Althäuser ist aber von der Stadt nicht vorgenommen worden, um in ihnen lediglich das

Vermögen der Stadt anzulegen, sondern um den erworbenen Grund und Boden für Straßendurchlegungen, Anlegung von Grünplätzen usw. in Anspruch nehmen zu können. So hat die Stadt in der jetzt allerdings wieder stark eingedämmten Hoffnung, die Burgstraße zum Bahnhof durchbrechen zu können, in der Schloß- und Marienstraße mehrere Häuser angekauft, um sie später einmal zur Durchlegung der Straße niederzureißen. Heute ist dieses Projekt nun wieder in etwas weitere Fernen gerückt, da die Mittel zu einem derartig umfangreichen Unternehmen zur Zeit nicht vorhanden sind.

Schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hat die Stadt nach und nach die sogenannten „Heringsbauden", acht an der Zahl, auf dem Ring erworben, um diese Kulturdenkmäler alter Zeit dem Stadtbilde zu erhalten.

Ungleich wertvoller als aller Besitz an bebauten Grundstücken ist für die Fortentwicklung einer Stadt der Besitz an *unbebautem* Grund und Boden. Das Bestreben der Stadtverwaltung geht daher dahin, den städtischen Grundbesitz ständig zu erweitern. So hat die Stadt erst in allerjüngster Zeit zwischen der Haynauer Straße und dem Militär-Pulverhaus einen größeren Geländekomplex erworben, der sofort als Bauland erschlossen werden kann. Den größten Landerwerb stellt aber der Ankauf des vor den Toren der Stadt liegenden *Gutes Neuhof* in einer Gesamtgröße von 1050 Morgen dar. Wenn auch dieses Gelände heute noch nicht für Bauten in Anspruch genommen wird, so mußte doch für die spätere Generation vorgesorgt werden, damit nicht von dritter Seite die Entwicklung der Stadt ungünstig beeinflußt oder gar verhindert werden kann. Das Gut wird heute noch landwirtschaftlich genutzt und ist an die Zuckerfabrik Scherzer & Co. — die frühere Besitzerin — verpachtet.

Außer dem Gut Neuhof besitzt die Stadtgemeinde noch die Stadtgüter *Rodeland* und *Weißenrode*. Das letztere hat die Stadt im Jahre 1905 gekauft. Es hatte damals 482 Morgen Acker und Wiesen. Einen Teil dieses Geländes stellt das ehemalige Luftschiffhallengelände dar, auf dem im Jahre 1913 der Militärfiskus eine Zeppelinhalle errichtete. Sie ist dem Versailler Vertrage zum Opfer gefallen. Große Hoffnungen wurden damit vernichtet! Wir haben aber, wenn auch kein Zeppelin mehr in Liegnitz stationiert ist, doch wenigstens unseren *Flugplatz*! Die großen Erwartungen, die im Jahre 1917 an die Einrichtung der Fliegerstation geknüpft wurden, haben sich zwar nicht so erfüllt, wie man es sich dachte, als man das Gelände ankaufte, um es an den Militärfiskus für die Einrichtung einer Fliegerstation zu verpachten. Heute ist aber ein Teil dieses Geländes schon wieder für den Luftverkehr hergerichtet. Dieser Platz reicht auch für größere Flugzeuge ohne weiteres aus, und jederzeit können die heute noch landwirtschaftlich genutzten Teile von der Stadt entpachtet werden.

Das gesamte *Ackergelände* der Stadt ist ungefähr 830 ha groß. Hiervon sind die zusammenhängenden Ackerflächen an die Pächter der Stadtgüter Rodeland und Weißenrode verpachtet, der Rest, insbesondere ein großer Teil in der weiteren Umgebung der Stadt, ist in kleineren Parzellen an Einzelpächter vergeben. Dazu kommen noch die sogenannten *Bruchwiesen*, von denen die Stadt in letzter Zeit eine größere Anzahl gekauft hat, da sie an der jetzt in Angriff genommenen Bruchregulierung stark interessiert ist. Im ganzen sind von der städtischen Grundstücksverwaltung über 750 Pachtverträge abgeschlossen. Besonders sei noch auf das 250 ha große *Rieselfeld* hingewiesen. Die nicht anbaufähigen Flächen hiervon,

rund 170 Morgen, geben eine hochwertige Grasnutzung, der übrige Teil, der früher Sandboden war, auf dem kaum Kiefern oder sonstige anspruchslose Pflanzen fortkamen, wirft jetzt einen reichen Ertrag ab; allein 400 Morgen dienen dem Rüben-, Gurken- und Kartoffelanbau.

Größere in der nächsten Umgebung der Stadt liegende Flächen hat die Stadtgemeinde aber nicht zur landwirtschaftlichen Nutzung verpachtet, sondern — der Entwicklung der Nachkriegszeit entsprechend — für Kleingärten vorbehalten. Im ganzen sind über 100 ha



Ein Teil der städtischen Reihenhäuser an der Breslauer Straße Phot. Mertin, Liegnitz

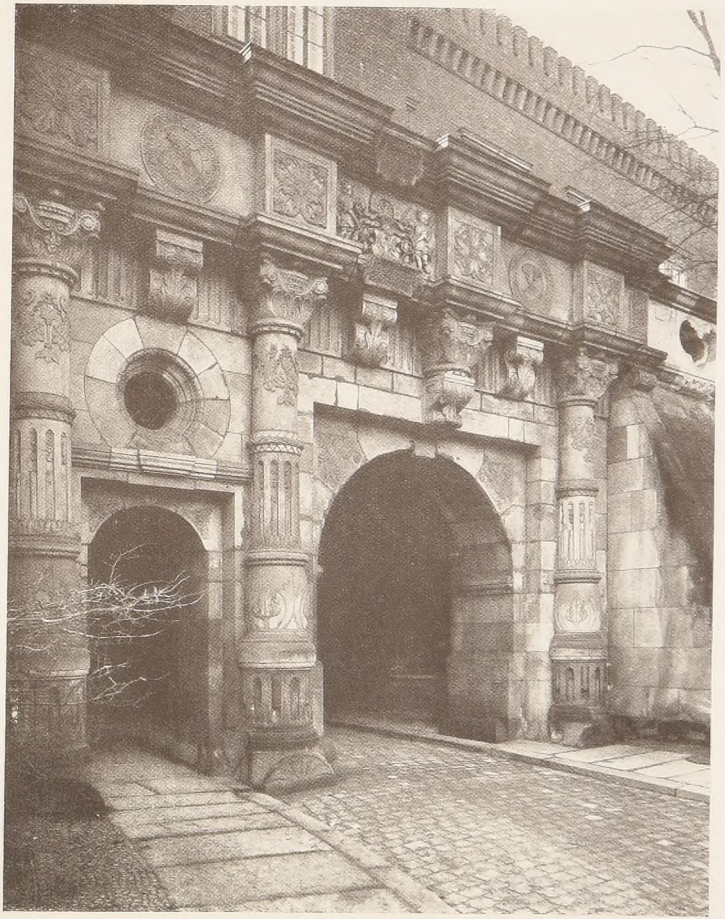
allein zu Schrebergärtenzwecken verpachtet worden. Dazu kommt jetzt eine Fläche von zirka 15 ha auf dem ehemaligen Luftschiffhallengelände, auf dem noch in diesem Jahre eine Dauerkolonie nach den modernsten Grundsätzen eingerichtet wird. Das Kleingartengelände verteilt sich nach seiner örtlichen Lage auf sechs verschiedene Vereine. Insgesamt sind 105 ha an Vereine zur Verpachtung als Kleingartenland vergeben worden. Der Rest von rund 10 ha ist an Einzelpächter verpachtet worden, weil es sich um Gelände handelt, das in allernächster Zeit der Bebauung erschlossen werden muß und das sich für eine planmäßige Herrichtung als Gartenland nicht mehr eignet. Aber selbst das an Vereine abgegebene Gelände kann in nächster Zeit zur Bebauung oder für andere Zwecke in Anspruch genommen werden. Dies gilt insbesondere auch für die Herrichtung von Sport- und Spielplätzen. Mit Ausnahme nur ganz weniger Plätze stehen diese Pflegestätten der körperlichen Ertüchtigung im

Eigentum der Stadt. Neue Plätze sollen angelegt, bestehende erweitert werden. Da müssen eben die Schrebergärtner weichen. Es geht daher das Bemühen der Stadtverwaltung dahin, für die dauernde Erhaltung von Kleingärten größere Flächen bereitzustellen. Der im Bebauungsplan vorgesehene Grüngürtel soll dann alle diese Gärten aufnehmen. Die eine Zeitlang beobachtete Bodenmüdigkeit wird wieder schwinden, und jeder Kleingärtner wird mit doppeltem Eifer darangehen, nicht nur dem Boden recht viel abzugewinnen, sondern auch sein Gärtchen schmuck einzurichten, damit ihm der Aufenthalt darin nach des Tages Arbeit eine Erholung wird und die Berührung mit Licht, Luft und Sonne ihm neue Kräfte zu neuem Schaffen verleihen.

Dank der eben geschilderten intensiven landwirtschaftlichen und gärtnerischen Ausnutzung und durch die Eigenart des feldmäßigen Anbaues von Gartenfrüchten besitzt die nächste Umgebung der Stadt viel Gartenähnliches. Aber auch unser deutscher Wald fehlt nicht! Im Norden der Stadt liegt unser schöner Stadtforst, der einen Flächeninhalt von ungefähr 2000 ha hat und in drei Förstereien eingeteilt ist, von denen die eine, Vorderheide, im Kreise Liegnitz, die anderen beiden, Mittel- und Hinterheide, im Kreise Lüben liegen. Die Hauptholzart ist die Kiefer. Nur vereinzelt finden sich Eiche, Fichte und Lärche vor. Der Forst hatte in den Jahren 1920 und 1921 einen starken Kiefernspannerfraß zu bestehen, dem zu unserem größten Leidwesen etwa 1800 Morgen Wald zum Opfer gefallen sind, und im Jahre 1924 einen starken Eulen- und Nonnenfraß, von dem er sich jedoch inzwischen wieder erholt hat.

Zu erwähnen ist noch, daß die Stadt beim Bahnhof Vorderheide ein eigenes Sägewerk besitzt, das an eine gemeinnützige Gesellschaft verpachtet ist.

Selbstverständlich ist die Stadt stets bemüht, auch ihren Forstbesitz ständig zu erweitern, da der Forstbesitz in der Kommunalwirtschaft einen ebenso wichtigen Faktor darstellt, wie der Besitz an landwirtschaftlichem und Baugelände. Unser Wunsch geht nur dahin, daß die Städte durch den kommenden Finanzausgleich auch in die Lage versetzt werden, für ihren Grund- und Forstbesitz mehr aufwenden zu können, als es bisher der Fall gewesen ist.



Schloßportal

Phot. Mertin, Liegnitz

Liegnitzer Portale

Von Regierungs- und Baurat Loewe.

Die Architektur hat stets einen besonderen Wert auf die Portalausbildung gelegt, und auch das einst so türme- und giebelreiche Liegnitz hat zu seinen Glanzzeiten manches Juwel der Portalbaukunst besessen. Vieles davon ist verloren gegangen; das schönste Renaissanceportal vom Ringe ist nach Rohnstock verkauft worden, und aus der im Breslauer Altertumsmuseum aufbewahrten Mappe unseres verdienten Heimatsschilderers Blätterbauer mit der Überschrift „Abgebrochene Portale" ist ersichtlich, welche Architekturschätze wie in ganz Schlesien so auch hier wenige Jahrzehnte oft ohne jeden Zweck zerstört haben. Trotzdem kündet immer noch manch ausgezeichnetes Beispiel bester Portalarchitektur von der Geschichte der Stadt und hoher Kunstblüte früherer Zeiten.

Auf die Mitte des 13. Jahrhunderts weist am Nordflügel des Schlosses der Kern des Löwen (Löben = Lübener) Tores hin, schon in der Hedwigslegende um 1380 dargestellt, später in Renaissanceformen umgebaut.

Die Hauptblütezeit des Mittelalters wird durch die Pfarrkirchen Peter und Paul und Liebfrauen gekennzeichnet. Das Hauptportal der ersteren aus dem Ende des 14. Jahrhunderts zeigt eine breite, oben flachbogig geschlossene Türöffnung. Das Tympanon darüber, flankiert von den Rundfiguren der beiden Titularheiligen, enthält eine figurenreiche Darstellung der Anbetung der Könige, stilistisch auf die Richtung des Gmünder Meisters Peter Parler weisend und trotz der neuzeitlichen Überarbeitung von hohem kunstgeschichtlichen Werte.

Das Hauptportal der Frauenkirche, von Birnenstäben und Kehlen eingefaßt, wird von einem stolz aufragenden Wimperg gekrönt. Trotz der späteren Ergänzungen kündet auch dieses Portal von der Schönheit des an geschichtlichen Erinnerungen reichen Kirchengebäudes.

Die Renaissance belebte insbesondere die Profanbaukunst und prägte im wesentlichen das noch heute stimmungsvolle Altstadtbild. Von den Portalen aus dieser Zeit ist zunächst das Ostportal am Schlosse vom Jahre 1538 zu erwähnen. Über den Baumeister ist sich die Kunstgeschichte nicht einig; Georg von Amberg, Wendel Roßkopf u. a. werden genannt. Es ist aber sicher, daß es sich nur um einen deutschen Künstler handeln kann; denn im Gegensatze zu den zarten italienischen Renaissanceformen des Brieger Schlosses zeigt unser Portal schwere Profilierung und derbe Formenbehandlung, die bei allem Mangel an Grazie doch einen außerordentlichen Stimmungsgehalt einschließen.

Als zweites Beispiel diene die früher an der Ringseite, jetzt an der Ritterstraße befindliche Portalumrahmung und Architekturverkleidung des Bitschenhauses. Trotz der Schwere der architektonischen Gliederung erfreut uns auch hier die Naivität der naturalistischen Behandlung der Figuren und des Ornaments.

Aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts stammt das von kräftigen Spiegelquadern umrahmte Portal der alten Petrischule am Peter- und Paul-Platz. Seine lateinische Inschrift empfiehlt die Verknüpfung häuslicher Zucht mit dem Unterricht in der Schule.



Erker und Sgraffitomalereien des alten Reichskrams „zum Wachtelkorb“ Phot. Schumm, Liegnitz



Barock am Kohlmarkt zu Liegnitz
Eingang zum Kollegiatsgebäude der Jesuiten, St. Johannes-Kirche, Piastenschloß, Leubuser Haus
Zeichnung von Prof. Th. Blätterbauer

Ein besonders schönes Beispiel aus der Spätrenaissance ist in dem Portal Frauenstraße 23 erhalten mit Sitzbänkchen in den ausgerundeten Leibungen. Der Reichtum der Architekturglieder und des beschlagartigen Ornaments wird durch ein phantastisch modelliertes Menschenantlitz belebt.

Am zahlreichsten aber und künstlerisch wertvollsten sind die uns erhaltenen Barockportale. Es handelt sich dabei um die Zeit des Jesuitenbarocks, etwa die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts. Nach dem Niedergange der Kunst zufolge des Dreißigjährigen Krieges schuf die Gegenreformation eine neue Kunstblüte. In Schlesien entwickelt sie sich, von ausländischen Kräften angeregt, zu bodenständiger Form. Wie überall die Baukunst der Jesuiten durch Größe des Entwurfs, Reichtum der Erfindungsgabe und malerische Mittel auf die Stimmung einwirkt, gehören unsere Portale zu den besten Beispielen dieser Zeit und zeugen dabei von hoher handwerklicher Meisterschaft. So die Portale an den großen Architekturschöpfungen des schwäbischen Parliers Joh. Georg Knoll: der Johanneskirche, dem Kollegiengebäude und dem etwas später ausgeführten Jesuitenseminar. Dem kraftvollen Eindruck des Portals am Kollegienhause mit der im Grundrisse gebogenen Tür, den übereck gestellten Säulen und den verzückt bewegten Heiligenfiguren auf der Brüstung des vorschwingenden Balkons entspricht gegenüber der Kirche liegend das herrliche Portal an dem Leubuser Hause des Meisters Frantz. Auch das Säulenportal der Ritterakademie, das Portal der alten Mauritiuskirche — jetzigen Oberrealschule — und das am Franziskanerkloster hinter dem Walhalla-Kino seien erwähnt. Manches Bürgerhaus ferner besitzt noch den Schmuck eines Portals aus jener Zeit; als das edelste sei das am Hause Bäckerstraße 27 erwähnt mit seinen reich verzierten quadratischen, nach unten verjüngten Stützen und der durchbrochenen, kurvierten Balkonbrüstung.

Diesen Bestand an bedeutenden Architekturwerken früherer Zeiten als eisernen zu erhalten, erfordert der Stolz selbstbewußten Bürgertums und bedeutet gleichzeitig wirtschaftlichen Gewinn. Sie sind die sichtbaren Zeugen der geschichtlichen und künstlerischen Entwicklung der Stadt und erhöhen auch für den Fremden den Reiz des Altstadtbildes.

Liegnitzer alte Giebel

Von Direktorstellvertreter Stephan.

Überall, wo der Deutsche seine Bauwerke errichtete, läßt er Türme gegen den Himmel steigen, unter deren Schutz er sein Wohnhaus errichtet. Diesem gibt er den stolzen Giebel. Beide Bauteile sind immer Bestandteile der deutschen Baukunst gewesen. Wohl bauen auch andere Völker Giebel und Türme, aber der Deutsche blieb ihnen fast immer treu, weil sie sein Streben nach dem Höchsten (bewußt oder unbewußt) kraftvoll ausdrücken. Weil nun auch kein Bauteil den selbstbewußten Stolz des deutschen Bürgers in der Glanzzeit der deutschen Städte besser ausdrücken kann als der Giebel, so sehen wir in den Straßenzeilen unserer mittelalterlichen Städte das Auf und Ab der prächtigen Giebel, bald als harmonischen Rhythmus, bald als machtvolle Kulisse. Immer ergänzen sie sich, immer heben sie sich, niemals tötet einer den andern. Damit stehen sie im wohltuenden Gegensatz zu den Architektur-Erzeugnissen, die sich heute manchmal in der Einheitlichkeit unserer Altstädte breitmachen.

Auch Liegnitz ist eine an Giebeln reiche Stadt. Es sind heute noch etwa 130 Giebel vorhanden, die bis auf kleine Änderungen als alte Giebel angesprochen werden können. Selbstverständlich sind nicht alle mehr in der Form erhalten, wie die alten Baumeister sie geschaffen haben. Die notwendigen Erhaltungsarbeiten haben manches verwischt, hinzugesetzt, geändert.

Ich kann als Beispiel den Giebel Frauenstraße 23 zeigen. Er zeigt sich heute als Treppengiebel mit eigenartig abgleitenden Schultern und mit einer durch Fenster stark betonten Mittelachse. Vor einigen Jahren wurde das Haus neu abgeputzt. Da zeigten sich deutlich die Formen des alten Giebels. Auf seinen Schultern waren Aufbauten gewesen, wie man sie hier im Osten (Bolkoburg, Haynau) häufiger findet. Die Linie ist einpunktiert. Die gestrichelten, wagerechten Linien sind abgehackte Gesimse. Weiter zeigte sich, daß das als lichtfeindlich verschrieene Mittelalter weit mehr und größere Fenster eingebaut hatte, als die späteren Änderer für nötig befunden hatten. Der Aufbau zeigte ferner noch einen reichen Wechsel zwischen Sandstein- und Backsteinschichten und im 1. Stock Reste von gotischem Mauerwerk. Über dem hübschen Renaissance-Portal befindet sich noch der Sandstein, der einst die beliebte Hausmarke trug. Wir haben also bei diesem Hause die leider stark verflachende Rückbildung eines schönen Renaissance-Giebels vor uns.

Aus dieser Zeit stammen auch die ältesten Giebel, die wir heute noch in Liegnitz haben. Auch die alten Stadtbilder zeigen Giebel nach Danziger Art mit lebhaft bewegten Umrissen, wie sie etwa die Häuser Burgstraße 26 und Schloßstraße 11 besitzen. Das stimmt auch mit einer Verfügung überein, die Herzog Rupprecht am 21. August 1384 erließ. Er befahl, daß die Lauben des Ringes beseitigt werden sollten, und dafür mußten *steinerne* Giebel errichtet werden. Das macht wahrscheinlich, daß vorher die Giebel selbst am Ringe von Holz erbaut waren. Damals bekam der Ring sein ehrwürdiges Aussehen, bis ihm das künstlerisch schwache

Geschlecht aus dem 19. Jahrhundert unter dem Einfluß der eindringenden Neurenaissance sein heutiges charakterschwaches Aussehen gab. In den Nebenstraßen aber, besonders in der Mittel- und Schloßstraße, sind uns die Giebelformen so mannigfaltig erhalten geblieben, daß auch nicht zwei Giebel die gleichen Formen zeigen.

Ich will nicht eine strenge stilgerechte Einteilung der Giebel vornehmen, dazu sind die altenmäßigen Arbeiten nicht genug fortgeschritten. Aber doch lassen sich eine Reihe nach ihren Formen einordnen. Zu den Renaissance-Giebeln sind auch die klaren, gut geschwungenen Giebel zu zählen, von denen ich hier Schloßstraße 8 und 17, Burgstraße 36 und 37 und Mittelstraße 20 gezeichnet habe. Auch der Giebel Schloßstraße 4 gehört wahrscheinlich hierher. Er ist schief, wie so viele seiner Liegnitzer Kameraden, aber gut gegliedert und schneidig geschwungen. Eine Einzelform ist der reiche Giebel Schloßstraße 2 mit seinen schnurrigen, seitlichen „Ohren" und dem reizenden Laternchen. Der Giebel Schloßstraße 9 ist sicher eine Umbildung in klassizistischer Zeit. Auch er ist schief. Das wagerechte Gesims unter dem Fenster deutet auch auf einen Renaissance-Giebel. Später hat man ihm dann das flache Dreieck aufgesetzt.

Die Liegnitzer Monumental-Baukunst hat ihren Höhepunkt in der Barockzeit. Es ist selbstverständlich, daß die vielen guten Architekten auch Bürgerhäuser gebaut, bzw. beeinflußt haben. So sind eine stattliche Anzahl sehenswerter Barockgiebel zu finden. Am meisten beachtet ist das Haus Schloßstraße 16. Es zeigt ein kirchenähnliches Portal mit der Jahreszahl 1711. Es sitzt aber nicht in der Achse und zeigt Formen, die mit dem übrigen Hause nicht übereinstimmen. Die Jahreszahl ist deshalb nicht für die Entstehung des Hauses maßgebend. Das Portal stammt wahrscheinlich von einem anderen Gebäude. Der Aufbau des Hauses ist sehr gut und auffallend fensterreich. Die Einzelformen sind flüchtig und mangelhaft ausgeführt. Vielleicht hatte ein guter Baukünstler die Zeichnung gemacht, und der Ausführende mit seinen Leuten stand nicht auf der gleichen Höhe. Schön ist der große Rinnkessel. Über dem kräftigen Hauptgesims beginnt der eigentliche Giebel, der etwas spätere Formen zeigt und auch von einem andern Architekten beeinflußt ist. Die halbrunden Nischen kehren in Liegnitz noch zweimal wieder. Sehr edel ist der Giebel Burgstraße 30, im Volksmunde „die blaue Marie" genannt. Das Haus trug nämlich im Oval über dem ersten Stockwerk ein Bild, auf dem Maria im blauen Mantel dargestellt war. In dieselbe Zeit gehört auch der Giebel Schloßstraße 10 mit seinen straffen Formen und die vorbildlichen Giebel Mittelstraße 15 und Frauenstraße 60, die über schmalster Front einwandfreie Architekturlösungen zeigen.

Die spätere Zeit hat solche künstlerische Leistungen nicht wieder erreicht, und doch sind auch da noch sehr beachtenswerte Arbeiten. Schwer zu bestimmen wäre der ausdrucksvolle Giebel Mittelstraße 20, wenn nicht das Giebelchen auf dem Hause Steinmarkt 12 augenscheinlich von der gleichen Hand herrührte. Das letzte Haus zeigt ausgesprochen die Formen „um 1800", so daß angenommen werden kann, daß diese beiden eigenartigen rundbogigen Arbeiten um diese Zeit entstanden sind. Wie Zwillinge ähneln sich Mittelstraße 12 und 13. Jedoch zeigt jeder Giebel bei äußerlicher Gleichheit so viel eigenes Leben, daß man den Baukünstler bewundern muß. Beides sind nur „Viertelhöfe", also Häuser auf schmalster Front, und doch ist beiden ein monumentaler Zug gegeben worden: Gleich hohes Hauptgesims, geschickte Abtreppungen und oben ein ruhiger, wagerechter Abschluß. Das Zusammenklingen

der beiden Häuschen gibt ihnen einen großen Zug. Über breiterer Front ist der Giebel Burgstraße 74 entstanden. Hier ist mit ähnlichen Mitteln gearbeitet worden, auch hier ist eine eigenartige, große Wirkung erzielt. — Ich habe hier nur 21 von den 130 Giebeln besprochen. Sie verdienen alle, daß man sich mit ihnen beschäftigt. Ich möchte noch besonders darauf hinweisen, wie wenig Ornamente verwendet worden sind. Es hat doch nicht am Vorbild gemangelt, denn die Monumental-Bauten tragen doch reichen und guten Schmuck. Aber die Wirkungen an den Giebeln sind durchweg mit Formen erzielt, die der Maurer herstellen konnte. Das ist vielleicht die größte Stärke unserer Liegnitzer Giebel.

SOZIALE FÜRSORGE

Die Wohlfahrtspflege der Stadt Liegnitz

Von Stadtrat Jaensch.

Bis zum Ausbruch des Weltkrieges erschöpfte sich die Wohlfahrtspflege der Stadt Liegnitz im wesentlichen in der Tätigkeit des Armenamtes, dessen Wirkungsbereich durch das Unterstützungswohnsitzgesetz umgrenzt wurde. Eine wohltuende Ergänzung fand damals die Armenpflege durch die reichlich vorhandenen Stiftungen. Die jugendpflegerischen Aufgaben hatten in der 1911 geschaffenen Berufsvormundschaft ihren ersten behördlichen Ausdruck.

Im übrigen war es in der Vorkriegszeit Aufgabe der privaten Hand, Wohlfahrtspflege in größerem Ausmaß zu treiben und ergänzend da einzugreifen, wo die behördliche Armenpflege versagte.

Der Krieg, mehr aber noch die Nachkriegszeit mit ihren uns leider bis jetzt erhalten gebliebenen Massennotständen haben die behördliche Wohlfahrtspflege zwangsläufig einer Entwicklung zugeführt, für welche unter normalen Verhältnissen ein Menschenalter nicht ausgereicht hätte. Die herzlich wenig von sozialem Geist durchtränkte Wohlfahrtspflege von 1914 wurde dadurch zur gesellschaftlichen Pflicht umgestaltet. Zwei Zahlen aus den Haushaltsplänen beweisen am augenscheinlichsten, welchen Umfang gegenüber 1914 die Wohlfahrtspflege genommen hat. 1914 benötigte die im Armenamt zusammengefaßte Wohlfahrtsarbeit den Betrag von 150 145 M.; im Jahre 1926 beliefen sich dagegen die Ausgaben des Wohlfahrtsamtes (ausschließlich der für Rechnung des Reiches geleisteten Zusatzrenten) auf 896 000 RM. Darin sind die wesentlich gestiegenen Ausgaben für geschlossene Wohlfahrtspflege nicht einbegriffen.

Über die in den harten Kriegsjahren getätigte „Kriegswohlfahrtspflege" hinweg führte Deutschlands Leidensweg zur Inflation und damit zur „Kriegsfolgenhilfe". Diese spiegelt sich wieder in den buntscheckigen Fürsorgemaßnahmen für Kriegsverletzte und -Hinterbliebene, für Kleinrentner, Sozialrentner, Flüchtlinge, Verdrängte, Aufruhrbeschädigte und in der Wochenfürsorge, sowie in dem Unterbringungsgesetz für Schwererwerbsbeschränkte. Für all diese Maßnahmen stellten in der Hauptsache Reich und Staat die Mittel bereit, während die Durchführung den Gemeinden überlassen war. Das brachte verwaltungsmäßig ein starkes Nebeneinander- und Durcheinanderarbeiten mit sich. Diesem Übelstand wurde erst abgeholfen, als in der Stunde höchster Gefahr die Notenpresse stillgelegt werden mußte und das Reich durch die Fürsorgeverordnung vom 13. Februar 1924 mit Wirksamkeit vom 1. April 1924 die gesamte Wohlfahrtsarbeit den Gemeinden als Selbstverwaltungsangelegenheit überantwortete. Daß dabei die Gesundung der Reichsfinanzen auf Kosten der einzelnen Gemeinden

erfolgte, denen man für diese ungeheuren neuen Wohlfahrtslasten nur völlig unzulänglich fließende Steuerquellen erschloß, trifft in vollem Umfang auch für Liegnitz zu.

Die Neugestaltung der Wohlfahrtspflege, die gleichzeitig mit dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in Kraft trat, ließ sich in Liegnitz organisatorisch ohne allzu große Schwierigkeiten durchführen, weil der dafür notwendige Unterbau bereits vorhanden war. Schon in den ersten Zeiten der Kriegsfolgenhilfe lag die dezernatsmäßige Bearbeitung all dieser Maßnahmen in einer Hand. Daraus hatte sich von selbst das einheitlich gegliederte Wohlfahrtsamt entwickelt. In demselben ist die gesamte erzieherische, gesundheitliche und wirtschaftliche Fürsorgearbeit der Gemeinde vereint. Daneben hat das Amt aber auch das gedeihliche Zusammenarbeiten zwischen behördlicher und privater Wohlfahrtspflege sicherzustellen und zu pflegen.

Das Wohlfahrtsamt gliedert sich in das Fürsorgeamt (mit der Unterabteilung für Kriegsverletzte und -Hinterbliebene), in das Jugendamt und in die Außenfürsorge (einschließlich Stadtarzt und Schulzahnklinik). Über diesen drei Abteilungen steht die Zentrale. In letzterer fließt neben der Regelung des gesamten Geschäftsganges die Bearbeitung aller generellen Angelegenheiten (einschließlich derjenigen der sechs geschlossenen städtischen Wohlfahrtsanstalten) sowie der Personalangelegenheiten der im Wohlfahrtsamt tätigen Beamten und Angestellten zusammen. Eine nicht unwesentliche Aufgabe der Zentrale besteht in dem ständigen weiteren Ausbau der Organisation des Wohlfahrtsamtes und in der Pflege engster Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Organen.

Für die Durchführung der Wohlfahrtsarbeit ist die Stadt in 27 Bezirke geteilt. An der Spitze jedes einzelnen Bezirks steht ein Bezirksvorsteher, dem ein Stellvertreter und ein Beisitzer beigegeben sind. Die Zuweisung der Arbeiten an die Bezirksämter vollzieht sich in beweglicher, aus den jeweiligen Verhältnissen geborener Form. Die Mitarbeit der Bezirksämter ist vor allem durch Nachprüfung der Verhältnisse und durch das Vorschlagsrecht über die Höhe der Unterstützung gegeben.

Für die Erledigung aller grundsätzlichen Fragen ist für das Wohlfahrtsamt die Mitarbeit des Wohlfahrtsausschusses vorgesehen. Die Aufgaben des Jugendamtes bearbeitet ein besonderer Ausschuß. Daneben bestehen noch eine Reihe von Unterausschüssen.

Sowohl das Fürsorgeamt wie auch das Jugendamt sind in ihrer Arbeit abhängig von der Außenfürsorge. In dieser Abteilung sind alle die Kräfte zusammengefaßt, denen neben den ehrenamtlichen Helfern die Aufgabe zufällt, die Verbindung zwischen der Familie der Hilfsbedürftigen und der büromäßigen Bearbeitung der Notfälle herbeizuführen. Hierin liegt ein Wesensbestandteil der modernen Wohlfahrtspflege: die persönliche Betreuung der Hilfesuchenden, die heute unter keinen Umständen mehr entbehrt werden kann. In der Außenfürsorge sind unter Leitung der Stadtfürsorgerin sieben städtische Fürsorgerinnen tätig. Das Stadtgebiet ist in sieben Bezirke eingeteilt und in jedem eine Fürsorgerin in der gesamten Familienfürsorge tätig. Für die in den einzelnen Familien vorhandenen erzieherischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Notstände ist stets nur eine einzige Fürsorgerin zuständig, während unter dem System der Spezialfürsorge oft in einer einzigen Familie je nach der Art der Notlage mehrere Fürsorgerinnen gleichzeitig tätig sind. Die Zahl der von den Fürsorgerinnen zu leistenden Hausbesuche belief sich im Wirtschaftsjahre 1925 auf 6440, wovon rund die Hälfte für Zwecke des Fürsorgeamtes bzw. des Jugendamtes erfolgte.

Jede Fürsorgerin hat aber auch in den in ihren Bezirken vorhandenen Schulen wöchentlich ein bis zwei Sprechstunden für die Schulfürsorge abzuhalten und im übrigen den bei der schulärztlichen Untersuchung notwendigen Hilfsdienst zu leisten. Der ständigen Aufsicht der Fürsorgerinnen unterstehen weiter die Mündel- und Pflegekinder, deren Zahl sich auf etwa 1200 beläuft. Besonders stark in Anspruch genommen werden die Fürsorgerinnen durch ihre Mitarbeit in der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. In die Außenfürsorge ist auch die gesamte Schulfürsorge eingegliedert, deren ärztliche Leitung dem Stadtarzt zukommt. Letzterem ist eine Assistenzärztin beigegeben. Die schulärztliche Fürsorge umfaßt außerdem auch die zahnärztliche Betreuung der Schulkinder, wofür in der Außenfürsorge eine Schulzahnklinik besteht, in welcher ein hauptamtlicher Zahnarzt unter Mithilfe einer Schwester tätig ist.

Die Außenfürsorge darf also mit Recht und Fug als das Fundament der gesamten städtischen Gesundheitsfürsorge und als wesentlichster Faktor für die praktische Betätigung des Fürsorgeamtes und des Jugendamtes bezeichnet werden.

Das Arbeitsgebiet des Fürsorgeamtes umfaßt die wirtschaftliche und gesundheitliche Betreuung aller Hilfsbedürftigen einschließlich der Minderjährigen. Die geläufigste Form der Fürsorge ist die geldliche Hilfe in laufender oder einmaliger Gestalt. Für die Höhe dieser Unterstützungen sind gemäß gesetzlicher Vorschriften Unterstützungsrichtsätze normiert, die jedoch nicht schematisch zur Anwendung gelangen, sondern nach Zehnteln abgestuft je nach dem Grade der Hilfsbedürftigkeit gezahlt werden. Die Gesamtzahl der in laufender Fürsorge befindlichen Unterstützungsfälle (nicht Personen) schwankt zwischen 1600—1700, wozu sich noch die ganz erhebliche Zahl derjenigen Hilfsbedürftigen gesellt, deren Not nur vorübergehender Art ist und denen mit einer einmaligen Barunterstützung geholfen wird. Büromäßig vollzieht sich die Arbeit nach Buchstaben, aufgeteilt in fünf Expeditionen.

Neben Barunterstützungen werden, besonders im Winterhalbjahr, in erheblichem Ausmaß Zusatzunterstützungen in Gestalt von Naturalien (Holz, Kohle, Mehl, Fleisch, Brot) gewährt. Aber auch Bekleidung und Schuhwerk muß geliefert werden, da in langandauernden Notfällen die gewährten Barunterstützungen nicht ausreichen, um den eintretenden Verschleiß auszugleichen. Besonders stark ist in dieser Hinsicht die Inanspruchnahme zur Zeit der Schulentlassung. Ein erheblicher Teil der Sachleistungen besteht in der aus gesundheitlichen Beweggründen erfolgten Abgabe von Milch an Säuglinge, Kleinkinder, sowie werdende und stillende Mütter.

Die ärztliche Versorgung der Hilfsbedürftigen, für welche in der Vorkriegszeit der kommunale Armenarzt zuständig war, ist auf der Grundlage der freien Arztwahl sichergestellt. Außerdem werden auch Arzneien, Bruchbänder, Brillen usw. kostenlos auf Grund ärztlicher Verordnung verabreicht. Zahlreich sind die Fälle, in denen erkrankte Kinder oder Erwachsene in das Städtische Mütter- und Säuglingsheim sowie in das Krankenhaus aufgenommen werden müssen, welche die entstehenden Kosten nicht oder nur zum Teil zu decken in der Lage sind. Auch hier muß das Fürsorgeamt jährlich mit etwa 70 000 bis 80 000 RM. Kostenerstattung eintreten.

Die Bewahrung, Kur und Verpflegung hilfsbedürftiger Geisteskranker, Idioten, Epileptiker, Blinder, Taubstummer und Krüppel in geschlossenen Anstalten gehört zu den Pflichtaufgaben der Landesfürsorgeverbände. Zu den entstehenden Kosten hat jedoch das Fürsorge-

amt 50%, also jährlich etwa 70 000 RM. beizutragen. Die Unterbringung der Hilfsbedürftigen in diese Anstalten sowie in die Anstalten der Stadt gehört gleichfalls zu den Aufgaben des Fürsorgeamtes.

In der modernen Wohlfahrtspflege hat sich in den letzten Jahren immer mehr die Erkenntnis durchgerungen, daß ihr Wesensinhalt sich nicht erschöpfen darf nur in reiner Barunterstützung oder in Naturalleistungen und in den mißlichen Auseinandersetzungen über die Höhe solcher Zuwendungen im Einzelfall. Die neuzeitliche Fürsorge ist vielmehr auf Vorbeugen eingestellt, da gerade die letzten 10 Jahre gelehrt haben, wie unendlich viele materielle Opfer erspart geblieben wären, wenn in den verflossenen Zeiten der Leitsatz „Vorbeugen ist besser als Heilen" rechtzeitig erkannt und durchgeführt worden wäre. Deshalb widmet das Amt ganz besondere Aufmerksamkeit den gesundheitlichen Maßnahmen für die Kinder. Dies erfolgt einmal für die Kinder im frühesten Alter durch die seitens der Stadt finanziell geftützten Säuglings- und Mutterberatungsstellen, anschließend durch die schulärztliche Fürsorge für die Schulkinder, erweitert durch zahnärztliche Fürsorge. Darüber hinausgehend werden für die gesundheitlich gefährdeten oder aus gefährdeten Familien stammenden Kinder rechtzeitig Erholungskuren eingeleitet. Etwa 250 bis 300 Kinder werden alljährlich, zum Teil unter finanzieller Hilfe des Landeswohlfahrtsamtes, zu Erholungs- und Heilkuren in auswärtige Heime und Heilanstalten verschickt. Da es aber infolge der beschränkten Mittel nicht möglich ist, alle gefährdeten Kinder durch solche Maßnahmen gesundheitlich zu kräftigen und zu stärken, hat das Amt am Orte selbst Gesundheitsmaßnahmen eingerichtet, die in Schulspeisungen und in der Dienstbarmachung von Sonne, Licht und Luft bestehen und die als örtliche Erholungsfürsorge bezeichnet werden.

In Erfüllung der durch das Krüppelfürsorgegesetz vorgeschriebenen Aufgaben hat das Fürsorgeamt für durchschnittlich 70 bis 80 laufend behandlungsbedürftige Kinder besondere orthopädische Heilgymnastikkurse unter ärztlicher Aufsicht und Leitung durch entsprechend vorgebildete Lehrerinnen eingerichtet.

Die als Unterabteilung des Fürsorgeamtes bestehende Fürsorgestelle für Kriegsverletzte und -Hinterbliebene hat den Zweck, die soziale Fürsorge für die direkten Kriegsopfer und die diesen auf Grund der Versorgungsgesetze Gleichstehenden zu pflegen und durchzuführen. Da leider Rente und Zusatzrente in vielen Fällen nicht ausreichenden Schutz gegen die Not des Lebens gewähren, muß seitens dieser Fürsorgestelle öfters noch mit gemeindlichen Mitteln Wohlfahrtspflege getrieben werden. Dies äußert sich besonders in der ärztlichen Versorgung für die größtenteils nicht versicherten Kriegshinterbliebenen und deren Kinder. Im übrigen muß diese Dienststelle in unzähligen Fällen der Festsetzung, Erhöhung und Herabsetzung von Renten und in den sonstigen Streitfällen mit den Versorgungsbehörden diesen und den Kriegsopfern Rechtshilfe leisten. Eine erhebliche Belaftung dieser Stelle bedeutet die für Rechnung des Reiches zu leistenden Zahlungen der Zusatzrenten. An ca. 1500 Empfangsberechtigte wurden 1925 in monatlichen Beträgen über 522 000 RM. gezahlt.

Zu den Hauptaufgaben der Fürsorgestelle gehört jedoch die Unterbringung Schwerkriegsbeschädigter, Schwerunfallverletzter usw. auf Grund des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter. Diese Arbeitsbeschaffung stößt infolge Gesetzesunkenntnis sehr oft in den Kreisen der Arbeitgeber auf erhebliche Schwierigkeiten.

Dem Jugendamt, der zweiten Abteilung des Wohlfahrtsamtes, fällt die Aufgabe zu, die durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz den Gemeinden zugewiesenen Pflichten, soweit sie nicht in gesundheitlicher und materieller Hinsicht bereits durch das Fürsorgeamt bzw. die Außenfürsorge Durchführung gefunden haben, zu erfüllen. Ein Teil dieser Aufgaben, so die Jugendgerichtshilfe und Schutzaufsicht, ist auftragsweise privaten Wohlfahrtsorganisationen übertragen worden, während eine Reihe der sogenannten Kannaufgaben ebenfalls, wenn auch mit starker finanzieller Stützung seitens der Stadt, von privaten Organisationen geleistet werden.

Ein wesentlicher Bestandteil des Jugendamtes ist die Amtsvormundschaft. Durch sie sind 1925 allein 1253 Amtsvormundschaften bearbeitet worden. Die Beaufsichtigung der Mündelkinder erfolgte im allgemeinen durch die Fürsorgerinnen. Der Amtsvormundschaft ist auch eine Beratungsstelle für Vormünder, Pfleger und Beistände angegliedert.

Weitere Arbeitsgebiete des Jugendamtes sind das Haltekinderwesen, die Schutzaufsicht, die Fürsorgeerziehung und die Gemeindewaisenratsangelegenheiten. Insgesamt wurden 1925 300 Haltekinder durch die Fürsorgerinnen beaufsichtigt, während 90 Jugendliche unter förmlicher Schutzaufsicht standen. In 600 Fällen übt das Jugendamt formlose Schutzaufsicht aus, wobei es sich der Fürsorgerinnen und anderer privater Wohlfahrtsorganisationen bediente. Auf Betreiben des Jugendamtes wurden 12 Minderjährige in Fürsorgeerziehung untergebracht. Dem Vormundschaftsgericht konnten 119 Vormünder, 182 Pfleger und 11 Beistände vorgeschlagen werden.

Für die Gefährdetenfürsorge bedient sich das Jugendamt auch der Arbeit der beiden Sachbearbeiter der Stadtmission, wofür diese einen erheblichen Zuschuß zu den Personalkosten erstattet erhält.

Der geschlossenen Fürsorge dienen eine Reihe städtischer Anstalten, und zwar für die Aufnahme alt und siech gewordener Personen das städtische Alters- und Siechenheim mit einer durchschnittlichen Belegung von 90 bis 95 Personen und das Bürgerheim und Schnabelstift für etwa 47 in Einzelzimmern untergebrachte Pfleglinge. Weiter ist im städtischen Krankenhaus eine weibliche Siechenabteilung mit etwa 18 Pfleglingen eingerichtet. Den gleichen Zwecken dient das der Stadt gehörige, aber der Verwaltung eines besonderen Ausschusses unterstellte Mariannenstift, das gleichfalls mit städtischen Mitteln finanziert wird. In ihm finden durchschnittlich 29 aus den Kreisen der Sozial- und Kleinrentner stammende weibliche Hilfsbedürftige Unterkommen. Hilfsbedürftige Kranke, welche Anstaltspflege benötigen, werden in das städtische Krankenhaus aufgenommen.

Für uneheliche, elternlose oder verlassene Kinder, soweit sie nicht in Hauspflege unterzubringen sind, dient das in der Bitschenstraße befindliche, aus Stiftungsmitteln geschaffene, jetzt aber ausschließlich von der Stadt unterhaltene Kinderheim als Zufluchtsstätte. Dieses Heim besitzt neben einer Kleinkinderabteilung auch eine Lehrlingsabteilung. Etwa 70 bis 80 Kinder finden in ihm ihre Heimstatt. Der Förderung des Kleinkinderschutzes dient das in der Steinmetzstraße befindliche städtische Mütter- und Säuglingsheim, das sich einer sehr starken Belegung erfreut. Das Heim gilt gleichzeitig auch als Krankenabteilung für Säuglinge und Kleinkinder. Ihm sind auch eine Entbindungsstation und eine staatliche Pflegerinnenschule angegliedert. Die ärztliche Fürsorge liegt in den Händen der beamteten Stadtkinderärztin, der eine Assistenzärztin beigegeben ist.

Neben der behördlichen Wohlfahrtspflege steht die Arbeit der privaten Wohlfahrtsorganisationen. Das Wohlfahrtsamt pflegt mit ihnen engste Arbeitsgemeinschaft, was sich zum Teil ja auch aus der finanziellen Förderung seitens der Stadt ergibt. Die Geschäftsführung einiger privater Wohlfahrtseinrichtungen liegt im übrigen dem städtischen Wohlfahrtsamt ob. Das Zusammenarbeiten zwischen behördlicher und privater Wohlfahrtspflege ist stets ein äußerst harmonisches, getragen von dem Gefühl, daß das Arbeitsziel beider das gleiche ist: Wohlfahrtspflege durchtränkt von modernem Geist. In diesem Sinne ist ja auch die behördliche Wohlfahrtspflege nur ein Teil jener großen Summe gesundheitlicher, erzieherischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, die notwendig sind, um das wertvollste Staatskapital, die Menschenkraft, zu erhalten und zu fördern durch Vorbeugen, Heilen und Versorgen. Nur hierdurch wird es uns gelingen, ein Menschengeschlecht heranreifen zu lassen, das imstande ist, Qualitätsarbeit zu leisten, die allein das deutsche Volk in der Weltwirtschaft konkurrenzfähig zu erhalten vermag, wodurch wir aber auch den Wiederaufbau unseres Vaterlandes und seine Zukunft sicherstellen.

Kirchliche und private Wohlfahrtspflege

Von Stadtfürsorgerin B e ck.

Während die behördliche Wohlfahrtspflege sich erst im letzten Jahrzehnt zu ihrer heutigen Form entwickelt hat, finden sich die Anfänge zur kirchlichen und privaten Wohlfahrtspflege schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Die bis dahin geübte Mildtätigkeit, die gab, wo Not war, konnte die hauptsächlich durch die schnelle Entwicklung der Industrie hervorgerufenen wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sittlichen Notstände nicht zurückdämmen. An ihre Stelle trat daher, aus der Erkenntnis heraus, daß es besser ist, Schäden zu verhüten als zu heilen, die vorsorgende Wohlfahrtspflege. Dieser Gedanke der Vorsorge ist heute in jedem sozialen Gesetz verankert, und es ist das Verdienst der freien Wohlfahrtspflege, daß sie außer der mächtigen Entwicklung zu Bundesgenossen der amtlichen Wohlfahrtspflege, die sie als Kirche oder Verein oder Einzelpersönlichkeit selbst genommen hat, nach vielem Kampf und mühevoller Aufklärungsarbeit die gesetzliche Regelung auf fast allen sozialen Gebieten herbeigeführt hat.

Auch in Liegnitz haben wir Einrichtungen, deren Gründung schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts erfolgt ist. Heute sind beinahe alle Vereinigungen und Anstalten, soweit sie nicht einer Kirche bzw. der Inneren Mission oder dem Caritasverband zugehören, gleichartigen Reichs- oder Landesorganisationen zur Sicherstellung einer dauernd im Fortschritt bleibenden, einheitlichen Bearbeitung und zur Durchführung eines wirtschaftlichen Ausgleichs eingegliedert.

Die Zusammenarbeit der amtlichen, kirchlichen und privaten Wohlfahrtspflege ist durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und die Verordnung über die Fürsorgepflicht geregelt. Diese bestimmen das städtische Wohlfahrtsamt zum Mittelpunkt der öffentlichen Wohlfahrtspflege und zum Bindeglied zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege, das darauf hinzuwirken hat, daß beide sich zweckmäßig ergänzen unter Wahrung der Selbständigkeit beider. Es besteht daher beim städtischen Wohlfahrtsamt der W o h l f a h r t s a u s s c h u ß und der J u g e n d a m t s a u s s c h u ß, die aus Vertretern der städtischen Körperschaften und der kirchlichen und anderen Organisationen zusammengesetzt sind und wichtige und grundsätzliche Fragen gemeinsam beraten.

Die freie Wohlfahrtspflege entlastet die behördliche auf fast allen Gebieten. Sie hat ihr durch Einrichtung von 3 Krippen, 11 Kindergärten, 5 Horten die Sorge für viele Kinder, die wegen der Erwerbstätigkeit ihrer Eltern oder Mütter des Tags über untergebracht werden müssen, abgenommen. In 2 Kinderheimen können Kinder für dauernd untergebracht werden. Ein großer Teil der Gefährdeten- und Wandererfürsorge, die Soziale Gerichts- und Jugendgerichtshilfe, die Frauenfürsorge bei der Sittenpolizei, die Trinker-, Blinden- und Taubstummenfürsorge, soweit sie nicht Anstaltspflege umfaßt, die Tuberkulosenfürsorge für Schulentlassene und Erwachsene und die Geschlechtskrankenfürsorge werden ausschließlich von der freien Wohlfahrtspflege durchgeführt. Dazu kommt die Mitarbeit in der Säuglingsfürsorge

und die Hilfe bei der Armenfürsorge, bei der Pflege der Alten, Kranken und Siechen, die gegebenenfalls auch in einem der zwei konfessionellen Krankenhäuser oder in einem der vier privaten Alters- und Siechenheime untergebracht werden können. Wenn auch die Stadt zu den meisten dieser Einrichtungen mehr oder weniger geldliche Zuschüsse oder sonstige Vergünstigungen gibt, stehen diese nicht im Vergleich zu dem hohen wirtschaftlichen und ideellen Nutzen, der ihr dadurch, daß viele Kräfte ihr indirekt freiwillig dienen und die Verantwortung mittragen helfen, erwächst.

Die Kirchen, die durch die engen Beziehungen zu ihren Gemeinden sich am ehesten mit den Nöten ihrer Mitglieder befassen müssen, üben Wohlfahrtspflege auf fast allen Gebieten. Sie haben hier Zentralstellen geschaffen, die ihre Arbeit zusammenfassen und zugleich den Zweck haben, auf allen Gebieten anregend zu wirken. Die Mittelstelle für die evangelische Kirche ist der Evangelische Wohlfahrtsdienst mit seiner Geschäftsstelle Schützenstraße 30 und für die katholische Kirche der Caritasverband mit der Geschäftsstelle Kohlmarkt 25.

Es ist für Liegnitz und die evangelische Kirche bedeutungsvoll, daß die Zusammenfassung der Bestrebungen der Inneren Mission in Schlesien zu einem „Provinzialverein für Innere Mission" im Jahre 1863 in Liegnitz erfolgte, und daß hier, bis zur Übersiedlung nach Breslau im Jahre 1926, der Mittelpunkt der Tätigkeit des Vereins lag. Von den Einrichtungen, die hier selbst geschaffen worden sind, verdienen in erster Linie die Anstalten in der Marthastraße Beachtung. Als erste wurde dort das Marthaheim gegründet, das 80 Mädchen zur Ausbildung im Haushalt und in der Kinderpflege aufnehmen kann und bald durch Einrichtung einer Krippe, eines Kindergartens und eines Horts für Schulkinder erweitert worden ist. Benachbart liegen das Schlegelstift, ein Feierabendhaus für ungefähr 30 erwerbsunfähige Frauen und Hausgehilfen, und das Marienheim mit 40 Plätzen für pflegebedürftige alte oder sieche Frauen. In dem letzteren ist auch die Gemeindeschwesternstation untergebracht worden. Nicht weit davon in der Scheibestraße liegt das mit allen Erfordernissen der Neuzeit ausgestattete Ev. Diakonissen-Krankenhaus Bethanien. Für im Erwerbsleben stehende Frauen und Mädchen hat die Kirchlich-Soziale Frauengruppe in der Jauerstraße 7 das Gustav-Winkler-Heim eingerichtet, das 17 Personen aufnehmen kann. Weiter sind Einrichtungen der Inneren Mission das Evangelische Frauenstift für Schlesien, Albrechtstraße 13, das 27 Damen freie Wohnung und andere Vergünstigungen bietet, ein kleines Altersheim, das Haasestift, Breslauer Straße 70, für pflegebedürftige Leute aus dem Mittelstand, und das Cannabäusstift, Rudolfstraße 30, das ursprünglich Pastorenwitwen und -töchtern unentgeltliche Wohnung bieten sollte, jetzt aber infolge der Zeitverhältnisse bis auf einen Platz anderweitig vermietet werden mußte. Die Einrichtungen für die Kleinkinderfürsorge sind über die ganze Stadt verteilt. Außer den schon genannten Einrichtungen im Marthaheim ist für den Norden der Stadt die Kleinkinderschule am Töpferberg jetzt schon über 50 Jahre im Betrieb und erfreut sich bei der Bevölkerung großer Beliebtheit. Der Stadtteil jenseits der Katzbach mit der Carthause ist besonders gut versorgt. Hier unterhält die Frauenhilfe der Kaiser-Friedrich-Gedächtnisgemeinde drei Kindergärten, am Steinweg 19, in der Breslauer Straße 236 und in der Gerichtsstraße 11. Für den letzteren ist bereits in der Immelmannstraße ein neues Heim mitten in einem großen Garten im Entstehen begriffen, das auch

Krabbelkinder und Schulkinder aufnehmen soll. Diese Einrichtungen der geschlossenen und halboffenen Fürsorge werden wirkungsvoll durch die Tätigkeit der Wohlfahrtsvereine und der hauptamtlichen Berufsarbeiter der Inneren Mission ergänzt. Die Armenpflege wird hauptsächlich durch die Frauen- und Gemeindehilfen der einzelnen Kirchgemeinden und die Stadtmission ausgeübt. Für die notleidenden oder obdachlosen durchreisenden Familien, insbesondere die Kinder und die Frauen, sorgt die Bahnhofsmission, die abwechselnd mit dem Caritasverband auf dem Bahnhof ihren Dienst ausübt. Sie steht in enger Zusammenarbeit mit dem „Verein der Freundinnen junger Mädchen", der verhüten will, daß unerfahrene junge Mädchen in schlechte Gesellschaft und auf Abwege geraten, und ihnen deshalb mit Rat oder durch Unterbringung in geeignete Stellen zur Hand geht. Auf dem schwierigen Gebiet der Gefährdeten-Fürsorge, der Wanderer-, Gefangenen- und Trinkerfürsorge und in der Frauenfürsorge bei der Sittenpolizei arbeiten der Stadtmissionar und die Stadtmissionarin. Eine Wanderer-Arbeitsstätte mit einer Herberge und Entlaufungsanstalt wird demnächst in der Haagstraße 3 eröffnet. Ein Heim für durchreisende Handwerker bietet die Herberge zur Heimat im Evangelischen Vereinshaus. Ein neues reiches Arbeitsfeld hat sich durch die Einrichtung der Sozialen Gerichtshilfe ergeben, mit deren Durchführung die Geschäftsstelle des Evangelischen Wohlfahrtsdienstes betraut ist, und deren Hauptaufgabe es ist, den Gerichten bzw. den Richtern mit eingehenden Ermittlungen in der Sache des Angeklagten behilflich zu sein und, falls eine Strafaussetzung für ihn in Frage kommt, die Schutzaufsicht zu übernehmen.

In der katholischen Kirche wird die Wohlfahrtspflege ähnlich durchgeführt. Sie hat ebenfalls ein eigenes großes Krankenhaus, das St. Georgskrankenhaus der Grauen Schwestern in der Mauerstraße, in dem auch eine Siechenabteilung untergebracht ist, und das außerdem die Schwestern für die Gemeindepflege stellt. Hilfsbedürftige und heimatlose Kinder bis zur Schulentlassung nimmt das St. Bennostift in der Zimmerstraße auf, das jetzt über 60 Plätze verfügt. Der Anstalt ist eine Krippe und ein Kindergarten angeschlossen, der Hort mußte wegen Raummangels aufgegeben werden. Die übrigen Kinderfürsorgeeinrichtungen sind im Mittelpunkt der Stadt gelegen, ein großer Kindergarten beim St. Georgskrankenhaus der Grauen Schwestern, ein Hort in der Ritterschule und als größte das Herz-Jesu-Kinderheim am Kohlmarkt, das einen Kindergarten, einen Hort und ein kleines Erholungsheim in Rüstern mit 20 Plätzen umfaßt. Da die Kinder dieses Heims meistens aus den sehr schlechten Wohnverhältnissen der inneren Stadt kommen, wird durch den mehrwöchigen Landaufenthalt, dem alle Heimkinder im Laufe des Jahres zugeführt werden können, am besten allen gesundheitlichen Gefahren gesteuert. Auch der Caritasverband hat ein reiches Arbeitsfeld auf dem Gebiet der Gefährdeten- und Wandererfürsorge, der Gefangenen- und Trinkerfürsorge und der Sozialen Gerichtshilfe. Er besitzt schon seit langer Zeit eine Holzspalteanstalt am Kohlmarkt, in der sich die Wanderer ein Reisezehrgeld verdienen können. Wandernden Handwerksburschen bietet das katholische Gesellenheim Unterkunft. Für die Bahnhofsmission steht ein kleines Übernachtungsheim in der Zimmerstraße zur Verfügung. Eine andere Einrichtung ist die Nähstube, in der gespendete Sachen wieder instand gesetzt und neue Sachen angefertigt werden können. Die Betreu-

ung der Armen erfolgt hauptsächlich durch den Hedwigsverein, den Vincenzverein und die Drittordensgemeinde.

Bei der jüdischen Gemeinde ist es der Israelitische Frauenverein, der in Notfällen mit Rat und Unterstützung eingreift. Der Verein Chebra Kadischa macht es sich zur Aufgabe, die in seinem Gemeindebezirk wohnenden israelitischen Glaubensgenossen in Krankheitsfällen zu besuchen, helfend beizustehen und alle Toten in gleichmäßiger Weise zu beerdigen. Seit Jahren strebt der „Verein Israelitisches Altersheim" danach, für arbeitsunfähige Gemeindemitglieder ein Heim einzurichten, doch hat er bisher nur in schöner Lage gegenüber dem Stadtpark ein Grundstück erwerben können.

Eine der jüngsten Organisationen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege ist der Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt, der hier seit dem Jahre 1921 besteht und interkonfessionell eingestellt ist. Sein Arbeitsfeld ist, wenn auch noch nicht so ausgedehnt, doch mannigfaltig. Überall, wo ihm Not bekannt wird, setzt er mit Hilfe ein oder vermittelt solche. Eine von ihm eingerichtete Nähstube versetzt ihn in die Lage, Hilfsbedürftige mit Kleidungsstücken zu versorgen. Hauptsächlich werden zur Schulentlassung kommende Kinder mit Berufskleidung ausgestattet. In der Gefährdetenfürsorge ist die Arbeiterwohlfahrt tätig, indem sie dem Verband zum Schutze der gefährdeten Jugend Helfer stellt. Auch gesundheitlich gefährdeten Kindern widmet sie ihre Aufmerksamkeit und Fürsorge. Dazu hat sie im Volkshaus eine ärztlich geleitete Beratungsstelle eingerichtet, in der hauptsächlich größere Kleinkinder und Schulkinder betreut werden.

Einer der ältesten Vereine ist der Städtische Frauenverein, dessen Anfänge bis in die Befreiungskriege zurückreichen und der im Jahre 1839 unter der Gattin des damaligen Regierungspräsidenten zu einer dauernden Einrichtung ausgestaltet wurde. Seine Mitglieder wirkten damals, als sogenannte Vorsteherinnen auf die einzelnen Stadtbezirke verteilt, in der öffentlichen Armenpflege mit. Sein Aufgabenkreis wurde im Jahre 1882 durch die Übernahme der Waisen- und Kostkinderaufsicht erweitert, die dann im Jahre 1912 nach Einführung der städtischen Berufsvormundschaft den amtlichen Fürsorgerinnen übertragen wurde, während die Armenfürsorge erst in der Nachkriegszeit an die amtlichen Kräfte überging. Als Schöpfung der ersten Zeit besteht heute noch der 1840 im Schloß eingerichtete Kindergarten. Auch die vom Verein unterhaltene Volksküche, die jetzt in einem Nebenbau des Schlosses untergebracht ist, bestand damals schon, war aber zwischendurch außer Betrieb gesetzt und ihre Räume zur Erweiterung des Kindergartens genommen worden. Heute ist ihr Hauptabnehmer das städtische Wohlfahrtsamt, das an Bedürftige dort Essen verabreichen läßt und die Küche mit der Herstellung einer besonders kräftigen Kost für die Schulspeisung und die örtliche Erholungsfürsorge betraut hat. Die Säuglingsfürsorge wird durch Abgabe von Kakao, Säuglingswäsche und Bettwäsche an Wöchnerinnen gefördert, denen diese Sachen durch die städtische Fürsorgerinnen vermittelt werden.

Am besten ist der Bevölkerung der Vaterländische Frauenverein bekannt, der 1866 zur Unterstützung der Truppen gebildet worden war, aber in Friedenszeiten sich hauptsächlich der Kinderfürsorge zuwandte. Ebenso wie der Städtische Frauenverein, war er jahrelang in der städtischen Armen- und Waisenpflege tätig. Im Jahre 1873 gründete er auf der Haynauer Straße eine Kleinkinderschule, die heute noch besteht, inzwischen aber in einem der Häuser der früheren Idiotenanstalt ein neuzeitlich eingerichtetes Heim erhalten hat. Im

Jahre 1905 eröffnete er in der Feldstraße das Auguste-Viktoria-Kinderheim, das ungefähr 60 Waisen und gefährdete Kinder aufnehmen kann. In einer später eingerichteten Krippe und einem Kindergarten können nun auch Säuglinge und Kleinkinder tagsüber untergebracht werden. Seit 1912 ist ein Hort für Schulkinder dem Heim angegliedert. Das größte Verdienst hat sich der Verein durch Einrichtung der Säuglingsfürsorgestellen erworben, deren erste 1907 im Auguste-Viktoria-Heim errichtet wurde. Durch die guten Erfolge ermutigt, wurde mit Hilfe eines vom Magistrat eingesetzten Ausschusses eine zweite Fürsorgestelle im Marthaheim für die Oberstadt eingerichtet, die späterhin wegen des großen Zuspruches in die größeren Erdgeschoßräume der alten Petrischule und von da 1925 in die Außenfürsorgestelle des städtischen Wohlfahrtsamtes verlegt wurde. Weitere Fürsorgestellen bestehen jetzt für den Westen beim städtischen Mütter- und Säuglingsheim und für den Norden der Stadt in den Räumen des Töpferberg-Kindergartens. In allen Stellen, die inzwischen auch die Fürsorge für das Kleinkind übernommen haben, und denen auch die ärztliche Aufsicht über Pflege- und Mündelkinder übertragen worden ist, wirken die städtischen Fürsorgerinnen mit. In den letzten Jahren hat sich der Verein einem noch ziemlich neuen Gebiet der Wohlfahrtspflege, der sozialen Krankenhausfürsorge, zugewandt. Diese will, wo notwendig, den Kranken durch Abnahme ihrer Sorgen für die Familie oder für den Beruf oder durch Vermittlung von Lesestoff das Dasein erleichtern und dadurch den Krankheitsverlauf günstig beeinflussen. Es arbeiten die Helferinnen im städtischen Krankenhaus und in Bethanien.

Der Verein für Fraueninteressen hat als erster hier in Liegnitz Horte und Lesestuben für Schulkinder eingerichtet, die aber, trotzdem sie namentlich für die innere Stadt dringend notwendig waren, bis auf den Hort in der Ritterschule eingegangen sind.

Außer den vorgenannten Verbänden, die innerhalb ihres Aufgabenkreises mehr oder weniger verschiedene Gebiete der Wohlfahrtspflege umfassen, wirken noch andere, die eine bestimmt abgegrenzte Aufgabe zu erfüllen streben, die außer der sozialethischen Einstellung oft auch besondere persönliche Eignung und eine gewisse Sachkenntnis erfordern. Auf dem Gebiet der Jugend- und Gefährdetenfürsorge ist es der Verband zum Schutze der gefährdeten Jugend, der jetzt bald 15 Jahre mit einer großen Helferschar seine schwierige und verantwortungsvolle Tätigkeit ausübt. Zu seinen Aufgaben gehört die Betreuung der gefährdeten, verwahrlosten oder straffälligen Kinder und Jugendlichen durch Vermittlung von Schutzaufsichten oder Herausnahme aus der gefahrbringenden Umgebung und Unterbringung in anderen Familien oder Heime. Außerdem hat ihm das städtische Jugendamt die Jugendgerichtshilfe und die Durchführung der gerichtlich angeordneten Schutzaufsichten übertragen.

Eine ebenso schwierige Aufgabe hat sich der Fürsorgeverein für Gefangene gestellt, der, wo es nottut, versucht, für die Gefangenen wieder Beziehungen zu ihren Familien anzuknüpfen, damit sie nach der Entlassung einen Rückhalt haben, oder ihnen bei der Arbeitsbeschaffung hilft. Es ist dies heutzutage, wo so viel tüchtige Kräfte aus Arbeitsmangel brachliegen müssen, ganz besonders schwer.

Die breite Masse der Bevölkerung als Helfer hat sich der Verein zur Versorgung Armer mit Brennmaterial auserkoren, der schon seit 1840 besteht und seither all-

jährlich zu Beginn des Winters, Weihnachtsstimmung und Witterung bei der Werbung sich zunutze machend, Gaben für Bedürftige sammelt und verteilt.

Häufige Ursachen von wirtschaftlicher, leiblicher und seelischer Not sind die als Volkskrankheiten bezeichneten Geschlechtskrankheiten und die Tuberkulose, deren verheerende Auswirkungen für den Kranken selbst und für seine Umgebung oder auch für die kommenden Generationen oft noch nicht genügend bekannt und in ihren Anfängen bekämpft werden. Den Kampf gegen diese Krankheiten haben der Zweigverein Liegnitz der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Niederschlesische Provinzialverein zur Bekämpfung der Tuberkulose mit seinem Liegnitzer Ortsausschuß aufgenommen, die beide das gleiche Ziel verfolgen, nämlich die Bevölkerung im Sinne vorbeugender Fürsorge aufzuklären, zu beraten und hieraus sich als notwendig zeigende Maßnahmen einzuleiten.

Einen großen Teil der Hilfsbedürftigen stellten in früheren Zeiten die Blinden und Taubstummen, deren Zahl jetzt einesteils durch die stetigen Fortschritte in der medizinischen Wissenschaft, anderenteils aber durch die öffentliche und private Gesundheitsfürsorge für das Kind ständig abnimmt. Dennoch von diesen Leiden Befallenen läßt die Provinz eine gründliche Schul- und Berufsausbildung angedeihen. Trotz aller dieser Maßnahmen wären diese Menschen, ohne weiteres in die Volksgemeinschaft hineingestellt, hilflos, wenn sich nicht Vereine gebildet hätten, die, wo es nötig ist, ihre Belange vertreten, ihnen Arbeitsplätze, Arbeitsmaterial oder Absatzmöglichkeiten verschaffen oder ihnen kulturelles und kirchliches Leben vermitteln. Für die Blinden sorgt der Blindenverein für Liegnitz und Umgebung, der der niederschlesischen Blindenarbeitsgemeinschaft angegliedert ist, während sich der Verein zur Fürsorge für hilfsbedürftige Taubstumme der Tauben und Taubstummen annimmt.

Die mit der Bekämpfung der Trunksucht sich befassenden ca. 30 Vereine sind zu einer Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Alkoholschäden zusammengefaßt, die durch Aufklärung in Wort und Schrift diese Volksseuche und ihre Auswirkungen herabzumindern suchen. Zu ihrer Unterstützung ist im Dezember 1925 durch das städtische Wohlfahrtsamt wieder eine Beratungsstelle für Alkoholkranke, jetzt in der Haagstraße 3, ins Leben gerufen worden. Desgleichen sucht man durch günstig über die Stadt verteilte alkoholfreie Trinkhallen den Alkoholgenuß einzuschränken.

Als wichtiges Gebiet in die kirchliche und private Wohlfahrtspflege hineingeflochten — vielleicht als das wichtigste — ist die Jugendpflege, welche hier in ungefähr 60 Vereinen, die in dem Ortsausschuß für Jugendpflege zusammengefaßt sind, ausgeübt wird. Es kann im Rahmen dieses Berichts nicht weiter darauf eingegangen werden, doch soll hervorgehoben werden, daß ihre Bedeutung für die Wohlfahrtspflege darin liegt, daß sie durch ihr Streben nach einem vollkommeneren Menschen die Jugend nicht nur vor Not bewahrt, sondern auch zur Bekämpfung der Not einsetzen kann.

Die Gesundheitsfürsorge in der Stadt Liegnitz

Von Stadtarzt Dr. med. Müller.

Im Rahmen der gesamten öffentlichen und privaten Wohlfahrtsarbeit in der Stadt Liegnitz nimmt heute die Gesundheitsfürsorge eine ganz besondere Stellung ein, weil sie, ausgehend vom Grundsatz rechtzeitiger Erfassung aller gesundheitlich Hilfsbedürftigen, sich nicht beschränkt auf die Bekämpfung entstandener Krankheiten, sondern übergeht zur Verhütung drohender Störungen des allgemeinen Gesundheits- und Kräftezustands. Dies geschieht durch Einbeziehung der gesamten durch ihre soziale Lage irgendwie gefährdeten Bevölkerungsschichten, insbesondere der Jugend, in dauernde ärztliche Beobachtung unter Benutzung planmäßiger Methoden der Werbung und Erfassung zur Feststellung der Krankheitsanlagen und Krankheitsanfänge und zur Vermittlung rechtzeitiger, möglichst vorbeugender Behandlung, sowie durch hygienische Aufklärung, Beratung und Erziehung durch die Organe der öffentlichen und privaten Gesundheitsfürsorge.

Während es sich bei Bekämpfung der Volkskrankheiten um Kampf und Vorbeugung gegen anormale Zustände handelt, hat es die gesundheitliche Jugendfürsorge eigentlich mit einem Normalzustand zu tun, der aber wegen seiner Zartheit und wegen des Mangels eigener Beurteilungs- und Hilfsfähigkeit bei der Jugend besonders gefährdet ist und zur Vermeidung dauernder Störungen (oder gar des früheren Todes) besonderer Fürsorge bedarf. Diese kann nicht früh genug einsetzen.

Gesundheitliche Jugendfürsorge wird deshalb in Liegnitz schon dem ungeborenen Kinde zuteil durch die städtische Schwangerenfürsorge, welche allwöchentlich in öffentlichen Beratungsstunden durch Ärztin und Hebamme mancher Not werdender Mütter steuert und für hilfsbedürftige, insbesondere obdachlose, eheliche und uneheliche Schwangere Unterkunft im städtischen Mütter- und Säuglingsheim vermittelt, soweit nicht durch nachgehende Familienfürsorge anderweitig geholfen werden kann.

Das Heim, eine modern sanitäre Wohlfahrtsanstalt der Stadtgemeinde, beherbergt aber außer den Schwangeren-, Entbindungs- und Wöchnerinnen-Stationen, wo als erfahrene Hebamme die Oberschwester tätig ist, auch noch die Stationen für die geschlossene Säuglingsfürsorge und steht deshalb schon seit seiner Gründung im Jahre 1920 unter Leitung der beamteten Stadtkinderärztin, die mit der ihr beigegebenen Assistenzärztin auch in der offenen Säuglingsfürsorge tätig ist.

Die Sicherung mütterlicher Pflege für das neugeborene Kind führt zur nächsten Stufe der Jugendgesundheitsfürsorge, zur Wochenfürsorge, die mit wohlfahrtspflegerischen Maßnahmen da einsetzt, wo die Wochenhilfe als sozialpolitische Leistung der Krankenkassen fehlt. Um solche Hilfsbedürftigkeit festzustellen und alle Notfälle rechtzeitig zu erfassen, wird jede Geburt sofort vom Standesamt der Außenfürsorgestelle des städtischen Wohlfahrtsamtes gemeldet, worauf in den meisten Fällen ein Hausbesuch durch die zuständige städtische Bezirks-

fürsorgerin stattfindet, die dann auf Grund ihrer Feststellungen alles Weitere veranlaßt bei öffentlichen und privaten Wohlfahrtsstellen.

Außerdem erhält aber noch jede Familie sofort nach der Geburt eines Kindes von der Stadt eine Glückwunschkarte mit der Einladung zum Besuch der ärztlichen Mütterberatung. Diese Sprechstunden bestehen jetzt in Liegnitz gerade 20 Jahre und sind eine Gründung des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz, die mit öffentlicher Unterstützung besonders während der Kriegsjahre planmäßig ausgebaut wurde und wesentlich zur Verminderung der Säuglingssterblichkeit beigetragen hat. Diese betrug 1900 32%, 1910 23%, 1920 14% und 1925 10,5% der Geburtenziffer. Seit 1912 sind städtische Fürsorgerinnen in den Mütterberatungsstellen tätig.

Heute ist die offene Säuglingsfürsorge in Liegnitz halbamtlich aufgezogen durch das städtische Wohlfahrtsamt mit dem Vaterländischen Frauenverein vom Roten Kreuz, und an vier verschiedenen Beratungsstellen finden wöchentlich im ganzen an sechs Nachmittagen fachärztliche Untersuchung und Beratung statt. Auf diese Weise werden jährlich etwa 800 Kinder, also über 50% der jeweiligen Geburtenziffer, fortlaufend ärztlich überwacht. Die Hauptaufgabe der Säuglingsfürsorgestellen ist hier die Beaufsichtigung gesunder Kinder (besonders aller Mündel und Pflegekinder), indem durch Überwachung und Beratung die Mütter und Pflegemütter so beeinflußt werden, daß jedes einzelne Kind möglichst lange Brustnahrung bekommt und, falls dies nicht mehr möglich, dann nach vernünftigen Gesichtspunkten ernährt wird. Freilich werden viele Kinder erst dann zur Fürsorgestelle gebracht, wenn irgend etwas mit ihnen nicht in Ordnung ist, wenn die Kinder nicht gedeihen. In solchen Fällen wird an der einfachen Beratung nur festgehalten, wenn es sich um leichtere Störungen handelt, die durch einfache diätetische und pflegerische Ratschläge zu beheben sind. In den Beratungsstellen wird aber grundsätzlich nicht behandelt, vielmehr werden alle bei der ärztlichen Untersuchung als krank befundenen Kinder ausgeschieden und zur ärztlichen Behandlung an die zuständige Stelle überwiesen. In den Säuglingsfürsorgestellen werden an stillende Mütter Kakao und Grieß als Stillprämien, sowie an bedürftige regelmäßige Besucher Marken zum Bezug von Freimilch verabreicht. Auf ärztliche Verordnung wird von der Säuglingsfürsorge außer der Bestrahlung mit künstlicher Höhensonne bei Bedarf die Belieferung mit Säuglings- und Heilnahrung aus der städtischen Milchküche, mit Lebertran und Stärkungsmitteln vom städtischen Wohlfahrtsamt, sowie für Bedürftige die Beschaffung von Säuglings- und Bettwäsche durch den städtischen Frauenverein vermittelt. Außerdem stellen konfessionelle Wohlfahrtsorganisationen leihweise sogenannte Mütterkörbe mit Säuglingswäsche zur Verfügung, so daß eigentlich jeder Not gesteuert werden kann. Durch die Anwesenheit der städtischen Familienfürsorgerin bei den ärztlichen Beratungsstunden ist ein Ineinandergreifen aller öffentlichen und privaten Fürsorgemaßnahmen gesichert. Die Wirksamkeit der Säuglingsfürsorgestellen selbst wird aber noch ergänzt durch die planmäßigen Hausbesuche der städtischen Fürsorgerinnen.

Zur vorübergehenden Aufnahme von Kindern erwerbstätiger Mütter sind mehrere private Anstalten der halboffenen Säuglingsfürsorge vorhanden. Diese sogenannten Tageskrippen, die nur zur Bewahrung und Verpflegung gesunder Kinder während der Arbeitszeit der Mutter dienen, stehen alle unter ärztlicher Aufsicht. Zur Unterbringung unterkunftsloser und zur klinischen Behandlung kranker Säuglinge dient als mustergültige

Anstalt der geschlossenen Säuglingsfürsorge das städtische Mütter- und Säuglingsheim unter der Leitung der Stadtkinderärztin. Es hat insgesamt 70 Betten für Säuglinge und je eine besondere Aufnahme-, Pflege-, Kranken- und Isolier-Station.

Jenseits des Säuglingsalters, aber noch vor der Schulpflicht, ist die Durchführung einer planmäßigen Gesundheitsfürsorge wesentlich schwieriger als vorher und nachher, weil die Kinder in diesem Alter viel schwerer erfaßt werden können. Die offene Kleinkinderfürsorge wird deshalb in Liegnitz in unmittelbarer Verbindung mit der Säuglingsfürsorge durchgeführt, an denselben Stellen und von denselben Organen. Dazu kommt aber noch eine planmäßige Erfassung durch periodische Reihenuntersuchungen in den privaten Anstalten der halboffenen Kleinkinderfürsorge, den Kindergärten, die ebenso wie die Krippen sämtlich unter ärztlicher Aufsicht stehen. Auf besondere ärztliche Verordnung steht dem Kleinkind Milch, Lebertran, Höhensonne und Erholungsfürsorge genau wie dem Schulkind zur Verfügung. Zur Dauerunterbringung unterkunftsloser und gefährdeter Kinder in geschlossener Fürsorge dient die besondere Kleinkinderstation im städtischen Kinderheim in der Bitschenstraße, das unter der ärztlichen Leitung der Stadtkinderärztin steht, während die privaten Kinderheime eigene Hausärzte haben.

Mit dem Eintritt ins sechste Lebensjahr ist endlich die Stufe erreicht, in der jedes einzelne Kind, wenn auch zunächst zu ganz anderen als gesundheitsfürsorgerischen Zwecken, persönlich erfaßt wird, nämlich durch die allgemeine Schulpflicht. Schon die bei der gesetzlich vorgeschriebenen Anmeldung zur Schule von Eltern oder Schulleitern geäußerten Zweifel an der Schulfähigkeit einzelner Kinder führen zur schulärztlichen Untersuchung, Begutachtung und Vermittlung von Gesundheit und Entwicklung fördernden öffentlichen Fürsorgemaßnahmen. Die Untersuchung aller als schulpflichtig angemeldeten Kinder schon vor dem ersten Schultag wird zwar erstrebt, ist aber bis jetzt praktisch noch nicht durchführbar. Dafür beginnt schon gleich nach Schulanfang die amtliche Reihenuntersuchung aller Lernanfänger mit ausführlichem Eintrag der Untersuchungsbefunde auf dem Schulgesundheitsschein, der jedes einzelne Kind dann von Klasse zu Klasse bis zur Fortbildungsschule begleitet. Auf diesem Formular werden auch die alljährlich zweimal in der Schule festgestellten Zahlen von Körperlänge und Gewicht im Frühjahr und Herbst eingetragen, und so entsteht in Verbindung mit den weiter aufgeführten ärztlichen Untersuchungsbefunden und Verordnungen, Krankheiten und Fürsorgemaßnahmen auf jedem einzelnen Blatt ein deutliches Bild von der Entwicklung und vom jeweiligen Zustand des betreffenden Kindes. Planmäßige Reihenuntersuchungen sämtlicher Schulkinder finden in jedem Jahre statt, außer bei den Lernanfängern, den 5—6jährigen, auch bei der Mittelstufe, den 9—10jährigen, und zur Berufsberatung der 13—14jährigen, so daß jedes einzelne Kind mindestens alle vier Jahre einmal untersucht wird, auch wenn es ganz gesund und normal entwickelt ist. Die bei diesen Reihenuntersuchungen als besonders schwächlich oder gar krank befundenen Kinder werden an Hand einer besonderen Überwachungskartei zu mehr oder weniger häufigen Nachuntersuchungen nachmittags in die schulärztlichen Sprechstunden bestellt. Außerdem wird von jeder städtischen Fürsorgerin in jeder Schule ihres Bezirks wöchentlich mindestens einmal vormittags Sprechstunde abgehalten, wo alle Wünsche von Kindern, Eltern und Lehrern Berücksichtigung finden und so weitere Fälle gesammelt werden zur Vorstellung in den Nachmittags-Sprechstunden des Stadtarztes und der Stadtassistenzärztin. Die Sprechstunden finden statt im Erdgeschoß

des Neuen Rathauses, wo ein besonderer Eingang vom Elisenhof zum geräumigen Wartezimmer führt, das durch ein Vorbereitungszimmer mit dem eigentlichen Untersuchungsraum in Verbindung steht. Gleich anschließend sind die Arbeitszimmer des Stadtarztes und der Stadtfürsorgerin, sowie ein Laboratorium für Blut- und Harnuntersuchungen und ein reichhaltiges Archiv für hygienische Volksbelehrung. Erstrebt wird noch der räumliche Zusammenhang mit den Arbeitsräumen der Bezirksfürsorgerinnen und mit der Röntgen-Durchleuchtungsstation des Stadtarztes.

Die gesundheitsfürsorgerische Überwachung der Schulkinder führt, sobald irgendwelche drohende oder vorhandene Störungen ärztlich festgestellt sind, zur Überweisung in privat- oder kassenärztliche Behandlung als Mitteilung an die Eltern durch besondere Aufklärung enthaltende Formulare. Eine ärztliche Behandlung der Schulkinder durch den Schularzt findet grundsätzlich nicht statt. Auch Unbemittelte werden nach Prüfung der wirtschaftlichen Not mit einem Freikurschein zur Behandlung auf Kosten des städtischen Wohlfahrtsamts an praktische Ärzte überwiesen. Der Schularzt kann sich deshalb auch bei den Reihenuntersuchungen in seiner Diagnose beschränken und die besondere Untersuchung dem behandelnden (evtl. Spezial-)Arzt überlassen, von dem er den genauen Befund dann durch Notiz auf dem wieder abzuliefernden Kontrollabschnitt des Überweisungsformulares erfährt und dann in dem Gesundheitsschein eintragen kann. Die behandelnden Ärzte kommen hier gern entgegen, nachdem sie erkannt haben, daß der schulärztliche Dienst ihre Praxis nicht schädigt, sondern sogar zu fördern vermag. Der Schularzt überweist aber nie persönlich an den behandelnden Arzt, sondern gibt den Eltern nur an, daß das Kind ärztlicher- evtl. spezialärztlicher Behandlung bedarf, überläßt aber stets den Eltern die Wahl des Arztes.

Bei allen drohenden oder vorhandenen Störungen der Gesundheit beim Schulkind, soweit keine ärztliche Behandlung notwendig oder möglich ist, also bei allen besserungsfähigen Anlagefehlern oder Schwächezuständen, welche die Schulfähigkeit und spätere Erwerbsbefähigung beeinträchtigen, in allen diesen Fällen ist der Stadtarzt selbst und allein maßgeblich zur Vermittlung von Maßnahmen der Schulgesundheitsfürsorge, ebenso wie auch die ärztliche Überwachung aller öffentlichen und privaten Einrichtungen der Schulkinderfürsorge ihm allein obliegt. Neben der Förderung aller Formen der körperlichen Ertüchtigung durch Turnen, Spiel, Sport und Wandern ist für die Rückenschwächlinge und Kinder mit Haltungsfehlern an Stelle des solche Schwächezustände zunächst noch nicht allgemein berücksichtigenden Schulturnens die Einrichtung von gegenwärtig sieben Sonderturnkursen geschaffen worden, in denen schulärztlich ausgewählte und überwachte Kinder von orthopädisch besonders geschulten Lehrkräften zur Ausbildung der Rückenmuskulatur angeleitet und zur normalen Körperhaltung erzogen werden. Die Kräftigungsübungen werden noch ergänzt durch Verabreichung von Milch und Stärkungsmitteln an diese Kinder. Vorübergehend in der Zeit besonderer wirtschaftlicher Not wird in Liegnitz vom städtischen Wohlfahrtsamt auch ohne besondere ärztliche Verordnung allgemein an schulpflichtige Kinder von Unterstützungsempfängern ein Milchfrühstück in der Schule verabreicht. Aber an Stelle der früher gewährten Zusatznahrung, der sogenannten Quäkerspeisung, ist in Liegnitz auf Grund der schulärztlichen Beobachtung seit 1924 eine richtige Schulspeisung getreten, d. h. auf besondere schulärztliche Verordnung bekommen bestimmte, in ihrem Ernährungszustand wesentlich beeinträchtigte Kinder als besondere Diätkur für längere Zeit eine ärztlich

überwachte, besonders kräftige Ersatznahrung in Form von täglicher warmer Mittagsspeisung, die an drei verschiedenen Stellen der Stadt ausgegeben wird. Dabei wird noch besonders den durch Avitaminosen in der Entwicklung geschädigten Kindern reichliche Vitaminzufuhr gewährleistet durch ergänzende Zugaben von Lebertran und Frischobst (im Winter Apfelsinen), ja in besonderen Fällen kommt dann noch in trüber Jahreszeit eine ärztlich verordnete und dosierte Bestrahlungskur mit künstlicher Höhensonne in der städtischen Lichtstation. Sobald aber die Sommersonne scheint, beginnt die sogenannte örtliche Erholungsfürsorge mit Licht- und Luftbadekuren auf verschiedenen Grünflächen der Stadt.

An Stelle der früher allgemein ziemlich planlos geübten Kindererholungsfürsorge durch Verschickung ist in Liegnitz nach den gemachten Erfahrungen ein auf ärztliche Indikation aufgebautes System der Gesundheitsfürsorgemaßnahmen eingerichtet worden, das sich glänzend bewährt hat. Die notwendige Sparsamkeit mit öffentlichen Mitteln bei gleichzeitiger Vermehrung der Hilfsbedürftigen wies den Weg zur rationellsten Ausnutzung aller erreichbaren Kurmittel durch peinlichste ärztliche Auswahl der Kinder und im Einzelfall durch Vermittlung der dem jeweiligen Zustand am meisten entsprechenden Kurfaktoren. Dazu kam die frühere Beobachtung, daß die einfache Sechswochen-Kur auswärts allein in den wenigsten Fällen den gewünschten Erfolg mit nachhaltiger Wirkung hatte, daß vielmehr sowohl zur vorbereitenden als zur festhaltenden Sicherung des Kurerfolgs besondere Maßnahmen am Heimatsort notwendig sind. Dies führte neben den genannten Gesundheitsfürsorgemaßnahmen zur Einrichtung mehrerer Tageserholungsstätten an der Peripherie der Stadt. Beim Licht-Luftbad des städtischen Wohlfahrtsamts auf der Hegerwiese ist auch ein Planschbecken vorhanden und Schwimmgelegenheit im nahen Volksbad. Geplant ist noch eine Walderholungsstätte in den städtischen Forsten bei Vorderheide. Diese örtlichen Erholungskuren werden durchgeführt auf Verordnung und unter Aufsicht des Stadtarztes in einzelnen Gruppen von höchstens 25 Kindern unter Leitung von pädagogisch geschulten Kräften. Während der Schulzeit beschränkt man sich auf Halbtagskuren mit Gymnastik und Bewegungsspielen, Liegekur und Speisung in Form von Milch mit Vesperbrot. Während der Sommerferien aber werden Ganztagskuren durchgeführt mit richtiger Mittagsspeisung aus der Diätküche, die neben Milchfrühstück und Nachmittagsvesper an der Erholungsstätte selbst verabreicht wird. Diese Form der örtlichen Erholungsfürsorge hat sich auch in vielen Fällen nicht nur als Ergänzung, sondern sogar als vollkommener Ersatz für die früher übliche Entsendung aufs Land erwiesen und wird jetzt auch planmäßig in diesem Sinne angewandt. Daneben werden aber doch noch viele Kinder das ganze Jahr über auf besondere ärztliche Verordnung je nach dem ärztlichen Befund für sechs bis zwölf Wochen in Erholungs- oder Genesungsheime, im Mittel- oder Hochgebirge, an die Ost- oder Nordsee, in Sol- oder Stahlbäder verschickt durch Vermittlung der Provinzialverwaltung. Für herzleidende Kinder steht auch ein Heim in Bad Altheide und für Rheumatiker ein solches in Bad Warmbrunn zur Nachkur in der Rekonvaleszenz zur Verfügung. Tuberkulös erkrankte Kinder werden je nach Befund in besondere Kinderheilstätten verschickt. Ohne besondere ärztliche Verordnung kann sich aber auch jedes Kind an den alljährlich unter der Leitung von Lehrern stattfindenden Ferienspielen und Wanderungen beteiligen.

So ist es möglich, in fast allen Fällen während der Schulzeit körperliche Ertüchtigung zur Erwerbsbefähigung vor der Schulentlassung zu erzielen. Im letzten Schuljahr findet dann

noch einmal eine planmäßige Reihenuntersuchung sämtlicher Kinder statt zum Zwecke der ärztlichen Begutachtung für die Berufsberatung. Neben der Feststellung der körperlichen und psychischen Eignung für den gewählten Beruf bzw. Ausschaltung untauglicher Elemente findet aber auch eine positive Berufsberatung durch den Stadtarzt gemeinsam mit dem wirtschaftskundigen Berufsberater statt unter Berücksichtigung der familiären Erbanlagen und individuellen Neigungen und Fähigkeiten. Nach der Schulentlassung ist für die fortbildungsschulpflichtige Jugend eine Schulgesundheitsfürsorge zunächst derart gewährleistet, daß wie in den Volksschulen Sprechstunden von der zuständigen Fürsorgerin abgehalten werden, welche nach Bedarf ärztliche Untersuchungen zur Beratung und Durchführung besonderer Gesundheitsfürsorgemaßnahmen vermittelt. Planmäßige Reihenuntersuchungen an Fortbildungsschulen werden durchgeführt, sobald ständig genügend ärztliche Kräfte zur Verfügung stehen.

Eine besondere Form der Gesundheitsfürsorge für Jugendliche ist die sportärztliche Beratung, die für Schulkinder im Rahmen der schulärztlichen Tätigkeit erfolgt und für Schulentlassene in den Vereinen eben jetzt vom Stadtamt für Leibesübungen ausgebaut wird unter Mitwirkung des Stadtarztes in seiner Eigenschaft als Sportarzt. Von der Einrichtung einer besonderen Eheberatungsstelle wurde hier zunächst abgesehen, da neben den praktischen Ärzten alle ärztlichen Fürsorgestellen zu diesem Zwecke zur Verfügung stehen. Die gesundheitliche Wohnungsfürsorge bei der heutigen Wohnungsnot kann sich natürlich nur darauf beschränken, die allerschlimmsten Schädigungen durch ungesunde Wohnungen zu unterbinden und wenigstens die Ausbreitung vorhandener Seuchenherde zu verhindern. Dies geschieht nach Begutachtung durch den Stadtarzt.

Außer der eigentlichen Gesundheitsfürsorge ist die wichtigste Aufgabe der sozialen Hygiene die Bekämpfung der die öffentliche Gesundheit bedrohenden Volkskrankheiten. Die verbreitetste und verheerendste Volkskrankheit ist die Tuberkulose. Ihre Bekämpfung hat sich in Liegnitz der halbamtliche Ortsausschuß zur Bekämpfung der Tuberkulose zur Aufgabe gemacht. Er unterhält zu diesem Zwecke drei ärztliche Untersuchungs- und Beratungsstellen, je eine für Kleinkinder, Schulkinder und Erwachsene. Säuglinge und Kleinkinder werden von der Stadtkinderärztin, Schulkinder und Erwachsene vom Stadtarzt untersucht und beraten. Neben den in der Jugendgesundheitsfürsorge tätigen städtischen Familienfürsorgerinnen sind noch zwei ausschließlich für die Tuberkulosenfürsorge vom Ortsausschuß besonders angestellte Spezialfürsorgerinnen tätig, welche insbesondere die Familien Offentuberkulöser betreuen. Untersuchung und laufende Beobachtung, sowie Fürsorgemaßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose bei der Jugend werden im Rahmen der öffentlichen Jugendgesundheitsfürsorge durchgeführt. Bei Erwachsenen findet eine ärztliche Überwachung und Betreuung in der Tuberkulosenfürsorgestelle aber nur im Einverständnis mit dem etwa behandelnden Arzte statt. In Fällen, für die kein Versicherungsträger und keine fürsorgepflichtige Behörde eintritt, gewährt der Ortsausschuß aus eigenen Mitteln alles Notwendige zur Durchführung einer Heilstättenkur und zur Sicherung des Kurerfolges. Der Ortsausschuß leistet außerdem Mietszuschüsse zur Ermöglichung hygienisch einwandfreier Wohnverhältnisse für Tuberkulöse. Auch vermittelt die Tuberkulosenfürsorgestelle jedem ärztlich Bedürftigen kostenfreien Bezug von Milch und Stärkungsmitteln und beliefert die Schwerkranken mit Pflege und Desinfektions-

mitteln. Bei alledem wird aber auch von den Fürsorge-Ärzten und -Schwestern weitgehende Aufklärung und Belehrung über Wesen und Verbreitung der Krankheit getrieben.

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten besteht in Liegnitz ein Zweigverein der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, welcher durch planmäßige Volksbelehrung die nach dem Krieg so gewaltige Ausbreitung der Krankheiten einzudämmen bestrebt ist. Die bisher vom Verein unterhaltene fachärztliche Beratungsstelle ist neuerdings, wie anderwärts auch hier von der Landesversicherungsanstalt Schlesien in eigenen Betrieb übernommen worden. Es finden dort wöchentlich je eine kostenlose Sprechstunde für Männer und Frauen statt. Außerdem werden alle in der öffentlichen Gesundheitsfürsorge ausfindig gemachten Fälle dorthin zur Überwachung und Vermittlung von im Notfall kostenfreier Behandlung überwiesen. Amtlich wird schon jetzt die planmäßige Überwachung aller, also auch der männlichen Geschlechtskranken, wie sie das neue Gesetz ab 1. Oktober 1927 vorsieht, vorbereitet, ergänzt durch den planmäßigen Ausbau der bereits vorhandenen, zur Zeit noch halbamtlich aufgezogenen Gefährdetenfürsorge zur vorgeschriebenen Gesundheitsbehörde mit Pflegeamt.

Beim Kampfe gegen den Alkoholismus ist zwischen vorbeugenden Maßnahmen gegen den Alkoholmißbrauch als gesellschaftliche Erscheinung und der Fürsorge für den einzelnen Trunksüchtigen zu unterscheiden. Zu ersterem Zweck besteht hier außer den eigentlichen Abstinenzvereinen eine Arbeitsgemeinschaft, zu der sich über 30 Vereine zusammengeschlossen haben. Diese Arbeitsgemeinschaft läßt es sich eifrigst angelegen sein, durch Vorträge, Flugblätter und Geselligkeit aufklärend und werbend zu wirken, wobei sich besonders die Jugendbewegung hervortut. Daneben besteht eine in den Betrieb der Stadtmission eingegliederte amtliche Trinkerfürsorgestelle, welche die Alkoholkranken und ihre Familien betreut.

Die Fürsorge zur Bekämpfung der Volkskrankheiten schließt bereits in sich ein die Fürsorge zur Behandlung von Kranken aller Altersstufen, weithinausgehend über das Maß der gesetzlich umschriebenen öffentlichen Fürsorgepflicht. Als Ergänzung der Jugendgesundheitsfürsorge wird in Liegnitz noch besondere Krankenfürsorge getrieben in der städtischen Schulzahnklinik. Aber nicht nur die bei schulärztlichen Untersuchungen als zahnkrank befundenen Schulkinder werden zur Behandlung der Schulzahnklinik überwiesen, es finden vielmehr noch besondere Reihenuntersuchungen durch den hauptamtlichen Schulzahnarzt statt zur Überwachung der jugendlichen Gebißentwicklung und Zahnpflege. Auf Grund seiner Feststellung wird dann von ihm die Zahnbehandlung vorgenommen bei jährlich weit über 3000 Kindern und so nach und nach eine planmäßige Gebißsanierung vom Schulbeginn bis zur Entlassung durchgeführt.

In engstem Zusammenwirken mit allen Stufen der gesundheitlichen Jugendfürsorge wird ferner weit über das schulpflichtige Alter hinaus die gesetzlich vorgeschriebene Krüppelfürsorge durchgeführt, derart, daß alle unmittelbar drohenden oder bereits festgestellten Krüppelleiden der städtischen Krüppelfürsorgestelle gemeldet werden, damit sie dem nebenamtlich tätigen Krüppelarzt zur besonderen Begutachtung und Verordnung der notwendigen Heilmaßnahmen vorgestellt werden. Auf seinen Antrag werden im Wege der öffentlichen Fürsorge auch besondere Heilverfahren in Krankenhäusern oder Krüppelheimen durchgeführt. Er überwacht ferner die von der amtlichen Krüppelfürsorge betriebenen Kurse in Heil-

gymnastik zur ambulanten Versorgung der Krüppelfälle, wie auch die Belieferung mit Kunstgliedern und Stützapparaten und deren richtigen Gebrauch.

Für Kinder mit Sprachstörungen sind mit Unterstützung der Taubstummenanstalt seitens der Schulverwaltung besondere Sprachheilkurse eingerichtet, in denen für besserungsfähige Fälle eine planmäßige Erziehung zur richtigen Atem- und Sprechtechnik erfolgt. Daß dieser Erziehungsfürsorge, wie erst recht der besonderen für minderbegabte, sowie der für psychopathisch veranlagte Kinder eine gesundheitsfürsorgerische Überwachung vorausgeht, ist bei planmäßig kommunalärztlicher Organisation selbstverständlich.

Der Aufbau und das Zusammenwirken der ganzen Gesundheitsfürsorgearbeit, wie sie hier geschildert wurde, ist bedingt durch die augenblickliche wirtschaftliche Lage und den Gesundheitszustand der betreuten Bevölkerung. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß mit jeder Veränderung dieser Faktoren stets auch ein Wechsel bzw. eine Verschiebung der Aufgabengebiete in der Gesundheitsfürsorge eintritt. Diese rechtzeitig, vorbeugend, fürsorgerisch zu erkennen, ist die Wurzel sozialhygienischen Wirkens. Neben dieser verantwortungsvollen Pflicht der Allgemeinheit gegenüber, die sich aus dem Erkennen der sozialhygienischen Notstände und ihrer Bekämpfung ergibt, steht aber als gleichwertige Aufgabe die individuell vertiefte Erfassung und Versorgung des Einzelfalles, der stets auch im Sozialpolitiker und Sozialhygieniker den Psychologen erfordert, besonders wenn dem Hilfsbedürftigen das notwendige Verständnis fehlt für die Wege und Ziele der Gesundheitsfürsorge.



Ziegenteich im Sommer — Phot. Schumm, Liegnitz

Stätten zur Förderung der Körperkultur

Von Stadtrat Dr. Lehmann.

„Sieh, wie die Muße den trägen Körper zerrüttet,
wie das Waſſer im See ohne Bewegung verdirbt."
(Ovid.)

Körperkultur iſt in der heutigen Zeit nicht nur als eine Kulturfrage zu betrachten, ſondern auch als eine Angelegenheit von großer ſozial-wirtſchaftlicher Bedeutung. Der wertvollſte Faktor, mit dem die Wirtſchaft rechnen muß, iſt der Menſch. Deshalb muß alles getan werden, um vollwertige Menſchen, hochqualifizierte Geiſtes- und Kopfarbeiter zu ſchaffen.

Wenn auch auf dem Gebiete der körperlichen Erziehung in den Schulen die Hauptarbeit geleiſtet wird, ſo muß die Pflege der Leibesübungen auch nach Erreichung einer vollendeten Entwicklung, alſo von Erwachſenen, weitergeführt werden.

Die Bedeutung der Leibesübungen hat der Staatsſekretär Dr. Lewald, der Vorſitzende des deutſchen Reichsausſchuſſes für Leibesübungen, im Jahre 1925 bei einer Sportausſtellung in Eſſen mit folgenden Worten treffend gekennzeichnet: „Eigentlich ſollte ein Blick in unſere Umwelt und in uns hinein genügen, um den Wert der Körperzucht erkennen zu laſſen. Wenn von einem Wurf junger Tiere das eine in den Käfig geſperrt, das andere im Freien gelaſſen wird, dann bleibt das in ſeiner Bewegung behinderte ein Kümmerling, und das andere entwickelt ſich zu voller Kraft und Geſundheit."

Es ist eine alte Erfahrungstatsache, daß durch Leibesübungen, die doch Arbeit der Muskeln sind, neben dem Muskelgewebe alle Verdauungs-, Atmungs- und Kreislauforgane mit betroffen und zu erhöhter Funktion angeregt werden, und gerade die Einwirkung der Leibesübungen auf Herz und Lunge, unsere lebenswichtigsten Organe, gehören zu ihren wertvollsten Vorzügen.

In psychologischer Hinsicht bedeutet die Frage der Leibesübungen Charakterbildung. Der Sport schafft Tatmenschen, die ihre Triebe und Affekte beherrschen und bekämpfen lernen, stärkt Entschluß und Willenskraft und Mut. Leibesübungen gewöhnen aber auch an die Einordnung an das Ganze und lehren, eigene Interessen dem gemeinsamen Ziele unterzuordnen.

In mittelbarer Beziehung führen Leibesübungen zur Einschränkung des Alkohol- und Nikotingenusses, sie vermindern geschlechtliche Ausschweifungen und steuern der Vergnügungssucht.

Um vollwertige, d. h. starke und gesunde Menschen, die sich bewußt in die Lebens- und Volksgemeinschaft einfügen, die sich lebensbejahend und schaffensfreudig dem Dienste der Wirtschaft und des Berufes anpassen und sich selbst mit verantwortlich fühlen, heranzubilden, braucht man geeignete Übungsstätten.

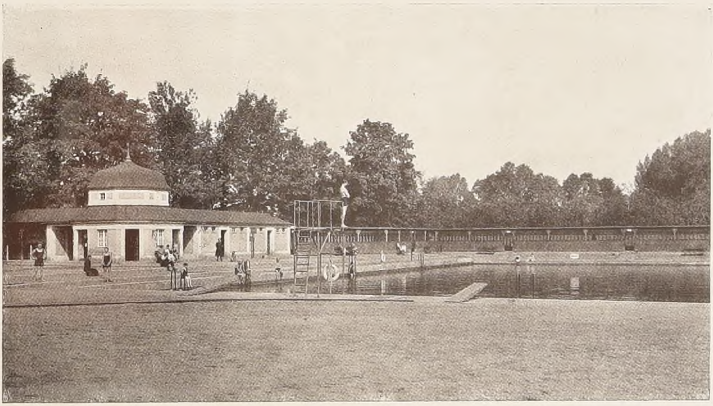
Um auch auf dem Gebiete der Körperkultur einen Wächter der Zeit zu haben, hat der Magistrat Liegnitz am 10. Dezember 1924 auf Antrag des Verfassers ein Stadtamt für Leibesübungen eingerichtet. In verständnisvoller Zusammenarbeit mit den Sportverbänden ist es diesem inzwischen geglückt, zwei große Projekte zu verwirklichen: Freibadeanstalt und Sportübungsbahn. Die Vorarbeiten zum Bau einer modernen Freibadeanstalt gehen auf den 21. Januar 1924 zurück, die Geldentwertung veranlaßte jedoch den Magistrat immer wieder, diesen Plan aufzugeben. Zur Ausführung kam endlich ein Beschluß des Magistrats vom 21. Januar 1924, das „Städt. Volksbad Hegerwiese" zwischen Katzbach und Mühlgraben zu schaffen. Das in Zementstampfbeton hergestellte Wasserbecken hat eine Länge von 55 m und eine Breite von 25 m, die rechteckige Grundfläche faßt 1375 qm.

Die Abteilung für Schwimmer ist $33^1/_3$ m lang, so daß auf die durch ein über den Wasserspiegel gespanntes Drahtseil kenntlich gemachte Nichtschwimmerabteilung $21^2/_3$ m entfallen. Die Wassertiefe beginnt mit 0,50 m und steigt bis zu 3 m. Sofern Schwimmfeste abgehalten werden, wird das Wasser im Becken gestaut, so daß eine Schwimmstrecke von 50 m zur Verfügung steht.

Die Nichtschwimmerabteilung ist auf der ganzen Breite mit Stufen versehen — ein bevorzugter Aufenthalt der wasserscheuen Jugend. Durch diese Stufen fließt sichtbar durch zwei Öffnungen ständig das frische filtrierte und chlorierte Wasser. An der tiefen Schwimmerquerseite befindet sich der 3 m hohe Springturm, zu dessen Seiten rechts und links je ein Sprungbrett für weniger Mutige in Erdhöhe angebracht ist.

Um das ganze Bad herum ist ein 1 m breiter hölzerner Lattenrost gelegt, an den sich eine ebenso breite Wasserrinne schließt, die ständig mit frischem Wasser gespeist wird. Diese Einrichtung hat den großen Vorteil, daß jeder Badende nolens volens gezwungen ist, vor dem Betreten des Bassins die Füße zu säubern. Dem Reinigungsbedürfnis dienen ferner vier Duschen, von denen zwei aus der benachbarten Pumpstation durch Verwertung der Abdämpfe mit warmem Wasser versehen werden. Unter diesen Duschen befindet sich ein großer zementener Trog, in dem sich mit Vorliebe die kleinen Kinder tummeln.

Da nun das zur Füllung des Beckens dienende Katzbachwasser, das dem städtischen Mühlgraben entnommen wird, die Gefahr einer Infektion nicht ausschloß, so ist eine Schnellfiltrieranlage eingerichtet worden, die das Wasser mit Chlorgas auch keimfrei macht. Die Anlage ist so eingerichtet, daß bei wasserarmer Zeit, bzw. dann, wenn infolge Hochwassers die Katzbach lehmige Bestandteile mit sich führt, das sogenannte Umwälzverfahren zur Anwendung kommen kann. Geprüft wird noch zur Zeit die Frage der Verwertung der schon erwähnten Abwässer der benachbarten Pumpstation, damit nicht nur an kalten Tagen das



Städtisches Volksbad Hegerwiese Phot. Mertin, Liegnitz

Badewasser erwärmt, sondern auch im allgemeinen die Badezeit im Frühjahr bzw. Herbst verlängert werden kann.

Besonderer Wert ist auf zweckmäßige Aus- und Ankleidezellen sowie auf die Kleiderunterbringung bei Massenbetrieb gelegt. So gibt es dann nicht nur geschlossene und offene Massenzellen für Frauen und Männer, sondern auch Einzelzellen. Ganz besonders praktisch sind die sogenannten Wechselzellen, welche umgehend die Weiterbenutzung durch einen anderen Badebesucher ermöglichen. Die Kleider selbst werden in einem hinter den Wechselzellen befindlichen Garderobenraum in zweckmäßiger und einwandfreier Weise aufbewahrt. Blumenbeete und Blumenschmuck im ganzen Bade geben der Anlage ein freundliches Gepräge. Auf weiträumiger Rasenfläche sind Turngeräte (Reck, Barren, Balancierstange, Taue, Ringe) aufgestellt, und Holzpritschen dienen zu Sonnenbädern. Leihweise werden auch Korbstühle und wind- und wettergeschützte Liegekojen abgegeben. Auch für Spielgeräte ist gesorgt. Für das leibliche Wohl sorgt der Pächter der Kantine mit der Einschränkung, daß alkoholhaltige Getränke nicht zum Ausschank gelangen dürfen. Im übrigen ist ein Trinkwasserspringbrunnen vorhanden. Kinderwagen und Fahrräder dürfen in das Bad selbst nicht mit hineingebracht werden, für die Unterbringung vor dem Bade ist besonders gesorgt.

Nicht unerwähnt sei noch, daß ein massives Abortgebäude mit Wasserspülung und Chloranlage vorhanden ist, das allen hygienischen Anforderungen der Jetztzeit entspricht. Kosten insgesamt 155 000 RM.

Für eine Mittelstadt immerhin sehr beachtenswert ist die Dauerbadeanstalt „Wilhelmsbad" mit seinen drei Abteilungen: Wannenbad, Dampf- und Kurbad, Hallenschwimmbad. Auch hier ist alles auf die Ansprüche der Neuzeit abgestellt. So ist das Hallenschwimmbad bei dem Umbau genau nach dem Muster und im gleichen Stile des Breslauer Hallenschwimmbades und des Neuköllner Stadtbades hergerichtet worden. 40 Ankleidekabinen sind derartig angeordnet, daß der innere Bassinumgang nur mit nackten Füßen betreten werden kann, um einer Verschmutzung des Wassers vorzubeugen. Eine Be- und Entlüftungsanlage ist imstande, je nach Bedarf im Winter warme, im Sommer kalte Luft mit einer Stundenleistung von 2850 cbm der Schwimmhalle zuzuführen. Das Bassinwasser wird ständig durch eine Umwälzanlage „bakterienfrei und mit bestimmten Wärmegraden" gehalten. Die Wannenbäder I. und II. Klasse sind ausgestattet mit sauberen verschließbaren Kabinen, eingebauten Kalypsowannen und dem üblichen Luxus, Batterien für kaltes und warmes Wasser und Duschen. Die Wannenbäder III. Klasse haben ebenfalls verschließbare Kabinen und die üblichen Messingbatterien mit Duschen und Emaillewannen. Die Anstalt hat zur Zeit insgesamt 31 Wannen; der weitere Ausbau der Wannenbäder ist bereits geplant. Vorhanden ist auch ein modernes Doppelwannenbad.

Das Dampf- und Kurbad hat einen sehr sauberen, neu hergerichteten Liege- und Auskleideraum, in welchem nachstehende Duschen verabfolgt werden können:

Mantelduschen, Fingerdusche, Kopfdusche, Sitzdusche, Blitzguß, Dampfdusche usw.

Anschließend an diesen Raum befindet sich ein Heißluftraum, ständig auf 50° erwärmt, sowie der geräumige Dampfraum. Mit dem Dampfbad ist ein Elektrisierraum verbunden, in welchem Vollichtbäder, Teillichtbäder, Kopflichtbäder, elektrische Teilheißluftbäder, sowie alle sonstigen medizinischen Bäder verabfolgt werden. Die Anstalt wurde am 2. 7. 1875 errichtet und befindet sich in Privatbesitz.

Die städtische Subvention beträgt vom 1. 10. 24 bis 1. 10. 29 monatlich 1000 RM. Innerhalb dieser Zeit darf die Stadt weder ein eigenes Hallenschwimmbad noch eine Warmwasserbadeanstalt eröffnen oder für Rechnung der Stadt von Dritten eröffnen lassen.

Eine kleinere Warmwasserbadeanstalt — mit sanitären Bädern — ist das ebenfalls in Privathänden befindliche „Hedwigsbad", 1895 errichtet.

Auch ein Licht- und Luftbad ist vorhanden, eine Schöpfung des Naturheilvereins, schön gelegen an der Siegeshöhe. Die Fläche umfaßt 1600 qm.

Zu Licht- und Luftbädern dienen auch noch — vom städtischen Volksbad Hegerwiese abgesehen — die zwei städtischen Freibadeanstalten im Bruchgelände. Die erste wurde bereits im Jahre 1895 eröffnet, nachdem die Hochwasserkatastrophe im Frühjahr 1883 sämtliche Badeanstalten an der Katzbach zerstört hatte; der Bau der zweiten Anstalt erfolgte im Jahre 1912 auf Betreiben der Garnison. Die Länge des letzteren Wasserbeckens beträgt 14,40 m, die Breite 17,60 m. Die Länge der ersten Anstalt, die eine trapezförmige Grundrißform aufweift, an den beiden parallelen Seiten 20,15 m und 36,60 m, während der winkelrechte Abstand der beiden Seiten 15 m beträgt. Beide Anstalten kommen jetzt anläßlich der Bruchregulierung zum Abbruch und machen einer neuen, großen, modernen Badeanstalt

Platz, die in dem neu zu schaffenden Bruchteich angelegt wird. Auf diesem Bruchteich bzw. Bruchsee soll dann auch der Wassersport betrieben werden, da der inmitten der Stadt befindliche Ziegenteich hierfür ein zu kleines Betätigungsfeld in sportlicher Hinsicht bietet.

In der Umgebung von Liegnitz bietet lediglich der Pansdorfer See, der eine Flächenausdehnung von 24 ha und sowohl getrennte Badeanstalten für Männer und Frauen, wie auch ein Familienbad besitzt, Gelegenheit zum Baden und Sport.



Pansdorfer See, Blick auf Waldau Phot. Schumm, Liegnitz

Der außerordentlich rege Besuch dieses beliebten Ausflugsortes würde noch viel größer sein, wenn die Reichsbahndirektion sich endlich dazu entschließen könnte, durch Einrichtung von Triebwagenfahrten auf dieser kurzen Strecke (10 Minuten) Rechnung zu tragen.

Eine weitere Badegelegenheit bietet der Kunitzer See, dessen Wasserfläche 110 ha umfaßt. Infolge der vielen Möwen, die auf einer inmitten des Sees 1 ha großen Insel nisten, ist das grünliche Wasser nicht jedermanns Geschmack, wohl aber wäre hier die Gelegenheit zum Ruder- und Segelsport vorhanden, zumal die ständige Autoverbindung gegeben ist.

Der Koischwitzer See, der seinerseits wohl zum Baden locken würde, scheidet für die Stadtbevölkerung aus, weil die Verbindung nach dort schlecht ist. In Frage käme auch noch der Jeschkendorfer See, wo früher bereits eine öffentliche Badeanstalt vorhanden war,

die jetzt durch den Besitzer des Sees geschlossen worden ist. Auch hier würde wieder altes Badeleben erweckt werden können, wenn die Reichsbahn bessere Eisenbahnverbindungen schaffen würde.

Die „Liegnitzer Sport-Übungsbahn" befindet sich auf dem ehemaligen Luftschiffhallengelände an der Immelmannstraße. In Anbetracht der jetzigen schlechten



Eisbahn auf dem Ziegenteich

Phot. Schumm, Liegnitz

Finanzlage haben die städtischen Körperschaften die Ausführung der eigentlichen Kampfbahn mit Reitbahn und Radrennbahn zurückgestellt, dagegen wurden für die Ausführung des zweiten Bauabschnittes im Wege der Notstandsarbeit 68 000 RM bewilligt. Diese Übungsanlage hat eine Laufbahn von 400 m Länge mit anschließender 100 m langer Streckenlaufbahn, der Übungsplatz eine Größe von 70×105 m. An seinen Längsseiten ist das Gelände bis zur Laufbahn für Weitsprung und Stabhochsprung ausgenützt, die Stirnzwischenwände für Hochsprung. Die Zuschauerterrassen, einfachster Art, sind im Erdreich hergerichtet worden. Seitlich dieser Übungsstätte und getrennt von dieser durch einen Umkleideraum, der besondere Gemächer für Männer und Frauen, Duscheneinrichtungen usw. besitzt, sind zwei Übungsfelder im Ausmaß 72 zu 110 m angelegt. Wenn später einmal die

noch fehlende Kampfbahn mit Nebenanlagen, darunter Terrassen und Tribünen für etwa 2000 Menschen hergerichtet sein wird, dann ist eine für Mittelstädte mustergültige Stadionanlage vorhanden. Grünanpflanzungen werden dann auch die Verbindung mit einem benachbarten Erlengebüsch hergestellt haben, so daß Zuschauer und Kämpfer Gelegenheit haben, im Schatten zu rasten.

Zu Spiel und Sport laden passend gelegene Plätze ein, deren Zahl in nächster Zeit noch bedeutend erweitert werden wird, sollen doch nach dem geplanten Spielplatz-Gesetzentwurf mindestens 3 qm Spiel- bzw. grüne Fläche für jeden Bewohner einer Stadt vorhanden sein. Vor allem ist es hier der 10,15 ha große Haag, inmitten der 30 Morgen umfassenden Haaganlagen, der bisher als „Stadion-Ersatz" Tausenden von Menschen Gelegenheit zur Teilnahme an den verschiedenen Wettkämpfen gibt. Andere Spiel-, Sport- und Turnplätze sind die folgenden:

Spielplatz	am Palmenhain	Größe 0,0625 ha
„	am Schießhaus	„ 0,2250 „
„	am Rosengarten	„ 0,1250 „
„	in den Haaganlagen	„ 0,1500 „
„	am Nordpark	„ 0,1250 „
„	am Regierungsgarten	„ 0,1025 „
„	an der Wiesenstraße	„ 0,8000 „
„	am Bürgerwäldchen	„ 0,1120 „
„	Hegerwiese	„ 0,3120 „
„	im Gänsebruch	„ 0,4800 „
Sportplatz	des Alten Turnvereins an der Weißenroder Straße	„ 1,5560 „
„	an der Grünthaler Straße des Fußballklubs „Blitz"	„ 1,3000 „
„	des Arbeiter-Sportkartells an der Bitschenstraße	„ 1,7763 „
„	der Spielvereinigung 1896	„ 2,0000 „
Städtischer Turnplatz	am Haag	„ 1,3125 „
Städtische Tennisplätze	an der Dovestraße	„ 0,7750 „

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch für den Rodelsport gesorgt wurde, sofern dies eben beim Fehlen natürlicher Erhöhungen möglich ist. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß von Vereins wegen der Reit- und Flugsport betrieben wird.

Alles in allem zeugt von der Erkenntnis der Stadtverwaltung: „Mens sana in corpore sano."

KULTURELLES LEBEN

Liegnitz die Stadt der Schulen

Von Stadtschulrat Dr. Weidemann.

Haben die Städte von jeher in klarer Erkenntnis der Notwendigkeit einer allgemeineren und höheren Bildung ihrer Bewohner und des Nutzens für sie selbst dem Schulwesen ihre größte Beachtung geschenkt, so hat die Stadt Liegnitz auf diesem Gebiete ganz besondere Anstrengungen gemacht, die ihr den Ehrennamen „Stadt der Schulen" eingetragen haben.



Volksschule 2 „Dänemarkschule" Phot. Foglar, Liegnitz

Sie führt diese Bezeichnung nicht ohne Berechtigung. Von jeher hat die Stadtverwaltung der Entwicklung ihrer Schulen eine überaus warme Teilnahme geschenkt und bereitwilligst die für Gewinnung tüchtiger Lehrkräfte, für Errichtung von stattlichen Schulgebäuden, für Beschaffung von Lehr- und Unterrichtsmitteln nötigen Gelder zur Verfügung gestellt. Sie hat sich immer nicht nur dafür eingesetzt, jede Schule möglichst mustergültig auszugestalten, sondern sich auch bemüht, eine Mannigfaltigkeit der einzelnen Schularten zu schaffen, wie

man sie in Städten gleicher Größe selten vorfindet. Neben einem gut entwickelten Volksschulwesen mit Hilfsschule und Begabtenklassen, einer mit Doppelklassen versehenen Mädchenmittelschule, einer vielgegliederten Berufsschule für die männliche und weibliche, die gewerbliche und kaufmännische Jugend blüht ein reichentwickeltes höheres Schulwesen, so daß der Jugend eine große Auswahl von Bildungsmöglichkeiten geboten werden kann. Zweimal ist Liegnitz sogar als Universitätsstadt ausersehen worden. Der Piastenherzog Friedrich II. wollte 1527, angeregt von dem weit über Schlesiens Grenzen berühmten Schulmanne Valentin Trotzendorf in Goldberg, in Liegnitz eine Hochschule errichten, für die er 24 Dozenten gewann. Aber die Ungunst der Zeitverhältnisse, namentlich die Türkengefahr und die durch Schwenkfeld entstandenen religiösen Streitigkeiten, verhinderten, daß der groß angelegte Plan durchgeführt werden konnte. Bereits 1529 wurde das kaum begonnene Werk wieder aufgegeben. Verhandlungen, die im 18. Jahrhundert vom hiesigen Magistrat wegen Verlegung der Frankfurter Universität nach Liegnitz geführt worden sind, haben keinen Erfolg gehabt, da die Frankfurter Universität mit der Breslauer vereinigt wurde. Vielleicht gelingt es aber in absehbarer Zeit, den Wunsch nach Errichtung einer Hochschule in Liegnitz dadurch zu erfüllen, daß eine Pädagogische Akademie eingerichtet wird, für die das frühere Seminargebäude die nötigen Räumlichkeiten bieten würde.

Überblick über den augenblicklichen Stand des Schulwesens.

A. Volksschulen.

13 achtstufige Volksschulen, 9 evangelische und 4 katholische, sind in stattlichen Schulgebäuden untergebracht, die mit allen hygienischen Einrichtungen versehen sind. Jede Schule hat eine eigene Turnhalle. Für den Zeichenunterricht sind Zeichensäle vorgesehen; der naturkundliche Unterricht wird durch Schulgärtenanlagen unterstützt. In einigen Schulen ist auch ein besonderes Physikzimmer eingerichtet. Die Lehrmittelsammlung ist überaus reichhaltig und entspricht allen Anforderungen der Neuzeit. Der bei jeder Schule vorhandene Lichtbildapparat trägt zur Belebung des Unterrichts bei. Die 1921 eingeführte Grundschule, welche an jeder Anstalt vier Klassen umfaßt, hat sich durchaus bewährt und sich das Vertrauen der Elternschaft erworben. In den oberen Klassen wird gutbegabten Schülern und Schülerinnen Gelegenheit geboten, unentgeltlichen Unterricht in der Kurzschrift und im Englischen zu erhalten. Für Kinder, welche das Schulziel nicht erreichen und bereits aus der 3. oder 2. Klasse entlassen werden können, sind besondere Abschlußklassen vorgesehen. Für besonders gutbegabte Kinder des 7., 8. und 9. Schuljahres sind drei Förderklassen eingerichtet, in denen nach dem Lehrplan an der Mittelschule unterrichtet wird, wobei außer den ethischen Fächern das Hauptgewicht auf Deutsch, Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften gelegt wird. Eine weitere Förderung erfahren besonders gutbegabte Kinder dadurch, daß jährlich aus allen Schulen 8—10 Kinder ausgewählt werden, die unentgeltlich die höhere Schule besuchen können. Für die Oberklassen ist der Besuch von guten Theatervorstellungen vorgesehen; auch finden jährlich Schülerkonzerte statt, um die Jugend in das Verständnis guter Musik einzuführen. Für die gesamten Volksschulen besteht eine gute Lehrerbücherei, die jährlich ergänzt wird. Zur Verfügung stehen für jedes Jahr zirka 2000 Reichsmark. Jeder Schule ist außerdem eine Handbücherei überwiesen, die diejenigen Bücher enthält, welche täglich benutzt werden. Für



Städtische Oberrealschule Phot. Schumm, Liegnitz

bedürftige Kinder ist eine Hilfsbücherei eingerichtet, aus der sie die an der Schule gebrauchten Bücher unentgeltlich entleihen können; auch werden sonstige Lernmittel, Hefte, Bleifedern usw. an unbemittelte Kinder unentgeltlich abgegeben. Für schwach befähigte Kinder besteht eine fünfstufige Hilfsschule, die zur Zeit 9 Klassen umfaßt und sich mit Erfolg bemüht, die Kinder mit dem für das praktische Leben unablässig Notwendigen auszurüsten.

B. Mittelschule.

Die mit Doppelklassen versehene Mädchenmittelschule ist in dem früheren Seminargebäude untergebracht, wo ihr schöne Räume, Festsaal, Gesangklasse, Physikzimmer, Turnhalle usw. zur Verfügung stehen.

C. Höhere Schulen.

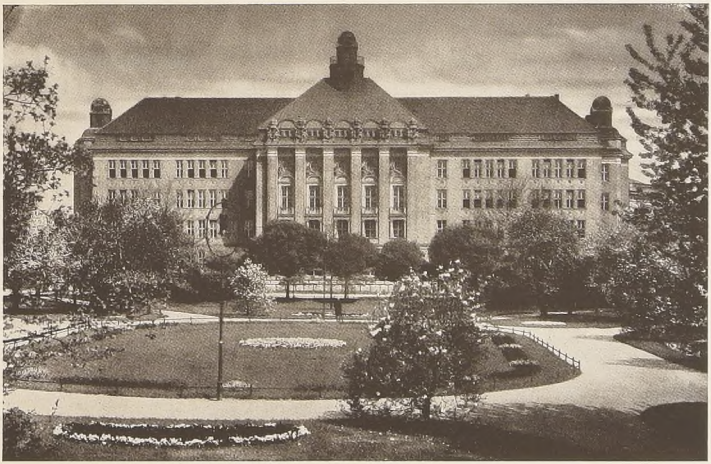
An städtischen Schulen sind vorhanden

1 Gymnasium und Realgymnasium,
1 Oberrealschule,
1 Lyzeum und eine realgymnasiale Studienanstalt.

Gymnasium und Realgymnasium haben einen gemeinsamen Unterbau von Sexta bis Quarta mit Doppelklassen. Von Untertertia ab gliedert sich die Anstalt in einen realgymnasialen und gymnasialen Zweig. Für den naturwissenschaftlichen Unterricht sind mehrere Lehrsäle nach den neuzeitlichen Anforderungen eingerichtet. Die Oberrealschule hat Doppelklassen von Sexta bis Obersekunda. Auch an ihr bestehen für den naturkundlichen Unterricht vorbildliche Einrichtungen. Die Auguste-Viktoria-Schule umfaßt ein Lyzeum mit Doppelklassen und eine sechsklassige realgymnasiale Studienanstalt. Den gemeinsamen Unterbau für Lyzeum und Studienanstalt bilden die Klassen Sexta bis einschließlich Quarta. Das Gebäude der Auguste-Viktoria-Schule, das 1909 dem Schulbetriebe übergeben wurde, ist wohl eines der schönsten in ganz Schlesien. Alle höheren Schulen haben reichhaltige Lehrmittelsammlungen und gute Büchereien. Die Hilfsbüchereien, aus denen unbemittelte Schüler unentgeltlich die an der Schule gebrauchten Bücher entleihen können, werden von Jahr zu Jahr verstärkt.

Außer diesen städtischen Anstalten besteht in Liegnitz ein staatliches Gymnasium Johanneum, das im Gebäude der Ritterakademie untergebracht ist. Es enthält 9 Klassen mit rund 230 Schülern. Frau Direktorin Koschmieder unterhält außer einem Privatlyzeum mit Vorschulklassen eine Hauswirtschaftsschule und ein Technisches Lehrerinnenseminar, auf dem junge Mädchen sich auf die Prüfung als Hauswirtschafts- und Handarbeitslehrerin vorbereiten können. Auch diese Anstalten sind sehr gut besucht. An Stelle der früheren Landwirtschaftsschule besteht eine landwirtschaftliche Aufbauschule, welche die Klassen Untertertia bis Obersekunda enthält.

Durch die Neuordnung des preußischen höheren Schulwesens sollen die Schulen mehr



Hindenburgplatz mit dem Blick auf die Auguste-Viktoriaschule Phot. Foglar, Liegnitz

als bisher befähigt werden, Führer des Volks heranzubilden. Die Reform ist geboren aus dem Geiste Fichtes und Lagardes. Der wichtigste Gesichtspunkt der Neuordnung ist die Einordnung der höheren Schulen in die Einheitsschule, d. h. den planmäßigen Aufbau des gesamten Schulwesens in seinen mannigfachen Verzweigungen. Von großer methodischer Bedeutung ist die Einführung des sogenannten Arbeitsunterrichtes. Die Arbeitsschulbewegung, die in den Volksschulen schon seit mehreren Jahren fruchtbringend gewirkt hat, ist durch die Neuordnung auch für die höheren Schulen zum Siege gelangt. Mit dem Arbeitsgedanken stehen die freien Arbeitsgemeinschaften der Schule, die durch die Reform neu eingeführt werden, in engster Beziehung.

D. Volkshochschule.

Die 1919 gegründete Volkshochschule will, wie es in ihren Satzungen heißt, mithelfen, daß die breitesten Schichten unseres Volkes bewußten und lebendigen Anteil an den reichen Kulturschätzen unseres Landes nehmen und einen richtigen Einblick in seine staatlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse gewinnen. Sie will den Volksgenossen, denen der Zugang zur höheren Bildung bisher erschwert war, eine wissenschaftliche Vertiefung ermöglichen, indem sie zur Selbständigkeit des Denkens, zur Freude an geistiger Arbeit und zum zielbewußten Selbststudium führt. Die Volkshochschule hat sich im Laufe der Jahre immer mehr eingebürgert und vereinigt zur Zeit 700 Hörer, von denen eine große Anzahl der werktätigen Jugend angehört.

Die rasche Entwicklung der Liegnitzer Schulen in den letzten 20 Jahren möge durch folgende Übersicht gekennzeichnet werden:

	1903	1926
A. Volksschulen:		
Zahl der Klassen	126	190
Zahl der Lehrer und Lehrerinnen	113	188
Zahl der Schüler und Schülerinnen	6531	7221
B. Mädchenmittelschule:		
Zahl der Klassen	14	12
Zahl der Lehrer und Lehrerinnen	17	15
Zahl der Schülerinnen	521	358
C. Höhere Schulen:		
Zahl der Klassen	37	53
Zahl der Lehrer und Lehrerinnen	44	70
Zahl der Schüler und Schülerinnen	1115	1568

Allerdings sind in den letzten 20 Jahren auch die von der Stadt zu leistenden Ausgaben für ihre Schulen außerordentlich gewachsen.

Trotz der großen finanziellen Opfer, welche die Stadt für ihre Schulen bringen muß, und deren Bedeutung keineswegs verkannt werden darf, wird sie auch in Zukunft, soweit es die zur Verfügung stehenden Mittel nur irgend gestatten, alles daransetzen, ihr Schulwesen immer weiter auszubauen. Hat doch in keiner Zeit der Wert einer guten Schulbildung eine so allgemeine Anerkennung gefunden wie in der Gegenwart, und hat man doch nie mehr als

in unseren Tagen es als unabläſſige Pflicht von Staat und Kommune erkannt, nach dem Verluſt der äußeren Güter den Kindern unſeres verarmten Volkes durch eine gute Schulbildung zu helfen, ihren Weg durchs Leben zu finden. In allen Kreiſen unſeres Volkes iſt daher heute die Überzeugung vorhanden, daß die Schule eine Volksſache von größter Bedeutung iſt. Aber auch noch in anderem Sinne iſt die Schule eine Angelegenheit des ganzen Volkes, indem ſie das Ziel verfolgt, „lebendige Staatsgeſinnung, Vaterlandsliebe und Gemeinſinn zu ſchaffen und zu ſtärken und auf Grund eines klaren Verſtändniſſes der Bedingungen, der Eigenart und der Verfaſſung unſeres Staates zu eigenem Verantwortungsgefühl und zum Pflichtbewußtſein ſeinen Ordnungen gegenüber zu erziehen". In allen Schulen wird daher die ſtaatsbürgerliche Erziehung als eine der wichtigſten Fragen betrachtet und die Staatsbürgerkunde als Fach und als Prinzip gepflegt. Die Schüler müſſen zu der Einſicht geführt werden, daß wir nicht um unſerer ſelbſt willen da ſind, ſondern daß wir unſerem Volke mit allen Kräften dienen müſſen, daß die Intereſſen des einzelnen unlösbar mit dem Ganzen verbunden ſind, daß der Staat mehr iſt als Familie und Beruf, mehr als ein Intereſſen- und Zweckverband. Wenn die Schule in dieſem Sinne ihre Aufgabe auffaßt, dann werden die Kapitalien, die für ſie verwendet werden müſſen, reiche Zinſen tragen.

Die Ritterakademie und das staatliche Gymnasium Johanneum

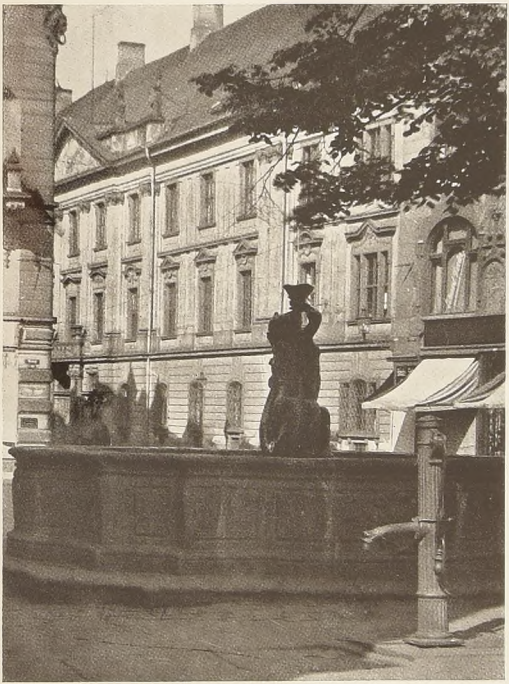
Von Studiendirektor Stadtrat Dr. Buddee.

Im Jahre 1908 feierte die Ritterakademie ihr 200jähriges Jubiläum. Aus der Festschrift, die Professor Dr. Pfudel aus diesem Anlaß verfaßte, sei hier Folgendes angeführt:

Der Piastenherzog Georg Rudolf (1612—53) gründete im Jahre 1646 aus seinem Privatvermögen das fürstliche St. Johannisstift in Liegnitz zur Erhaltung der evangelischen Kirchen und Schulen. Die reiche Stiftung bestand aus dem Kapitalvermögen der Johanniskirche, aus einer größeren Zahl von Landgütern und Vorwerken, aus sieben Häusern bei der Johanniskirche, einer umfangreichen Bibliothek und einigen kleineren Einkünften. Als 1675 das Fürstenhaus der Piasten erlosch, zog Kaiser Leopold I. die Fürstentümer Liegnitz, Brieg und Wohlau als erledigte böhmische Lehen ein und legte zugleich Beschlag auf das Vermögen des St. Johannisstifts. Infolge des Eingreifens des Schwedenkönigs Karl XII. gab Josef I. nach der Altranstädter Konvention 1707 die Johannisstiftung wieder heraus und machte zugleich den evangelischen Ständen des Fürstentums Liegnitz den Vorschlag, daß aus den Mitteln des Stiftes eine paritätische Ritterakademie für den schlesischen Adel gegründet werden sollte. Die Stände gingen auf dieses Anerbieten ein. In den schon vorhandenen Johannisstiftshäusern wurden Lehrzimmer und Wohnungen für die Akademisten eingerichtet, und am 11. November 1708 wurde die neue Bildungsstätte durch einen feierlichen Akt auf dem hiesigen Schlosse eingeweiht.

Die Ritterakademien, die Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts gegründet wurden, trugen dem damaligen Bildungsideal Rechnung; dies bestand in der Heranbildung des vollendeten Hofmannes, der für die Stellung bei Hofe oder im Staatsdienst sprachliche und sachliche Kenntnisse benötigte, aber auch durch feines äußeres Benehmen sich von der Masse unterschied. Alle diese Ritterakademien waren mit Alumnaten verbunden. Der Unterrichtsbetrieb war akademisch. In Liegnitz hatte die Leitung ein aus dem schlesischen Adel ausgewählter Direktor. Unter ihm standen drei Professoren, die in wöchentlich je acht Stunden Vorlesungen hielten über Rechtswissenschaft, Philosophie, Mathematik, deutsche Literatur, Geschichte, Politik, Genealogie, Heraldik, Fortifikation, Geschützwesen und Architektur. Ein Sprachmeister gab in acht Wochenstunden französischen und italienischen Unterricht, drei Exerzitienmeister hatten täglich in fünf Stunden die Zöglinge im Reiten, Fechten, Voltigieren, Exerzieren und Tanzen zu üben. Die Akademisten hatten bei ihrer Aufnahme die Wahl, ob sie nur die Exerzitien oder auch die wissenschaftlichen Studien betreiben wollten. Wie hoch die körperliche Ausbildung bewertet wurde, ergibt sich schon daraus, daß das Gehalt des Reitlehrers bedeutend größer war als das des Direktors. Auch war der erste Neubau, den man 1709 vornahm, die Reitbahn (an der Rosenstraße).

Bei dem anwachsenden Besuch der Akademie genügten die Räume in den Johannisstiftshäusern bald nicht dem Bedürfnis. Daher erwarb man aus Stiftsmitteln die 19 Bürgerhäuser, die mit den Stiftshäusern zusammen ein großes Straßenviereck bildeten, und erbaute 1728—38 nach dem Entwurf des Akademieprofessors Hertel im Wiener Barockstil das heutige Akademiegebäude (an der Haynauer und Johannisstraße).



Brunnen am Fischmarkt und Ritterakademie Phot. Schumm, Liegnitz

Friedrich der Große änderte nach der Eroberung Schlesiens nichts Wesentliches an dem Universitätscharakter der Akademie. Erst 1774 ließ er diese durch seinen hochverdienten Kultusminister Freiherrn von Zedlitz gründlich revidieren, und darauf wurde an dem Hochschulbetrieb manches geändert. 1788 wurde die freie Bewegung der Zöglinge durch die Einführung von drei Inspektoren eingeschränkt, die den häuslichen Fleiß und die sittliche Führung

der Alumnen zu überwachen hatten. Auch sonst nahm die Akademie immer mehr den Charakter einer Schule an: die Zöglinge wurden nach ihren Kenntnissen in zwei Klassen eingeteilt, und die lateinische Sprache wurde als allgemeines Lehrfach eingeführt.

Als nach dem Zusammenbruch Preußens Wilhelm von Humboldt die Schule reorganisierte, wurde die Ritterakademie 1811 in ein Gymnasium umgewandelt, dessen Besuch nicht nur den Zöglingen des Alumnats, sondern auch gesitteten, in der Stadt wohnenden jungen Leuten adligen und bürgerlichen Standes gestattet sein sollte. Es konnten von nun an auch Bürgerliche als Pensionäre in das Alumnat eintreten. Bald hob sich die Schülerzahl, und als bei der Einführung des Klassenunterrichts die Räume nicht mehr ausreichten, errichtete man 1822/23 das noch jetzt bestehende Lehrgebäude (am Kohlmarkt).

Die Organisation der Ritterakademie wurde noch mehrfach geändert. Seit 1853 stand ein Direktorium an der Spitze, dem der Kurator und der Gymnasialdirektor angehörten. 1897 traten an die Stelle der Zivilinspektoren, die gleichzeitig Lehrer am Gymnasium waren, Militärinspektoren, die dem Kurator unterstellt waren.

Ende der achtziger Jahre kam die Stiftung durch die Herabsetzung des Zinsfußes und die Erhöhung der Gehälter in finanzielle Schwierigkeiten. Diese führten dazu, daß das Gymnasium Ostern 1901 von der Akademie losgelöst und verstaatlicht wurde. Seit 1903 führt es den Namen Gymnasium Johanneum. Die Ritterakademie hat der Anstalt die erforderlichen Räume zu stellen und sie instand zu halten, auch die Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Schulräume ist Sache der Akademie. Dafür sind ihre Zöglinge Schüler des Johanneums.

Nach 1918 hat sich an der Organisation nichts Wesentliches geändert. An der Spitze der Ritterakademie steht der Kurator (zur Zeit Graf von Rothkirch-Trach). Die Leitung des Alumnats liegt in den Händen des Gouverneurs, der den Kurator auch in geschäftlichen Angelegenheiten vertritt; er wird im Internat von einer Hausdame und von einem Erzieher unterstützt.

Das palastartige Akademiegebäude würde einen viel großartigeren Eindruck machen, wenn es nicht an einer engen Straße stände. Das Erdgeschoß ist einfach gequadert, die beiden durch ein Gurtgesims geteilten Obergeschosse sind durch Wandstreifen gegliedert. Die Hauptseite hat an der Haynauer Straße in ihrem Mittelbau eine breite Durchfahrt mit zwei Seitenpforten. Darüber ruht ein mit vier Urnen verzierter halbrunder Balkon auf je zwei übereck gestellten römischen Säulen. Oben schließt der Mittelbau mit einem Giebel ab, in dessen Feld Embleme und Instrumente im Relief angebracht sind. Auf den beiden Attiken, die sich dem Giebel rechts und links anschließen, stehen vier Figuren von der Hand des Liegnitzer Bildhauers Hübner, die symbolisch die Gnade des Kaisers, die Akademie, den Adel und den Fleiß darstellen.

Betritt man den Hof, der in seiner Gesamtwirkung außerordentlich reizvoll und ohne Frage der schönste Hofraum in Liegnitz ist, so hat man das Unterrichtsgebäude vor sich. In seinem zweiten Stock befindet sich ein großer Saal mit zwei Fronten; er dient der Bibliothek des Gymnasiums. An den Wänden steht auf hohen Regalen die alte Piastenbibliothek, die Bibliotheca Rudolfina, mit ihren 6000 schweinsledernen Bänden, während der Mittelraum die doppelt so große Bücherfammlung aus der späteren Zeit beherbergt.

An das Lehrgebäude grenzt die alte Reitbahn, die seit dem Weltkriege anderen Zwecken dient. Die beiden Pferde aus Sandstein vor ihrem Eingang stammen auch von dem schon genannten Hübner. Über dieser Reitbahn wurde 1902/03 durch einen Um- und Ausbau der prachtvolle, weiß gehaltene „Königssaal" hergestellt, der bei feierlichen Gelegenheiten als Festraum dient. Die zahlreichen Fenster an der Hof- und Straßenseite sind mit den Wappen der Adelsfamilien verziert, die Beiträge zu den Gesamtkosten des Bauwerkes beigesteuert haben. Für den Treppenaufgang zu diesem Saal ist ein runder Turm errichtet, der nur vom Hofe aus zugänglich ist.

Nach dem Weltkriege ist auf dem Hofe ein eindrucksvolles Denkmal in der Gestalt eines ruhenden Löwen errichtet worden; es ist ein Ehrenmal für die gefallenen ehemaligen Zöglinge. Ehrentafeln mit den Namen aller gefallenen früheren Schüler des Gymnasiums hängen als Hauptschmuck in der Aula der Anstalt.

Die Ritterakademie besitzt an der Ecke der Franziskaner- und Karlstraße einen fast 1 ha großen Garten, der den Leibesübungen und der Erholung der Zöglinge dient. In ihm befinden sich auch die Turnhalle und der Turnplatz des Gymnasiums Johanneum.

Die Theaterpflege in Liegnitz

Von Stadtrat Jaensch.

Liegnitz ist eine der wenigen Städte des alten Niederschlesien, deren Theaterleben bis weit in das 18. Jahrhundert zurückreicht. „Fahrende Komödianten" waren in der Piastenstadt gern gesehene Gäste und ließen oft den Thespiskarren im „Kaufhaus" Rast halten. Das 1491 erstandene Kaufhaus nahm an der Großen Ring-Seite einen Teil des Platzes ein, wo heute die Jesuiter-Apotheke und das Kaffee Hauptwache sich erheben. Im Volksmund „Tanz"- oder „Schmetterhaus" genannt, barg dieses Gebäude auch die Festräume der Bürgerschaft, den „Comediensaal", der gegen Ende des 18. Jahrhunderts „zum Behuf des Schauspiels recht zweckmäßig aptiert" wurde, aber nur ein schmaler, finsterer Raum war.

Es war in des Wortes vollster Bedeutung eine Kunstleistung für die Regisseure jener Zeit, ein Stück, das etwas Anforderungen an die Ausstattung stellte, auf dieser Bühne zu geben.

Dennoch blieb dieser Saal bis 1842 die einzige Stätte, wo der Mimen Kunst Ruhmeskränze geflochten wurden. Die „Königlich Preußische privilegierte Fallersche Schauspielergesellschaft" erfreute alljährlich 1—2 Monate und länger unsere Vorfahren mit Schau- und Lustspielen, Schwänken und teilweise auch Opern. Anfang des 19. Jahrhunderts fand diese Gesellschaft in der Butenopschen Truppe ernsthafte Konkurrenz und beide wetteiferten in kürzeren oder längeren Spielzeiten fast ein halbes Menschenalter lang auf den Brettern, die die Welt bedeuten, um die Gunst der Liegnitzer.

Worin bestanden die Darbietungen jener Zeit? Im Winter 1811 wartete die Butenopsche Gesellschaft mit einem Trauerspiel, 6 Schauspielen, 1 Tragikomödie, 1 Oper, 1 Singspiel, 22 Lustspielen und 25 Balletts auf, wobei zu berücksichtigen bleibt, daß jede Vorstellung aus ein oder 2 Lustspielen und 1 Ballett bestand. Schiller mußte sich dabei mit einer einzigen Abendausfüllung begnügen, während es Kotzebue auf 12 Vorstellungen brachte. Damals setzten Bestrebungen ein, die zu einem Aufschwung der dramatischen Kunst führten und die klassischen Werke in den Vordergrund stellten. Aber diese Veredelung des Geschmackes, mit einer Mischung gemütlicher Zerstreuung, wich bald wieder dem Drang nach Musik und Ballett, was in starker Bevorzugung der Oper Ausdruck fand. Die Klassiker verschwanden fast völlig und nur volkstümliche Schauspiele von Raupach und Birch-Pfeiffer sowie Kotzebuesche Sachen besaßen ein Lebensrecht.

Im Laufe der Jahre gestalteten sich die Theaterverhältnisse immer bedenklicher und die städtischen Körperschaften erfüllte die ernste Sorge, wie den unhaltbaren Raumverhältnissen im Comediensaal Abhilfe geschaffen werden könnte.

Dem Kaufhaus gegenüber lag das „Gewandhaus" mit seinen Verkaufskammern im Erdgeschoß und darüber in einem Saale die städtische Rüstkammer. Für die Unterhaltung dieses aus dem 14. Jahrhundert stammenden Gebäudes wurde nur das Allernotwendigste aufgewendet, so daß es nicht überraschte, als 1833 sein der Fimmlerstraße zugewandter Nordgiebel einstürzte. Aus dem Schutt sollte nach dem Wunsche der Stadtverordneten ein neues

Schauspielhaus erstehen. Im Gegensatz dazu beabsichtigte der Magistrat, den Baugrund zu veräußern und aus einem Teile des erzielten Erlöses am Haynauer Tor ein weniger kostspieliges Theatergebäude zu errichten. Der dadurch drohende „Konflikt" wurde durch Eingreifen der angerufenen Regierung zugunsten der Stadtverordnetenversammlung behoben, vielleicht zum Schaden der heute sehr dringend gewordenen Umgestaltung unseres Theaters, die mit erheblich weniger Schwierigkeiten verknüpft wäre, wenn nicht die aus dem 16. Jahrhundert stammenden, sich eines besonderen Altertumschutzes erfreuenden Heringsbauden es einengten.

Der Bau des Theaters erfolgte nach Entwurf und Plänen des Breslauer Oberbaurats Karl Ferdinand Langhans. Die Enge des zur Verfügung stehenden Platzes ließ keine tiefe Gliederung des Gebäudes zu und die Hauptfront mußte auf die schmale Seite der Fimmlergasse verlegt werden. Innerhalb eines Zeitraumes von knapp drei Jahren erstand der für die damalige Zeit wuchtige, festungsartig emporstrebende Bau, der noch heute trutzig das Alte Rathaus, mehr aber noch die daneben liegenden kleinen Heringsbauden, hoch überragt. Mehr als acht Jahrzehnte haben an seiner äußeren Gestalt so gut wie nichts geändert, wenn man von den beiden Treppenanbauten absieht, die nach der großen Ringseite zu zwischen Theater und Heringsbauden eingefügt wurden. Läßt man weiter auch den aus Sicherheitsgründen erfolgten Einbau eines eisernen Vorhanges und die dadurch bedingten Umänderungen sowie die Hinzunahme eines Teils des Alten Rathauses als Bühnenhinterraum und Dekorationsaufbewahrungsstätte, sowie die Dienstbarmachung eines der kleinen Häuschen am Ring zu Garderobenzwecken beiseite, so ist im großen ganzen auch das Innere des Theaters so erhalten geblieben, wie es 1842 gestaltet wurde. In bühnentechnischer Hinsicht haben allerdings die letzten drei Jahre erhebliche Neuerungen gebracht. Als wesentliches Hilfsmittel dient heute zur Gestaltung des Bühnenbildes und zur Belebung von Stimmungen die wechselnde Farbengebung. Die neueren Bühnenschöpfungen sind in viel höherem Maße davon abhängig, weshalb eine moderne Horizont-, Spielflächen- und Rampenbeleuchtung eingebaut wurde. An die Stelle der wirkungslosen, flachen Dekorationshintergründe trat der bewegliche Rundhorizont mit dazugehörigem Wolkenapparat und seiner äußerst vielseitigen Verwendungsmöglichkeit.

Als am 1. Weihnachtsfeiertag 1842 das neue Gebäude mit einer Aufführung des Halmschen Dramas „Der Sohn der Wildnis" seinem Zweck übergeben wurde, hatte Liegnitz 14 000 Einwohner. Heute, 85 Jahre später, sind es etwa 74 500 geworden und noch immer ist die Raumfassung des Theaters unverändert geblieben: zirka 600 Plätze, von denen allerhöchstens 400 als vollwertige Sitzplätze anzusprechen sind.

An Nebenräumen und Wandelgängen, in denen jung und alt in den Pausen plaudern kann, gebricht es völlig. Aber gerade diese Promenade gehörte schon vor 100 Jahren zu den Selbstverständlichkeiten eines Theaterabends und ist auch heute, im Zeitalter der haftenden Modeschöpfungen, mehr denn je ein dringendes Erfordernis, das letzten Endes aber auch als Mittel zur Hebung des Theaterbesuchs nicht allzu gering eingeschätzt werden darf. Zu berücksichtigen ist ferner, daß auch die Bühne mit ihren Neben- und Unterräumen, sowie die Künstlergarderoben den notwendigen Anforderungen nicht mehr genügen, worunter oft die Wirkungen des Gebotenen Schaden leiden (man denke nur an die langen Umbaupausen). Eine Änderung der Raumverhältnisse des Theaters muß erfolgen. Schwer zu lösen ist nur das Wie? Ein

Neubau wäre vielleicht das Ideal, — aber die rauhe Gegenwart mit ihren Wirtschafts- und sonstigen Nöten gibt für Jahre hinaus kaum die Möglichkeit zu Millionenausgaben. Bleiben also nur unaufschiebbare und bescheidene Wünsche im Rahmen des Erreichbaren: Ein Aus- und Umbau! Dem stehen vielleicht weniger finanzielle als mehr sachliche Schwierigkeiten und Hindernisse (Heringsbauden) im Wege.

Am 4. April 1842 fanden sich zum letztenmal im Comedienſaal die Musen zu fröhlichem Spiel ein und bereits einige Wochen später sank die Stätte jahrzehntelanger Kunst in Trümmer. Im Stadttheater aber hielt am 1. Weihnachtsfeiertag des gleichen Jahres Thalia, freudig begrüßt, ihren Einzug und blieb dort bis heute der Bürgerschaft eine treue Freundin, die durch ihr Schaffen eine Brücke über Leid und Freud' aller Zeiten schlug hin zu den Ufern ungetrübtesten Kunstgenusses. Für kritisch veranlagte Theaterbesucher von heute mag erwähnt werden, daß man damals für Loge und Sperrsitz 12½, Parterre 10, Mittelgalerie 6 und Seitengalerie 4 Silbergroschen pro Person an Eintrittsgeld zahlen mußte. In den ersten Jahren mußte Thalia die neue Stätte ihres Wirkens mit Terpsichore teilen, da der Zuschauerraum in Verbindung mit der Bühne der Bürgerschaft bei Ballfestlichkeiten größeren Stils zur Verfügung gestellt wurde.

Im neuen Musentempel mimte noch eine Reihe von Jahren die Butenopsche Künstlerschar im Wechsel mit anderen Gesellschaften. Wer nennt all die Namen der Leiter und Theatergesellschaften, welche nach Butenop bis in die Gegenwart kamen und gingen und im Stadttheater mit wechselndem künstlerischen, im allgemeinen aber wenig materiellem Erfolg das Zepter schwangen und entsprechend dem stetig im Fluß befindlichen Geschmack des Publikums diese oder die andere Bühnengattung besonders förderten und pflegten. Das Schau- und Lustspiel stritt jahrelang unter wechselndem Erfolg mit der Oper um die erste Stelle im Spielplan. Im Laufe der Jahrzehnte traten um die Gunst des Publikums andere stärkere Mitbewerber auf; — die leicht geschürzten Musen: Posse, Schwank, Singspiel, klassische, vor allem aber Ausstattungs-Operette.

Vor Würdigung der letzten Jahre Liegnitzer Theaterpflege nur einige Worte über unsere sommerlichen Bühnen. Nach einigen vorhergegangenen weniger erfolgreichen Anläufen wurde 1876 im Wilhelmsbad die erste dauernde Sommerbühne geschaffen, die sich bis zu ihrer 1906 durch Brand erfolgten Zerstörung mit starkem Erfolg der sorglos-heiteren Unterhaltung und dem harmlosen Genuß widmete. An ihrer Stelle erstand 1906 in der Haynauer Straße eine neue Bühne, welche die Aufgaben sommerlicher Kunst bis in die Gegenwart pflegte. Zeitweilig, so unter Röbbeling, Karl Weiß und nicht zuletzt unter Biller, erhoben sich die Leistungen dieses Theaters mit ihrem literarisch-künstlerischen Gehalt weit über den üblichen Rahmen einer Sommerbühne hinaus — leider aber stand der finanzielle Erfolg meist im umgekehrten Verhältnis dazu.

Im Jahre 1921 wurde Hanns Biller, dessen sechsjähriges Wirken im Sommertheater Anerkennung gefunden hatte, zum Leiter des Stadttheaters gewählt. Er übernahm im Herbst 1922, in der Zeit schlimmster Inflation, seine Tätigkeit und damit zugleich ein Bündel schier unüberwindbarer Sorgen. Theaterpflege brachte in damaliger Zeit ernste Sorgen, die auch heute noch mit unverminderter Schwere auf allen deutschen Theatern lasten. Zu den gegenüber der Vorkriegszeit fast um das Doppelte gesteigerten Betriebskosten kam die aus dem Kriege und der Nachkriegszeit geborene Umschichtung aller Verhältnisse, die weiten Kreisen

treuer Theaterfreunde den regelmäßigen Besuch unmöglich machte. Umtobt von Rundfunk, Kino und Tanzdielen ist heute der Kampf der Schaubühne um ihre Daseinsberechtigung ein äußerst schwerer. Ohne Stützung seitens der öffentlichen Hand, gleichviel ob Staat oder Gemeinde, ist die Erhaltung eines Theaters in den meisten deutschen Städten fast zur Unmöglichkeit geworden. Dem konnte sich auch Liegnitz nicht entziehen, weshalb seit 1924 neben freier Stellung des Theatergebäudes einschl. Heizung und Beleuchtung, alljährlich noch ein Barzuschuß zur Aufrechterhaltung des Betriebes geleistet werden muß. Als Folge stellten sich natürlich eine Reihe vertraglicher Bindungen für den an sich noch als privat anzusprechenden Theaterbetrieb ein, so daß zum städtischen Regietheater heute nur noch ein kleiner Schritt ist.

Trotzdem war es nicht durchführbar, unser Theater zu einem absoluten Schauspielhaus zu gestalten. Ob dies überhaupt je möglich sein wird, das zu erörtern geht über den Rahmen dieses Artikels hinaus. Starke Besucherorganisationen und noch größere finanzielle Opfer wären die erste Voraussetzung hierzu. Aber selbst dann dürfte der Erfolg noch zweifelhaft bleiben, da die Bühnenkunst, die bunte „Welt des Scheins", noch immer eine Welt für sich umschließt, in welcher auf vorgeschriebenen Wegen zwangsläufig zu wandeln, wohl die große Mehrzahl der Theaterbesucher ablehnen würde. Viel näher liegt bei solchem Zwang aber auch die Gefahr, daß das Publikum zu neu erstehenden seichteren „Kunststätten" abwandert, auf deren Darbietungen wir keinerlei Einfluß besitzen.

Unser Theater pflegt zur Zeit neben Schau- und Lustspielen und den dazu gehörenden leichten Musen vornehmlich Operette und mit einjähriger Unterbrechung auch die Oper. Dieser Dreiklang des Spielplans erleichtert naturgemäß einem Provinztheater nicht die ungetrübten Freuden an rein künstlerischem Schaffen. Wieviel einfacher gestaltet sich da das Theaterleben der Großstadt mit den Spezialbühnen für jedes Gebiet. Für ein Provinztheater kommt noch hinzu, daß der rasche Wechsel der Spielfolge, bedingt durch den beschränkten Besucherkreis, an den Kräfteverbrauch der Darsteller Anforderungen stellt, die oft über menschliches Vermögen des einzelnen hinausgehen und damit der Geschlossenheit des Gesamtbildes Abbruch zufügen. Direktor Biller ist während seines Wirkens am Stadttheater bemüht gewesen, sich den für seine Wahl bestimmend gewesenen Ruf als ein Bühnenleiter von idealem Streben und künstlerischem Schaffen zu erhalten. Soweit ihm dabei Fehlgriffe unterliefen, darf nicht vergessen werden, daß zwischen Wollen und Vollbringen der Dornenweg der Tat liegt, der oft gepflastert ist mit Imponderabilien, deren Aus-der-Welt-schaffen nicht immer nur im Belieben des Bühnenleiters liegt. Seine besondere Neigung zog ihn von jeher zum modernen Schauspiel, und mit welch künstlerischem Empfinden er gerade dabei festgefügte Bühnenbilder von starker Wirkung zu gestalten wußte, das lehrte der Spielwinter 1925/26 mit „Heilige Johanna" (Shaw), „Kreidekreis" (Klabund), „Überfahrt" (Vane), „Heinrich IV." (Pirandello) und „Fröhlicher Weinberg" (Zuckmayer), die ihm als Regisseur ihren Erfolg verdanken. Trotz der unserer Theaterleitung vom Publikum mit dem Goethewort: „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen, und jeder geht zufrieden aus dem Haus" aufgezwungenen Marschrichtung hat sie neben moderner und Auslandsware dennoch ihre Pflichten gegenüber dem sonstigen Schau- und Lustspiel nicht vernachlässigt. Daß bei den neueren Operetten die eine oder die andere nicht „Qualitätsware" war, hat das Gesamtbild nicht getrübt und wird sich

auch in der Folgezeit nicht vermeiden lassen. Auch in der Oper erfolgten Leistungen, die für das künstlerische Niveau unseres Stadttheaters nur als Plus zu buchen sind.

Da der Schreiber dieses Artikels als Theaterdezernent den Dingen persönlich zu nahe steht, ist es vielleicht angebracht, als Interpret für die Leistungen unseres Theaters noch dem „Liegnitzer Tageblatt" das Wort zu geben, in dem am 14. April 1926 Michael Haupt im Rückblick über die Winterspielzeit u. a. schrieb: „Eine unverkennbare künstlerische Linie zog sich durch den Spielplan. Wo hie und da an den „Geschmack" des breiten Publikums Zugeständnisse gemacht werden mußten, dient zur Entschuldigung, daß auch das Theater ein privatwirtschaftliches Unternehmen ist. Dennoch waren diese Zugeständnisse gering. Der künstlerische Ernst des Spielplans überwog, und mit ihm hat Direktor Hanns Biller bewiesen, daß es auch in wirtschaftlicher Krisenzeit möglich ist, ein der Größe unseres Theaters entsprechendes, öfter sogar überragendes Kunstniveau zu halten. Die Winterspielzeit 1925/26 unter Hanns Billers Leitung bewegte sich in aufsteigender Linie. Sie war ein künstlerischer Erfolg." Möge dies auch in Zukunft so bleiben.

Im grauen Alltagseinerlei können wir der Theaterkunst — trotz Kino und Rundfunk — als der Schaubühne des Lebens nicht entraten. Sie bleibt ein wichtiger Kulturfaktor für alle Schichten der Bürgerschaft und der Stand des jeweiligen Theaterlebens ist unzweifelhaft auch ein Maßstab für das kulturelle Niveau der Bürgerschaft selbst. Deshalb gehört Theaterfreudigkeit und Erziehung zum Theaterbewußtsein zu den Aufgaben einer sich ihrer kulturellen Pflichten bewußten, vorwärtsstrebenden Bürgerschaft. Wirkliche Kunst kann nur lebensstark und tatenfroh gedeihen, wenn Gebende und Nehmende sich gemeinsam stützen in aufbauender Arbeit.

Musikpflege

Von Franz Linke.

Wie Liegnitz immer an der Spitze der Städte marschierte, wenn es galt, Wissenschaft und Kunst zu fördern, so ist in seinen Mauern auch die Musikkunst in hohem Maße gepflegt worden, als einer der wichtigsten Zweige der Kultur, der zur Veredelung der Menschen und ihrer Sitten, aber auch zu ihrer Freude und Belustigung beiträgt.

Aus den ältesten Zeiten mangeln uns Berichte darüber, wie sich in Liegnitz die Musik entwickelt haben mag. Als die Musikkunst schon größere Bedeutung im Volksleben gewonnen hatte, wurden kleine Musikkapellen gegründet, Stadtpfeifer genannt, über die der Stadtpfeifer gesetzt wurde. Diese kleine Kapelle hatte verschiedenen öffentlichen Obliegenheiten zu dienen, z. B. hatte sie die Verpflichtung, vom Turm die Tischzeit und die Nachtstunden auszublasen, eine Übung, die noch im Beginne des 19. Jahrhunderts bestand, an Sonn- und Festtagen hatte sie die Musik zu stellen. Die Gemeinde erließ aber für die Musiker noch Vorschriften, die gewissermaßen deren Moral ins Auge faßten. Es war ihnen nämlich verboten, sich zu betrinken, zu schelten und zu fluchen. Dem Führer stand außer der Besoldung das alleinige Recht zu, in der Stadt und Vorstadt zu Hochzeiten und Tanzbelustigungen die Musik zu stellen. Auch die Kirchenmusik in der katholischen Kirche lag ihm ob, wofür ihn das Johannesstift entschädigte. Nicht gar zu lange dauerte es, und die musikalischen Kräfte beanspruchten im Betätigungsdrange ganz von selbst ein größeres Arbeitsfeld, auf dem sie Höheres leisten wollten.

Anfang Februar 1843 wurde das neu ausgebaute Stadttheater mit einem glänzenden Ball eröffnet, und nun, nachdem ein schöner Rahmen zu festlichen Musikaufführungen geschaffen war, entfaltete sich regeres musikalisches Leben auf gutem Boden, das hauptsächlich durch einen jungen Beamten der Regierung geweckt und unterhalten wurde. Assessor Hampe, ein hervorragender Pianist, förderte das Musikleben, indem er Konzerte veranstaltete und Gesangsunterricht unentgeltlich erteilte, er gründete den Verein zu den musikalischen Übungen, dessen Abonnementskonzerte in der Ritterakademie stattfanden. Die von Hampe begründeten Abonnementskonzerte wurden fortgeführt von dem an der Ritterakademie tätigen Musiklehrer Franz Mattern. Ihm schloß sich ein junger Gelehrter, Dr. Schmieder, an, der nicht nur ein begabter Komponist, vielmehr auch ein vortrefflicher Klavierspieler war, und der in Wien die Bekanntschaft Beethovens gemacht hatte. Dieser gewinnt musiktätige Dilettanten und förderte mit ihnen das musikalische Leben von Liegnitz. Zum 1. September 1835 zwecks Teilnahme am Königsmanöver sagt sich der Hof an, und um dieses Ereignis festlich zu gestalten, kommen führende Männer der Musik überein, ein großes Konzert in der Liebfrauenkirche aufzuführen. Dr. Schmieder, Stadtsyndikus Reinsch und Ratsherr Bornemann sammeln etwa 450 Sänger, und unter Leitung des Direktors Kawerau aus Bunzlau wird ein Tedeum, ein Kyrie von Maßlinger, zwei Motetten und eine Hymne für Doppelchor mit Orchester in Gegenwart des Königs vorgetragen.

Antrieb in die Breite und Tiefe erhält das Liegnitzer Musikleben, als Benjamin Bilse als Musiker bekannt wird. Er, der Sohn des Schwarzkretschamwirts Bilse, erhielt seine tiefgründige musikalische Ausbildung bei dem Stadtmusikus Scholz, einem guten Musiker und vortrefflichen Geiger, und als später Bilse, bei dem sich vorteilhaftes Äußere mit ungewöhnlich künstlerischer Befähigung verband, erster Geiger der Stadtkapelle wurde, war er der erklärte Liebling der Liegnitzer. Im Ratskeller werden nicht nur Sinfonien aufgeführt, klassische Kammermusik gepflegt, auch der Wiener Walzer von Strauß, Vater und Lanner gelangen zum Vortrag und mit einem Schneid, der jeden Vergleich aushielt. Bilse reist nach Wien, um dort die Auffassungen und die Art des Vortrages der beiden Walzerkönige zu studieren. Nach seiner Rückkehr von Wien am 1. Oktober 1842 eröffnet er seine erste Konzertsaison. Der große ideale Erfolg seiner künstlerisch bedeutenden Konzerte mußten ihn entschädigen für die außerordentlichen Sorgen um das tägliche Brot, die ihm trotz Genie und Fleiß und trotz Zuneigung des Liegnitzer Publikums nicht erspart blieben.

Inzwischen dezentralisierte sich das Musikleben von Liegnitz immer mehr. Außer der Stadtkapelle unter der trefflichen Leitung Bilses konzertiert die Kapelle des Bataillons, das sich in Liegnitz in Garnison befindet. Außerdem war ein Orchester unter dem Musiker Johann Gottlieb Thamm tätig. Die Singakademie zu Liegnitz erhält einen ihrer vorzüglichsten Leiter, sie wählt zum Nachfolger Kantor Sauermanns den 1818 zu Lichtenau geborenen Wilhelm Tschirch, einen äußerlich unscheinbaren Mann von zurückhaltendem Wesen, aber ein musikalisches Genie. 1842 wird von einigen Lehrern der Männergesangverein gegründet, doch nach dem ersten Sängerfest geht dieser Verein dem Verfall entgegen. Da übernimmt der Kantor von Peter und Paul, Tschirch, die Leitung und verbindet ihn mit der Singakademie, damit beide Gesangskörper vereinigt zu größeren Aufgaben geführt werden können. Aufführungen von Oratorien im Stadttheater, Abonnementskonzerte ebenda finden vor begeisterten Zuhörern statt. 1847 verbindet sich Tschirch mit Bilse zu einem Wohltätigkeitskonzert, das im Stadttheater stattfindet. Selbstloses, harmonisches Schaffen dieser beiden bedeutenden Männer sind das hervorstechende Merkmal jener Zeit, eine der schönsten im Musikleben von Liegnitz. In Anerkennung der Verdienste beider Männer ernennt die Stadtgemeinde Tschirch zu ihrem Musikdirektor, Bilse zu ihrem Kapellmeister.

Rüffer gründet einen neuen Gesangverein unter dem Namen „Liedertafel", der am 5. Februar 1844 im Badehause (jetzt Volkshaus) sein erstes Konzert gibt, Julius Reder, Musiklehrer an der Ritterakademie, gründet 1845 den Volksgesangverein, der vor allem die Handwerker für die Pflege des Männergesanges gewinnen soll.

Wie fast alles Wellenbewegungen durchmacht, so war dieser Erscheinung auch das Liegnitzer Musikleben unterworfen. Es tritt nach und nach ein Verfall ein, der selbst von Tschirch und Bilse nicht abgewendet werden kann — Tschirch fühlt sich in Liegnitz nicht mehr wohl. Auch in der Erwartung, daß für ihn außerhalb von Liegnitz in einer größeren Stadt ein Aufstieg eher möglich sei, sucht er Fühlung nach auswärts. Die Berliner Akademie für Männergesang hat eine Preisaufgabe ausgeschrieben, und auch Tschirch hat sich beworben. Während eines Konzertes, das von einer illustren Hörerschaft, von Aristokraten der Geburt, des Geistes und der Finanz besucht war und dem außer mehreren deutschen Fürsten auch Liszt und Meyerbeer beiwohnten, wird der Preis verkündet und Tschirch zuerkannt. Ihm, der im Konzert anwesend war, wird vom Direktor der Akademie auf weißem Kissen der

Lorbeerkranz überreicht. Der König verleiht ihm die große goldene Denkmünze, der Akademische Verein zu Breslau ernennt ihn zum Ehrendirektor. Tschirch geht, und das Liegnitzer Musikleben erleidet mit seinem Weggang einen unersetzlichen Verlust.

Dr. Schmieder, die Seele des Liegnitzer Musiklebens, verbindet sich mit Bilse zur Aufführung des ersten Liegnitzer Musikfestes. Trotz des unbestrittenen Erfolges und der Bemühungen des Kantors Dorn löst sich die Singakademie auf. 1854 wird das Männergesangquartett gegründet, blüht auf, befruchtet das Liegnitzer Musikleben und besteht heute noch rühmlichst.

Nachdem indessen Bilse seine Kunstreisen angetreten, in Warschau und in den Städten Norddeutschlands und des Ostens mit seinem Orchester Aufsehen erregt hatte, veranstaltete er 1859 in Liegnitz ein größeres zweitägiges Konzert mit der Aufführung des Oratoriums „Auferweckung des Lazarus". 1867 geht er nach Paris, und die Ehren, die er dort erntet, bedeuten gleichzeitig eine Ehrung für Liegnitz; aus Frankreich und Belgien zurückgekehrt, wo er Triumphe erlebt hat, gibt er 1867 das letzte Konzert in Liegnitz, geht nach Berlin, um Liegnitz für immer zu verlassen. Sein Name und sein Wirken bleiben hier jedoch unvergessen.

Organist Buhlmann gründet im Herbst 1864 einen Frauenchor, etwas später einen gemischten Chor.

Die Singakademie rafft sich auf und veranstaltet am 13. Mai 1865 nach zehnjähriger Pause ihr erstes Konzert. Buhlmann aber scheint nicht der geeignete Leiter zu sein. Wilhelm Fritze aus Bremen löst ihn ab. Er stellt sich an die Spitze des Männergesangquartetts und bringt große Chorkompositionen, auch eigene, u. a. 1871 den „Faust" zu vortrefflicher Aufführung.

Im Jahre 1868 wird der Bürgergesangverein gegründet, der heute noch einer der tatkräftigsten Liegnitzer Männergesangvereine ist, der aber in neuerer Zeit unter der Ungunst des Dirigentenwechsels leidet, nachdem der als Musiker talentierte Lehrer Triebs die Chormeisterstelle niedergelegt hat. Im Jahre 1869 gründet sich der Verein der Gesangfreunde, der nunmehr seit mehreren Jahren von unserem städtischen Kapellmeister Karl Gerigk auf eine nennenswerte künstlerische Höhe gebracht worden ist.

Goldschmidt schied am 29. Dezember 1898 aus dem Militärdienst und zog sich völlig zurück. Anfang 1899 wird dem Kapellmeister Max Mehring die Leitung der Königs-Grenadierkapelle zu Liegnitz übertragen. Mehring behält diese Kapelle bis zum Ausbruch des Krieges 1914/1918 und bis zu dessen Ende.

Die Gründung eines städtischen Orchesters erwies sich aber doch, hauptsächlich für das Stadttheater, als notwendig. Kapellmeister Otto Krause, Pächter und Direktor des Stadttheaters, ein feinfühliger Künstler und Musiker, für den der Mangel einer eigenen guten Kapelle besonders fühlbar war, gründete deshalb mit Unterstützung der Stadt am 1. Oktober 1911 ein philharmonisches Orchester, füllt es auf 45 Mann auf mit einem ausgezeichneten Konzertmeister (Müller) an der Spitze, zog es für seine Opern und Operettenaufführungen heran, gab aber mit diesem Orchester gleichzeitig große Konzerte und an den Werktagen für geringes Eintrittsgeld Volkskonzerte, in denen die Solisten der Oper auftraten. Aber auch Krause konnte das Orchester auf die Dauer nicht halten. Nach ihm gründete Dr. Karl Mennecke, ein feinfühliger Musiker, ein Orchester von etwa 45 Mann, das er für die großen Sinfoniekonzerte

auf 65 Mann verstärkte. Auch dieser geistreiche Pianist und Dirigent vermochte sich neben der Grenadierkapelle nicht zu halten. Er starb während des Weltkrieges auf dem östlichen Kriegsschauplatze.

Wir kehren zurück zu den Aufgaben und dem künstlerischen Leben der Chorvereine. Nachdem der Leiter der Singakademie, Wilhelm Fritze, nach Berlin gerufen war, folgte diesem als Leiter dieses Chorvereins Ritter von Welz (ein Schüler Hans von Bülows), der auch an die Spitze des Männergesangquartetts trat und insbesondere die alte Musik pflegte. Doch bereits 1882 wurde er an das Dresdener Konservatorium berufen. Ihm folgte Conrad Heubner, der aber bereits im Jahre 1884 die Berufung als zweiter Dirigent an die Breslauer Singakademie erhielt. Nun wählte die Liegnitzer Singakademie Ludwig Heidingsfeld, der aus Glogau kam. Das Liegnitzer Musikfest im Jahre 1896 war Höhepunkt und Abschluß seiner Tätigkeit bei dem hiesigen Verein. Im gleichen Jahre folgte er einem Rufe nach Danzig, und die Singakademie wählte zu ihrem Dirigenten den Organisten der Liebfrauenkirche, Conrad Schulz. Hatte die Singakademie unter Heidingsfeld Großes und Gutes geleistet, so waren sicherlich noch schöner und fruchtbarer die Jahre unter Conrad Schulz. Wir gedenken des großartigen Musikfestes im Jahre 1902, das im jetzigen Neuen Sommertheater stattfand, und leider gerade nach diesem Fest entstanden in dem Verein Spannungen, die damit endeten, daß Conrad Schulz im Jahre 1903 die Leitung der Singakademie niederlegte und den Liegnitzer Musikverein mit einem Doppelquartett gründete. Die Singakademie löste sich aber trotzdem nicht auf, sondern wählte zu ihrem Dirigenten im Jahre 1903 Marinus Salomons, einen hervorragenden Musiker, begabt sowohl als Pianist wie als Dirigent. Leider verließ uns dieser Künstler bereits im Jahre 1906, und ihm folgte als Leiter der Singakademie der Pianist Karl Grimm, der 1909 als Dirigent der Singakademie abtrat und dieses Amt seinem Nachfolger Wilhelm Schonert, einem hochbegabten Musiker, überließ, dessen Aufführung von Wolf-Ferraris „la vita nuova" uns weit sein Herz erschloß. Auch er fiel dem Kriege zum Opfer.

Neben der Singakademie pflegte der Musikverein in hervorragender Weise den Chorgesang. Unvergeßlich als Erlebnisse werden seine Aufführungen bleiben, von denen nur „Faufts Verdammung" von Berlioz erwähnt werden soll, und es kann wohl schlechthin behauptet werden, daß ihn alle Liegnitzer tief betrauerten, als sein Ableben bekannt wurde.

Zur Singakademie und zum Musikverein gesellte sich ein dritter Chor, der von Wilhelm Rudnick gegründete Chor-Gesangverein. Wilhelm Rudnick, der 1891 nach Liegnitz als Organist an die Peter-Paul-Kirche berufen wurde, gründete aus den Mitgliedern seines Kirchenchores den Chor-Gesangverein. Mit Fug und Recht können wir diesen Meister des Orgelspiels und der Komposition, der jetzt der Nestor der Liegnitzer Musiker ist, zu den bedeutendsten Musikern zählen, die je in Liegnitz gelebt haben. Am 30. Dezember 1850 in Damerkow bei Bütow als Sohn eines Landwirts geboren, bekam er den ersten Unterricht auf dem Seminar zu Bütow, dann auf der neuen Akademie der Tonkunst von Kullak, später auf dem akademischen Institut für Kirchenmusik. Als vorzüglicher Künstler des Orgelspiels erfreute er die Liegnitzer durch seine Abendmusiken in der Peter-Paul-Kirche. Zahlreich sind seine Werke für Orgel, Gesang und Violine, und seine größeren Werke, von denen hervorzuheben sind: „Judas Ischariot", „Der verlorene Sohn", „Jesus und die Samariterin", „Johannes der Täufer", „Dornröschen" und der „Weltheiland".

Der Krieg brach aus, damit ruhte, in höherem Sinne des Wortes verstanden, die Musikpflege; auch nach dem Kriege setzte sie, so aufgefaßt, nicht bald wieder ein, erreichte auch nicht unmittelbar die Blüte vergangener Jahre. Die früheren Militärmusiker schlossen sich zusammen, und schließlich wurde aus ihnen ein qualitativ besserer, fest zusammengefügter Körper, dessen Glieder den begabten Hoboisten Karl Gerigk zum Leiter wählten. Mit eminentem Fleiß widmete sich dieser dem musikalischen Leben von Liegnitz. Sein Bestreben geht dahin, die Klassiker zu pflegen, aber auch die Werke der Jüngeren zu vermitteln. Außerdem hatte Gerigk die Leitung des Vereins der Gesangfreunde übernommen, und nachdem er diesen auf eine solide künstlerische Höhe gebracht hatte, trat er als Chorleiter und als Nachfolger des Chorrektors Gulitz an die Spitze des Männergesangquartetts, wobei nicht unerwähnt bleiben soll, daß vor Gulitz Chorrektor Richter ein prächtiger Führer des Männergesangquartetts gewesen war.

Choristisch wird zur Zeit das Liegnitzer Musikleben beherrscht von der Singakademie, die mit dem Musikverein wieder verschmolzen ist, und die zu ihrem Leiter den aus Trachenberg hierher gekommenen Musikdirektor Karl Krause wählte, der, ein feinsinniger, technisch auf bedeutender Höhe stehender Organist, auch als Dirigent Liegnitz bisher viel geboten hat.

Neben der Singakademie nimmt der Chorverein, jetzt Volkschor, dessen Leiter der junge Organist Otto Rudnick, der Sohn des vorerwähnten Wilhelm Rudnick, ist, keine unbedeutende Stellung ein. Auch Otto Rudnick, Kirchenmusikdirektor an Peter und Paul, ist ein hervorragender Organist und pflegt in seiner Kirche, wie sein Vater, die sogenannten Abendmusiken.

Vornehm künstlerisch bereichert das Männergesangquartett unter Leitung Gerigks das musikalische Leben von Liegnitz. Auf hoher Stufe steht der Männergesangverein Kaiser Friedrich unter Mehligs Leitung, der mit seinem Chor auch außerhalb von Liegnitz schon manche Palme errungen hat. Beachtenswert sind die Leistungen des Bürgergesangvereins Liederkranz sowie des Gesangvereins Liedertafel. Damit soll selbstverständlich keine Kritik der übrigen zahlreichen Gesangvereine geübt werden, die alle dem Musikleben mit hohem Idealismus dienen.

Es muß hervorgehoben werden die Tätigkeit des von der Liegnitzer Arbeiterschaft gegründeten Volkschors, der insbesondere zur Durchwirkung des musikalischen Lebens der breiteren Schichten beiträgt, und dem deshalb eine besondere Bedeutung nicht abgesprochen werden kann. Bereits viele Jahre vor dem Kriege konstituiert, erlitt er ganz naturgemäß während des Krieges einen empfindlichen Niedergang. Doch mit außergewöhnlicher Energie gewann er unter Leitung seines idealen Chormeisters, Paul Methner, nach dem Kriege seine frühere Stellung zurück.

Wir kommen auf das vor Jahren gegründete städtische Orchester zurück. Es war für die Stadt ein Schmerzenskind, wie ja immer die Orchester, die künstlerische Zwecke erfüllen sollen, an allen Orten ein schlimmes Kapitel der Finanzwirtschaft bilden. Um unser Orchester zu halten, bedarf es auch heute noch größerer Subventionen. Aber der Notwendigkeit seiner Existenz konnte sich Liegnitz schon mit Rücksicht auf das Theater und die Oper, die bisher, auch jetzt unter Theaterdirektor Hans Biller, gepflegt worden ist, nicht verschließen.

Stadtrat Paul Jaensch, der seit Jahren das Dezernat des Theaters und Orchesters verwaltet, hat es, was hier anerkennend hervorgehoben werden muß, in schwerer Zeit sehr geschickt verstanden, Klippen, die den Weiterbestand des Orchesters gefährdeten, zu vermeiden.

Daß Orchester und Dirigent alles getan haben, um zu künstlerischer Geltung zu gelangen, ergeben die zahlreichen Sinfonie-Konzerte, die durchweg ein erlesenes Programm boten. Von großen Werken sollen nur erwähnt werden: Die IX. Sinfonie von Beethoven (1921), Mahlers II. Sinfonie C-Moll (Auferstehungssinfonie) am 30. März 1923 und der Reger-Mahler-Abend mit Mahlers Sinfonie-Lied von der Erde für Orchester, Tenor und Alt (1924).

Und noch vor kürzerer Zeit erlebten wir anläßlich des 100. Todestages des unsterblichen Beethoven ein bedeutendes Musikfest, dessen Ausführung als Beethoven-Woche unter Hinzuziehung eines größeren Ausschusses drei führende Männer im Liegnitzer Musikleben, die Musikdirektoren Karl Krause, Otto Rudnick und Kapellmeister Karl Gerigk beschlossen. Nachdem am 26. März die Behörden sich zum Gedenken des großen Musikers zusammengefunden hatten, gab Karl Krause mit der Singakademie und anderen Chören die Missa solemnis von Beethoven, einige Tage darauf Otto Rudnick die Ruinen von Athen und Meeresstille und glückliche Fahrt, und Karl Gerigk schloß mit der Aufführung der IX. Sinfonie und der Wiedergabe des Violinkonzerts.

Als Gegenleistung für die Subventionen hat das Orchester Verpflichtungen übernommen, die von diesem unentgeltlich zu erfüllen sind, durch die aber die Allgemeinheit schöngeistig bereichert wird. So hat es für die Erwerbslosen Konzerte zu geben, von denen im Winterhalbjahr 1926/27 sechs ausgeführt worden sind. Ferner wird es zu Konzerten für die Kleinrentner und die Volksschüler in Anspruch genommen.

Liegnitz ist in allen Jahren von bedeutenden Virtuosen besucht worden, um deren Heranziehung sich in neuerer Zeit besonders die Konzertinstitute Kaulfuß und Reisner verdient gemacht haben. Vor Jahren besuchte uns das Blüthner-Orchester aus Berlin. Und wer gedächte nicht der beiden großen Konzerte des Landesorchesters zu Breslau unter Professor Georg Dohrn, in denen wir unauslöschbare Eindrücke empfingen.

Für diesen Aufsatz wird natürlich nicht der Anspruch erhoben, daß er erschöpfend das musikalische Leben und Geschehen von Liegnitz wiedergebe. Aber vielleicht zeigt er uns doch, wenn auch dürftig, wie vielgestaltig, interessant und bewegt es sich abspielte, und ich wünsche und hoffe von ganzem Herzen, daß auch fürderhin Liegnitz eine vornehme Heim- und Pflegestätte für unsere geliebte edle Musika sein möge.

Das Volksbildungswesen in der Stadt Liegnitz

Von Lehrer und Stadtverordneten Gutsche.

„Am meisten ist von Erziehung und Unterricht zu erwarten." Freiherr vom Stein im Jahre 1908.

Diese Worte, die in einer Zeit des Niederganges geschrieben worden waren, haben nach dem verlorenen Weltkriege einen ganz besonderen Wert. Die Erziehung und Bildung des ganzen Volkes zu heben, mußte eine Aufgabe der letzten Jahre sein und wird eine Aufgabe der Gegenwart und Zukunft bleiben müssen.

Unsere Heimatstadt Liegnitz steht bei der Erfüllung dieser Kulturaufgabe durchaus nicht abseits. Ein Blick in die Tageszeitungen zeigt, in wie vielerlei Formen Veranstaltungen volksbildender Art stattfinden und wie mannigfach die Kreise sind, die sich in den Dienst der Volksbildungsarbeit stellen.

Allerdings ist mit dem Bestreben, Bildung ins Volk zu bringen, häufig der nicht immer nebensächliche Zweck verknüpft, Einfluß auf die Massen gewinnen zu wollen Es liegt das in dem Zuge der gegenwärtigen Zeit, und wir müssen diese Erscheinungen eben als Tatsachen hinnehmen. Es besteht bei dem Verfasser nicht die Absicht, etwa um der Vollständigkeit willen, auf solche Bildungsveranstaltungen, ganz gleich ob weltanschaulicher, religiöser, politischer, gewerkschaftlicher usw. Art, einzugehen. Die nachstehende kurze Würdigung soll nur auf Einrichtungen hinweisen, in welchen reine Volksbildungsarbeit, insbesondere von der Stadt, geleistet wird.

Mit ganz besonderer Liebe und Sorgfalt hegt und pflegt die Stadt Liegnitz in der seit 1919 bestehenden Volkshochschule dieses Pflänzchen „Volksbildung". Die Volkshochschule, welche unter der Leitung des Stadtschulrats Dr. Weidemann steht, hat es verstanden, feste Wurzeln in weiten Kreisen der Bevölkerung zu fassen. Aus den verschiedensten Ständen und Berufsschichten setzen sich die Hörer zusammen, dem Lebensalter nach sind alle Semester vertreten.

Die Gebiete, aus denen in der Volkshochschule Vorträge gehalten werden, sind mannigfacher Art. Sie lassen sich unter nachstehende Hauptüberschriften bringen: Weltanschauung und Religion, Volkstum und Heimat, Kunst und Literatur, Sprachen, Naturwissenschaften, Gesundheitslehre, Mathematik, Musik, Volkswirtschaft.

Es fanden statt

1919/20	24	Kurse	mit	309	Hörern
1920/21	21	„	„	637	„
1921/22	26	„	„	830	„
1922/23	23	„	„	1658	„
1923/24	22	„	„	1467	„
1924/25	24	„	„	645	„
1925/26	30	„	„	616	„
1926/27	30	„	„	735	„

Mit Freude kann festgestellt werden, daß die meisten der Kurse, trotzdem sie sich oft auf mehrere Monate erstreckten, mit einem ganz bestimmten Stamm von Hörern, die treu bis zum Ende aushielten, immer rechnen konnten.

Die große Hörerzahl ist finanziell dadurch ermöglicht, daß die Hörergebühren außerordentlich niedrig festgesetzt sind (ungefähr 0,20 RM die Stunde). Den entstehenden Fehlbetrag übernimmt die Stadt. Sie ist der Organisator und finanzielle Träger der Volkshochschule.

Die Dozenten sind durchweg Damen und Herren aus Liegnitz. Sie haben viel Idealismus für die Volkshochschule aufgebracht, denn die Honorierung der Vorträge stand oft nicht im rechten Verhältnis zu der aufgewandten Arbeit, Zeit und Mühe.

Eine weitere Einrichtung, Bildung ins Volk zu tragen, können wir in den seit 1925 bestehenden Universitätsvorträgen sehen. Die Stadt, auf deren Kosten die Vorträge gehen, hat damit eine Einrichtung neu erstehen lassen, die in früheren Jahren in etwas anderer Form im Liegnitzer Lehrerverein einen eifrigen Förderer gehabt hat.

Die Auswahl der Themen ist so getroffen worden, daß sie vielen etwas bringen kann, und die Hörergebühr (0,50 RM) bewegt sich in durchaus angemessenen Grenzen.

An Vorträgen dieser Art fanden statt:

Prof. Dr. Malten: „Glaube und Aberglaube in antiken Geheimkulten";
„ „ Dürken: „Familie und Vererbung", Lichtbildervortrag;
„ „ Bräuer: „Kultur und wirtschaftsgeschichtliche Bilder aus dem älteren deutschen Städtewesen", Lichtbilder;
„ „ Ziekursch: „Die deutsche Verfassungsfrage von 1815—1871";
„ „ Kühnemann: „Goethes Faust und der deutsche Geist";
„ „ Malten: „Aus dem antiken und modernen Hellas. Bilder von einer griechischen Reise", Lichtbilder;
Privatdozent Dr. Heyse: „Friedrich Nietzsche, sein Leben und seine Bedeutung";
Prof. Dr. Prausnitz: „Die Hygiene des Wohnens", Lichtbilder;
„ „ Andreae: „Aus dem schlesischen Gesellschaftsleben des 17. Jahrhunderts", Lichtbilder;
„ „ Landberger: „Anleitung zum Genuß von Werken der Bildhauerkunst", Lichtbilder;
„ „ Reincke Block: „Der Wiedergewinn des deutschen Ostens".

Von Vereinen, die gute Vorträge allgemein bildender Art der Bevölkerung unserer Stadt geboten haben, möchte ich besonders den „Verein für deutsche Bildung", den „Verein für Naturkunde" und die „Naturwissenschaftliche Gesellschaft" nennen. Sie haben mit diesen Vorträgen auch ihr Scherflein zur Hebung der Volksbildung beigetragen.

Eine wesentliche Unterstützung findet die Volksbildungsarbeit in den beiden Bibliotheken, die den Einwohnern von Liegnitz zur Verfügung stehen. Finanziell werden beide Bibliotheken von der Stadt unterhalten und gehalten.

Die eine davon ist die Stadtbibliothek. Sie stellt eine reichhaltige Sammlung wissenschaftlicher Werke dar und wird von denen, die sich wissenschaftlich bilden wollen, gern benutzt. Alle Gebiete der deutschen Wissenschaft haben hier eine Heimstätte gefunden. Besonders wird derjenige, der die Geschichte unserer alten Piastenstadt und des alten Fürsten-

tums Liegnitz studieren will, an unserer Stadtbibliothek nicht vorübergehen können. Daß mit der Bibliothek eine Lesehalle verbunden ist, die den ganzen Tag für jedermann offen steht, ist ganz besonders zu begrüßen. Ich kann es mir versagen, auf diese Bibliothek näher einzugehen, da in einem anderen Kapitel des Buches ihrer noch besonders gedacht ist.

Wendet sich die Stadtbibliothek mehr an die gebildeten Kreise unserer Bevölkerung, so ist die „Volksbücherei" das, was schon ihr Name sagt: eine rechte Bücherei für das ganze Volk. Sie ist in der alten Petrischule untergebracht. Gegründet wurde die Volksbücherei von dem „Verein für Volksbücherei und Lesehalle zu Liegnitz (E. V.)" im Jahre 1905.

Der Verein sieht die Unterhaltung einer öffentlichen Bücherei und Lesehalle als seine Aufgabe an. Er hat eine Bücherei mit 10 627 Einzelbänden geschaffen. Die Bücher sind mehr unterhaltender Art und werden stark benutzt. Im Jahre 1925 wurden an 15 460 Leser 46 000 einzelne Bände verliehen.

Der Lesesaal weist 80 Sitzplätze auf. 24 Tageszeitungen aller Parteirichtungen, 20 Zeitschriften usw. stehen dem Publikum zur Verfügung. Im letzten Jahre (1926) wurde die Lesehalle von 40 500 Lesern besucht. Der Lesehalle ist neuerdings eine Jugendlesestube angegliedert.

Ebensowenig brauche ich eingehend über eine städtische Bildungseinrichtung zu berichten, die einzigartig in Niederschlesien ist — es ist unser Museum. Auch seiner wird noch an einer anderen Stelle in diesem Buche gedacht. Dadurch, daß das Museum auch unentgeltlich den Besuchern offen steht, ist es als ein wertvoller Faktor der Volksbildung anzusehen.

Ein Versuch, die Bildkunst an die Massen des Volkes heranzubringen, ist im Vorjahre von der Schulabteilung der hiesigen Regierung unter der Leitung des Regierungsdirektors Wille gemacht worden. Räume des Schlosses standen für eine Gemäldeausstellung zur Verfügung, bedeutende Maler Schlesiens und aus anderen Gegenden wandten sich mit ihrer Kunst an das Volk.

Das Volk für gute Musik zu erziehen, ist eine Aufgabe, deren sich eine Anzahl von Musik- und Gesangvereinen annehmen. Den Hauptfaktor des musikalischen Lebens der Stadt stellt das städtische Orchester (Leitung Kapellmeister Gerigk) dar. Das städtische Orchester wird von der Stadt subventioniert und übernimmt dafür die Verpflichtung, eine Reihe von Konzerten umsonst oder zu ermäßigten Preisen zu veranstalten. Die billigen Volkskonzerte erfreuen sich einer großen Beliebtheit bei der Bevölkerung. Ein ganz neues Gebiet hat die Stadt mit der Veranstaltung von Erwerbslosen-Konzerten betreten. Sie werden ohne jede Eintrittsgebühr gegeben und sollen durch gute, feine Musik bei unseren Arbeitslosen Feierstunden auslösen, in denen sie die brennende Sorge täglicher Not auch einmal vergessen können. Edles führt zum Edlen hin, und Musik, die die Herzen erfaßt, ist am besten geeignet, veredelnd zu wirken und die Menschenseele zum Erhabenen und Schönen zu geleiten.

Der kurze Überblick zeigt, daß in unserer Stadt auf dem Gebiete des Volksbildungswesens nicht nur vieles Gute erstrebt, sondern auch manches Grundlegende, das sich vor der Öffentlichkeit sehen lassen kann, geschaffen worden ist. Die nächsten Jahre werden der Stadt neue Aufgaben stellen. Sie wird dieselben im Sinne des Volksganzen zu lösen wissen.

Liegnitz in der Literatur

Von Oberstudienrat Prof. Dr. Zuchhold.

In jener Zeit, in der im alten Deutschland das Rittertum und mit ihm Minnesang und Heldenlied aufs beste sich entfalteten, schoß in Schlesien erst die Saat deutscher Kultur empor. Wir erblicken daher erst im 15. Jahrhundert in Liegnitz die bescheidenen Anzeichen literarischer Tätigkeit.

Des Juristen Nikolaus Wurm im Auftrage des Herzogs Ruprecht 1399 erfolgte Aufzeichnungen des Liegnitzer Stadtrechts, sowie des bedeutendsten Mannes, den die Stadt je besessen hat, des Ambrosius Bitschen Zinsbuch, Privilegienbuch und Geschoßbuch (1446, 1447, 1451) sind die ältesten Denkmale der Literatur in Liegnitz. Die Kennzeichen einer neuen Zeit, der Geist des Humanismus und der Reformation, offenbaren sich in den Werken Valentin Krautwalds, der seit 1524 Lektor am hiesigen Domstifte war, und des Predigers an der Peter-Paul-Kirche Leonhard Krentzheim (1532—1598). Krautwalds Schriften, zum großen Teile ungedruckt, waren meist exegetischer und dogmatischer Art, Krentzheim war aber auch Historiker und Dichter; berühmt war seine Chronologia von 1576, und von seinen Liedern wurde ihm eins: „Mein Leben in der Eil fleucht dahin wie ein Pfeil" bei seinem Begräbnis nachgesungen. Auch Peter Haunolds (1585 gestorben), des Verfassers einer „Schlesischen Chronik", sowie des Laurentius Ludwig, preisgekrönten Dichters, von dem Kahlert ein Gedicht: „Die Wiege oder Geburtsgedicht über die Menschwerdung Jesu Christi" hervorhebt, sei hier gedacht. Er starb 1615 oder 1619 hier. Die bekannteste Persönlichkeit indessen aus diesem ganzen Zeitraum bleibt die des Hans von Schweinichen, der, 1522 auf der Gröditzburg geboren und 1616 hier gestorben, durch sein „Memorialbuch" Liegnitz und seinen herzoglichen Hof sozusagen in die große deutsche Literatur erst eingereiht hat.

Im 17. Jahrhundert hat Schlesien bekanntlich sogar eine führende Stellung in der schönen Literatur der Deutschen eingenommen, und es konnte nicht fehlen, daß die herzogliche Residenz daran Anteil nahm, und daß auch in Liegnitz die Regsamkeit literarischen Lebens sich äußerte. Der große Führer der ersten schlesischen Dichterschule, der Bunzlauer Martin Opitz, 1621 und wiederum 1623 im Dienste des Herzogs hier tätig, der heute mit seinen Sinngedichten noch bekanntere Friedrich von Logau, 1655 hier gestorben, sowie Hans Aßmann von Abschatz, seit 1675 Landesbestallter des Fürstentums und 1699 hier gestorben, bedeutsam durch formgewandte und warm empfundene Verse religiösen und vaterländischen Gehalts, diese drei stehen als Sterne über dem Literaturhimmel von Liegnitz im 17. Jahrhundert. Logaus Sinnsprüche hat vor wenigen Jahren Prof. Dr. J. Fey durch eine Neuausgabe wieder mundgerecht gemacht.

Johann Peter Titz, der 1689 als Professor der Beredsamkeit und Poesie in Danzig starb, bekannt durch sein heroisches Gedicht: „Lukrezia", war 1619 in Liegnitz zur Welt gekommen; Daniel von Czepko, Jurist, 1660 in Wohlau gestorben, stammte aus

Koischwitz, wo er 1605 geboren wurde; aus Liegnitz kam auch der „Leander von Schlesien", der Verfasser vieler galanter Gedichte, der Jurist Gottlieb Stolle, der als Professor in Jena starb, (1673—1744), sowie der als Bibliothekar in Darmstadt gestorbene Romandichter Georg Lehms (1684—1717). Von ihm rührt u. a. im Geschmack der Zeit und nach dem Muster Anshelm von Zieglers der Roman: „Die ihrer Freiheit beraubt gewesene und durch die unüberwindliche Sophie und löwenmutigen Claruso in den vorigen Stand versetzte Assilie". Pastor Gottfried Balthasar Scharff (1676—1744), von Geburt Liegnitzer, dessen poetische Erzeugnisse unbedeutend gewesen sind, schuf eine Anthologie, den „Schlesischen Helikon".

Magister Simon Grun, an der Liebfrauenkirche Geistlicher, kaiserlich gekrönter Poet (1554—1628), ist in Liegnitz geboren und gestorben. Seines Gedichtes auf das Liegnitzer Stadtwappen wird ehrenvoll gedacht.

Die Theologen übten überhaupt die Dichtkunst gern in dieser Zeit. Magister Wenzel Kahl, an St. Johannis Pastor von 1675—1698, war auch als Dichter bekannt; er begrüßte 1678 die Herzogin bei der Besichtigung der Fürstengruft durch ein von ihm verfaßtes Poem, war Mitglied der „Deutschgesinnten Genossenschaft" mit dem Beinamen „der Unschuldige"; der Superintendent Sebastian Alischer, der 1674 in Liegnitz starb, schuf Gedichte in Martin Opitz' Art; der Pastor Abraham Friese (1570—1622), hier geboren und gestorben wie Simon Grun, war seinen Zeitgenossen als Dichter und Schriftsteller wohlbekannt. Ein Liegnitzer, Andreas Sevelenberg, schrieb 1653 die lateinische Tragödie „Bironius", und Professor August Bohse, 1661 in Halle a. S. geboren und hier 1730 gestorben, verfertigte, als „Talander" in der Schriftstellerwelt benannt, eine große Anzahl von Romanen, zum Teil galanter Art, wie schon die Überschriften seiner Bücher „Die Amazuninnen aus dem Kloster" (1698), „Amor am Hofe" (1710), „Der Liebesirrgarten" (1724) verraten.

Man möchte verwundert sein über die Fülle literarischen Lebens in Liegnitz im 17. Jahrhundert, zumal hier doch nur die ihrer Zeit einigermaßen bekannten Dichter aufgeführt werden konnten, aber man muß sich nur gegenwärtig machen, daß die Herzogsstadt der Piasten eine weit andere Bedeutung besaß als das Liegnitz von heute, und daß Fürsten wie Friedrich II., der hier eine Universität gründen wollte, und Herzog Rudolf mit seinen literarischen Neigungen, selbst Mitglied des Palmenordens, ein kräftiges geistiges Leben eifrig gefördert haben.

Der Schöffenmeister Gottfried Schwebel, Kirchenkurator an der Liebfrauenkirche (1646—1692), verfaßte die „Petropaulinische Kirchenchronik", und der Syndikus und Notar Dr. Georg Thebesius (1636—1688), schuf die „Lignitzischen Jahrbücher", die dann 1733 in Jauer in Druck kamen. Friedrich Lucä (1644—1708), der hier freilich nur einige Jahre als Prediger amtierte, schrieb die „Schlesische Fürstenkrone" 1685 und „Schlesiens kurieuse Denkwürdigkeiten" 1689. Auch der in Liegnitz 1675 geborene Christian Stieff brachte geschichtliche Beiträge in Druck, wie sein „Schlesisches historisches Labyrinth". Seine vielen Gelegenheitsgedichte verdienen kaum genannt zu werden.

Um die Wende des Jahrhunderts traten fernerhin literarisch hervor der Rektor der Stadtschule, Joh. Sinapius (1667—1726), der 1706 die „Olsnographia" und 1720 „Die Kuriositäten des schlesischen Adels" herausgab, und der Magister an Liebfrauen Gottfried

Dewerdeck, Liegnitzer von Geburt (1675—1726); seine schlesische Münzenkunde „Silesia numismatica“ hat heute noch Wert. Noch wichtiger jedoch ist die Leistung der Ärzte J. und Georg Anton Volkmann, denen das Jahrhundert das zehnbändige botanische Werk: „Phytologia magna“, 1666 begonnen und 1710 beendet, verdankte. Georg Anton Volkmann verfaßte danach noch eine „Silesia subterranea“ und eine „Ornithologia Silesia“. Er gehörte zu den ersten Forschern der Prähistorie hierzulande.

Diese Interessen teilte mit ihm der Liegnitzer Arzt Johann Peter Wahrendorff (1683 bis 1738), er schrieb außer den „Liegnitzschen Merkwürdigkeiten“ auch ein Werk über Urnen, von dem freilich nicht mehr als diese Angabe bekannt ist. Eine recht umfangreiche und ebenso vielseitige literarische Tätigkeit hat der in Lauban 1721 geborene und hier in Liegnitz gestorbene Magister Johann Gottlieb Volckelt ausgeübt, in einer großen Anzahl von Schriften hat er über Schlesiens Bergwerke und Mineralien geschrieben. Aber auch Beiträge zur Verskunst, zur theatralischen Dichtkunst hat er gegeben; er war Mitarbeiter der moralischen Wochenschrift in Leipzig „Der Zeitvertreiber“ und der in Liegnitz 1761 erscheinenden Zeitschrift „Der Freund“.

Neben ihm verdienen der Magister Tobias Ehrenfried Gebauer, 1781 als Pastor an Peter-Paul gestorben, sowie der Rektor Melchior Joppich (1690—1763) mit ihren gelehrten Arbeiten wenigstens erwähnt zu werden. Joppichs „Vom blühenden Zustande und Wachstum der Gelehrsamkeit in unseren Zeiten in Deutschland“ erschien in Liegnitz 1735.

Im 18. Jahrhundert ist Schlesien literarisch ebenso unbedeutend gewesen, wie es im 17. hervortrat. Das zeigt auch ein Blick auf Liegnitz. Ganz gering war die Zahl dichterisch Schaffender, und keiner von ihnen hat etwas Großes geleistet. Der Magister Jonathan Krause zwar (1701—1762) schuf ein Kirchengesangbuch, das in Liegnitz bis 1804 gottesdienstlich gebraucht wurde, er selbst war mit mehr als 80 Liedern darin vertreten, und der Pastor Christian Sigismund Lange (1724—1794) gründete die oben schon genannte moralische Wochenschrift „Der Freund“. Nebenher in Apoll vergnügte sich der in Liegnitz 1705 geborene Hirschberger Stadtphysikus Caspar Gottlob Lindner (gest. 1769), welcher das Riesengebirge in Versen besang, und auch der Arzt Wilhelm Neudeck (1775—1835), dessen großes Gedicht „Die Gesundbrunnen“, Gedicht in 4 Gesängen, Breslau 1795, kein Geringerer als A. W. Schlegel in der Allgemeinen Literarischen Zeitung als eine glückliche Schöpfung anerkannt hat.

Das ist Liegnitz in der Literatur im 18. Jahrhundert, im Jahrhundert Lessings, Schillers, Goethes! Erst im 19. Jahrhundert setzt in leisem Ansteigen, dann in mächtigen Wogen die Hochflut neuen literarischen Lebens in Schlesien und auch in Liegnitz ein.

Als Sänger der Freiheitskriege findet sich der Oberdiakonus an der Peter-Paul-Kirche, Benjamin Gottfried Gustav Scholz (1773—1816); mit Kirchenliedern und Freiheitsgedichten ist er in den „Schlesischen Provinzialblättern“ vertreten. Th. A. Konstantin Hofferichter, 1815 in Liegnitz geboren, gab mehrere lyrische Sammlungen heraus („Vom Himmel zur Erde“, „Ich bin ein Mensch“); sie sind vergessen wie die Romane des Professors Johann Friedrich Raupach, des Bruders des bekannten Dramatikers, z. B. „Baron Vanini“ und „Rosenmont“ 1796, und „Durchflug eines Humoristen durch Deutschland“ 1811; Raupach starb 1819. Die zu ihrer Zeit bekannte Schriftstellerin Zoe von Reuß, obwohl in Manderode 1832 geboren, hat doch einen bedeutenden Teil ihres

Lebens in Liegnitz zugebracht und hier ihre schriftstellerische Tätigkeit entfaltet. Ungefähr gleichen Alters, in Liegnitz 1831 geboren, ist Gerhardt von Amyntor, der eigentlich Dagobert von Gerhardt hieß. Seine „Lieder eines deutschen Nachtwächters" sind verklungen, aber seine geschichtlichen Erzählungen, wie „Gerke Suteminne" (1885), verdienen immer noch gelesen zu werden. In Potsdam ist der Dichter 1910 gestorben. In jüngster Zeit ist Martha Vogt, Pseudonym für Martha Roegner, 1871 in Liegnitz geboren, mit sehr reizvollen Geschichten aus der Tierwelt „Mutter Hannigs Freunde" 1926 (Perthes) hervorgetreten, nachdem sie vorher schon die Erzählungen „Helle Nächte", „An schwarzen Wassern" und ein Drama „Die Hexe" schuf. Um eine Generation jünger sind Hans Joachim Rosenberger, 1904 geboren, welcher außer einem Bändchen lyrischer Gedichte eine beachtsame Novellensammlung „Talama" 1925 brachte, und Hans Eberhard von Besser, 1895 geboren, Verfasser zweier Novellen- und Skizzenbände „Sondergänger" und „Wegsucher", 1920, 1921. Ganz auf Heimatscholle wurzelt und aus Heimatliebe erblüht das gesamte Schaffen von Konrad Urban, der, 1878 nahe der Grödițburg geboren, dann in Liegnitz beheimatet, eine Reihe von Romanen und Erzählungen gegeben hat, die schlesische Geschichte, schlesisches Volk und Lebensart darstellen; dazu gehören: „Herzog Bolko" 1915, „Geschichten aus der Heide" 1922, „Aus dem Grüssauer Klosterlande" 1919. In den geschichtlichen Erzählungen liegt seine Bedeutung, obwohl sein Name durch viele Fest- und Heimatspiele mehr bekannt wurde. Liebe zu den schlesischen Bergen kündet sich in Paul Kretzschmars (geb. 1881) Novellensammlung: „Das Schneegrubenlicht" 1922. Sein letzter Roman „Dampfende Erde" wurde 1926 bei einem Ausschreiben im Rheinlande preisgekrönt.

Hermann Gebhardt, in Liegnitz 1889 geboren, hat seine feinen Novellen nur in Zeitschriften verstreut veröffentlicht. Im übrigen ist er ein ganz starker Lyriker, dessen Verse seit vielen Jahren in den besten deutschen Zeitschriften zu finden sind.

Auch die Erzählungen von Hans Zuchhold, 1876 geboren, sind nur in Zeitschriften zu finden. Wie Hermann Gebhardt ist er vor allem Lyriker. Er veröffentlichte die Gedichtsammlungen „Frau Sehnsucht", „Vor den Toren der seligen Gärten", „Drei Kränze", außerdem das Kriegserlebnisbuch „Aus der Hölle empor", „Gustav Freytag, ein Buch von deutschem Leben und Wirken", und schrieb eine dramatische Dichtung „Ambrosius Vitschen".

Der größte Lyriker, den Liegnitz sein eigen nennen darf, 1891 hier geboren, ist Kurt Heynicke. Seine Versbücher: „Rings fallen Sterne", „Gottes Geigen", „Das namenlose Angesicht" haben ihn berühmt gemacht und haben ihm den Kleistpreis eingebracht. Seine Erzählungen: „Eros inmitten", „Sturm im Blut", seine dramatischen Dichtungen: „Das Meer", „Kampf um Preußen" bestätigen die schon aus den Versbüchern ersichtliche Eigenart, Urwüchsigkeit und Kraft dieses Dichters.

Als Lyriker offenbart sich auch Erich Worbs, 1893 in Liegnitz geboren, welcher romantisch empfundene Dichtungen: „Musik der Berge", „Das Herz der Landschaft", „Das nächtliche Golgatha", „Die herbstliche Wallfahrt" veröffentlichte. „Die Saat", eine in Liegnitz durch den Logaubund gegründete literarische Zeitschrift, welche anfangs der selbst lyrisch schaffende Karl Seifert, dann Hans Zuchhold und zuletzt Georg Selcke und Alfred Geyer leiteten, ermunterte auch Martin Bițkat, 1898 geboren, mit einer kleinen Verssammlung: „Nur eine leise Sehnsucht sang" 1920 hervorzutreten. Herbert Malige, 1903 geboren, zeigte in den Gedichtbänden „Opferfeuer" 1921 und „Aus Tagen der Schmach"

1924 ein schönes nationales Empfinden. Horst Lange, geboren 1904 in Liegnitz, ist als Lyriker und Erzähler ein starkes Versprechen für die Zukunft. Der älteren Generation endlich gehört Johannes Hönigan (1889 geboren), welcher 1917 die Gedichtsammlung „Auszug und Heimkehr" brachte und für die obengenannte „Saat" und den Logaubund tätig war. Literarische Bedeutung erwarb Hönig sich, indem er seinem „Gregorovius als Dichter" (1914) das wissenschaftlich ausgezeichnete Buch „F. Gregorovius, der Geschichtsschreiber der Stadt Rom" folgen ließ (1921).

Dramatische Talente sind seltener als Erzähler und als Lyriker. Ernst Benjamin Raupach (1784—1852), der Verfasser zahlloser Hohenstaufendramen, einer Nibelungentragödie und des noch heute auf der Bühne lebendigen Volksstückes „Der Müller und sein Kind", ist immerhin eine literarische Bekanntschaft. Dagegen weiß niemand mehr etwas von den poetischen Anwandlungen des Gymnasialdirektors Eduard Müller, in Liegnitz 1875 gestorben, der eine Tragödie „Simson und Delila" schuf. Vergessen ist auch, daß Johann Ernst Doench, der nach mancherlei Irrfahrten in der napoleonischen Zeit hier heimisch wurde und die Zeitschriften „Der Wanderer" und „Silesia" herausgab, nebenher Schauspiele und Lustspiele nach französischen Vorbildern dichtete, auch pseudonym im griechischen Freiheitskriege 1824 das „Tagebuch eines Griechenfreundes" veröffentlichte. Lustspiele neben Lyrik schuf auch der in Liegnitz 1852 geborene Ludwig Sittenfeld, der später ein Führer der Breslauer Dichterschule wurde. Eine größere Anzahl von Dramen verfaßte Carl Nissel, der, 1817 in Neumarkt geboren, hier 1900 starb. Er war am Liegnitzer Stadttheater tätig. Schnell wieder vergessen wurde wie er auch Wolf Fritsch, der lange in Liegnitz seine Heimat hatte (1870—1922). Sein erstes Drama „Judas" und seine „Jasminblüte" machten auf ihn aufmerksam. Der stärkste in der Reihe der dramatischen Dichter unserer Stadt ist Michael Haupt. Er ist Ostpreuße von Geburt (1891). Kraftvolle Eigenart bekundet seine in Erfurt uraufgeführte „Auferstehung" und noch mehr seine jüngste Dichtung „Drama im Herbst". In einer liebevollen Betrachtung heimatlichen literarischen Lebens darf auch der launigen und geistvollen Parodien auf bekannte Bühnenwerke des Professors Dr. Karl Schindelwick gedacht werden und ebenso der gemütvollen Lokaldichtungen des Professors Albrecht Jander. Sein „Wanderbuch" und seine Schriften über Liegnitz gehören zur Literatur der Heimatkunde, und hierin fand Jander in dem rührigen Rektor Bruno Klemenz (1873 hier geboren) einen Fortsetzer und Vollender von seltenem Eifer, Fleiß und Können. Das Auge eines Poeten und das Herz eines Naturfreundes vereinigen sich in den schönen Schilderungen unserer Landschaft in seinem Buche „Wandern und Schauen in der Heimat". Auf dem Gebiet der schlesischen Heimatkunde bedeutsam sind auch des 1867 geborenen Regierungs-Oberlandmessers Max Hellmich Arbeiten über „Das schlesische Dorf", „Schlesiens Besiedelung in vor- und frühgeschichtlicher Zeit", „Steinerne Zeugen mittelalterlichen Rechts in Schlesien". Für die Kenntnis der Geschichte der Stadt und ihrer Altertümer ist im Laufe des letzten Jahrhunderts mit großem Fleiß und bestem Erfolge gearbeitet worden. Der Geschichts- und Altertumsverein mit seiner vorzüglichen Zeitschrift kann von einer Betrachtung des literarischen Lebens nicht übersehen werden. Des Geheimrats Richard Hahn und des Professors Kurt Troeger gediegene historische Arbeiten, des Professors Arnold Zum Winkel für die Geschichte von Liegnitz in der Neuzeit unentbehrlichen Werke „Die Stadt Liegnitz seit der Einführung

der Städteordnung", Tl. 1. 1913, Tl. 2. 1922, das alles bildet bleibendes Gut geistigen Lebens der Stadt, es ruht aber auf einem Unterbau geschichtlicher Arbeit, die vorher von Bürgermeister G. Jochmann (1799—1856) mit seinem „Skizzenbuch", seinen „Beiträgen zur äußeren und inneren Geschichte der Stadt Liegnitz", von Dr. Adolf Samter, von 1837—1867 hier Religionslehrer, und von Dr. A. H. Kraffert (1828—1889) geleistet wurde, indem sie die „Chronik von Liegnitz" schufen. Hierin gehören auch die wertvollen Arbeiten des Pastors D. Dr. Ferdinand Bahlow (1865 geboren): „Die Reformation in Liegnitz" 1918 und „Die Kirchenbibliothek von St. Peter und Paul in Liegnitz" 1908. Zwei andere Geistliche der Stadt, die im 19. Jahrhundert literarisch hervortraten, sind der Oberpfarrer an der Liebfrauenkirche, Dr. L. W. Seyffarth (1829—1903), dessen Hauptarbeit die Gesamtausgabe von Pestalozzis Werken bildete, und der Pastor Heinrich Ziegler (1841 bis 1913), unter dessen vielen kirchengeschichtlichen und dogmatischen Schriften „Der Christus des Glaubens" (1900) die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich zog. Verdienstlich ist seine „Geschichte der Peter-Paul-Kirche zu Liegnitz". Diesen literarischen Leistungen von Schulmännern und Geistlichen gesellen sich die bedeutenden philologischen Arbeiten des Gymnasialdirektors Dr. Wilhelm Gemoll (1850 geboren) zu, sowie die des Oberstudienrats Dr. Karl Willing (1862 geboren). Die schlesische Kunstgeschichte fand in dem Liegnitzer Dr. Bernhard Patzak (geboren 1873) a. o. Universitätsprofessor in Breslau, einen ihrer hervorragendsten Förderer (vgl. „Beiträge zur schlesischen Kunstgeschichte", „Kunst in Schlesien", „Breslauer Jesuitenbauten" 1918). Er ist zur Zeit einer der wichtigsten Vertreter dieser Wissenschaft in Schlesien. Auf dem Gebiet der deutschen Literaturkunde und Germanistik kann Liegnitz sich mancher Leistung von Wert rühmen: des Professors Dr. Ernst Meinck (geboren 1857) Aufsätze über Richard Wagners Nibelungenring, des Studienrats Dr. Gustav Wenz (geboren 1890) Werke: „Germanische Kultur", „Die germanische Welt", „Einführung in die germanisch-deutsche Sprachgeschichte", seine Übertragungen altnordischer Sagaliteratur, Dr. Viktor Ludwigs (1875 geboren) Arbeit „Gerhart Hauptmann. Werke von ihm und über ihn", Dr. Helmut Wockes (1890 geboren) Buch „Hermann Stehr, ein Bekenntnis"; seine Ausgabe der Briefe Rudolf Hildebrands, seine Dichterausgaben in Langens „Büchern der Bildung" gehören dazu. Auf diesem Gebiete betätigten sich auch Dr. Theodor Schönborn (1876 geboren), sowie Dr. Eugen Wolbe (geboren 1873), Liegnitzer von Geburt, welcher neben Arbeiten historischer Art („Prinz Leopold von Bayern" 1920) viele Dichterausgaben (Holteis Gedichte) herausbrachte. Die Wissenschaft von der Musik erhielt eine starke Anregung durch des Studienrats Dr. Ernst Hoffmann Buch über „Das Wesen der Melodie" (1925). Welcher Jurist hat nicht einmal des Liegnitzer Oberbürgermeisters Ottomar Oertel (1840—1912) sozusagen unentbehrlichen Kommentar zur preußischen Städteordnung gebraucht? Und welcher einigermaßen gebildete Deutsche weiß nicht, was der Liegnitzer Heinrich Wilhelm Dove (1803—1879) in seinen etwa 220 meteorologischen und über 100 physikalischen Abhandlungen für diese Wissenschaft geleistet hat? Ruht nicht die ganze Meteorologie auf seinem Tun? Es ist erfreulich genug, daß die naturwissenschaftliche Literatur Deutschlands gerade von Liegnitz her oft recht wertvolle Beiträge erfuhr. Des Liegnitzers Julius Gerhardt (1872—1912) „Flora von Liegnitz" und sein „Verzeichnis der Käfer Schlesiens", die Fortsetzung seiner Studien in Wilhelm Kolbes (1852 geboren) koleopterologischen Arbeiten, Ernst Figerts Aufsätze zur

schlesischen Pflanzenkunde, die Dove-Biographie von Oberstudienrat Dr. Hans Neumann (1889 geboren) und seine naturwissenschaftliche Zeitschrift „Der ostdeutsche Naturwart", die für den ganzen Osten Deutschlands führend war, die dipterologischen Forschungen des Stadtbaurats Dr. h. c. Theodor Becker (1840 geboren), dessen Sammlungen sich jetzt im zoologischen Museum in Berlin befinden, alle diese Arbeiten sind Zeugnisse der lebhaften Beteiligung der Liegnitzer an den Naturwissenschaften, und es mag wohl sein, daß die Landschaft selbst in ihrem Nebeneinander von Vorgebirgswelt, Fruchtebene, Bruchland und Heideflur, daß die Kräuter-, Garten- und Rosenstadt ihren Bewohnern ihre innige Freude zur Natur einprägt, die sie zu Schaffenden gerade auf diesem Gebiete der Literatur immer wieder durch alle Jahrhunderte machte. Geschichte und Naturgeschichte, das sind die Kennzeichen von Liegnitz in der Literatur von Anfang an bis zu unserer Zeit.

Die städtischen Sammlungen

Von Professor Zum Winkel.

In Liegnitz ist früh gesammelt worden. Wie die mittelalterliche Kirche das geistige Leben geweckt hat, so sammelte sie auch zuerst den Nährstoff, freilich zu ihren besonderen Zwecken. Bei der Pfarrkirche von St. Peter, jetzt Peter-Paul, finden wir schon um 1340 eine Bücherei von 26 Werken zum gottesdienstlichen Gebrauch und zur Unterweisung der Jugend.

Fast ebenso alt ist die Urkundensammlung des Stadtarchivs. Seit Gründung der Deutschenstadt Liegnitz wurden die öffentlichen Urkunden und Register im Rathause hinterlegt. Leider ist diese älteste Sammlung von Urkunden mit dem Rathause 1338 in Flammen aufgegangen. Aber auf dem Schlosse, in den Stiftern hatten sich Einzelurkunden erhalten, die in Urschrift später zum Ratsarchiv gelangt sind. So die wichtige Urkunde von dem Übergange der Erbvogtei in deutsche Hand (1280), die älteste Originalurkunde des Stadtarchivs, dann die Erwerbungsurkunde der ältesten Viehweide (1281), die der Verleihung des Breslauer Rechts (1293) und andere für den Besitz und das Gewerbe grundlegende Dokumente, während die Gründungsurkunde der Stadt nur abschriftlich erhalten ist.

Und eine zweite Sammlung bildete sich auf dem Rathause, eine Handbücherei, die dem Rate und den Schöppen bei der Rechtsprechung das Rüstzeug bieten sollte. Prächtige Handschriften, wie der Sachsenspiegel, wurden der Grundstock einer Ratsbibliothek.

An der Kollegiatkirche zum Heiligen Grabe, dem Dome von Liegnitz, sammelten die Domherren die Stiftsbibliothek; eine weitere Bücherei bildeten die frommen Väter des Kartäuserklosters vor Liegnitz, die gemäß ihrer Ordensregel fleißig Handschriften fertigten, eine fünfte die Dominikaner vom Heiligen Kreuz.

So war das Bibliothekwesen in Liegnitz zersplittert, als die Reformation neue Verhältnisse schuf. Die Stifter verödeten, die Bibliotheken waren gefährdet. Da überwies Herzog Friedrich II. die stiftischen Bibliotheken dem Rate der Stadt zur Errichtung einer städtischen, aber dem ganzen Fürstentum zur Verfügung stehenden Bücherei, die nach damaliger Auffassung nur mit der Stadtkirche zu St. Peter-Paul verbunden werden konnte. Bald nach dem Tode des Fürsten wurden die Bücher aus dem Stift zu St. Johann, wohin sie nach dem Abbruch des Domes gelangt waren, und den Klöstern auf dem Chor über der Sakristei von Peter-Paul gesammelt, auf Pulten mit Ketten an eiserne Stangen geschlossen und als Kirchenbibliothek zu St. Peter-Paul vom Rate sorglich gepflegt, wenn auch fürstliche Eingriffe ihren Bestand verminderten.

Bürgermeister Dr. Friedrich ordnete und verzeichnete selbst seit 1603 diese kostbare Bücherei, die vom Rate geradezu als Stadtbibliothek bezeichnet wurde und aus der Ratsbücherei wertvolle Pergamenthandschriften und Drucke erhielt, aus Kreisen des Rates und der Bürgerschaft Geschenke, von den Geistlichen Reimann und Lange ganze Büchereien als Vermächtnisse empfing.

Inzwischen hatte der wissenschaftlich gebildete Herzog Georg Rudolf seit 1617 eine große, eigene Bibliothek in der Stiftskirche zu St. Johann begründet, die mit dem Johannisstift an die 1708 eröffnete Ritterakademie gelangte und heute als Rudolfina einen Teil der Bibliothek des Gymnasiums Johanneum bildet. Eine weitere Bücherei entstand bei Liebfrauen. Als die Regierung 1809 nach Liegnitz übersiedelte, als weitere Behörden folgten, Lehranstalten entstanden, wurden immer neue Büchereien für den Gebrauch der Beamten-



Phot. Mertin, Liegnitz

Niederschlesisches Museum, Eingang

und Lehrkörper begründet, von denen nur wenige auch weiteren Kreisen zugänglich waren, und auch diese nicht ohne Schwierigkeiten.

Als nun der Geschichts- und Altertumsverein die Studien heimatlicher Literatur neu belebte, entstand der Plan einer zweiten Vereinigung der wichtigeren Bibliotheken zu einer allgemeinen Stadtbibliothek. Im Sommer 1904 wurde die Vereinigung der Kirchenbibliotheken mit der Ratsbibliothek und einigen Vereinsbüchereien beim Magistrat beantragt, 1910 genehmigt und, nachdem die Erdgeschoßräume des ehemaligen Lehrerseminars im Städtischen Gymnasium hergerichtet waren, seit 1913 vollzogen. Am

10. November 1913 konnte das Lesezimmer der neuen Stadtbibliothek, wohlausgestattet mit Handbibliothek und Zeitschriften, dem Gebrauche übergeben werden.

Die Stadtbibliothek ist eine städtische Einrichtung, deren Kosten die Stadtgemeinde bestreitet, während die einzelnen Bestandteile im Eigentum der bisherigen Besitzer verblieben sind. Unter diesen hat die Peter-Paul-Bibliothek auch ihre Verwaltung behalten, so daß lediglich der Leihverkehr mit demjenigen der Stadtbibliothek verschmolzen ist. Naturgemäß



Altertumsmuseum, Zimmer der Fürstin von Liegnitz

Phot. Schumm, Liegnitz

ist auch die Vermehrung der Einzelbestände den Besitzern überlassen, und zwar hat die Stadtgemeinde die Vermehrung ihrer Ratsbibliothek durch einen jährlichen Betrag von 2000 Reichsmark sichergestellt. Da reiche Schenkungen und Leihgaben die Bestände der Ratsbibliothek verstärkt haben, so zählt die gesamte Stadtbibliothek etwa 36 000 Bände und sehr zahlreiche kleine Schriften, eine Landkarten-, eine Musikalien- und eine Bildersammlung, die gesondert katalogisiert werden; eine Druckstocksammlung ist auf dem Rathause untergebracht. Die Katalogisierung geschieht nach den Vorschriften der staatlichen Bibliotheken, und die Stadtbibliothek ist in den Leihverkehr der staatlichen preußischen und deutschen Bibliotheken eingegliedert.

Als die Stadtbibliothek ihre Räume bezogen hatte, schlug auch für das Stadtarchiv die Stunde zweckmäßigerer Unterkunft als auf dem Boden des Rathauses. Auf Bitten des

Altertumsvereins beschloß der Magistrat nach dem Kriege die Vereinigung des Stadtarchivs mit der Stadtbibliothek im Erdgeschoß des Städtischen Gymnasiums. Am 1. April 1921 wurde sie vollzogen und beide Sammlungen unter einheitliche Verwaltung eines Stadtarchivars im Hauptamte gestellt. Wiederholte Überweisungen von Aktenmassen aus dem Rathause haben das Stadtarchiv Liegnitz zu einem der größten der Provinz anschwellen lassen. Beide Sammlungen sind in 9 Räumen des Gymnasialgebäudes untergebracht, indem ein geräumiges Lesezimmer beiden als Arbeitszimmer dient und die Verwaltung sowie die



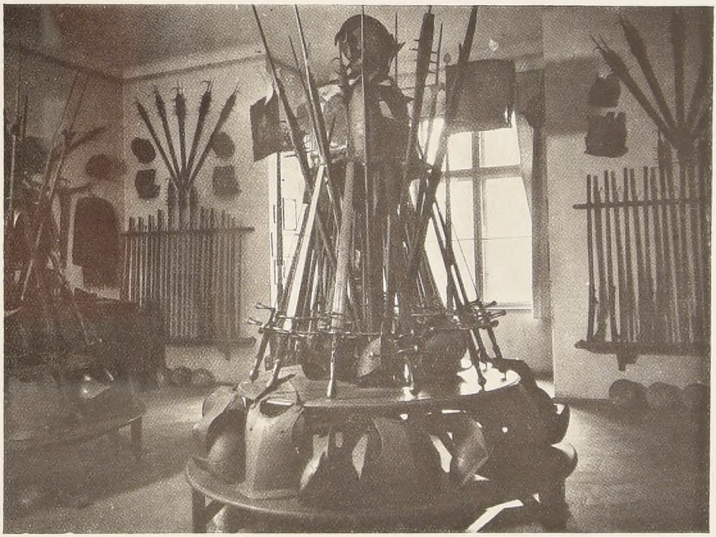
Niederschlesisches Museum, Innungszimmer mit Altertümern der Barockzeit Phot. Mertin, Liegnitz

Ordnungsarbeiten denselben Personen anvertraut sind. Zahlreiche stattliche Handschriften, schöne alte Drucke und eine reiche Literatur sind mit den Tausenden von Urkunden, den seltenen Magdeburger Schöppenbriefen, den Wachstafel-Protokollen und dem bedeutenden Aktenmaterial, einer Fundgrube der Kulturgeschichte, zu einem unerschöpflichen Studienstoff vereinigt, der im Jahre 1926 eine Leserzahl von 12 400 Personen anlockte und, obwohl es sich wesentlich um wissenschaftliche Werke handelte, die Entleihung von 15 000 Bänden veranlaßte.

Als dritte Sammlung entstand 1879 ein schnell aufblühendes Städtisches Museum. Längst hatte der Regierungsrat Alexander Freiherr v. Minutoli seine seit 1839 bestehende „Vorbildersammlung" im Südflügel des Schlosses zu einer Altertumssammlung

entwickelt, die das Germanische Museum in Nürnberg wohl überragte und schließlich 12 Säle des Schlosses füllte, bis sie nach einer letzten Gesamtausstellung von 1875 veräußert wurde.

Nachdem diese wundervolle Sammlung der Stadt verloren gegangen war, begann die Bürgerschaft sich ihrer Pflicht, die Arbeit der Vorfahren pietätvoll zu sammeln, bewußt zu werden. Am 31. Januar 1879 beantragte Stadtrat Täuber beim Magistrat, die vorhandenen Bestände an Altertümern zu katalogisieren und eine Sammlung anzulegen, die der Verschleuderung der Altertümer vorbeugen könnte. Mit einem Jahresetat von 400 Mark trat



Altertumsmuseum, ehem. städtische Rüstkammern Phot. Schumm, Liegnitz

eine Altertumskommission unter des Stadtbaurats Becker Leitung in Wirksamkeit, und die werdende Altertumssammlung, im Volksmunde bald als „Museum" bezeichnet, konnte nach längerer Wanderung durch Schulräume 1889 in dem Chore der ehemaligen Klosterkirche der Benediktinerinnen eröffnet werden.

Hier vereinigte man mit dieser jungen Sammlung die wertvollen alten Bestände der Städtischen Rüstkammer, die auf dem Saale des Rathauses nicht sicher genug untergebracht erschienen, Schutz- und Trutzwaffen des Mittelalters — darunter kostbare Stahlhemden — Feuerwaffen des 16. bis 18. Jahrhunderts, wuchtige Sturmäxte, prächtige Zweihänder, den unschätzbaren Grundstock eines Heimatmuseums. Dazu traten alte Schlosserarbeiten, Architekturstücke, im Oberstock Altertümer der verschiedensten Art aus Schenkungen

und Ankäufen. Alles dies wurde seit 1901 neu geordnet und katalogisiert, um 1903 wieder der Besichtigung freigegeben zu werden.

Bald griff auch hier der Altertumsverein fördernd ein. Sein Begründer, Amtsgerichtsrat Richard Hahn, entwarf den großzügigen Plan eines alle Seiten der Kulturentwicklung umfassenden Heimatmuseums und eröffnete im ehemaligen Stadtverordneten-Sitzungssaal und Magistrats-Sitzungszimmer des Alten Rathauses am 7. Juli 1907 ein zweites kulturgeschichtliches Museum, dem leider nur drei Jahre des Bestehens vergönnt waren.

Aber schon war Ersatz für die gesamten Sammlungsräume vorhanden. Die Stadtgemeinde hatte die 1864 erbaute Villa des Hotelbesitzers Welt erworben und beschloß am 19. Dezember 1910, das ganze Haus den städtischen Sammlungen einzuräumen.

Freilich nicht allein den kulturgeschichtlichen. Denn schon seit 1895 hatte die Museumskommission, namentlich auf Alwin Langenhan's Anregung, im Oberstock des Klostermuseums naturwissenschaftliche Sammlungen aufzustellen begonnen. Durch Ankäufe und Schenkungen vermehrt, erhielten sie 4 Räume des 2. Stockes jener Villa.

Endlich konnte Amtsgerichtsrat Hahn das gesamte Haus zur Weihnacht 1911 den städtischen Körperschaften übergeben. In 24 Abteilungen weit über die Darstellung der engeren Heimat hinausgreifend, wurde es mit Recht als „Niederschlesisches Museum" bezeichnet. Planmäßiger Ausbau unterschied diese vereinigte Sammlung von den früheren Einzelsammlungen. Fortan bildete die Museumsverwaltung einen von eigenem Dezernenten beaufsichtigten Verwaltungszweig der Stadtgemeinde.

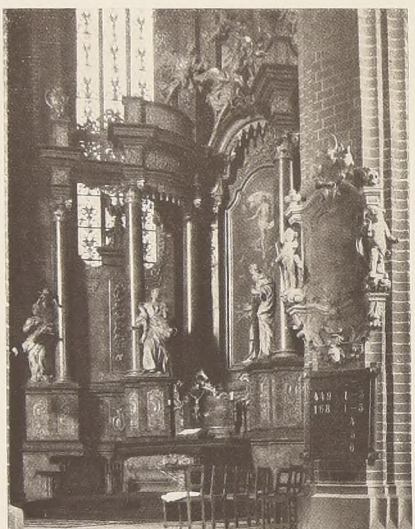
Als die Lage des Museums nach dem Kriege ernstlich gefährdet erschien, wurde seitens des Altertumsvereins, da die Zusammenziehung der Verwaltungen des Stadtarchivs und der Stadtbibliothek sich zweckmäßig gezeigt hatte, der Antrag gestellt, auch die Museumsverwaltung hinzuzuziehen. Im Februar 1923 vereinigte der Magistrat das Stadtarchiv, die Stadtbibliothek und das Niederschlesische Museum unter einer Verwaltung der Städtischen Sammlungen.

Die Sammlungen des Museums hatten den ursprünglichen Rahmen gesprengt, es galt sämtliche verfügbaren Räume des Gebäudes samt dem umgebenden Garten für die Unterbringung der Sammlungsgegenstände heranzuziehen. Die 1924—1927 ausgeführten Arbeiten hatten folgendes Ergebnis:

Den Eintretenden empfängt im Garten rings um das Museum eine Freilichtsammlung von Liegnitzer Architekturstücken und Steinbildnereien aus sechs Jahrhunderten (etwa 1200 bis 1800) in zeitlicher Folge. Das Untergeschoß zeigt in 4 Räumen die vorgeschichtliche Sammlung nach Kulturepochen geordnet: Steinzeit, Bronzezeit, germanische Kultur, slawische Vorzeit, deutsche Frühzeit. Das Erdgeschoß birgt in 7 Räumen die vaterländischen Altertümer des Fürstentums Liegnitz, der Städtischen Rüstkammer, der habsburgischen und friderizianischen Zeit, der Freiheitskriege und der Einheitskriege einschließlich der Kolonialfeldzüge und des Chinafeldzuges. Im 1. Stock beginnt die kulturgeschichtliche Abteilung in systematischer Ordnung, indem im Rahmen kulturgeschichtlicher Darstellungen aus der Stadt Liegnitz und den Städten Niederschlesiens die Entwicklung der bürgerlichen Gewerbe und des bürgerlichen Lebens in 4 Räumen dargestellt wird; es folgt die Darstellung der kirchlichen Entwicklung in Stadt und Land (2 Räume) und die Sammlung der ländlichen Altertümer, ausgehend von

der ländlichen Siedlung, in 7 Räumen. Eine sehr bemerkenswerte Reihe von 14 Räumen des 2. Stockes enthält eine kulturgeschichtliche Sammlung in biologischer Anordnung, indem sie die Entwicklung bürgerlicher Wohnkunst von der Spätgotik bis zur „altdeutschen Einrichtung" vom Ende vorigen Jahrhunderts an bezeichnenden Beispielen zur Darstellung bringt. In diese seltene Folge „historischer Wohnräume" eingeschaltet ist das Blätterbauer-Zimmer, das eine reiche Auswahl der Werke dieses vortrefflichen Liegnitzer Malers inmitten seines aus der Biedermeierzeit stammenden Hausgeräts zeigt. Die gesamte naturwissenschaftliche Sammlung füllt einen geräumigen (240 qm), vom Stadtbaumeister Kessel in das Dachgeschoß eingebauten Oberlichtsaal.

So bietet das Niederschlesische Museum nicht allein eine Sehenswürdigkeit, sondern eine unschätzbare Darstellung der heimatlichen Kultur und Natur für das Selbststudium und den öffentlichen Unterricht, eine Vorbildersammlung für Handwerk und Kunstgewerbe. In weitherziger Auffassung der Aufgaben einer Bezirkshauptstadt hat die Stadtgemeinde in ihren Sammlungen Werte geschaffen, die den weitesten Kreisen zugute kommen.



Phot. Schumm, Liegnitz

Peter-Paul-Kirche, Altar vom südlichen Seitenschiff gesehen

Die evangelischen Kirchen

Von Superintendent Kleinod.

Von den 74 500 Einwohnern der Stadt Liegnitz sind etwa 54 000 evangelisch. Abgesehen von einigen freikirchlichen Gemeinschaften sind diese in drei großen Kirchengemeinden zusammengeschlossen, in die außerdem die Evangelischen mehrerer Dörfer der Umgegend (etwa 4800 Seelen) eingepfarrt sind.

Jede der drei evangelischen Gemeinden besitzt ein eigenes Gotteshaus. Die Kirche zu „St. Peter und Paul" am Ringe, zwischen altem und neuem Rathaus gelegen, birgt auf ihrem Südturme seit über 30 Jahren ein Glockenspiel, dessen wundervoll reine Töne stündlich die Bewohner der Stadt mit Choralmelodien grüßen. Sie und die wenige hundert Meter von ihr entfernt gelegene Kirche „Zu Unserer Lieben Frauen" sind mittelalterliche, gotische Bauten und stehen unter städtischem Patronat. In letzterer hielt zu Pfingsten 1522 Mag. Fabian Eckel, vom Herzog Friedrich II. von Liegnitz hierher berufen, den ersten evangelischen Gottesdienst. Nicht lange danach ist auch in der Peter-Paul-Gemeinde die Reformation D. Martin Luthers eingeführt worden. Die rechts der Katzbach

in der sogenannten Karthause gelegene „Kaiser-Friedrich-Gedächtnis-Kirche“ besteht erst seit 1909 und ist patronatsfrei.

Diese Gemeinden sind zu einem Parochial-Verbande zusammengeschlossen, dessen Aufgabe die finanzielle Versorgung der Einzelgemeinden durch den Ertrag der Kirchensteuer ist, die er in jeder Gemeinde in gleicher Höhe erhebt.



Phot. Schumm, Liegnitz

Liebfrauenkirche von der Oberrealschule gesehen

Bei jeder der drei Gemeinden bestehen vier Pfarrstellen. Doch wird die vierte geistliche Stelle an „Kaiser-Friedrich“ ganz aus landeskirchlichen Mitteln dotiert und ist einem Geistlichen des Provinzialvereins für Innere Mission vorbehalten, der als Reiseprediger der ganzen Kirchenprovinz zu dienen hat. Außerdem hat die Peter-Paul-Gemeinde einen Hilfsgeistlichen für den Vikariatsbezirk Neuhof-Prinkendorf, in nächster Nähe der Stadt gelegen, angestellt.

Gottesdienste werden in jeder Kirche sonntäglich zwei gehalten, außer dem Hauptgottesdienst um 9½ Uhr (bzw. in „Kaiser-Friedrich“ um 9 Uhr) im Sommer früh 7½ und im Winter nachmittags 5 Uhr. Der Kirchenbesuch ist im Vergleich zu anderen größeren Städten gut zu nennen. Das gilt namentlich von Gottesdiensten an den christlichen Festen

und bei besonderen Anlässen. Da fassen die Kirchen, trotz ihrer recht bedeutenden Ausmaße, die Menge der Andächtigen kaum.

An Wochentagen werden in verschiedenen Stadtbezirken, ab und zu auch in den zugehörigen Landgemeinden, Bibelstunden oder Vorträge über kirchliche und religiöse Fragen gehalten.



Phot. Schumm, Liegnitz

Liebfrauenkirche, Inneres

Zur Verschönerung der Gemeinde-Gottesdienste tragen die Kirchenchöre wesentlich bei. Jede Gemeinde hat einen gemischten Chor aus Gemeindegliedern bestehend, die Liebfrauen-Gemeinde außerdem noch einen Jugendchor von Knaben und Mädchen der verschiedenen Schulen. Unter der bewährten Leitung ihrer Dirigenten bieten die Kirchenchöre, dabei meist verstärkt durch weitere freiwillige Sangeskräfte, jährlich einige Kirchenkonzerte von anerkannt künstlerischer Höhe und sind neben den hochwertigen Darbietungen der Organisten, welche alle drei als Meister auf ihren „königlichen Instrumenten" gelten, ein wesentlicher Faktor im musikalischen Leben der Stadt.

Jeder der 11 Gemeindepastoren hat seinen besonderen, genau abgegrenzten Seelsorgebezirk, innerhalb dessen ihm alle Amtshandlungen, der Unterricht und die Einsegnung der Konfirmanden, sowie die Seelsorge zustehen. Die Größe der einzelnen Bezirke (es umfaßt jeder Bezirk 5000—6000 Seelen) erfordert rege Mithilfe freiwilliger Kräfte aus den Gemeinden. Es ist ein gutes Zeichen für das kirchliche Leben, daß diese in jedem Bezirk in Gestalt der Gemeinde- oder Frauenhilfen zur Verfügung steht.



Phot. Schumm, Liegnitz

Die Giebel der Schloßstraße und Liebfrauenkirche vom Petersturm

Neben den Pastoren, doch Hand in Hand mit ihnen, arbeitet ein hauptamtlicher Gemeindehelfer, zugleich Arbeitersekretär, ferner ein Stadtmissionar und eine Stadtmissionarin auf dem Gebiet der Armenpflege, der Fürsorge für Kranke und Gefährdete. Die evangelische Stadtmission hat neuerdings ein eigenes Grundstück erworben (Haagstraße 3), wo demnächst eine Wanderer-Arbeitsstätte eingerichtet werden soll, ein wichtiges Werk sozialer Wohlfahrt gegen das Bettelunwesen.

Goldberger Straße 29 liegt der stattliche Bau des Evangelischen Vereinshauses. Es ist eine Gründung des in der Kirchengeschichte Schlesiens wohlbekannten Ober-

diakonus Dr. Rob. Schian (an Liebfrauen), der als einer der Ersten in Schlesien, dem Aufruf Joh. Heinr. Wicherns zur Inneren Mission folgend, hier eine Zentralstelle für Lebensbetätigungen der evangelischen Kirche schuf, die man mit dem Namen Innere Mission bezeichnet. Hier besteht seit Gründung des Hauses (1869) eine „Herberge zur Heimat" für wandernde Handwerksburschen, hier hat der von Sch. gegründete Männer- und Jünglingsverein heute noch seine Versammlungsstätte. Hier ist ein Evangelisches Hospiz untergebracht. Evangelische Vereine der Umgegend, ja der ganzen Provinz, halten hier ihre Tagungen. Die veränderten Verhältnisse haben freilich in mancher Hinsicht die früher neben dem Gemeindeleben der Kirche herlaufende Innere Mission zum Teil durch Betätigungen des Gemeindelebens ersetzt. Wenn z. B. Schian seinerzeit die Sonntagsschule, damals eine von vielen kirchlichen Kreisen als ausländisch verdächtigte Einrichtung, im Ev. Vereinshause, und sein Nachfolger, der Diakonus Romann, die von ihm ins Leben gerufene Sonntagsschule gar im Salzmagazin der Regierung halten mußten, so sind die heutigen Gemeinden längst zu der Erkenntnis gekommen, daß der mißverständliche Name



Phot. Schumm, Liegnitz

Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche



Peter-Paul-Kirche am Friedrichsplatz

Phot. Schumm, Liegnitz

Sonntagsschule durch den treffenderen „Kindergottesdienst“ zu ersetzen sei, und daß jede evangelische Gemeinde ganz selbstverständlich sonntäglich einen Kindergottesdienst brauche. So werden denn auch nunmehr seit vielen Jahren sonntäglich bald nach dem Hauptgottesdienste die Kinder zu besonderen Gottesdiensten gesammelt, in denen der kindlichen Art entsprechend ihnen eine Feierstunde geboten wird.

Gleichfalls von Dr. Schian, und zwar schon 1859, wurde die Diakonissenarbeit in den hiesigen Gemeinden eingeführt. Heute arbeiten 10 Gemeindediakonissen in der Krankenpflege in den Liegnitzer Stadtparochien. Daneben ist das Diakonissenkrankenhaus, „Bethanien“ genannt, aus ganz kleinen Anfängen so groß geworden, daß es 90 Betten zur Verfügung hält. In diesem erst vor 17 Jahren errichteten stattlichen Bau an der Scheibestraße sind 6 evangelische Diakonissen und 10—12 Lehrschwestern im Dienste der Krankenpflege tätig. Der seit mehr als 60 Jahren bestehende Verein, welcher die Sorge für diese Stätte christlicher Liebestätigkeit übernommen hat, steht augenblicklich vor der dringenden Notwendigkeit, sein „Bethanien“ abermals zu erweitern.

Nicht weit davon entfernt, an der Marthastraße, liegen gleichfalls mehrere evangelische Anstalten. Im Marthaheim stehen acht Bethanische Schwestern im Dienste der Ausbildung junger Mädchen für Haushaltspflichten. Das Schlegelstift und das benachbarte Marienheim sind evangelische Altersheime unter Leitung von Diakonissen.

Evangelische Klein-Kinderschulen (Kindergärten) sind drei in der Stadt vorhanden. Eine wird im Marthaheim unterhalten und liegt im Bezirk der Peter-Paul-Gemeinde. Eine zweite, in der Glogauer Vorstadt, ist von einer edelmütigen Frau, Fräulein v. Scheliha, vor mehr als 50 Jahren ins Leben gerufen worden. Jetzt wird sie von einem eigens dafür gebildeten Verein, der auch ein Haus dafür erworben und eingerichtet hat, erhalten. Eine dritte in der Kaiser-Friedrich-Gemeinde untersteht der Leitung der evangelischen Frauenhilfe, die im Begriff ist, ein neues Heim dafür an der Immelmannstraße zu erbauen.

In der Feldstraße liegt ein großes Kinderheim, das Auguste-Viktoriaheim. Der Vaterländische Frauenverein hat es vor 20 Jahren errichtet und leitet es heute noch. In ihm sind acht evangelische Diakonissen tätig.

Ein besonderes wichtiges Stück evangelischen Lebens stellen die Jugendbünde dar. In Liegnitz sind ihrer 13 vorhanden, die zusammen etwa 1000 Mitglieder umfassen. Einer von ihnen, der „Christliche Verein Junger Männer“, hat ein eigenes Haus an der Gartenstraße. Die Liebfrauen-Gemeinde hat sich vor 15 Jahren ihr Gemeindehaus Schützenstraße 30 geschaffen, das für mancherlei evangelische Gemeindearbeit Verwendung findet, insbesondere aber als Heim für ihre Jugendbünde dient, deren Aufgabe es ist, der Jugend zu helfen, daß sie unter hingebender Führung reifer Menschen ihr Jugendleben rein bewahre unter den widerstreitenden Einflüssen unserer Zeit und es auf dem Boden des Evangeliums mit allen seinen Kräften frei entfalte.

Neben den genannten drei großen evangelischen Kirchengemeinden besteht in Liegnitz, jenen glaubensverwandt, die Evangelisch-lutherische Gemeinde. Sie umfaßt etwa 750 Seelen, wovon etwa 500 in hiesiger Stadt wohnen. Ihr kleines, nettes Kirchlein liegt an der Marthastraße. Im Unterschied von den drei großen Kirchengemeinden, deren Geistliche in der Stadt zur Miete wohnen, hat sie für ihren Pastor ein eigenes Pfarrhaus unweit der Kirche, an der Jauerstraße gelegen.

Die katholischen Stadtkirchen von Liegnitz

Von Breitkopf, Kaplan.

Der religiöse Mittelpunkt für den größeren Teil der Katholiken von Liegnitz ist die St. Johanneskirche, Kohlmarkt 25. Sie ist zur Zeit immer noch die einzige katholische Pfarrkirche am Orte. Die Dreifaltigkeitskirche hat nur den Rang einer Kuratialkirche. Die



Phot. Grabsch, Liegnitz

Der Hochaltar in der St. Johanneskirche mit den großen Figuren der vier Evangelisten

St. Johanneskirche steht auf einem seit alters her geheiligten Boden. An ihrer Stelle soll das älteste Kloster von Liegnitz gestanden haben, das Kloster der Benediktinerinnen. Beim Tatareneinfall im Jahre 1241 ging es in Flammen auf. Im Jahre 1294 ist auf demselben Platze



Jesuitenkollegium

Phot. Schumm, Liegnitz

ein Franziskanerkloster errichtet worden. Ursprünglich befand sich der Platz, auf dem das St. Johanneskloster gelegen war, außerhalb der Stadtmauer und ist erst später in dieselbe einbezogen worden. Die Klosterkirche zum hl. Johannes war ein kleiner gotischer Backsteinbau, der bestehen blieb bis zu dem großen Brande im Jahre 1338. Durch den Brand wahrscheinlich schwer geschädigt, wurde sie bald darauf wiederhergestellt und unter dem Herzog Wenzel I. erweitert. In die Apsis dieser alten Johanneskirche ist später das Piastenmausoleum hineingebaut worden. In den Stürmen der Reformation wechselte auch die Johanneskirche ihr Bekenntnis. Als das Geschlecht der Piasten ausstarb, entbrannte um den Besitz der



Phot. Schumm, Liegnitz

Schmiedeeisernes Gitter am Jesuitenkollegium

St. Johanneskirche ein Streit zwischen dem Breslauer Domkapitel und dem Kaiser Leopold. Der Streit wurde, wie nicht gerade zu verwundern, im Jahre 1698 zugunsten des Kaisers entschieden. Daraufhin schloß man am 8. April 1698 die Kirche für den reformierten Gottesdienst. Am 8. September des nächsten Jahres (1699) nahmen sie die Jesuiten in Verwaltung und hielten den ersten Gottesdienst darin. Die Jesuiten wohnten ursprünglich im Bischofshof. Als es ihnen dort zu eng wurde, kauften sie den ganzen Platz von der Johanneskirche bis zur heutigen Hedwigsschule für 13 000 Taler. Schon im Jahre 1700 begannen sie auf diesem

Platze ein neues Kollegiengebäude aufzuführen. Die Mittel dazu lieferte die Sprinzensteinsche Stiftung. 1706 war das Kollegiengebäude in seinem heutigen Umfange fertiggestellt. Größeres war geplant. Man hat im Jahre 1905 auf dem Boden des Kollegiengebäudes die Zeichnung des geplanten Baues gefunden. Sie trägt den Vermerk: „Johann Georg Knoll, Maurer, Baumeister von Breslau anno 1700, d. 10. Nov. delineavit. Danach sollte das Gebäude bis zum Steinmarkt Ecke Mauerstraße reichen und hätte eine Frontlänge von ungefähr 200 m gehabt. Man muß bedauern, daß der Plan nicht durchgeführt werden konnte, das Kolleg wäre sicher eine hohe Zierde für Liegnitz geworden. Neben dem prunkhaften Neubau stand immer noch die bescheidene alte Johanneskirche. Im Jahre 1714 fing während eines Gottesdienstes die Decke an abzubröckeln. Das Bauwerk scheint nicht mehr gut imstande gewesen zu sein. Man mußte also an einen Neubau denken. Dabei war zu berücksichtigen, daß laut kaiserlichem Dotationsbrief vom 2. Mai 1699 die Piastengruft in suo esse unverändert erhalten bleiben mußte. Man trug also die alte Kirche nur bis zum Chore ab und baute quer dazu die noch heute bestehende Johanneskirche im Barockstil. Während die alte Kirche geostet war, ist die neue Kirche in der Nordsüdrichtung errichtet. 1720 war der Neubau vollendet. Am Ostersonnabend d. J., am 30. März 1720, wurde das Allerheiligste aus dem Refektorium, das bisher als Kapelle gedient hatte, feierlich in die neue Kirche übertragen. An der Turmfront wurde bis zum Jahre 1727 gebaut. Aber der Neubau stand unter einem unglücklichen Stern. Im Jahre 1744 stürzte die neue Decke der Johanneskirche ein, vielleicht, weil sie zu flach gewölbt war. Nur ein kleiner Teil des Gewölbes über der Orgeltribüne blieb fest. Wieder mußten die Jesuiten ihren Gottesdienst im Refektorium, im heutigen Vereinshaussaale, halten. An eine Wiederherstellung der Decke war nicht zu denken; denn nun kam eine unruhige Zeit über Schlesien. Die Jesuiten mußten, wie alle anderen Klöster, große Kriegslasten tragen. Da hatten sie kein Geld zum Bauen mehr übrig. Als der Krieg endlich zu Ende gegangen war, wurde der Jesuitenorden aufgehoben (1773). In Schlesien bestand er zwar weiter als königliches Schuleninstitut; denn er stellte dem Staate billige Lehrkräfte. Das Liegnitzer Jesuitengymnasium jedoch wurde nach Sagan verlegt, die Güter dem Orden genommen. Nur wenige Exjesuiten blieben in Liegnitz zurück. Bis zum 26. Juli des Jahres 1800 hatten sie noch die Verfügung über ihre Gebäude. An diesem Tage mußte der Superior die Schlüssel zu den Gebäuden einer gemischten Kommission abliefern. Pfarrkirche von Liegnitz war seit dem Brande der Schloßkapelle im Jahre 1711 wieder die Kuratialkirche zum heiligen Kreuz gewesen, die Klosterkirche der Benediktinerinnen. Am 16. Mai 1727, dem Tage des hl. Johannes v. Nepomuk, wurde die Nepomukkirche im Bischofshofe als Pfarrkirche für die katholische Gemeinde Liegnitz geweiht. Als solche diente sie bis zum 12. August 1804. Die katholische Gemeinde war inzwischen immer größer geworden; deshalb trat man mit Bittschriften an die Staatsbehörden heran, um die leerstehende Johanneskirche als Pfarrkirche zu erhalten. König Friedrich Wilhelm III. ging auf den Wunsch der Gemeinde ein und schenkte ihr am Johannestage, den 24. Juni 1801, die ehemalige Jesuitenkirche. Die Schenkungsurkunde liegt im hiesigen Pfarrarchiv. Im folgenden Jahre erhielten die Katholiken von Liegnitz geschenkweise auch das Kollegiengebäude, und zwar zunächst nur den inneren Flügel, später auch den äußeren Flügel. Aber es sah traurig aus in der Kirche. Sie war nur noch eine Ruine. Da es der katholischen Gemeinde nicht möglich war, die Kirche auf eigene Kosten wiederherstellen zu lassen, wurde zu diesem Zwecke eine Kollekte in ganz Schlesien aus-

geschrieben. Auch die evangelischen Glaubensgenossen, insbesondere die von Liegnitz, haben reichlich dazu beigetragen. Dachfenster und Gewölbe wurden erneuert, die Wände getüncht und ein neuer Hochaltar hineingesetzt, der heutige Marienaltar. Zwei andere Altäre und eine kleine Orgel siedelten aus der Nepomuk-Kirche nach St. Johannes über. Am 12. August 1804 konnte die Kirche vom Abte Gabriel aus Leubus im Auftrage des Fürstbischofs von Breslau eingeweiht werden. Der damalige Archidiakonus Scholz hielt die Festpredigt über Luk. XIX, 1—10.



Phot. Mertin, Liegnitz

Katholische Dreifaltigkeitskirche

Im Jahre 1810 wurde die katholische Kirche in den östlichen preußischen Provinzen von einem schweren Schlage getroffen. Durch den Königl. Erlaß vom 30. 10. 1810 wurde die Säkularisation der Stifter und Klöster beschlossen. Was die Stürme der Reformation überdauert oder in der kaiserlichen Periode neu erstanden war, wurde nun von der Säkularisation weggefegt. In Liegnitz wurde eingezogen das Franziskanerkloster vor dem Haynauer Tore. Es war in dem Jahre 1707—1716 erbaut worden. Das Kloster ging in städtischen Besitz über und dient noch heute als Siechenhaus. Die Kirche kaufte der Maler Patzak und ließ sie im Jahre 1812 abbrechen. Den Hochaltar der Kirche erwarb der Goldberger Tuchfabrikant Hoffmann. Er schenkte ihn der dortigen evangelischen Pfarrkirche. Der Säkularisation fiel auch zum

Opfer das noch reich begüterte Stift der Benediktinerinnen, die heutige Oberrealschule. Die Klosterkirche zum hl. Kreuz, die heute als Aula und Turnhalle benutzt wird, soll viele alte und schöne Bilder besessen haben; wer weiß wo diese hingekommen sein mögen! Man ist nicht gerade sorgfältig mit den Kunstwerken umgegangen. Das beweist die Geschichte der Evangelistenfiguren, die heute zwischen den Säulen des Hochaltares in der St. Johanneskirche stehen. Sie lagen als Gerümpel in einer Ecke der Oberrealschule. Es ist das Verdienst des Pfarrers Bumbke, daß er sie der Vergessenheit entriß und durch den Bildhauer Tschötschel aus Breslau wiederherstellen ließ (1919). Von demselben Künstler stammt übrigens auch der jetzige Taufbrunnen der St. Johanneskirche. Ferner wurden eingezogen die Kreuzherrenkommende St. Nikolaus; das Archidiakonat verschwand. Die Johanneskirche aber gewann einiges durch die Säkularisation, allerdings nur Kunstwerte. Hierhin wurden nämlich verschlagen die Orgel aus dem aufgehobenen Dominikanerkloster aus Glogau, der Antonius- und Franziskusaltar aus dem Franziskanerkloster vor dem Haynauer Tore. Der Anna- und der Hedwigsaltar unserer Kirche stammen aus dem Kloster der Benediktinerinnen.

Der Hedwigsaltar war übrigens früher ein Benediktusaltar. Im Jahre 1857 wurde das Benediktusbild entfernt und an seine Stelle gesetzt das Bild der hl. Hedwig von dem Maler Paul Friedrich Thumann. Im Jahre 1881 erhielt die Johanneskirche auch einen neuen Hochaltar. Der Hochaltar ist vom Hofstukkateur Detoma-Berlin nach einer Zeichnung von Gaudentio Ferrari, die durch den königlichen Bauinspektor Bergheuer etwas verändert und der Örtlichkeit angepaßt wurde, hergestellt worden. Das Hochaltarbild stammt von Prof. Bochenek, einem Schlesier. Den Nachlaß des Dr. Patzack verwendete man zur Errichtung eines Herz-Jesu-Altares. Ihm gegenüber haben die großen Wohltäter des Jesuitenordens, der Freiherr v. Sprinzenstein, gestorben 1639, und seine Gemahlin Eleonore geb. Gräfin Harrach, gestorben 1645, eine würdige Grabstätte gefunden. Die sechs ziemlich wertlosen Heiligenfiguren, die an den Seitenwänden der Kirche stehen, stammen von dem Bildhauer Thamm aus Landeck. Aus seiner Werkstatt ist auch das Muttergottesbild auf dem Marienaltar hervorgegangen.

An dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung, der nach den siebziger Jahren einsetzte, hat auch die Stadt Liegnitz teilgenommen. Sie wuchs und dehnte sich aus, hauptsächlich auf dem rechten Ufer der Katzbach, im Gebiete der sogenannten Karthause. Da es die Katholiken von dort aus ziemlich weit nach der Johanneskirche hatten, dachte man schon vor mehr als drei Jahrzehnten an einen Kirchenbau in jenem Stadtteil. Die Pläne rückten der Verwirklichung näher, als unter dem Erzpriester Ritter im Jahre 1888 Frau Oberfinanzrat Berta v. Gellhorn der Gemeinde ein in der Zimmerstraße gelegenes Grundstück als Bauplatz für die Kirche schenkte. Unter Stadtpfarrer Buchaly ging man ans Werk, unterstützt von der Wohltätigkeit des Hochwürdigsten Herrn Kardinals Kopp und der Opferwilligkeit der Liegnitzer Gemeinde. Es sollte eine Dreifaltigkeitskirche werden. Der Plan stammt von dem Architekten Alexis Langer aus Breslau, die Ausführung des Baues lag in den Händen des Maurermeisters Jockisch. Am 3. März 1902 wurde der erste Spatenstich getan. Schon am 14. November 1904 konnte die Kirche von Erzpriester Buchaly benediziert werden. Am 8. Mai 1905 weilte der hochw. Herr Kardinal Kopp in unserer Piastenstadt, um die Kirche zu konsekrieren. Das Gotteshaus ist in reingotischem Stile gehalten, dreischiffig, der Turm ist 55 m hoch. Die Raumwirkung ist gut. Die Altäre sind nicht gerade hervorragende Kunstwerke. Wer die duftige Gotik in West- und Süddeutschland gesehen hat, der ist ein wenig enttäuscht.

1917 mußte auch die Johanneskirche ihre Glocken hergeben. Nur die 3. kleinste Glocke blieb zurück als unabkömmlich. Sie war dem hl. Augustinus geweiht und trug die Inschrift: „Fecisti nos ad te domine et inquietum est cor nostrum, donec requiescat in te, Du hast uns, o Herr, für Dich geschaffen, und unruhig ist unser Herz, bis es ausruhet in Dir" (Bekenntnisse Kap. 1). Am 29. März 1926 kehrten die Glocken als die letzten Kriegsvermißten wieder in unsere Gemeinde zurück.



Herzogin Luise, Erbauerin der Fürstengruft † 1680 | Herzog Christian † 1672 | Herzog Georg Wilhelm, letzter Piast † 1675 | Herzogin Charlotte † 1707

Fürstengruft. Phot. Foglar, Liegnitz

Gebe Gott, daß die neuen Glocken eine lange Zeit des Friedens und des Segens für die Liegnitzer Gemeinde verkünden. Gebe Gott, daß sie noch viele Geschlechter zum Gotteshause rufen bis in ferne Zeiten, daß niemals wahr werde ein Wort unseres Dichters Ludwig Uhland, der im Liede von der verlorenen Kirche gesungen hat:

„Von der verlorenen Kirche soll
Der Sang ertönen in den Winden;
Einst war der Weg von Wallern voll,
Nun weiß ihn keiner mehr zu finden."

Die katholische Pfarrgemeinde von Liegnitz zählt heute in der Stadt etwa 15 000 Seelen, in den Landgemeinden ungefähr 1100. Die Zahl der Katholiken ist gegen früher etwas zurückgegangen. Aber der religiöse Eifer derselben scheint zugenommen zu haben. Der größere Teil von ihnen hält treu zum Glauben und liebt und schätzt seine Kirche.

Piastengruft. Im November 1679 starb der letzte Piastenherzog Georg Wilhelm an den Folgen einer Erkältung, die er sich auf der Jagd im Brieger Oderwald zugezogen hatte. Da beschloß seine Mutter, die Herzogin Luise, ihrem schon 1672 gestorbenen Gatten, ihrem Sohn und ihrer Tochter Charlotte ein großartiges Grabdenkmal zu errichten, das gleichzeitig eine Gedenkhalle für das ganze mit ihrem einzigen Sohne erloschene Herzogsgeschlecht bilden sollte. Die Grabkapelle wurde in die Apsis der alten Johanneskirche eingebaut. Die Idee des ganzen soll von dem schlesischen Dichter Caspar von Lohenstein stammen. Ausgeführt wurde sie von dem aus Tirol kommenden Künstler Matthias Rauchmüller, der Bildhauer und Maler zugleich war. In den Jahren 1677—1678 errichtete er die heutige Piastengruft, die als der letzte Überrest der aus dem Mittelalter stammenden St. Johanneskirche alle Zeitenstürme überdauert hat. Vom Jahre 1744—1801 lag die Johanneskirche wüst und leer da, allen Unbilden der Witterung ausgesetzt. In dieser Zeit verfiel auch die Piastengruft. Während der Franzosenherrschaft nach dem unglücklichen Kriege 1806 und 1807 wurde sie sogar regelrecht geplündert. Erst im Jahre 1899 ist sie in ihrer alten Schönheit wiedererstanden. Wenn sie auch einen Vergleich mit anderen Grabkapellen und Grüften nicht gut aushalten kann, ist sie doch ein bemerkenswertes Denkmal schlesischer Kunst und eine Sammelstätte historischer Erinnerungen.

Die jüdische Gemeinde der Stadt Liegnitz

Von Rabbiner Dr. Peritz.

Die jüdische Gemeinde der Stadt Liegnitz gehört zu den jüngeren in Schlesien: sie entstand erst, als nach Erlaß des Edikts vom 11. März 1812 den Juden Preußens das Staatsbürgerrecht verliehen, Freizügigkeit verstattet wurde und „alle bisherige, durch das gegenwärtige Edikt nicht bestätigte Gesetze und Vorschriften für die Juden für aufgehoben" erklärt worden waren. Wir wissen allerdings, daß im Mittelalter in Liegnitz Juden gewohnt haben; es



Phot. Mertin, Liegnitz

Synagoge

wird berichtet, daß sie schon um das Jahr 1170 am Schlosse angesiedelt gewesen sind, und sicher ist, daß sie 1301 in größerer Anzahl hier lebten; aber die Gemeinde löste sich fast ganz auf, als im Jahre 1447 die Herzogin Elisabeth dem Rate der Stadt für Schulden, die ihr verstorbener Gatte und sie selbst bei ihm gemacht hatten, die ganze Judengasse zur freien Verfügung überließ; nur zwei Juden sollten nach dieser Schenkungsurkunde, solange sie lebten, ihre Häuser behalten und bewohnen dürfen. So mußten schon damals die Bewohner

der Judengasse zum Wanderstabe greifen, während in den übrigen Straßen der Stadt noch bis 1466 jüdische Hausbesitzer in den Schöppenbüchern erwähnt werden. Sicherlich wurden aber auch die letzten bald darauf vertrieben; es war ja die Zeit, in welcher unter der falschen Anklage der Hostienschändung und anderen Verleumdungen in Deutschland Judenaustreibungen stattfanden und auch Schlesien damals von Juden fast ganz entblößt ward. Als daher am 5. Juli 1559 das Patent Kaiser Ferdinands I. „die Juden nirgend zu dulden" in Liegnitz veröffentlicht wurde, sind wohl nur noch sehr wenige Juden davon betroffen worden. Seitdem gab es jahrhundertelang überhaupt keine Juden in Liegnitz, und noch im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, als in anderen schlesischen Städten bereits wieder blühende jüdische Gemeinden entstanden waren, wachten Rat und Bürgerschaft von Liegnitz mit Strenge darüber, daß das Privilegium der Stadt, keine Juden zu dulden, nicht angetastet werde. Nur als Friedrich der Große in Liegnitz eine Niederlage seiner Porzellan-Manufaktur durch den Breslauer Hoffaktor Lippmann Meyer einrichten ließ, da mußte auf Befehl des Königs dem jüdischen Verwalter derselben nicht nur das Aufenthaltsrecht, sondern, da vermutlich der Porzellanhandel nicht einträglich genug war, auch die Erlaubnis erteilt werden, einen Nebenerwerb zu betreiben. Bald darauf übertrug der Hoffaktor seine Vertretung einem andern „sich fleißig in Liegnitz aufhaltenden Juden", bei dem der bisherige Verwalter nur als Gehilfe tätig sein sollte, und bat, beiden Angestellten einen Nebenverdienst zu gestatten; das lehnte aber der Magistrat entschieden ab, „da solches den Gerechtsamen der Stadt, keinem Juden einigen Handel in selbiger zu gestatten, entgegen und dem Lippmann Meyer in seinem Privilegio und Contract als Porcellain Entrepoſeur auf keine Weise freygegeben worden, daß jeder Jude, den er bey der Porcellain Niederlage gebraucht und anzustellen befindet, vor sich einen Neben Handel an Orten zu treiben berechtigt sein soll, wo sonst ex privilegio keine Juden geduldet werden dürfen".

In der Tat wurde schließlich das Wohnrecht zwar beiden gewährt, die Erlaubnis, einen Nebenhandel zu unternehmen, jedoch nur dem Verwalter des Porzellan-Lagers, Seelig Getschel, nicht aber dem Gehilfen Wolf Loenstein.

Auch nur vorübergehend auf wenige Tage hier sich aufhaltende, in anderen Städten privilegierte Juden scheinen in dieser Zeit nicht besonders glimpflich behandelt worden zu sein; das geht aus einem Schreiben der Glogauer Kriegs- und Domänen-Kammer an den Kriegs- und Steuer-Rat Coudelance in Liegnitz hervor, in dem es u. a. im Namen des Königs heißt:

„. . . Wenn jedoch bei uns Klagen eingehen, daß besonders die hiesigen Juden in einigen Städten auch sogar in Ansehung der zu ihrem Aufenthalt ihnen gestatteten Tage allerhand Schwierigkeiten gemacht und sie ohne Not hart und verächtlich begegnet würden, dieses aber der Absicht gänzlich entgegen ist, so befehlen wir Euch hierdurch in Gnaden, die Magistraete Eurer Inspection zu einer vorschriftsmäßigen und von aller Härte entfernten Behandlung anzuweisen, maßen sonst die Juden zum Nachtheil Unseres Allerhöchsten Interesse außer Stand gesetzt werden würden ihre ihnen auferlegte Abgaben zu praestiren, und wir daher wollen, daß sie bescheiden wie andere christliche Kaufleute behandelt werden sollen."

Der obengenannte Seelig Getschel, der auch nach Auflösung des Porzellan-Geschäftes weiter hier als Glogauer Schutzjude geduldet ist, wird 1791 als einziger Jude angegeben.

Die Lage änderte sich natürlich, als im Jahre 1812 das Edikt vom 11. März herauskam. Am 26. August desselben Jahres erwarb der erste Jude das Liegnitzer Bürgerrecht; er hieß Meier Neumann Prausnitz und stammte aus Glogau. Bald darauf folgten andere: Ende des Jahres waren acht Juden und 1816 bereits 93 in Liegnitz ansässig. Schon die ersten Ankömmlinge sorgten eifrig für gottesdienstliche und andere religiöse Einrichtungen, und Ende 1817 gab sich die junge Gemeinde nach Überwindung mancher Schwierigkeiten eine eigene Verfassung, welche am 12. Dezember 1818 die Bestätigung der Regierung erhielt, die zugleich der Gemeinde auf deren Wunsch einen städtischen Kommissar zur Bearbeitung ihrer Angelegenheiten gab in der Person des Stadtsyndikus Roeßler. Unter seinem Vorsitz wurde am 31. Januar 1822 eine Versammlung aller jüdischen Einwohner im Rathause abgehalten, die u. a. den Beschluß faßte, „die Statuten zur Begründung und zukünftigen ordnungsmäßigen Erhaltung der Korporation zu entwerfen."

Die Gemeinde bestand damals aus 38 Familien; sie hatte ihr Betlokal in der Topfgasse (Nr. 238) und seit 1816 in der Speergasse (Nr. 38) jenseits der Katzbach ihren Friedhof; sie besaß seit März 1815 einen tüchtigen Beamten, Hirsch Falkenheim, der vierzig Jahre als Vorbeter und Schächter fungierte, und nacheinander mehrere Religionslehrer. Aber die damalige Rechtlosigkeit der Gemeinde führte, trotzdem Raphael Prausnitzer, der Gründer der ältesten Privatbank in Liegnitz, eine ansehnliche Stiftung zum Unterricht armer Kinder gemacht hatte, in den Jahren 1834—1837 zu traurigen Schulverhältnissen, so daß ein Lehrer nicht unterhalten werden konnte, und der Religionsunterricht teils von den Vätern der Schüler und teils von einigen Primanern des hiesigen Gymnasiums gegeben wurde. Aber die Verhältnisse besserten sich, und noch im Jahre 1837 konnten die Führer und Vorsteher der Gemeinde, R. Prausnitzer, J. Kronecker und M. Levin, den als Gelehrten bekannten Dr. Sammter hierher berufen, um eine ordentliche Schule einzurichten. Seitdem besteht die Religionsschule der jüdischen Gemeinde.

Raphael Prausnitzer war es auch, der in großzügiger Wohltätigkeit der Gemeinde 1837 das Gelände zum Friedhof auf der Breslauer Straße schenkte, da der ältere, 1815 angelegte, wegen der ungünstigen Grundwasserverhältnisse sich als gänzlich untauglich erwiesen hatte.

Inzwischen war die Gemeinde so gewachsen, daß das alte Betlokal nicht mehr ausreichte. Vorstand und Gemeinde gingen nun daran, ein würdiges Gotteshaus zu bauen. Jahre vergingen, verschiedene Pläne wurden vorgelegt und wieder verworfen, bis endlich der große Wohltäter R. Prausnitzer im Jahre 1845 den richtigen Platz fand und ihn der Gemeinde zum Geschenk machen konnte. Da Prausnitzer außerdem versprochen hatte, 4000 Taler Baugeld gegen einen geringen Zinsfuß vorzuschießen, so konnte am 6. April 1846 der Grundstein gelegt, und am 10. Juni 1847 mit großer Feierlichkeit in Anwesenheit der staatlichen und städtischen Behörden und unter allgemeiner Beteiligung der Liegnitzer Bürger die Weihe des schönen Gotteshauses vollzogen werden. Während zunächst die rabbinischen Funktionen und das Lehramt vertretungsweise von dem Gelehrten Marcus Levin und dem Privatlehrer Dr. Sammter versehen wurden, wählte die Gemeinde am 21. Oktober 1854 den Dr. phil. Moritz Landsberg zu ihrem Rabbiner und Religionslehrer. Er waltete seines Amtes bis zu seinem Tode am 26. Dezember 1882; sein Nachfolger wurde am 1. Februar 1883 der noch gegenwärtig amtierende Rabbiner.

Es war das Verdienst Dr. Landsbergs, die Geldmittel herbeigeschafft zu haben für die

Errichtung des noch fehlenden Gemeinde- und Schulhauses, das im Juni 1863 unmittelbar neben der Synagoge erworben werden konnte. Hier wurde im Jahre 1864 auch die Gemeindebücherei untergebracht, deren Grundstock die wertvollen, meist ältere hebräische Bücher enthaltenden Sammlungen bildeten, welche aus der Hinterlassenschaft zweier gelehrter Männer, Hirsch Krieg und Dr. Kronecker, der Gemeinde zum Geschenk gemacht worden waren.

Im Laufe der Zeit wurden die Gemeinde-Einrichtungen weiter ausgebaut; wir erinnern an die Errichtung der Friedhofshalle (1877) und an die 1879 notwendig gewordene Vergrößerung und schönere Ausschmückung der Synagoge, sowie an die Einrichtung des neuen, am Karthaus-Abbau befindlichen Friedhofes, die im Jahre 1925 erfolgt ist.

Das Anwachsen der Gemeinde und die in der jüngsten Zeit sich häufenden Aufgaben und neuen Arbeitsgebiete der Gemeinde-Verwaltung haben es notwendig gemacht, eine Geschäftsstelle der Gemeinde mit zwei ständigen Hilfsarbeitskräften einzurichten.

Von dem regen Leben innerhalb der Gemeinde zeugen die verschiedenen jüdischen Zwecken dienenden Vereine. Neben den alten der Wohltätigkeit und Wohlfahrtspflege gewidmeten, Liebeswerke an Lebenden, Sterbenden und Verstorbenen übenden Vereinen „Chebra Kadischah", Heiligenstift, (gegründet 1839) und „Israelitischer Frauenverein" (seit 1852 bestehend) und neben der „Silesia-Loge des Unabhängigen Ordens B'ne b'ris", der Israeliten vereinigt zur Förderung der höchsten und edelsten Ziele der Menschheit, bestehen der „Mittelstands-(Gemeinde-)Verein", welcher die Gemeindemitglieder zusammenschließen will, die sich als religiös-konservativer gerichtet bezeichnen, und der „Liberale Verein der Synagogengemeinde Liegnitz", sowie die Ortsgruppen a) „des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", b) der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland" und c) des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten". Dazu kommen die Frauenvereinigung der Silesia-Loge, welche u. a. eine jüdische Jugendhalle unterhält und leitet und wöchentliche Zusammenkünfte älterer alleinstehender Frauen und Mädchen eingerichtet hat, und endlich der Verein „Israelitisches Altersheim Liegnitz". Das schön gelegene Haus, welches dieser Verein seit 1918 besitzt, ist infolge der Wohnungsnot leider noch nicht vom Wohnungsamte freigegeben worden; doch besteht die Hoffnung, es in kurzer Zeit seinem edlen Zwecke zuführen zu können.

Alle diese Vereine wirken unter der Führung ihrer Vorstände eifrig und kräftig für die Ziele, die sie erstreben, und wenn einige unter ihnen, wie natürlich, ihre Anschauungen und Meinungen mutig gegeneinander verteidigen, so ist doch bei allen das ehrliche Streben anzuerkennen, den Frieden und die Einheit der Gemeinde zu wahren und deren gemeinsame Ziele zu fördern. Dafür spricht auch der Umstand, daß alle Vereine ohne Ausnahme zusammen mit dem Gemeinde-Vorstande für allgemeine Wohlfahrtspflege eine Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, die schon wiederholt segensreich gewirkt hat und auch weiterhin ebenso wirken dürfte. Die größeren Vereine beweisen auch einen regen und edlen Wetteifer, durch Veranstaltung von Vortragsabenden ihre Mitglieder und auch weitere Kreise in religiöser Erkenntnis und allgemeinem Wissen zu fördern, für alles Große, Edle und Schöne zu erwärmen und sie immer mehr zu festigen in der Treue zum angestammten Väterglauben sowie in der Liebe zum deutschen Vaterlande.

Das Liegnitzer Zeitungswesen

Von Dr. Kraus,
Hauptschriftleiter des „Liegnitzer Tageblattes".

Liegnitz hat bereits verhältnismäßig früh eine regelmäßig erscheinende Presse gesehen. Allerdings lassen sich die Anfänge mit einem Zeitungswesen im heutigen Sinne nicht vergleichen. Die Tageszeitung in ihrer heutigen Form, wie wir sie kennen, ist ja überhaupt erst ein Kind der neueren Zeit. Das Lesebedürfnis fand noch vor wenig mehr als hundert Jahren vollauf Genüge in dem Nachrichtenmaterial, das ihm jeweils nach Bedarf vorgesetzt wurde. Die jährlich erscheinenden Kalender kann man wohl als die erste Form einer Art von Presse ansehen.

In Liegnitz erschien das erste zeitungsähnliche Organ zur Zeit der Schlesischen Kriege Friedrichs des Großen. Es waren die „Gelehrten Neuigkeiten Schlesiens", herausgegeben von David Siegert, die ursprünglich habsburgisch eingestellt waren, nach dem Siege Preußens aber rasch friderizianisch wurden und als „Neue Fortsetzung der Gelehrten Neuigkeiten Schlesiens" 1741 und 1742 als erste preußische Zeitschrift in Liegnitz, geleitet von dem Hirschberger Arzt Dr. Lindner, erschienen. Die Zeitschrift kam monatlich heraus und war vor allem kulturellen Dingen gewidmet, wenn auch nebenbei politische Ereignisse kurz Erwähnung fanden. Schon zwei Jahre später finden wir in Liegnitz eine Wochenschrift. Sie kam 1743 mit dem Namen „Der Pilgrim" unter der Leitung von Wätzoldt heraus und war eine Art moralischer Leitfaden. 1753 gab David Siegert, der frühere Verleger der „Gelehrten Neuigkeiten Schlesiens", eine neue Monatsschrift heraus, die sich „Von allem Etwas oder der Schlesische Schriftsteller nach der Mode" nannte und das Programm verfolgte: „Wir wollen unterrichten, wir wollen moralisieren, wir wollen ergötzen." Vers und Prosa wechselten in dieser Zeitschrift. Gedruckt wurde sie bei Breitkopf in Leipzig. Ein Pastor, namens Christian Siegismund Lange, brachte 1761 eine moralische Wochenschrift „Der Freund" heraus. Alle diese Organe bestanden nur kurze Zeit. Der wirtschaftliche Niedergang nach dem Kriege scheint ihrem Dasein ein Ende bereitet zu haben. Erst 1789 begegnen wir wieder einer Zeitschrift „Das Niederschlesische Magazin", die von Karl Martin Plümicke herausgegeben wurde. Seit 1792 zeigt sich eine Monatsschrift „Liegnitzische Beiträge zum Nutzen und Vergnügen", gedruckt bei Pappäsche, geleitet vom Prorektor des Liegnitzer Gymnasiums Frosch. Die äußere Form dieser älteren Zeitschriften, die in Liegnitz herausgegeben sind, ist auf das Oktavformat beschränkt. Man kann sie wohl in gewissem Sinne als Vorläufer des Zeitungswesens, aber nicht schon als dessen eigentlichen Beginn ansprechen.

Durch den Sieg der Befreiungskriege, die den auf allen deutschen Landen lastenden Zwang der französischen Fremdherrschaft brachen, kam eine frischere Luft in die deutsche Welt. Die am Reformwerk des Freiherrn vom Stein sich stärkenden Bestrebungen des deutschen

Bürgertums um eine lebhaftere Mitwirkung im staatlichen Leben ließen auch das Interesse der Öffentlichkeit an einer regelmäßigen Nachrichtenquelle erwachen. Die Ansätze hierzu lagen noch in der Franzosenzeit. Im Jahre 1810 erteilte die preußische Regierung dem Geschäftsführer der Buchdruckerei G. Decker & Comp. in Posen, Johann Ernst Doench, der gleichzeitig Redakteur der dortigen Zeitung war, eine auf zehn Jahre bemessene Konzession zum Betriebe einer Buchdruckerei in Liegnitz. Der alte Pappäsche, der die monatlich erscheinenden „Liegnitz. Beiträge zum Nutzen und Vergnügen" herausgab, sah sich dadurch bedroht, und da die Regierung über den zu seinen Gunsten unternommenen Einspruch des Liegnitzer Magistrats hinweggegangen war, so räumte er der Konkurrenz das Feld und verkaufte seine Druckerei an Doench. Durch seine guten Verbindungen mit der Regierung war es Doench gelungen, nachdem er schon das Prädikat Hofbuchdruckerei für sein Unternehmen erlangt hatte, die Herausgabe des Amtsblattes für die Provinz in seine Hand zu bekommen. Die neue Erscheinung der Amtsblätter, die mit dem Steinschen Reformwerk zusammenhing, sollte der Öffentlichkeit alle amtlichen Gesetze und Verordnungen bekanntgeben. Der 4. Mai 1811 war der Erscheinungstag der ersten Nummer dieser für Liegnitz vollständig neuen Zeitungsart, die sich als „Amtsblatt der Königlichen Liegnitz'schen Regierung von Schlesien" betitelte. Es war die erste richtige Zeitung, die Liegnitz damit erhielt. Sie war nicht auf den amtlichen Teil beschränkt, sondern brachte im Anschluß daran Mitteilungen der neuesten Begebenheiten, sowie belehrende und unterhaltende Aufsätze.

Doench, den man also als den Schöpfer des Liegnitzer Zeitungswesens bezeichnen darf, begnügte sich nicht mit der Herausgabe eines amtlichen Blattes, sondern machte den mutigen Versuch, daneben auch eine vollkommen unabhängige Presse zu schaffen. Schon am 20. November 1810 war eine neue Zeitschrift, „Der Beobachter von Liegnitz", angekündigt worden, ohne daß man jedoch weiteres von ihr gehört hätte. Einen Monat später gab Doench den Plan einer anderen Zeitung bekannt, die dann am 2. Januar 1811 mit ihrer ersten Nummer ins Leben trat. Sie erschien unter dem Namen „Allgemeiner Niederschlesischer Anzeiger" in Quartformat, zweimal wöchentlich. Doench hielt selbst die Leitung dieses Blattes straff in seiner Hand. Die Zeitung brachte nicht nur Nachrichten aller Art, sondern auch gute erzählende Beiträge, kulturelle Aufsätze und auch Leitartikel. Das Blatt entwickelte zum ersten Male auch den heute im Zeitungsleben so wichtigen Anzeigenteil. Auch dieses Blatt, das im allgemeinen mehr der Unterhaltung diente, genügte dem ehrgeizigen Doench auf die Dauer nicht, und er rief daher bald ein weiteres Blatt ins Leben, das im wesentlichen politischen Charakter tragen sollte. Mit dem Beginn des Jahres 1812 kam „Der Correspondent von und für Schlesien". Diese neue Zeitung erschien an denselben Tagen wie bisher der „Anzeiger". Die schwere Zeit der Befreiungskriege und der ihnen folgenden Jahre wirtschaftlicher Enge wurden von der jungen Presse gut überstanden. Am 5. März 1822 erweiterte Doench seinen „Correspondenten" durch eine wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Der Zuschauer". Doench, rastlos bemüht, mit der Zeit mitzugehen und sein Unternehmen jung zu erhalten, ersetzte diesen „Zuschauer", der nur wenige Jahrgänge hindurch erschien, seit 1828 durch eine neuartige andere wöchentliche Unterhaltungsbeilage, die „Brieftasche". Das Wertvolle an der von Doench geschaffenen Presse war die freie, mannhafte Kritik, die er an politischen Zuständen übte. Liberal und national eingestellt, litt er persönlich nicht nur unter der Franzosenherrschaft, vor der er fliehen mußte, sondern nachher

auch unter der willkürlichen Zensur der eigenen Behörden. Die innerpolitischen Wirren der kommenden Gärungszeit machten seiner verdienstvollen Arbeit ein Ende. Die Ängstlichkeit der preußischen Regierung führte am 1. April 1836 zum Verbot des „Correspondenten" und der „Brieftasche". Es war eine Erscheinung, die man damals überall in Deutschland fand, Unterdrückung der politischen Presse, Maulkorb für die öffentliche Meinung. Doenchs Arbeit wurde aber nicht vollkommen unterdrückt, nur sein politisches Blatt wurde unterdrückt. Schon am 1. Mai 1836 durfte er, jedoch mit amtlicher Erlaubnis, eine nichtpolitische Zeitung neu herausgeben, „Silesia", die mit einer ständigen Beilage „Communalblatt für die Provinz Schlesien" zweimal wöchentlich herauskam.

Dasselbe Jahr, das dem verdienstvollen Doench das Ende seiner Arbeit in politischer Publizistik brachte, war die Geburtsstunde der heutigen Liegnitzer politischen und lokalen Presse. Der Buchdrucker W. Pfingsten, der in Landeshut eine nichtpolitische Zeitung „Der Gebirgsfreund" herausgab, kam 1834 nach Liegnitz, um das Blatt auch hier erscheinen zu lassen. Pfingsten erwirkte von der Regierung die Erlaubnis, eine neuartige Zeitung herauszugeben, nämlich ein richtiges Lokalblatt. Unter Mitwirkung der Stadt, deren Bürgermeister Jochmann die Zensur ausübte, trat so das „Liegnitzer Stadtblatt" auf den Plan. Die Liegnitzer Presse bestand nun aus vier Organen, dem „Stadtblatt" mit „Gebirgsfreund" und „Silesia" mit „Communalblatt". Pfingsten war ein Mann der praktischen Erfahrung und Schulung, der seinen Blick in Breslau bei Wilhelm Gottlieb Korn, in Leipzig bei Brockhaus und in Berlin in der von Deckerschen Hofbuchdruckerei erweitert und geschärft hatte. Er erfaßte mit glücklicher Hand die Gelegenheit, durch eine verständnisvolle Pflege der lokalen Interessen die Anteilnahme der Öffentlichkeit an allen Dingen des täglichen Geschehens zu steigern. Während Doenchs „Silesia" in den Wirren des unruhvollen Revolutionsjahres 1848 unterging, vermochte es das „Stadtblatt", das zunächst einmal wöchentlich erschien, sich in jeder Hinsicht das Vertrauen der Liegnitzer zu erwerben. Von 1836 bis 1861, also 25 Jahre hindurch, behielt das „Stadtblatt" sein Kleinquartformat bei. Herstellungsort und Erscheinungsweise wechselten in dieser Zeit aber mehrfach. Von der Burggasse Nr. 245 zog Pfingsten 1837 nach der Mittelgasse Nr. 396 um, wo er sich mit einer neuen Buchdruckerei vereinigte, die als Abzweigung der Breslauer Firma Graß, Barth & Co. firmierte. Die Geschäftsführung der somit vergrößerten Buchdruckerei übernahm Pfingsten, der dafür sorgte, daß in der Herausgabe seiner beiden Blätter keine Änderung eintrat. Eine rasche Entwicklung nahm das „Stadtblatt" in den großen Jahren des nationalen Aufschwunges, die das deutsche Volk zur staatlichen Einigung führte. Von 1862 an erschien die Zeitung, die 1860 in den Besitz des Herrn E. von Scheibner übergegangen war, dreimal wöchentlich, am Sonntag, Dienstag und Freitag. Das Format wurde gleichzeitig auf Großquart vergrößert.

Damit trat das „Stadtblatt" auf die Schwelle seiner Entwicklung zu einer großen politischen Tageszeitung. Im Frühjahr des Kriegsjahres 1866 kaufte Heinrich Hermann Krumbhaar, der einer alten thüringischen Juristen- und Kaufmannsfamilie entstammte und sich nach längerer buchhändlerischer Ausbildung mit dem Erwerb der Gerschelschen Buchhandlung am Ring 1858 in Liegnitz niedergelassen hatte, von dem bisherigen Verleger von Scheibner Buchdruckerei und Verlag des „Liegnitzer Stadtblattes". Der neue Verleger führte in rascher Entwicklung die Zeitung einer wachsenden Bedeutung zu. Vom Oktober 1866 ab erschien es in vergrößertem Format täglich, der Betrieb wurde erheblich erweitert und die

Druckerei modernisiert. Damit erhielt Liegnitz die erste Tageszeitung, verhältnismäßig früh für eine Mittelstadt von seiner damaligen Größe. Bald wurden auch größere Räume erforderlich. 1874 konnte das „Stadtblatt" mit der gesamten Druckerei in ein eigenes Haus einziehen, das vor dem Haynauer Tor am Ausgang der Haynauer Straße gebaut worden war. Die wachsende Bedeutung kam auch in dem Untertitel „Liegnitzer Tageblatt" zum Ausdruck, der am 10. März 1881 zum ersten Male auftrat. Bald verdrängte der Untertitel den alten Haupttitel vollständig. Vom 10. Januar 1886 ab hieß die Zeitung „Liegnitzer Tageblatt". Unter der Leitung von Kommerzienrat Hermann Krumbhaar und nach seinem Ableben 1909 von seinen Söhnen, Kommerzienrat Dr. jur. Heinrich Krumbhaar und Kurt Krumbhaar, hat das „Liegnitzer Tageblatt" einen Aufschwung genommen, der es weit über den Rahmen seiner lokalen Bedeutung hinaus zum Heimatblatt des Niederschlesiers gemacht und ihm nicht nur in Liegnitz, sondern auch in den benachbarten Städten und im weiten Bereich des Landes eine treue Leserschaft gewonnen hat.

In den siebziger Jahren bestand neben dem gemäßigt liberalen „Stadtblatt" der ausgesprochen liberale „Liegnitzer Anzeiger", begründet 1871 von Hermann Buresch (später Verleger des „Jauerschen Stadtblattes"). Das Blatt ging mit der Buchdruckerei von Wilhelm London durch Kauf im Jahre 1900 an den Kaufmann Reinhold Wagner über. Auch die Konservativen waren mit einem eigenen Organ vertreten. Seit 1883 fanden ihre politischen Bestrebungen in der „Liegnitzer Zeitung" ihren Niederschlag, die 1906 aus dem Verlag von Oskar Heinze in den seines Bruders Max Heinze überging. Die Sozialdemokraten erscheinen erst seit 1912 mit einem eigenen Blatt auf der Bildfläche, der „Liegnitzer Volkszeitung". Anfangs als Kopfblatt der „Breslauer Volkswacht", nur mit eigenem Lokalteil erscheinend, wandelte die „Volkszeitung" sich 1919 in eine vollkommen eigene Zeitung um, die in der Druckerei von Karl Seyffarth hergestellt wird. Der „Liegnitzer Anzeiger", zuletzt als Morgenblatt unter dem Titel „Niederschlesische Morgenzeitung" erscheinend, wurde von 1920 ab in der Krumbhaarschen Druckerei gedruckt und hat infolge der Inflation sein Erscheinen eingestellt. Auch die „Liegnitzer Zeitung" wurde ein Opfer der Inflation und stellte 1922 ihr Erscheinen ein. An ihre Stelle trat als Organ der Deutschnationalen Partei 1924 die „Niederschlesische Landeszeitung", die seither einen viermaligen Besitzwechsel gesehen hat. Die Interessen des Zentrums werden von den „Liegnitzer Nachrichten" wahrgenommen, die als Kopfblatt der in Schweidnitz erscheinenden „Mittelschlesischen Zeitung" in Liegnitz eine eigene Lokalschriftleitung besitzen.

So erkennen wir in der Geschichte des Liegnitzer Zeitungswesens eine rege Mannigfaltigkeit und das Bestreben, der Verschiedenartigkeit der Anschauungen und Meinungen gerecht zu werden. Das Gedeihen einer gesunden Presse als wichtiger Faktor des Kulturlebens findet seinen lebendigen Ausdruck in der lebhaften Anteilnahme der Liegnitzer und der Niederschlesier überhaupt an den Begebenheiten des Tages, wie sie sich in der Zeitung widerspiegeln.

WIRTSCHAFT UND VERKEHR

Das Wirtschaftsleben in Liegnitz

Von Dr. Jochmann, Syndikus der Industrie- und Handelskammer.

Die Entwicklung des gewerblichen Lebens in Liegnitz steht mit der Entwicklung der Stadt in engstem Zusammenhang und reicht bis in jene fernen Zeiten zurück, da an der Kreuzung zweier uralten Handelsstraßen unweit der Mündung des Schwarzwassers in die Katzbach der kleine Marktflecken Legnice entstand. Aus der primitiven Form des Tauschhandels zwischen der eingesessenen Bevölkerung und den fahrenden Händlern entstand in dem unter der Herrschaft der Piastenherzöge rasch aufstrebenden Gemeinwesen allmählich auch ein bodenständiger Handel, der im Mittelalter in der Zeit der Zünfte und Gilden seine Blüte erreichte. Damals bildete sich das Konsortium der Kaufleute, dem vornehmlich die Besitzer der Tuchkammern angehörten, und deren Niederlassungen zusammen mit den 28 Reichkramen dem Markt sein äußeres Gepräge gaben. Durch die in der Folgezeit über das Land dahingehenden kriegerischen Ereignisse, die wiederholte Umgestaltung der politischen Verhältnisse und die damit verbundene Verarmung der Stadt erlitt diese verheißungsvolle Entwicklung jedoch einen empfindlichen Rückschlag. Aus der einst glänzenden Residenz war jedoch am Ende der friderizianischen Epoche eine kleine Provinzialstadt ohne wirtschaftliches Leben geworden. Nur allmählich begannen Handel und Gewerbe sich wieder zu erholen, bis Mitte des vorigen Jahrhunderts mit der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, insbesondere dem Bau von Eisenbahnlinien, eine neue Periode einsetzte und die Wirtschaft in allen ihren Zweigen einen vielversprechenden Aufschwung nahm. Zahlreiche neue Unternehmen der verschiedensten Art wurden begründet und entwickelten sich auf das günstigste. Neben die eigentlichen Handelsgeschäfte traten eine große Anzahl bedeutender Industriefirmen, deren Erzeugnisse sich neben dem Inlandsmarkt bald auch im Auslande reichen Absatz erschlossen und ihren Werken Ruf und Namen verschafften. Zwar hat der unglückliche Ausgang des Krieges mit den für Schlesien besonders fühlbaren Gebietsverlusten auch dem Liegnitzer Wirtschaftsleben schwere Wunden geschlagen, aber der unermüdliche und unverzagte Fleiß der Gewerbetreibenden ist mit frischen Kräften an das Werk des Wiederaufbaues gegangen und wird den geachteten Platz, den Liegnitz heute im Rahmen der schlesischen Gesamtwirtschaft einnimmt, auch in Zukunft zu behaupten wissen.

Unter den vielen in Liegnitz ansässigen Gewerbezweigen ist es vor allem die Nahrungsmittel-Industrie, die dem Wirtschaftsleben der Stadt ein besonderes Gepräge gibt. Der fruchtbare, für den Gemüseanbau vortrefflich geeignete Boden der Liegnitzer Umgebung ließ schon früh das noch heute blühende Gewerbe der „Kräuterei“

entstehen, dessen Erzeugnisse, vor allem Gurken, Weißkohl und Zwiebeln, dank ihrer ausgezeichneten Qualität bald nicht nur in Schlesien, sondern auch in den angrenzenden Ländern steigenden Absatz fanden. Während man sich früher darauf beschränkte, die Ware in rohem Zustande an die Abnehmer zu versenden, begann man in neuerer Zeit, das Gemüse an Ort und Stelle zu konservieren und für den Tafelgenuß zu bereiten. So entstand eine ausgedehnte Rohkonservenindustrie, die in zahlreichen Sauerkohlfabriken und Gurkeneinlegereien die Früchte des Feldes verarbeitet und verbrauchsfertig macht. Mit Recht ist Liegnitz weithin im Lande als „Gurkenstadt" bekannt, da keine andere deutsche Stadt eine ähnlich umfangreiche Industrie dieser Art aufzuweisen vermag. Mehr als zwanzig große Betriebe mit vielen Hunderten von Arbeitnehmern sind heute mit der Zubereitung der überall im Reiche als schmackhaft geschätzten und begehrten Ware beschäftigt.

Im engen Zusammenhang mit der intensiv betriebenen und ausgebreiteten schlesischen Landwirtschaft steht auch ein lebhafter Getreide- und Futtermittelhandel sowie die Mühlenindustrie, die in verschiedenen neuzeitlich ausgestatteten Werken betrieben wird. In den letzten Jahrzehnten hat ferner derjenige Teil der Nahrungsmittelindustrie einen beachtlichen Aufschwung genommen, der sich mit der Herstellung von Fruchtsäften, Obstweinen, Essenzen, Likören und Spirituosen sowie mit der Obst- und Fruchtkonservierung befaßt. Obwohl gerade diese Betriebe durch den Verlust ihrer an Polen gefallenen Rohstoff- und Absatzgebiete teilweise auf das empfindlichste getroffen worden sind, haben sie es durch geschickte Umstellung und Anpassung an die veränderten Verhältnisse verstanden, ihre Leistungsfähigkeit zu bewahren und sich neue Märkte zu erschließen. Einen bemerkenswerten Umfang hat besonders in der Nachkriegszeit der Großhandel mit Südfrüchten angenommen, der im direkten Import aus Italien und Spanien die Bevölkerung mit Apfelsinen, Bananen, Zitronen und anderen begehrten Früchten einer wärmeren Sonne versorgt. Andere Erzeugnisse des Südens werden durch den Kolonialwarengroßhandel und zahlreiche Lebensmittelgeschäfte dem Verbrauch zugeführt. Von den in Liegnitz hergestellten Genußmitteln sind als Spezialität noch die „Liegnitzer Bomben" zu nennen, die neben anderem Backwerk von einer größeren Anzahl Honigkuchen- und Zuckerwarenfabriken hergestellt werden und sich in weiten Kreisen großer Beliebtheit erfreuen. Als weitere Zweige des in der Stadt betriebenen Nahrungsmittelgewerbes sind ferner die Käsefabrikation, das Brauereigewerbe und der Weingroßhandel zu erwähnen.

Einen für Liegnitz besonders charakteristischen Industriezweig stellt die Pianofabrikation dar, welche sich seit Beginn des vorigen Jahrhunderts in wachsendem Maße hier angesiedelt hat. Ihre Artikel genießen Weltruf und haben die Namen der herstellenden Firmen bis ins ferne Ausland bekannt gemacht. Obwohl durch den Krieg die Ausfuhr so gut wie gänzlich unterbunden wurde, haben sich doch die in erstaunlicher Präzisionsarbeit kunstvoll und gediegen hergestellten Instrumente sehr bald wieder ihre früheren Absatzgebiete in Europa und den überseeischen Ländern zurückerobert und damit den Beweis geliefert, daß deutsche Qualitätsware so leicht nicht durch ausländische Konkurrenz übertroffen werden kann. Die Gesamtherstellung der mit den modernsten technischen Einrichtungen arbeitenden Liegnitzer Pianoforte-Industrie beläuft sich heute auf etwa 4000 Pianinos und Flügel im Jahre. Viele Hunderte von Arbeitern und Angestellten finden in den Werken ihre Beschäftigung. Neben den eigentlichen Pianofabriken bestehen eine Anzahl größerer Betriebe, die sich mit der

Herstellung der zum Pianobau notwendigen Klaviaturen und Mechaniken befassen, und deren Absatzgebiete gleichfalls weit über die Grenzen Deutschlands hinausreichen.

Auch im übrigen ist die Holz verarbeitende Industrie in ihren mannigfachen Arten und Zweigen durch zahlreiche Betriebe vertreten. Sowohl in Handwerksbetrieben, vor allem aber in größeren Möbelfabriken werden Wohnungseinrichtungen für jeden Geschmack und Bedarf, von einfachen Zimmerausstattungen bis zu den feinsten Luxusgarnituren, hergestellt. Mehrere Unternehmen widmen sich speziell der Anfertigung von Kinderwagen und Korbwaren aller Art. Andere Betriebe dienen der Herstellung von Wagenrädern, Hobel- und Schulbänken, Stöcken, Peitschen, Holzstiften und dergleichen mehr. Auch der Holzhandel und die Bautischlerei spielen eine bedeutende Rolle im Gewerbeleben der Stadt.

Die für das Holz verarbeitende Gewerbe erforderlichen Maschinen werden in zwei großen Spezialwerken der Metall-Industrie hergestellt. Hervorgegangen aus kleinen Schlossereibetrieben, die anfänglich nur einfache Gerätschaften für Drechsler, Tischler und Stellmacher fabrizierten, haben sich diese Unternehmen in stetigem und zielbewußtem Aufwärtsstreben zu einem der hervorragendsten Industriezweige der Stadt entwickelt. Ihre Fabrikkomplexe mit den großen Maschinenhallen und Werkhöfen, den ausgedehnten Lagerräumen und Bürogebäuden bestimmen maßgebend das Stadtbild im äußeren Westen des Ortes und geben zahlreichen Arbeitskräften Beschäftigung und Verdienst. Die von ihnen herausgebrachten Artikel, vor allem Abricht- und Hobelmaschinen, Kreissägen und Bandsägen, Tischlereimaschinen und Sägegatter werden nicht nur in alle Gaue des Vaterlandes, sondern auch weithin ins Ausland versandt und haben sich längst die Anerkennung der Fachwelt errungen. Mit den modernsten Einrichtungen ausgestattet, arbeiten die Betriebe nach den neuesten rationellen Methoden und brauchen die Konkurrenz keines anderen Werkes zu scheuen. Neben diesen großen bestehen eine Anzahl mittlerer Betriebe der Metallindustrie, in denen außer Maschinen aller Art Pumpen und Armaturen, Blech- und Drahtwaren, Haus- und Küchengeräte, Wäschemangeln, Tafel- und Brückenwagen, Werkzeuge und Ersatzteile angefertigt werden. In den letzten Jahren hat auch die Fabrikation von Karosserien für Personenkraftwagen einen beachtlichen Aufschwung genommen. Im Zusammenhange mit der vielverzweigten Industrie hat sich ein lebhafter Handel mit Metall- und Eisenwaren, Hausbedarfsartikeln, Maschinen und Kraftfahrzeugen entfaltet.

Die Textilindustrie hat schon in früheren Jahrhunderten einen bedeutsamen Fabrikationszweig im städtischen Gewerbeleben gebildet. Obwohl die alten Unternehmungen heute erloschen sind, hat die seit Mitte des vorigen Jahrhunderts in wachsendem Maße erfolgende Ansiedlung neuer Werke und deren zunehmende Ausdehnung zu einem solchen Aufschwung dieses Geschäftszweiges geführt, daß er an Zahl der Betriebe und der beschäftigten Arbeiter den ersten Platz einnimmt. Mehrere große Fabriken befassen sich speziell mit der Massenherstellung von Wirk- und Strickwaren und haben den Export dieser Artikel, hauptsächlich Mützen, Schals, Jacken, Mäntel und Sportbekleidung, über den ganzen Erdball ausgedehnt. Selbst der Krieg hat die günstige Entwicklung dieser Unternehmen nur vorübergehend zu hemmen vermocht; dank der guten Qualität ihrer Waren konnten die verlorenen Märkte bald wiedergewonnen und weitere Absatzgebiete erschlossen werden. In großem Umfange wird in anderen Fabriken die Herstellung von Herren- und Knabenkonfektionen

betrieben. Der Handel mit Textilwaren aller Art ist ebenfalls äußerst vielseitig vertreten. In zahlreichen schönen Läden werden außer Konfektion und Wollwaren Stoffe, Tapeten, Teppiche, Gardinen, Schirme, Leinenwaren und Wäscheausstattungen zum Verkauf gestellt.

In Verbindung mit der Wollwarenindustrie hat sich die Spielwarenindustrie und die Puppenfabrikation zu größerer Bedeutung entwickelt. Ihre Fabrikate haben sich einen guten Ruf errungen und werden sowohl im Inlande als auch im Auslande in großen Mengen abgesetzt.

Von den weiteren in Liegnitz ansässigen Gewerbezweigen sind u. a. bedeutsam die Lederwarenindustrie, welche besonders Koffer, Taschen, Sattlerwaren und Treibriemen herstellt, und zu der auch mehrere Handschuhfabriken zu rechnen sind. Die Papierwarenfabrikation ist durch mehrere Firmen vertreten, die sich mit der Herstellung von Kartonnagen, Heften, Kontorbüchern, Tüten und Huthülsen befassen. Weiter zu erwähnen sind die Silberwarenfabrikation und der Handel mit Porzellan und Glassachen, ferner die chemische Industrie, welche Lacke, Farben, Firnisse, Drogen, Seifen und Waschmittel liefert. Eine ausgedehnte Stein- und Tonwarenindustrie fertigt in ihren Betrieben Ziegelsteine, Dachsteine, Zementwaren und Ofenkacheln. Das graphische Gewerbe wird durch eine Anzahl größerer Druckereien und Verlagsanstalten repräsentiert. Für die Bewegung der zahlreichen Güterarten sorgen mehrere große Speditionsfirmen.

Wenn der beschränkte Raum es auch verbietet, das Bild des Wirtschaftslebens der Stadt im einzelnen näher auszugestalten, so wird der kurze Überblick doch gezeigt haben, daß Liegnitz eine Stätte ist, die an gewerblicher Regsamkeit und wirtschaftlicher Kraft hinter keinem anderen Platze zurücksteht. Obwohl Handel und Industrie infolge der unglücklichen geographischen Lage Schlesiens mit größeren Schwierigkeiten als in allen übrigen Landesteilen zu kämpfen haben, ist deutscher Unternehmergeist und Kaufmannsfleiß unermüdlich am Werke, diese Hindernisse zu überwinden und am Aufbau der deutschen Volkswirtschaft mitzuwirken. Mögen auch die berufenen behördlichen Stellen im Reich und Staat durch geeignete Maßnahmen das Ihrige zu einer weiteren glücklichen Entfaltung des schlesischen Wirtschaftslebens beitragen.

Das Handwerk in Liegnitz

Von Handwerkskammer-Syndikus Burkert.

Die tausendjährige Geschichte des deutschen Handwerks, welche reich an interessanten Lebens- und Wirtschaftsbildern aus wechselvoller Friedens- und Kriegszeit ist, liefert den Beweis, daß das Handwerk sich bisher stets vermöge seiner urwüchsigen Kraft, seiner Anpassungsfähigkeit an die Volksbedürfnisse und des Qualitätscharakters seiner Arbeit in der Wirtschaft behauptet hat, daß das Handwerk einen wesentlichen Faktor der deutschen Wirtschaft bildet und sich allen Anfeindungen zum Trotz unter den schwierigen Verhältnissen der Gegenwart und Zukunft durchsetzen wird.

Auch das Liegnitzer Handwerk hat äußerst schwere Wirtschaftszeiten durchlebt, stets aber seine Existenz und Bedeutung im vollen Umfange gewahrt. Die Zahl seiner selbständigen Betriebe ist hier nicht zurückgegangen, die Handwerks-Innungen haben sich sogar noch vermehrt, vor allem aber sind neuzeitlicher Geschäftsgeist im Verein mit rationeller Arbeitsmethode eine auch in Liegnitz sich erfreulich entwickelnde Wirtschafts-Erscheinung. Im Liegnitzer Handwerk macht sich stark das Bestreben bemerkbar, hochwertige Arbeit zu leisten in der richtigen Erkenntnis, daß Qualitäts-Erzeugnisse und -Arbeiten das ureigenste, konkurrenzlose Tätigkeitsgebiet des Handwerks und darüber hinaus eine Quelle deutscher Wirtschaft und Kultur sind. In diesem Zusammenhange muß noch zum Ausdruck gebracht werden, daß gerade in letzter Zeit alle Zweige des Liegnitzer Handwerks ihre ganze Kraft auf die Erhaltung der öffentlichen und privaten Wirtschaftswerte durch unzählige vielseitige Reparaturen und Ergänzungen, durch gründliche Beseitigung von Schäden an Gebäuden und ihrer Einrichtung, sowie auf die restlose Befriedigung aller in ihr umfassendes Arbeitsgebiet gehörenden Volksbedürfnisse (Lebensmittel, Bekleidung usw.) eingestellt und hierdurch nicht nur sich selbst vor dem Untergange gerettet, sondern auch der Stadt und dem Vaterlande den größten Dienst erwiesen haben. Die jetzt in Liegnitz bevorstehende „Schlesische Gewerbe-Ausstellung" (Gugali) wird zweifellos den glänzenden Beweis führen, daß das Handwerk leistungsfähig ist und in seinen Erzeugnissen und Arbeiten auf einer hervorragenden Qualitätshöhe steht.

Wie mannigfaltig und stark das Liegnitzer Handwerk ist, zeigt folgender Auszug aus der neuaufgenommenen Statistik.

Es bestehen hier selbständige Handwerksbetriebe für die Gewerbe der Automobilmechaniker, Bäcker, Bandagisten, Maurer, Zimmerer, Bildhauer, Böttcher, Brunnenbauer, Buchdrucker, Buchbinder, Büchsenmacher, Bürstenmacher, Dachdecker, Damenschneiderinnen, Diamantschleifer, Drechsler, Elektroinstallateure, Fahrrad- usw. Mechaniker, Färber, Feilenhauer, Fleischer, Friseure, Friseusen, Galvaniseure, Gerber, Gelbgießer, Glaser, Gold- und Silberschmiede, Graveure, Gürtler, Handschuhmacher, Hutmacher, Installateure (Gas und Wasser), Instrumentenbauer, Klempner, Konditoren, Korbmacher, Kupferschmiede, Kürschner,

Lackierer, Maler, Maschinenbauer, Feinmechaniker, Metalldrucker, Müller, Nadler, Ofensetzer, Optiker, Pantoffelmacher, Peitschenmacher, Photographen, Posamentiere, Putzmacherinnen, Roßschlächter, Sattler, Seiler, Seifensieder, Schäftestepper, Schleifer, Schlosser, Schmiede, Schneider, Schornsteinfeger, Schuhmacher, Stellmacher, Steindrucker, Steinbildhauer, Steinsetzer, Stickerinnen, Stuckateure, Stuhlbauer, Tapezierer, Tischler, Uhrmacher, Wirker, Zuckerbäcker. — Am stärksten sind vertreten Schuhmacher mit 243, Schneider mit 143, Damenschneiderinnen mit 138, Bäcker mit 129, Fleischer mit 113, Maler mit 88, Tischler mit 82, Friseure mit 75 Betrieben. Die Gesamtzahl der Liegnitzer Handwerksbetriebe weist die stattliche Ziffer von 1654 auf und folgt analog der Einwohnerzahl unmittelbar hinter der Handwerksziffer von Görlitz. Die Statistik zeigt eine ganz natürliche, gesunde Wirtschaftsverteilung, nicht wie in mancher anderen Stadt eine außergewöhnliche Entwicklung einzelner Gewerbezweige, die meist auf den auswärtigen Absatzmarkt eingestellt sind und jetzt infolge der ungünstigen Wirtschafts-Verhältnisse schwere Krisen durchleben.

Die Organisation des Liegnitzer Handwerks ist mustergültig für alle Städte und Berufsstände. Sie beruht auf gesetzlicher Grundlage und fügt sich in den großzügigen Organisationskörper des niederschlesischen Handwerks ein. Fast alle Handwerkszweige besitzen ihre eigenen Innungen, welche zum Teil auf eine vielhundertjährige Zunftgeschichte zurückblicken können — einzelne Zunfturkunden stammen sogar aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts — und haben ihre Fachverbände im Laufe der Zeit zu achtunggebietenden Schutz- und Kampfburgen gegen äußere und innere Feinde, aber auch zu wertvollen Bildungsstätten auf beruflichem und geschäftlichem Arbeitsgebiete ausgebaut. Neben diesen Innungen bestehen noch Fach-Vereinigungen für einzelne Handwerkszweige, die im wesentlichen die gleiche Gemeinschaftsarbeit leisten. Die Innungen sind zum Teil Zwangs-Innungen, zum Teil freie Innungen; erstere umfassen von Gesetzes wegen alle selbständigen Betriebe des Handwerks, für welches die Innung errichtet ist, und welche in ihrem Bezirk liegen, letztere beruhen auf der Grundlage freiwilligen Beitritts. In Liegnitz bestehen zur Zeit 25 Zwangs-Innungen und 8 freie Innungen. Nachstehend eine Aufstellung dieser Innungen und ihrer jetzigen Obermeister.

1. Zwangs-Innungen: für Schneider (Obermeister Lorenz), für Korbmacher (O.-M. Tropp), für Schornsteinfeger (O.-M. Abel), für Steinsetzer (O.-M. Walter), für Töpfer und Ofensetzer (O.-M. Fleischer), für Friseure und Perückenmacher (O.-M. Mentzel), für Müller (O.-M. Nerlich), für Maler und Lackierer (O.-M. Hoffmann), für Stell- und Rademacher (O.-M. Krumbholz), für Klempner und Installateure (O.-M. Schwefel), für Schuh- und Pantoffelmacher (O.-M. Jeschke), für Photographen (O.-M. Heinrich), für Buchbinder (O.-M. Körber), für Konditoren und Pfefferküchler (O.-M. Stannet), für Uhrmacher (O.-M. Schuler), für Damenschneiderinnen (O.-M. Seiffert), für Mechaniker (O.-M. Knoll), für Bürsten- und Pinselmacher (O.-M. Rauh), für Roßschlächter (O.-M. Herrmann), für Tischler und Stuhlbauer (O.-M. Klenner), für Drechsler, Holzbildhauer und Graveure (O.-M. Kreutz sen.), für Dach-, Schiefer- und Ziegeldecker (O.-M. Ober), für Glaser (O.-M. Stiffel), für Bäcker (O.-M. Schneider), für Seiler (O.-M. Rother).

2. Freie Innungen: für Fleischer (O.-M. Teuchert), für Schmiede (O.-M. Binast), für Gold- und Silberschmiede (O.-M. Adler), für Maurer und Zimmerer (O.-M. Jokisch), für Böttcher (O.-M. Klein), für Sattler und Tapezierer (O.-M. König), für Wirker, Weber und

Posamentiere (O.-M. Meyer), für Schlosser, Feilenhauer, Zeugschmiede, Maschinenbauer (O.-M. Kurczydim).

Die einzelnen Innungs- bzw. Vereins-Bezirke beschränken sich meist nicht auf den Stadtkreis Liegnitz, sondern umfassen teilweise noch mehrere benachbarte Kreise. Für die Handwerke der Bürsten- und Pinselmacher, der Schornsteinfeger, der Seiler und der Roßschlächter erstreckt sich die Innung auf den ganzen Regierungsbezirk Liegnitz. Alle genannten Innungen haben ihren Sitz in der Stadt Liegnitz, wo ihre behördliche Berufsvertretung, die Handwerkskammer, sich befindet. Die Mitgliederzahl der Innungen bewegt sich in den Grenzen von 30 bis 150 Betrieben; die Höchstziffer stellt die Schuhmacher-Innung mit fast 300 Mitgliedern. Die Innungen entfalten unter bewährter Führung seit Jahren eine lebendige Tätigkeit auf ihrem mannigfaltigen Arbeitsgebiete. Eine ihrer Hauptaufgaben ist die Ordnung und Kontrolle des Lehrlingswesens und die Heranbildung eines tüchtigen Handwerks-Nachwuchses. Die Innungen sorgen auch auf gesetzlicher Grundlage für ihre Gesellenschaft, haben teilweise in sozialer Fürsorge Innungs-Krankenkassen errichtet und veranstalten zu Bildungszwecken Fach- und Buchführungskurse. Besondere Gesellen-Ausschüsse wirken an Innungs-Verhandlungen mit, welche Lehrlings- und Gesellen-Fragen betreffen. Die wichtigste Arbeit leisten die Innungen in der Pflege des Standesbewußtseins und des Gemeinschaftsgeistes. Auf wirtschafts-politischem Gebiete verteidigen sie ihre Existenzrechte einmütig und geschlossen sowie im Zusammenwirken mit der anderen Handwerks-Organisation. Feierliche Anlässe ernster und froher Natur bestimmen sie zur Kundgebung ihrer ehrwürdigen Gebräuche und zur Entfaltung ihrer prächtigen Innungsfahnen. Mit Sorgfalt pflegen sie auch die technische und geschäftliche Seite ihres Berufes, veranstalten zum Teil monatliche Fachabende, welche die Verbesserung der Arbeits-Methoden und die Berechnung des angemessenen Preises zum Gegenstande haben, und achten darauf, daß ihre Mitglieder nach dem Musterbilde der Vorfahren stets eine saubere und gewissenhafte Arbeit für die Kundschaft liefern. An der diesjährigen Ausstellung „Gugali" werden mehrere Innungen sich mit einer Kollektion qualitativ hervorragender Handwerks-Erzeugnisse beteiligen.

Das rein wirtschaftliche Gebiet wird von dem Liegnitzer Handwerk nicht außer acht gelassen. Es bestehen hier mehrere Genossenschaften, welche im großen Materialien einkaufen sowie Lieferungen und Arbeiten für Behörden und Private übernehmen. Wir nennen hier nur die Genossenschaften der Schneider, Schuhmacher, Maler und Lackierer, Bäcker und Konditoren sowie der Fleischer. Drei gewerbliche Kredit-Genossenschaften unserer Stadt, an ihrer Spitze die Mittelstandsbank Liegnitz, beruhen zum größten Teil auf der Mitgliedschaft unseres Handwerks und tragen seit Jahren im steigenden Maße zur Linderung der außerordentlichen Kreditnot bei.

Die Innungen haben sich zur besonderen Pflege ihrer berufsständischen und wirtschafts-politischen Interessen eine Zentralorganisation, den Innungs-Ausschuß geschaffen, welcher gegenwärtig auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken kann. Der Innungs-Ausschuß steht zur Zeit unter der tatkräftigen Führung des Maurermeisters und Architekten Heider und entfaltet eine lebendige Tätigkeit auf allen wichtigen Arbeitsgebieten des Handwerks. Sämtliche Liegnitzer Innungen gehören dem Innungs-Ausschuß als Mitglieder an, andere gewerbliche Vereine, wie der Gastwirte, Vorkosthändler und die Kräuter-Innung sind mit dem Innungs-Ausschuß in eine Arbeitsgemeinschaft getreten. Diese geschlossene Vereinigung

von Handwerk und Gewerbe übt einen fördernden Einfluß auf die kommunale Wirtschaft aus, hat aber auch stets die Interessen des Handwerks usw. auf dem Gebiete des Steuer-, Berufsschul- und Submissionswesens oft erfolgreich verteidigt. Die Bedeutung des Innungs-Ausschusses ist besonders bei den letzten Kommunal-Wahlen zutage getreten, wo das Handwerk sich eine stattliche Anzahl Sitze in dem Gemeinde-Parlament eroberte, auch mehrere Meister in den Magistrat der Stadtgemeinde entsenden konnte. Unter den besonderen Veranstaltungen des Innungs-Ausschusses ist noch die jährliche Ausstellung der Lehrlingsarbeiten und Gesellenstücke zu nennen, welche stets von der vortrefflichen Berufsausbildung und Qualitätsarbeit im Handwerk Zeugnis ablegt und die rückhaltlose Anerkennung der Bevölkerung und Behörden findet. Der Innungs-Ausschuß hat auf das Zustandekommen der diesjährigen Gewerbe-Ausstellung, der Gugali, hingewirkt und wird durch eine glänzende Handwerkerwoche mit mannigfaltigen, dem Handwerk eigentümlichen Veranstaltungen das allgemeine Interesse für die Ausstellung weit über die Grenzen der Stadt hinaus wecken.

In Liegnitz sind auch seit Jahren mehrere Innungs-Verbände vertreten, deren Bezirke sich über den ganzen Regierungsbezirk erstrecken; so der Innungsverband der Friseure (Vorsitzender Mentzel), der Sattler- und Tapezierer (Vors. Klapper), der Schneider (Vors. Lorenz). Ferner befindet sich hier die Geschäftsleitung des Verbandes der niederschlesischen Schmiede-Preisvereinigungen (O.-M. Binast) und der Sitz einer ausgedehnten Elektrofachvereinigung (Vors. Scheike).

Die Stadt Liegnitz ist schließlich der Sitz der Handwerkskammer, welche für das gesamte Handwerk des Regierungsbezirks besteht und die behördliche Interessen-Vertretung desselben bildet. Die Bedeutung der Handwerkskammer wird besonders dadurch gekennzeichnet, daß 26 000 Handwerksbetriebe ihr angeschlossen sind. Die Handwerkskammer hält ihre Sitzungen und Versammlungen regelmäßig in der Stadt Liegnitz ab und trägt durch ihren umfangreichen Geschäftsverkehr auch mittelbar zur Förderung des Stadtlebens bei. An der Spitze der Handwerkskammer steht zur Zeit als Präsident Klempnermeister Stadtrat Bergs, welcher seine ganze Kraft in den Dienst der Sache stellt und schon manchen Erfolg für das niederschlesische Handwerk, besonders auf sozialem Gebiete, errungen hat.

Möge das Handwerk und seine Organisation in friedlicher Arbeitsgemeinschaft mit den anderen Berufsständen und mit den kommunalen und staatlichen Behörden von Liegnitz die hervorragende Aufgabe erfüllen, daß die Stadt Liegnitz auf gesunder Wirtschafts-Grundlage einen schnellen und sicheren Aufschwung nimmt und eine hervorragende Stellung unter den größeren Städten der alten schlesischen Provinz erlangt!

Die Arbeitsmarktlage in Liegnitz

Von Kirchner, Geschäftsführer des Öffentlichen Arbeitsnachweises der Stadt Liegnitz.

Die Krise, welche die deutsche Wirtschaft nun seit Jahren beherrscht, ist auch an dem Wirtschaftsleben unserer Stadt nicht spurlos vorübergegangen.

Die Inflationszeit brachte zwar für manche Industriezweige Hochkonjunktur. Um den „Ruf nach Ware" zu befriedigen, mußten zeitweise alle verfügbaren Arbeitskräfte herangeholt werden, so daß bisweilen ein Mangel an tüchtigen Facharbeitern entstand. Aber diese Scheinblüte der Wirtschaft verschwand, als stabile Verhältnisse eintraten, als der Inlandsmarkt sich infolge der Verarmung weiter Bevölkerungsschichten nicht mehr als aufnahmefähig erwies und auch der Export ins Stocken geriet. Überall führte Geldmangel zu Absatzschwierigkeiten. Ein Betrieb nach dem anderen mußte Entlassungen vornehmen oder Kurzarbeit einführen. Die Krise machte weder Halt vor der Werkstatt des Handwerkers noch vor dem Tore des Industriebetriebes oder dem Laden des Einzelhandels. Mehr oder weniger wurde jeder Betrieb von der Wirtschaftskrise erfaßt. Sie machte auch nicht Halt vor Alter oder Geschlecht. Selbst Arbeiter, die jahrzehntelang einem Betriebe treu gedient hatten, wurden über Nacht brotlos und fielen der Erwerbslosenfürsorge zur Last.

Auch der starke Zustrom von Flüchtlingen aus der früheren Provinz Posen und von Verdrängten aus Oberschlesien, sowie die Auflösung des hiesigen Hauptversorgungsamtes brachten eine starke Belastung des Arbeitsmarktes.

Wenn sich auch in der Folgezeit eine leichte Besserung der Verhältnisse zeigte und der eine oder andere Betrieb wieder Neueinstellungen vornahm, so blieb doch eine Reservearmee von Erwerbslosen zurück in einer Größe, wie man sie in der Vorkriegszeit nie gekannt hatte. Dazu kommt, daß die Umstellung der Wirtschaft vielfach dazu geführt hat, die alten, nicht mehr voll leistungsfähigen Arbeitskräfte abzulehnen. Immer mehr macht sich die Bevorzugung jüngerer Arbeitskräfte bei Neueinstellungen bemerkbar. Wohin dieser eingeschlagene Weg einmal führen soll, ist nicht abzusehen. Zweifellos trägt es nicht zur Gesundung des Wirtschaftslebens bei, wenn Facharbeiter nach Überschreitung einer gewissen Altersgrenze gezwungen sind, noch einen Berufswechsel vorzunehmen, ungelernte Arbeit zu verrichten, wenn sie nicht dauernd der Erwerbslosenfürsorge oder der allgemeinen Wohlfahrtspflege zur Last fallen wollen. Auf der anderen Seite zeigt sich jedoch, daß es auch dem jugendlichen Facharbeiter nicht immer möglich ist, Beschäftigung im erlernten Beruf zu finden. Charakteristisch dafür ist das Metallgewerbe, wo es heute nur in den seltensten Fällen gelingt, den jugendlichen Facharbeiter, der soeben seine Lehrzeit beendet hat, wieder in einem Betriebe unterzubringen. Selbstverständlich wirkt hier die besonders ungünstige Lage des Metallgewerbes mit, das nach der Hochkonjunktur der Kriegsjahre nun vollkommen daniederliegt.

Aber noch in anderer Richtung wirkt sich die Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkte aus. Kapitalmangel zwingt die meisten Betriebe, nur einen kleinen Stamm ständiger

Arbeitskräfte zu halten. Gehen größere oder eilige Aufträge ein, die mit den Stammarbeitern nicht rechtzeitig ausgeführt werden können, dann wird zu Neueinstellungen geschritten. Die neueingestellten Arbeitskräfte werden jedoch sofort nach Fertigstellung der dringendsten Arbeiten — oft nach wenigen Tagen oder Wochen — wieder entlassen. Die Zahl der kurzfristigen Arbeitsverhältnisse wird also von Tag zu Tag zahlreicher; das bedeutet ein ständiges Kommen und Gehen auf dem Arbeitsnachweis.

Zu der Belastung des hiesigen Arbeitsnachweises scheint aber auch die zentrale Lage der Stadt mitgewirkt zu haben. Es hat sich nämlich gezeigt, daß alljährlich im Spätherbst, wenn die Arbeiten in der Landwirtschaft beendet sind, ein Zuzug von Arbeitslosen aus den benachbarten Landkreisen nach der Stadt einsetzt. Um diesen Zuzug nach Möglichkeit abzuhalten, wird nunmehr von der gesetzlichen Ermächtigung Gebrauch gemacht, die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung zu versagen, wenn der Erwerbslose weniger als sechs Wochen hier ansässig ist.

In absehbarer Zeit wird wohl die Industrie nicht in der Lage sein, die Masse der städtischen Erwerbslosen zu beschäftigen. Daher muß mehr als bisher danach gestrebt werden, städtische Arbeitskräfte auf das Land zu überführen. Wenn auch die Landwirtschaft immer mehr Saisonarbeit wird, so bietet sie doch während der Sommermonate reiche Arbeitsgelegenheit und kann dadurch wesentlich zur Entlastung des städtischen Arbeitsmarktes beitragen. Auch bisher haben alljährlich zahlreiche städtische Arbeitskräfte während der Sommermonate Beschäftigung in der Landwirtschaft angenommen. Diese Zahl wird sich in den nächsten Jahren sicher erhöhen, zumal die Landwirtschaft durch die Einschränkung der Zahl der ausländischen Arbeiter Bedarf an Arbeitskräften behalten wird.

Wenn sich auch auf dem Arbeitsmarkte Zeichen leichter Besserung zeigen, so wird es doch wohl unmöglich sein, das große Heer der Arbeitslosen auf dem freien Arbeitsmarkte unterzubringen. Die städtischen Körperschaften sind daher bemüht, durch Bereitstellung von Notstandsarbeiten wenigstens einem Teil der Erwerbslosen Arbeit und Verdienst zu verschaffen. Aber je länger die Wirtschaftskrise andauert, desto schwerer wird es, wirklich umfangreiche Notstandsarbeiten zu schaffen, die zu einer merklichen Entlastung des Arbeitsmarktes führen. Dazu kommt, daß regelmäßig nur solche Arbeiten in Betracht kommen können, bei denen die Kosten für Materialien nicht zu groß sind, und die trotzdem die Ansetzung zahlreicher ungeübter Arbeitskräfte ermöglichen.

Für das laufende Jahr wird durch die Förderung des Wohnungsbaues, durch die verstärkte Tätigkeit beim Ausbau des Hauptbahnhofes und durch die Bruchregulierung eine wesentliche Entlastung des hiesigen Arbeitsmarktes erhofft.

Natürlich ist auch der Öffentliche Arbeitsnachweis bemüht, soweit als möglich die Unterbringung der Erwerbslosen zu fördern. Zwar kann der Nachweis keine neuen Stellen schaffen, aber er kann und will wenigstens die auf dem Arbeitsmarkte vorhandenen freien Stellen restlos erfassen. Dazu ist aber erforderlich, daß sich die Arbeitgeber bei der Besetzung offener Stellen des Arbeitsnachweises stets bedienen. In weiten Kreisen der Arbeitgeberschaft herrscht noch die alte Meinung, daß die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung Hauptaufgabe des Öffentlichen Arbeitsnachweises sei und daher durch den Arbeitsnachweis keine vollwertigen Kräfte zu erhalten wären. Die vorstehenden Ausführungen dürften jedoch gezeigt haben, daß heute zahlreiche erstklassige Facharbeiter und Angestellte durch die Wirtschaftskrise um Lohn

und Brot gebracht sind und gern wieder eine Arbeitsstätte finden möchten. Der schon im Arbeitsnachweisgesetz festgelegte Grundsatz „Der richtige Mann an den rechten Platz" ist bestimmend für die Vermittlungstätigkeit des Öffentlichen Arbeitsnachweises. Die strikte Durchführung dieses Grundsatzes wird zweifellos dazu beitragen, die heute noch fernstehenden Betriebe zur regelmäßigen Benutzung des Arbeitsnachweises zu veranlassen, damit dieser immer mehr das wird, was er sein soll — ein unentbehrliches Glied im Wirtschaftsleben.

Die nachstehenden Zahlen, die den Jahresberichten des Arbeitsnachweises entnommen sind, zeigen die Entwicklung des hiesigen Arbeitsmarktes in den letzten Jahren:

Jahr	Arbeitsgesuche			Offene Stellen			Besetzte Stellen		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
1920/21	11043	4175	15218	4789	3487	8276	4478	2368	6846
21/22	25561	5090	30651	14074	3772	17846	12876	2763	15639
22/23	14988	7120	22108	6682	4323	11005	4576	2803	7379
23/24	29410	10481	39891	4166	3257	7423	3874	2390	6264
24/25	16785	3274	20059	4466	2963	7429	4430	2398	6828
25/26	20806	5208	26014	3739	3811	7550	3682	2601	6283
26/27	29375	4934	34309	3597	4624	8221	3463	2628	6091

Das Berufsschulwesen

Von Willenberg, Direktor der städtischen Berufsschulen und der Höheren Handelsschule.

Früher als viele Großstädte hat die Stadtgemeinde Liegnitz die Notwendigkeit erkannt, die praktische Meisterlehre des gewerblichen Nachwuchses durch unterrichtliche Unterweisungen zu ergänzen. Nach den Akten der Stadt werden die Anfänge des gewerblichen Unterrichts bis auf das Jahr 1839 zurückgeführt. Eine wesentliche Förderung erfuhren die Bildungseinrichtungen für Lehrlinge und Gesellen durch die Angliederung einer „Handwerker-Fortbildungsschule" an die Provinzial-Gewerbeschule, deren Lehrkräfte für die Erteilung des Unterrichts besonders geeignet waren. Um der Einrichtung eine feste Grundlage zu geben, erließ das Kuratorium der Provinzial-Gewerbeschule unter dem 5. Dezember 1852 eine Ordnung der Handwerker-Fortbildungsschule zu Liegnitz, die von der Regierung, Abteilung des Innern, unter dem 5. Januar 1853 genehmigt wurde.

Die Handwerker-Fortbildungsschule stand mit der Provinzial-Gewerbeschule unter gleicher Leitung. Ihr Ziel war, den Lehrlingen und Gesellen die für die Gesellen- und Meisterprüfungen erforderliche wissenschaftliche Vorbildung zu gewähren. Die Aufgabe einer gewerblichen Bildungsanstalt war somit richtig erkannt, wenn es freilich erst der jüngsten Zeit vorbehalten blieb, die Schule derart auszubauen, daß dieses Ziel auch erreicht werden kann. Als Lehrgegenstände wurden zunächst Zeichnen, Rechnen und Geometrie bestimmt, die Einführung weiterer Lehrgebiete sollte der Entwicklung vorbehalten bleiben. Der Unterricht fand am Sonntag und an einigen Abenden der Woche statt. Ein Zwang zum Besuch der Schule bestand für die Lehrlinge nicht, der Besuch war vielmehr vollkommen freiwillig. Nur sollten sich die Lehrherren der angemeldeten Schüler verpflichten, die Lehrlinge zu regelmäßigem Schulbesuch und sorgfältiger Anfertigung der geforderten Schularbeiten anzuhalten. Die Unterhaltungskosten der Schule sollten durch das Schulgeld der Schüler und durch Beiträge der Innungen bestritten werden.

In der Zuversicht, daß die Arbeit der Schule dem Gewerbestande zum Segen gereichen werde, wurde die Handwerker-Fortbildungsschule Anfang Januar 1853 eröffnet. Ihr Leiter war der Direktor der Provinzial-Gewerbeschule Dr. Siebeck, als Lehrer wirkten Lehrer der Gewerbeschule und der Stadtschule.

Die Entwicklung der neuen Anstalt entsprach nicht den gehegten Erwartungen. Im September 1854 mußte Dr. Siebeck berichten, daß die Handwerker-Fortbildungsschule weder in der Zahl der Schüler noch in den Leistungen diejenigen Ergebnisse erzielen könne, die anderen Schulen dieser Art, namentlich den rheinischen Handwerker-Fortbildungsschulen nachgerühmt werden. Die Ursache dieses wenig befriedigenden Ergebnisses erblickte man in der großen Verschiedenheit der Vorkenntnisse und Fähigkeiten der Schüler, in der Weigerung der Gesellen, mit den Lehrlingen die gleichen Klassen zu besuchen, vor allem aber in dem Umstande, daß viele Lehrherren es nicht nur unterlassen, ihre Lehrlinge zum Besuch der Schule anzuhalten, sondern sie sogar am Schulbesuche hindern.

Durch ein neues Reglement, dem die Innungen im wesentlichen zugestimmt hatten, und das von der Stadtverordnetenversammlung am 2. Dezember 1854 genehmigt wurde, wollte man die hervorgetretenen Mängel beseitigen. Für Gesellen und Lehrlinge sollten gesonderte Klassen errichtet, das Kuratorium der Schule durch den Hinzutritt von zwei durch den Magistrat zu wählende Vertreter der Innungen erweitert, die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden von vier auf sechs erhöht und als neue Lehrfächer der Unterricht im Deutschen einschließlich der Geschäftsaufsätze und in der Naturlehre aufgenommen werden. Die Regelmäßigkeit des Schulbesuchs wollte man durch Strafbestimmungen herbeiführen. Diejenigen Lehrherren, die ihre Lehrlinge einmal der Schule zugeführt hatten, sollten für jede von ihnen veranlaßte Schulversäumnis mit 2½ Silbergroschen je Unterrichtsstunde bestraft werden. Auch die Aufbringung der Kosten wurde im Einvernehmen mit den Innungen neu geregelt. Die Durchführung dieses Reglements wurde infolge Verhandlungen mit der Regierung bis zum 1. April 1856 verzögert.

Ein Gedanke, dessen Richtigkeit durch die folgenden Jahrzehnte der Entwicklung des Berufsschulwesens bestätigt worden ist, trat mit immer größerer Klarheit hervor, die Überzeugung nämlich, daß das Prinzip der Freiwilligkeit nicht zum Ziele führen könne, sondern für die Lehrlinge ein Zwang zum Besuch der Schule eingeführt werden müsse. Das Kuratorium forderte, daß kein Lehrling zur Gesellenprüfung zuzulassen sei, der sich nicht über den Besuch der Handwerker-Fortbildungsschule oder einer ähnlichen Bildungsanstalt auszuweisen vermöge.

Die Eröffnung der Schule auf der Grundlage des neuen Reglements brachte wiederum eine schwere Enttäuschung. Es meldeten sich zum Eintritt im ganzen nur 40 Lehrlinge und 3 Gesellen. Das Ergebnis war um so auffallender, als davon 20 Lehrlinge von einem einzigen Lehrherrn, einem Goldarbeiter, angemeldet waren. Es wäre zu verstehen gewesen, wenn man nunmehr mißmutig die Handwerker-Fortbildungsschule ihrem Schicksal überlassen hätte. Damit wäre wahrscheinlich auf Jahrzehnte hinaus das gewerbliche Schulwesen zum Ruhen gekommen. Das lag aber nicht im Sinne des zielbewußten, energischen, um das gesamte Bildungswesen der Stadt hochverdienten Bürgermeisters Boeck. In einer öffentlichen, im ernstesten Tone gehaltenen Bekanntmachung forderte er die Gewerbetreibenden nochmals auf, ihre Lehrlinge zum Besuch der Schule anzumelden. „Während anderwärts", so schreibt er, „die Handwerker-Fortbildungsschulen die regste Teilnahme finden und in fortwährendem Wachsen begriffen sind, findet dieses von den Behörden mit großer Vorliebe ins Leben gerufene wohltätige Institut hier eine so geringe Beteiligung, daß die Lebensfähigkeit desselben von vornherein in Frage gestellt erscheint. Wir können nur annehmen, daß der Wert des Instituts noch immer nicht mit dem rechten Sinne erkannt wird, und daß die hiesigen Gewerbetreibenden noch nicht begriffen haben, wie die Weiterfortbildung des Handwerkerstandes als Forderung der Zeit und als unabweisbare Bedingung zur Beseitigung fremder Konkurrenz anzusehen ist. Die geringe Beteiligung hat, soweit darin die Beobachtungen reichen, weniger in dem mangelnden Bildungstriebe unserer Jugend, als in dem fehlenden guten Willen von seiten der Lehrherren ihren Grund." Gegen die Vorstände der Innungen aber drohte er mit Strafen vorzugehen, wenn sie ihre Mitglieder nicht veranlaßten, die Lehrlinge zum Schulbesuch anzumelden. Infolge dieser Bekanntmachung stieg die Schülerzahl auf 75.

In einem Bericht an die Regierung vom 3. April 1856 betonte er die Notwendigkeit,

nunmehr positive Anordnungen zu treffen, durch die die Lehrherren verpflichtet wären, ihre Lehrlinge zum regelmäßigen Besuch der Fortbildungsschule anzuhalten. Das sei um so mehr erforderlich, als die Gesellen- und Meisterprüfungen den Beweis liefern, daß es dem größten Teil der zu Prüfenden an den zum tüchtigen Betriebe ihres Geschäfts erforderlichen Elementar-Kenntnissen mangele und darin einer der Gründe für den Verfall des Handwerkerstandes zu finden sei.

Es war seine Absicht, durch eine Ortssatzung für die Lehrlinge den Fortbildungsschulzwang einzuführen und die Lehrherren zu verpflichten, ihren Lehrlingen, Gesellen und Gehilfen die zum Schulbesuch erforderliche Zeit zu gewähren. Für Schulversäumnisse der Lehrlinge, die von den Meistern veranlaßt wurden, sollten diese bestraft werden. Die Zulassung zur Gesellenprüfung sollte davon abhängig gemacht werden, daß der zu Prüfende während seiner Lehrzeit die Handwerker-Fortbildungsschule regelmäßig besucht habe.

So wollte Boeck bereits in jener Zeit Bestimmungen treffen, wie sie noch heute grundlegend für das gesamte Berufsschulwesen sind. Er mußte aber seinen Plan aufgeben, weil der Minister für Handel und Gewerbe die Gemeinden nach dem Stande der Gesetzgebung nicht für berechtigt hielt, durch ortsstatutarische Bestimmungen den Fortbildungsschulzwang für die Lehrlinge allgemein einzuführen und die Zulassung zur Gesellenprüfung vom Besuch einer Fortbildungsschule abhängig zu machen. Das Prinzip der Freiwilligkeit des Schulbesuchs dürfe nicht verletzt werden.

Boeck erlahmte in seinen Bemühungen, den Bestand der Handwerker-Fortbildungsschule zu sichern, auch jetzt nicht. In einer Versammlung legte er den Oberältesten der Innungen nochmals die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Handwerker-Fortbildungsschule eingehend dar. Die Innungen erklärten ihre Zustimmung zu folgenden Beschlüssen: Um den Lehrlingen den Besuch der Schule zu erleichtern, wurden sie von der Zahlung eines Schulgeldes befreit. Die Innungen verpflichteten sich zur Zahlung laufender Beiträge. Leider wurde die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden gekürzt. Diese Maßnahmen hatten insofern einen gewissen Erfolg, als die Schülerzahl bis zum Februar 1857 auf 105 stieg. Obwohl auch in den folgenden Jahren die Bemühungen um Hebung der Schule fortgesetzt wurden, kam sie in ihrer Entwicklung nicht vorwärts.

Nur die Einführung des Schulzwanges konnte die Schule vorwärts bringen. Die gesetzliche Möglichkeit dazu wurde endlich durch die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 gegeben, die in § 106 über den Besuch der Gewerblichen Fortbildungsschule folgende Bestimmungen enthielt: „Durch Ortsstatut können Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge, sofern sie das 18. Lebensjahr nicht überschritten haben, zum Besuch einer Fortbildungsschule des Ortes, Arbeits- und Lehrherren aber zur Gewährung der für diesen Besuch erforderlichen Zeit verpflichtet werden." Ein solches Ortsstatut wurde von der Stadtgemeinde Liegnitz am 31. Januar 1870 beschlossen und in einer Ortspolizei-Verordnung durch Strafbestimmungen die Durchführung der neuen Satzung sichergestellt. Die Eröffnung der Schule in ihrer neuen Gestalt, die für den Herbst 1870 in Aussicht genommen war, mußte infolge des Deutsch-Französischen Krieges bis zum Oktober 1871 hinausgeschoben werden.

Das von Boeck fast zwei Jahrzehnte hindurch erstrebte Ziel, eine sichere Grundlage für das gewerbliche Schulwesen zu erlangen, war erreicht. Der tragische Abschluß seiner amtlichen Laufbahn vergönnte es ihm nicht, den neuen Aufbau der Schule durchzuführen. Diese Auf-

gabe fiel seinem Nachfolger, dem Oberbürgermeister Oertel, zu, der in den vier Jahrzehnten seiner Amtstätigkeit auch der Fortbildungsschule allezeit seine Fürsorge zugewendet hat.

Die Handwerker-Fortbildungsschule blieb zunächst mit der Provinzial-Gewerbeschule verbunden, wurde aber später auf den Haushaltsplan der Stadt übernommen und damit eine Gemeindeanstalt. Leiter und Lehrer waren an ihr nebenamtlich beschäftigt. Der Unterricht wurde am Vormittage des Sonntags und an den Abenden der Wochentage abgehalten. Durch die allmähliche Einschulung sämtlicher Lehrlinge stieg die Schülerzahl rasch empor. Die Schule verfolgte ein doppeltes Unterrichtsziel. Sie wollte die in der Volksschule erworbenen Kenntnisse ergänzen und vertiefen und durch Einfügung gewerbekundlicher Lehrstoffe in den Lehrplan die Schüler für ihren künftigen Beruf vorbereiten. Lehrziel und Organisation der Schule blieben in den folgenden Jahrzehnten im wesentlichen unverändert, wenn auch der Lehrplan der Entwicklung des gewerblichen Unterrichtswesens ständig angepaßt wurde. Durch ein neues Ortsstatut vom Jahre 1891 erhielt die Schule die Bezeichnung „Gewerbliche Fortbildungsschule". In eine neue Entwicklungsstufe trat die Schule erst im Jahre 1912 ein.

Neben der gewerblichen Schule hatte sich, völlig von ihr getrennt, auch das kaufmännische Bildungswesen entwickelt. Seine Anfänge gehen ebenfalls weit in das vergangene Jahrhundert zurück. Die ehemalige Korporation der Kaufleute unterhielt eine Handelselevenschule mit freiwilligem Schulbesuch, in der außer kaufmännischem Fachunterricht Deutsch und Französisch erteilt wurde. Nach Auflösung der Korporation übernahm im Jahre 1874 die Handelskammer die Unterhaltung dieser Schule unter der Bezeichnung „Handelsschule". Der freiwillige Schulbesuch wurde beibehalten. Erst im Jahre 1908 erließ dann auf Antrag der Handelskammer die Stadtgemeinde Liegnitz eine besondere Ortssatzung, durch die sämtliche kaufmännischen Lehrlinge zum Besuch der Handelsschule verpflichtet wurden. Es muß mit großem Dank hervorgehoben werden, daß sich die Handelskammer um die Entwicklung dieser Schule hohe Verdienste erworben hat.

Inzwischen war die gesetzliche Grundlage für das Fortbildungsschulwesen durch Novellen zur Gewerbeordnung insofern erweitert worden, als auch die in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben beschäftigten weiblichen Arbeiter unter 18 Jahren zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet werden konnten. Die Stadt errichtete daraufhin am 1. Oktober 1908 eine Kaufmännische Fortbildungsschule für weibliche Handlungsgehilfen und Lehrlinge.

Aber auch hinsichtlich der Aufgaben und der Organisation der Fortbildungsschule traten tiefeinschneidende Veränderungen ein. Die Entwicklung des Volksschulwesens ermöglichte es, ihre Lehrfächer aus dem Lehrplan der Schule auszuscheiden und diese vollkommen in den Dienst der Berufsausbildung zu stellen. Diese neue Zielsetzung für ihre Arbeit kommt auch in der Neubezeichnung „Berufsschule" zum Ausdruck. Ihre Aufgabe ist in dem grundlegenden ministeriellen Erlaß vom 1. Juli 1911 dahin bestimmt, daß sie die berufliche Ausbildung der jungen Leute zwischen 14 und 18 Jahren zu fördern und an ihrer Erziehung zu tüchtigen Staatsbürgern und Menschen mitzuwirken habe. Die Aufgabe der Erziehung zum Staatsbürgertum teilt die Berufsschule mit den allgemeinbildenden Schulen; ihre Sonderaufgabe ist die Mitwirkung an der Berufsausbildung.

Auf Grund dieses Erlasses mußte der Aufbau der Schule umgestaltet und ein neuer Lehrplan entworfen werden. Die Durchführung dieser Aufgabe machte die hauptamtliche

Anstellung eines Direktors der städtischen Berufsschulen erforderlich. Dieses Amt wurde am 1. Januar 1912 dem Lehrer an der Oberrealschule Arthur Willenberg übertragen, der schon seit 1897 nebenamtlich an den Fortbildungsschulen tätig gewesen war. Lehrfächer der gewerblichen Berufsschule wurden nunmehr Berufs- und Bürgerkunde, womit Fach- und Geschäftskunde verbunden sind, gewerbliches Rechnen bis zur Kalkulation, Buchführung und Zeichnen. Soweit es die Zahl der Lehrlinge eines Gewerbes irgendwie ermöglichte, wurden reine Berufsklassen gebildet. Insbesondere mußte der Zeichenunterricht rein fachlich mit dem Ziel der Anfertigung von Werkstattzeichnungen gestaltet werden. Aus der Neuordnung der Schule ergaben sich als weitere unabweisbare Forderungen die Anstellung fachlich vorgebildeter, hauptamtlicher Lehrkräfte, die Einführung des Vormittagsunterrichts und als äußere Voraussetzung dafür die Überweisung eines eigenen Schulgebäudes an die Berufsschule.

Diese Neuerungen legten der Stadtgemeinde und auch den Arbeitgebern, die in Form von Beiträgen einen Teil der Schulunterhaltungskosten tragen müssen, erhebliche finanzielle Opfer auf und forderten außerdem von den Arbeitgebern das Entgegenkommen, ihre Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter auch während der Arbeitszeit der Berufsschule zu überlassen.

Bis zum Jahre 1922 waren die Klassen der Berufsschule in sieben verschiedenen, zum Teil weit voneinander entfernt liegenden Schulgebäuden untergebracht. Nur wenige Räume konnten auch am Vormittage benutzt werden. Ein unhaltbarer Zustand. Da überwies der Magistrat auf Grund eines Stadtverordnetenbeschlusses vom 15. April 1922 der Berufsschule das am Friedrichsplatz gelegene Mittelschulgebäude zur alleinigen Benutzung. Die Mittelschule wurde anderweitig untergebracht. Dieses in den Jahren 1854 und 1855 errichtete Schulgebäude erwies sich mit seinen zumeist sehr geräumigen Lehrzimmern als so zweckmäßig eingerichtet, daß es nur weniger baulicher Veränderungen bedurfte, um es seiner neuen Aufgabe, das Heim der Berufsschulen zu bilden, dienstbar zu machen. Das Gebäude wurde durchweg mit einer neuen, dem Alter der Schüler entsprechenden Ausstattung versehen. Nun war der Berufsschule Raum zur weiteren Entwicklung gegeben.

Inzwischen war am 1. Juni 1920 eine gewerbliche und eine hauswirtschaftliche Berufsschule für die weibliche Jugend errichtet worden, bis zur Übernahme des Schulhauses zunächst in einem anderen Gebäude notdürftig untergebracht. Der äußere Rahmen der unter der Gesamtbezeichnung „Städtische Berufsschulen" zusammengefaßten, unter gemeinsamer Leitung stehenden Anstalten erweiterte sich noch insofern, als am 1. Januar 1923 die bis dahin von der Handelskammer unterhaltene kaufmännische Berufsschule für die männliche Jugend von der Stadtgemeinde übernommen wurde. So ist nach und nach eine gewaltige berufliche Schulorganisation entstanden.

Die städtischen Berufsschulen gliedern sich nach dem Stande vom 1. Mai 1927 in folgende Abteilungen:

I. Gewerbliche Berufsschule für die männliche Jugend
mit 71 Klassen und 1958 Pflichtschülern.

II. Gewerbliche Berufsschule für die weibliche Jugend
mit 9 Klassen und 218 Pflichtschülern.

III. Hauswirtschaftliche Berufsschule
mit 12 Klassen und 274 Pflichtschülern.

IV. Kaufmännische Berufsschule für die männliche Jugend
mit 13 Klassen und 389 Pflichtschülern.
V. Kaufmännische Berufsschule für die weibliche Jugend
mit 15 Klassen und 431 Pflichtschülern.
Insgesamt 120 Klassen mit 3270 Pflichtschülern.

Ein Bild der Vielseitigkeit der Aufgaben der Berufsschule ergibt sich besonders aus der Gliederung der Gewerblichen Berufsschule für die männliche Jugend nach den verschiedenen Berufen.

Es bestanden am 1. Mai 1927 folgende Klassen:

1.	für das Metallgewerbe		
	a) Klassen für Maschinenbauer	9	
	b) Klassen für Bau- und Kunstschlosser	5	
	c) Klassen für Elektriker, Installateure und Telegraphenbaulehrlinge	5	
	d) Klassen für Auto- und Fahrradschlosser	3	
	e) Klassen für Mechaniker und Feinarbeiter	3	25
2.	für das Holzgewerbe, dabei gesonderte Klassen für Tischler und Klassen für Nebengewerbe		9
3.	für das Baugewerbe		
	a) Klassen für Maurer und Zimmerer	6	
	b) Klassen für schmückende Berufe	5	11
4.	für das Buchgewerbe		2
5.	für das Nahrungsmittelgewerbe		
	a) Klassen für Bäcker	6	
	b) Klassen für Fleischer	3	
	c) Klassen für Kellner und Köche	1	10
6.	für das Bekleidungsgewerbe		
	a) Klassen für Schneider	3	
	b) Klassen für Schuhmacher und Sattler	3	6
7.	für Friseure		2
8.	für ungelernte Arbeiter		5
9.	für Jugendliche noch ohne Lehr- oder Arbeitsstelle		1
		Insgesamt	71 Klassen.

Jeder Auf- und Abstieg in den einzelnen Gewerben kommt in der Lehrlingszahl zum Ausdruck und wirkt auf die Klassenbildung ein, die sich somit Jahr für Jahr den örtlichen Wirtschaftsverhältnissen anpassen muß.

Neben den Pflichtklassen bestehen an den städtischen Berufsschulen noch eine große Anzahl von Wahlkursen für eine über das Ziel der Schule hinausgehende Ausbildung. Für die Volontäre des Maschinenbaues mit Reife für Obersekunda ist eine besondere Fachklasse gebildet.

Fast durchweg sind für die einzelnen Berufe drei aufsteigende Klassen, Unter-, Mittel- und Oberstufe, gebildet. Für jeden Beruf ist ein seinem besonderen Bedürfnis entsprechender Lehrplan aufgestellt. Mit praktischer Werkstattarbeit ist in den Klassen für Schneiderlehrlinge ein Anfang gemacht. Die Schüler derjenigen Klassen, für die Zeichenunterricht nicht erforderlich ist, erhalten als Ersatz dafür Turnunterricht.

Die gewerbliche Berufsschule für die weibliche Jugend umfaßt Klassen für Schneiderinnen und Putzmacherinnen mit selbständigem fachlichen Lehrplan und praktischer Arbeit. Da die Berufsschulen für Mädchen ihre Schülerinnen für ihre künftige Berufsstellung ausbilden und sie zugleich für die Aufgaben der Hausfrau und Mutter vorbereiten müssen, ist sowohl in der gewerblichen Berufsschule wie auch in der kaufmännischen Berufsschule für die weibliche Jugend hauswirtschaftlicher Unterricht eingeführt, der sich auf Wäschenähen, Waschen, Plätten, Schneidern, Kochen und Nahrungsmittellehre, Gesundheits- und Säuglingspflege erstreckt.

Die hauswirtschaftliche Berufsschule umfaßt die ungelernten Arbeiterinnen, Fabrikarbeiterinnen, Arbeits- und Laufmädchen. In ihr tritt die hauswirtschaftliche Aufgabe in den Vordergrund. Die Schule will dazu beitragen, daß diese Mädchen befähigt werden, einen Haushalt zu führen und so an einem gesunden Aufbau des Familienlebens mitzuwirken. Die Lebenskunde führt die jungen Mädchen in das Wirken der Frau im öffentlichen Leben ein.

Die beiden kaufmännischen Berufsschulen, die auf den drei Unterrichtsstufen mehrere Parallelklassen besitzen, stimmen in ihrem Aufbau überein. Die Schüler und Schülerinnen werden auf die einzelnen Klassen je nach dem Grade ihrer Schulbildung verteilt, um es so zu ermöglichen, daß die besonders befähigten von ihnen höhere Unterrichtsziele erreichen. Auch an den kaufmännischen Berufsschulen ist Lehrplan und Unterricht vollkommen auf berufskundlicher Grundlage aufgebaut. Lehrfächer sind Handelskunde mit Schriftverkehr, Kaufmännisches Rechnen, die drei Arten der Buchführung, Bürger- und Lebenskunde. Daneben ist den Schülern und Schülerinnen Gelegenheit geboten, Kurzschrift und Maschinenschreiben zu erlernen und an dem Unterricht im Englischen und Spanischen teilzunehmen.

Mit den städtischen Berufsschulen ist seit dem 1. April 1923 eine Höhere Handelsschule, die nach den Bestimmungen des Ministers für Handel und Gewerbe vom 8. April 1916 eingerichtet ist, verbunden. Sie wurde vom Minister als „Höhere Handelsschule" anerkannt.

Es ergibt sich von selbst, daß dieser vielseitigen Aufgabe der Berufsschule die Zusammensetzung des Lehrkörpers entsprechen muß. An ihr wirken gegenwärtig 17 hauptamtliche Lehrkräfte, und zwar: 1 Direktor, 1 Direktorstellvertreter, 1 Fachvorsteher für das Metallgewerbe, 5 Gewerbeoberlehrer, 5 Gewerbeoberschullehrerinnen, 3 Diplomhandelslehrer und 1 Handelslehrerin. Daneben sind noch 44 nebenamtliche Lehrkräfte, darunter auch praktische Meister, beschäftigt.

Glücklicherweise sind im Schulhause so große Räume vorhanden, daß sie auch für die Sonderaufgaben der Schule geeignet sind. Es konnten 5 Zeichensäle, eine Kochküche mit modernster Ausstattung, 1 Waschküche und 3 Nähstuben mit der erforderlichen Anzahl Nähmaschinen eingerichtet werden. Ein besonderes Schreibmaschinenzimmer ist mit 30 Schreibmaschinen ausgestattet.

Die große Zahl der verschiedenartigen Berufsklassen erfordert einen umfangreichen Lehrmittelapparat und für den Zeichenunterricht eine reichhaltige Modellsammlung. Jahr für Jahr werden für diese Zwecke erhebliche Mittel aufgewendet.

Um Behörden, Lehrherren und der gesamten Bürgerschaft einen Einblick in die Arbeitsgebiete der Schule zu geben, werden von Zeit zu Zeit umfangreiche Ausstellungen der Zeichnungen und Nadelarbeiten veranstaltet. Diese Ausstellungen wurden von Tausenden von Bürgern besucht und fanden allseitige Anerkennung.

Die Berufsschule hat einen langen Entwicklungsweg durchlaufen müssen, ehe sie zu einer ihrer Eigenart entsprechenden Organisation gekommen ist. Nachdem der Ausbau der Schule zu einem gewissen Abschluß gekommen war, erhielt sie durch den Minister für Handel und Gewerbe durch Erlaß vom 5. April 1924 die Anerkennung als beruflich ausgebautes Schulsystem. Damit trat sie in die Reihe der modernen Berufsschulen ein.

Trotz mehrfacher Ansätze dazu ist ein allgemeines Berufsschulgesetz noch nicht erlassen. Die Gesetzgebung ist aber auf diesem Gebiete nicht stehen geblieben. Unter dem 31. Juli 1923 wurde das Gesetz betr. die Erweiterung der Berufsschulpflicht erlassen. Nach diesem Gesetz kann durch Ortssatzung die Gesamtheit der Jugendlichen beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren, ohne daß eine Beschäftigung in einem gewerblichen oder kaufmännischen Betriebe vorzuliegen braucht, zum Besuch der Berufsschule verpflichtet werden. Die städtischen Behörden haben auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen im März d. J. eine neue Ortssatzung erlassen und zunächst die Gesamtheit der männlichen Jugend dem Berufsschulzwange unterworfen. Von den weiblichen Jugendlichen sind zunächst noch diejenigen vom Schulbesuch befreit, die nur im Haushalt beschäftigt sind. Es besteht aber kaum ein Zweifel, daß auch dieser Kreis der Jugendlichen in nicht zu ferner Zeit dem Berufsschulzwange unterworfen werden wird.

Die Berufsschule hat keinen Selbstzweck, sondern ist dazu bestimmt, dem Handel, der Industrie und dem Gewerbe zu dienen und an ihrem Teil an dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mitzuhelfen. Deshalb ist es mit besonderer Genugtuung zu begrüßen, daß nach Überwindung von mancherlei Widerständen nunmehr diese Kreise der Wirtschaft mit der Schule einmütig zusammenarbeiten. Das kommt besonders auch darin zum Ausdruck, daß die Innungen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Lehrer der Berufsschule zur Mitwirkung bei den Gesellenprüfungen heranziehen, und daß bei diesen Prüfungen neben der praktischen Arbeitsprobe auch die Leistungen in den Wissensgebieten der Schule für das Bestehen der Prüflinge maßgebend sind. Ein solches Zusammenarbeiten findet auch mit gutem Erfolge auf dem Gebiete der Berufseignungsprüfung statt.

Für die Verwaltung der Schule ist eine, nach den Bestimmungen der Städteordnung zusammengesetzte, Verwaltungsdeputation gebildet, der Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, sowie Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Bürgerdeputierte angehören. Die Fürsorge, deren sich die städtische Berufsschule bei dieser Deputation und den städtischen Körperschaften erfreut, kommt in den Ziffern des Haushaltsplans am deutlichsten zum Ausdruck. Der Haushaltsplan für die städtische Berufsschule und die Höhere Handelsschule für das Wirtschaftsjahr 1927 sieht Ausgaben in Höhe von 186 000 Reichsmark vor. Besonderer Dank aber gebührt den für die Entwicklung des Berufsschulwesens maßgebenden Männern, Oberbürgermeister Charbonnier und Stadtschulrat Dr. Weidemann, die an dem Ausbau im Sinne Boecks und Oertels weiter gearbeitet haben. Daß aber dieser Ausbau in seinem wesentlichsten Abschnitt unter den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit vollzogen wurde, wird für alle Zukunft ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Stadtgemeinde bilden.

Das städtische Berufsamt

Von Dr. Rattay.

> Kein Elend, Blutvergießen und Pestilenz kommt der grausamen Torheit gleich, die darin besteht, daß die Gesellschaft alljährlich Tausende von Talenten und Intelligenzen unerkannt und unbenutzt verwelken läßt.
>
> Walther Rathenau.

Die Hauptaufgaben des Berufsamtes sind die Berufsberatung und die Lehrstellenvermittlung. Höchstes Ziel ist die Erreichung der volkswirtschaftlich wie berufspolitisch günstigsten Verteilung des beruflichen Nachwuchses. Die Bedeutung des Berufsamtes für die moderne Sozial- und Wirtschaftspolitik wird heutzutage leider noch in den weitesten Kreisen völlig verkannt. Es erscheint daher angebracht, im Rahmen der vorliegenden Darstellung zunächst kurz auf seine wichtigsten Aufgaben einzugehen.

Die Berufswahl, oder besser gesagt die verderblichen Folgen einer verfehlten Berufswahl haben schon frühzeitig bei führenden Köpfen des Staats- und Wirtschaftslebens Aufmerksamkeit erregt. Durch die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat hat das Berufsleben eine derartige Vielgestaltigkeit angenommen, die Spaltung und Spezialisierung der Berufe ist eine so weitgehende, die Anforderungen an den einzelnen Anwärter sind so viel höhere, der Kampf um den sozialen Aufstieg ist ein so viel schärferer geworden, daß Mißgriffe bei der Berufswahl viel leichter möglich und ihre Folgen sowohl für den einzelnen als auch für die Allgemeinheit viel schwerer sind. Die Berufswahl wird somit zu einem sozialen Problem, zu dessen glücklicher Lösung die Berufsämter an erster Stelle beitragen können und sollen.

Die Tätigkeit des Berufsamtes im einzelnen erstreckt sich auf folgende Gebiete:

1. Vorbereitung der Berufswahl Jugendlicher in der Schule.
2. Aufklärung der Öffentlichkeit über Berufsfragen.
3. Erteilung von Rat und Auskunft an ratsuchende Personen in allen Fällen der Berufswahl, des Berufswechsels und der Berufsaus- oder Fortbildung; Umleitung von Berufswünschen unter Berücksichtigung der Lage des Arbeitsmarktes.
4. Vermittlung einwandfreier Lehr- und Anlernstellen.

Zur sicheren Erfüllung dieser Aufgaben bedarf das Berufsamt in weitestem Maße der Mitwirkung der Schule, der Schulärzte und der Berufsorganisationen (Innungen). Die Schule soll vor allem Vorarbeiten für die Berufsberatung leisten. Sie allein hat die Möglichkeit, die grundlegenden psychischen Fähigkeiten (Gedächtnis, Aufmerksamkeit, Willenskraft usw.) zu ermitteln. Für jeden abgehenden Schüler ist ein entsprechender Personalbogen auszufertigen; er bietet die erste Grundlage für eine etwaige spätere Eignungsprüfung. Die Schule hat ferner die bedeutsame Aufgabe, die Jugendlichen auf die Wichtigkeit der Berufswahl hinzuweisen und sie für die Inanspruchnahme des Berufsamtes zu gewinnen. Ebenso wie die Schule sind die Innungen wertvolle Helfer für die Berufsberatung; insbesondere ist auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen ihre Mitarbeit bei den Eignungsprüfungen sehr

erwünscht. Eine unentbehrliche Hilfe für den Berufsberater ist schließlich der Arzt. Da jeder Beruf gewisse körperliche oder gesundheitliche Mindestforderungen stellt, ist es nötig, daß der Berater über etwaige körperliche Vorzüge oder Mängel eines Bewerbers unterrichtet wird. Die allgemeinen Untersuchungen werden am besten durch den Schularzt vorgenommen; ihre Ergebnisse können gleich auf den Schulfragebogen (Personalbogen) niedergelegt werden. In besonderen Fällen ist manchmal eine eingehende Einzeluntersuchung durch den Schularzt erforderlich. Dies ist in Liegnitz bereits üblich.

Einen wichtigen Anhalt für den Berufsberater bei der Beurteilung eines Bewerbers ergeben ferner die psychotechnischen Eignungsprüfungen. Zwar sind sie nicht von ausschlaggebender Bedeutung für die Gesamtbeurteilung, doch ergeben sie in Verbindung mit dem Schulfragebogen und dem Gutachten des Arztes ein verhältnismäßig genaues und zuverlässiges Bild von den Fähigkeiten der Bewerber. Es handelt sich bei diesen Prüfungen vor allem darum, neben der praktischen fachlichen Eignung auch die allgemeine Intelligenz festzustellen. In das spezielle Prüfungsprogramm werden in jedem Fach einige bewährte Intelligenzproben und einige Kenntnisfragen eingeschaltet, so daß man einen Einblick in das Vorstellungsvermögen des Berufsanwärters erhält. Das Prüfungsergebnis ist so gewissermaßen ein psychologisches Gutachten, das eine durchaus brauchbare Unterlage für die Eignungsbeurteilung durch den Berater darstellt. Alle diese durch den Lehrer, Arzt oder Psychologen getroffenen Feststellungen über die Eignung eines Bewerbers sind aber nur Hilfsmittel. Die Gesamteignungsfeststellung erfolgt durch den Berufsberater selbst, der nach eigenen Feststellungen und Wahrnehmungen eine vollständige Übersicht über die Neigungen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und wirtschaftlichen Verhältnisse des Bewerbers gewinnt und danach die Berufsberatung ausübt. Damit beginnt die schwierigste und verantwortungsreichste Tätigkeit des Berufsamtes. Es handelt sich darum, den Schulentlassenen einem Beruf zuzuführen, der sowohl seiner persönlichen Neigung und seinen Interessen, als auch seinen Kenntnissen und Fähigkeiten entspricht. Dabei sind die Familienverhältnisse, seine soziale Stellung sowie die Lage des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen. Hier ergeben sich die mannigfachsten Schwierigkeiten. So zeigt sich beispielsweise oft beim Forschen nach der Herkunft der „Neigung zu einem Beruf", daß diese auf einem ganz fremden Holz gewachsen ist. Die Überredungskunst irgendwelcher Leute, das Beispiel anderer, ein Buch oder gar ein Kinostück haben oft diese „Neigung" hervorgerufen. Bei manchen ist die Benennung einer Neigung nur eine Finte; sie hoffen sich dadurch einer für sie in Aussicht genommenen Lehrstelle, die ihnen aus irgendwelchen Gründen nicht paßt, entziehen zu können. Häufig sind auch Standesvorurteile zu überwinden. Ein besonderes Kapitel sind die sogenannten Modeberufe. Zur Zeit steht an der Spitze der Automechaniker. Fast jeder Junge träumt davon, später einmal am Steuer eines schönen Wagens durch das weite Land zu sausen. An die Gefahren und Anstrengungen des Berufes denkt kaum einer.

Besondere Schwierigkeiten ergeben sich heutzutage für die Berufsberatung aus der Lage des Arbeitsmarktes. Hierbei ist zunächst zu beachten, daß die meisten Erwerbslosen, die den Arbeitsmarkt belasten, ungelernte Arbeiter sind. Der tüchtige Facharbeiter findet auch heute noch fast immer Beschäftigung. Die schulentlassenen Jugendlichen scheuen aber oft das drei- bis vierjährige straffe Lehrverhältnis bei einem Meister. Sie gehen lieber in die Fabrik, wo sie zwar als ungelernte Arbeiter gleich verdienen, ihre Berufsaussichten und Aufstiegs-

möglichkeiten aber sehr gering sind. Hier erwächst dem Berufsamt die Aufgabe, die Jugendlichen aufzuklären und sie für den gelernten Beruf zu werben. Andererseits geht es natürlich nicht an, Hunderte von Jugendlichen, die etwa Luft und Geschick zum Schlosser haben, nun auch wirklich in diesen Beruf hineinzubringen. Die Marktlage, die vielleicht manchmal günstig erscheint, verträgt aber wegen Übersättigung keinen neuen Nachschub; auf anderen, weniger beliebten Gebieten dagegen mangelt es an Lehrlingen. Hier muß das Berufsamt versuchen, die Wünsche umzuleiten und, an die Zukunft denkend, sich bemühen, neue Wege zu finden.

Nur kurz sei noch darauf hingewiesen, daß im Berufsamt in besonders starkem Maße die Persönlichkeit des Beraters von ausschlaggebender Bedeutung für den Erfolg ist. Wegen der großen Verantwortung sollte man die Berufsberatung nur solchen Personen anvertrauen, die die Jugendlichen verstehen und richtig zu behandeln wissen, mit einem Wort also Pädagogen sind. Unbedingt erforderlich ist ferner eine gute volkswirtschaftliche Bildung des Berufsberaters; muß er doch nicht nur die augenblickliche Lage des Arbeitsmarktes, sondern auch vor allem die Richtung seiner zukünftigen Entwicklung richtig erfassen und beurteilen können. Praktische Erfahrung in einem der hauptsächlichsten handwerklichen Berufe muß als sehr erwünscht bezeichnet werden.

Das Berufsamt muß eine gesunde Arbeitsmarktpolitik treiben. Wenn es nur Stellen vermitteln wollte, so wäre es nicht viel höher einzuschätzen als die bezahlte Stellenvermittlerin seligen Angedenkens. Eine feine Einfühlungsfähigkeit in die Bedürfnisse der Wirtschaft ist notwendig; dann kann vorausschauende Gemeindepolitik getrieben werden.

Das Liegnitzer städtische Berufsamt wurde im Dezember 1919 geschaffen, um dem dringenden Bedürfnis nach fachmännischer Beratung abzuhelfen. Um allen Besuchern des Berufsamtes eine fachgemäße Beratung zuteil werden zu lassen, wurden für alle Berufsgruppen Fachausschüsse aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet, die gemeinsam mit Lehrern und Lehrerinnen sowie Mitgliedern der verschiedenen Frauenvereine dem Berufsberater zur Seite standen. Deren Mitwirkung ist es in erster Linie zu danken, daß das Berufsamt bald nach seiner Gründung erfolgreiche Arbeit leisten konnte.

Schon bei der Gründung wurde ein Schulfragebogen eingeführt, so daß die Erfassung aller Schulentlassenen gesichert war. Im Jahre 1920 wurde für die aus den höheren Lehranstalten entlassenen Schüler und Schülerinnen eine besondere Beratungsstelle eingerichtet.

Zur Aufklärung der Öffentlichkeit und zur Einleitung der Berufsberatung werden jährlich im Herbst Elternabende veranstaltet, bei denen der Berufsberater oder Fachleute über die Anforderungen und Aussichten der verschiedensten Berufe Vorträge halten. Ähnliche aufklärende und werbende Vorträge fanden in den letzten Jahren auch in verschiedenen Innungssitzungen, bei der Berufsorganisation der Liegnitzer Hausfrauen und im Ortskartell der Arbeiterjugend statt. Ferner wurden mit einer Anzahl Schüler der Volksschulen zur Berufsbelehrung Betriebsbesichtigungen und eine Besichtigung der Lehrlingsarbeiten-Ausstellung im vergangenen Jahre vorgenommen. Außerdem wurde eine Ausstellung berufskundlicher Literatur im Schaufenster einer hiesigen Firma veranstaltet und ein Werbeplakat an sämtlichen öffentlichen Anschlagsäulen, Gebäuden und Schulen zum Aushang gebracht. Die Erfassung von Lehrstellen geschieht durch Versendung von Vordrucken an die Arbeitgeber, durch Inserate und durch persönliche Fühlungnahme.

Die Einführung der psychotechnischen Eignungsprüfungen war aus finanziellen Gründen erst verhältnismäßig spät möglich. Im Januar 1925 fand die erste Eignungsprüfung für das Metallgewerbe statt; hieran schloß sich noch eine solche für das Mechaniker- und Autoschlossergewerbe an. Durch Anschaffung weiterer psychotechnischer Apparate konnten die Eignungsprüfungen im Jahre 1926 auf die Gewerbe des Tischlers, Schuhmachers, Kaufmannes und Bäckers ausgedehnt werden. Im Jahre 1927 kamen noch Eignungsprüfungen für Konditoren, Schneider und für das Baugewerbe hinzu.

Die Zahl der Geprüften betrug:

im Jahre 1925 . . . 36 Anwärter
„ „ 1926 . . . 218 „
„ „ 1927 . . . 300 „

Die Prüfungen fanden vor der Schulentlassung in der Zeit vom Dezember bis zum März statt. Ein weiterer Ausbau der Eignungsprüfungen, die von den Innungen für sehr wichtig gehalten werden, ist für die kommenden Jahre geplant.

Die umstehende Tabelle bringt in gedrängter Form eine Übersicht über die seit Gründung des Berufsamtes aus den Schulen Entlassenen, über die Zahl der Beratenen und über die Anzahl der vermittelten Lehrstellen. Die vom Berufsamt geleistete Arbeit ist natürlich nur unter gleichzeitiger Berücksichtigung der in den einzelnen Jahren recht verschiedenen Wirtschaftslage zu würdigen.

Während in den ersten Jahren nach Gründung des Berufsamtes noch sehr viel reine Lehrstellenvermittlung getrieben werden mußte, da eine fachliche und individuelle Berufsberatung infolge Fehlens geeigneter Kräfte nicht in gewünschtem Umfange möglich war, ist dies erfreulicherweise in den letzten Jahren anders geworden. Die Einführung der oben erwähnten psychotechnischen Eignungsprüfungen, deren Wert von Handwerk und Gewerbe immer mehr erkannt wird, hat wesentlich zu dieser Änderung beigetragen. Der Besuch dieser Prüfungen wird auch von Jahr zu Jahr stärker. Das Berufsamt wird somit in die Lage versetzt, die wichtigsten Aufgaben der Berufsberatung immer besser zu erfüllen. Daß die Lehrstellenvermittlung dabei etwas in den Hintergrund tritt, ist nicht von großer Bedeutung.

Am besten werden von der Berufsberatung die Volksschüler erfaßt. Auffällig wenig dagegen wird die Beratungsstelle von den Schülern höherer Lehranstalten in Anspruch genommen. Dies liegt hauptsächlich an der Verkennung der Ziele des Berufsamtes von seiten der Eltern und teilweise auch sogar der Lehrer. So gelang es in den ersten Jahren nicht, die aus den höheren Schulen Entlassenen zu erfassen, da die Ausfüllung der Schulfragebogen, die übrigens noch immer zu wünschen übrig läßt, damals fast vollkommen unterblieb. Hier aufklärend zu wirken, ist eine wichtige Aufgabe des Berufsamtes für die nächsten Jahre.

Ein Teil der Lehrstellen solcher Berufe, die eine gute körperliche Entwicklung erfordern, konnte in den letzten Jahren nicht besetzt werden, da es an den hierfür geeigneten Knaben fehlte. Die Folgen der Unterernährung in der Kriegszeit machen sich bei den Kindern in unheilvoller Weise von Jahr zu Jahr mehr bemerkbar. Mancher Knabe, der gern ein Handwerk gelernt hätte, konnte deshalb nicht untergebracht werden. Das Berufsamt hat sich in solchen Fällen bemüht, für die körperlich zurückgebliebenen Kinder leichte Stellen auf dem Lande zu finden, wo sie ein bis zwei Jahre bleiben konnten, um dann nach körperlicher

Es wurden entlassen aus:	Geschäftsjahr* 1919/20 männlich	1919/20 weiblich	1920/21 männlich	1920/21 weiblich	1921/22 männlich	1921/22 weiblich	1922/23 männlich	1922/23 weiblich	1923/24 männlich	1923/24 weiblich	1924/25 männlich	1924/25 weiblich	1925/26 männlich	1925/26 weiblich	1926/27 männlich	1926/27 weiblich	1919/20 bis 1926/27 männlich	1919/20 bis 1926/27 weiblich	1919/20 bis 1926/27 Insgesamt
Volks- u. Hilfsschulen	534	455	546	544	590	550	506	597	527	475	535	522	620	497	605	550	4463	4190	8653
Mittelschulen	—	—	—	184	—	—	—	60	—	145	—	77	—	167	—	97	—	1022	1834
Höhere Lehranstalten	—	—	90		—	—	178	113	148		142	57	130	62	124	60	812		
Zusammen:	534	455	636	728	590	550	684	770	675	620	677	656	750	726	729	707	5275	5212	10487
Durch die Berufsberatung gingen von den im Berichtsjahr Entlassenen:																			
Volks- u. Hilfsschüler	267	90	523	178	450	227	350	184	384	204	436	213	292	87	338	60	3083	1397	4480
Mittelschüler	—	—					—	20	—	27	—	15	—	74	—	10			
Schüler höherer Lehranstalten	—	—					6	5	10		8	—	12		7	3			
Zusammen:	267	90	523	178	450	227	356	209	394	231	444	228	304	161	345	73	3083	1397	4480
Sonstige Ratsuchende	—	—	—	—	—	—	296	90	50	24	135	20	70	42	57	75	608	251	859
Insgesamt:	267	90	523	178	450	227	652	299	444	255	579	248	374	203	402	148	3691	1648	5339
In Lehrstellen wurden vermittelt:	357	90	340	90	304	107	252	84	239	63	232	23	155	32	109	36	1988	525	2513

* Vom 1. April bis 31. März.

Kräftigung einem gelernten Beruf zugeführt zu werden. Bei der Lehrstellenvermittlung hat sich ferner der Umstand als hinderlich erwiesen, daß die Eignungsprüfungen zu spät stattfanden. Für die kommenden Jahre ist Sorge getragen, daß die Prüfungen schon im September stattfinden, so daß Ende Dezember die Ergebnisse vorliegen. Die Innungen sind dann in der Lage, rechtzeitig ihren Bedarf an Lehrlingen von den zur Verfügung stehenden Anwärtern zu decken. Auf diese Weise wird vermieden, daß Knaben, die überhaupt nicht durch die Berufsberatung gegangen sind, zuerst die Lehrstellen erhalten, während die zu spät Geprüften leicht das Nachsehen haben.

Für die Lage der einzelnen Berufe in den letzten Jahren ist noch folgendes zu bemerken: Im kaufmännischen Beruf war die Nachfrage nach männlichen Lehrlingen stets bedeutend größer als das Angebot; bei den weiblichen Lehrlingen war das Gegenteil der Fall. Hauptsächlich für Kontorlehrstellen war der Andrang von weiblichen Stellungsuchenden besonders stark. Viele der Anwärterinnen ziehen es auf unser Anraten vor, zunächst die höhere Handelsschule zu besuchen; andere gehen zur Berufsschule, bis sich eine Lehrstelle findet. Bei den männlichen Berufen mangelt es fortgesetzt an Lehrlingen für die Berufe der Schmiede, Maler und Schlosser (außer Automechaniker). Lehrstellen in großer Zahl fehlen dagegen für Mechaniker, Tischler, Maurer und Zimmerer. Ein Ausgleich wurde durch Umleitung vieler Berufswünsche zu schaffen gesucht.

Das hiesige Berufsamt sieht seine Aufgaben nicht nur durch Ausübung der Lehrstellenvermittlung und Berufsberatung als erfüllt an. Eine besondere soziale Aufgabe ist die Weiterbildung der zahlreichen jugendlichen Erwerbslosen, denen dadurch ihr Fortkommen sehr erleichtert werden kann. Auf Anregung des hiesigen Arbeitsnachweises, der die Vorarbeiten leistete, hat daher das hiesige Berufsamt vom 1. März 1927 ab die Einrichtung von Fortbildungskursen für Erwerbslose durchgeführt. Die Teilnahme ist unentgeltlich, das Unterrichtsmaterial wird aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge und der Stadtgemeinde den Teilnehmern kostenlos geliefert. Die Kurse sind durchweg auf 48 Stunden für die Zeit von acht Wochen berechnet. Eine Übersicht über die verschiedenen Lehrgebiete und die Teilnehmerzahl bietet die folgende Tabelle.

Lfd. Nr.	Lehrstoff	Teilnehmerzahl			
		männliche	weibliche	zusammen	davon unter 21 Jahren
1	Stenographie „Stolze-Schrey" .	8	6	14	7
2	Buchführung	21	5	26	6
3	Lackschrift	29	1	30	7
4	Holzgewerbe (Fachzeichnen und -Rechnen)	19	—	19	6
5	Maschinenschreiben	15	3	18	6
6	Einheitsstenographie	20	7	27	7
	Zusammen:	112	22	134	39

Obwohl abschließende Erfahrungen noch nicht vorliegen, hat sich doch gezeigt, daß gerade die jüngeren Erwerbslosen, für die diese Kurse eigentlich eingerichtet wurden, verhältnismäßig

recht wenig Gebrauch von der ihnen hier gebotenen Ausbildungsmöglichkeit machen. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Kurse bisher mit einer Ausnahme (Holzgewerbe) nur für erwerbslose kaufmännische Angestellte eingerichtet wurden; gerade in diesem Beruf sind aber zur Zeit verhältnismäßig wenig Jugendliche stellungslos. Trotzdem ist aber ihre Beteiligung noch zu gering. Von den 134 Teilnehmern sind nur 39 unter 21 Jahre alt, d. h. rund 29 v. H., also noch nicht ein Drittel der Gesamtzahl! Angesichts dieser Tatsache wird für die Zukunft die Ausübung eines Zwanges zum Besuch dieser Kurse für die jugendlichen Erwerbslosen ernstlich zu erwägen sein. Dabei ist vor allem an die Entziehung der Unterstützung zu denken. Ihre rechtliche Begründung würde eine derartige Maßnahme im § 15 des Erwerbslosenfürsorgegesetzes finden.

Eine gut durchgeführte Berufsberatung und Berufsausbildung ist als Mittel zu qualitativer Produktionssteigerung von höchster Bedeutung für unsere Volkswirtschaft. Die Aufklärung der Öffentlichkeit in den weitesten Schichten über Zwecke und Ziele des Berufsamtes ist ein dringendes Erfordernis für die nächste Zukunft. Der Wert und Nutzen einer fachlichen und individuellen Berufsberatung muß endlich überall erkannt werden. Bei richtiger Beurteilung der Notlage unseres Volkes müssen alle interessierten Kreise in Zukunft Hand in Hand mit dem Berufsamt gehen. Dann wird es möglich sein, unsere heranwachsende Jugend an den richtigen Platz zu stellen und damit die nötigen Kräfte für den Wiederaufbau Deutschlands zu schaffen.

Die Elektrizitätsversorgung Niederschlesiens

Von Frost, Direktor des E. W. L.

Die drei in der Natur fertig vorliegenden Energieformen, die in der Hauptsache zur Elektrizitätserzeugung dienen, nämlich: Steinkohle, Braunkohle und Wasserkraft, finden sich in Niederschlesien gemeinsam vor, so daß wir hier auch Kraftwerke aller drei Kategorien antreffen. Der prozentuale Anteil dieser drei Energiequellen an der Elektrizitätserzeugung Niederschlesiens beträgt 53% bei den Steinkohlenkraftwerken, 28% bei den Braunkohlenkraftwerken und 19% bei den Wasserkraftwerken. Hierbei ist bei den Braunkohlenkraftwerken der Strombezug von außerschlesischen Werken mit eingerechnet.



Die geologische Gestaltung unserer Heimatprovinz bringt es mit sich, daß die in dem den Sudeten vorgelagerten Berglande entspringenden Nebenflüsse der Oder zu Zeiten der Schneeschmelze oder nach größeren Niederschlägen ganz plötzlich aus harmlosen Gewässern zu wütenden tosenden Strömen werden. Die furchtbaren Überschwemmungen des Jahres 1897, welche großen wirtschaftlichen Schaden gerade in den schönsten und fruchtbarsten Teilen

Niederschlesiens verursachten, führten zur Anlage verschiedener Talsperren, die bei Hochwassergefahr die von den Abhängen der Gebirge herabkommenden Wassermassen aufnehmen und einen gleichmäßigen mittleren Wasserstand der Flußunterläufe herbeiführen sollen. Diese vom Provinzialverband Schlesien errichteten Sperren werden teilweise zur Energie-Erzeugung herangezogen. Es sind dies die Talsperre im Queis bei Marklissa, im Bober bei Mauer und in der Weistritz bei Breitenhain, zu diesen kommen die erst in den letzten Jahren fertiggestellten Sperren bei Goldentraum im Queis, unmittelbar anschließend an das obere Ende des Staubeckens bei Marklissa und die Vorsperre bei Boberröhrsdorf, oberhalb der Bobertalsperre bei Mauer. Die durch Ausnutzung der Wasserkräfte dieser Staubecken gewonnene elektrische Energie dient zur Versorgung der Kreise Hirschberg, Löwenberg, Bunzlau, Goldberg-Haynau und Schönau, sowie eines Teiles des Kreises Görlitz.

Auch die zum Versorgungsgebiet des Zweckverbandes der Überlandzentrale Mittelschlesien gehörigen Kreise Jauer, Striegau, Schweidnitz und Neumarkt werden zum Teil mit der aus den Wasserkräften der schlesischen Gebirge gewonnenen elektrischen Kraft versorgt. Der größere Teil dieser Kreise ist auf den Strombezug aus den Werken der E.-W. Schlesien A.-G., deren Hauptwerk in Tschechnitz bei Breslau im Jahre 1909 errichtet wurde, angewiesen, da der Zweckverband Überlandzentrale Mittelschlesien über eigene Kraftwerke nicht verfügt. Die Kraftwerke Mölke (Kreis Neurode) und Waldenburg im gleichnamigen Kreise, welche der E.-W. Schlesien A.-G. gehören, sind sowohl mit dem Hauptwerk in Tschechnitz (Kreis Breslau), als auch mit dem Netze des Provinzialverbandes durch 40 000-Volt-Leitungen verbunden, so daß ein Energieaustausch zwischen den Dampf-Kraftwerken des E.-W. Schlesien und den Wasser-Kraftwerken des Provinzialverbandes möglich ist. Da die Talsperren in erster Linie dem Hochwasserschutz dienen sollen, muß immer ein gewisser Aufnahmeraum für etwa auftretendes Hochwasser vorhanden sein, und somit kann die Stauhöhe der Sperren nicht so gewählt werden, wie es zur vollen Ausnutzung der Wasserkräfte wünschenswert wäre. Es ist dies zwar im volkswirtschaftlichen Interesse zu bedauern, aber zur Abwendung der ungeheuren Hochwasserschäden unbedingt erforderlich.

Da die aus den Wasserkräften der niederschlesischen Talsperren gewonnene elektrische Energie aus den vorstehend angeführten Gründen den Bedarf der versorgten Gebiete allein nicht zu decken vermag, sind die Werke des Provinzialverbandes mit mehreren an das Versorgungsgebiet angrenzenden Werken durch Hochspannungsleitungen zum Zwecke des Strombezugs verbunden. So bestehen außer der bereits erwähnten 40 000-Volt-Leitung zwischen den Werken der E.-W. Schlesien A.-G. und den Provinzialwerken Verbindungsleitungen zwischen dem Wasserkraftwerk Marklissa und dem staatlichen Braunkohlenkraftwerk Hirschfelde im Freistaat Sachsen, der Überlandzentrale der Stadt Görlitz und den Netzen der Elektrizitätswerke Liegnitz. Im Bau ist eine 100 000-Volt-Leitung, die einen Strombezug vom Großkraftwerk Trattendorf der Reichs-Elektrowerke ermöglicht.

In neuester Zeit ist durch Vereinbarung zwischen den Elektrowerken A.-G. und dem E.-W. Schlesien A.-G. der Weiterbau der schlesischen 100 000-Volt-Sammelschiene von Bunzlau über Liegnitz nach Breslau gesichert. Damit bekommen die Hochspannungsnetze Schlesiens einen direkten Anschluß an die sogenannte mitteldeutsche Sammelschiene, eine Hochspannungsleitung, die die größeren Werke Mitteldeutschlands verbindet, und ein Stromaustausch zwischen dem oberschlesischen Kohlengebiet und den mitteldeutschen Industrie- und

Kohlenzentren, ja sogar mit West- und Süddeutschland, ist in den Bereich der Möglichkeit gerückt.

An den vom Elektrizitätswerk des Provinzialverbandes versorgten Landkreis Goldberg-Haynau schließt sich das Versorgungsgebiet der Elektrizitätswerke Liegnitz an.

Auf der nachstehenden Karte ist das Versorgungsgebiet der Elektrizitätswerke Liegnitz ersichtlich. Es reicht im Norden bis an die polnische Grenze und ist durch die benachbarten Elektrizitätswerke, und zwar Elektrizitätswerk Glogau, Kreisversorgung Glogau, Elektrizitäts-



werk des Provinzialverbandes, Mittelschlesische Elektrizitätswerke, Städtisches Elektrizitätswerk Breslau und Elektrizitätswerk Schlesien eingegrenzt.

Das ursprüngliche, nur für die Stadtversorgung und für die Straßenbahn erbaute Werk in der Breslauer Straße in Liegnitz erwies sich bei der weiteren Ausdehnung der Anlagen als zu klein. Es wurde deshalb in den Jahren 1913/14 ein neues Kraftwerk am Frauenhaag errichtet. Das neue Kraftwerk wurde als Drehstrom-Kraftwerk ausgebaut und am 24. Juli 1914 wenige Tage vor Kriegsausbruch in Betrieb genommen. Die alte Zentrale in der Breslauer

Straße wurde mit diesem Termin als Erzeugerwerk stillgelegt, so daß das Drehstrom-Kraftwerk am Frauenhaag als alleinige Erzeugerquelle dient, während die alte Zentrale Umformerstation für 500 Volt Gleichstrom zur Versorgung der Straßenbahn und des 500-Volt-Kraftnetzes, und die Umformerstation Charlottenstraße eine reine Lichtumformerstation für 2×120 Volt Gleichstrom wurde.

Im Laufe der Jahre wurde es aus technischen Gründen notwendig, einen Teil der Gleichstromversorgung der Stadt Liegnitz auf Drehstrom umzustellen.

Außer der Stadt Liegnitz werden die Landkreise Liegnitz, Lüben, Steinau, Wohlau und Guhrau mit Strom versorgt.

Aus technischen Gründen ist als Oberspannung für die Versorgung des Landkreises Liegnitz 10 000 Volt, für die übrigen Kreise 20 000 Volt gewählt worden. Die Hochspannung wird in den einzelnen Ortschaften in die allgemeine übliche Drehstrom-Gebrauchsspannung 380/220 Volt umgespannt und den Abnehmern zugeführt. Die Versorgung geschieht in dem Landkreis Liegnitz direkt an die Einzelabnehmer, während in den Kreisen Lüben, Steinau, Wohlau Genossenschaften versorgt werden und die Kreis-Elektrizitäts-Genossenschaft Guhrau den Strom hochspannungsseitig an der Kreisgrenze gemessen übernimmt, um ihrerseits die Unterverteilung an die angeschlossenen Genossenschaften vorzunehmen.

Die Leitungstrace nach den Kreisen Wohlau und Guhrau kreuzt an drei Stellen die Oder, und zwar bei Leubus (Kreis Wohlau), Steinau und Radschütz (Kreis Steinau) durch Freileitungskreuzungen. Besonders die zuletzt erwähnte Kreuzung mit ihren weithin sichtbaren, zirka 60 m hohen Überführungsmasten ist ein Wahrzeichen der dortigen Landschaft geworden.

Das Kraftwerk ging mit einer Leistung von 4800 KVA in Betrieb und wurde 1921 durch 5200 KVA und 1926 durch 9000 KVA erweitert, so daß die derzeitige Leistung rund 19 000 KVA = 15 200 KW beträgt. Versorgt werden zur Zeit 382 Gemeinden und Gutsbezirke, sowie 10 Städte. Die gesamten Hochspannungsleitungen haben eine Länge von rund 1100 km. Die Stromerzeugung betrug im Jahre 1926 rund 15 000 000 Kwh.

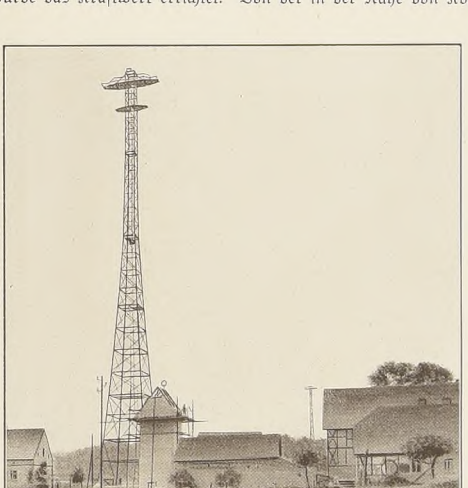
Der Versorgungsbezirk kann als ein rein landwirtschaftlicher angesprochen werden, da in dem ganzen Gebiet fast keinerlei Industrien vorhanden sind. Nur in der Stadt Liegnitz, in dem äußersten Zipfel des Landkreises Lüben und im Landkreis Guhrau sind Industrieanlagen vorhanden, die auch bereits zum Teil mit Strom versorgt werden.

Wenn auch das Versorgungsgebiet der Elektrizitäts-Werke Liegnitz im großen und ganzen als ausgebaut betrachtet werden kann, so ist doch zu erwarten, daß der Konsum sich noch erheblich steigern lassen wird, denn immer neue Anwendungsgebiete werden der Elektrizität in Haushalt und Wirtschaft erschlossen. Es kommen heute im Versorgungsgebiete des Unternehmens rund 54 Kwh auf den Kopf des Einwohners. Diese Anzahl Kilowattstunden pro Einwohner hat für deutsche landwirtschaftliche Kraftwerke zwar noch als angemessen zu gelten, aber im Vergleich zu anderen, außerdeutschen Elektrizitätsversorgungen muß sie als außerordentlich niedrig bezeichnet werden. In Gegenden mit überwiegender Industriebevölkerung kommen wir auch in Deutschland schon heute zu weit höheren Zahlen; beispielsweise entfallen im Versorgungsgebiet der oberschlesischen Elektrizitätswerke 360 Kwh auf den Einwohner.

Die Aktienmehrheit der Elektrizitäts-Werke Liegnitz, die früher die Aktiengesellschaft für Energiewirtschaft besaß, ging im September 1925 in den Besitz der Reichs-Elektrowerke A.-G. Berlin über, die damit ihr Interessengebiet in Schlesien erheblich erweitert hat.

Im Südosten der Provinz Niederschlesien liegen die dem Konsumgebiete der Niederschlesischen Elektrizitätswerke und Kleinbahn-A.-G. angehörigen Kreise Bolkenhain und Landeshut. Die Gesellschaft, die in letzter Zeit von der Elektrizitäts-Werk Schlesien A.-G. übernommen worden ist, wird auch aus den Kraftwerken dieser letzteren Gesellschaft beliefert.

Im Westen schließt sich an das Versorgungsgebiet des Provinzialverbandes Schlesien dasjenige der Überlandzentrale der Stadt Görlitz an. Unmittelbar am Fundort des Brennstoffes, auf der ihren Namen tragenden Braunkohlengrube der Stadt Görlitz, dem Lausitzer Kohlenbecken, wurde das Kraftwerk errichtet. Von der in der Nähe von Kohlfurt liegenden



Oderkreuzung Radschütz—Züchen im Bau

Grube aus erfolgt außer der Belieferung der Stadt Görlitz mit elektrischer Kraft diejenige der Landkreise Görlitz und Rothenburg. Das Kraftwerk ist für eine Maximalleistung von 15 500 KW ausgebaut, diese Leistung kann durch drei Dampfturbinen-Aggregate erzeugt werden. Die Länge der Hochspannungsfernleitungen der Überlandversorgung beträgt etwa 475 km, durch diese Leitung wird die elektrische Energie mit 10000 und 40000 Volt Spannung übertragen, und es werden zirka 90 Ortschaften in den vorgenannten Kreisen gespeift.

Im nordwestlichen Teile des Landkreises Görlitz findet sich noch ein kleines Überlandnetz, welches seinen Strom aus dem Lausitzer Elektrizitätswerk in Weißwasser erhält. Das Über-

landwerk Weißwasser entwickelte sich aus der Porzellanfabrik Weißwasser, welche heute dem Siemens-Konzern angehört. Die Eigenerzeugung dieses kleineren Werkes, welches Wasserenergie ausnutzt, ist nur noch gering; der Strom wird zum weitaus größten Teile aus den nördlichen anschließenden Netzen der Elektrowerke A.-G. bezogen. Auch die Kraftversorgung des Kreises Hoyerswerda, des westlichen Teiles der Provinz Niederschlesien, ist auf Strombezug aus der gleichen Quelle angewiesen.

Die Versorgung des nördlichen Teiles der Provinz Niederschlesien erfolgt durch die Kommunale Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft A.-G. (Kelg) in Sagan.

Die Kelg, ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen, bezieht ihren Strom teils von den Elektrowerken A.-G. Berlin und von sechs anderen kleineren Wasserkraftwerken und versorgt zirka 300 Ortschaften und 10 Städte, sowie einen ganzen Teil von Industrieunternehmen mit Strom. Zur Speisung des Hochspannungsnetzes der Kelg steht von den Elektrowerken eine Doppelleitung zur Verfügung, durch welche die elektrische Kraft mit einer Spannung von 100 000 Volt von Trattendorf nach einem Umspannwerk in Hansdorf, Kr. Sagan, transportiert wird.

Hier wird die Spannung auf die Bezirksnetzspannung von 20 000 Volt herabgesetzt, außerdem wird ein im nördlichen Teile des Versorgungsgebietes in Neusalz, Kr. Freystadt, errichtetes zweites Umspannwerk von hier aus über eine 60 000-Volt-Leitung gespeist. Die Leitungslänge des Hochspannungsnetzes der Kelg beträgt zirka 740 km. Nördlich anschließend an das Versorgungsgebiet der Kommunalen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft Sagan finden wir das Gebiet des Märkischen Elektrizitätswerkes in Niederschlesien, und wir stoßen hierbei auf eines der ältesten Überlandwerke Deutschlands, und zwar sind dies die H. Saalmann Elektrizitäts-Werke Eichdorf-Grünberg, die bereits im Jahre 1895 mit dem Bau einer Hochspannungsfernleitung im Anschluß an eine Wasserkraftanlage in Eichdorf am Bober, Kr. Sagan, begannen und von da aus die etwa 25 km entfernt liegende Stadt Grünberg über eine 10 000-Volt-Leitung versorgten. In neuester Zeit ist dieses Versorgungsgebiet in dem der Märkischen Elektrizitäts-Werke aufgegangen.

In die Versorgung des Kreises Glogau teilen sich die Kreis-Elektrizitäts-Werke Glogau und das Elektrizitäts-Werk der Stadt Glogau. Das letztere Werk hat eine Maschinenleistung von zirka 4000 KW, und speist seine Fernleitungen mit 10 000 und 20 000 Volt, es versorgt zwei Städte und 62 Ortschaften, die zum Teil in dem Regierungsbezirk Grenzmark, Landkreis Fraustadt liegen. Die Fernleitungen haben eine Länge von 182 km.

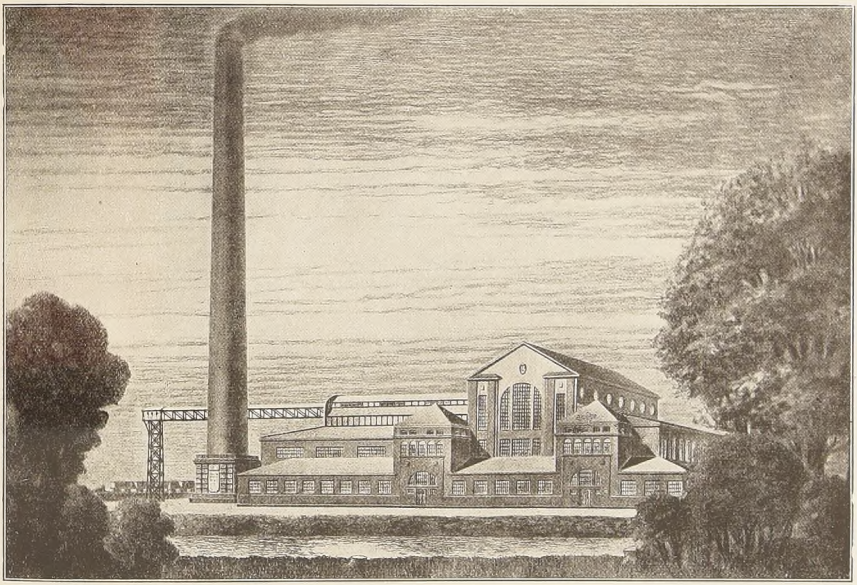
Der größte Teil des Landkreises Glogau wird von dem Herzoglichen Eisen- und Emaillierwerk Henriettenhütte in Primkenau gespeist, welches auch die Stadt Primkenau und die anliegende Industrie versorgt. Der Strom wird von der Stromeinkaufs-Genossenschaft Glogau Ost, Süd, West, Nord übernommen und durch eine etwa 200 km lange Hochspannungsleitung an 86 Genossenschaften weiter verteilt.

Da die Hauptgebiete Niederschlesiens einen rein landwirtschaftlichen Charakter haben, Industrien nur strichweise vorhanden sind, sind die elektrischen Kraftstationen nicht in den Größenverhältnissen entstanden und ausgebaut wie im Westen Deutschlands.

Die mehr landwirtschaftliche Betätigung der Bevölkerung Niederschlesiens stellt jedoch an die Licht- und Kraft-Versorgungs-Unternehmungen außerordentlich hohe Ansprüche. Während in Industriebezirken die Kraftwerke durchgängig mit einer gewissen Grundbelastung

und Stromentnahme rechnen können, beanspruchen die landwirtschaftlichen Gebiete die in den Kraftzentralen aufgestellten Kraftmaschinen nur wenig. Die Druschperiode, die als Hauptentnahmezeit gelten kann, drängt sich auf wenige Wochen im Jahr zusammen. In dieser Zeit wird von den Kraftwerken volle Maschinenleistung verlangt, während die ganze übrige lange Zeit die Belastung eine ganz geringe ist.

Um jedoch eine wirtschaftliche Ausnutzung der Krafterzeugungsanlagen zu erreichen, ist es eine Lebensnotwendigkeit der Werke geworden, durch geeignete Maßnahmen die Ver-



Drehstromwerk Frauenhag

wendung aller möglichen Stromverbrauchsapparate zu propagieren. Nur dadurch, daß für sämtliche mechanisch-elektrisch auszuführenden Arbeiten Energie aus den Kraftstationen bezogen wird, können Arbeitskräfte gespart werden, und die Abnehmer lernen erst den vollen Segen der elektrischen Kraftübertragungsanlagen kennen und so schätzen, daß sie die Elektrizitätsverwendung nicht mehr als Luxus oder gar als ein notwendiges Übel, sondern als eine der selbstverständlichsten Lebensnotwendigkeiten hinnehmen.

Das Gaswerk Liegnitz

Von Direktor Eberle, Liegnitz.

Die städtische Straßenbeleuchtung wird nicht mit Unrecht häufig als ein Prüfzeichen für die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt angesehen.

In Liegnitz haben sich die städtischen Verwaltungen von jeher der Straßenbeleuchtung angenommen. So ist in der Geschichte der Stadt Liegnitz verzeichnet, daß sich der Magistrat Ende des 18. Jahrhunderts zur Einführung der Straßenbeleuchtung entschloß.

Am 1. Oktober 1789 wurden 38 große und 88 kleine Laternen in Betrieb genommen, um die Winternächte zu erhellen, und als dann zu Anfang des 19. Jahrhunderts die Gasbeleuchtung, aus England kommend, in Deutschland, zuerst in den großen Städten Berlin, Dresden, München, Hamburg u. a. m. eingeführt wurde, entschloß man sich, auch in Liegnitz eine Gasanstalt zu errichten. Es wurde von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, nach dem Plan des Direktors Firle, welcher Leiter des Gaswerks Breslau war, eine Gasanstalt an Stelle der ehemaligen städtischen Ziegelei am Glogauer Tor mit einer Jahresleistung von rund 9 Millionen Kubikfuß zum Preise von 80 000 Reichstaler zu errichten. Die Stadt Liegnitz zählte damals 16 659 Einwohner. Der Bau der Gasanstalt wurde, nachdem im Laufe des Jahres 1856 die notwendigen Schritte wegen der Geldbeschaffung getan waren, am 20. April 1857 begonnen. Der Bau selbst schritt auch nach heutigen Verhältnissen ungewöhnlich schnell vor sich, denn bereits am 10. November 1857 wurde die Gasanstalt in Betrieb genommen.

Über die Betriebseröffnung berichtet dann das „Liegnitzer Stadtblatt" folgendes:

„Am 10. November nachmittags wurde in hiesiger Stadt der erste Versuch der Straßenbeleuchtung durch Gas ausgeführt. Derselbe hatte vorzugsweise zum Zweck, die atmosphärische Luft aus den Röhren zu entfernen, was auch binnen einer Stunde bewerkstelligt wurde. Gegen Abend hatten sich der Magistrat und die Stadtverordneten in der Gasanstalt versammelt und hier machte Herr Direktor Firle aus Breslau, nach dessen Anleitung das Institut geschaffen wurde, die Anwesenden mit der Entwicklung des Gases in den im Betriebe befindlichen zwei Retortenöfen und anderen Einrichtungen der Anstalt näher bekannt, worauf sich die Versammlung nach der Stadt begab, wo sofort mit der Entzündung der Gaslaternen auf dem Ringe begonnen und dieselbe dann in allen Straßen der Stadt fortgesetzt wurde. Auch in einigen Privatlokalen sah man Gaslampen. Die nun vollständig durch über 200 Laternen beleuchtete Stadt machte den schönsten Effekt und wurde von dem die Straßen belebenden, erfreuten Publikum allgemein bewundert. Die Gasflammen brannten den Abend fort bis zum nächsten Morgen, und lieferte unsere neue Anstalt ein so günstiges Ergebnis, wie es bei ähnlichen Anlagen beim Beginn wohl noch selten erreicht worden ist. Bei der Errichtung dieser gemeinnützigen Anstalt verdient besonderen Dank unsere umsichtige städtische Behörde und deren Chef, Herr Bürgermeister Boeck, welcher die Idee dazu anregte, und deren Ausführung dann mit aller Energie unterstützte, gleichfalls Herr Direktor Firle, Herr Bau-

inspektor Kirchner, die technische Deputation und ferner auch alle dabei beschäftigten Arbeiter, denn nur durch unausgesetzte gemeinsamste Anstrengung aller Kräfte war es möglich, den Bau der Gebäude mit Aufstellung der Apparate, wie das Röhrenlegen in der Stadt und alle sonstigen Einrichtungen, so schnell ins Werk zu setzen, daß nun alles zu so allseitiger Zufriedenheit ausgefallen ist.

Zum technischen Leiter bzw. Betriebsinspektor der Gasanstalt wurde der damalige Ingenieur Thiem, inzwischen verstorbene Kgl. Geh. Baurat, in Leipzig berufen."

Liegnitz ist also eine der wenigen Städte Deutschlands gewesen, welche von vornherein den Baubetrieb des Gaswerks in eigener Verwaltung übernommen hat.

Da das Gas für Industrie, Handel und Gewerbe unentbehrlich ist, so hat es auch den Aufschwung und die Fortschritte machen müssen, welche in diesen drei Zweigen geführt wurden. Schon bald stellte es sich heraus, daß die für damalige Zeit großzügig angelegte Werkanlage nicht mehr allen Anforderungen entsprechen konnte. So mußte im Jahre 1863 ein zweiter, im Jahre 1870 ein dritter und schließlich im Jahre 1885 ein vierter Gasbehälter errichtet werden. Noch mehrfache in den siebziger und achtziger Jahren vorgenommene Umbauten nach Plänen des von 1872 bis 1904 tätigen Leiters Direktor Jochmann trugen mit zur Vergrößerung der Leistungsfähigkeit des Gaswerkes bei.

Der immer mehr wachsende Verbrauch an Kochgas im Haushalt hatte derartig an Umfang zugenommen, daß man im Jahre 1905 zum ersten Male vor die Frage gestellt wurde, das Gaswerk entweder zu verlegen oder einem gründlichen Umbau zu unterziehen. Die bisherige Gaserzeugungsanlage hat bis zur Verwendung der Schrägofenanlage den Mißstand gehabt, daß eine große Fläche bei verhältnismäßig geringer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen wurde, und erst nach der Mitte der neunziger Jahre erfolgten Weitereinführung der Schrägretortenöfen konnte man Gaswerke mit verhältnismäßig großer Leistungsfähigkeit auf einem verhältnismäßig kleinen Platze errichten. Eine Prüfung dieser Frage ergab, daß der Platz des Gaswerkes unter Zunahme der benachbarten Schlachthofwiesen die Möglichkeit bot, eine Gasanstalt zu errichten. Man entschloß sich daher im Jahre 1905, nach den Plänen des am 1. April 1905 in Dienst getretenen Direktor Eberle, zunächst von den Horizontalretortenöfen zu den Schrägretortenöfen überzugehen. Es wurde nun eine Ofenanlage von vier, später von sechs Koseöfen errichtet auf der Stelle, wo seither die Horizontalretortenöfen gestanden hatten. Bereits nach zehn Jahren aber war eine solche Zunahme eingetreten, daß auch die errichteten sechs Öfen nicht mehr ausreichten, und man sich entschloß, zwei weitere Vertikalretortenöfen mit je 18 Retorten zu errichten.

Im Jahre 1907 vergrößerte man neben dem Stadtrohrnetz den Gasbehälterraum, indem man einen fünften Gasbehälter von 10 000 cbm, der auf 30 000 cbm erweiterungsfähig war, beschaffte.

Schon vor dem Kriege, im Jahre 1912, entschloß man sich, auch der Apparatenanlage, speziell der Reinigung und Aufbereitung des Gases erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es sollte im Jahre 1914 mit dem Bau einer Apparaten- und Reinigeranlage begonnen werden, da die im Jahre 1857 errichtete Anlage in ihrer Leistungsfähigkeit erschöpft war. Der inzwischen eingetretene Krieg hatte zur Folge, daß der Bau sich noch um zwei Jahre verzögerte. So wurde denn im Jahre 1916 gleichzeitig mit dem Bau der Vertikalretortenöfen ein Apparaten-, Kessel- und Reinigerhaus mit Behälterturm errichtet. Ebenso wie die Gebäude

vom Jahre 1857 mehr wie 50 Jahre ihre Zwecke erfüllt haben, ebenso wird, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, auch die heutige Gasanstalt auf absehbare Zeit allen Anforderungen genügen. Die gegenwärtige Leistungsfähigkeit ist 35 000 cbm je 24 Stunden und kann jederzeit durch Zubau neuer Öfen verstärkt werden. Das Hauptzuführungsrohr hat eine lichte Weite von 800 mm und teilt sich das Straßenrohrnetz in eine Kreisleitung um die innere Stadt von 500 mm l. W. und eine Kreuzleitung nach Süden, Osten und Westen mit gleicher Weite. Der kleinste Straßenrohrdurchmesser ist zur Zeit mit wenig Ausnahmen 200 mm l. W.

Der Jahreskonsum an Gas ist heute gegen 1858 etwa das vierzigfache. Der Gasverbrauch pro Kopf der Bevölkerung ist seit 1857 von 20 cbm auf etwa 100 cbm gestiegen. Das Gaswerk hat von jeher eine eingehende Bewirtschaftung der Nebenerzeugnisse sich zum Ziel gesteckt und werden seit dem letzten Neubau auch schwefelsaures Ammoniak und Benzol erzeugt.

Der Gasgrundpreis beträgt zur Zeit 20 Rpf. je cbm. Bei einem Monatsverbrauch von 50 bis 200 cbm Gas wird ein Nachlaß von 4 Rpf. je cbm und bei einem Monatsverbrauch von über 200 cbm ein Nachlaß von 5 Rpf. je cbm gewährt. Jeder Gasabnehmer ist verpflichtet, einen Mindestgasverbrauch von 5 cbm abzunehmen. Wird dieser nicht erreicht, so ist der Gaspreis für 5 cbm zu zahlen. Liegnitz gehörte von jeher zu den Städten, die ihren Einwohnern das Gas möglichst billig liefern.

Die Wasserversorgung der Stadt Liegnitz

Von Magistratsoberbaurat König.

Die erste zentrale Druck-Wasserversorgung mit Hausanschlüssen erhielt Liegnitz im November 1878 unter Oberbürgermeister Oertel nach dem Gutachten des Baurats Hobrecht, Berlin. Das Wasser wurde dem alten bestehenden Mühlgraben vor seinem Eintritt in die Stadt an der sogenannten Hägerwiese entnommen mit einem Nebenanschluß an die benachbarte Katzbach, um bei Räumung des Mühlgrabens das Wasser der Katzbach verwenden zu können.

Die daselbst errichtete Pumpstation bestand aus zwei liegenden Dampfkolbenpumpen von je 75 P.S. mit 30 Umdrehungen pro Minute und zirka 275 cbm Förderleistung pro Stunde einschließlich der dazugehörigen Dampfkesselanlage aus zwei Flammrohrkesseln. Die benötigte Filteranlage indessen hatte man nicht beim Werk angeordnet, sondern sie hoch oben auf dem höchsten Berg bei der Stadt, der sogenannten Siegeshöhe, untergebracht, woselbst naturgemäß auch der Hochbehälter in Gestalt eines überwölbten Erdbehälters gebaut wurde. Die geodätische Höhendifferenz zwischen Pumpstation und der hochgelegenen Filteranlage beträgt zirka 38 m und die Länge der Verbindungsleitung, als Druckleitung ausgeführt, zirka 1,5 km. Letztere führte also das schmutzige Flußwasser unter Druck der Höhe zu, wo es zunächst in zwei Klärbassins seine Sedimente größtenteils absetzte, um dann den Filtern zuzufließen. Diese waren offen in der Art der bekannten Langsamfilter ausgeführt und gaben ihr filtriertes Wasser in zwei kleine Reinwasserbehälter, deren Höhenlage genügte, um auch die damaligen höchsten Gebäude der Stadt mit Wasser zu versorgen. Durch Anschluß des auf der anderen Seite der Katzbach liegenden Stadtteiles Carthause und den erhöhten Wasserkonsum an sich mußte die Gesamtanlage bereits 1886—88 erweitert werden, wobei auch eine Dampfpumpe im Werk Hägerwiese und zwei weitere Filter auf der Siegeshöhe erbaut wurden. Dennoch erschien es bald unmöglich, der Wasservergeudung Herr zu werden, und so schritt man endlich 1890 dazu, Wassermesser einzuführen, wodurch auch der Wasserverbrauch auf das normale Maß zurückging. Leider wurde aber in diesen und den folgenden Jahren die Stadt durch wiederholte Typhusepidemien heimgesucht, deren Ursache in dem Oberflächenwasser gesucht wurde, und so forderte die aufsichtführende Behörde, die Wasserversorgung der Stadt durch Grundwasser sicherzustellen. Im Jahre 1896 wurden daher auf Grund hydrologischer Vorarbeiten der beiden vorangegangenen Jahre im zirka 4 km von der Stadt entfernten Rudolfsbacher Gelände 20 Rohrbrunnen geschlagen, aus denen zwei liegende Dampfmaschinen-Pumpen von je 35 P.S. das Wasser direkt ansaugten und es seines hohen Eisengehaltes wegen auf eine 7 m über Terrain liegende Enteisenungsanlage drückten. Diese wurde nach dem Plane des Magistrats-Ingenieurs Piefke, Berlin in sehr reichlichen Dimensionen errichtet mit Rieselern aus Koks, unter denen Absatzräume angeordnet waren mit danebenliegenden Grobfiltern und einem kleinen Sammelbassin.

Um aber die vorhandenen Anlagen in Hägerwiese weiter verwenden zu können, wurden die Anlagen Rudolfsbach und Hägerwiese durch eine Rohrleitung verbunden.

Da nun Rudolfsbach zirka 7 m höher liegt als Hägerwiese, fließt das in der Rieseler-Anlage behandelte Wasser durch eigenes Gefälle dem alten Sammelbrunnen der Station Hägerwiese zu, um dann den alten Weg zur Filteranlage auf der Siegeshöhe zu nehmen; dieselbe hatte inzwischen eine Größe von 5×640 qm = 3200 qm erlangt, die auch heute noch besteht.

Durch diese chronologische Darlegung wird es nun auch dem Außenstehenden klar sein, weshalb diese sonderbar getrennte Anordnung der ganzen Wasserwerksanlage hier in Liegnitz vorliegt, die naturgemäß mancherlei Nachteile in sich schließt, zumal das grob-filtrierte Wasser aus Rudolfsbach noch sehr viel Eisenhydroxyd enthält und es in den langen Leitungen über Hägerwiese zur Filteranlage Siegeshöhe absetzt. Eine Reinigung der letzten Verbindungsleitung Hägerwiese-Siegeshöhe im Jahre 1926 mittels Turbinen-Reiniger förderte daher auch eine Menge Eisenschlamm an den Tag und ermäßigte den Reibungswiderstand um 6 m Wassersäule.

Der starke Eisen- und Mangangehalt des Grundwassers macht sich aber noch weit mehr bei der Brunnenanlage geltend, indem die unterirdischen Eintrittsflächen verockern und damit die Ergiebigkeit der Brunnen sehr stark herabsetzen. Bereits 1906 wurden daher neue Brunnen gebohrt, desgleichen in den darauffolgenden Jahren, so daß 1921 zirka 40 Brunnen im Betrieb waren, die jedoch nur unter äußerster Absenkung das benötigte Wasserquantum hergaben. Es wurde daher von dem bestehenden System der Rohrbrunnen abgegangen und im Jahre 1926 drei neue Kesselbrunnen von 2 m Durchmesser aus Klinkermauerwerk hergestellt und angeschlossen, die wesentlich größere Wassermengen hergeben. Um aber nicht nur auf das in 6—12 m Tiefe anstehende und von der Katzbach her angereicherte Grundwasser angewiesen zu sein, wurde 1926 zunächst auch eine Tiefbohrung versuchsweise bis auf 127 m Tiefe mit kleinem Durchmesser ausgeführt und durch diese der Aufschluß über mehrere von zirka 60 m Tiefe an liegende „artesische Wasserstockwerke" erbracht, so daß gleich im Anschluß daran zwei weitere Tiefbohrungen mit größerem Durchmesser niedergebracht werden konnten, die je zirka 90 cbm Wasser pro Stunde ohne Zuhilfenahme maschineller Kraft direkt auf die Rieseler ausschütten. Durch diese erfolgreichen Maßnahmen ist die Rudolfsbacher Anlage derart leistungsfähig geworden, daß sie auf mehrere Jahre den Wasserbedarf auch ohne sonstige Erweiterung des Werkes decken kann. Aber auch in anderer Beziehung, nämlich in physikalisch-chemischer, gereicht dieses Tiefenwasser durch seine Mischung mit dem Grundwasser zur wesentlichen Verbesserung des ganzen Trinkwassers der Stadt Liegnitz, da es fast frei von Eisen und Mangan ist, sehr geringe Härte hat und dauernd gleichmäßig niedrig temperiert ist. Im übrigen trägt es auch wesentlich zur Erleichterung des Enteisenungs- und Entmanganungsprozesses bei, was für die Beibehaltung der bestehenden Enteisenungsanlage ohne Vergrößerung trotz der erheblich höheren Beschickung pro qm Fläche von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

An den maschinellen Anlagen von Rudolfsbach wurde in den letzten Jahrzehnten nichts geändert; es wurde nur zur besseren Absaugung der nicht unerheblichen Brunnenluft in den alten Rohrbrunnen eine rationell arbeitende Dampfluftpumpe aufgestellt, die es außerdem ermöglicht, bei Defekten der 800 m langen Brunnen-Saugleitung diese innerhalb 20 Minuten zu evakuieren.

Auf der Station Hägerwiese war indessen im Sommer 1925 die alte, aus dem Jahre 1898

stammende Pumpmaschine geborsten, für die alsbald ein Dieselmotor von 150 P.S. mit einer durch Riemen angetriebenen Zentrifugalpumpe von 460 cbm stündlicher Leistung aufgestellt wurde. Ferner wurde 1926 auch noch ein Elektromotor von 184 P.S. mit direkt gekuppelter Zentrifugalpumpe mit 530 cbm Leistung pro Stunde einschließlich der dazugehörigen Transformatorenstation daselbst erstellt, so daß in Zukunft ganz auf die unwirtschaftlich arbeitende alte Dampfmaschinen-Anlage verzichtet werden kann. Bemerkenswert ist hierbei noch die gleichzeitig getroffene Maßnahme, daß die Fall-Leitung von Rudolfsbach unter Umgehung des alten flachen Schöpfbrunnens direkt an die Saugstutzen der Zentrifugalpumpen geführt wurde, wodurch letztere ihre größere Saugwirkung für einen erhöhten Zulauf von Rudolfsbach geltend machen konnte, und damit die sonst nötige Verlegung eines zweiten Verbindungsrohres bis auf weiteres überflüssig gemacht wurde. In der Zwischenzeit wird man die direkte Verbindung des Werkes Rudolfsbach mit dem Hochbehälter auf der Siegeshöhe fertigstellen können und auf diese Weise den aufgeteilten, verzettelten Betrieb mit seinen Nachteilen beseitigt haben, wobei auch geplant ist, die Enteisenungsanlage in Rudolfsbach durch eine moderne Filteranlage daselbst zu erweitern. Vom Hochbehälter aus wird das Wasser durch zwei Fall-Leitungen von 650 und 400 mm Durchmesser der Stadt zugeführt und dort nach dem Verästelungs-System in den Straßen verteilt, so daß das ganze Rohrnetz z. Z. eine Länge von 76 km aufweist bei 3382 Hausanschlüssen.

Die Bezahlung des Wasserverbrauchs erfolgt nach einer Raumgebühr und nach Wassermesser. Der jetzige Wasserpreis beträgt 25 Pf. pro cbm, der sich bei Mehrverbrauch über die Raumgebühr entsprechend steigert. Nach den laufenden Untersuchungen des städtischen öffentlichen Untersuchungsamtes ist das jetzt abgegebene Wasser als ein einwandfreies gutes Trinkwasser anzusprechen.

Die Jahresabgabe 1926 betrug 2 727 140 cbm, die größte Tagesabgabe 12 890 cbm und die geringste 5290 cbm.

Die Kanalisation

der Stadt Liegnitz wurde in den neunziger Jahren nach dem Mischsystem angelegt, d. h. die Ableitung der Gebrauchs-, Straßen- und Regenwässer erfolgte nur durch ein Kanalnetz. Dasselbe setzte sich im Jahre 1926 zusammen aus 8 km gemauerten Kanälen, 64,3 km Tonrohrleitungen, 3,4 km Zementrohr- und 1,8 km Gußrohrleitungen und erforderte zur Spülung 37 500 cbm städtisches Leitungswasser. Außerdem dienen noch sechs Einlässe am Mühlgraben demselben Zweck, während einige Notausläße die Überfüllung der Hauptkanäle bei starkem Regen mildern helfen.

Das Verbot der aufsichtführenden staatlichen Behörde, die Abwässer in die vorbeifließenden Flüsse Katzbach und Schwarzwasser wegen der zeitweiligen geringen Verdünnungsperiode abzuleiten, bewog s. Z. den Magistrat, als wirtschaftlichste Lösung für die Beseitigung derselben die Anlage von Rieselfeldern zu wählen, für die man bei Hummeln in einer Entfernung von 7 km ein geeignetes Terrain mit leichtem Boden fand. Die Gesamtausdehnung der Rieselfeld-Anlage umfaßt z. Z. ein Areal von 700 Morgen einschließlich der benötigten Wege sowie Be- und Entwässerungsgräben. Die nutzbare Fläche beträgt 606 Morgen, die in 74 Schläge und 2 Winterbassins unterteilt ist. Für die Bewirtschaftung hat man das Verpachtungssystem eingeführt, das im Jahre 1926 85 Pächter zählte, die unter Aufsicht eines

dort wohnenden städtischen Verwaltungsbeamten stehen. Den größten Teil der Schläge nehmen Wiesen ein mit 210 Morgen; ferner wurden 152 Morgen mit Kartoffeln, 139 Morgen mit Gurken und 50 Morgen mit Mohrrüben angebaut, während der übrige Teil von 50 Morgen mit anderen Gemüsesorten bewirtschaftet wurde. Hierzu gehören noch Fischteiche in einer Größe von drei Morgen und ein kleiner Kiefernwald von zwei Morgen. Die beiden Standrohre am Einlauf des ankommenden Abwassers erhielten letzthin elektrische Beleuchtung, die sich sehr gut bewährt hat und einen sicheren Rieselbetrieb auch während der Nacht ermöglicht.

Zur Hebung der Abwässer auf das zirka 30 m höher gelegene Rieselfeld ist an der Peripherie der Stadt, dem sogen. Frauenhaag, eine größere Zentral-Pumpstation errichtet, die mit zwei großen Zwillings-Dampfmaschinen von 80 P.S. mit vier Kolbenpumpen mit Schoene-Ventilen und der dazugehörigen Dampfkesselanlage, sowie einer kleinen 20 P.S.-Dampfmaschine mit elektrischem Dynamo und einem Luftkompressor ausgerüstet ist. Im Jahre 1926 wurden durch diese Station 2,53 Millionen cbm d. h. durchschnittlich 7000 cbm pro Tag, gefördert, während die größte Tagesförderung 13 200 cbm und die geringste 4500 cbm betrug.

In dem daselbst befindlichen Sammelschacht befinden sich Rechen zur Zurückhaltung der gröbsten Schwimmstoffe, die mit den gleichfalls im Schacht anfallenden Sinkstoffen an die Landwirtschaft abgegeben werden.

Die ebene Lage der Stadt bedingt naturgemäß nach dieser Sammelstelle hin eine erhebliche Tiefenlage der Zuleitungen. Hierdurch ergaben sich für die Randgebiete der Stadt besondere kleinere Pumpstationen, die ihr Abwasser in die Endstränge des alten Siebsystems überpumpen. So hat u. a. auch der auf dem anderen Ufer der Katzbach liegende große Stadtteil Carthaus eine Pumpstation, bestehend aus zwei kleinen Dampfmaschinen von 23 und 30 P. S. zum Antrieb einer neuen Kolbenpumpe von zirka 150 cbm stündlicher Leistung und drei Zentrifugalpumpen von 240, 175 und 125 cbm sowie der dazugehörigen Kesselanlage. Am Ende der dortigen Hauptstraße (Breslauer Straße) ist wiederum eine Pumpstation errichtet, in der mittels Gasmotor und Elektromotor zwei tiefliegende Zentrifugalpumpen von 44 resp. 72 cbm stündlicher Leistung angetrieben werden. Da diese Station trotz mehrerer größerer unterirdischer Zementbassins bei Regenwetter stets überlastet war und sich dieser Umstand in den Kellern der Häuser übel bemerkbar machte, ist für die benachbarte Siedlung im Jahre 1926 zur Abhilfe das Trennsystem projektiert worden, bei dem die großen Regenwassermengen direkt dem benachbarten Grantschkefluß überliefert werden und die Pumpstation nur noch die häuslichen Brauchwässer zu beseitigen hat.

Weitere kleinere Überpumpstationen befinden sich noch an der früheren Fliegerstation und in der Gartenvorstadt Töpferberg, die mittels Drehstrommotoren und Zentrifugalpumpen betrieben werden.

Die Straßeneinläufe sind bisher nur mit einfachem Schlammfang ausgerüstet; es ist daher 1926 begonnen worden, die sogen. Schlammeimer einzuführen und auch die störenden alten Kanaldeckel an verkehrsreichen Stellen durch neue umklappbare zu ersetzen.

An Kanalgebühren werden für jeden bewohnten Raum 1926 3,40 Mark erhoben, wobei Räume unter 7 qm nicht mitzählen. Bei gewerblichen Betrieben hingegen kommen nur 10 Pf. pro qm zur Veranlagung.

Das Feuerlöschwesen in Liegnitz

Von Stadtrat Schmidt.

Das Feuerlöschwesen in Liegnitz ist fast ebenso alt wie die Stadt selbst. Bereits im ersten Jahrhundert des Bestehens der Stadt, im Jahre 1340, wurde die erste Feuerordnung auf Beschluß der Bürgerschaft von dem damaligen Magistrat erlassen. Nach dieser Feuerordnung waren die Bürger zur unentgeltlichen Löschhilfe und die Hauseigentümer zur Beschaffung von Feuerlöschgeräten verpflichtet. Die Leitung der Löschhilfe war Hauptleuten übertragen, denen auch die feuerpolizeiliche Aufsicht über die Hausgrundstücke oblag, und die den feuergefährlichen Betrieben, z. B. Bäckereien, Brauereien u. dergl. besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden hatten. Die Alarmierung geschah durch die Bürger selbst. Durch Abgaben, die jeder Hausstand zu leisten hatte, wurden die Geldmittel zusammengebracht, aus denen diejenigen Bürger unterstützt wurden, deren Häuser zwecks Verhinderung der Ausbreitung des Feuers niedergerissen werden mußten. Je nach der Entwicklung der Stadt, zum Teil auch nach eingetretenen größeren Schadenfeuern, vielleicht auch nach der jeweiligen Verbesserung der Feuerlöschgeräte, wurden in den nachfolgenden Jahrhunderten noch neun Feuerordnungen herausgegeben, die letzte davon im Jahre 1907. Interessant ist die Feuerordnung vom Jahre 1560, in welcher die Alarmierung vom Turm der Peter-Paul-Kirche vorgeschrieben war, und zwar am Tage durch Aushängen einer roten Fahne und des Nachts durch Aushängen von zwei brennenden Lampen in der Richtung des Feuers, eine Bestimmung, die noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts ausgeführt wurde. Ebenso bemerkenswert ist die Feuerordnung vom Jahre 1674, in der eine ausgebildete Spritzenmannschaft gefordert wird. In dieser Zeit finden wir die Anfänge der militärisch organisierten Feuerwehren, die sich auch im Laufe der Jahrhunderte zum maßgebenden Teil im Feuerlöschwesen herausgebildet haben. In Liegnitz bestehen seit Mitte des vorigen Jahrhunderts zwei Feuerwehren, und zwar eine städtische und eine freiwillige. Die Städtische Feuerwehr ist in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts aus der Pflichtfeuerwehr hervorgegangen. Ihre Mannschaften erhielten für den Dienst in der Löschhilfe eine geringe Bezahlung. Die Leitung lag in den Händen des Stadtbauamts. Seit dem Jahre 1875 bildet jedoch das Feuerlöschwesen, welches beide Feuerwehren einschließt, eine selbständige Abteilung in unserer Stadtverwaltung. Die Städtische Feuerwehr richtete bereits im Jahre 1865 eine Nachtwache und weiter im Jahre 1890 eine Sonntags-Nachmittags-Wache, bestehend aus einem Brandmeister, einem Oberfeuerwehrmann und vier bis sechs Mann ein, die bei Alarm mit dem Wachgerät ausrückten. Nicht immer scheint in früheren Zeiten die Städtische Feuerwehr genügend Mannschaften gezählt zu haben, um größerer Brände Herr zu werden. So kam es, daß nach einem größeren Brande auf dem Ring im Jahre 1852 eine Feuerrettungskompanie gegründet wurde, die später den Namen Freiwilliger Rettungsverein führte. Die Mitglieder dieses Vereins beteiligten sich an der Feuerlöschhilfe ohne jede Bezahlung. Aus dem Freiwilligen Feuerrettungsverein bildete sich im Jahre 1865 der Turn- und Feuerwehrverein, der sich dann am 31. Dezember 1886 wiederum teilt in den

Alten Turnverein einerseits und die heutige Freiwillige Feuerwehr andererseits. Neben der Freiwilligen Feuerwehr bestand aber als selbständige Organisation die Städtische Feuerwehr weiter bis zum 15. Mai 1926. Da die Mannschaften beider Feuerwehren am Tage ihrer privaten Arbeit nachgehen mußten, war für diese Zeit eine Feuerlöschbereitschaft nicht vorhanden. Die Zunahme der Stadt an Bevölkerung, an Bauten für Wohn-, Handels- und gewerbliche Zwecke, sowie die Ausdehnung der Stadt in ihrem Umkreis machten aber eine vollständig lückenlose Feuerlöschbereitschaft notwendig. Im Jahre 1925 wurde daher eine ständige Tageswache eingerichtet, aus der die jetzige Berufsfeuerwehr in Stärke von einem Brandinspektor, 2 Oberfeuerwehrmännern und 15 Feuerwehrmännern hervorgegangen ist, und die am 16. Mai 1926 in Dienst gestellt wurde. Damit ist nun ein vierundzwanzigstündiger Wachdienst eingerichtet. Jede Wache ist mit einem Oberfeuerwehrmann und sieben Mann besetzt. Die Mannschaften sind außer dem Wach-, Übungs- und Reinigungsdienst mit gelegentlichen Arbeiten beschäftigt, versehen zum Teil auch den Telephondienst im Rathause. Der Brandinspektor ist städtischer Beamter und versieht seinen Dienst bei der Berufsfeuerwehr nebenamtlich. Mit der Einrichtung der Berufsfeuerwehr wurde die bisherige Städtische Feuerwehr unter dem Namen Städtischer Zug unter das Kommando der Freiwilligen Feuerwehr gestellt, so daß der Feuerlöschdienst im ersten Angriff von der Berufsfeuerwehr und dann gemeinsam mit der Freiwilligen Feuerwehr geleistet wird. Die Freiwillige Feuerwehr zählt heute einschließlich des Städtischen Zuges einen Branddirektor, der zugleich städtischer Branddirektor ist, 3 Brandmeister und 115 Mann, eingeteilt in 5 Löschzüge. Die Freiwillige Feuerwehr stellt die Theater- und Zirkuswachen.

Zur Alarmierung der Feuerwehren dient eine Feuertelegraphenanlage. Von 37 in allen Teilen der Stadt öffentlich aufgestellten und kenntlich gemachten Feuermeldern kann durch Ziehen eines Griffes die Meldung an die Zentrale im Rathaus abgegeben werden. Der Meldende hat am Apparat zu warten, bis die Feuerwehr eintrifft. Er erhält für die Meldung zwei Mark Belohnung. Die Meldung kann aber auch auf telephonischen Anruf unter Nummer 2650 erfolgen. Gegen 90 Feuerwehrleute sind durch Alarmglocken in ihrer Wohnung, die an ein aus fünf Schleifen bestehendes Alarmnetz angeschlossen sind, mit der Zentrale verbunden. Weitere Anschlüsse stehen bevor.

Der Bestand an Feuerlöschgeräten ist den neuesten technischen Fortschritten auf diesem Gebiete und den Erfordernissen unserer Stadt entsprechend. Im Jahre 1878 befanden sich im Besitz beider Feuerwehren 7 Handdruckspritzen, einige Hakenleitern, Feuerhaken und 24 lederne Feuereimer. Da im Jahre 1878 ganz Liegnitz mit Wasserleitung versehen wurde, kamen die Handdruckspritzen nur bei besonderen Umständen oder in der Umgegend von Liegnitz zur Verwendung. In Liegnitz selbst wird das zur Löschhilfe notwendige Wasser meist von den Straßenhydranten entnommen. Um nun bei Feuer in höheren Stockwerken den notwendigen Wasserdruck zu erzielen und auch die natürlichen Wasserstellen innerhalb der Stadt ausnutzen zu können, wurde im Jahre 1912 von der Freiwilligen Feuerwehr eine vierrädrige Koebe-Automobilspritze beschafft mit einer Leistung von 1000 Liter pro Minute. Ihr folgten im Jahre 1924 und 1926 je eine zweirädrige Motorenspritze von der Firma Fischer-Görlitz. Die Mittel hierzu brachte 1924 die Stadt und 1926 die Freiwillige Feuerwehr auf. Diese Motorenspritzen werden an die im Jahre 1922 und 1926 beschafften Automobilmannschaftswagen angehängt. Sie leisten je 1000—1200 Liter Wasser pro Minute, das bis zur Höhe von 80 m

gedrückt werden kann. Den beiden Motorenspritzen stehen über 1000 m Dickschlauch zur Verfügung, so daß das Wasser von entfernten natürlichen Wasserläufen entnommen werden kann. Außerdem besitzt Liegnitz auch das technisch fortgeschrittenste Leitergerät, und zwar eine Magirus-Automobil-Drehleiter mit 26 m Steighöhe, beschafft im Herbst 1926 (Ausstellungsgerät von der Polizei-Ausstellung Berlin). Diese Leiter, die in 26 Sekunden bis zu 26 m Höhe ausgezogen werden kann, vollendet die Modernisierung des Feuerlöschwesens in Liegnitz, das nunmehr im Besitz von vier automobilen erstklassigen und modernen Geräten ist. Außerdem sind noch vorhanden 6 Handdruckspritzen, 2 pferdebespannte Mannschaftswagen, 2 vierrädrige pferdebespannte Leitern, davon eine Magirus mit 22 m Höhe und eine Ewald mit 20 m Höhe, ferner zwei zweirädrige mechanische Schiebeleitern, drei Breslauer Leitern, eine große Anzahl Klein- und Rettungsgeräte, u. a. auch Dräger-Apparate, mit denen die Mannschaft in vergualmte oder mit giftigen Gasen angefüllte Räume einzudringen vermag. Der als Wachgerät dienende Automobil-Mannschaftswagen der Berufsfeuerwehr führt alle Klein- und Rettungsgeräte mit, welche zum ersten Angriff und Bekämpfung des Feuers im Entstehen und zur Hilfeleistung bei Rettung von Menschen aus Gefahr notwendig sind.

Untergebracht sind die Geräte in provisorischen heizbaren Gerätehäusern im Elisenhof und anschließend an das Rathaus in der Gartenstraße. Über den Ausfahrtstoren des letzteren finden wir drei plastische Darstellungen des entstehenden, entfesselten und niedergekämpften Feuers. Die Wache der Berufsfeuerwehr befindet sich unmittelbar in der Nähe, und zwar im Erdgeschoß des Neuen Rathauses. Mit der Vollendung des Rathauses wird aber auch eine moderne Feuerwehrzentrale im Mittel der Stadt errichtet werden, die alles in sich vereint.

Da nun den größten Teil der Mannschaften in der Feuerlöschhilfe die Freiwillige Feuerwehr stellt, ist der Zuschuß nicht so hoch, als wenn eine mittlere Berufsfeuerwehr am Ort wäre. Er beträgt pro Kopf der Bevölkerung und pro Jahr nur 84 Pfennig. Es ist aber durch die kleine Berufsfeuerwehr, ferner durch die gute Ausbildung und diensteifrige Schnelligkeit der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich des Städtischen Zuges das Feuerlöschwesen auf derselben Höhe, als man es bei Vorhandensein einer mittleren oder größeren Berufsfeuerwehr erwarten darf. Die Stadt Liegnitz wird aber auch in Zukunft das möglichste tun, das Feuerlöschwesen der Zeit und den technischen Fortschritten entsprechend auszubauen.

Das Sanitätswesen im öffentlichen Leben, das an anderen Orten die Berufsfeuerwehr ausübt, wird in Liegnitz von der Freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz versehen. Dieselbe hat ständige Wachen, untergebracht im Rathaus, zwei Krankenautomobile und kleine Krankentransportwagen. Die Sanitätskolonne ist ebenfalls unter Telephon-Nummer 2650 zu erreichen. Der Freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz steht zur Seite die Arbeiter-Samariter-Kolonne, welche im Volkshaus eine ständige Wache unterhält, die unter Telephon-Nummer 3265 zu erreichen ist und Transporte mit kleinen Krankenwagen ausführt.

Der Städtische Schlachthof Liegnitz

Von Magistratsveterinärrat Gerlach.

In Würdigung der Kalamitäten, welche mit dem Fortbestehen von Privatschlächtereien für die öffentliche Gesundheitspflege in den Straßen und Wohnhäusern verbunden waren, erkannte auf eine Vorlage des Magistrats die Stadtverordnetenversammlung in einem Beschlusse vom 25. März 1867, also bereits ein Jahr vor Verabschiedung des preußischen Gesetzes betreffend die Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser vom 18. März 1868, das Bedürfnis zur Errichtung eines allgemeinen öffentlichen Schlachthauses mit Einführung des Schlachthauszwanges an. Die Ausführung dieses Beschlusses mußte bis zum Jahre 1872 vertagt werden, aber schon 1873 erfolgte auf Grund der vorgelegten Zeichnungen und des Gemeindebeschlusses wegen Errichtung und Benutzung des öffentlichen Schlachthauses seitens der Regierung die Konzession zur Errichtung dieser Schlachtstätte unter dem 7. März 1873, und sofort wurde auf Kosten und für Rechnung der Stadt mit dem Bau begonnen, der im Sommer 1874 vollendet und am 5. August 1874 der öffentlichen Benutzung übergeben wurde.

Da die Stadt Liegnitz hierdurch den geschichtlichen Vorzug hat, als eine mittelgroße Stadtgemeinde den ersten städtischen Schlachthof in Preußen errichtet und am 5. August 1874 in Betrieb gesetzt zu haben, konnte der Schlachthof Liegnitz am 5. August 1924 auf sein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken.

Wie aus den Archiven und Akten hervorgeht, kann der damalige Oberbürgermeister Ottomar Oertel, der rühmlichst bekannte Schöpfer des Kommentars zur Städteordnung, das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß die von ihm damals aufgestellten Gemeindebeschlüsse, Ortsstatute, Regulative und Polizeiverordnungen von der Preußischen Staatsregierung als vorbildlich allen anderen Städten empfohlen wurden.

In Würdigung der Tatsache, daß der 5. August 1924 als ein für die Entwicklung des gesamten Schlachthofwesens in Preußen geschichtlich denkwürdiger Tag hochgehalten werden muß, wurde rechtzeitig eine würdige Feier in größerem Stile vorbereitet, die unter Beteiligung des Regierungspräsidenten und der Mitglieder der Regierung, des Magistrats, der Stadtverordneten, aller städtischen Anstalten, der Handwerkskammer, der Vertreter der tierärztlichen Verbände, der Fleischer-Innung, aller Beamten und Arbeiter im großen Versammlungssaal des Schlachthofes einen glanzvollen Verlauf genommen hat. — Eine umfangreiche Festschrift, welche dem Andenken des verstorbenen Oberbürgermeisters Dr. jur. h. c. Ottomar Oertel gewidmet war, stammt aus der Feder des derzeitigen Direktors der Anstalt, Eugen Gerlach.

Es ist bemerkenswert, daß der Schlachthauszwang in Liegnitz auch auf das nicht gewerbsmäßig betriebene Schlachten sich erstreckte, für die Beseitigung der Privatschlachtstätten keine Entschädigungen gezahlt worden sind, und daß die Untersuchungen schon damals als polizeiliche Funktionen festgelegt worden sind. — Als Bauplatz für den Schlachthof wurde in weiser Überlegung ein dem eigentlichen Straßenbild entfernter Teil der Stadt gewählt, welcher in der Nähe vom Bahnhof liegt und günstige Abflußverhältnisse der Abwässer aus

dem Schlachthof nach dem Mühlgraben kurz vor seiner Vereinigung mit dem Schwarzwasser bzw. mit der Katzbach bietet.

Durch die später ausgeführten Um- und Erweiterungsbauten hat sich der Schlachthof zu einer umfangreichen neuzeitlichen Gesamtanlage entwickelt, die eine ganze Reihe von Spezialanlagen umfaßt. Die einzelnen Gebäude sind in der Gesamtanlage so gruppiert, daß die Schlachthalle und die Kühlhallen im Zentrum liegen, während die Nebenanlagen sich an der Peripherie befinden. Hof und Betriebsräume sind elektrisch beleuchtet.

Außer drei großen Schlachthallen für Rinder, für Schweine, sowie für Kälber, Schafe und Ziegen ist eine getrennt liegende, mit besonderem Zugang versehene Schlachthalle für Pferde und Hunde vorhanden. Auch fehlt es nicht an einem Polizeischlachthof mit Schlachthalle und Stallungen, in welchem kranke Tiere gesondert abgeschlachtet werden können; diese Anlage ist vor zwei Jahren erweitert worden zu einem Auslandsviehhof mit Eisenbahn-Gleisanschluß und Auslade-Rampe, der Gleisanschluß wird zugleich nutzbar gemacht für die Heranbeförderung der Kohlen und der Unterbringung derselben.

Außer der Freibank — der amtlichen Verkaufsstelle für bedingt taugliches und minderwertiges Fleisch — besteht noch ein besonderer Raum für die Brauchbarmachung des bedingt tauglichen Fleisches durch einen Rohrbeck-Dampf-Sterilisator, und eine große moderne Verwertungs-Anlage nach dem System Hönnicke sorgt für geruchlose und gewinnbringende Verarbeitung der Tier- und Fleisch-Konfiskate zu Fett, Leim und Tierkörpermehl.

Die neue geräumige, kuppelartig ausgebaute Kaldaunenwäsche besitzt moderne Brühbottiche und Spülbottiche aus Granit, die mit kaltem und warmem Wasser nach Bedarf gefüllt werden können, außerdem ist sie mit Einrichtungen versehen, um das beim Reinigen der Därme abfallende Fett in einem im Keller vorhandenen Fettfang abzufangen und gewinnbringend zu verwerten.

Ferner sind im Schlachthof vorhanden eine Fellsalzerei, eine Borstentrockenanlage und eine unterirdische Dünger-Abfuhrstelle. Das große Maschinen- und Kesselhaus umfaßt drei große liegende Zweiflammen-Rohrkessel mit 7 bzw. 9 Atmosphären Überdruck und einem Überhitzer, ferner drei große Dampfmaschinen mit 50 bzw. 120 P.S., zwei Dynamo-Maschinen zur Erzeugung von Licht sowie Kraft für drei Fahrstühle in den Kühlhallen, endlich drei Kaltluft-Erzeugungsmaschinen (zwei einfache und eine Doppel-Schlittenmaschine) — Kompressoren — nach dem System Linde, mittels Ammoniak.

Die Kühlhäuser besitzen Vorkühlraum, Pökelkeller, drei übereinander liegende Stockwerke mit Kühlzellen, Gefrierkammern und Apparatenraum zur Aufnahme der Naßluftkühler, Trockenluftkühler und Salzauflöser. Endlich ist angegliedert eine Kunsteis-Erzeugungsanlage, die durch ihre jetzt vor sich gehende Erweiterung auf eine Tagesproduktion von 100 Zentner gestellt wird.

Seit 1903 verfügt der Schlachthof über ein Laboratorium zur Erledigung von mikroskopischen, bakteriologischen Untersuchungen und Herstellungsarbeiten von seltenen Krankheits-Befunden sowie zur Vornahme bakteriologischer Fleisch-Untersuchungen, wofür die nötigen Apparate im Jahre 1910 beschafft wurden.

Zur Zeit geht ein umfangreicher Erweiterungsbau der maschinellen und Dampfkessel-Anlagen sowie der Kälteerzeugungsmaschinen und der Kühlzellen vor sich, welche eingestellt sind auf eine Leistung von 360 000 Kalorien und verbunden wird mit einer neuen elektrischen Beleuchtungsanlage durch Drehstrom.

Städtisches öffentliches chemisches Untersuchungsamt für Nahrungs-, Genußmittel und Gebrauchsgegenstände zu Liegnitz

Von Dr. Rudolph.

Dem allgemeinen Bedürfnis entsprechend, wurde auf ministerielle Anregung und nach Zustimmung des Magistrats der Stadt Liegnitz durch Verordnung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vom März und Juli 1906 am 1. Oktober 1906 ein chemisches Untersuchungsamt für Nahrungs-, Genußmittel und Gebrauchsgegenstände in der Stadt Liegnitz zunächst aus städtischen Mitteln gegründet.

Um dem Amt einen bestimmten Wirkungskreis zu sichern und gleichzeitig auch das finanzielle Risiko für die Stadt Liegnitz zu erleichtern, wurden dem Amt laut ministeriellen Erlasses vom 23. Juli 1906 die Kreise Liegnitz (Stadt und Land), die Kreise Bolkenhain, Bunzlau, Freystadt, Goldberg-Haynau, Glogau, Jauer, Landeshut, Lüben, Sagan, Sprottau und Schönau als Tätigkeitsbezirk überwiesen. Gleichzeitig wurde das Amt auch als ein „öffentliches" durch ministeriellen Erlaß anerkannt, wodurch dem Amt neben der Ausübung der amtlichen Untersuchungstätigkeit auch die Berechtigung zur Ausführung von Untersuchungen im privaten Auftrag zugesprochen wurde. Zum Leiter des Amtes wurde von den städtischen Körperschaften der staatlich geprüfte Nahrungsmittelchemiker Dr. Rudolph gewählt.

Um den Umfang der amtlichen Nahrungsmittelkontrolle im Reiche einheitlich zu regeln und gleichzeitig auch den Ämtern einen Grundstock von Einnahmen zu sichern, wurde durch ministeriellen Erlaß bestimmt, daß in den Städten auf 200 Einwohner, auf dem Lande auf 500 Einwohner je eine Probe entnommen werden sollte. Um weiterhin auch die innere amtliche Tätigkeit zu regeln, erfolgte die Entnahme von Proben nach einem vom Amte aufgestellten Probenverteilungsplan, für dessen Einlieferungstermine alle zwei Jahre eine Veränderung vorgesehen war, so daß sich nach damaligem Stande der Bevölkerungszahl für das Amt die Zahl der amtlichen Pflichtproben aus dem Tätigkeitsbezirk auf 1860 belief. Die Zahl der außerordentlichen polizeilichen Proben betrug im Jahre 1907 39, der gerichtlichen und anderen Behörden 46 und von privater Seite 51.

Das Untersuchungsamt war damals noch in dem ersten Stock eines der ältesten Häuser von Liegnitz untergebracht, im Grundstück des städtischen Krankenhauses, und verfügte über fünf Räume, die für den damaligen Umfang der Tätigkeit genügten.

Durch Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 1. Oktober 1907 wurde der Leiter des Amtes, Dr. Rudolph, gemäß § 10 des Gesetzes betreffend den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken vom 24. Mai 1901 für den Stadtkreis Liegnitz zum Wein-Sachverständigen ernannt und als solcher behördlich vereidigt. Im Jahre 1908 erfolgte die gerichtliche Vereidigung des Leiters des Untersuchungsamtes, Dr. Rudolph, als chemischer Sachverständiger für die Gerichte der Landgerichtsbezirke Liegnitz und Glogau.

Um die Kontrolle von Nahrungs-, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen innerhalb des Tätigkeitsbezirkes des Untersuchungsamtes straffer, einheitlicher und möglichst wirkungsvoll zu organisieren, verfaßte der Leiter des Amtes, Dr. Rudolph, im Jahre 1909 eine Broschüre, betitelt: „Die praktische Kontrolle von Nahrungs-, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen nebst Probenentnahme" für die Behörden und Polizeiorgane im Tätigkeitsbezirk des Amtes der Stadt Liegnitz, die in diesem rasche Aufnahme fand.

Mit Inkrafttreten des Weingesetzes vom 7. April 1909 wurde dem städtischen Untersuchungsamt Liegnitz durch ministeriellen Erlaß die Ausübung der amtlichen Weinkontrolle über den gesamten Regierungsbezirk Liegnitz (mit Ausnahme der Stadt Görlitz) und die Kreise Bomst, Schwiebus, Züllichau und Crossen übertragen und gleichzeitig Herr Weinbaulehrer Paetz aus Grünberg als hauptamtlicher Weinkontrolleur bestellt und dem Untersuchungsamt als Zungensachverständiger und ständiger Beamter für den Weinkontrollaußendienst in dem ausgedehnten Weinkontrollbezirk zugeteilt.

Die Organisation der Weinkontrolle erfolgte in der Weise, daß der Weinkontrolleur als geschulter, praktischer Weinfachmann und Zungensachverständiger nach einem vor Beginn eines jeden Jahres ausgearbeiteten Jahresreiseplan in den verschiedensten Ortschaften, die auf Grund ortsbehördlicher Ermittlung festgestellten, kontrollpflichtigen Betriebe völlig unverhofft aufsucht, Buch- und Kellerkontrollen und bei dieser Gelegenheit Geschmacksprüfungen vornimmt, im Verdachtsfalle eine mit seinem Siegel verschlossene Probe zur näheren Untersuchung an das hiesige Untersuchungsamt unter Beifügung eines Begleitschreibens, woraus die Veranlassung der Probenentnahme und sonstigen Wahrnehmungen beim Verkosten des betreffenden Weins hervorgehen, einsendet. Die im Untersuchungsamt vorgenommene chemische Untersuchung des Weines ergänzt entweder in vorteilhafter Weise die Verdachtsmomente, oder sie zeigt, daß ein Verdacht nicht gerechtfertigt ist. In jedem Fall bewährt sich die Weinkontrolle in solchem ersprießlichen Zusammenarbeiten von einem geschulten und praktischen Weinfachmann im Außendienst mit dem chemischen Untersuchungsamt nach jeder Richtung hin vorzüglich im Interesse einer zweckdienlichen und vielseitigen Weinkontrolle.

Da die Tätigkeit des Untersuchungsamtes im Laufe der Jahre seit Gründung von Jahr zu Jahr infolge steigender Inanspruchnahme aus allen Teilen des Dienstbezirkes immer mehr zugenommen hatte, so reichten schon im Jahre 1911 die ursprünglichen Amtsräumlichkeiten bei weitem nicht mehr aus. Im April 1913 siedelte daher das Amt in das altehrwürdige und geräumige Leubushaus, der ehemaligen Abtei des Abtes von Leubus, über, das kurz zuvor in städtischen Besitz übergegangen war.

Das Untersuchungsamt wurde hier in zwölf Räumen untergebracht. Ein Flügel des Erdgeschosses diente aus Zweckmäßigkeitsgründen zur Aufnahme des Geschäfts- und Expeditionszimmers sowie des Arbeitszimmers des Leiters, während in den ersten Stock die Untersuchungsräume verlegt wurden.

Ein Laboratorium zur Untersuchung von Nahrungs-, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen, ein solches für die Milchuntersuchungen und Fettextraktionen, zwei Wägezimmer, ein Dunkelzimmer für optische, photographische und mikrophotographische Untersuchungen und Messungen, ein Laboratorium für bakteriologische, biologische, serologische und Wasser-Untersuchungen, ein weiteres für Wein- und technische Untersuchungen, ein Raum für

mikroskopische Untersuchungen und die Bibliothek, zwei kleine Laboratorien für toxikologische Untersuchungen und ein Aufwaschraum.

Bei Ausbruch des Weltkrieges folgte der erste Assistent, staatlich geprüfter Nahrungsmittelchemiker Volkmer, dem Ruf des Vaterlandes und stand bis zum Jahre 1917 an der Front, wo er in Rußland im Kampfe den Heldentod starb. Infolge der nach dem Kriege einsetzenden Wohnungsnot gab das Untersuchungsamt vier Räume für Wohnzwecke ab.

In der Nachkriegszeit wurde nach erfolgter Stabilisierung der Währung das Amt wieder aus allen Teilen des Tätigkeitsbezirks von privater und behördlicher Seite, und zwar in bedeutend gesteigertem Maße gegenüber der Vorkriegszeit in Anspruch genommen, so daß seither alle Abteilungen wieder in vollstem Gange sich befinden.

Die Stadt Liegnitz in ihrer Verkehrsbedeutung

Von Regierungsrat Pavel.

Die Bedeutung einer Stadt hängt eng mit dem Verkehr zusammen, den sie durch ihre geographische Lage, durch ihre wirtschaftliche Gestaltung und vor allem durch die sie berührenden Verkehrsstraßen zu bringen vermag. Die Zeiten der großen Heer- und Poststraßen mit den auf ihnen gemächlich hingleitenden Kutschen und hochbeladenen Frachtwagen und ihrer Poesie sind längst dahin, wenn auch das neuerstandene Verkehrsmittel der Personen- und Güterkraftwagen noch eine schwache Erinnerung daran aufkommen läßt. Die Gegenwart, der Dampf und Elektrizität gehören, kennt nur noch Eisenbahnen, Meere, schiffbare Flüsse und Kanäle, wenn sie sich neben dem reinen Straßenverkehr ein Verkehrsbild vorstellen will. Dort dröhnen die Pulsschläge des Verkehrs in arbeitenden Maschinen, dort wird in Handel und Wandel der Wettstreit der Völker, der einzelnen Länder und Landesteile ausgetragen. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir auch unsere schöne Stadt Liegnitz betrachten, wenn wir ihre Vorzüge nach jeder Richtung hin würdigen wollen. Die Lage an einem Wasserwege ist ihr versagt geblieben — das Kanalprojekt Oder-Elbe könnte allerdings auch hierin eine Änderung bringen —, dafür aber ist Liegnitz begünstigt durch Schienenwege, die nach allen Richtungen ausstrahlend in verhältnismäßig kurzen Entfernungen in Gebiete führen, die reich an Bodenschätzen und industriellem Leben sind und den Absatz der eigenen und den Bezug fremder Erzeugnisse und der benötigten Rohstoffe erleichtern, dann aber wiederum in Naturschönheiten, die jeden Vergleich mit anderen deutschen Landesteilen aushalten können, ja die meisten in dieser Hinsicht weit übertreffen. Inmitten einer so bevorzugten Lage befindet sich also, fast im Herzen der schönen Provinz Niederschlesien, die alte Piastenstadt Liegnitz. Zwei Eisenbahnlinien gehen in nördlicher Richtung nach Raudten bzw. Steinau, letztere etwas nach Osten abbiegend. Die erstere stellt die Verbindung mit der wichtigen Eisenbahnstrecke Breslau—Glogau—Stettin her, die zweite führt uns zur Oder und darüber hinaus an die polnische Grenze zur Grenzstation Wehrse, die etwa 70 km von Liegnitz entfernt liegt. Der Verkehr auf dieser Linie ist noch im Flusse, er wird erst eine festere Gestalt annehmen, wenn die Handelsbeziehungen mit dem neuen Staate Polen grundlegend geregelt sein werden. Aber das läßt sich schon jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit voraussagen, daß, da die Erzeugungs- und Verbrauchsgebiete beider Staaten aufeinander angewiesen sind, sich ein Güteraustausch, der auch wiederum den Personenverkehr günstig beeinflußt, entwickeln wird, der zu weitgehendsten Hoffnungen berechtigt. Als uns noch nicht der Osten entrissen war, bildete diese Privatbahnlinie ein einheitliches Betriebsunternehmen unter der Bezeichnung „Liegnitz-Rawitscher Eisenbahngesellschaft", eine Bezeichnung, die allerdings noch jetzt verblieben ist, wenn sich auch die Betriebsleitung selbst hat trennen müssen, indem Rawitsch den jetzt polnischen Teil übernommen hat, während die Betriebsleitung Liegnitz die Strecke bis zur Grenzstation Wehrse verwaltet. Den Liegnitzer Verkehr bedient ein eigener Bahnhof, der mit dem benachbarten Bahnhof der Reichsbahn zum Zwecke der Güterfrachtenüberführung durch Schienen verbunden

ist. Die Direktion der Bahn bis Landesgrenze befindet sich ebenfalls in Liegnitz, die Betriebsführung des Unternehmens liegt in Händen der Eisenbahnfirma Lenz & Co. in Berlin. Nach Südosten und Süden gehen vom Reichsbahnhof Liegnitz zwei wichtige Eisenbahnlinien aus, die eine über Jauer, Striegau, Königszelt nach dem südlichen Oberschlesien und dem durch Natur gesegneten Glatzer Ländchen bzw. in rund 80 km Eisenbahnstrecke mitten hinein in das Waldenburger Bergland und in den niederschlesischen Steinkohlenbergbau, dessen Erzeugnisse zu einem nicht geringen Teil ihren Beförderungsweg über Liegnitz nehmen. Im Zuge dieser Strecke liegen noch in weit kürzerer Entfernung mächtige Granitsteinbrüche, die der Gegend das Gepräge eines stark entwickelten industriellen Lebens geben. Die zweite südliche Linie führt uns durch die anmutigen Täler des Bober-Katzbachgebirges vorbei an den hochragenden Kauffunger Kalksteinfelsen mit der weitbekannten Kauffunger Kalkindustrie und mit der Abzweigung über Löwenberg, das schlesische Rothenburg o. d. T., nach Schlesiens Juwel, dem stolzen Riesen- und angrenzenden Isergebirge, dem mächtigen Grenzwall nach Süden. Auf dieser Eisenbahnstrecke flutet unausgesetzt ein Verkehrsstrom, der seine Quelle nicht nur in unserer Stadt hat, sondern auch von weither Zuflüsse erhält und damit dem Reichsbahnhof Liegnitz in Verbindung mit den anderen Linien den Charakter eines bedeutenden Verkehrs- und Übergangsbahnhofs verleiht. In Richtung Osten-Nordwesten berührt Liegnitz der Durchgangsverkehr einer der verkehrsreichsten Eisenbahnlinien Deutschlands, der Linie Oberschlesien—Breslau— Sagan—Berlin mit ihrer Abzweigung in Arnsdorf — rund 10 km von Liegnitz — in westlicher Richtung nach Görlitz, Dresden, Leipzig und damit nach West- und Süddeutschland. Auf dieser letzteren Strecke liegt 70 km von Liegnitz der große Übergangsbahnhof Kohlfurt, der wiederum eine Verbindung nach Norden mit der ersteren herstellt; zusammen ein Eisenbahnnetz von mächtiger wirtschaftlicher Bedeutung.

Bedingt durch zentrale Lage und eigene Verkehrsbedeutung ist Liegnitz, wo sich auch von alters her eine Oberpostdirektion befindet, Sitz von Reichsbahnverwaltungsstellen, Unterbehörden der Reichsbahndirektion Breslau, deren Wert für einheimische Industrie und einheimisches Handwerk im allgemeinen und im besonderen als Auftraggeber für Eisenbahnbedarf, sowie für die Verkehrsabwicklung im Interessengebiet der Stadt nicht unterschätzt werden darf. Ein Vorzug besteht in letzterer Hinsicht auch in der unmittelbaren Zusammenarbeit mit der am Ort befindlichen Industrie- und Handelskammer, deren Bezirk die Kreise Liegnitz-Stadt und -Land, Bolkenhain, Bunzlau, Goldberg-Haynau, Jauer und Lüben umfaßt. An Reichsbahnverwaltungsstellen beherbergt Liegnitz zwei Betriebsämter, ein Maschinenamt, ein Verkehrsamt mit von Liegnitz ausgehenden Verwaltungsstrecken von rund 200 bis 450 km, und zur Zeit noch eine besondere Bauabteilung, der die große Aufgabe der Ausführung einer den inneren Reichsbahnhof vom durchgehenden Güterverkehr entlastenden Umgehungsbahn und eines neuzeitlichen Bahnhofsumbaues zugeteilt ist. Der Umfang der in Liegnitz den örtlichen und zum Teil anschließenden Streckendienst ausführenden, den genannten Reichsbahnämtern unterstellten Eisenbahndienststellen entspricht dem Verkehrsgesamtbilde der Stadt. Im Betriebe der Liegnitzer Dienststellen sind zur Zeit rund 1300 Köpfe beschäftigt. Den Bahnhof Liegnitz berühren täglich 79 planmäßige Personenzüge und 93 planmäßige Güterzüge, hierzu treten noch 104 Bedarfsgüterzüge. Die Güterzüge verkehren nunmehr zum größten Teil auf der Liegnitz im Norden umfassenden Umgehungsbahn.

Von den katastrophalen Wirtschafts- und Währungsverhältnissen unseres Vaterlandes

in der Nachkriegszeit ist selbstverständlich auch der Reiseverkehr nicht unberührt geblieben, aber trotzdem zeigen die Verkehrszahlen für Liegnitz eine ständige, wenn auch nur mäßige Zunahme in den Jahren 1920 bis 1926, die nicht auf das bloße Bedürfnis zurückzuführen ist, außerhalb der Stadtmauern Erholung zu suchen. Zweifellos zeigen sich darin auch Ansätze wirtschaftlichen Strebens.

Ungleich nachteiliger mußte sich die Wirtschaftslage, im besonderen die unserer Provinz, im Eisenbahngüterverkehr auswirken, mußte sich doch vor allen Dingen dieser Verkehr zum Teil ganz neue Wege suchen, nachdem wichtige Absatzgebiete im nahen Osten und Süden verloren gegangen oder nur mit erheblichen Schwierigkeiten zu erreichen waren. Diese ungünstige Verkehrslage verschärfte sich für unsere Stadt noch fortwährend in den Jahren 1921 bis 1923, bis sie dann einen erneuten, wenn auch mäßigen Aufschwung nahm. Die Ursachen des Tiefstandes der Wirtschaft in den genannten Jahren sind in innen- und außenpolitischen Verhältnissen zu suchen, in der unsicheren allgemeinen Marktlage, hervorgerufen durch Inflation und die hiervon abhängige Gütertarifgestaltung, durch Streiks in Verbindung mit längeren Betriebseinschränkungen und Stillegungen von Fabriken, durch Mißernten an Gemüse, die vorzugsweise die so blühende Gemüseverwertungsindustrie unserer Stadt schwer getroffen haben, wobei das Jahr 1923 besonders hervorgetreten ist, und nicht zuletzt in der Ruhrbesetzung, die einen völligen Wirtschaftsumschwung gebracht hat.

In welcher großzügigen Weise sich gerade unsere Gemüseindustrie, die sich im übrigen schon seit langem nicht mehr auf die landwirtschaftlichen Erträge der Umgegend beschränkt, sondern ihre Rohstoffe zum erheblichen Teil von weither aus Holstein, Sachsen, sogar Holland, erhält, auf veränderte Verhältnisse einzustellen vermag, beweist der von ihr betriebene Großhandel mit aus dem Auslande bezogenen Südfrüchten, Blumenkohl und Zwiebeln, Waren, die namentlich in dem Jahre der Mißernte 1923 den erwünschten Ersatz für den sonst noch viel höheren Ausfall an Güterfrachten gebracht haben.

Art und Menge der Güter, die am Orte aufkommen und einlaufen, wenn man von denen absieht, die jeder Ort braucht, die also zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse der Bevölkerung dienen und wegen ihrer im allgemeinen gleichbleibenden Höhe für die Beurteilung der Verkehrsbewegung einer Stadt hier auszuscheiden haben, entsprechen den in Liegnitz vertretenen Industrie- und Handelsbetrieben. In diesem Zusammenhang interessieren wohl einige Zahlenangaben:

1. Die Zahl der in Liegnitz vorhandenen Industriebetriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern beträgt etwa 100. Die Gesamtzahl der von diesen 100 Industriebetrieben beschäftigten Arbeitnehmer beläuft sich auf rund 13 600.

2. Die Zahl der in Liegnitz vorhandenen Handelsbetriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern beträgt etwa 30. Die Gesamtzahl der von diesen 30 Handelsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer stellt sich auf rund 1000.

3. Anzahl der Gurkeneinlegereien und Sauerkohlfabriken im Jahre 1910: 10 Firmen, im Jahre 1926: 19 Firmen. Arbeitnehmerzahl insgesamt etwa 800.

4. Zahl der Pianofortefabriken: 8 Firmen mit etwa 600 Arbeitnehmern.

5. Zahl der Maschinenfabriken (Großbetriebe): 3 Firmen mit etwa 1500 Arbeitnehmern.

6. Hauptabsatzgebiete im Ausland:
   a) Gurkeneinlegereien und Sauerkohlfabriken: Polen, Danzig, Dänemark;
   b) Pianofortefabriken: Italien, Belgien, Holland, England, Norwegen, Schweden, Ägypten, Japan, China, Südamerika, Australien;
   c) Maschinenfabriken: Balkanländer, Österreich, Schweiz, Italien, Frankreich, holländische und englische Kolonien, Argentinien, Mexiko.

Das nur eine langsam fortschreitende Entwicklung zeigende Verkehrsbild darf keineswegs Pessimismus hervorrufen, es soll im Gegenteil der Ansporn sein zur wirtschaftlichen Wiedereroberung der Gebiete, die uns verloren gegangen sind; und das wird uns um so gründlicher gelingen, je rascher sich Arbeitswille und Arbeitskraft bis zur höchstmöglichen Vollendung in unserem Vaterlande durchsetzen. Die Hebung der inneren Kaufkraft, der Geldwirtschaft im allgemeinen, sind weitere Vorbedingungen, aber alle diese Momente stehen in Wechselwirkung zueinander und verbürgen nur gemeinsam den Erfolg.

Und so können wir auch unserer lieben Heimatstadt Liegnitz und ihren Verkehrsanstalten ein günstiges Prognostikon stellen, leitet doch eine vorzügliche Verwaltung unser Gemeinwesen, waren doch Zähigkeit und Tüchtigkeit immer hervorragende Eigenschaften ihrer Bewohner, und hat doch der Geist der hier führenden Industrien verstanden, sich schon von alters her Achtung in der ganzen Welt zu verschaffen. Und so wird und muß trotz der unserem Vaterlande durch die Folgen des Weltkrieges auferlegten Lasten das Werk gelingen und uns den Weg aus der Tiefe zur Höhe öffnen.

Per aspera ad astra!

Die Liegnitz-Rawitscher Eisenbahn von ihrer Gründung im Jahre 1897 bis zum Jahre 1927

1. Gründung, Finanzierung und Bau.

Die viele Jahre dauernden Bestrebungen, in den nördlich Breslau gelegenen Grenzbezirken der früheren Provinz Posen und der Provinz Schlesien eine Bahnverbindung in Richtung Liegnitz herzustellen, fanden erst im Jahre 1894 tatkräftigen Fortgang, als es gelang, in Verbindung mit der G. m. b. H. Lenz & Co., Berlin, die damals ihren Sitz in Stettin hatte, die Geldmittel zur Durchführung des Unternehmens zu beschaffen.

Nachdem die Gründung der Aktiengesellschaft unter der Firma „Liegnitz-Rawitscher Eisenbahn-Gesellschaft" mit dem Sitz in Rawitsch am 25. Mai 1897 stattgefunden hatte, erfolgte die Eintragung der Gesellschaft in das Gesellschaftsregister zu Rawitsch am 17. Juli 1897.

Die allerhöchste Konzessionsurkunde betreffend den Bau und Betrieb einer vollspurigen Neben-Eisenbahn von Liegnitz über Rawitsch nach Kobylin mit Abzweigungen von Görchen nach Gostkowo und Pakoslaw vom 12. April 1897 wurde der neu gegründeten Gesellschaft am 1. August 1897 ausgehändigt.

Die Plan-Feststellung hatte inzwischen bereits einen derartigen Fortgang genommen, daß mit den Bauarbeiten begonnen werden konnte. Letztere sind von der G. m. b. H. Lenz & Co., Berlin, unter Mitwirkung des Eisenbahn-Regiments Nr. 1 ausgeführt worden. Die Bauarbeiten konnten so gefördert werden, daß nach vorangegangener landespolizeilicher Abnahme die Hauptstrecke von Liegnitz über Steinau, Herrnstadt, Rawitsch nach Kobylin am 4. Februar 1898 für den Personenverkehr und am 10. Februar 1898 für den Güterverkehr eröffnet werden konnte. Die von Görchen ausgehenden Zweigbahnen nach Gostkowo und Pakoslaw konnten am 17. Mai 1898 dem öffentlichen Verkehr übergeben werden.

Die Spurweite beträgt 1,435 m und die Betriebslänge 129,08 km.

Das Unternehmen dient dem öffentlichen Personen-, Gepäck-, Expreßgut-, Tier- und Güterverkehr.

Der Betrieb erfolgt mittels Dampfkraft. Das zur plan- und anschlagsmäßigen Vollendung und Ausrüstung der Bahn erforderliche Grundkapital der Gesellschaft (Anlagekapital) wurde auf § 500 000 Mark festgesetzt.

2. Betriebsführung.

Die Betriebsführung ist nach Fertigstellung der Bauarbeiten der G. m. b. H. Lenz & Co., Berlin für einen Zeitraum von 20 Jahren von der Betriebseröffnung ab übertragen worden.

Der vom 15. September/21. Oktober 1897 mit der G. m. b. H. Lenz & Co., Berlin abgeschlossene Betriebsvertrag wurde durch Nachtrag vom 11./13. Juni 1914 bis zum 31. März 1928 verlängert. Der Vertrag vom Jahre 1897 ist geändert und auf die Dauer von 10 Jahren ab 1. April 1926 neu abgeschlossen worden.

3. Bahnanlagen.

Die Bahn ist auf eigenem Planum liegend als Nebenbahn und zur Beförderung ganzer Militärzüge geeignet ausgebaut worden.

Dieselbe hatte an den Berührungspunkten mit dem Bahnnetz der Deutschen Reichseisenbahn in Steinau und Herrnstadt und mit der polnischen Staatseisenbahn in Rawitsch und Kobylin gemeinschaftliche Bahnhöfe. Außer den Gemeinschaftsbahnhöfen sind vorhanden:

a) 13 Bahnhöfe, und zwar
Liegnitz, Pohlschildern, Parchwitz, Bielwiese, Krehlau, Winzig, Wehrse, Rawitsch-Ost, Sarne, Görchen, Sobialkowo, Dlonie und Jutroschin,

b) 13 Haltestellen, und zwar
Panten, Bienowitz, Porschwitz, Ibsdorf, Piskorsine, Groß-Tschuder, Tscheschkowitz-Bienowitz, Woidnig, Smolitz, Gostkowo, Roschkowko, Chojno und Pakoslaw,

c) 1 Umschlagstelle zu Wasser, und zwar
Steinau Oderhafen,

d) 3 Privatladestellen, und zwar
Pfaffendorf, Gurkau, Otschkowitz,

e) 20 Privatanschlußgeleise.

4. Streckenteilung.

Infolge des Polenaufstandes wurde der Betrieb auf der Liegnitz-Rawitscher Eisenbahn Strecke Rawitsch—Kobylin und auf den Flügelstrecken Görchen—Gostkowo und Görchen—Pakoslaw am 5. Januar 1919 eingestellt.

Vom 6. März 1919 ab wurde der Gesamtverkehr zwischen Rawitsch und Sarne wieder aufgenommen. Die Strecke Sarne—Kobylin und die Flügelstrecken blieben noch weiter gesperrt.

Am 17. Januar 1920 ist Rawitsch von den Polen besetzt worden; infolgedessen wurde am Tage vorher die Betriebsinspektion in Rawitsch-Ost aufgelöst. Sämtliche Akten und die Bahnkasse wurden nach Liegnitz geschafft. Für den deutsch verbliebenen Streckenteil Liegnitz—Wehrse wurde eine Betriebsleitung in Liegnitz eingerichtet. Für den polnischen Streckenteil von Rawitsch bis Kobylin einschließlich der Flügelstrecken Görchen—Gostkowo und Görchen—Pakoswalde wurde eine Betriebsleitung mit dem Sitz in Rawitsch-Ost eingerichtet. Diese Teilung der Betriebsleitung wurde erforderlich, um den Betrieb auf dem polnischen Streckenteil nach Fertigstellung der zerstörten Bahnanlagen bei Sarne sofort wieder aufzunehmen. Auf dem deutschen Streckenteil wurde der Betrieb vorläufig nur zwischen Liegnitz und Wehrse aufrechterhalten.

Auf dem polnischen Streckenteil Rawitsch-Staatsbahnhof bis Kobylin konnte der Betrieb am 21. Januar 1920 wieder aufgenommen werden.

Nachdem langwierige Verhandlungen mit den polnischen Behörden stattgefunden hatten und auf der Grenzstation Wehrse eine Zollabfertigungsstelle eingerichtet war, konnte der Güterverkehr mit Polen über Wehrse—Rawitsch am 10. Oktober 1922 provisorisch aufgenommen werden.

Gemäß dem am 31. August 1922 in Danzig getroffenen Abkommen über den deutsch-

polnischen Wechselverkehr wurde am 30. Januar 1923 in Rawitsch zwischen der Liegnitz-Rawitscher Eisenbahn und der polnischen Staatsbahnverwaltung ein Zusatzübereinkommen zum Danziger Abkommen über den Grenzübergang Wehrse—Rawitsch abgeschlossen. Am 1. Februar 1923 konnte alsdann der volle Personen- und Güterwechselverkehr mit Polen aufgenommen und der Zugverkehr mit Anschlüssen an die Züge von und nach Posen hergestellt werden. Die Zoll- und Paßrevisionen finden auf deutscher Seite in Wehrse, auf polnischer Seite in Rawitsch-Staatsbahnhof statt. Der Grenzverkehr hat sich bisher leider noch nicht in dem erwünschten Umfange entwickelt.

Von der Gesamtstreckenlänge von 129,08 km entfallen

auf den deutschen Streckenteil . . . . . 74,46 km
auf den polnischen Streckenteil . . . . . 54,62 km

Der an Polen gefallene Streckenabschnitt ist später an eine in Polen gegründete Privatbahngesellschaft veräußert worden.

5. Aussichten für die Zukunft.

In der Vorkriegszeit bestand ein lebhafter Durchgangsverkehr für Güter auf der Strecke Kobylin—Liegnitz, der infolge der Abtrennung des an Polen entfallenen Streckenabschnittes und Zerreißung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und östlichen Ländern zum großen Teil in Fortfall gekommen ist.

Neuerdings sind Bestrebungen im Gange, den alten Durchgangsverkehr durch die Erstellung direkter Gütertarife zwischen Deutschland und Polen wiederherzustellen.

Es bestehen die berechtigten Hoffnungen, daß nach Wiederherstellung geordneter Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und östlichen Ländern, namentlich Polen, und Erstellung direkter Tarife zwischen Deutschland einerseits und Rußland andererseits mindestens der frühere Durchgangsverkehr wieder erreicht wird, so daß die durch die Abtrennung eines Streckenteiles an Polen entstandenen Schäden teilweise ausgeglichen werden.

Bank- und Geldwesen in der Stadt Liegnitz

Von Bankdirektor Selle.

Während es in Breslau schon um 1700 „Banquiers“ und „Wechsel-Herren“ gab, erhalten wir in Liegnitz die erste Kunde vom Bankwesen erst 1765 durch die Einrichtung einer Lombardstelle des „Kgl. Giro- und Lehnbanco“ zu Breslau, errichtet um diese Zeit durch einen Erlaß Friedrichs des Großen. Dann erfahren wir um 1807 aus der Geschichte der altbekannten Tuchfabrik von Samuel Benjamin Ruffer & Sohn in Liegnitz, daß dieses Haus sich, zusammen mit der „Seehandlung“ und Eichborn & Co., Breslau, beteiligte an der Finanzierung des Tucherporthandels nach Rußland, China und Amerika. Eigentliche Bankgeschäfte scheinen aber S. B. Ruffer & Sohn nicht betrieben zu haben.

1812 weist der Berliner Kurszettel des Liegnitzer „Correspondent“ 13 Kurse auf, darunter keine Aktien, sondern nur Obligationen und Pfandbriefe, und in diesen „Schlesische Pfandbriefe“ (dem „Liegnitzer Tageblatt“ werden jetzt von der Berliner Börse 200 Kurse gefunkt, die noch selbigen Nachmittags veröffentlicht werden, und ebenso viele bringt es am nächsten Tage). 1813 erscheinen in der „Bürgerrolle“ (Liegnitz hatte inzwischen die Zahl von 10 000 Einwohnern erreicht) einige Geldwechsler, auch Negozianten genannt, und 1814 läßt sich „der Schutzverwandte, mosaische Glaubensgenosse“ Raphael Gabriel Prausnizer, aus Glogau kommend, hier am Kohlenmarkt nieder und treibt ebenfalls „Negoz-Geschäfte“. Hieraus ist dann Ecke Burg- und Ritterstraße das Bankgeschäft von R. G. Prausnitzer entstanden, das heute noch in denselben Räumen unter der Firma R. G. Prausnitzers Nachfolger fortgeführt wird. 1844 finden wir Louis Pollack neben der alten Landschaft am Ringe ein „Wechsel-Comptoir“ unterhalten. Dieses Geschäft übernahm Siegmund Steinfeld, der es 1872 der Breslauer Wechslerbank überließ, deren Liegnitzer Filiale 1910 in der Dresdner Bank aufging. 1872 errichtete Louis Warschauer ein Bankgeschäft, das bald darauf nach Ring 3 verlegt wurde und nach seinem Tode an Ernst Raymond überging, aber 1912 zur Auflösung gelangte. Im Jahre 1873 wurde die 1858 als Kolonialwarenhandlung begründete Firma Selle & Mattheus zum reinen Bankgeschäft umgewandelt, ging 1911 in der Schlesischen Handels-Bank auf und diese 1921 in der Disconto-Gesellschaft (ursprünglich in der Frauen-, dann in der Goldberger Straße und seit 1886 im eigenen Gebäude am Friedrichsplatz). Zur Entwicklung der Bautätigkeit in unserer Stadt haben das Bankhaus Selle & Mattheus und später die Schlesische Handels-Bank in besonders reichem Maße beigetragen, indem sie den Realkredit als Hauptzweig pflegten, zu vielen Hunderten von Häusern die Baugelder hergaben und Hypotheken vermittelten.

1910 ließ sich die Mittelstandsbank hier nieder, 1921 die Darmstädter, jetzt Darmstädter und Nationalbank, beide am Friedrichsplatz, und um diese Zeit waren auch die Schlesische Landschaftliche Bank, Provinzial-Genossenschaftsbank, Kommunalbank, Kreisgirokasse Bankabteilung und Deutsche Raiffeisenbank entstanden, sowie eine Anzahl von Kredit- und Vorschußvereinen in Banken umgewandelt worden.

Der kräftig sich entfaltende Handel und die aufblühende Industrie fanden in den Banken bereitwilligste Unterstützung. Befruchtend haben sie auch gewirkt, indem sie Kapitalerhöhungen vorbereiteten und die Unterbringung von neuen Aktien durchführten, so u. a. bei den Electricitätswerken Liegnitz, der Zuckerfabrik Haynau, den Ver. Maschinenfabriken Ceres, den Siegersdorfer Werken, der Zuckerfabrik Alt-Jauer. Ebenso bereiteten sie den Stadtobligationen einen willigen Markt.

Es verdient festgehalten zu werden, wie sich Bank- und Geldwesen in Liegnitz bei Ausbruch des Weltkrieges gestaltete. Drei Tage lang, am 30. und 31. Juli und am 1. August 1914, wurden die Banken mit Abhebungen bestürmt, und zwar meist mit dem Verlangen nach Gold. Bereits vom 3. August ab wurde der Ansturm schwächer, sicherlich unter dem Einfluß der Zahlungsbereitschaft der Banken. Daß diese in der Lage waren, sofort gewaltige Summen auszuzahlen und noch größere Reserven für den Notfall bereitzuhalten, ist einerseits in hohem Maße der offenen Hand der Reichsbank zu verdanken, andererseits den zu dieser Zeit besonders starken Wechselbeständen der Banken. Der damals schon geraume Zeit anhaltende Niedergang in der wirtschaftlichen Konjunktur, die vielfachen politischen Unruhen (Balkan) und nicht zum mindesten das Streben nach der von maßgebender Seite oft und stark betonten Liquidität hatten die Banken von zu umfangreichen und vielseitigen Kreditgeschäften ferngehalten. Dieser Umstand war von weittragendster Bedeutung für die finanzielle Kriegsbereitschaft.

In dem von den sechs niederschlesischen Handelskammern gebildeten Kriegsausschuß wurde mit Zustimmung des Regierungspräsidenten festgestellt, daß die Gründung einer „Kriegs-Kreditbank" nicht in Aussicht zu nehmen sei, da die Banken „weder Kredite aufgehoben noch beschränkt hätten, auch sich zu neuen Krediten und Beleihungen von Hypotheken bereit erklärten."

Während des Krieges hatten die hiesigen Großbanken Gelegenheit, der Stadtgemeinde Liegnitz Millionen-Kredite zu 5% Zinsen und darunter zur Verfügung zu stellen, wovon gern und reichlich Gebrauch gemacht wurde.

Auch die Liegnitzer Banken wurden in außerordentlich starkem Maße durch die von dem Finanzamt und den Steuerkassen auferlegte Arbeitslast in Anspruch genommen (Depotzwangsgesetz, Kundenlisten, Auskunftspflicht, Lohnabzug, Berechnung und Abführung der Kapitalertragssteuer, erschwerte Einlösung der Zinsscheine) und neuerdings durch die Anmeldung der Reichs- und Staats-Anleihen, der Pfandbriefe und sonstigen Obligationen. Die Altbesitz-Bescheinigungen und der geschäftliche Verkehr mit den Altbesitzanmeldestellen übersteigt oft die Kräfte der stark verminderten Angestelltenschaft.

Im Mai 1921 wurde die

Liegnitzer Bankenvereinigung

begründet, bestehend aus

Darmstädter und Nationalbank,
Deutsche Bank,
Disconto-Gesellschaft,
Dresdner Bank,
R. G. Prausnitzers Nachfolger,
Schlesische Landschaftliche Bank.

Zweck der Bankenvereinigungen — so auch der Liegnitzer — ist neben Erörterung von standes- und banktechnischen Fragen sowie Klärung von Steuer- und juristischen Fragen, angemessene Bedingungen für die Hauptzweige des Bankgeschäfts festzusetzen und auf diese Weise das Bankgewerbe in den Stand zu setzen, die auf ihm ruhenden außerordentlichen Lasten und Unkosten zu tragen. Die Innehaltung der Abmachungen liegt daher auch im Interesse der Allgemeinheit.

Ein besonderer Abschnitt sei noch der Reichsbank gewidmet.

Die Reichsbankstelle Liegnitz wurde am 1. Januar 1876 gegründet. Vorher war sie vom 2. Januar 1847 bis 30. November 1870 Agentur der Preußischen Bank, deren Geschäfte durch die Kgl. Regierungshauptkasse in Liegnitz besorgt wurden, und vom 1. Dezember 1870 bis 31. Dezember 1875 Kommandite der Preußischen Bank.

Der gesamte Giroverkehr der Reichsbankstelle Liegnitz einschließlich ihrer Nebenstellen belief sich in Einnahme (also nur von einer Seite) in runden Zahlen:

1876	auf	5 000 000	Mark
1886	„	77 600 000	„
1896	„	152 500 000	„
1906	„	295 000 000	„
1913	„	349 000 000	„
1925	„	522 000 000	„
1926	„	541 000 000	„

(von 1925 entfallen 278 Millionen, von 1926 288 Millionen allein auf Liegnitz).

Es betrug der Ankauf von

	Inlandswechseln und Schecks:				Auslandswechseln und Schecks:		
1876	17 823 St.	ℳ	24 400 000,—	1876	29 St.	ℳ	71 000,—
1886	15 683 „	„	40 600 000,—	1886	100 „	„	282 000,—
1896	26 562 „	„	63 500 000,—	1896	212 „	„	250 000,—
1906	35 733 „	„	74 600 000,—	1906	nicht festzustellen		
1913	26 915 „	„	56 400 000,—	1913	„	„	
1925	53 863 „	„	56 800 000,—	1925	4 564 St.	ℳ	9 700 000,—
	(26 772 „	„	28 400 000,—)		(2 367 „	„	6 000 000,—)
1926	44 622 „	„	39 000 000,—	1926	4 349 „	„	11 600 000,—
	(22 229 „	„	21 000 000,—)		(2 208 „	„	5 300 000,—)

Die in Klammern beigefügten Zahlen in Liegnitz allein.

Die Zahl der Girokonten-Inhaber war

1896	. . . .	57
1906	. . . .	171
1913	. . . .	190
1925	. . . .	380
1926	. . . .	370

(in Liegnitz allein 1925: 176, 1926: 165).

5% Kriegsanleihe sind bei der Reichsbankstelle Liegnitz ohne ihre Nebenstellen insgesamt

158 Millionen Mark

gezeichnet worden, und 8 700 000 Mark 4½ und 5% Reichsschatzanweisungen.

Gemünztes Gold wurde in der Kriegszeit bei der Reichsbank in Liegnitz abgeliefert 10 885 000 Mark.

Darlehnskassen des Reiches bestanden bei der Reichsbank vom 4. August 1914 bis 30. April 1924. Das Darlehnskassengesetz begründete ein selbständiges, neben der Reichsbank bestehendes Kreditinstitut für den Lombardverkehr. Die in Höhe der bewilligten Darlehen von seiten der Darlehenskassen zur Ausgabe gelangenden Darlehnskassenscheine wurden den Reichskassenscheinen gleichgestellt.

Entwicklung des Sparkassenwesens in Liegnitz.

Die Städtische Sparkasse, zur Zeit im alten Rathaus untergebracht, wurde im Jahre 1832 gegründet, die Kreissparkasse in der Viktoriastraße 2/3 im Jahre 1868. Die Spareinlagen beliefen sich

	bei der Städt. Sparkasse	bei der Kreissparkasse
Ende 1876 auf rund	2 000 000 Mark	630 000 Mark
„ 1886 „ „	3 500 000 „	2 300 000 „
„ 1896 „ „	6 000 000 „	5 250 000 „
„ 1906 „ „	10 500 000 „	12 200 000 „
„ 1913 „ „	13 100 000 „	16 400 000 „
„ 1925 „ „	1 100 000 „	1 000 000 „
„ 1926 „ „	2 610 000 „	2 260 000 „

Das Postscheckamt Breslau hatte in Liegnitz 1926: 1670 Postscheckkunden.

Der Liegnitzer Gemüsebau und die landwirtschaftlichen Lehranstalten in Liegnitz

Von Studiendirektor Dr. Behlen, Liegnitz.

Der Ursprung der Kräutereien in und um Liegnitz ist mit historischer Genauigkeit bisher nicht festzustellen gewesen. Immerhin darf angenommen werden, daß sie mehrere Jahrhunderte alt sind, ursprünglich im Weichbilde der Stadt und seiner nächsten Umgebung lagen und erst später auf die umliegenden Dörfer hinauswanderten. Ebensowenig ist die Frage geklärt, warum gerade in Liegnitz sich ein Gemüsebau entwickelte, der schon frühzeitig eine Bedeutung erlangte, die weit über die örtlichen Anforderungen hinausging. Man vermutet, daß die ersten Anbauer Ansiedler aus Gebieten gewesen sind, in denen schon ein für damalige Zeiten hochentwickelter Gemüsebau zu Hause war.

Sicher ist nur eins, daß nämlich dem Anbau günstige klimatische und Bodenverhältnisse entgegenkamen. Liegnitz selbst und der weitaus größte Teil des Landkreises gehört zur niederschlesischen Ackerebene, die einen durchweg milden Lößlehmboden mit hoher Fruchtbarkeit aufweist. Der Gemüsebau verlangt daneben einen ausreichenden Feuchtigkeitsgehalt des Bodens und der Luft, der ihm um Liegnitz herum ebenfalls zur Verfügung steht.

Zu diesen günstigen klimatischen und Bodenverhältnissen, die indessen auch an anderen Stellen der niederschlesischen Ackerebene gegeben sind, kam die begünstigte Lage der Stadt an wichtigen Verkehrsstraßen, wodurch ein Gemüsehandel und damit ein vermehrter Absatz ermöglicht wurde. Diese Verhältnisse verbesserten sich erheblich, als sich in neuerer Zeit eine Gemüseverwertungsindustrie — Gurkeneinlegereien und Sauerkohlfabriken — entwickelten. Auf Grund der bisher angegebenen Umstände ist Liegnitz jetzt das bedeutendste der schlesischen Gemüsebaugebiete. Angebaut werden in erster Linie Kraut aller Art, vor allem aber Weißkraut, Gurken, und zwar vorwiegend Einlegegurken, Zwiebeln, Mohrrüben, Meerettich, Kohl und Tomaten. Im Stadtkreise wurden 1912 angebaut: Kohlarten 82,05 ha, Gurken 86,77 ha, Zwiebeln 86,30 ha, andere Gemüse 33,36 ha. Im Landkreise 1913: Kohlarten 267,8 ha, Gurken 740,9 ha, Zwiebeln 86,2 ha, andere Gemüse 112,3 ha. Dabei ist eine Vermehrung des Intensivgemüsebaues (Kraut, Gurken) auf Kosten der anderen, besonders Möhren, in den letzten Jahrzehnten zu beobachten. Der Anbau geschieht feldmäßig. Die Gemüsebauer, „Kräuter", sind in überwiegendem Maße Kleinbesitzer von der Durchschnittsmorgengröße von 5—20 ha, die den größten Teil ihres Besitzes rein landwirtschaftlich anbauen. Der teilweise recht erhebliche Anteil des Gemüsebaues an der Gesamtfläche des Besitzers erfordert naturgemäß einen starken Bedarf an Arbeitskräften, namentlich an Handarbeit. Ebenso ist der Gebrauch an Stalldung, der fast ausschließlich zur Düngung Verwendung findet, recht bedeutend, im Durchschnitt 300—400 Zentner pro Morgen.

Trotz des Jahrhunderte alten Anbaues ist die Betriebsweise nach neuzeitlichen Gesichtspunkten nicht so, daß sie nicht verbesserungsfähig wäre. Was ein moderner Gemüsebau leisten kann, dafür ist uns Holland ein Beispiel. Holland hat während der Kriegs- und Nachkriegs-

jahre die denkbar günstigste Gelegenheit gehabt, seinen Gemüsebau auszudehnen und zu verbessern. Diese Entwicklung des ausländischen, namentlich des holländischen Gemüsebaues, birgt die ernste Gefahr in sich, daß unser heimischer Anbau immer ungünstigeren Zeiten entgegengeht und sich schließlich nicht mehr halten kann, wenn er sich nicht bemüht, von dem ausländischen Beispiel zu lernen. Diese Verbesserung der Betriebe ist bei der heute herrschenden Geldknappheit und Kreditnot in der gesamten Landwirtschaft nicht so leicht, wie sie den Holländern geworden ist. Immerhin muß sie mit allen Mitteln und unter Zusammenfassung aller Mittel versucht werden. Dazu gehört von seiten der Anbauer die Erwerbung eines Genossenschaftsgeistes, wie er gerade in Holland und Dänemark vorbildlich vorhanden ist. Solange noch ein Kräuter vor dem anderen ängstlich seine eingebildeten Geheimnisse hütet, kann der Geist der gegenseitigen Förderung nicht aufkommen. Es gehört dazu ferner der allseitige Wille zur beruflichen Weiterbildung und zur Mitarbeit an der Klärung wichtiger Fragen des Anbaues. Im Rahmen dieser Arbeit können von den letzteren nur einige genannt werden: Herauszüchtung der geeignetsten Sorten, Bodenbearbeitung, Düngung (Verwendung von Kunstdünger), Verwendung von Maschinen, Schädlingsbekämpfung, Aufbewahrung, Sortierung, Verpackung usw. Da diese Fragen teilweise örtlich bedingt sind, so müssen sie auch für das Liegnitzer Anbaugebiet geklärt werden unter finanzieller Mithilfe von Stadt- und Landkreis, Landwirtschaftskammer und anderen beteiligten Kreisen.

Um die Klärung dieser Fragen bemühen sich nicht zuletzt die landwirtschaftlichen Lehranstalten, die seitens der Landwirtschaftskammer in Liegnitz unterhalten werden, die „Höhere Landwirtschaftsschule" und die „Landwirtschaftliche Gemüsebauschule" mit ihren Einrichtungen. Die Höhere Landwirtschaftsschule wurde 1873 als Ackerbauschule gegründet und dann nach dem Reglement von 1875 in eine berechtigte Landwirtschaftsschule umgewandelt. Nach der jetzt beschlossenen Reform wird die Schule nach der erstrebten Wiederangliederung der während der Inflationszeit abgebauten Vorklassen (Sexta bis Quarta) siebenklassig sein (Sexta bis Obersekunda). Augenblicklich umfaßt sie die Klassen Untertertia bis Obersekunda. Die Schule will die zukünftigen Leiter mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe und einen Teil der Wirtschaftsbeamten heranbilden, ihnen eine tüchtige Allgemeinbildung und gleichzeitig eine in sich abgeschlossene theoretische Fachbildung vermitteln, so daß im ganzen ein Bildungsgrad erreicht wird, wie er der Primareife einer höheren Schule entspricht.

Der Lehrplan sieht nur eine Fremdsprache (Englisch) obligatorisch vor, legt dafür aber ganz besonderen Wert auf die naturwissenschaftlichen Fächer und berücksichtigt auch die zweite Grundwissenschaft der landwirtschaftlichen Fächer: Volkswirtschaftslehre, Gesetzeskunde und landwirtschaftliche Handelskunde.

Zu den Lehrmitteln der Schule gehört ein Obst- und Versuchsgarten von 3 ha Größe, der etwa zu zwei Drittel mit Obst aller Arten und Formen bepflanzt ist, während auf dem freien Lande mit Hilfe der Schüler Anbauversuche durchgeführt werden. Augenblicklich laufen folgende Versuche: Vergleichender Anbauversuch für Gurken der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, vergleichender Düngungsversuch mit Gurken (Stalldung und Volldünger der J. G. Farbenindustrie), Düngungsversuche mit Rhabarber, Erdbeeren, Bohnen, Kraut, Blumenkohl und Tomaten.

Der Obst- und Versuchsgarten bietet auch das nötige Anschauungsmaterial für die alljährlich an der Schule stattfindenden Kurse über Obst- und Gemüsebau für Lehrer, Straßen-

wärter, Gartenfreunde und Gemüsebauer. Seit Herbst 1925 besteht neben der „Höheren Landwirtschaftsschule“ unter derselben Leitung und in demselben Gebäude eine „Landwirtschaftliche Gemüsebauschule“, die in ihrem Lehrplan dem Namen entsprechend auf den Feldgemüsebau gebührend Rücksicht nimmt. Der Plan entspricht im übrigen demjenigen einer Landwirtschaftlichen (Winter-) Schule. Der Lehrgang umfaßt also zwei Wintersemester, und die aufzunehmenden Schüler müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben, also schon hinreichend praktische Erfahrung in der Landwirtschaft besitzen. Die Schule wird von den Söhnen der kleineren Besitzer, also auch der Kräuter besucht. — Da die angestrebte Angliederung eines größeren Versuchsfeldes oder eines Versuchsgutes bisher aus finanziellen Gründen noch nicht hat verwirklicht werden können, sind zunächst drei bäuerliche Versuchsringe ins Leben gerufen, wovon der eine, der einen großen Teil der Kräuter der Stadt und der Umgegend umfaßt, im besonderen dem Gemüsebau dient und versuchen will, die oben angedeuteten Fragen in gemeinsamer Arbeit zu lösen. Die Leitung der Versuchsringe liegt bei der Schule, während zur Durchführung der Versuche in den Ringen ein Diplomlandwirt und zwei Versuchstechniker tätig sind.

Zur Förderung der Viehzucht ist mit der Schule eine Tierzuchtinspektion verbunden, deren Aufgabe es ist, den Landwirten bezüglich der Viehzucht mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, Milchkontrollvereine, Bullenhaltungsgenossenschaften usf. zu gründen und zu leiten.

Vom Direktor und den landwirtschaftlich vorgebildeten Lehrkräften beider Anstalten, namentlich der Gemüsebauschule, wird neben der Schularbeit eine rege Außenlehrtätigkeit ausgeübt. Es werden landwirtschaftliche Vereine ins Leben gerufen, Vorträge gehalten und die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe aufgesucht und beraten.

Unternehmerin der beiden Schulsysteme ist die Landwirtschaftskammer in Breslau. Es darf erwartet werden, daß die Bedeutung der beiden Schulen und ihrer Einrichtungen für die Förderung des Gemüsebaues und damit für Stadt und Land immer mehr auch bei den örtlichen Stellen erkannt wird.

Gemüse-Großhandel und gemüseverarbeitende Industrie

Von Pucher, Fabrikbesitzer und Handelsgerichtsrat, Liegnitz.

Wer in den Sommermonaten der alten Piastenstadt Liegnitz einen Besuch abstattet, dem wird gleich beim Verlassen des Bahnhofes die große Anzahl ländlicher Lastfuhrwerke auffallen, welche hoch beladen in unübersehbarer Folge dem Liegnitzer Güterbahnhofe zustreben. Es sind dies die Fuhrwerke der Gemüseanbauer aus der näheren und weiteren Umgebung von Liegnitz, aber auch die Gespanne der Liegnitzer Gemüsegroßhandlungen, welche die Produkte des einheimischen Gemüsebaues zur Bahn befördern, damit deren Verladung möglichst noch am Tage der Aberntung erfolgen kann.

In den fruchtbaren Gefilden der Liegnitzer Umgebung wurde der Gemüsebau schon vor Jahrhunderten eingeführt. Sowohl die klimatischen Verhältnisse wie auch die hervorragende Bodenbeschaffenheit ergaben die besonderen Voraussetzungen und Vorbedingungen für einen umfangreichen Gemüsebau. Aus den Aufzeichnungen der Geschichtsschreiber früherer Jahrhunderte wissen wir, daß schon im 15. und 16. Jahrhundert von den vorzüglichen Erzeugnissen des Liegnitzer Gemüsebaues berichtet und insbesondere deren außergewöhnliche Haltbarkeit hervorgehoben wurde. Dieser Gemüsebau beschränkte sich in früherer Zeit im wesentlichen auf das Weichbild der Stadt. Der Übergang zum Massenanbau von Gemüse und das Übergreifen des Anbaues auf die weitere Umgebung sowie die Nachbarkreise erfolgte erst, als durch die Einrichtung der Eisenbahn die Möglichkeit schnellsten Abtransportes der geernteten Produkte nach den großen Verbrauchergebieten geschaffen wurde. Ganz besonders drei Produkte waren es, die in immer größer werdenden Mengen als Spezialitäten erzeugt wurden: Zwiebeln, Weißkraut und vor allem Gurken. Der Zwiebelanbau, welcher seine höchste Blüte im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts sah, ließ sehr schnell wieder nach, als er auch in Mitteldeutschland zur Einführung gelangte. Die dort im Gegensatz zu Liegnitz mögliche Wasserverladung in Verbindung mit noch günstigeren Vorbedingungen für den Anbau ließen die Erzeugung von Zwiebeln für die hiesigen Produzenten unlohnend werden, so daß heute die hier erzeugte Ware bei weitem nicht mehr ausreicht, um den Bedarf der ortsansässigen Großhandlungen zu befriedigen.

Bei Weißkohl und besonders Gurken sowie den daraus hergestellten Produkten, dem „Liegnitzer Sauerkohl" und der „Liegnitzer sauren Gurke", hat sich jedoch der Umfang der Produktion unausgesetzt in steigender Richtung entwickelt. Besonders der Gurkenanbau, welcher der Stadt Liegnitz die Bezeichnung „Gurkenstadt" eingetragen hat, vermochte einen derartigen Umfang zu erreichen, daß heute das Liegnitzer Gurkenanbaugebiet unbestritten das größte im ganzen Deutschen Reiche ist, werden doch nach zuverlässiger Schätzung in Liegnitz und den Nachbarkreisen jetzt mindestens 6000 preußische Morgen alljährlich mit diesem Produkt bepflanzt.

Hand in Hand mit der Vergrößerung des Gurkenanbaues ging der Aufschwung der ortsansässigen Gemüsegroßhandlungen. Die in den letzten drei Jahrzehnten des vorigen

Jahrhunderts gegründeten und größtenteils heute noch bestehenden Versandgeschäfte vermochten den Produkten des einheimischen Anbaues immer neue Absatzgebiete zu erschließen und auch bei reichlichen Ernten den Absatz aller anfallenden Produkte zu bewerkstelligen.

Wurden früher die Erzeugnisse des Gemüsebaues, besonders Weißkohl und Gurken, meistens in frischem Zustande nach den Großstädten sowie anderen Verbrauchergebieten verladen, so ging man im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts dazu über, diese Produkte



Gurkenlese am Koischwitzer See Phot. Schumm, Liegnitz

am hiesigen Platze zu konservieren. Die „Liegnitzer saure Gurke" vermochte sich sehr schnell die Gunst des Publikums zu erringen, so daß die zunächst in kleinem Umfange vorhandenen Gurkeneinlegereien sich fortgesetzt vergrößern mußten, um die hervortretende Nachfrage zu befriedigen. Nach und nach haben die Gurkeneinlegereien des hiesigen Bezirks und besonders des hiesigen Platzes einen Umfang angenommen, der es ermöglichte, derartige Mengen von Gurken zu konservieren, wie es an keinem anderen Orte Deutschlands der Fall ist. Auch die mit den Gurkeneinlegereien meistens verbundenen Sauerkohlfabriken konnten unausgesetzt vergrößert werden, zumal gerade die schlesische Bevölkerung in den gemüsearmen Winter- und Frühjahrsmonaten das Liegnitzer Sauerkraut sehr schätzt.

Ganz besondere Anforderungen hatten die Gurkeneinlegereien und Sauerkohlfabriken

in den Kriegsjahren zu erfüllen. Nicht nur für die Bedürfnisse des Heeres, sondern auch für die allgemeine Volksernährung wurden damals außerordentlich große Ansprüche an die einzelnen Betriebe gestellt, und nur durch weitere erhebliche Vergrößerung und Modernisierung der einzelnen Betriebsstätten sowie Errichtung neuer Betriebe ließen sich die herantretenden Anforderungen einigermaßen erfüllen. Der unglückliche Ausgang des Krieges hat auch für diesen Industriezweig einschneidende Wirkungen insofern gehabt, als große und wichtige Absatzgebiete, wie Posen und Westpreußen, ganz besonders aber der polnisch gewordene Teil des oberschlesischen Industriebezirks, verloren gingen. In den Inflationsjahren kam diese Einschränkung der Absatzmöglichkeiten noch nicht voll zur Auswirkung, weil bei der durch die Valutaverhältnisse bedingten Absperrung von den Auslandszufuhren die Nachfrage nach allen inländischen Nahrungsmitteln ungeheuer groß war und nur durch weitere Produktionssteigerung befriedigt werden konnte. Aber schon bald nach dem Eintritt stabiler Währungsverhältnisse zeigte sich, daß die Produktion für die vorhandenen Absatzmöglichkeiten zu groß geworden war, so daß die Wirtschaftskrise der letzten beiden Jahre auch unter den Liegnitzer Einlegereien mehrere Opfer forderte. Zu irgendwelchen Befürchtungen hinsichtlich der Gestaltung der nächsten Zukunft liegt aber kein Anlaß vor, da der Konsum, besonders von Sauerkraut und eingelegten Gurken, bei den breiten Schichten der Bevölkerung in erfreulicher Zunahme begriffen ist, so daß die berechtigte Hoffnung besteht, die im Osten durch Gebietsabtretungen verloren gegangenen Absatzmöglichkeiten durch die gesteigerte Aufnahmefähigkeit der übrigen Verbrauchergebiete auszugleichen.

In neuerer Zeit beginnt auch die Herstellung von Gemüsekonserven größere Bedeutung am hiesigen Platze zu erlangen. Dieser Fabrikationszweig wurde erst wenige Jahre vor dem Kriege in kleinem Maßstabe ins Leben gerufen, vergrößerte sich aber in der Kriegszeit und in den Nachkriegsjahren ganz erheblich, so daß heute schon mehrere bedeutende Betriebe vorhanden sind. Hunderte von Morgen werden bereits mit besonderen, für diese Betriebe erforderlichen Gemüsesorten bebaut, und es scheint, daß dieser Erwerbszweig für die Zukunft noch sehr ausbaufähig ist, besonders wenn es gelingt, die Gemüsebauer des Liegnitzer Bezirks für die Erzeugung derjenigen Spezialsorten von Gemüse zu gewinnen, welche für die Herstellung von Büchsengemüse erforderlich sind.

Auch in Zukunft wird und muß es das gemeinschaftliche Ziel der Gemüseanbauer, des Gemüsegroßhandels sowie der gemüseverarbeitenden Betriebe sein, die Erzeugung qualitativ wie mengenmäßig soviel wie möglich zu steigern, damit in einer möglichst nahen Zukunft die Einfuhr ausländischer Gemüse, welche fortgesetzt noch große Summen deutschen Geldes dem Auslande zuführt, völlig überflüssig wird.

Liegnitzer Gemüse

Von P. Junge, Direktor der Landwirtschaftlichen Gemüseverwertung E. G. m. b. H., Liegnitz.

Der Anbau von Gemüse ist schon vor Jahrhunderten ein wichtiger Erwerbszweig Liegnitzer Bürger gewesen. Die Kräuter-Innung von Liegnitz verkörperte von alters her die hochachtbare Vereinigung der Liegnitzer Gemüsebauer. Ihre Chronik weist ein mehr als 300jähriges Bestehen nach.

Soweit reicht auch die Existenz des Liegnitzer Gemüse-Versandes zurück. Ehe Eisenbahn-Verkehrswege zur Verfügung standen, wurden die beliebten Erzeugnisse an Sellerie, Petersilie, Zwiebeln, Gurken und Kraut auf den alten Verkehrsstraßen mit großen Frachtwagen in benachbarte und entferntere Städte befördert. In den letzten 80 Jahren, seit Bestehen der ersten Liegnitzer Eisenbahn, hat der Liegnitzer Gemüsebau und -Versand eine ganz erstaunliche Ausdehnung gewonnen. Waren es damals wenige hundert Morgen, welche mit Gemüse bebaut wurden, so hat diese Fläche heute ein Ausmaß von etwa 5000 Morgen. Einen solchen Aufschwung hätte der Liegnitzer Gemüsebau nicht erlebt, wenn der gute Ruf des Liegnitzer Gemüses nicht durch dessen Vorzüglichkeit begründet worden wäre.

Wenn früher der Gemüsebau ein gewisses Privileg der städtischen Kräutereien bildete, so waren diese sehr bald nicht mehr imstande, den mächtig zunehmenden Bedarf zu decken, so daß mit den Jahren Landwirte der benachbarten Ortschaften sich an dem lohnenden Gemüsebau beteiligten. Heute erstreckt sich der Anbau über den ganzen Kreis Liegnitz sowie Teile des Kreises Steinau a. Oder, Lüben, Goldberg-Haynau, Jauer, Neumarkt und hat sich vorwiegend auf den Anbau von Gurken konzentriert.

Liegnitzer Gurken werden alljährlich in Tausenden von Waggons nach den Städten Mitteldeutschlands befördert, auch Liegnitzer Weißkraut, Zwiebeln und sonstiges Gemüse findet in Hunderten von Waggonladungen Absatz. Die Gesamtmenge des alljährlich zum Versand gelangenden Gemüses aus Liegnitz kann man auf ca. ¼ Million Zentner veranschlagen. Enorme Mengen, schätzungsweise wieder ¼ Million Zentner Liegnitzer Erzeugnisse an Gurken und Kraut finden in den seit etwa 40 Jahren bestehenden, zu hoher Bedeutung gelangten Liegnitzer Einlegereien Aufnahme zu Konservierungszwecken.

In neuerer Zeit sind neben den Einlegereien Gemüse-Konservenfabriken in Liegnitz und Parchwitz entstanden, wodurch der Liegnitzer Gemüsebau eine willkommene und bedeutende Erweiterung durch den Anbau von Bohnen, Erbsen, Karotten usw. gefunden hat.

Von genanntem Konservengemüse werden zur Zeit bereits Hunderte von Morgen angebaut.

Die Interessen des Liegnitzer Gemüsebaues werden vertreten durch die Kräuter-Innung zu Liegnitz, deren Vorsitzender zur Zeit der Kräutereibesitzer Gustav Reichelt in Liegnitz ist.

Außerdem findet eine erfolgreiche Anbauförderung statt durch eine Gemüsebau-Beratungsstelle, welche von dem Diplom-Landwirt Dr. Holtze, Liegnitz geleitet wird.

Die Belange des Versandes von Frischgemüse und des Absatzes der Einlegereiprodukte werden durch den Verein Liegnitzer Gurkeneinlegereien und Sauerkohlfabriken E. V. Liegnitz (1. Vorsitzender Fabrikbesitzer Arthur Pucher, Liegnitz), wahrgenommen.

Eine weitere Organisation für Gemüsebau und Verwertung besteht in der Vereinigung von etwa 350 gemüsebautreibenden Landwirten des Kreises Liegnitz und benachbarter Kreise, unter dem Namen Landwirtschaftliche Gemüseverwertung, eingetragene Genossenschaft m. b. H., von welcher neben einer Gemüsegroßhandlung, Gurkeneinlegerei und Sauerkohlfabrik in Liegnitz noch eine Gemüse- und Früchte-Konservenfabrik in Parchwitz betrieben wird. Das Unternehmen wird zur Zeit geleitet von Landesältestem Wolfgang Scherzer, Rudolfsbach (1. Vorsitzender des Aufsichtsrates), Rittergutsbesitzer Walter Blume, Panten (1. Vorsitzender des Vorstandes) und Paul Junge, Liegnitz (geschäftsführender Direktor).

Getreu dem Beispiel der Vorfahren wetteifert jeder Gemüsebauer auf seiner Scholle, von Jahr zu Jahr größere Mengen Gemüse, in immer besserer Qualität zu erzeugen, und die weit über Schlesien hinaus bekannten Gemüsehandlungen, Einlegereien und Konservenfabriken schaffen in unermüdlicher Pionierarbeit einen sich stetig steigernden Absatz.

Das Liegnitzer Gemüse wird immer mehr an Bedeutung gewinnen und im Verein mit anderen deutschen Anbaugebieten in naher Zeit ausländisches Gemüse in Deutschland entbehrlich machen.

Probleme städtischer Verkehrspolitik

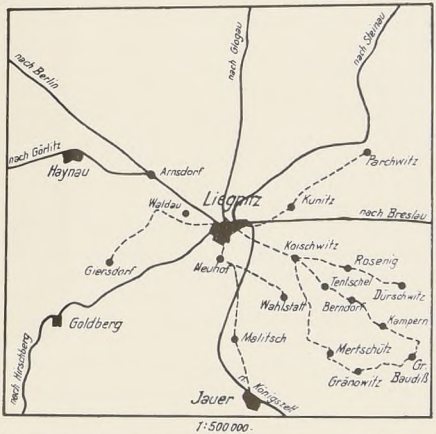
Von Stadtrat Dr. Elsner.

Seitdem der Verkehr eine immer größer werdende Rolle in unserem Wirtschaftsleben zu spielen begonnen hat, haben auch die deutschen Stadtverwaltungen in ständig wachsendem Interesse den Verkehrsfragen ihre Aufmerksamkeit zugewendet. Auf vier im wesentlichen voneinander verschiedenen Gebieten hat diese kommunale Verkehrspolitik ein reiches Betätigungsfeld gefunden, den Gebieten der Verkehrsplanung, der Verkehrsregelung, der Verkehrsförderung und der Verkehrswerbung. Die Verkehrsplanung verfolgt dabei das Ziel, bei der Anlage der Stadt mit ihren Straßen, Plätzen, Häuservierteln und Promenaden, also mit einem Worte bei der Aufstellung des städtischen Bebauungsplanes, die erforderlichen Verkehrswege zweckmäßig in das städtische Gesamtbild einzugliedern und aus früheren Zeiten des Städtebaues herrührende Mängel in der Führung der Verkehrswege innerhalb des Stadtgebietes durch Straßendurchbrüche, Platzregulierungen und ähnliches zu beseitigen. Dort, wo mit städtebaulichen Maßnahmen alte Fehler in der Führung der Verkehrswege sich aber nicht wieder gutmachen lassen, muß die Verkehrsregelung eingreifen, um durch Anordnungen polizeilicher Natur eine möglichst unbehinderte und gefahrlose Abwicklung des Verkehrs zu ermöglichen. Die Ansprüche, die die Bevölkerung an die verschiedenen Verkehrseinrichtungen stellt, durch deren Vervollkommnung zu befriedigen, ist Aufgabe der Verkehrsförderung, während es der Verkehrswerbung obliegt, Fremdenverkehr der Stadt zuzuleiten und damit die heimische Wirtschaft zu beleben.

Als Organisationsform für die Bearbeitung aller dieser vielfachen Probleme städtischer Verkehrspolitik ist in den letzten Jahren von den Stadtverwaltungen immer häufiger das städtische Verkehrsamt angesehen worden, das in mehr oder minder enger Fühlung mit dem örtlichen Verkehrsverein zusammen arbeitet. Auch in Liegnitz ist im Jahre 1924 ein Verkehrsamt ins Leben gerufen worden, nachdem bereits vor dem Kriege eine städtische Verkehrskommission bestanden hatte. Dieses Verkehrsamt, das der städtischen Hauptverwaltung eingegliedert ist, ist allerdings nicht für alle Fragen der städtischen Verkehrspolitik zuständig, vielmehr werden die Fragen der Verkehrsplanung von der Bauverwaltung, die Fragen der Verkehrsregelung von der Polizeiverwaltung in gegenseitiger Fühlungnahme und ohne Einschaltung des Verkehrsamtes bearbeitet. Als private Organisationen auf dem Gebiete des Verkehrswesens arbeiten mit den städtischen Dienststellen der Liegnitzer Verkehrsverein und die Liegnitzer Ortsgruppe der Verkehrswacht, beide im Jahre 1925 entstanden, Hand in Hand.

Die Bauweise der inneren Stadt, die bei ihrer Anlage auch nicht annähernd mit den Erfordernissen des modernen Verkehrs rechnen konnte, weist der Verkehrsplanung ein großes Ziel: den Durchbruch der Burgstraße und ihren Ausbau als unmittelbare und kürzeste Verbindung vom Bahnhof nach dem Ring. Größtes Interesse haben bereits vor dem Kriege die Anlieger der Burgstraße dieser Frage, deren Lösung den Besucher ohne Umwege

auf schöner, breiter Verkehrsstraße vom Bahnhof mitten in die Stadt leiten würde, entgegengebracht. Die Inflation hat die damals für die Durchführung der Aufgabe bereits gesammelten nicht unbedeutenden Summen vernichtet. Die finanziellen Nöte der Stadt in der Gegenwart und ihre großen dringenderen Verpflichtungen auf den Gebieten der Arbeitslosigkeit und des Wohnungsbaues lassen ihre Erfüllung auf absehbare Zeit hinaus nicht möglich erscheinen. Nur gelegentliche Ankäufe von Häusern, die in der Durchbruchlinie liegen, können allmählich ihre Lösung vorbereiten. Dazu kommt noch, daß gleichzeitig ein neuer Plan aufgetaucht ist, die Verbreiterung der Frauenstraße durch Änderung der für sie bestehenden Fluchtlinie und damit der Ausbau dieser Straße zu dem mustergültigen Verkehrswege vom Bahnhof in die innere Stadt. Für welchen Weg man sich schließlich auch entscheiden möge, jedenfalls wird



1:500 000.

Planskizze der Umgebung von Liegnitz mit Eisenbahn- und Autobus-Linien vom Stadtvermessungsamt

dem Problem der Schaffung einer kurzen geradlinigen und breiten Verbindungsstraße vom Bahnhof in die Innenstadt in nicht zu ferner Zukunft nicht genug Aufmerksamkeit und Förderung zugewendet werden können. Für den Liegnitz berührenden Durchgangsverkehr ist die z. B. in der Ausführung befindliche Regulierung zweier bedeutender Plätze der Stadt, des Breslauer Platzes und des Bahnhofsvorplatzes, von besonderer Bedeutung. Daß für die Zukunft dem Durchgangsverkehr besonders vom Zentrum der Stadt weit entfernt liegende Umleitungsstraßen gewidmet werden sollen, ist bereits an anderer Stelle ausgeführt.

Solange die Durchführung größerer Verkehrsplanungsaufgaben in der inneren Stadt an der Kostenfrage scheitert, muß die polizeiliche Regelung des Verkehrs in diesem Teil des Stadtgebietes die Mängel der historischen Stadtanlage auszugleichen versuchen. Zwei

schwere Verkehrsunfälle am Ende des Jahres 1925 und anfangs des Jahres 1926 zwangen dazu, diese Frage energisch in Angriff zu nehmen. Als erste Maßregel erfolgte 1926 die Herausverlegung der Jahrmärkte und des Weihnachtsmarktes vom Ring nach der Carthause. Wenn auch diese Maßnahme im Interesse der Markthändler zu bedauern ist und alte historische Zusammenhänge jäh unterbricht, so ließ sich der Schritt vom verkehrspolizeilichen Gesichtspunkte keinesfalls vermeiden; denn es mußte als ein den Belangen des modernen Verkehrslebens Hohn sprechender Zustand angesehen werden, daß durch die Abhaltung von Märkten der im Brennpunkt des Verkehrs liegende Ring tagelang hintereinander in regelmäßigen Zeitabschnitten für den Verkehr gesperrt wurde. In der neuen Straßenpolizeiverordnung werden als weitere Maßnahmen der Verkehrsregelung die Umleitung des Durchgangsverkehrs um die innere Stadt herum, die Erklärung der engpaßartig wirkenden Frauenstraße als Einbahnstraße und die Beseitigung der auf Straßen und Plätzen der inneren Stadt bestehenden wilden Parkplätze vorgesehen. Trotzdem diese Anordnungen im Interesse der glatten Abwicklung des Verkehrs und zur Vermeidung von Verkehrsunfällen unbedingt geboten sind, hat leider gegen sie eine Gegnerschaft in der Bevölkerung eingesetzt, welche von ihnen eine Schädigung der Straßen der Innenstadt in geschäftlicher Hinsicht befürchtet. Hoffentlich wird die praktische Auswirkung der neuen Verkehrsregelung diese Besorgnisse bald als unbegründet erweisen. In der richtigen Erkenntnis, daß die meisten Verkehrsunfälle durch das falsche Verhalten des Fußgängers hervorgerufen werden, hat die Verkehrspolizei gleichzeitig auch auf eine weitgreifende Verkehrsbelehrung Bedacht genommen. Diese Belehrung, die gemeinsam mit dem Niederschlesischen Automobil-Club, der Verkehrswacht und den Liegnitzer Schulanstalten durchgeführt wird, versucht durch öffentlichen Aushang geeigneten Bildmaterials und durch teils für Erwachsene, teils für Schulkinder bestimmte Lichtbildervorträge die Straßenbenutzer auf die durch den modernen Verkehr drohenden Gefahren aufmerksam zu machen und ihnen die vom Fußgänger einzuhaltenden Regeln einzuprägen.

Als einziges öffentliches Verkehrsunternehmen aus der Vorkriegszeit besteht in Liegnitz eine elektrische Straßenbahn, die nicht von der Stadt in eigener Regie, sondern von einer Aktien-Gesellschaft betrieben wird, an welcher die Stadt beteiligt ist. Der in der Inflation vorübergehend eingestellte Betrieb ist seit dem 5. Juli 1924 wieder aufgenommen und wird seitdem auf drei der bestehenden vier Linien, der Ringlinie und der Linie nach Groß-Beckern und Tivoli durchgeführt, während die probeweise Inbetriebnahme auch der vierten Linie, die vom Bahnhof durch die Burgstraße auf die Haynauer Straße führt, mit einem Fehlschlag endete. Die gesamte Linienführung der Straßenbahn stammt aus einer Zeit, in der die heute die Stadt rings umgebenden Wohnsiedlungen noch nicht bestanden. Diese Wohnsiedlungen, die immerhin ¼ bis ½ Stunde vom Stadtinnern entfernt sind, entbehren infolgedessen der für ihre Entwicklung unbedingt erforderlichen Verkehrsverbindungen mit der Geschäftsstadt. Aber auch auf den bestehenden Linien genügt die Straßenbahn nur unvollkommen den Verkehrsbedürfnissen, da die Durchführung des Betriebes in ¼stündigen, bei der Linie nach Tivoli sogar in ½stündigen Zwischenräumen eine intensive Benutzung der Bahn unmöglich macht. Es kann daher nicht wundernehmen, daß Öffentlichkeit und Stadtverwaltung sich seit Jahren damit beschäftigen, wie den Liegnitzer Verkehrsbedürfnissen besser Rechnung getragen werden kann, als dies durch die elektrische Straßenbahn gegenwärtig

geschieht. Ein gangbarer Ausweg schien die Verwendung von Autobussen im Stadtverkehr zu sein. Allerdings konnte die Anschaffung eines stadteigenen Autobusparkes wegen der damit verbundenen Festlegung bedeutender Kapitalien bei der durchaus noch unsicheren Entwicklung des Autobusverkehrs nicht in Frage kommen. Dagegen war es wohl näherer Erörterung wert, einer Liegnitzer Firma gegenüber, die sich zur Einrichtung zweier Autobusstadtlinien nach den entlegeneren, von der Straßenbahn nicht berührten Stadtteilen bereit erklärte, für eine sechsmonatige Probezeit die von ihr erbetene Garantie in Höhe der tatsächlich entstehenden Betriebskosten zu übernehmen. Kurz vor Abschluß der hierüber schwebenden Verhandlungen entschlossen sich endlich die Elektrizitäts-Werke dazu, den erforderlichen zeitgemäßen Ausbau der elektrischen Straßenbahn in Angriff zu nehmen. Zunächst werden die im letzten Jahrzehnt neu entstandenen Wohnsiedlungen im Westen und Südwesten der Stadt durch Verlängerung der Ringlinie bis nach der Logaustraße



Skizze der Stadt Liegnitz vom Stadtvermessungsamt

und der wieder in Betrieb zu nehmenden Burgstraßenlinie bis hinter das Finanzamt die notwendige Verkehrsverbindung nach dem Stadtinnern erhalten. Gleichzeitig werden auf den alten Linien Betriebsverbesserungen durchgeführt werden, die ihre Befahrung in kürzeren Zwischenräumen als bisher ermöglichen. War damit die Gewähr für einen zeitgemäßen Ausbau der elektrischen Straßenbahn gegeben, so konnte die Stadtverwaltung unbesorgt den Gedanken eines doch auch nur als Notbehelf zu betrachtenden Autobusstadtverkehrs fallen lassen.

Große Bedeutung dagegen hat der Autobus für die Verbesserung der Verkehrsverbindungen von Liegnitz nach seiner näheren Umgebung erlangt. Unter ständiger Förderung durch die Stadtverwaltung sind hier im Laufe des Jahre 1926 teils durch die Reichspost, teils durch ortsansässige und auswärtige Privatunternehmer neben verschiedenen dem Ausflugsverkehr dienenden Linien fünf Linien eingerichtet worden, die von größter wirtschaftlicher Tragweite für die Stadt und ihr geschäftliches Leben sind. Denn vier dieser Linien (Liegnitz—Oyas—Wahlstatt, Liegnitz—Tentschel—Groß-Baudiß, Liegnitz—Mertschütz—

Groß-Baudiß und Liegnitz—Dambritsch) erschließen den infolge der Ungunst der Bahnverbindungen Liegnitz bisher entfremdeten starkbevölkerten wohlhabenden südöstlichen Teil des Landkreises für die Liegnitzer Geschäftswelt. Die fünfte Linie (Liegnitz—Parchwitz) bewirkt dasselbe für die an eine Bahnlinie gleichfalls nicht angeschlossenen Ortschaften an der Chaussee Liegnitz—Parchwitz. Alle fünf Linien, die täglich mehrmals verkehren, erfreuen sich des größten Zuspruches und haben ihre Wirtschaftlichkeit längst erwiesen. Das Jahr 1927, in dessen ersten Wochen eine allerdings zur Zeit nur Mittwochs, Sonn- und Feiertags einmal befahrene Linie Liegnitz—Jauer eröffnet wurde, wird hoffentlich den eingereichten Plänen entsprechend auch die Erschließung der zwischen den Bahnlinien Liegnitz—Haynau und Liegnitz—Goldberg gelegenen Ortschaften im Westen der Stadt durch den Autobus bringen.

Hat so der neue Autobusverkehr nicht unerhebliche Verbesserungen für die Verbindung der Stadt mit ihrer näheren Umgebung gebracht, so ist, wie im übrigen bei der allgemeinen Wirtschaftslage nicht anders zu erwarten stand, eine Beseitigung oder Milderung der mancherlei den Eisenbahnverbindungen von und nach Liegnitz anhaftenden Mängel nicht erzielt worden. Gewiß auch auf diesem Gebiete sind Teilerfolge in den letzten Jahren zu verzeichnen gewesen: manche wünschenswerten Verbesserungen in den Fahrplänen konnten im gemeinsamen Vorgehen mit der Industrie- und Handelskammer durchgeführt werden, der langgehegte Wunsch, auch das Glatzergebirge mit Sonntagsfahrkarten zu erreichen, ist in Erfüllung gegangen, und in den vergangenen Wintern ist mehr als ein Sonderzug nach dem Riesengebirge gefahren. Aber der Mangel, daß der Liegnitzer das Riesengebirge, von dem er etwa 60 km entfernt ist, bestenfalls in 3½ Stunden erreicht, besteht nach wie vor, von der Verbindung nach den übrigen schlesischen Gebirgs- und Badeorten gar nicht zu reden.

Zwei große Verkehrsprojekte ruhen im Schoße der Zukunft: der Anschluß von Liegnitz an den geplanten Oder-Elbe-Kanal und an den regelmäßigen Luftverkehr. Während jedoch das erste Projekt noch völlig im Stadium der Erörterung und Planaufstellung steckt, liegt für das zweite die immerhin bedeutungsvolle Tatsache, daß Liegnitz als früherer Militärflughafen einen Flugplatz besitzt, schon vor. Allerdings hat die Stadtverwaltung bisher geglaubt, die großen Kosten, die der Anschluß an den Luftverkehr mit sich bringt, nicht aufwenden zu sollen, da von einem dringenden Bedürfnis für den Anschluß von Liegnitz an den Luftverkehr zur Zeit kaum die Rede sein kann. Aber jedenfalls wird sie es nicht unterlassen, der Frage ihre größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, bis vielleicht die Einrichtung von Linien aus Österreich über die Tschechoslowakei nach Osteuropa neue Perspektiven eröffnet. Inzwischen wird der alte Flugplatz allmählich als moderner Verkehrslandeplatz hergerichtet und durch Förderung flugsportlicher Veranstaltungen das Interesse der Bevölkerung am Luftverkehr vertieft.

Als schlesische Gartenstadt und als Stadt der Schulen hat es Liegnitz in vergangenen Friedensjahren verstanden, kapitalkräftige Rentner und Pensionäre in großer Zahl anzuziehen, die hier in einer von herrlichen ausgedehnten Parkanlagen durchzogenen, an kulturellen und hygienischen Einrichtungen reichen Stadt mit einer Fülle von geschichtlichen Traditionen und herrlichen Baudenkmälern ihren Ruhesitz aufschlugen. Der Krieg machte dieser Entwicklung ein Ende. Die Inflation vernichtete die Vermögen dieses Teils der Lieg-

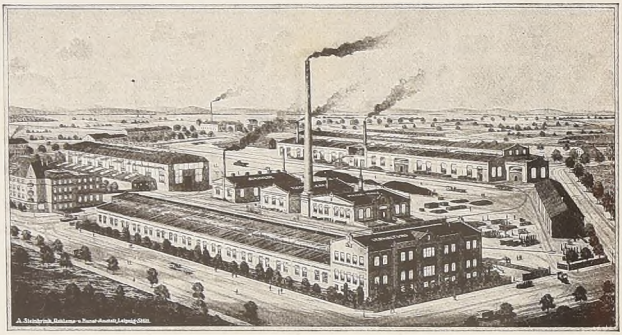
nitzer Bürgerschaft. Aber die Stadt bedarf auch heute, will sie nicht zurückbleiben, des pulsierenden Lebens, wie es Fremdenverkehr und Fremdenzuzug mit sich bringen. Die Verkehrswerbung wird damit zu einer wichtigen Aufgabe der Kommunalpolitik. Mit besonderer Liebe hat sich das neue städtische Verkehrsamt gerade ihrer angenommen: zahlreiche Aufsätze und Hinweise hat es in den letzten Jahren in Reisezeitschriften und Nachschlagewerken über Liegnitz und seine Schönheiten erscheinen lassen. Eine von ihm angelegte Lichtbild- und Druckstocksammlung enthält das Material, das es ermöglicht, diese Darstellungen mit Bildern von besonders eigenartig und anziehenden Anlagen und Bauten zu versehen. Aber die Werbearbeit des Verkehrsamtes beschränkt sich nicht auf derartige gelegentliche Veröffentlichungen. Mit eigenen ausschließlich Liegnitz gewidmeten Schriften, wie es ein gemeinsam mit dem Verkehrsverein herausgegebenes Werbefaltblatt, der neu herausgegebene Stadtführer und zwei in bekannten deutschen Verlagsunternehmungen hergestellten Monographien über Liegnitz darstellen, versucht es diese Tätigkeit auszubauen und zu vertiefen. Neben Bild und Schrift zieht es auch den Film heran. Am 25. November 1925 konnte es den ersten Liegnitzer Stadtfilm, den die Deutsche Landwirtschaftsfilm-A. G. in Berlin in einer Länge von 500 Metern hergestellt hat, zur Vorführung bringen.

Verkehrswerbung setzt voraus, daß die Stadt, die sich ihrer bedient, in ihrem Stadtbild wirklich Anziehendes und Fesselndes bietet. Besonders entscheidend für den ersten Eindruck, den der Fremde von einer Stadt erhält, ist ihr Bahnhof. Gerade deshalb muß es ganz besonders begrüßt werden, daß es nunmehr den Bemühungen der Stadtverwaltung gelungen ist, mit der Reichsbahn-Gesellschaft über den Ausbau des Liegnitzer Bahnhofes zu einer Einigung zu kommen. Große Opfer nimmt die Stadt auf sich, um Liegnitz endlich zu einem Bahnhof zu verhelfen, der der Bedeutung der Stadt und der Höhe ihrer Bevölkerungsziffer würdig ist. Voraussichtlich im Jahre 1929 wird der Ausbau des Liegnitzer Bahnhofes beendet sein. Von besonderer Bedeutung für den Eindruck des Stadtbildes ist der Zustand, in dem sich die öffentlichen Reklameeinrichtungen befinden. Um auf diesem Gebiete die Interessen des Straßenbildes hinreichend zu wahren und zugleich wirtschaftlich an den aus dem Reklamewesen fließenden Einkünften teilzunehmen, hat die Stadt für die Auswertung der öffentlichen Reklamen eine gemischtwirtschaftliche Unternehmung, die Stadtreklame G. m. b. H., gebildet. Diese Gesellschaft hat in fünf Jahren ihres Bestehens nicht nur ihre finanzielle Leistungsfähigkeit bewiesen, sondern darüber hinaus auch viel dazu beigetragen, daß die öffentlichen Reklameeinrichtungen ein vornehmes, großzügiges Aussehen haben. Neuerdings geht die Stadtreklame dazu über, auf ihre Kosten Lichtreklamesäulen in der Stadt aufzustellen und durch die Einführung dieses modernen Reklamemittels dem Stadtbild auch bei Nacht ein eindrucksvolles Gepräge zu geben.

Schließlich kommt es für die Werbung von Fremdenverkehr auch darauf an, Veranstaltungen zu schaffen, die den Fremden auf Liegnitz aufmerksam machen und zu einem Besuch der Stadt bewegen. Soweit derartige Werbeveranstaltungen von privater Seite ausgingen, hat es sich das städtische Verkehrsamt stets angelegen sein lassen, sie zu fördern. In den letzten Jahren sind in dieser Beziehung besonders eine vom Verein Deutscher Frauenschau, Dresden, im September 1925 veranstaltete Ausstellung sowie der Schaufenster-Wettbewerb und die Weihnachtswerbewoche der Liegnitzer Kaufmannschaft 1926 zu erwähnen.

Für das Jahr 1927 hat die Stadt in 1½jähriger Tätigkeit die Veranstaltung einer eigenen großen Ausstellung vorbereitet. Vom 25. Juni bis Ende September 1927 findet in Liegnitz die Deutsche Gartenbau- und Schlesische Gewerbeausstellung Liegnitz 1927 statt, die in ihren Ausmaßen den Umfang einer örtlichen oder provinziellen Veranstaltung weit übersteigt und neben der Dresdener Papier-Ausstellung und der Magdeburger Theater-Ausstellung zu den größten deutschen Ausstellungen des Jahres 1927 gehört. Sie ist die größte Ausstellung, die in der deutschen Ostmark im Jahre 1927 veranstaltet wird. Mit einem Haushaltsplan von rund 1 Million dürfte die Ausstellung die größte Ausstellung sein, die eine Mittelstadt von 75 000 Einwohnern bisher überhaupt veranstaltet hat. Auf einem Gelände von 30 ha werden unter Mitwirkung der maßgebenden Spitzenorganisationen des deutschen Gartenbaues und unter Anleitung des führenden deutschen Gartenarchitekten Gustav Allinger Spitzenleistungen deutscher Gartenkunst und Architektur zur Schau gestellt werden. Eine von der gesamten schlesischen Wirtschaft getragene Gewerbe-Ausstellung wird in mächtigen Hallenbauten und zahlreichen Sonderpavillons zeigen, was Schlesiens Handwerk, Industrie und Handel an Qualitätsarbeit zu leisten vermögen. Neben der Privatwirtschaft werden die Städte und sonstigen öffentlichen Verbände in einer Plan- und Modell-Ausstellung ihrer garten- und betriebswirtschaftlichen Unternehmungen ihren Anteil am Wirtschaftsleben darlegen. Als erste ostdeutsche Stadt wird Liegnitz während der Ausstellung ein Planetarium zeigen und damit die Ausstellung zu einem kulturellen Ereignis für den ganzen deutschen Osten machen. Dies ist ja überhaupt der tiefere Sinn der großen Veranstaltung, die mit allen Mitteln moderner Ausstellungstechnik und Propaganda aufgezogen wird: zu werben für den deutschen Osten und den Beweis zu erbringen, daß die Wirtschaftskraft der deutschen Ostmark trotz aller Schädigungen durch den Versailler Vertrag ungebrochen dasteht und am deutschen Wiederaufbau tatkräftig mitwirken will. Eingedenk der großen Rolle, die die Stadt Liegnitz in der Geschichte früherer Jahrhunderte für die deutsche Kultur im Osten spielen durfte, will sie auch jetzt alle Kräfte zusammenfassen zu einer großen Kulturtat für die deutsche Ostmark.

Industrie / Handel
Gewerbe



Maschinen-Werke GUBISCH A.-G. / Liegnitz

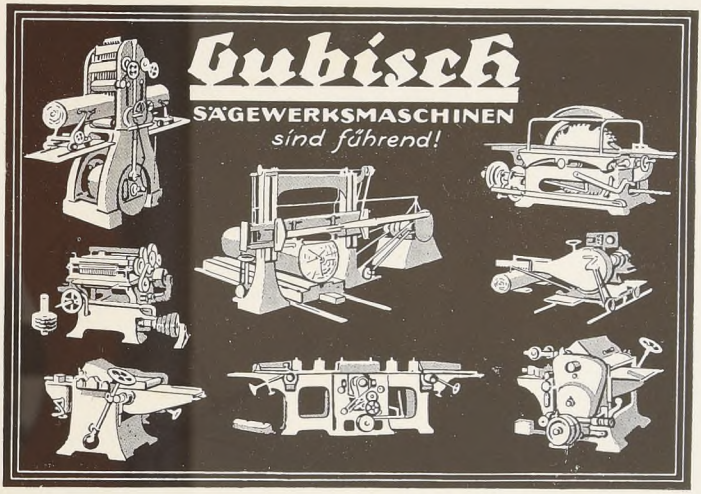
Eisengießerei und Spezialfabrik für Sägewerks- und Holzbearbeitungs-Maschinen

Die neue große Fabrikanlage, die schon von weitem durch den mächtigen, in roten und gelben Verblendsteinen aufgeführten Gebäude-Komplex erkennbar ist, ist an der äußeren Wilhelmstraße gelegen, im Westen der Stadt, wo seit mehr als 50 Jahren der Hauptsitz der hiesigen Industrie sich befindet. Das in den Jahren 1900—1901 in großem Umfange auf das modernste eingerichtete Werk, das mit allen Errungenschaften der Neuzeit ausgestattet ist, wurde von Herrn Fabrikbesitzer Wilhelm Gubisch, der vorher 22 Jahre Mitinhaber der Firma Teichert & Gubisch war, neu gegründet und zählt zu den schönsten und größten Fabriken Ostdeutschlands. Im Jahre 1905 trat der Sohn, Herr **Arthur Gubisch** als Mitinhaber in die Firma ein. Das Werk hat sich im Laufe der Jahre zu den ersten führenden Spezialfirmen seiner Branche entwickelt, was in dem von Jahr zu Jahr bedeutend gesteigerten Umsatz und in der gegenwärtigen Belegschaft von annähernd 400 Arbeitern und Angestellten zum Ausdruck kommt. Als Spezialität stellen die Werke moderne Sägegatter und Holzbearbeitungsmaschinen für Schiffswerften, Waggonfabriken, Sägewerke, Tischlereien, Stellmachereien, Holzwarenfabriken, Hobelwerke usw. her.

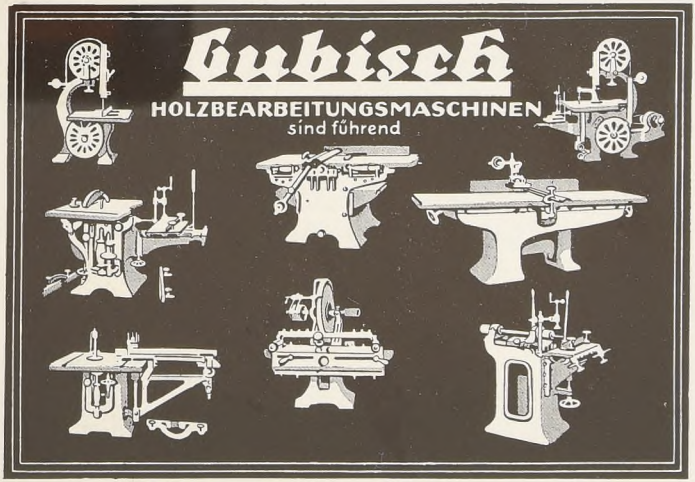
Die gesamte Anlage umfaßt ein Gelände von ca. 27000 qm und ist auf bautechnischem Gebiet eine Musteranlage. Das Verwaltungsgebäude, in dem die geräumigen kaufmännischen und technischen Büros, sowie die Privatkontore liegen, bildet die Vorderfront des Komplexes. Die Fabrikgebäude, die aus Gründen der Feuersicherheit räumlich genügend weit voneinander getrennt sind, sind zu vier langen Gebäudezügen vereinigt. Für notwendig werdende Erweiterungsbauten stehen ca. 15000 qm Bauland zur Verfügung.

Neben der Pflege des Inlandmarktes beteiligt sich die Firma auch in hervorragendem Maße am Exportgeschäft. Ihre Erzeugnisse sind in allen Weltteilen zu finden und erfreuen sich überall größter Anerkennung.

Das Werk wurde im Jahre 1922 in eine Familien-Aktiengesellschaft umgewandelt, deren alleiniger Vorstand der Fabrikbesitzer und Stadtrat Arthur Gubisch ist.



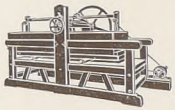
Serienbau — Gediegene Werkstattarbeit



Sonderheit: Maschinen für riemenlosen Elektro-Antrieb

Wäschemangeln
aller Art

Für alle Verwendungsarten
Handbetrieb und elektrisch
(Erleichterte Zahlungsweise)







Seiler's Maschinenfabrik
Liegnitz, Wilhelmstr. 33
Gegenüber der Landwirtschaftsschule
Eigenes Zelt auf der GUGALI!

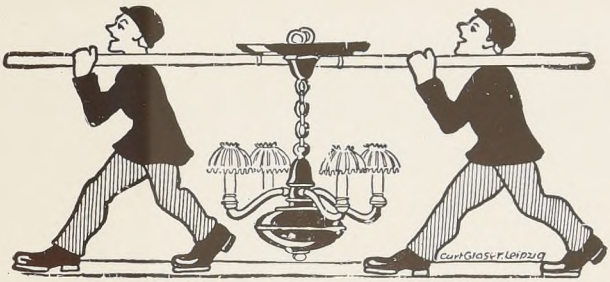
BAUHÜTTEN
BETRIEBSVERBAND
SCHLESIEN G.M.B.H
BRESLAU 1, MARGARETENSTRASSE 17

ABTEILUNG: HOLZBEARBEITUNG
LIEGNITZ, GLEIWITZER STRASSE 1
TELEFON 2736

FENSTER
TÜREN
FÜR SIEDLUNGSBAU
UND EIGENHEIME
NACH NORMEN
UND ZEICHNUNG.

MÖBEL
ALS EINFACHEN HAUS-
RAT GUTE FURNIERTE
MÖBEL
NACH ZEICHNUNG

HOBEL-
BÄNKE
FURNIERBÖCKE
SCHRAUB-
ZWINGEN



Ackermann & Haertelt

ELEKTRIZITÄTS-GESELLSCHAFT M.B.H.

Gegründet 1898 **Liegnitz** Fernruf: 2182

Frauenstraße 28

Größtes Fachgeschäft Niederschlesiens

Tätigkeitsgebiete:

Bau elektrischer Anlagen jeden Umfanges

für Einzelhäuser, Ortschaften, landwirtschaftliche Güter, Gewerbe- und Industrie-Betriebe, Hotels und Theater

*

Lieferung elektrischer Maschinen für alle Zwecke

Elektrische Apparate für Haushalt und Küche. Sämtliche elektromedizinischen Apparate für Hygiene und Schönheitspflege

*

Elektrische Beleuchtungskörper

für Wohnungen, Verkaufsräume, Schaufenster, Büros und Fabriken

*

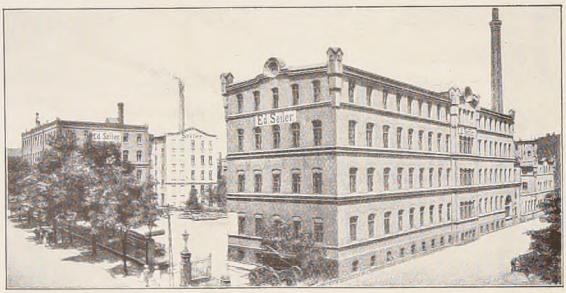
Bearbeitung und Übernahme großer Spezial-Ausstattungen

in Beleuchtungskörpern nach eigenen oder gegebenen Entwürfen

Ingenieurbesuche und lichttechnische Beratungen unverbindlich!

ED. SEILER

Pianofortefabrik G. m. b. H., Liegnitz, Wilhelmstr. 17/19



Größte Pianofortefabrik Ostdeutschlands

Gegründet 1849

Die Fabrikanlagen der Firma ED. SEILER sind errichtet auf einem Gelände von 10 000 qm Umfang; die Arbeitsräume umfassen einen Flächeninhalt von 9000 qm und bieten Platz für 450 Arbeiter. Der Gesamtbetrieb ist eingestellt auf eine jährliche Erzeugung von **3000 Instrumenten.**

Die hervorragenden tonlichen Eigenschaften und die Haltbarkeit der SEILER-Klaviere liegen begründet in der gewissenhaften Beobachtung der akustischen Gesetze und in wohldurchdachter, gediegener Konstruktion. Die Verwendung und die mustergültige Verarbeitung von nur hochwertigem und bestens gepflegtem Material, sowie die Beschäftigung erprobter Facharbeiter, von denen fast jeder fünfte Mann ein Jubilar ist, und die während des

78jährigen Bestehens

gesammelten Erfahrungen im Pianofortebau geben die Gewähr, daß aus dem Hause SEILER nur Instrumente kommen, die das Prädikat **erstklassig** in vollem Maße verdienen. In der Tat hat sich der Name

ED. SEILER

das Ansehen als Marken-Bezeichnung errungen, und jeder Kundige weiß, daß ein Instrument mit diesem Namenszug zu den besten der deutschen Industrie zählt.

In fast allen größeren Städten des In- und Auslandes ist das SEILER-Fabrikat vertreten; 36 Auszeichnungen, darunter die Preußische Staatsmedaille, legen Zeugnis ab von der Wertschätzung der SEILER-Instrumente, von denen z. Zt. das 65 000., ein Flügel, in Arbeit ist. Diese stolze Ziffer möge ein Beweis sein für die Erfolge, die das SEILER-Klavier überall in der weiten Welt errungen hat, trotz größter in- und ausländischer Konkurrenz.

Großer Gesangreichtum und **lyrischer Toncharakter sind die Haupteigenschaften** der im übrigen sehr preiswürdigen

SEILER-KLAVIERE

Stammhaus: Liegnitz, Wilhelmstr. 17/19.

Filialen: Breslau, Gartenstr. 52, Berlin, Schillstr. 9, Hamburg, Dammtorstr. 3.

ARTHUR WERNER

ARCHITEKT UND MAURERMEISTER

LIEGNITZ

Dänemarkstraße 1-2 ⌣ Gegründet 1900 ⌣ Fernruf 2354

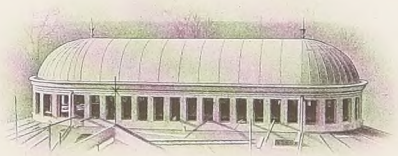
✱

HOCH-, TIEF-, BETON-
UND
EISENBETONBAU

BAUINGENIEUR- UND ARCHITEKTUR-BÜRO

Entwurfs-Bearbeitung und Ausführung von Villen, Herren- und Einfamilienwohnhäusern, Siedlungsbauten, zweckentsprechenden und zeitgemäßen industriellen und landwirtschaftlichen Anlagen bis zur schlüsselfertigen Übergabe ⌣ Jeglicher Um- und Ausbau

Speicher, Silos, Behälter, Brücken, Wasserbauten



EISENBETONKUPPEL DER LEICHENHALLE LIEGNITZ

EIGENE DAMPFZIEGELEI

SPEZIALERZEUGNISSE:

Poröse Zwischenwandplatten, Deckensteine und Lochsteine N.F.

Sparkasse der Stadt Liegnitz

(Altes Rathaus)

Kassenstunden werktäglich 1/28—1, 3—1/25
Mittwoch und Sonnabend 1/28—1/21.

Reichsbankgirokonto — Postscheckkonto Nr. 2857 Breslau
Fernsprechanschluß 1961.



1. Mündelsichere Geldanlage gegen tägliche und zeitgemäße Verzinsung. Schutz gegen unbefugte Abhebung von Sparguthaben. Rückzahlung von Einlagen ohne Kündigung, bei großen Beträgen nach Übereinkunft. Ein- und Rückzahlungen auch durch die Post, durch Giro- und Postschecküberweisungen. Übertragung von Einlagen Abziehender an auswärtige Sparkassen und Einziehung von solchen für Zuziehende. — Haussparkasse.
2. Darlehen gegen Hypothek, Bürgschaft und Verpfändung.
3. Vermittelungsstelle für die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Schlesien.

Kommunalbank Liegnitz

Zweiganstalt der Kommunalbank für Schlesien
Öffentliche Bankanstalt

(Neues Rathaus)

Reichsbankgirokonto / Postscheckkonto Breslau Nr. 52321
Deutsche Kommunalbank Berlin / Fernruf 3436 und 1961

An- und Verkauf von Wertpapieren, Sorten und Devisen
Aufbewahrung, Verwaltung und Beleihung von Wertpapieren
Einziehung von Schecks, Wechseln und Dokumenten
Diskontierung von Wechseln
Einlösung von Zinsscheinen und Gewinnanteilscheinen
Annahme von Spar- und Depositengeldern
Gewährung von Krediten
Ausstellung von Akkreditiven und Reisekreditbriefen
Giro- und Eilgiroverkehr. Vermietung von Sicherheitsfächern

WILHM. THEUNER, LIEGNITZ

Großhandlung

Gründungsjahr: 1858
Rudolf Mosse-Code

Papier und Pappe
Tüten und Beutel

Petri-Straße 6
Postfach 74

Fabrikation

Fernruf: 2031 und 2034
AZ Paper-Code

Pack- und Einschlagpapiere aller Art in Bogen und Rollen
für Industrie, Handel und Gewerbe

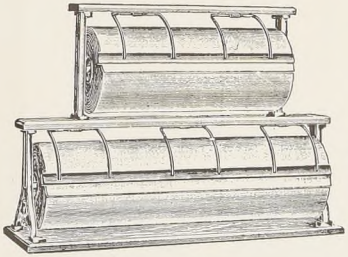
Öl- und Pechpapiere für Übersee-Verpackung

Pergamentpapiere
Pergaminpapiere

Eigene Druckerei

Tüten und Beutel
für alle Zwecke

Seidenpapiere
Klosettpapier
Pappen
grau
braun
weiß
Filzpappe
Unterlagspappe
Wellpappe



Schreibpapiere
Karton
Aktendeckel
Papierausstattungen
Schreibwaren
Bürobedarf

Pappteller
in allen Größen und Formen

✳

Bastband
ohne und mit Druck

weiß Tischtuchkrepp-Papier



Landwirtschaftliche
Gemüse-Verwertung
e. G. m. b. H.
Liegnitz

Vereinigung gemüseanbauender Landwirte von Liegnitz und benachbarter Kreise

Bankkonto: Provinzial-Genossenschaftsbank Zweigstelle Liegnitz
Postscheck-Konto: Breslau Nr. 19301 — Postfach 151
Brief- und Telegramm-Adresse: Landgemüse Liegnitz
Fernsprecher Nr. 1020, 1027 und 3451

Gurken-Einlegerei und Sauerkohl-Fabrik

—

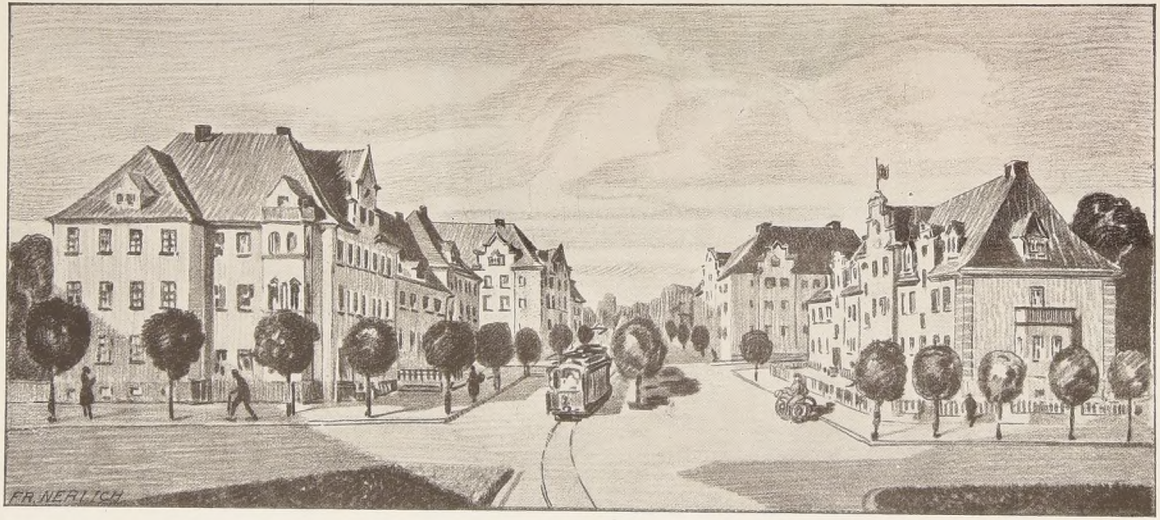
Gemüse - Großversand

—

Kartoffel-Großhandlung

—

Eigene
Gemüse- und Früchte-Konserven-Fabrik
in Parchwitz in Schlesien



Platzartige Erweiterung der Goldberger-Strasse in Liegnitz

Bauherr und Ausführung

Richard Weirich Liegnitz

HOCH- TIEF- UND EISENBETON-BAU

Büro Goldberger-Strasse 99-103 · Fernruf 2714



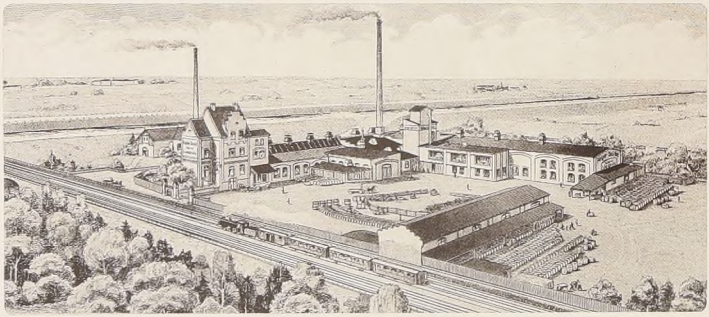
C. W. Reger Söhne

Liegnitz

Die Firma **C. W. Reger Söhne** ist die Herstellerin der bekannten Seifenmarke

Reger-Seife.

Sie wurde 1858 zu Ostrowo in der Provinz Posen begründet und ist bis heute Familienbesitz. 1903 wurden Sitz und Fabrik des Unternehmens von Ostrowo nach Luisenhain bei Posen verlegt, und von 1903 bis 1914 erlebte die Fabrik ihren größten Aufschwung. Die Fabrik für Reger-Seife besaß 1914 im Werk Luisenhain bei Posen neben eigenen Anschlußgleisen eine eigene Umschlagstelle an der schiffbaren Warthe, Hunderte von Metern Feldgleise, eigene elektrische Kraft- und Lichtanlage, fünf Siedekessel mit einem Fassungsvermögen von je 90 000 Liter. Es wurden durchschnittlich täglich gegen



15 000 Kilo Reger-Seife versandt. Die polnische Bezeichnung in der Provinz Posen für Reger-Seife war Mydło Regera. Das unglückliche Kriegsende brachte den Verlust der Heimatprovinz Posen an Polen. Jahrelange Bemühungen nach Kriegsende, die Fabrik in Gang zu bringen und zu erhalten, scheiterten am Widerstande der neuen Regierung. Unter dem Zwange der Verhältnisse wurde am 10. November 1920 die Fabrik an eine polnische Aktiengesellschaft abgetreten, und zehn Tage darauf erschien eine polnische ministerielle Verfügung mit rückwirkender Kraft, derzufolge der halbe Kaufpreis für die Fabrik der Beschlagnahme verfiel.

Im Jahre 1913, also noch ein Jahr vor dem Kriege, erwarb das Hauptunternehmen für Reger-Seife in Luisenhain bei Posen die ehemalige Wundersche Seifenfabrik in Liegnitz und richtete hier eine Zweigfabrik für Reger-Seife ein, und so wurde 1921 die Fabrik in Liegnitz das jetzige Hauptunternehmen für Reger-Seife. Seit dieser Zeit hat sich die Fabrik für Reger-Seife in Liegnitz zur ersten schlesischen Spezial-Hausseifenfabrik entwickelt. Neben Reger-Seife wird noch Regerin hergestellt. Regerin ist ein Konkurrenzprodukt gegen die englischen Luxflocken. Regerin wird von allen Hausfrauen auf das glänzendste begutachtet.

J. Grolich, Liegnitz

Rohkonserven-Fabrik ❖ Gurkeneinlegerei ❖ Sauerkohlfabrik



Gemüse-, Zwiebel-, Kartoffel-
Großhandlung

Obst- u. Gemüse-Konservenfabrik

Südfrüchte
Import/ Versand/

Größte Rohkonserven-Fabriken und Gurkeneinlegereien Deutschlands

Gegründet 1770
Große Silberne und Bronzene Staatsmedaille
Höchste Auszeichnungen

Ältestes u. bedeutendstes Haus der Branche ✦ Eigener Anbau von Gurken, Kohl u. Gemüse

---

Zweigniederlassungen: Berlin, Calbe a. d. Saale, Magdeburg, Steinau a. d. O.
Hauptbetrieb und Geschäftsleitung: Liegnitz, Lindenstraße 6
Fernsprech-Anschluß: 1926, 1077, 1078, 1079 ✦ Fernverkehr 1926
Telegramm-Adresse: Gurkengrolich
Bank-Konten: Reichsbank-Giro-Konto; Dresdner Bank, Filiale Liegnitz; Deutsche Bank, Filiale Liegnitz; Kommunalbank Liegnitz
Postscheckkonto: Breslau Nummer 1656
Code: Rudolf Mosse Code

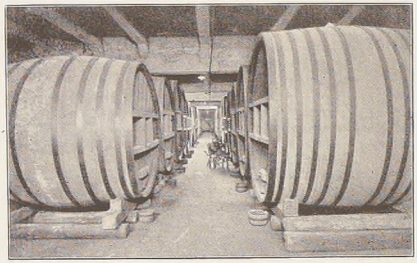
A. DOCTOR

AKTIEN-GESELLSCHAFT

GEGRÜNDET 1874

LIEGNITZ

Ein Gang aus unseren Riesenkellereien



Südweinähnliche
Obst-Dessertweine
Marke
„Fruchtdoctor"

Edel-Likörfabrik

Deutschlands größte Fruchtwein-Kelterei

MAX FUTTER

Das Haus der guten Qualitäten u. doch billigen Preise

Gegründet 1885

Kleiderstoffe, Sammet und Seide, Baumwollwaren, Gardinen, Decken, Handarbeiten

Damenkonfektion / Damenputz

Spitzen, Besätze, Kurzwaren, Trikotagen, Wäsche, Schürzen, Strümpfe, Handschuhe, Herrenwäsche, Krawatten

LIEGNITZ ★ RING 9/10

Fernsprecher 1092

Färberei, Bleicherei
Appretur
für
wollene, halbwollene,
baumwollene, kunstseidene
Garne und Stoffe

☼

Tägliche Produktion
bis zu 4000 Kilo!

☼

GEBR. MEISCH

Erste Schlesische Wollgarnfärberei

Liegnitz, Glogauer Str. 49

Gegründet 1893

Gegründet 1893

☼

120 Arbeiter

Dampfkraft
150 P. S.

Elektr. Energie 110 P. S.

Telegramme:
Gebr. Meisch Liegnitz

Fernsprecher Nr. 2861

Otto Pucher

AKTIEN-GESELLSCHAFT

LIEGNITZ

Größte Gurkeneinlegerei und Sauerkohlfabrik
des ganzen Liegnitzer Anbaubezirkes

Gemüse- und Südfrüchte-Großhandlung

Eigener Massen-Anbau von Gurken und Gemüse

*

Gründungsjahr der Stammfirma 1881

*

Geschäftsleitung und Hauptbetrieb:

Liegnitz, Jänschenstraße 9-11

Fernsprecher: 2099, 2079, 1199

Drahtanschrift: Gurkenpucher

Zweigbetriebe:

Groß-Beckern bei Liegnitz

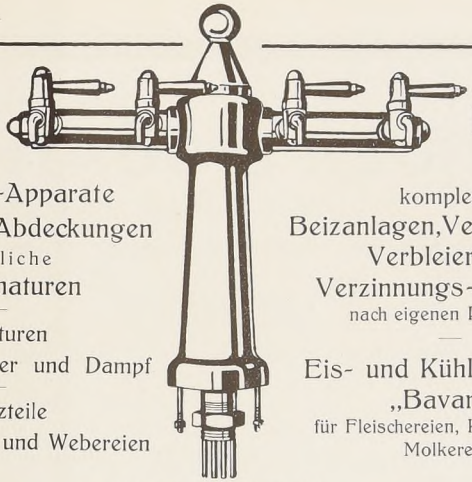
Steinau a. Oder

Größte Spezial-Fabrik für

Bierdruck-Apparate
Schanktisch-Abdeckungen
Sämtliche
Bierarmaturen

Armaturen
für Gas, Wasser und Dampf

Ersatzteile
für Spinnereien und Webereien



Ost-Deutschlands für

komplette
Beizanlagen, Verzinkereien
Verbleiereien
Verzinnungs-Anlagen
nach eigenen Patenten

Eis- und Kühl-Anlagen
„Bavaria"
für Fleischereien, Konditoreien
Molkereien

Schöbel & Dressler Nachf.

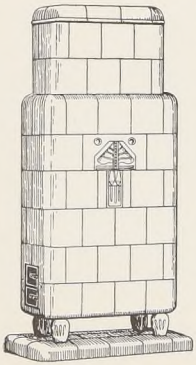
GOTTFRIED BUCHERT

G. m. b. H.

Metallwarenfabrik und Gießerei

Gegründet 1892 — **LIEGNITZ** Mauerstraße 5b — Fernruf Nr. 2120

Die **Kachelofen-Heizung** ist und bleibt die hygienisch beste, billigste und dauerhafteste Heizung für Stadt- und Siedlungswohnungen.



Schömann & Klose

Ofen- und Tonwarenfabrik

Liegnitz, Siegeshöhe

Die Fabrik ist im Jahre 1876 gegründet und seit 1906 im Besitz der jetzigen Inhaber. Gefertigt werden allerbeste Schamotte-Kachelöfen nach Meißener Art und billige Siedelungsöfen in allen Farben.

Ferner werden hergestellt: Blumentöpfe, Samen- und Pflanzschalen, Blumen-Balkonkästen usw. Fensterabdecksteine. Großes Lager in Schamottesteinen und -platten, Schamottemehl und Mörtel.

HEIDER & GÜNTHER

Architekten

Baugeschäft / Architekturbüro / Sägewerk

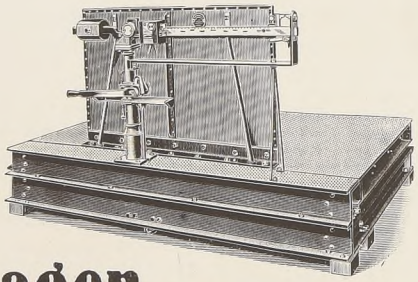
LIEGNITZ

Fernsprecher 2134 / **Scheibestraße 40** / Fernsprecher 2173

*

Hochbauausführungen

Bauberatungen und Gutachten



Waagen jeder Art und Größe, besonders Fuhrwerks-, Auto-, Vieh-, Kran- und Laufgewichts-Waagen

Bruno Pfeiler / Liegnitz

Gegründet 1876 Brückenwaagenfabrik Fernsprecher 2637

Kreisspar- und Girokasse Liegnitz

Viktoriastraße 2—3, Fernsprecher Nr. 3008, 2071 und 2072

Kassenstunden 8—1 u. 3—4½ Uhr, Mittwoch und Sonnabend 8—1 Uhr



Annahme von Spareinlagen

Verkauf von Sparmarken

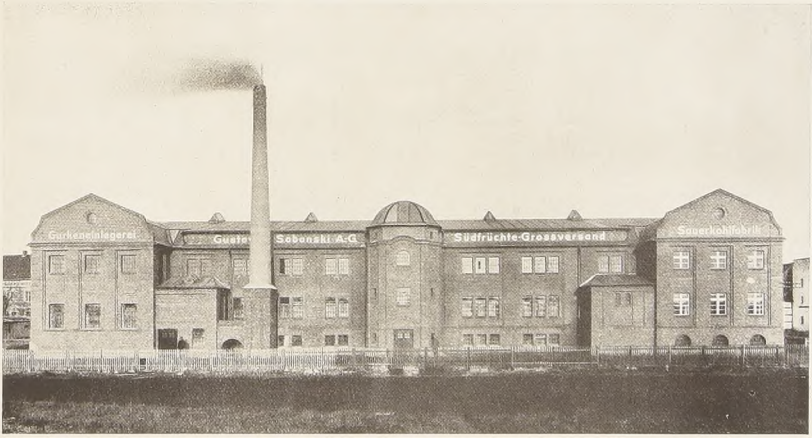
Verleihung von Heimsparbüchsen

Scheck- und Überweisungsverkehr

Eröffnung laufender Konten

An- und Verkauf, Verwahrung u. Verwaltung von Wertpapieren

Vermietung von Schrankfächern / Einlösung von Zins- und Dividenden-Scheinen
Ausstellung von Reisekreditbriefen, Eilüberweisungen usw.



Gustav Sobanski, A.-G., Liegnitz

Gurkeneinlegerei und Sauerkohlfabrik / Südfrüchte- und Gemüsegroßhandlung

Telephon: 1191, 1192, 1193, 1194 und 1976

GURKEN-
KONSERVEN UND
SAUERKOHL-
FABRIK
MOSTRICH / ESSIGE

GEGRÜNDET 1878

FERNSPRECHER
2097 UND 1542

E. KUKULIES, G. M. B. H.

Hauptniederlassung: **Berlin N. 31.**

Fabrik und Lager: **Liegnitz** i. Schl.

Erich Grundmann

Liegnitz

Fernsprecher 3438 Fernsprecher 3438

Gurkeneinlegerei und Sauerkohlfabrik



Kartoffeln-, Gemüse- und Südfrüchte-Großhandlung

Spezialität:

Saure Gurken und Sauerkohl

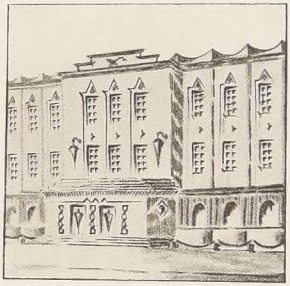
Max Palatzky

Architekt und Maurermeister

Baugeschäft und Architekturbüro

Gerichtlich vereidigter Bausachverständiger für den Landgerichtsbezirk Liegnitz

Ausführung von Hoch- und Tiefbauten



Entwurf für ein modernes Lichtspielhaus

Projekt-bearbeitung Bauleitung Liegnitz
Bilse-Straße 4

Telephon 1036 **Telephon 1036**

W. M.

Wollwaarenfabrik

MERCUR

Liegnitz

Gurkeneinlegerei und Sauerkohlfabrik

Gemüse- und Südfrucht-Großhandlung

Gegr. 1900

IMPORT EXPORT

Telegramme: Ottrad, Liegnitz
ABC Code 5th Edition

Bankkonten: Reichsbank-Giro-Konto
Dresdner Bank, Filiale Liegnitz
Kommunalbank Liegnitz

Postscheckkonto: Breslau 249

Fernruf 1525 2105

Otto & Rade / Liegnitz

Gustav-Adolf-Straße 35

Weingroßhandlung

Mitscher & Caspary

G · M · B · H

Fernsprecher 2092 **Liegnitz** Luisenstraße Nr. 3

NIEDERLAGEN:

Gesellschaftshaus, Luisenstraße 3, Fernsprecher 3334
Probierstuben Mitscher & Caspary, Ritterstraße 38, Fernsprecher 1597
R. C. Schliwa, Haynauer Straße 4, Fernsprecher 3594
Richard Kutzbach, Friedrichstraße 35, Fernsprecher 3209

VERKAUF SÄMTLICHER WEINE ZU ORIGINALPREISEN

CARL FOITZIK, LIEGNITZ

BÄCKERSTRASSE 31
2. HAUS VOM RING

HAUS- UND KÜCHEN-MAGAZIN / EISENWARENHANDLUNG



ERSTES GESCHÄFT FÜR METALL-BETTSTELLEN

GEGRÜNDET 1878, FERNRUF 1330 POSTSCHECK-KONTO: BRESLAU 5263

Emil Peikert ❖ Liegnitz

Gegründet 1855

Gurkenkonserven- und Sauerkohl-Fabrik

Import von Südfrüchten » Sämtliche in- und ausländischen Gemüse
Gurken-, Zwiebeln- und Kartoffel-Großhandlung
Obst- und Gemüse-Konservenfabrik

Höchste Auszeichnungen

Geschäftsleitung und Kontor: Lindenstraße 8

Fabriken und Lagerräume:

Heinrichstraße 17 und Zimmerstraße 8—9

Zweigniederlassung: Berlin-Lichtenberg

Bank-Konten: Reichsbank-Giro-Konto
Dresdner Bank Filiale Liegnitz
Postscheck-Konto: Amt Breslau Nr. 263
Draht-Anschrift: Fruchtpeikert, Liegnitz
Fernsprecher Nr. 1951, 1049 und 2663
Code: Rudolf Mosse-Code



Weingroßhandlung und Hotel

RAUTENKRANZ

OTTO MAHLOW

Fernsprecher Nr. 2054 **Liegnitz, Ring 35** Gründungsjahr 1779

Wein- und Bierrestaurant ~ Anerkannt vorzügliche Küche
Für außer Haus: Anfertigung ganzer Diners u. einzel. Platten
Gesellschaftssäle ~ Moderne behagliche Zimmer
Ausstellungsräume

Fernsprecher Nr. 1554 **Weingroßhandlung** Fernsprecher Nr. 1554

Einzelflaschenverkauf ~ Verkauf an Wiederverkäufer ~ Reichhaltiges Weinlager

---

H. Laskowicz

Liegnitz

Gegründet 1879 Telefon 2979

Papier- und Kurzwaren Kammwaren

En gros und détail

Bei Wiederverkäufern bestens eingeführt

Ein
in Ton und Ausführung
erstklassiges

PIANO

erhalten Sie in der seit
50 Jahren bestehenden

Pianofortefabrik

G. PÄTZOLD

LIEGNITZ

Rudolfstraße 3

Fernruf 2964 * Gegründet 1878

Äußerst preiswert * Zahlungserleichterung

R. G. Prausnitzer's Nachfolger

Liegnitz, Burgstraße 76

(Seit über 100 Jahren bestehendes Privatbankhaus)

Annahme
von Depositengeldern zur bestmöglichen Verzinsung
auf provisions- und spesenfreien Konten.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Vermögens-Beratung und -Verwaltung.

Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte.

Hypothekenvermittlung.



Die guten

PIASTEN-BIERE

werden von Kennern stets bevorzugt

★

Liegnitzer Actien-Brauerei A.-G., Liegnitz

SCHLESISCHE TELEFON-GESELLSCHAFT

Schmidt & Co.

Stammfirma gegr. 1887 in Posen

LIEGNITZ Gartenstr. 12 - Fernruf: 2479

BRESLAU I Poststr. 6 - Fernruf: O 7515

GLOGAU Friedrichstr. 27 - Fernruf: 402

Spezialfirma für

Telefon-Signal- und Blitzschutz-Anlagen

Beste Referenzen.

Adolph Adler

Inhaber: Adolf Neumann

Wein-
Groß-Handlung

Liegnitz

besteht seit 1841

Reelle Weine — Altbewährte Grundsätze

Weinstuben

Ring 5

empfiehlt sich geneigter Beachtung

Fernsprecher 1039

Richard Fischer's Ww.

Liegnitz

Darmgroßhandlung

Fleischerei-Einrichtungen

Reparatur-Werkstatt und Schleiferei

Gegründet 1883

GUSTAV ADOLPH

Baugeschäft:
Liegnitz, Jauerstraße Nr. 41

Dampfziegelei:
Weißenhof bei Liegnitz

Fernsprecher 2564 - Gegründet 1907

Gewissenhafte Ausführung sämtlicher Neu- und Umbauten.
Anfertigung von Zeichnungen und Kostenanschlägen.

RUDOLF PAUL G.M.B.H.

Fernruf 2229 **LIEGNITZ** Jauerstraße 1

Zimmereigeschäft und Dampfsägewerk

Ausführung
sämtlicher Zimmerarbeiten bei Um- und Neubauten

Lager von Stab- und Parkettfußböden

Lohnschnitt und Lohnbearbeitung

Schnittmaterialien, Balken, Kanthölzer und Bretter



Gebr. Elsner

G. m. b. H.

Liegnitz

Fernsprecher 2055 / Öffentliche Wage
Jauerstraße 50/52 / Carthausstraße 6

Kohlen, Briketts
Hütten-
und Gaskoks
Holz, Zement
Kalk

Otto Wandel

Liegnitz

Lindenstraße 7 / Fernsprecher 2098

Gegründet 1881

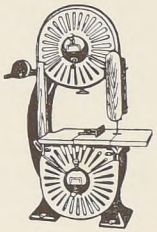
Gurkeneinlegerei

und

Sauerkohlfabrik

Gemüse- und Südfrüchte-

Großhandlung



MASCHINEN WERKZEUGE

für Holz- und Metall-Bearbeitung

Komplette Einrichtungen

neu und gebraucht



Autog. Schweißanlagen
Transmissionen
Karbid / Sauerstoff

Wilhelm Glauer / Liegnitz

Telephon 1116 Glogauer Tor 3, gegenüber Hauptpost Telephon 1116

DKV

Ein wertvolles Nachschlagewerk für die Behörden über Siedelungsprobleme ist das Buch

Migge: Deutsche Binnenkolonisation

Herausgegeben von der
Deutschen Gartenstadtgesellschaft, Berlin-Grünau

Ausgestattet mit zahlreichen Abbildungen und Plänen, ist dieses Buch flott und amüsant geschrieben. Es bringt eine Fülle reichhaltigen Erfahrungsmaterials und zeigt neue Wege zur rationellen Durchführung des Boden- u. Siedelungsgedankens

Preis kartoniert 5 RM.

DEUTSCHER KOMMUNAL-VERLAG, G.M.B.H.
BERLIN-FRIEDENAU

Paul Starzonek

Liegnitz

Telephon 1303 und 3730
Telegramm-Adresse: Starzonek, Liegnitz
Reichsbankgirokonto / Postscheckkonto Breslau 61544

Hauptgeschäft Glogau

Telephon 27, 30 und 36
Telegramm-Adresse: Starzonek, Glogau
Reichsbankgirokonto / Postscheckkonto Breslau 6679

Die Firma Paul Starzonek wurde am 1. Juli 1913 in Glogau gegründet.

Gründer und Besitzer ist der Stadtrat und Handelsgerichtsrat Paul Starzonek, Glogau.

Das Geschäft hat sich zu einer der ersten Großhandlungen Schlesiens entwickelt und versorgt Nieder- u. Mittelschlesien, einen Teil von Brandenburg und die Grenzmark mit Baustoffen, Farben, Mineralölen und Betriebsstoffen.

Ausgedehnte Speichereien befinden sich in Glogau an der Herrndorfer und Brostauer Straße.

Die Firma unterhält seit dem Jahre 1924 eine Zweigniederlassung in Liegnitz. Dort sind in der Gleiwitzer Straße am Kobyliner Bahnhof auf einem 6000 qm großen Platze bedeutende Speichereien am Eisenbahnanschlußgleis errichtet.

Um sich dem immer mehr und mehr steigernden Autoverkehr anzupassen, wird zur Zeit eine Tankanlage mit mehreren Zapfstellen für eine Menge von 40000 Liter eingebaut.

Die Zweigniederlassung soll dazu dienen, dem ausgedehnten Abnehmerkreis größere Bequemlichkeiten zu bieten.



Stammhaus Glogau, Mälzstraße 27

Aus folgenden Abteilungen seien einzelne Warengruppen aufgeführt:

Abteilung I

Baustoff-Großhandlung.

Portlandzement, Stückkalk, Puderkalk, Mauersteine, Dachsteine, Deckensteine, Chamottesteine.

Stuckgips, Rohrgewebe, Drahtziegelgewebe, Holzstabgewebe, Dachpappe, Teerprodukte.

Verblendsteine, Wandplatten, Fußbodenfliesen, Fensterglas, Tonrohre, Tonschalen. Schornsteinaufsätze Marke „Ka-Ka-Wi".

Spezial-Fliesenabteilung

Ausführung von Wandbekleidungen und Fußbodenbelägen.

Abteilung II

Farben-, Lack- und Firnis-Fabrikate.

Ölfarben, Wasserfarben, Leinölfirnis, Schlämmkreide, Leim, Buntfarben für alle Zwecke.

Abteilung III

Mineralöl-Großhandlung.

Eigener Kesselwagenpark.

Maschinenöl-Raffinate für Industrie u. Landwirtschaft, Maschinenfett, Wagenfett, Autoöle.

Eigene Böttcherei.

Abteilung IV

Betriebsstoff-Großhandlung.

Eigener Kesselwagenpark.

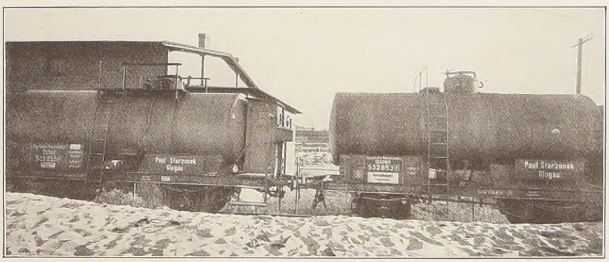
Grubenbenzol, Motorenleichtbenzin, Benzin-Benzol, Autoöle.

Eigene Tankanlage.

Abteilung V

Düngemittel-Großhandlung.

Kali, Kainit, Thomasmehl, Superphosphat, Ammoniak-Superphosphat, Kalkstickstoff, Schwefels. Ammoniak, Leunasalpeter, Natronsalpeter.





Das führende Fachblatt des Kommunalwesens

ist die

Zeitschrift für Kommunalwirtschaft

Vereinigte Kommunalzeitschriften

Amtliches Organ des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V. sowie einer Reihe von Städtetagen und Gemeindeverbänden

Umfassende Verbreitung
im ganzen Reiche und im Ausland

Hervorragendes Werbemittel
für die an die Kommunalwirtschaft liefernde Industrie und den Großhandel

Deutscher Kommunalverlag G. m. b. H.
Berlin-Friedenau

Monographien

deutscher Städte, Landgemeinden und Landkreise

Lieferbar sind folgende Bände:

Gleiwitz

Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Geisler, Stadtbaurat Schabik, Stadtrat Dr. Warlo, Bürgermeister a. D. Salomon und Generalsekretär Erwin Stein geb. RM. 6,50

Neisse mit Anhang Stadt und Bad Ziegenhals

Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Franke, Neisse, Bürgermeister Dr. Schneider, Ziegenhals, Bürgermeister a. D. Salomon, Breslau, Geschäftsführer des Schlesischen Städtetages, und Generalsekretär Erwin Stein geb. RM. 6,50

Die deutsche Stadt Beuthen O/S.

Herausgegeben von Stadtrat Dr. Kasperkowitz im Auftrage der Stadt Beuthen O/S.; Ersten Bürgermeister a. D. Salomon, Breslau, Geschäftsführer des Schlesischen Städtetages, und Generalsekretär Erwin Stein geb. RM. 6,50

Waldenburg i. Schles.

Herausgegeben von Bürgermeister Dr. Wieszner, Waldenburg, Bürgermeister a. D. Salomon, Geschäftsführer des Schlesischen Städtetages, und Generalsekretär Erwin Stein geb. RM. 6,50

Die Stadt Glogau

Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Hasse, Magistratsrat Dr. Heinzel; Ersten Bürgermeister a. D. Salomon, Breslau, Geschäftsführer des Schlesischen Städtetages, und Erwin Stein, Berlin-Friedenau, Generalsekretär des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V. geb. RM. 6,50

Die Grafschaft Glatz

Ein Buch von ihren Städten, Gemeinden und Bädern. Herausgegeben von Ersten Bürgermeister Ludwig, Glatz, Ersten Bürgermeister a. D. Salomon, Geschäftsführer des Schlesischen Städtetages, Breslau, und Generalsekretär Erwin Stein, Berlin-Friedenau geb. RM. 6,50

Die Stadt Gelsenkirchen

Herausgegeben von Oberbürgermeister von Wedelstaedt und Generalsekretär Erwin Stein geb. RM. 6,50

Die Stadt Ludwigshafen a. Rh.

Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Dr. Weiß und Generalsekretär Erwin Stein geb. RM. 6,50

Die Stadt Liegnitz

Herausgegeben von Oberbürgermeister Charbonnier, Stadtrat Dr. Elsner, Erster Bürgermeister a. D. Salomon und Generalsekretär Erwin Stein geb. RM. 6,50

Probleme der neuen Stadt Berlin

(Darstellungen der Zukunftsaufgaben einer Viermillionenstadt). Herausgegeben von Hans Brennert, Direktor des Nachrichtenamtes der Stadt Berlin, und Erwin Stein, Generalsekretär des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik e. V., Berlin-Friedenau in Leinen geb. RM. 15,—

Die Landgemeinde Diemitz

Herausgegeben von Generalsekretär Erwin Stein, Berlin-Friedenau, unter Mitwirkung der Herren Dr. jur. F. Berthold, M. d. R. W., Gemeindevorsteher Paul Schulze-Diemitz u. Rektor Wilhelm Wiegel-Diemitz geb. RM. 5,50

Der Landkreis Recklinghausen

Herausgegeben von Landrat Dr. Erich Klausener, Recklinghausen, Landrat a. D. Dr. Otto Constantin, Leiter des Deutschen Landkreistages, und Generalsekretär Erwin Stein geb. RM. 6,50

Der Landkreis Sorau

Herausgegeben von Landrat v. Schönfeldt, Sorau N.-L., Landrat a. D. Dr. Otto Constantin, Leiter des Deutschen Landkreistages, und Generalsekretär Erwin Stein, Berlin-Friedenau geb. RM. 6,50

Der Landkreis Moers

Herausgegeben von der Kreisverwaltung Moers, Landrat a. D. Dr. Otto Constantin, Leiter des Deutschen Landkreistages, und Generalsekretär Erwin Stein, Berlin-Friedenau geb. RM. 6,50

Der Landkreis Essen

Herausgegeben von Landrat Mertens, Essen, Landrat a. D. Dr. Otto Constantin, Leiter des Deutschen Landkreistages, und Generalsekretär Erwin Stein, Berlin-Friedenau geb. RM. 6,50

Die niederschlesische Ostmark

und der Kreis Kreuzburg.
Herausgegeben von Ersten Bürgermeister a. D. Salomon, Breslau, und Generalsekretär Erwin Stein geb. RM. 6,50

Alle Bände sind reich illustriert in Kunstdruckausführung und in Leinen gebunden.

Jede Monographie behandelt die wesentliche Grundlage der Entwicklung des kommunalen Lebens, die Finanz- und Steuerverhältnisse, Einwohnerzahl und Struktur der Bevölkerung, Grundbesitz und Bodenverhältnisse, soziale und hygienische Fragen, Armenwesen, öffentliche Fürsorge, die kommunale Technik, kurz alles, was für die Betätigung der Selbstverwaltung überhaupt in Frage kommt. Besonders hervorzuheben sind dabei diejenigen Einrichtungen und Veranstaltungen, die als neue Marksteine auf dem langen Wege der kommunalen Betätigung anzusehen sind, Maßnahmen, die besonders wertvolles und auch für andere Gemeinwesen beachtenswertes Erfahrungsmaterial bieten.

Weitere Monographien in Vorbereitung.

Zu beziehen durch die Buchhandlungen oder vom Verlag

Deutscher Kommunal-Verlag G. m. b. H., Berlin-Friedenau

Fernruf: Rheingau 6170—6174 · Telegr.: Kommunalverlag Berlin-Friedenau · Postscheck-Kto.: Berlin 2901

Verzeichnis

der mit Abhandlungen und Ankündigungen vertretenen Behörden und Firmen:

Ackermann & Haertelt, Elektrizitäts-Ges. m. b. H.

Adolph Adler

Gustav Adolph

Bauhütten-Betriebs-Verband Schlesien G. m. b. H.

A. Doctor A.-G.

Gebr. Elsner G. m. b. H.

Richard Fischer's Ww.

Carl Foitzik

Max Futter

Wilhelm Glauer

J. Grolich

Erich Grundmann

Heider & Günther

Kommunalbank Liegnitz

Kreisspar- und Girokasse

E. Kukulies G. m. b. H.

Landwirtschaftliche Gemüse-Verwertung e. G. m. b. H.

H. Laskowicz

Liegnitzer Actien-Brauerei A.-G.

Maschinen-Werke Gubisch A.-G.

Gebr. Meisch

Otto & Rade

M. Palatzky

G. Pätzold

Rudolf Paul G. m. b. H.

Emil Peikert

Bruno Pfeiler

R. G. Prausnitzer's Nachfolger

Otto Pucher A.-G.

C. W. Reger Söhne

Schlesische Telefon-Gesellschaft Schmidt & Co.

Schöbel & Dreßler Nachf. Gottfried Buchert G. m. b. H.

Schömann & Klose

Ed. Seiler, Pianofortefabrik G. m. b. H.

Seiler's Maschinenfabrik

Gustav Sobanski A.-G.

Städtische Sparkasse Liegnitz

Paul Starzonek

Wilh. Theuner

Otto Wandel

Weingroßhandlung und Hotel Rautenkranz, Otto Mahlow

Weingroßhandlung Mitscher & Caspary G. m. b. H.

Richard Weirich

Arthur Werner

Wollwaarenfabrik „Mercur"

Wojewódzka Biblioteka
Publiczna w Opolu
1163/XXII S
001-001167-22-0